

**Die Periode
des Russisch-Japanischen Krieges
und der ersten
russischen Revolution**

ZWEI TAKTIKEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION

VORWORT

In einem revolutionären Moment ist es sehr schwer, mit den Ereignissen Schritt zu halten, die auffallend viel neues Material für die Bewertung der taktischen Losungen der revolutionären Parteien geben. Die vorliegende Schrift ist vor den Odessaer Ereignissen geschrieben worden.* Wir haben im „Proletarij“ (Nr. 9, „Die Revolution lehrt“)** schon darauf hingewiesen, daß sogar jene Sozialdemokraten, die die Theorie vom Aufstand als Prozeß geschaffen und die Propaganda einer provisorischen revolutionären Regierung verworfen hatten, durch diese Ereignisse gezwungen wurden, faktisch auf die Seite ihrer Opponenten überzugehen oder mit diesem Übergang zu beginnen. Die Revolution lehrt zweifellos mit einer Schnelligkeit und Gründlichkeit, die in friedlichen Zeiten der politischen Entwicklung unwahrscheinlich zu sein scheinen. Und sie lehrt, was besonders wichtig ist, nicht nur die Führer, sondern auch die Massen:

Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Revolution den Arbeitermassen in Rußland den Sozialdemokratismus beibringen wird. Die Revolution wird in der Praxis das Programm und die Taktik der Sozialdemokratie dadurch bestätigen, daß sie die wahre Natur der verschiedenen Gesellschaftsklassen aufzeigen, den bürgerlichen Charakter unserer Demokratie und die wirklichen Bestrebungen der Bauernschaft an den Tag bringen wird, der Bauernschaft, die im bürgerlich-demokratischen Sinne revolutionär ist, die aber nicht die Idee der „Sozialisierung“, sondern den neuen Klassenkampf zwischen der bäuerlichen Bourgeoisie und dem Landproletariat in sich birgt. Die alten Illusionen der alten Volkstümlerrichtung, die z. B. im Programmwurf der „Partei der Sozialrevolutionäre“ so deutlich durch-

* Gemeint ist der Aufstand auf dem Panzerkreuzer „Fürst Potemkin“. (Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

** W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VIII, S. 14. Der Übers.

schimmern, sowohl in der Frage der Entwicklung des Kapitalismus in Rußland als auch in der Frage des Demokratismus unserer „Gesellschaft“ und auch in der Frage der Bedeutung des vollen Sieges des Bauernaufstandes — alle diese Illusionen werden von der Revolution erbarmungslos und endgültig zerstreut werden. Die verschiedenen Klassen werden in der Revolution zum erstenmal ihre richtige politische Taufe erhalten. Diese Klassen werden aus der Revolution mit einer bestimmten politischen Physiognomie hervorgehen, nachdem sie sich nicht nur in den Programmen und taktischen Losungen ihrer Ideologen, sondern auch in der offenen politischen Aktion der Massen offenbart haben werden.

Kein Zweifel, daß die Revolution uns belehren wird, daß sie die Volksmassen belehren wird. Doch für die kämpfende politische Partei ist jetzt die Frage die: werden wir imstande sein, der Revolution irgendwelche Lehren zu erteilen? Werden wir imstande sein, die Richtigkeit unserer sozialdemokratischen Lehre und unsere Verbindung mit der einzigen bis ans Ende revolutionären Klasse, dem Proletariat, zu benutzen, um der Revolution den proletarischen Stempel aufzudrücken, um die Revolution in der Tat und nicht in Worten bis zum wirklich entscheidenden Siege zu führen, um die Unbeständigkeit, die Halbheit und den Verrat der demokratischen Bourgeoisie zu paralisieren?

Auf dieses Ziel müssen wir alle unsere Anstrengungen richten. Ob wir es erreichen, hängt einerseits davon ab, ob unsere Einschätzung der politischen Lage fehlerlos und unsere taktischen Losungen richtig sind, und andererseits davon, ob diese Losungen durch die reale Kampfkraft der Arbeitermassen unterstützt werden. Auf die Festigung und Ausdehnung der Verbindungen mit der Masse ist die gesamte übliche, reguläre, laufende Arbeit aller Organisationen und Gruppen unserer Partei gerichtet: die Propaganda-, Agitations- und Organisationsarbeit. Diese Arbeit ist stets notwendig, aber in einem revolutionären Moment kann sie weniger denn je als ausreichend erachtet werden. In einem solchen Moment drängt die Arbeiterklasse instinktiv zur offenen revolutionären Aktion, und wir müssen verstehen, die Aufgaben dieser Aktion richtig zu stellen, um dann die Kenntnis dieser Aufgaben und das Verständnis für sie möglichst weit zu verbreiten. Man darf nicht vergessen, daß sich hinter dem landläufigen Pessimismus in bezug auf unsere Verbindung mit der Masse jetzt besonders häufig bürgerliche Auffassungen über die Rolle des Proletariats in der Revolution verbergen. Wir müssen zweifellos noch viel, sehr viel an der Erziehung und Organisation der Arbeiterklasse arbeiten, heute aber dreht sich die ganze Frage darum, wo der politische Schwerpunkt dieser Erziehung

und Organisation hauptsächlich liegen soll. In den Gewerkschaften und in den legalen Vereinen, oder im bewaffneten Aufstand, in der Schaffung einer revolutionären Armee und einer revolutionären Regierung? Durch das eine wie durch das andere wird die Arbeiterklasse erzogen und organisiert. Und das eine wie das andere ist natürlich unerläßlich. Heute, in der gegenwärtigen Revolution, läuft jedoch die ganze Frage darauf hinaus, wo der Schwerpunkt der Erziehung und Organisierung der Arbeiterklasse liegen wird, im ersten oder im zweiten?

Der Ausgang der Revolution hängt davon ab, ob die Arbeiterklasse die Rolle eines Handlungers der Bourgeoisie, der zwar in seiner Stoßkraft gegen die Selbstherrschaft mächtig, politisch jedoch ohnmächtig ist, oder aber die Rolle des Führers der Volksrevolution spielen wird. Die bewußten Vertreter der Bourgeoisie fühlen das sehr gut. Gerade deshalb preist die Zeitschrift „Oswoboshdenije“¹⁰⁰ auch die Akimow-Richtung¹⁰¹, den „Ökonomismus“ in der Sozialdemokratie, der *jetzt* die Gewerkschaften und die legalen Vereine in den Vordergrund schiebt. Gerade deshalb begrüßt eben Herr Struve („Oswoboshdenije“ Nr. 72) die prinzipiellen Tendenzen der Akimow-Strömung in der Richtung der neuen „Iskra“¹⁰². Gerade deshalb fällt er über die verhaßte revolutionäre Engherzigkeit der Beschlüsse des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands her.

Richtige taktische Losungen der Sozialdemokratie haben jetzt für die Führung der Massen besonders große Bedeutung. Nichts ist gefährlicher als die Herabsetzung der Bedeutung prinzipienfester taktischer Losungen in revolutionären Zeiten. Die „Iskra“ z. B. geht in Nr. 104 faktisch auf die Seite ihrer Gegner innerhalb der Sozialdemokratie über, äußert sich aber zugleich geringschätzig über die Bedeutung der Losungen und taktischen Beschlüsse, die dem Leben vorangehen und den Weg zeigen, den die Bewegung, begleitet von einer Reihe von Mißerfolgen, Irrtümern usw., einschlägt. Im Gegenteil, die Ausarbeitung richtiger taktischer Beschlüsse hat gewaltige Bedeutung für eine Partei, die das Proletariat im Geiste konsequent marxistischer Prinzipien führen und nicht bloß hinter den Ereignissen einhertrotten will. In den Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Konferenz des abgespaltenen Teiles der Partei*

* Am III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (London, Mai 1905) nahmen nur die Bolschewiki teil. An der „Konferenz“ (Genf, zur selben Zeit) beteiligten sich nur die Menschewiki, die in der vorliegenden Schrift oft als die Leute von der neuen „Iskra“ bezeichnet werden, denn sie gaben zwar die „Iskra“ weiter heraus, ließen aber durch den Mund ihres damaligen Gesinnungsgeossen Trotzki erklären, daß zwischen der alten und der neuen „Iskra“ ein Abgrund liege. (Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

haben wir die genauesten, aufs beste durchdachten und vollständigsten Darlegungen der taktischen Ansichten, nicht wie sie zufällig von einzelnen Schriftstellern geäußert, sondern wie sie von den verantwortlichen Vertretern des sozialdemokratischen Proletariats angenommen worden sind. Unsere Partei steht allen anderen voran, weil sie ein genaues, von allen angenommenes Programm besitzt. Sie muß auch in ihrem strengen Verhalten zu ihren taktischen Resolutionen ein Vorbild für alle anderen Parteien sein, im Gegensatz zum Opportunismus der demokratischen Bourgeoisie aus dem „Oswoboshdenije“ und zur revolutionären Phrase der Sozialrevolutionäre, die erst während der Revolution auf den Gedanken kamen, mit dem „Entwurf“ eines Programms hervorzutreten und sich zum erstenmal mit der Frage zu befassen, ob das eine bürgerliche Revolution ist, die da vor ihren Augen vor sich geht.

Eben darum halten wir es für die aktuellste Aufgabe der revolutionären Sozialdemokratie, die taktischen Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und die der Konferenz aufmerksam zu studieren, die in diesen enthaltenen Abweichungen von den Prinzipien des Marxismus festzustellen und sich über die konkreten Aufgaben des sozialdemokratischen Proletariats in der demokratischen Revolution klarzuwerden. Dieser Arbeit ist auch die vorliegende Schrift gewidmet. Die Überprüfung unserer Taktik vom Gesichtspunkt der marxistischen Prinzipien und der Lehren der Revolution ist auch für denjenigen notwendig, der die Einheitlichkeit der Taktik als Grundlage für die künftige volle Einigung der ganzen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands real vorbereiten und sich nicht bloß auf Worte der Ermahnung beschränken will.

Juli 1905.

N. Lenin.

1. DIE AKTUELLE POLITISCHE FRAGE

In dem revolutionären Moment, den wir durchleben, steht die Einberufung einer vom gesamten Volk getragenen konstituierenden Versammlung auf der Tagesordnung. Wie diese Frage zu lösen ist, darüber gehen die Meinungen auseinander. Drei politische Richtungen treten hervor. Die zaristische Regierung gibt zu, daß die Einberufung von Volksvertretern notwendig ist, will aber auf keinen Fall zulassen, daß deren Versammlung eine allgemeine Volksvertretung und eine Konstituante sei. Sie scheint — wenn man den Zeitungsmeldungen über die Arbeiten der Bulyginschen Kommission¹⁰³ Glauben schenken darf — mit einer beratenden Versammlung einverstanden zu sein, die ohne Freiheit der Agitation und auf Grund eines beschränkten Zensus- oder ständischen Wahlsystems zu wählen wäre. Das revolutionäre Proletariat, soweit es unter der Führung der Sozialdemokratie steht, fordert den vollständigen Übergang der Macht an die konstituierende Versammlung und erstrebt zu diesem Zweck nicht nur das allgemeine Wahlrecht und nicht nur volle Agitationsfreiheit, sondern außerdem den unverzüglichen Sturz der zaristischen Regierung und ihre Ersetzung durch eine provisorische revolutionäre Regierung. Die liberale Bourgeoisie schließlich, die ihre Wünsche durch den Mund der Führer der sogenannten „Konstitutionell-demokratischen Partei“ zum Ausdruck bringt, fordert nicht den Sturz der zaristischen Regierung, stellt nicht die Losung einer provisorischen Regierung auf und besteht nicht auf realen Garantien für eine vollkommen freie und richtige Durchführung der Wahlen, damit die Vertreterversammlung zu einer tatsächlich allgemeinen Volksvertretung und zu einer wirklichen Konstituante werden könnte. Dem Wesen der Sache nach erstrebt die liberale Bourgeoisie, die nur allein eine ernste soziale Stütze der „Oswoboshdenije“-Richtung bildet, einen möglichst friedlichen Ausgleich zwischen dem Zaren und dem revolutionären Volk, und zwar einen solchen Ausgleich, bei dem ihr, der Bourgeoisie, am meisten, dem revolutionären Volk, dem Proletariat und der Bauernschaft, am wenigsten Macht zuteil würde.

So ist die politische Lage im gegebenen Augenblick. So sehen die drei politischen Hauptrichtungen aus, die den drei sozialen Hauptkräften des heutigen Rußland entsprechen. Darüber, wie die „Oswo-boshdenije“-Leute ihre Halbheit, das heißt geradeheraus und einfacher gesagt, ihre in bezug auf die Revolution fahnenflüchtige und verräterische Politik mit demokratisch klingenden Phrasen bemänteln, haben wir im „Proletarij“ schon mehr als einmal gesprochen (Nr. 3, 4, 5). Sehen wir nunmehr, wie die Sozialdemokraten den Aufgaben des Augenblicks Rechnung tragen. Ausgezeichnetes Material bilden in dieser Hinsicht die beiden Resolutionen, die erst unlängst vom III. Parteitag der SDAPR und von der „Konferenz“ des abgespaltenen Teiles der Partei angenommen wurden. Die Frage, welche dieser beiden Resolutionen das politische Moment richtiger in Betracht zieht und die Taktik des revolutionären Proletariats richtiger bestimmt, hat gewaltige Bedeutung, und jeder Sozialdemokrat, der seine Pflichten als Propagandist, Agitator und Organisator bewußt erfüllen will, muß sich unter völliger Beiseitlassung der nicht zum Wesen der Sache gehörenden Erwägungen mit aller Aufmerksamkeit über diese Frage Klarheit verschaffen.

Unter der Taktik einer Partei versteht man ihr politisches Verhalten oder den Charakter, die Richtung, die Methoden ihrer politischen Tätigkeit. Taktische Resolutionen werden auf einem Parteitag angenommen, um das politische Verhalten der Partei als Ganzes in bezug auf neue Aufgaben oder angesichts einer neuen politischen Situation genau festzulegen. Eine solche neue Situation ist von der in Rußland begonnenen Revolution geschaffen worden: das vollständige, entschiedene und offene Auseingehen der Riesenmehrheit des Volkes mit der zaristischen Regierung. Die neue Frage besteht darin, welches sind die praktischen Methoden der Einberufung einer wirklich vom ganzen Volk getragenen, wirklich konstituierenden Versammlung? (Theoretisch ist die Frage einer solchen Versammlung schon längst und früher als von allen anderen Parteien von der Sozialdemokratie in ihrem Parteiprogramm offiziell entschieden.) Wenn das Volk sich von der Regierung abgewandt hat und wenn den Massen die Notwendigkeit, eine neue Ordnung zu errichten, bewußt geworden ist, so muß die Partei, die sich das Ziel gesetzt hat, die Regierung zu stürzen, notwendigerweise daran denken, durch welche Regierung die alte, zu stürzende Regierung ersetzt werden soll. Es entsteht die *neue* Frage der provisorischen revolutionären Regierung. Um diese Frage erschöpfend zu beantworten, muß die Partei des klassenbewußten Proletariats klarstellen: erstens, die *Bedeutung* einer provisorischen revolutionären Regierung

in der vor sich gehenden Revolution und im gesamten Kampf des Proletariats überhaupt; zweitens, ihr eigenes *Verhältnis* zur provisorischen revolutionären Regierung; drittens, die genauen Bedingungen für eine *Beteiligung der Sozialdemokratie* an dieser Regierung; viertens, welche Bedingungen vorhanden sind für den Druck auf diese Regierung *von unten*, d. h. bei Nichtbeteiligung der Sozialdemokratie an der Regierung. Nur bei Klarlegung aller dieser Fragen wird die politische Haltung der Partei in dieser Hinsicht eine prinzipielle, klare und feste sein.

Sehen wir zu, wie die Resolution des III. Parteitags der SDAPR diese Fragen entscheidet. Hier der vollständige Wortlaut dieser Resolution:

„Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung.

In Anbetracht dessen:

1. daß sowohl die unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch die Interessen seines Kampfes für die Endziele des Sozialismus die möglichst volle politische Freiheit und folglich die Ersetzung der autokratischen Regierungsform durch die demokratische Republik erfordern;

2. daß die Aufrichtung der demokratischen Republik in Rußland nur im Ergebnis eines siegreichen Volksaufstandes möglich ist, dessen Organ eine provisorische revolutionäre Regierung sein wird, die allein imstande ist, die volle Freiheit der Wahlagitation zu gewährleisten und auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts bei geheimer Stimmabgabe eine konstituierende Versammlung einzuberufen, die wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt;

3. daß diese demokratische Umwälzung in Rußland bei der gegebenen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung die Herrschaft der Bourgeoisie nicht schwächen, sondern stärken wird, die unvermeidlich in einem bestimmten Augenblick mit allen Mitteln versuchen wird, dem russischen Proletariat einen möglichst großen Teil der Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen —

beschließt der III. Parteitag der SDAPR:

a) es ist notwendig, unter der Arbeiterklasse eine konkrete Vorstellung über den wahrscheinlichsten Verlauf der Revolution und über die in einem bestimmten Augenblick notwendige Entstehung einer provisorischen revolutionären Regierung zu verbreiten, von der das Proletariat die Verwirklichung aller nächsten politischen und wirtschaftlichen Forderungen unseres Programms (Minimalprogramm) verlangen wird;

b) je nach dem Kräfteverhältnis und den anderen Faktoren, die im voraus nicht genau bestimmt werden können, ist die Teilnahme von

Bevollmächtigten unserer Partei an der provisorischen revolutionären Regierung zwecks schonungsloser Bekämpfung aller konterrevolutionären Anschläge und zwecks Wahrung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse zulässig;

c) die unerläßliche Vorbedingung für eine solche Teilnahme ist eine strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten und die unentwegte Wahrung der Unabhängigkeit der Sozialdemokratie, die die volle sozialistische Umwälzung anstrebt und insoweit allen bürgerlichen Parteien in unversöhnlicher Feindschaft gegenübersteht;

d) unabhängig davon, ob die Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung möglich sein wird oder nicht, muß in den weitesten Schichten des Proletariats Propaganda gemacht werden für die Idee von der Notwendigkeit eines ständigen Drucks auf die provisorische Regierung durch das bewaffnete und von der Sozialdemokratie geführte Proletariat, zum Zwecke der Verteidigung, Festigung und Erweiterung der revolutionären Errungenschaften.“

2. WAS SAGT DIE RESOLUTION DES III. PARTEITAGS DER SDAPR ÜBER DIE PROVISORISCHE REVOLUTIONÄRE REGIERUNG?

Die Resolution des III. Parteitags der SDAPR ist, wie man aus ihrer Überschrift sieht, in vollem Umfange und ausschließlich der Frage der provisorischen revolutionären Regierung gewidmet. Das heißt, daß die Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung als eine Teilfrage hier mit einbegriffen ist. Andererseits ist nur von der provisorischen revolutionären Regierung und von nichts anderem die Rede; die Frage etwa „der Eroberung der Macht“ überhaupt u. a. m. wird hier also gar nicht angeschnitten. Hat der Parteitag richtig gehandelt, als er diese und ähnliche Fragen ausschloß? Zweifellos hat er richtig gehandelt, denn solche Fragen setzt die politische Lage in Rußland keineswegs auf die Tagesordnung. Im Gegenteil, das ganze Volk hat den Sturz der Selbstherrschaft und die Einberufung einer konstituierenden Versammlung auf die Tagesordnung gesetzt. Parteitage haben nicht jene Fragen zur Entscheidung zu stellen, die der eine oder der andere Literat zur gelegenen oder ungelegenen Zeit zur Sprache bringt, sondern jene, die kraft der Bedingungen des Augenblicks und infolge des objektiven Ganges der gesellschaftlichen Entwicklung ernste politische Bedeutung haben.

Welche Bedeutung hat eine provisorische revolutionäre Regierung in der jetzigen Revolution und im allgemeinen Kampfe des Proletariats? Die Parteitagresolution erläutert das, indem sie gleich eingangs auf die Notwendigkeit der „möglichst vollen politischen Freiheit“ sowohl vom Gesichtspunkt der unmittelbaren Interessen des Proletariats als auch vom Gesichtspunkt der „Endziele des Sozialismus“ hinweist. Volle politische Freiheit erfordert aber die Ersetzung der zaristischen Selbstherrschaft durch die demokratische Republik, wie das schon durch unser Parteiprogramm erklärt worden ist. Die Betonung der Losung der demokratischen Republik in der Parteitagresolution ist logisch und prinzipiell notwendig, denn das Proletariat als Vorkämpfer der Demokratie erstrebt eben die volle Freiheit; außerdem ist diese Betonung im gegebenen Moment um so zweckmäßiger, als bei uns gerade jetzt unter der Flagge des „Demokratismus“ die Monarchisten auftreten, nämlich die sogenannte konstitutionell-„demokratische“ oder „Oswoboshdenije“-Partei. Um eine Republik aufzurichten, ist eine Versammlung der Volksvertreter unbedingt notwendig, und zwar auf jeden Fall als eine Versammlung, die (auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts bei geheimer Stimmabgabe) vom ganzen Volke getragen und eine konstituierende Versammlung ist. Das wird denn auch in der Resolution des Parteitags des weiteren erklärt. Doch die Resolution beschränkt sich nicht darauf. Um eine neue Ordnung zu errichten, die „wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt“, genügt es nicht, die Vertreterversammlung als Konstituante zu bezeichnen. Diese Versammlung müßte auch die Macht und Kraft haben, zu „konstituieren“. Aus dieser Erkenntnis heraus beschränkt sich die Parteitagresolution nicht auf die formale Losung der „konstituierenden Versammlung“, sondern fügt auch die materiellen Bedingungen hinzu, die es einzig und allein ermöglichen, daß diese Versammlung ihre Aufgabe wirklich erfülle. Eine solche Angabe der Bedingungen, unter denen diese den Worten nach konstituierende Versammlung in der Tat eine konstituierende werden kann, ist dringend notwendig, denn die liberale Bourgeoisie in Gestalt der konstitutionell-monarchistischen Partei verdreht, wie wir schon mehr als einmal zeigten, wissentlich die Losung der vom ganzen Volke getragenen konstituierenden Versammlung und macht sie zur leeren Phrase.

Die Parteitagresolution besagt, daß *einzig und allein* eine provisorische revolutionäre Regierung, und zwar eine solche, die das Organ einer siegreichen Volkserhebung wäre, imstande sei, die volle Freiheit der Wahlagitation zu gewährleisten und eine Versammlung einzuberufen, die wirklich den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt. Ist diese

These richtig? Wer das bestreiten wollte, der müßte behaupten, die zaristische Regierung sei imstande, der Reaktion nicht die Hand zu bieten, sie sei fähig, bei den Wahlen neutral zu bleiben, sie könne dafür sorgen, daß der Wille des Volkes wirklich zum Ausdruck käme. Derartige Behauptungen sind so unsinnig, daß niemand sie offen vertreten wird, aber insgeheim werden sie, unter liberaler Flagge, gerade von unseren „Oswoboshdenije“-Leuten eingeschmuggelt. Irgend jemand muß die konstituierende Versammlung einberufen; irgend jemand muß die Freiheit und richtige Durchführung der Wahlen sichern; irgend jemand muß dieser Versammlung die Macht und die Regierungsbefugnisse im ganzen übergeben: nur eine revolutionäre Regierung, die das Organ des Aufstandes ist, kann das ganz aufrichtig wollen und wird imstande sein, alles zu tun, um das zu verwirklichen. Die zaristische Regierung wird dem unvermeidlich entgegenwirken. Eine liberale Regierung, die sich auf ein Kompromiß mit dem Zaren eingelassen hat und die sich nicht voll und ganz auf die Volkserhebung stützt, wäre weder fähig, das aufrichtig zu wollen, noch könnte sie es verwirklichen, selbst wenn sie es noch so aufrichtig wünschte. Die Parteitagsresolution gibt folglich die einzig richtige und durchaus konsequente demokratische Lösung.

Aber die Einschätzung der Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung wäre unvollständig und unrichtig, wenn man den Klassencharakter der demokratischen Umwälzung außer acht ließe. Darum fügt die Resolution hinzu, daß die Umwälzung die Herrschaft der Bourgeoisie stärken wird. Das ist unter der gegebenen, d. h. kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung unvermeidlich. Und das Ergebnis dieser Verstärkung der Herrschaft der Bourgeoisie über ein politisch einigermaßen freies Proletariat muß unvermeidlich der verzweifelte Kampf um die Macht zwischen ihnen, müssen die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie sein, „dem Proletariat die Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen“. Das Proletariat darf deshalb, während es allen voran und an der Spitze aller für die Demokratie kämpft, nicht eine Minute lang die sich im Schoße der bürgerlichen Demokratie verbergenden neuen Widersprüche und den neuen Kampf vergessen.

Die Bedeutung der provisorischen Regierung ist demnach in dem von uns untersuchten Teil der Resolution in vollem Umfang gewürdigt: sowohl in ihrem Verhältnis zum Kampf um die Freiheit und die Republik als auch in ihrem Verhältnis zur konstituierenden Versammlung und zu der demokratischen Umwälzung, die den Boden für den neuen Klassenkampf säubert.

Es fragt sich weiter, wie soll die Position des Proletariats überhaupt gegenüber der provisorischen revolutionären Regierung sein? Die Parteitagresolution antwortet darauf vor allem mit dem direkten Rat an die Partei, in der Arbeiterklasse die Überzeugung von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung zu verbreiten. Die Arbeiterklasse muß sich dieser Notwendigkeit bewußt werden. Während die „demokratische“ Bourgeoisie die Frage des Sturzes der zaristischen Regierung zurückstellt, müssen wir diese Frage in den Vordergrund rücken und auf der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung bestehen. Nicht genug damit, wir müssen ein Aktionsprogramm dieser Regierung aufstellen, das den objektiven Bedingungen des gegebenen historischen Augenblicks und den Aufgaben der proletarischen Demokratie entspricht. Dieses Programm ist das *ganze* Minimalprogramm unserer Partei, das Programm der nächsten politischen und ökonomischen Umgestaltungen, die einerseits auf dem Boden der gegebenen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse vollauf durchführbar und andererseits für den weiteren Schritt vorwärts, für die Verwirklichung des Sozialismus notwendig sind.

Die Resolution schafft auf diese Weise volle Klarheit über den Charakter und das Ziel der provisorischen revolutionären Regierung. Ihrer Entstehung und ihrem Grundcharakter nach muß diese Regierung das Organ der Volkserhebung sein. Ihrer formellen Bestimmung nach muß sie das Werkzeug zur Einberufung einer vom ganzen Volk getragenen konstituierenden Versammlung sein. Der Inhalt ihrer Tätigkeit muß die Verwirklichung des Minimalprogramms der proletarischen Demokratie sein, das allein geeignet ist, die Interessen des sich gegen die Selbstherrschaft erhebenden Volkes zu sichern.

Man kann den Einwand erheben, daß die provisorische Regierung als Provisorium kein positives Programm durchführen kann, das noch nicht vom ganzen Volk gebilligt ist. Ein solcher Einwand wäre bloß ein Sophisma von Reaktionären und Anhängern der Selbstherrschaft. Von der Durchführung eines positiven Programms Abstand nehmen, heißt die Existenz der aus den Zeiten der Leibeigenschaft stammenden Zustände der verrotteten Selbstherrschaft dulden. Solche Zustände dulden könnte nur eine Regierung von Verrätern an der Sache der Revolution, nicht aber eine Regierung, die ein Organ der Volkserhebung ist. Es wäre doch ein Hohn, wenn irgend jemand unter dem Vorwande, die konstituierende Versammlung könne möglicherweise die Versammlungsfreiheit nicht anerkennen, vorschlagen würde, auf die praktische Verwirklichung der Versammlungsfreiheit zu verzichten, solange nicht die Anerkennung dieser Freiheit durch die konstituierende Versamm-

lung erfolgt sei! Ein ebensolcher Hohn ist der Einwand gegen die unverzügliche Verwirklichung des Minimalprogramms durch die provisorische revolutionäre Regierung.

Es sei schließlich noch bemerkt, daß die Resolution, indem sie der provisorischen revolutionären Regierung die Durchführung des Minimalprogramms zur Aufgabe macht, eben dadurch die unsinnigen, halb-anarchistischen Ideen einer unmittelbaren Verwirklichung des Maximalprogramms, der Eroberung der Macht zwecks sozialistischer Umwälzung, ausschaltet. Der Grad der ökonomischen Entwicklung Rußlands (die objektive Bedingung) und der Grad des Klassenbewußtseins und der Organisiertheit der breiten Massen des Proletariats (die subjektive Bedingung, die mit der objektiven unlöslich verbunden ist) machen eine unverzügliche vollständige Befreiung der Arbeiterklasse unmöglich. Nur komplette Ignoranten können den bürgerlichen Charakter der vor sich gehenden demokratischen Umwälzung außer acht lassen; — nur ganz naive Optimisten können vergessen, wie wenig noch die Masse der Arbeiter von den Zielen des Sozialismus und den Mitteln zu seiner Verwirklichung weiß. Und wir sind doch alle überzeugt, daß die Befreiung der Arbeiter nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann; ohne Klassenbewußtsein und ohne Organisiertheit der Massen, ohne ihre Schulung und Erziehung durch den offenen Klassenkampf gegen die gesamte Bourgeoisie kann von der sozialistischen Revolution keine Rede sein. Und als Antwort auf die anarchistischen Einwendungen, daß wir die sozialistische Umwälzung hinausschöben, werden wir sagen: wir schieben sie nicht hinaus, sondern machen den ersten Schritt zu ihr auf die einzig mögliche Weise und auf dem einzig richtigen Wege, nämlich auf dem Wege der demokratischen Republik. Wer auf einem anderen Weg zum Sozialismus kommen will, außer auf dem des politischen Demokratismus, der gelangt unvermeidlich zu Schlußfolgerungen, die sowohl im ökonomischen als auch im politischen Sinne absurd und reaktionär sind. Wenn uns diese oder jene Arbeiter im entsprechenden Augenblick fragen sollten, weshalb wir denn nicht das Maximalprogramm verwirklichen, so werden wir ihnen antworten mit dem Hinweis darauf, wie fremd noch die demokratisch gestimmten Volksmassen dem Sozialismus gegenüberstehen, wie unentwickelt noch die Klassenwidersprüche, wie unorganisiert noch die Proletarier sind. Organisiert erst einmal hunderttausende Arbeiter in ganz Rußland, weckt unter den Millionen die Sympathie für euer Programm! Versucht das zu tun, ohne euch auf klingende, aber hohle anarchistische Phrasen zu beschränken — und ihr werdet sofort sehen, daß die Verwirklichung dieser Organisation, daß die Verbreitung dieser sozialistischen Auf-

klärung von der möglichst vollständigen Verwirklichung der demokratischen Umgestaltungen abhängig ist.

Gehen wir weiter. Ist einmal die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung und das Verhältnis des Proletariats zu ihr kargestellt, so entsteht folgende Frage: ist unsere Teilnahme an dieser Regierung zulässig und unter welchen Bedingungen (die Aktion von oben)? Wie muß unsere Aktion von unten beschaffen sein? Die Resolution gibt auf diese beiden Fragen genaue Antworten. Sie erklärt entschieden, daß im Prinzip die Teilnahme der Sozialdemokratie an einer provisorischen revolutionären Regierung (in der Epoche der demokratischen Umwälzung, in der Epoche des Kampfes für die Republik) *zulässig* ist. Mit dieser Erklärung grenzen wir uns unwiderruflich sowohl von den Anarchisten ab, die diese Frage prinzipiell im negativen Sinne beantworten, als auch von den Nachtrabpolitikern der Sozialdemokratie (vom Schlage Martynows und der Leute von der neuen „Iskra“), die uns mit der Perspektive einer Lage *schreckten*, da diese Teilnahme sich für uns als notwendig erweisen könnte. Mit dieser Erklärung hat der III. Parteitag der SDAPR unwiderruflich den Gedanken der neuen „Iskra“ abgelehnt, daß die Teilnahme der Sozialdemokraten an einer provisorischen revolutionären Regierung eine Spielart des Millerandismus, daß sie als eine Sanktionierung der bürgerlichen Ordnung prinzipiell unzulässig sei u. ä. m.

Es versteht sich jedoch von selbst, daß die Frage der prinzipiellen Zulässigkeit noch nicht die Frage der praktischen Zweckmäßigkeit entscheidet. Unter welchen Bedingungen ist diese vom Parteitag anerkannte neue Kampfform, der Kampf „von oben“, zweckmäßig? Es ist selbstverständlich, daß jetzt keine Möglichkeit vorhanden ist, über die konkreten Bedingungen, wie z. B. über das Kräfteverhältnis usw., zu sprechen, und die Resolution lehnt es natürlich ab, diese Bedingungen im voraus zu bestimmen. Kein vernünftiger Mensch wird es auf sich nehmen, im jetzigen Moment über die uns interessierende Frage irgend etwas vorauszusagen. Man kann und muß den Charakter und das Ziel unserer Teilnahme festlegen. Die Resolution tut das eben, indem sie auf zwei Ziele der Teilnahme hinweist: 1. auf die schonungslose Bekämpfung konterrevolutionärer Anschläge und 2. auf die Wahrung der selbständigen Interessen der Arbeiterklasse. In einer Zeit, wo die liberalen Bourgeois eifrig von der Mentalität der Reaktion zu reden beginnen (siehe den äußerst lehrreichen „Offenen Brief“ des Herrn Struve in Nr. 72 des „Oswohoshdenije“) und das revolutionäre Volk einzuschüchtern und zur Nachgiebigkeit gegenüber der Selbstherrschaft zu bewegen suchen — in einer solchen Zeit ist es für die Partei des

Proletariats besonders angebracht, an die Aufgabe des wirklichen Krieges gegen die Konterrevolution zu erinnern. Die großen Fragen der politischen Freiheit und des Klassenkampfes werden letzten Endes nur durch Macht entschieden, und wir müssen für die Vorbereitung, für die Organisierung dieser Macht und für ihre aktive, nicht nur defensive, sondern auch offensive Anwendung Sorge tragen. Die lange Epoche der politischen Reaktion, die seit der Pariser Kommune in Europa fast ununterbrochen herrscht, hat uns zu sehr mit dem Gedanken der Aktion nur „von unten“ vertraut gemacht, hat uns zu sehr daran gewöhnt, den Kampf nur als einen Verteidigungskampf anzusehen. Wir sind jetzt zweifellos in eine neue Epoche eingetreten; die Periode der politischen Erschütterungen und Revolutionen hat begonnen. In einer solchen Periode, wie sie Rußland erlebt, ist es unstatthaft, sich auf die alte Schablone zu beschränken. Man muß die Idee der Aktion von oben propagieren, man muß sich auf die energischsten Angriffsaktionen vorbereiten, man muß die Bedingungen und Formen solcher Aktionen studieren. Die Parteitagsresolution stellt zwei dieser Bedingungen in den Vordergrund: die eine bezieht sich auf die formale Seite der Teilnahme der Sozialdemokratie an der provisorischen revolutionären Regierung (die strenge Kontrolle der Partei über ihre Bevollmächtigten), die andere eben auf den Charakter dieser Teilnahme (keinen Augenblick lang die Ziele der vollständigen sozialistischen Umwälzung aus dem Auge zu verlieren).

Nachdem die Resolution die Politik der Partei bei der Aktion „von oben“ — diesem neuen, bislang fast unbekanntem Kampfmittel — derart von allen Seiten klargestellt hat, sieht sie auch den Fall vor, wo es uns nicht gelingt, von oben zu handeln. Auf die provisorische revolutionäre Regierung von unten her einzuwirken, sind wir unter allen Umständen verpflichtet. Um derart von unten drücken zu können, muß das Proletariat bewaffnet sein — denn im revolutionären Moment treiben die Dinge besonders schnell zum offenen Bürgerkrieg — und unter der Führung der Sozialdemokratie stehen. Das Ziel seines bewaffneten Drucks ist „die Verteidigung, Festigung und Erweiterung der revolutionären Errungenschaften“, d. h. jener Errungenschaften, die vom Standpunkt der proletarischen Interessen in der Verwirklichung unseres ganzen Minimalprogramms bestehen müssen.

Damit wollen wir die kurze Analyse der Resolution des III. Parteitags über die provisorische revolutionäre Regierung schließen. Wie der Leser sieht, schafft diese Resolution Klarheit sowohl über die Bedeutung der neuen Frage als auch über die Stellung der Partei des Proletariats zu dieser Frage und über die Politik der Partei sowohl

innerhalb als auch außerhalb der provisorischen revolutionären Regierung.

Sehen wir uns jetzt die entsprechende Resolution der „Konferenz“ an.

3. WAS IST DER „ENTSCHEIDENDE SIEG DER REVOLUTION ÜBER DEN ZARISMUS“?

Die Resolution der „Konferenz“ befaßt sich mit der Frage „über die Eroberung der Macht und die Teilnahme an der provisorischen Regierung“.* Schon in dieser Fragestellung verbirgt sich, wie wir gezeigt haben, Konfusion. Einerseits wird die Frage im engen Sinn gestellt: nur über unsere Teilnahme an der provisorischen Regierung und nicht überhaupt über die Aufgaben der Partei in bezug auf die provisorische revolutionäre Regierung. Andererseits werden zwei durchaus verschiedenartige Fragen durcheinandergeworfen: unsere Teilnahme in einem der Stadien der *demokratischen Umwälzung* und — die *sozialistische Umwälzung*. In Wirklichkeit ist die „Eroberung der Macht“ durch die Sozialdemokratie eben die sozialistische Umwälzung und sie kann nichts anderes sein, wenn man diese Worte in ihrem direkten und üblichen Sinn gebraucht. Wenn sie jedoch verstanden werden sollen im Sinne der Eroberung der Macht nicht für die sozialistische, sondern für die demokratische Umwälzung — welchen Sinn hat es dann, nicht nur von der Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung, sondern auch von der „Eroberung der Macht“ *schlechthin* zu reden? Offenbar wußten unsere „Konferenzler“ selbst nicht recht, wovon sie eigentlich reden sollen: von einer demokratischen oder von einer sozialistischen Umwälzung. Wer die Literatur über diese Frage verfolgt hat, der weiß, daß diese Konfusion bei Genossen Martynow in seinen berühmten „Zwei Diktaturen“ ihren Anfang genommen hat: die Leute von der neuen „Iskra“ erinnern sich nicht gern an die (noch vor dem 9. Januar¹⁰⁴) in diesem Musterelaborat der Nachtrabpolitik gegebene Fragestellung, doch sein ideologischer Einfluß auf die Konferenz unterliegt keinem Zweifel.

Doch lassen wir die Überschrift der Resolution beiseite. Ihr Inhalt zeigt uns Irrtümer, die unvergleichlich tiefer und ernster sind. Hier ihr erster Teil:

* Den vollen Text dieser Resolution kann der Leser aus den Zitaten rekonstruieren, die auf S. 400, 403, 407, 431, 433 der vorl. Schrift angeführt sind. (*Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. In der vorl. Ausgabe S. 434, 439, 444/45, 477, 481. Der Übers.*)

„Der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus kann gekennzeichnet sein entweder durch die Errichtung einer aus einer siegreichen Volkserhebung hervorgegangenen provisorischen Regierung oder durch die revolutionäre Initiative dieser oder jener Vertretungskörperschaft, die unter dem unmittelbaren revolutionären Druck des Volkes beschließt, eine vom ganzen Volk getragene konstituierende Versammlung zu organisieren.“

Man sagt uns also, der entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus könne sowohl ein siegreicher Aufstand sein als auch ... der Beschluß einer Repräsentativkörperschaft, eine konstituierende Versammlung einzuberufen! Was? Wie? Der entscheidende Sieg könne gekennzeichnet sein durch einen „Beschluß“, eine konstituierende Versammlung einzuberufen?? Und ein solcher „Sieg“ wird in eine Reihe gestellt mit der Errichtung einer provisorischen revolutionären Regierung, die „aus der siegreichen Volkserhebung hervorgegangen“ ist!! Die Konferenz hat nicht gemerkt, daß die *siegreiche* Volkserhebung und die *Konstituierung* einer provisorischen Regierung *in der Tat* den Sieg der Revolution bedeuten, während der „Beschluß“, eine konstituierende Versammlung zu organisieren, den Sieg der Revolution nur *in Worten* bedeutet.

Die Konferenz der Menschewiki, der Leute von der neuen „Iskra“, verfiel in denselben Fehler, in den die Liberalen, die „Oswoboshdenije“-Leute, immer verfallen. Die „Oswoboshdenije“-Leute dreschen Phrasen über die „konstituierende“ Versammlung, schließen schamhaft die Augen vor der Tatsache, daß die Macht und die Herrschaft in den Händen des Zaren verbleiben, und vergessen dabei, daß man zur „Konstituierung“ auch die *Kraft* besitzen muß, etwas zu konstituieren. Die Konferenz hat auch vergessen, daß es von dem „Beschluß“ gleichviel welcher Vertreter bis zur Verwirklichung dieses Beschlusses noch recht weit ist. Die Konferenz hat auch vergessen, daß, solange die Macht in den Händen des Zaren bleibt, alle beliebigen Beschlüsse gleichgültig welcher Vertreter ein ebenso leeres und erbärmliches Geschwätz bleiben werden, wie es die „Beschlüsse“ des in der Geschichte der deutschen Revolution von 1848 berühmten Frankfurter Parlaments geblieben sind. Eben deshalb hat Marx, der Vertreter des revolutionären Proletariats, in seiner „Neuen Rheinischen Zeitung“ die Frankfurter liberalen „Oswoboshdenije“-Leute mit so schonungslosem Sarkasmus gegeißelt, weil sie schöne Worte redeten, allerlei demokratische „Beschlüsse“ faßten, allerhand Freiheiten „konstituierten“, in Wirklichkeit aber die Macht in den Händen des Königs ließen, keinen bewaffneten Kampf gegen die Militärmacht organisierten, die dem König zur Verfügung

stand. Und während die Frankfurter „Oswoboshdenije“-Leute schwatzten, hatte der König die Zeit abgepaßt, seine militärischen Kräfte verstärkt, und die Konterrevolution, gestützt auf die reale Macht, schlug die Demokraten mitsamt ihren herrlichen „Beschlüssen“ aufs Haupt.

Die Konferenz hat dem entscheidenden Sieg das gleichgesetzt, wofür gerade der Sieg als entscheidende Voraussetzung fehlt. Wie konnten Sozialdemokraten, die das republikanische Programm unserer Partei anerkennen, in diesen Fehler verfallen? Um diese sonderbare Erscheinung zu verstehen, ist es nötig, sich der Resolution des III. Parteitags über den abgespaltenen Teil der Partei zuzuwenden.* In dieser Resolution wird darauf hingewiesen, daß in unserer Partei verschiedene, „dem Ökonomismus verwandte“ Richtungen fortleben. Unsere „Konferenzler“ (nicht umsonst, fürwahr, stehen sie unter der ideologischen Führung Martynows) urteilen über die Revolution ganz in demselben Geiste, wie die Ökonomen über den politischen Kampf oder den Achtstundentag geurteilt haben. Die Ökonomen setzen

* Hier der volle Wortlaut dieser Resolution: „Der Parteitag stellt fest, daß in der SDAPR seit ihrem Kampfe gegen den Ökonomismus bis auf den heutigen Tag Schattierungen erhalten geblieben sind, die dem Ökonomismus in verschiedenem Grad und in verschiedener Beziehung verwandt und durch die allgemeine Tendenz gekennzeichnet sind, die Bedeutung der Elemente der Bewußtheit im proletarischen Kampfe herabzusetzen und sie den Elementen der Spontaneität unterzuordnen. Die Repräsentanten dieser Schattierungen vertreten in der Organisationsfrage theoretisch das der planmäßigen Ausgestaltung der Parteiarbeit widersprechende Prinzip der Organisation als Prozeß, während sie in der Praxis in sehr vielen Fällen ein System der Abweichungen von der Parteidisziplin zur Durchführung bringen und in anderen Fällen die gegenwärtig einzig mögliche Grundlage für den Zusammenhang der Partei dadurch zu untergraben versuchen, daß sie sich an den am wenigsten klassenbewußten Teil der Partei wenden mit der Propaganda einer breiten Anwendung des Wahlprinzips ohne Rücksicht auf die objektiven Bedingungen der russischen Wirklichkeit. In taktischen Fragen zeigen sie das Bestreben, das Ausmaß der Parteiarbeit einzuzengen, indem sie sich dagegen aussprechen, daß die Taktik der Partei in bezug auf die liberalbürgerlichen Parteien völlig unabhängig sei, daß die Übernahme der organisierenden Rolle im Volksaufstand durch unsere Partei möglich und wünschenswert sei, daß unsere Partei, ganz gleich unter welchen Bedingungen, an einer provisorischen demokratisch-revolutionären Regierung teilnehme.“

Der Parteitag empfiehlt allen Parteimitgliedern, überall gegen derartige teilweise Abweichungen von den Prinzipien der revolutionären Sozialdemokratie einen energischen ideologischen Kampf zu führen, ist aber gleichzeitig der Meinung, daß die Zugehörigkeit von Personen, die sich in diesem oder jenem Maße solchen Auffassungen anschließen, zu den Parteiorganisationen nur unter der unerläßlichen Bedingung zulässig ist, daß sie die Parteitage und das Parteistatut anerkennen und sich vollständig der Parteidisziplin fügen.“ (Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

immer gleich die „Theorie der Stadien“ in Bewegung: 1. Kampf um die Rechte; 2. politische Agitation; 3. politischer Kampf — oder: 1. Zehnstantentag; 2. Neunstantentag; 3. Achtstantentag. Welche Ergebnisse diese „Taktik als Prozeß“ zeitigte, ist allen zur Genüge bekannt. Jetzt kommt man uns mit dem Vorschlag, auch die Revolution im voraus fein säuberlich in Stadien einzuteilen: 1. der Zar ruft eine Vertretungskörperschaft ein; 2. diese Vertretungskörperschaft „beschließt“ unter dem Druck des „Volkes“, eine konstituierende Versammlung zu organisieren; 3. ... über das dritte Stadium sind sich die Menschewiki noch nicht einig geworden, sie haben vergessen, daß der revolutionäre Druck des Volkes auf den konterrevolutionären Druck des Zarismus stößt und daß infolgedessen entweder der „Beschluß“ undurchführbar bleibt; oder die Sache wiederum durch den Sieg oder die Niederlage des Volksaufstandes entschieden wird. Die Konferenzresolution ähnelt aufs Haar dem folgenden Gedankengang der Ökonomen: der entscheidende Sieg der Arbeiter kann entweder durch die revolutionäre Verwirklichung des Achtstantentages oder durch die Zubilligung des Zehnstantentages und durch den „Beschluß“, zum Neunstantentag überzugehen, gekennzeichnet sein... Haargenau dasselbe.

Man kann uns vielleicht entgegenen, daß die Verfasser der Resolution nicht die Absicht gehabt hätten, den Sieg des Aufstandes dem „Beschluß“ einer vom Zaren einberufenen Vertretungskörperschaft *gleichzusetzen*, und daß sie bloß die Taktik der Partei für den einen und den anderen Fall vorausbestimmen wollten. Darauf antworten wir: 1. Der Resolutionstext bezeichnet direkt und unzweideutig den *Beschluß* der Vertretungskörperschaft als „entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus“. Vielleicht ist das die Folge einer nachlässigen Redigierung, vielleicht könnte man sie auf Grund der Protokolle korrigieren, solange sie aber nicht korrigiert ist, kann diese Fassung nur einen Sinn haben, und der ist ganz *im Geiste des „Oswoboshdenije“*. 2. Der dem „Oswoboshdenije“ entsprechende Gedankengang, in den die Verfasser der Resolution verfielen, tritt in anderen literarischen Arbeiten der Leute von der neuen „Iskra“ noch unvergleichlich plastischer zutage. Zum Beispiel im Organ des Tifliser Komitees, dem „Sozial-Demokrat“ (in georgischer Sprache; von der „Iskra“ in Nr. 100 über den grünen Klee gelobt), versteigt sich der Artikel „Der Semski Sobor und unsere Taktik“ direkt zu der Behauptung, daß die „Taktik“, „die den Semski Sobor“ (von dessen Einberufung wir, das fügen wir hinzu, noch nichts Genaueres wissen!) „zum Mittelpunkt unserer Aktion macht“, „für uns vorteilhafter“ sei als die „Taktik“ des bewaffneten

Aufstandes und der Konstituierung einer provisorischen revolutionären Regierung. Wir werden später noch auf diesen Artikel zurückkommen.

3. Man kann nichts dagegen haben, daß die Taktik der Partei im vorhinein erörtert wird sowohl für den Fall des Sieges der Revolution als auch für den Fall ihrer Niederlage, sowohl für den Fall des erfolgreichen Aufstandes als auch für den Fall, daß der Aufstand nicht in ernster Stärke entbrennen können wird. Es ist möglich, daß es der Zarenregierung gelingen wird, eine Vertretungskörperschaft einzuberufen, um mit der liberalen Bourgeoisie handelseinig zu werden. Die Resolution des III. Parteitag, die das voraussah, spricht direkt von „heuchlerischer Politik“, von „Pseudodemokratismus“ und von der „Karikatur einer Volksvertretung in der Art des sogenannten Semski Sobor“.* Aber das ist es ja eben, daß das nicht in der Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung gesagt wird, denn mit der provisorischen revolutionären Regierung hat das nichts zu tun.

* Hier der Text dieser Resolution über die Stellung zur Taktik der Regierung am Vorabend des Umsturzes:

„In Anbetracht dessen, daß die Regierung in der gegenwärtigen Revolutionsperiode zum Zwecke der Selbsterhaltung die üblichen Repressalien, die vorwiegend gegen die klassenbewußten Elemente des Proletariats gerichtet sind, verschärft, zugleich aber 1. versucht, durch Zugeständnisse und Reformversprechungen die Arbeiterklasse politisch zu demoralisieren und sie damit vom revolutionären Kampf abzulenken; 2. zu dem gleichen Zweck ihre heuchlerische Politik der Zugeständnisse in pseudo-demokratische Formen kleidet, angefangen mit der Aufforderung an die Arbeiter, ihre Vertreter in allerlei Kommissionen und Beratungen zu wählen, und endend mit der Schaffung von Karikaturen auf eine Volksvertretung in der Art des sogenannten Semski Sobor; 3. sogenannte Schwarze Hunderte organisiert und überhaupt alle reaktionären, unaufgeklärten oder durch Religions- und Rassenhaß verblendeten Elemente des Volkes gegen die Revolution mobil macht —

beschließt der III. Parteitag der SDAPR, allen Parteiorganisationen zu empfehlen:

a) die reaktionären Ziele der Regierungszugeständnisse zu entlarven, in der Propaganda und Agitation einerseits ihren erzwungenen Charakter hervorzuheben und andererseits zu unterstreichen, daß es der Selbstherrschaft absolut unmöglich ist, dem Proletariat befriedigende Reformen zu gewähren;

b) die Wahlagitation auszunutzen, um den Arbeitern den wahren Sinn solcher Maßnahmen der Regierung klarzumachen und ihnen zu beweisen, daß es für das Proletariat notwendig ist, eine konstituierende Versammlung auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts mit geheimer Stimmabgabe auf revolutionärem Wege einzuberufen;

c) das Proletariat zu organisieren zur sofortigen, auf revolutionärem Wege erfolgenden Verwirklichung des achtstündigen Arbeitstages und der anderen auf der Tagesordnung stehenden Forderungen der Arbeiterklasse;

d) den bewaffneten Widerstand gegen die Aktionen der Schwarzhunderter und überhaupt aller von der Regierung geführten reaktionären Elemente zu organisieren.“
(Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

Dieser Fall stellt das Problem des Aufstandes und der Konstituierung einer provisorischen revolutionären Regierung zurück, modifiziert es usw. Doch es handelt sich jetzt nicht darum, daß allerlei Kombinationen möglich sind, daß ebenso Sieg wie Niederlage, daß sowohl direkte Wege als auch Umwege möglich sind, sondern es handelt sich darum, daß sich ein Sozialdemokrat nicht erlauben darf, in die Vorstellungen der Arbeiter über den wirklich revolutionären Weg Verwirrung hineinzutragen; daß es unzulässig ist, im Geiste des „Oswoboshdenije“ als entscheidenden Sieg etwas zu bezeichnen, dem die *grundlegende* Bedingung des Sieges fehlt. Es ist möglich, daß wir auch den Achtstundentag nicht sofort, sondern nur auf langem Umwege bekommen werden, aber was werdet ihr von einem Menschen sagen, der eine solche Ohnmacht, eine solche Schwäche des Proletariats, bei der es *nicht imstande* sein wird, die Verschleppung, den Aufschub, das Feilschen, den Verrat und die Reaktion zu verhindern, als einen Sieg der Arbeiter bezeichnet? Es ist möglich, daß die russische Revolution mit einer „konstitutionellen Fehlgeburt“ endet, wie das einmal der „Wperjod“* sagte, aber kann das etwa als Rechtfertigung dienen für einen Sozialdemokraten, der am Vorabend des entscheidenden Kampfes diese Fehlgeburt als einen „entscheidenden Sieg über den Zarismus“ bezeichnen würde? Im schlimmsten Falle ist es möglich, daß wir nicht nur keine Republik erkämpfen werden, sondern daß auch die Verfassung eine illusorische, eine „Schipowsche“¹⁰⁵ sein wird, aber wäre denn die Vertuschung unserer republikanischen Losung durch einen Sozialdemokraten verzeihlich?

Freilich, bis zur Vertuschung dieser Losung sind die Leute von der neuen „Iskra“ noch nicht gegangen. Aber bis zu welchem Grad bei ihnen der revolutionäre Geist verfliegen ist, bis zu welchem Grad die lebensfremde Räsioniererei die augenblicklichen Kampfaufgaben ihrem Blick entzogen hat, das ist besonders anschaulich daraus zu ersehen, daß sie in ihrer Resolution ausgerechnet *vergessen* haben, von der Republik zu sprechen! Unglaublich, aber wahr. Alle Lösungen der Sozialdemokratie sind in den verschiedenen Resolutionen der Konferenz bestätigt, wiederholt, erläutert und detailliert, es wurde

* Die Genfer Zeitung „Wperjod“ begann im Januar 1905 als Organ des bolschewistischen Teils der Partei zu erscheinen. Vom Januar bis Mai kamen 18 Nummern heraus. Vom Mai an erschien statt des „Wperjod“ der „Proletarij“ als Zentralorgan der SDAPR auf Grund des Beschlusses des III. Parteitag der SDAPR. (Dieser Parteitag fand im Mai in London statt; die Menschewiki, die ihre „Konferenz“ in Genf abhielten, waren nicht erschienen.) (Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

nicht einmal vergessen, daß die Arbeiter in den Betrieben Obleute und Delegierte wählen sollen — aber es fand sich in der Resolution über die provisorische revolutionäre Regierung keine Gelegenheit, sich auch der Republik zu erinnern. Vom „Sieg“ der Volkserhebung, von der Konstituierung einer provisorischen Regierung sprechen und nicht auf den Zusammenhang dieser „Schritte“ und Akte mit der Eroberung der Republik hinweisen — das heißt eine Resolution schreiben nicht für die Leitung des proletarischen Kampfes, sondern für das Nachhinken hinter der proletarischen Bewegung.

Ergebnis: der erste Teil der Resolution hat 1. absolut keine Klarheit geschaffen über die Bedeutung der provisorischen revolutionären Regierung vom Gesichtspunkt des Kampfes für die Republik und der Gewährleistung einer wirklich allgemeinen und wirklich konstituierenden Versammlung und hat 2. dadurch, daß er eine solche Sachlage, wo gerade die Grundbedingung für einen wirklichen Sieg noch fehlt, dem entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus gleichsetzt, direkte Verwirrung in das demokratische Bewußtsein des Proletariats hineingetragen.

4. DIE LIQUIDIERUNG DES MONARCHISCHEN SYSTEMS UND DIE REPUBLIK

Gehen wir zum folgenden Teil der Resolution über:

„... Sowohl in dem einen als auch in dem anderen Falle wird ein solcher Sieg den Anfang einer neuen Phase der revolutionären Epoche bilden.

Die Aufgabe, die durch die objektiven Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser neuen Phase mit elementarer Gewalt gestellt wird, ist die endgültige Liquidierung des ganzen ständisch-monarchischen Regimes im Prozesse des gegenseitigen Kampfes zwischen den Elementen der politisch befreiten bürgerlichen Gesellschaft um die Verwirklichung ihrer sozialen Interessen und um den unmittelbaren Besitz der Macht.

Eine provisorische Regierung, die es übernehme, die Aufgaben dieser ihrem historischen Charakter nach bürgerlichen Revolution zu verwirklichen, müßte daher bei der Regulierung des gegenseitigen Kampfes zwischen den gegensätzlichen Klassen der sich befreienden Nation nicht bloß die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben, sondern auch gegen jene ihrer Faktoren ankämpfen, die die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung bedrohen.“

Verweilen wir bei diesem Teil, der einen selbständigen Abschnitt der Resolution bildet. Der Grundgedanke der von uns zitierten Betrachtungen stimmt mit demjenigen überein, der im dritten Punkte der Parteitagresolution dargelegt ist. Doch bei einem Vergleich beider Resolutionen springt in diesem Abschnitt sofort der folgende fundamentale Unterschied zwischen ihnen ins Auge. Die Parteitagresolution charakterisiert mit wenigen Worten die gesellschaftlich-ökonomische Grundlage der Revolution, verlegt dann die ganze Aufmerksamkeit auf den scharf ausgeprägten Kampf der Klassen für bestimmte Errungenschaften und rückt die Kampfaufgaben des Proletariats in den Vordergrund. Die Konferenzresolution bringt eine langatmige, nebelhafte und verworrene Beschreibung der gesellschaftlich-ökonomischen Grundlagen der Revolution, spricht sehr unklar vom Kampf für bestimmte Errungenschaften und läßt die Kampfaufgaben des Proletariats vollständig im dunkeln. Die Konferenzresolution spricht von der Liquidierung der alten Ordnung im Prozeß des gegenseitigen Kampfes zwischen den Elementen der Gesellschaft. Die Parteitagresolution sagt, daß wir, die Partei des Proletariats, diese Liquidierung vollziehen müssen, daß eine wirkliche Liquidierung nur durch die Errichtung der demokratischen Republik erfolgen kann, daß wir diese Republik erkämpfen müssen, daß wir für sie und für die volle Freiheit nicht nur gegen die Selbstherrschaft, sondern auch gegen die Bourgeoisie kämpfen werden, sobald sie den Versuch unternehmen wird (und sie wird das unbedingt tun), uns unsere Errungenschaften zu entreißen. Die Parteitagresolution ruft eine bestimmte Klasse zum Kampfe für ein genau bestimmtes nächstes Ziel auf. Die Konferenzresolution stellt Betrachtungen über den gegenseitigen Kampf verschiedener Kräfte an. In der einen Resolution kommt die Mentalität des aktiven Kampfes zum Ausdruck, in der andern — die des passiven Zuschauens; die eine ist getragen von dem Ruf zu lebendiger Tätigkeit, die andere — von unlebendiger Rasoniererei. Beide Resolutionen erklären, daß die vor sich gehende Umwälzung für uns bloß der erste Schritt sei, dem der zweite folgen werde. Daraus zieht aber die eine Resolution den Schluß, daß wir diesen ersten Schritt um so schneller zurücklegen müssen, daß wir ihn um so schneller beenden, die Republik erobern, die Konterrevolution rücksichtslos zertreten und die Basis für den zweiten Schritt schaffen müssen. Die andere Resolution jedoch verliert sich sozusagen in weitschweifigen Beschreibungen dieses ersten Schrittes und (man verzeihe den vulgären Ausdruck) verzapft Gedanken über ihn. Die Parteitagresolution nimmt die alten, ewig neuen Gedanken des Marxismus (über den bürgerlichen Charakter der demokratischen

Umwälzung) als Einleitung oder als Ausgangspunkt für die Schlußfolgerungen betreffs der im Vordergrund stehenden Aufgaben der fortgeschrittensten Klasse, die sowohl für die demokratische als auch für die sozialistische Umwälzung kämpft. Die Konferenzresolution kommt nicht über die Einleitung hinaus, kaut sie immer wieder und tut furchtbar weise mit ihr.

Dieser Unterschied ist eben auch derselbe Unterschied, der die russischen Marxisten seit langem in zwei Flügel trennt: einen räsonierenden und einen kämpfenden Flügel in der vergangenen Zeit des legalen Marxismus, einen ökonomistischen und einen politischen Flügel in der Epoche der beginnenden Massenbewegung. Aus dem richtigen marxistischen Satz von den tiefen ökonomischen Wurzeln des Klassenkampfes im allgemeinen und des politischen Kampfes im besonderen zogen die Ökonomen jenen originellen Schluß, daß man dem politischen Kampf den Rücken kehren, seine Entwicklung hintanhaltend, seinen Umfang einengen und seine Aufgaben herabsetzen müsse. Der politische Flügel dagegen zog aus denselben Sätzen einen andern Schluß, nämlich: je tiefer jetzt die Wurzeln unseres Kampfes reichen, um so breiter, kühner, entschlossener, mit um so mehr Initiative müssen wir diesen Kampf führen. In einer andern Situation, in einer modifizierten Form haben wir jetzt denselben Streit vor uns. Aus den Sätzen, daß eine demokratische Umwälzung noch keineswegs eine sozialistische ist, daß sie bei weitem nicht nur die Besitzlosen allein „interessiert“, daß ihre tiefsten Wurzeln in den unabwendbaren Nöten und Bedürfnissen der *gesamten* bürgerlichen Gesellschaft als Ganzes liegen — aus diesen Sätzen ziehen wir den Schluß, daß die fortgeschrittenste Klasse ihre demokratischen Aufgaben desto kühner stellen, sie desto schärfer und konsequenter formulieren muß, daß sie die unmittelbare Losung der Republik aufstellen und den Gedanken der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung sowie der schonungslosen Vernichtung der Konterrevolution propagieren muß. Unsere Opponenten aber, die Leute von der neuen „Iskra“, ziehen aus denselben Sätzen den Schluß, man solle die demokratischen Schlußfolgerungen nicht bis zu Ende aussprechen, man brauche auch nicht unter den praktischen Losungen die Losung der Republik aufzustellen, man dürfe den Gedanken von der Notwendigkeit der provisorischen revolutionären Regierung nicht propagieren, man könne auch einen Beschluß über die Einberufung einer konstituierenden Versammlung als einen entscheidenden Sieg bezeichnen, und man brauche die Aufgabe des Kampfes gegen die Konterrevolution nicht als unsere aktive Aufgabe aufzustellen, sondern könne sie in dem nebelhaften (und wie das gleich gezeigt

werden wird, falsch formulierten) Hinweis auf den „Prozeß des gegenseitigen Kampfes“ untergehen lassen. Das ist nicht die Sprache von Politikern, das ist die Sprache irgendwelcher Archivbeamten!

Und je aufmerksamer man sich die einzelnen Formulierungen der Resolution der Leute von der neuen „Iskra“ ansieht, um so anschaulicher treten ihre erwähnten Haupteigentümlichkeiten hervor. Da redet man uns z. B. vom „Prozeß des gegenseitigen Kampfes zwischen den Elementen der politisch befreiten bürgerlichen Gesellschaft“. Eingedenk des Themas, dem diese Resolution galt (die provisorische revolutionäre Regierung), müssen wir verwundert fragen: wenn schon von einem Prozeß des gegenseitigen Kampfes gesprochen wird, wie kann man dann von den Elementen schweigen, die die bürgerliche Gesellschaft politisch *unterjochen*? Glauben etwa die „Konferenzler“, daß, falls sie den Sieg der Revolution einmal vorausgesetzt haben, diese Elemente schon verschwunden sind? Ein solcher Gedanke wäre im allgemeinen absurd und in diesem Sonderfalle von äußerster politischer Naivität und politischer Kurzsichtigkeit. Nach dem Sieg der Revolution über die Konterrevolution wird die Konterrevolution nicht verschwinden, sondern wird im Gegenteil unvermeidlich einen neuen und noch verzweifelteren Kampf beginnen. Wenn wir unsere Resolution der Untersuchung der Aufgaben widmen, die mit dem Siege der Revolution erstehen, dann müssen wir den Aufgaben der Abwehr des konterrevolutionären Ansturms größte Beachtung zuwenden (wie das in der Parteitagsresolution auch geschehen ist) und dürfen diese nächsten, dringenden, aktuellen politischen Aufgaben der Kampfpartei nicht untergehen lassen in allgemeinen Betrachtungen darüber, was *nach* der jetzigen revolutionären Epoche geschehen wird, was dann geschehen wird, wenn die „politisch *befreite* Gesellschaft“ schon eine vollendete Tatsache sein wird. Ebenso wie die Ökonomen mit Hinweisen auf die allgemeinen Wahrheiten über die Unterordnung der Politik unter die Ökonomie ihre Verständnislosigkeit für die aktuellen politischen Aufgaben verdeckten, so verdecken die Leute von der neuen „Iskra“ mit ihren Hinweisen auf die allgemeinen Wahrheiten über den Kampf innerhalb der politisch *befreiten* Gesellschaft ihre Verständnislosigkeit für die aktuellen revolutionären Aufgaben der politischen *Befreiung* dieser Gesellschaft.

Man nehme den Ausdruck: „die endgültige Liquidierung des ganzen ständisch-monarchischen Regimes“. Auf russisch heißt die endgültige Liquidierung der monarchischen Ordnung die Konstituierung der demokratischen Republik. Allein unserem guten Martynow und seinen Verehrern scheint ein solcher Ausdruck allzu einfach und klar zu sein.

Sie wollen unbedingt „vertiefen“ und sich möglichst „weise“ ausdrücken. Es ergeben sich einerseits lächerliche und krampfhafte Versuche zu Tiefsinnigkeiten. Andererseits entsteht statt einer Losung eine Schilderung, statt eines mutigen Rufes, vorwärtszuschreiten, eine Art melancholischen Rückblickes. Als hätten wir nicht lebendige Menschen vor uns, die jetzt sofort für die Republik kämpfen wollen, sondern vertrocknete Mumien, die diese Frage sub specie aeternitatis* vom Gesichtspunkt des Plusquamperfekts** betrachten.

Gehen wir weiter: „... Eine provisorische Regierung ... übernehme, ... die Aufgaben dieser ... bürgerlichen Revolution zu verwirklichen...“ Hier eben hat sich auch sofort gezeigt, daß unsere „Konferenzler“ die konkrete Frage übersehen haben, die vor den politischen Führern des Proletariats auftauchte. Die konkrete Frage nach der provisorischen revolutionären Regierung entschwand aus ihrem Gesichtsfeld und wurde durch die Frage nach der zukünftigen Reihe von Regierungen verdeckt, die die Aufgaben der bürgerlichen Revolution überhaupt zu verwirklichen haben werden. Wenn ihr die Frage „historisch“ betrachten wollt, so wird euch das Beispiel eines beliebigen europäischen Landes zeigen, daß eben eine Reihe von Regierungen, und durchaus nicht „provisorischen“, die historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution verwirklichte, daß sogar Regierungen, die über die Revolution gesiegt hatten, dennoch gezwungen waren, die historischen Aufgaben dieser besiegten Revolution zu verwirklichen. Aber als „provisorische revolutionäre Regierung“ bezeichnet man gar nicht das, wovon ihr redet: so bezeichnet man die Regierung der revolutionären Epoche, die unmittelbar die gestürzte Regierung ablöst und sich auf den Volksaufstand und nicht auf irgendwelche aus dem Volke hervorgegangene Vertretungskörperschaften stützt. Die provisorische revolutionäre Regierung ist ein Organ des Kampfes für den sofortigen Sieg der Revolution, für die sofortige Abwehr der konterrevolutionären Versuche und keineswegs etwa ein Organ zur Verwirklichung der historischen Aufgaben der bürgerlichen Revolution im allgemeinen. Überlassen wir es, meine Herren, den künftigen Historikern in der künftigen „Russkaja Starina“, zu bestimmen, eben welche Aufgaben der bürgerlichen Revolution wir mit euch zusammen und welche Aufgaben die eine oder die andere Regierung verwirklicht haben. Auch nach dreißig Jahren wird es noch Zeit sein, das zu tun, jetzt aber müssen wir Losungen und praktische Weisungen geben für den Kampf um die Republik und für die energischste Teilnahme des Proletariats an diesem Kampf.

* Vom Gesichtspunkt der Ewigkeit. *Der Übers.*

** Vorvergangenheit, ferne Vergangenheit. *Der Übers.*

Aus den aufgezeigten Gründen sind auch die letzten Sätze des von uns zitierten Teiles der Resolution unbefriedigend. Äußerst mißlungen oder zumindest ungeschickt ist der Ausdruck, daß die provisorische Regierung den gegenseitigen Kampf zwischen den gegensätzlichen Klassen zu „regulieren“ hätte: Marxisten sollten sich nicht einer solchen liberalen, für die „Oswoboshdenije“-Leute passenden Formulierung bedienen, die Anlaß gibt zu denken, es wären Regierungen möglich, die nicht als Organ des Klassenkampfes, sondern als dessen „Regulator“ dienten ... Die Regierung müßte „nicht bloß die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben, sondern auch gegen jene ihrer Faktoren ankämpfen, die die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung bedrohen“. Dieser „Faktor“ ist gerade das Proletariat, in dessen Namen die Resolution spricht! Statt zu zeigen, wie das Proletariat in diesem Augenblick „die revolutionäre Entwicklung vorwärtstreiben“ soll (weiter vortreiben, als die konstitutionalistische Bourgeoisie gehen möchte), statt ihm zu raten, sich auf eine bestimmte Art und Weise zum Kampf gegen die Bourgeoisie vorzubereiten, wenn diese sich gegen die Errungenschaften der Revolution wenden wird — statt dessen gibt man uns eine allgemeine Beschreibung eines Prozesses, in der über die konkreten Aufgaben *unserer* Tätigkeit nichts gesagt wird. Die Art, wie die Leute von der neuen „Iskra“ ihre Gedanken darlegen, erinnert an den Ausdruck von Marx (in seinen berühmten „Thesen“ über Feuerbach) über den alten Materialismus, dem die Idee der Dialektik fremd war. Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, sagte Marx, aber es kommt drauf an, sie zu *verändern*. So können auch die Leute der neuen „Iskra“ den Prozeß des vor ihren Augen sich abspielenden Kampfes leidlich schildern und erklären, sie sind jedoch völlig außerstande, für diesen Kampf die richtige Lösung zu geben. Sie marschieren eifrig, führen aber schlecht und setzen dabei die materialistische Geschichtsauffassung dadurch herab, daß sie ignorieren, welche wirksame, führende und leitende Rolle in der Geschichte die Parteien spielen können und müssen, die die materiellen Bedingungen der Umwälzung erkannt und sich an die Spitze der fortgeschrittensten Klassen gestellt haben.

5. WIE SOLL MAN DIE „REVOLUTION VORWÄRTSTREIBEN“?

Wir bringen einen weiteren Abschnitt der Resolution:

„Unter solchen Bedingungen muß die Sozialdemokratie danach streben, während des ganzen Verlaufes der Revolution eine solche Position zu bewahren, die ihr am besten die Möglichkeit sichert, die

Revolution vorwärtszutreiben, die ihr im Kampfe gegen die inkonsequente und eigennützige Politik der bürgerlichen Parteien nicht die Hände bindet und sie davor bewahrt, in der bürgerlichen Demokratie aufzugehen.

Deshalb darf sich die Sozialdemokratie nicht das Ziel setzen, in der provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder sie zu teilen, sondern sie muß die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben.“

Der Rat, eine Position zu beziehen, die am besten die Möglichkeit sichert, die Revolution vorwärtszutreiben, gefällt uns ganz außerordentlich. Wir hätten nur gewünscht, daß außer diesem guten Rat auch ein direkter Hinweis vorhanden wäre, wie die Sozialdemokratie gerade jetzt, in der gegebenen politischen Situation, in den Zeiten der Gerüchte, Mutmaßungen, Redereien und Projekte über die Zusammenberufung von Volksvertretern, die Revolution vorwärtstreiben soll. Kann jetzt jemand die Revolution vorwärtstreiben, der nicht begreift, welche Gefahr die „Oswoboshdenije“-Theorie von der „Verständigung“ des Volkes mit dem Zaren in sich birgt, der allein den „Beschluß“, eine konstituierende Versammlung einzuberufen, als Sieg bezeichnet, der nicht die Aufgabe stellt, die Idee von der Notwendigkeit einer provisorischen revolutionären Regierung aktiv zu propagieren? der die Parole der demokratischen Republik zurückstellt? Solche Leute treiben in Wirklichkeit die Revolution zurück, weil sie in praktisch-politischer Beziehung auf dem Niveau der „Oswoboshdenije“-Position stehen geblieben sind. Was nützt es, daß sie sich zu einem Programm bekennen, das die Ersetzung der Selbstherrschaft durch die Republik fordert, wenn in ihrer taktischen Resolution, die die gegenwärtigen und die nächsten Aufgaben der Partei im revolutionären Augenblick festlegt, die Losung des Kampfes für die Republik fehlt? Gerade die „Oswoboshdenije“-Position, die Position der konstitutionellen Bourgeoisie, wird doch jetzt faktisch dadurch charakterisiert, daß der Beschluß, eine vom ganzen Volk getragene konstituierende Versammlung einzuberufen, als ein entscheidender Sieg angesehen wird, während man sich über die provisorische revolutionäre Regierung und über die Republik wohlweislich ausschweigt! Um die Revolution vorwärtszutreiben, das heißt über jene Grenze hinaus, bis zu der die monarchistische Bourgeoisie sie treibt, muß man aktiv solche Lösungen aufstellen, betonen und in den Vordergrund rücken, die die „Inkonsequenz“ der bürgerlichen Demokratie ausschließen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt gibt es nur zwei solche Lösungen: 1. die provisorische revolutionäre Regierung und 2. die Republik; denn die Losung der vom ganzen Volk getragenen

konstituierenden Versammlung ist von der monarchistischen Bourgeoisie *übernommen* worden (siehe Programm des „Oswoboshdenije“-Bundes), und sie ist übernommen worden eben im Interesse der Eskamotierung der Revolution, im Interesse der Verhinderung ihres vollen Sieges und im Interesse des Kuhhandels der Großbourgeoisie mit dem Zarismus. Und da sehen wir nun, daß die Konferenz von diesen beiden Losungen, die einzig und allein geeignet sind, die Revolution vorwärtszutreiben, die Losung der Republik gänzlich vergessen und die Losung der provisorischen revolutionären Regierung direkt der „Oswoboshdenije“-Losung der vom ganzen Volk getragenen konstituierenden Versammlung gleichgesetzt hat, indem sie das eine wie das andere einen „entscheidenden Sieg der Revolution“ nannte!!

Jawohl, das ist eine nicht zu bezweifelnde Tatsache, die, das steht für uns fest, dem künftigen Geschichtsschreiber der russischen Sozialdemokratie als Markstein dienen wird. Eine Konferenz von Sozialdemokraten nimmt im Mai 1905 eine Resolution an, die schöne Worte spricht über die Notwendigkeit, die demokratische Revolution vorwärtszutreiben, die sie jedoch in Wirklichkeit zurücktreibt und die in Wirklichkeit nicht weiter geht als die demokratischen Losungen der monarchistischen Bourgeoisie.

Die Leute von der neuen „Iskra“ machen uns gern den Vorwurf, daß wir die Gefahr eines Aufgehens des Proletariats in der bürgerlichen Demokratie ignorieren. Wir möchten den sehen, der es unternähme, diesen Vorwurf an Hand des Textes der vom III. Parteitag der SDAPR angenommenen Resolutionen zu beweisen. Wir werden unseren Opponenten erwidern: die Sozialdemokratie, die auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft tätig ist, kann nicht an der Politik teilnehmen, ohne in diesem oder jenem Einzelfall *in einer Reihe* mit der bürgerlichen Demokratie zu gehen. Der Unterschied zwischen uns und euch ist dabei der, daß wir in einer Reihe mit der revolutionären und republikanischen Bourgeoisie gehen, ohne uns mit ihr zu verschmelzen, ihr jedoch in einer Reihe mit der *liberalen und monarchistischen Bourgeoisie* geht, ebenfalls ohne euch mit ihr zu verschmelzen. *So eben liegen die Dinge.*

Eure taktischen Losungen, die im Namen der Konferenz verkündet worden sind, *stimmen überein* mit den Losungen der „Konstitutionell-demokratischen“ Partei, d. h. der *Partei der monarchistischen Bourgeoisie*, und dabei habt ihr diese Übereinstimmung nicht bemerkt, seid euch ihrer nicht bewußt geworden und habt euch somit faktisch im *Schlepptau* der „Oswoboshdenije“-Leute erwiesen.

Unsere taktischen Losungen, die im Namen des III. Parteitags der

SDAPR ausgegeben worden sind, stimmen überein mit den Losungen der demokratisch-revolutionären und republikanischen Bourgeoisie. Diese Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie hat in Rußland noch keine große Volkspartei gebildet.*

Aber an der Existenz von Elementen einer solchen Partei kann nur der zweifeln, der keine Ahnung davon hat, was jetzt in Rußland vorgeht. Wir beabsichtigen (im Falle eines erfolgreichen Verlaufes der großen russischen Revolution), nicht nur das Proletariat zu führen, das von der Sozialdemokratischen Partei organisiert worden ist, sondern auch jenes Kleinbürgertum, das in der Lage ist, in einer Reihe mit uns zu gehen.

Die Konferenz *sinkt* in ihrer Resolution unbewußt auf das Niveau der liberalen und monarchistischen Bourgeoisie hinab. Der Parteitag *hebt* durch seine Resolution die Elemente der revolutionären Demokratie bewußt zu sich empor, die zu kämpfen vermögen, nicht aber Geschäfte machen wollen.

Solche Elemente gibt es zumeist unter der Bauernschaft. Ohne in einen großen Irrtum zu verfallen, können wir bei der Einteilung der großen Gesellschaftsgruppen nach ihren politischen Tendenzen die revolutionäre und republikanische Demokratie mit der Masse der Bauernschaft identifizieren — selbstverständlich in demselben Sinne, mit denselben Vorbehalten und unter denselben stillschweigenden Voraussetzungen, wie die Arbeiterklasse mit der Sozialdemokratie identifiziert werden kann. Wir können mit anderen Worten unsere Schlußfolgerungen auch in folgender Weise formulieren: die Konferenz *sinkt* mit ihren für die *ganze Nation*** geltenden *politischen* Losungen in einem revolutionären Augenblick unbewußt *auf das Niveau der Masse der Gutsbesitzer herab*; der Parteitag *hebt* mit seinen für die ganze Nation geltenden politischen Losungen die *Bauernmasse auf ein revolutionäres Niveau*. An denjenigen, der uns wegen dieser Schlußfolgerung beschuldigt, daß wir zu Paradoxen neigen, richten wir die Aufforderung, die folgende These zu widerlegen: wenn wir nicht imstande sein werden, die Revolution zu Ende zu führen, wenn die Revolution mit einem im Sinne des „Oswoboshdenije“ „entscheidenden Sieg“ lediglich in der Form einer vom Zaren einberufenen Vertreterversammlung endet, die

* Die „Sozialrevolutionäre“ sind eher eine terroristische Intellektuellengruppe als die Keimform einer solchen Partei, obwohl die objektive Bedeutung der Tätigkeit dieser Gruppe gerade in der Verwirklichung der Aufgaben der revolutionären und republikanischen Bourgeoisie besteht.

** Wir sprechen nicht von den besonderen Losungen für die Bauernschaft, denen besondere Resolutionen gewidmet sind.

nur zum Hohn eine Konstituante genannt werden könnte — dann wird das eine Revolution sein, in der das *gutsbesitzerliche und das großbürgerliche Element* überwiegt. Umgekehrt, wenn uns beschieden ist, eine wirkliche große Revolution zu erleben, wenn die Geschichte diesmal keine „Fehlgeburt“ zuläßt, wenn wir die Kraft haben werden, die Revolution zu Ende zu führen, bis zum entscheidenden Sieg nicht im Sinne des „Oswoboshdenije“ und der neuen „Iskra“, dann wird das eine Revolution sein, in der das häuerliche und proletarische Element überwiegt.

Vielleicht werden manche darin, daß wir den Gedanken an ein solches Überwiegen zulassen, einen Beweis dafür erblicken, daß wir die Überzeugung vom bürgerlichen Charakter der bevorstehenden Revolution aufgegeben haben? Bei dem Mißbrauch, der in der „Iskra“ mit diesem Begriff getrieben wird, kann so etwas sehr wohl möglich sein. Deshalb ist es durchaus nicht überflüssig, bei dieser Frage zu verweilen.

6. WOHER DROHT DEM PROLETARIAT DIE GEFAHR, IM KAMPF GEGEN DIE INKONSEQUENTE BOURGEOISIE MIT GEBUNDENEN HÄNDEN DAZUSTEHEN?

Die Marxisten sind von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution unbedingt überzeugt. Was bedeutet das? Das bedeutet, daß jene demokratischen Umgestaltungen der politischen Ordnung und jene sozialökonomischen Umgestaltungen, die für Rußland notwendig geworden sind, an und für sich nicht nur keine Untergrabung des Kapitalismus, keine Untergrabung der Herrschaft der Bourgeoisie bedeuten, sondern daß sie umgekehrt zum erstenmal wirklich den Boden säubern werden für eine breite und schnelle, europäische und nicht asiatische Entwicklung des Kapitalismus, daß sie zum erstenmal die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse möglich machen werden. Die Sozialrevolutionäre können diese Idee nicht begreifen, weil sie das A-b-c der Entwicklungsgesetze der Warenproduktion und der kapitalistischen Produktion nicht kennen; sie sehen nicht, daß sogar ein voller Erfolg eines Bauernaufstandes, daß selbst die Neuaufteilung des ganzen Grund und Bodens im Interesse der Bauernschaft und gemäß ihren Wünschen (eine „Schwarze Umteilung“ oder etwas dieser Art) den Kapitalismus keineswegs vernichten, sondern im Gegenteil seiner Entwicklung einen Anstoß geben und die Klassenscheidung der Bauernschaft selbst beschleunigen wird. Das Nichtverstehen dieser Wahrheit

macht aus den Sozialrevolutionären unbewußte Ideologen des Kleinbürgertums. Das Festhalten an dieser Wahrheit ist für die Sozialdemokratie von größter, nicht nur theoretischer, sondern auch praktisch-politischer Bedeutung, denn hieraus ergibt sich für die Partei des Proletariats die Pflicht, in der gegenwärtigen „allgemein demokratischen“ Bewegung ihre volle Selbständigkeit als Klassenpartei zu wahren.

Aber daraus ergibt sich keineswegs, daß die *demokratische* Umwälzung (ihrem gesellschaftlich-ökonomischen Inhalte nach eine bürgerliche) für das Proletariat nicht von *gewaltigem* Interesse wäre. Daraus ergibt sich keineswegs, daß sich die demokratische Umwälzung nicht sowohl in einer Form vollziehen könnte, die vorwiegend für den Großkapitalisten, den Finanzmagnaten und den „aufgeklärten“ Großgrundbesitzer Vorteile bringt, als auch in einer Form, die für den Bauern und Arbeiter vorteilhaft ist.

Die Leute von der neuen „Iskra“ mißverstehen von Grund aus den Sinn und die Bedeutung der Kategorie: bürgerliche Revolution. Durch ihre Betrachtungen zieht sich ständig der Gedanke, eine bürgerliche Revolution wäre eine solche Revolution, die nur das bringen kann, was für die Bourgeoisie vorteilhaft ist. Nichts ist indes irriger als dieser Gedanke. Eine bürgerliche Revolution ist eine Revolution, die nicht über den Rahmen der bürgerlichen, d. h. der kapitalistischen gesellschaftlich-ökonomischen Ordnung hinausgeht. Eine bürgerliche Revolution bringt die Bedürfnisse der Entwicklung des Kapitalismus zum Ausdruck und zerstört nicht nur nicht die Grundlagen dieser Entwicklung, sondern, im Gegenteil, verbreitert und vertieft sie. Diese Revolution bringt daher die Interessen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der gesamten Bourgeoisie zum Ausdruck. Da unter dem Kapitalismus die Herrschaft der Bourgeoisie über das Proletariat unvermeidlich ist, kann man mit vollem Recht sagen, daß die bürgerliche Revolution nicht so sehr die Interessen des Proletariats als vielmehr die der Bourgeoisie zum Ausdruck bringt. Aber völlig absurd ist der Gedanke, daß die bürgerliche Revolution die Interessen des Proletariats überhaupt nicht zum Ausdruck bringt. Dieser absurde Gedanke läuft entweder auf die althergebrachte Volkstümlertheorie hinaus, daß die bürgerliche Revolution den Interessen des Proletariats widerspräche, und daß wir darum keine bürgerliche politische Freiheit brauchten. Oder dieser Gedanke läuft auf den Anarchismus hinaus, der jede Beteiligung des Proletariats an der bürgerlichen Politik, an der bürgerlichen Revolution, am bürgerlichen Parlamentarismus ablehnt. In theoretischer Hinsicht bedeutet dieser Gedanke ein Vergessen der

elementarsten Grundsätze des Marxismus von der Unvermeidlichkeit der Entwicklung des Kapitalismus auf der Grundlage der Warenproduktion. Der Marxismus lehrt, daß eine Gesellschaft, die auf der Warenproduktion begründet ist und mit den zivilisierten kapitalistischen Nationen Tauschbeziehungen unterhält, auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung unvermeidlich auch selbst den Weg des Kapitalismus betritt. Der Marxismus hat unwiderruflich mit den Phantasien der Volkstümler und der Anarchisten gebrochen, daß ob z. B. Rußland der kapitalistischen Entwicklung ausweichen, aus dem Kapitalismus hinausspringen oder sich über ihn hinwegsetzen könne auf irgendeinem anderen Weg als dem des Klassenkampfes auf der Grundlage und im Rahmen eben dieses Kapitalismus.

Alle diese Grundsätze des Marxismus sind mit aller Ausführlichkeit bewiesen und durchgekaut, sowohl im allgemeinen als auch im besonderen in bezug auf Rußland. Und aus diesen Grundsätzen folgt, daß es ein *reaktionärer* Gedanke ist, die Erlösung der Arbeiterklasse in irgend etwas anderem zu suchen als in der weiteren Entwicklung des Kapitalismus. In solchen Ländern wie Rußland leidet die Arbeiterklasse nicht so sehr durch den Kapitalismus als vielmehr durch die mangelhafte Entwicklung des Kapitalismus. Darum ist die Arbeiterklasse an der breitesten, freiesten und schnellsten Entwicklung des Kapitalismus *unbedingt interessiert*. Die Beseitigung aller Überreste der alten Zeit, die der breiten, freien und schnellen Entwicklung des Kapitalismus hinderlich sind, ist für die Arbeiterklasse *unbedingt von Vorteil*. Die bürgerliche Revolution ist eben eine solche Umwälzung, die am entschiedensten die Überreste der alten Zeit, die Reste der Leibeigenschaft (zu diesen Überresten gehört nicht nur die Selbstherrschaft, sondern auch die Monarchie), hinwegfegt; eine Umwälzung, die die breiteste, freieste und schnellste Entwicklung des Kapitalismus im allervollsten Umfang gewährleistet.

Darum ist die *bürgerliche Revolution für das Proletariat im höchsten Maße vorteilhaft*. Die bürgerliche Revolution ist im Interesse des Proletariats *unbedingt* notwendig. Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein. Nur Leuten, die das A B C des wissenschaftlichen Sozialismus nicht kennen, kann diese Schlußfolgerung neu, sonderbar oder paradox scheinen. Aus dieser Schlußfolgerung ergibt sich übrigens auch die These, daß *in einem gewissen Sinne* die bürgerliche Revolution für das Proletariat *vorteilhafter* ist als für die Bourgeoisie. Besonders eben in folgendem Sinne unterliegt diese These keinem Zweifel: für die Bour-

geoisie ist es vorteilhaft, sich gegen das Proletariat auf einige Überreste der alten Zeit zu stützen, zum Beispiel auf die Monarchie, auf das stehende Heer u. dgl. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhaft, daß die bürgerliche Revolution nicht gar zu entschieden mit allen Überresten der alten Zeit aufräumt, sondern einige von ihnen bestehen läßt, das heißt, daß diese Revolution nicht völlig konsequent ist, nicht bis zu Ende geht, daß sie nicht entschieden und schonungslos ist. Diesen Gedanken drücken die Sozialdemokraten oft etwas anders aus, indem sie sagen, daß die Bourgeoisie sich selbst untreu werde, daß die Bourgeoisie die Sache der Freiheit verrate, daß die Bourgeoisie zu einem konsequenten Demokratismus unfähig sei. Für die Bourgeoisie ist es vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung langsamer, allmählicher, vorsichtiger, unentschiedener, auf dem Wege von Reformen und nicht auf dem Wege der Revolution vollziehen; daß diese Umgestaltungen möglichst vorsichtig sind in bezug auf die „ehrwürdigen“ Institutionen aus der Zeit der Leibeigenschaft (nach Art der Monarchie); daß diese Umgestaltungen die revolutionäre Selbsttätigkeit, Initiative und Energie des einfachen Volkes, das heißt der Bauernschaft und besonders der Arbeiter, möglichst wenig entwickeln, denn sonst wird es den Arbeitern um so leichter, „das Gewehr von einer Schulter auf die andere zu legen“, wie die Franzosen sagen, das heißt die Waffen, mit denen die bürgerliche Revolution sie ausrüstet, jene Freiheit, die sie ihnen gibt, und jene demokratischen Institutionen, die auf dem von der Leibeigenschaft gesäuberten Boden entstehen werden, gegen die Bourgeoisie selbst zu richten.

Umgekehrt ist es für die Arbeiterklasse vorteilhafter, daß sich die notwendigen Umgestaltungen in bürgerlich-demokratischer Richtung eben nicht auf dem Wege der Reformen, sondern auf revolutionärem Wege vollziehen, denn der Weg der Reformen ist ein Weg der Verschleppung, der Amtsschimmelei, des qualvoll langsamen Absterbens der faulenden Teile des Volksorganismus. Unter dieser Fäulnis leiden zuerst und zumeist das Proletariat und die Bauernschaft. Der revolutionäre Weg ist der Weg der raschen, für das Proletariat am wenigsten schmerzhaften Operation; er ist der Weg der direkten Entfernung der faulenden Teile, der Weg der geringsten Nachgiebigkeit und Nachsicht gegenüber der Monarchie und den ihr entsprechenden abscheulichen und widerlichen, faulen und mit ihrer Fäulnis die Luft verpestenden Institutionen.

Darum eben und nicht allein nur aus Zensurrücksichten oder bloßer Angst vergießt unsere bürgerlich-liberale Presse Tränen über die Möglichkeit des revolutionären Weges, fürchtet sie die Revolution,

schreckt sie den Zaren mit der Revolution, bemüht sie sich, die Revolution zu vermeiden, und bittelt sie knechtisch und kriecherisch um klägliche Reformen als Grundlage für den Weg der Reformen. Auf diesem Standpunkt stehen nicht nur die „Russkije Wjedomosti“, „Syn Otjetschestwa“, „Nascha Shisn“, „Naschi Dni“, sondern auch das illegale, freie „Oswoboshdenije“. Eben die Lage der Bourgeoisie als Klasse in der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt unvermeidlich ihre Inkonsistenz in der demokratischen Umwälzung. Eben die Lage des Proletariats als Klasse zwingt es, konsequent demokratisch zu sein. Die Bourgeoisie wendet ihren Blick rückwärts, sie fürchtet den demokratischen Fortschritt, der mit der Gefahr einer Erstarkung des Proletariats droht. Das Proletariat hat nichts zu verlieren als seine Ketten, wird aber mit Hilfe des Demokratismus die ganze Welt gewinnen. Je konsequenter darum die bürgerliche Revolution in ihren demokratischen Umgestaltungen ist, desto weniger beschränkt sie sich auf das, was ausschließlich für die Bourgeoisie von Vorteil ist. Je konsequenter die bürgerliche Revolution ist, desto mehr Vorteile gewährleistet sie dem Proletariat und der Bauernschaft in der demokratischen Umwälzung.

Der Marxismus lehrt den Proletarier nicht, sich von der bürgerlichen Revolution fernzuhalten, auf die Teilnahme an ihr zu verzichten, die Führung in ihr der Bourgeoisie zu überlassen, sondern im Gegenteil, er lehrt die energischste Teilnahme, den entschiedensten Kampf für einen konsequenten proletarischen Demokratismus, für die Durchführung der Revolution bis zu Ende. Wir können aus dem bürgerlich-demokratischen Rahmen der russischen Revolution nicht hinauspringen, wir können aber diesen Rahmen gewaltig erweitern, wir können und müssen innerhalb dieses Rahmens für die Interessen des Proletariats kämpfen, für seine unmittelbaren Bedürfnisse und für Bedingungen, die die Vorbereitung seiner Kräfte für den künftigen vollen Sieg ermöglichen. Es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie. Auch der monarchistische Semstwomann¹⁰⁶, der Anhänger eines Oberhauses, der mit der Forderung des allgemeinen Wahlrechts „auftrumpft“, aber insgeheim, in aller Stille, mit dem Zarismus über eine gestutzte Verfassung handelseinig wird, ist ein bürgerlicher Demokrat. Und der Bauer, der mit dem Gewehr in der Hand gegen die Gutsbesitzer und Beamten zieht und „naiv-republikanisch“ vorschlägt, „den Zaren davonzujagen“*, ist ebenfalls ein bürgerlicher Demokrat. Es gibt solche bürgerlich-demokratischen Verhältnisse wie in Deutsch-

* „Oswoboshdenije“ Nr. 71, S. 337, Anm. 2.

land und solche wie in England; solche wie in Österreich und solche wie in Amerika oder in der Schweiz. Der wäre ein schöner Marxist, der in der Epoche der demokratischen Umwälzung diesen Unterschied zwischen den Abstufungen des Demokratismus und zwischen den verschiedenen Charakteren der einen oder andern seiner Formen über sähe und sich auf das „Klügeln“ darüber beschränkte, daß das alles doch nur „bürgerliche Revolution“, nur Früchte der „bürgerlichen Revolution“ seien.

Aber gerade solche Neunmalweisen, die mit ihrer Kurzsichtigkeit wichtig tun, sind doch unsere Leute von der neuen „Iskra“. Sie beschränken sich darauf, über den bürgerlichen Charakter der Revolution Betrachtungen anzustellen gerade dort und gerade dann, wo man verstehen muß, einen Unterschied zu machen zwischen der republikanisch-revolutionären und der monarchistisch-liberalen bürgerlichen Demokratie, schon gar nicht zu reden vom Unterschied zwischen dem inkonsequenten bürgerlichen und dem konsequenten proletarischen Demokratismus. Sie begnügen sich — als wenn sie wirklich zu „Männern im Futteral“¹⁰⁷ geworden wären — mit melancholischen Gesprächen über den „Prozeß des gegenseitigen Kampfes der gegensätzlichen Klassen“, wenn es sich darum handelt, der gegenwärtigen Revolution eine *demokratische Führung* zu geben, die *führenden demokratischen* Losungen zum Unterschied von den verräterischen Losungen der Herren Struve und Konsorten zu unterstreichen und direkt und schroff die nächsten Aufgaben des wirklich revolutionären Kampfes des Proletariats und der Bauernschaft zum Unterschied vom liberalen Maklertum der Gutsbesitzer und Fabrikanten aufzuzeigen. Der Kern der Frage, den ihr, meine Herren, übersehen habt, liegt jetzt eben darin, ob unsere Revolution mit einem wirklich grandiosen Sieg oder nur mit einem erbärmlichen Kompromiß abschließen wird, ob sie bis zur revolutionären demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gelangen oder ob ihr schon bei einer liberalen Schipow-Konstitution „der Atem ausgehen“ wird!

Es könnte auf den ersten Blick scheinen, daß wir durch die Aufrollung dieser Frage ganz von unserem Thema abweichen. Das kann aber nur auf den ersten Blick so scheinen. In Wirklichkeit liegt gerade in dieser Frage die Wurzel der prinzipiellen Differenz, die schon jetzt zwischen der sozialdemokratischen Taktik des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und der Taktik, die auf der Konferenz der Anhänger der neuen „Iskra“ festgelegt wurde, klar hervorgetreten ist. Die letzteren haben schon heute nicht zwei, sondern drei Schritte zurück gemacht, denn sie haben bei der Ent-

scheidung der für die Arbeiterklasse unvergleichlich komplizierteren und wichtigeren Lebensfragen ihrer Taktik im Augenblick der Revolution die Irrtümer des Ökonomismus wiederaufleben lassen. Und darum eben müssen wir bei der Untersuchung der aufgerollten Frage mit aller Aufmerksamkeit zu Werke gehen.

In dem von uns zitierten Teil der Resolution der Leute von der neuen „Iskra“ ist ein Hinweis auf die Gefahr enthalten, daß die Sozialdemokratie im Kampfe gegen die inkonsequente Politik der Bourgeoisie sich die Hände binden, daß sie in der bürgerlichen Demokratie aufgehen könnte. Der Gedanke an diese Gefahr zieht sich wie ein roter Faden durch die ganze spezifisch neu-iskristische Literatur, dieser Gedanke ist der wahre Kern der ganzen prinzipiellen Einstellung in unserer Parteispaltung (seitdem in dieser Parteispaltung das Element des Gezänkes vor dem Element der Wendung zum Ökonomismus ganz in den Hintergrund getreten ist). Und wir erkennen ohne alle Umschweife an, daß diese Gefahr wirklich vorhanden ist, daß gerade jetzt, wo die russische Revolution in voller Entfaltung ist, diese Gefahr besonders ernst geworden ist. Uns allen, den Theoretikern oder — wie ich von mir lieber sagen würde — den Publizisten der Sozialdemokratie, liegt die unaufschiebbare, äußerst verantwortliche Aufgabe ob, zu untersuchen, *von welcher Seite* diese Gefahr in Wirklichkeit droht. Denn die Quelle unserer Meinungsverschiedenheit liegt nicht in dem Streit darüber, ob eine solche Gefahr existiert, sondern in dem Streit darüber, ob diese Gefahr durch die sogenannte Nachtrabpolitik der „Minderheit“ oder durch den sogenannten Revolutionarismus der „Mehrheit“ hervorgerufen wird.

Um Mißdeutungen und Mißverständnisse zu beseitigen, wollen wir vor allem bemerken, daß die Gefahr, von der wir sprechen, nicht in der subjektiven, sondern in der objektiven Seite der Sache liegt, nicht in der formellen Position, die die Sozialdemokratie im Kampfe bezieht, sondern im materiellen Ausgang des ganzen gegenwärtigen revolutionären Kampfes. Nicht das ist die Frage, ob diese oder jene sozialdemokratischen Gruppen in der bürgerlichen Demokratie aufgehen wollen, ob sie sich dessen bewußt sind, daß sie in ihr aufgehen, — davon ist gar nicht die Rede. Wir verdächtigen keinen Sozialdemokraten, einen solchen Wunsch zu haben, und auf den Wunsch kommt es hier auch gar nicht an. Die Frage besteht auch nicht darin, ob diese oder jene sozialdemokratischen Gruppen ihre formelle Selbstständigkeit, Sonderstellung und Unabhängigkeit gegenüber der bürgerlichen Demokratie während des ganzen Verlaufes der Revolution bewahren werden. Sie können diese ihre „Unabhängigkeit“ nicht nur

erklären, sondern sie sogar formell bewahren, und nichtsdestoweniger *kann die Sache so ausgehen*, daß sie im Kampfe gegen die Inkonsequenz der Bourgeoisie mit gebundenen Händen dastehen werden. Als politisches Endergebnis der Revolution kann sich herausstellen, daß trotz ihrer formellen „Selbständigkeit“, trotz voller organisatorischer Sonderstellung als Partei die Sozialdemokratie sich in Wirklichkeit nicht als unabhängig und nicht als stark genug erweist, dem Gang der Ereignisse den Stempel ihrer proletarischen Selbständigkeit aufzudrücken, daß sie sich als so schwach erweist, daß im großen und ganzen letzten Endes, als Schlußergebnis, ihr „Aufgehen“ in der bürgerlichen Demokratie dennoch zur historischen Tatsache wird.

Darin eben besteht die wirkliche Gefahr. Und nun wollen wir sehen, von welcher Seite sie droht: von der Abweichung der Sozialdemokratie nach rechts in Gestalt der neuen „Iskra“, wie wir glauben, oder von ihrer Abschwenkung nach links in Gestalt der „Mehrheit“, des „Wperjod“ usw., wie die Leute von der neuen „Iskra“ glauben.

Die Entscheidung dieser Frage wird, wie wir schon gezeigt haben, durch das objektive Zusammenwirken der verschiedenen gesellschaftlichen Kräfte bestimmt. Der Charakter dieser Kräfte ist theoretisch durch die marxistische Analyse der russischen Wirklichkeit bestimmt worden und wird praktisch jetzt durch das offene Auftreten der Gruppen und Klassen im Verlauf der Revolution festgelegt. Die ganze theoretische Analyse, die schon lange vor der jetzigen Epoche von den Marxisten vorgenommen worden war, und alle praktischen Beobachtungen der Entwicklung der revolutionären Ereignisse zeigen uns nun, daß vom Standpunkte der objektiven Bedingungen zweierlei Verlauf und Ausgang der Revolution in Rußland möglich ist. Die Umgestaltung der ökonomischen und politischen Ordnung in Rußland in bürgerlich-demokratischer Richtung ist unvermeidlich und unabwendbar. Es gibt keine Kraft auf Erden, die eine solche Umgestaltung verhindern könnte. Allein aus dem Zusammenwirken der vorhandenen Kräfte, die diese Umgestaltung erzeugen, können sich zweierlei Resultate oder zweierlei Formen dieser Umgestaltung ergeben. Eins von beiden: 1. entweder endet die Sache mit einem „entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus“, oder 2. die Kräfte reichen für einen entscheidenden Sieg nicht aus, und die Sache endet mit einem Abkommen des Zarismus mit den „inkonsequentesten“ und „selbstsüchtigsten“ Elementen der Bourgeoisie. All die unendliche Mannigfaltigkeit der Details und Kombinationen, die vorauszusehen niemand imstande ist, läuft im großen und ganzen gerade auf die eine oder die andere dieser zwei Ausgangsmöglichkeiten hinaus.

Betrachten wir nun diese zwei Möglichkeiten, erstens, vom Gesichtspunkt ihrer sozialen Bedeutung und, zweitens, vom Gesichtspunkt der Lage der Sozialdemokratie (ihres „Aufgehens“ oder ihrer „gebundenen Hände“) in dem einen und in dem anderen Falle.

Was ist „ein entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus“? Wir haben schon gesehen, daß die Leute von der neuen „Iskra“ diesen Ausdruck gebrauchen, ohne dabei auch nur seine nächstliegende politische Bedeutung zu verstehen. Noch weniger ist bei ihnen von einem Verstehen des Klasseninhalts dieses Begriffes etwas zu merken. Wir Marxisten dürfen uns jedoch in keinem Falle von *Worten*, wie „Revolution“ oder „die große russische Revolution“, blenden lassen, so wie sich jetzt viele revolutionäre Demokraten (vom Schlage Gapons) von ihnen blenden lassen. Wir müssen uns genau darüber Rechenschaft geben, welche realen gesellschaftlichen Kräfte sich dem „Zarismus“ entgegenstellen (das ist eine durchaus reale, für alle durchaus begreifliche Kraft) und fähig sind, einen „entscheidenden Sieg“ über den Zarismus davonzutragen. Die Großbourgeoisie, die Gutsbesitzer, die Fabrikanten, die „Gesellschaft“, die den „Oswoboshdenije“-Leuten folgt, können diese Kraft nicht sein. Wir sehen; daß sie einen entscheidenden Sieg auch gar nicht wollen. Wir wissen, daß sie kraft ihrer Klassenlage zu einem entschlossenen Kampf gegen den Zarismus nicht fähig sind: das Privateigentum, das Kapital, der Grund und Boden sind ein viel zu schweres Bleigewicht an ihren Füßen, als daß sie in einen entschlossenen Kampf gehen könnten. Sie brauchen viel zu sehr den Zarismus mit seinen polizeibürokratischen und militärischen Kräften gegen das Proletariat und die Bauernschaft, als daß sie die Vernichtung des Zarismus anstreben könnten. Nein, die Kraft, die fähig ist, einen „entscheidenden Sieg über den Zarismus“ davonzutragen, kann nur das *Volk* sein, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, wenn man nur die grundlegenden großen Kräfte nimmt und die ländliche und städtische Kleinbourgeoisie (die auch „Volk“ ist) auf sie aufteilt. Ein „entscheidender Sieg der Revolution über den Zarismus“ ist die *revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*. Dieser Schlußfolgerung, die vom „Wperjod“ schon längst aufgezeigt worden ist, können sich unsere Leute von der neuen „Iskra“ nicht entziehen. Es gibt sonst niemanden, der einen entscheidenden Sieg über den Zarismus davonzutragen kann.

Und ein solcher Sieg wird eben eine Diktatur sein, das heißt, er wird sich unvermeidlich auf militärische Gewalt, auf die Bewaffnung der Masse, auf den Aufstand stützen müssen, nicht aber auf diese oder jene, auf „legalem“, „friedlichem Wege“ geschaffenen Institutionen.

Das kann nur die Diktatur sein, denn die Verwirklichung der für das Proletariat und die Bauernschaft unverzüglich und unabweislich notwendigen Umgestaltungen wird den verzweifelten Widerstand sowohl der Gutsbesitzer als auch der Großbourgeoisie und des Zarismus hervorrufen. Ohne Diktatur diesen Widerstand zu brechen, die konterrevolutionären Anschläge abzuwehren, ist unmöglich. Doch wird das selbstverständlich keine sozialistische, sondern eine demokratische Diktatur sein. Sie wird nicht imstande sein (ohne eine ganze Reihe Zwischenstufen der revolutionären Entwicklung), die Grundlagen des Kapitalismus anzutasten. Sie wird im besten Fall imstande sein, eine radikale Neuverteilung des Grundeigentums zugunsten der Bauernschaft vorzunehmen, einen konsequenten und vollen Demokratismus bis zur Errichtung der Republik durchzuführen, alle asiatischen Wesenszüge und Knechtschaftsverhältnisse im Leben nicht nur des Dorfes, sondern auch der Fabrik auszumerzen und für eine ernstliche Verbesserung der Lage der Arbeiter, für die Hebung ihrer Lebenshaltung den Grund zu legen und schließlich, *last but not least**, die Flamme der Revolution nach Europa zu tragen. Ein solcher Sieg wird aus unserer bürgerlichen Revolution noch keineswegs eine sozialistische machen; die demokratische Umwälzung wird aus dem Rahmen der bürgerlichen gesellschaftlich-ökonomischen Beziehungen nicht unmittelbar hinaustreten; aber nichtsdestoweniger wird die Bedeutung eines solchen Sieges für die künftige Entwicklung sowohl Rußlands als auch der ganzen Welt gigantisch sein. Nichts wird die revolutionäre Energie des Weltproletariats so sehr steigern, nichts wird den Weg, der zu seinem vollen Siege führt, so sehr abkürzen wie dieser entscheidende Sieg der in Rußland begonnenen Revolution.

Inwiefern ein solcher Sieg wahrscheinlich ist, das ist eine andere Frage. Wir neigen in dieser Hinsicht keineswegs zu unüberlegtem Optimismus, wir vergessen keineswegs die ungeheuren Schwierigkeiten dieser Aufgabe, aber in den Kampf ziehend, müssen wir den Sieg wollen und den richtigen Weg zu ihm zeigen können. Die Tendenzen, die zu diesem Sieg führen können, sind unbestreitbar vorhanden. Freilich, unser sozialdemokratischer Einfluß auf die Masse des Proletariats ist noch äußerst ungenügend; die revolutionäre Einwirkung auf die Bauernmassen ist verschwindend gering; die Zersplitterung, die Rückständigkeit, die Unwissenheit des Proletariats und besonders der Bauernschaft sind noch furchtbar groß. Aber die Revolution pflegt raschen Zusammenschluß und rasche Aufklärung zu bewirken. Jeder Schritt

* Das Letzte, aber nicht das Unwichtigste. *Der Übers.*

ihrer Entwicklung rüttelt die Massen auf und zieht sie mit unwiderstehlicher Kraft gerade auf die Seite des revolutionären Programms, das allein ihre wirklichen ureigenen Interessen konsequent und voll zum Ausdruck bringt.

Ein Gesetz der Mechanik lautet: Die Wirkung ist gleich der Gegenwirkung. In der Geschichte hängt die zerstörende Kraft der Revolution in nicht geringem Maße auch davon ab, wie stark und andauernd die Unterdrückung der Freiheitsbestrebungen war, und wie tief die Widersprüche zwischen dem vorsintflutlichen „Überbau“ und den lebendigen Kräften der gegenwärtigen Epoche sind. Auch die internationale politische Situation gestaltet sich in vieler Hinsicht für die russische Revolution so günstig wie nur möglich. Die Erhebung der Arbeiter und der Bauern hat schon begonnen; sie ist zersplittert, spontan, schwach, aber sie beweist unbestreitbar und unbedingt das Vorhandensein von Kräften, die zu einem entschlossenen Kampfe fähig sind und die einem entscheidenden Siege entgegengehen.

Reichen diese Kräfte nicht aus, dann wird es dem Zarismus gelingen, einen Pakt zu schließen, der von zwei Seiten schon vorbereitet wird, sowohl von den Herren Bulygin als auch von den Herren Struve. Dann wird die Sache mit einer gestutzten Verfassung oder sogar — im allerschlimmsten Falle — mit einer Parodie auf eine Verfassung enden. Das wird auch eine „bürgerliche Revolution“ sein, aber nur eine Fehlgeburt, eine Frühgeburt, eine Mißgeburt. Die Sozialdemokratie macht sich keine Illusionen, sie kennt die verräterische Natur der Bourgeoisie, sie wird nicht den Mut sinken lassen, sie wird ihre beharrliche, geduldige, unentwegte Arbeit an der Klassenerziehung des Proletariats selbst im allergrausensten Alltag der bürgerlich-konstitutionellen „Schipowschen“ Glückseligkeit nicht fahren lassen. Ein solcher Ausgang gliche mehr oder weniger dem Ausgang fast aller demokratischen Revolutionen in Europa im Laufe des 19. Jahrhunderts, und unsere Parteientwicklung würde dann einen mühsamen, schweren, langen, aber bekannten und ausgetretenen Pfad beschreiten.

Es fragt sich nun, in welchem dieser beiden möglichen Fälle die Sozialdemokratie der inkonsequenten und eigennützigigen Bourgeoisie gegenüber faktisch mit gebundenen Händen dastehen und in der bürgerlichen Demokratie faktisch „aufgegangen“ oder fast aufgegangen sein wird?

Es genügt, diese Frage klar zu stellen, um sie, ohne auch nur einen Augenblick zu zögern, zu beantworten.

Gelingt es der Bourgeoisie, durch einen Pakt mit dem Zarismus die russische Revolution zum Scheitern zu bringen, dann werden der Sozialdemokratie gegenüber der inkonsequenten Bourgeoisie faktisch

eben die Hände gebunden sein, dann wird die Sozialdemokratie „in der bürgerlichen Demokratie“ in dem Sinne aufgegangen sein, daß es dem Proletariat nicht gelingen wird, der Revolution seinen deutlichen Stempel aufzudrücken und mit dem Zarismus proletarisch oder, wie Marx einst sagte, „plebejisch“ fertig zu werden.

Gelingt der entscheidende Sieg der Revolution, dann werden wir mit dem Zarismus nach Jakobinerart oder, wenn ihr wollt, plebejisch fertig werden. „Der ganze französische Terrorismus“, schrieb Marx 1848 in der berühmten „Neuen Rheinischen Zeitung“, „war nichts als eine plebejische Manier, mit den Feinden der Bourgeoisie, dem Absolutismus, dem Feudalismus und dem Spießbürgertum fertig zu werden.“ (Siehe „Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“, herausgegeben von Franz Mehring, 2. Aufl., Bd. III, S. 211.)¹⁰⁸ Haben die Leute, die die sozialdemokratischen russischen Arbeiter mit dem Schreckgespenst des „Jakobinertums“ in der Epoche der demokratischen Revolution schrecken, jemals über die Bedeutung dieser Worte von Marx nachgedacht?

Die Girondisten der modernen russischen Sozialdemokratie, die Leute von der neuen „Iskra“, verschmelzen sich nicht mit den „Oswoboshdenije“-Leuten, erweisen sich aber faktisch kraft des Charakters ihrer Losungen in deren Nachtrab. Die „Oswoboshdenije“-Leute aber, d. h. die Vertreter der liberalen Bourgeoisie, wollen mit der Selbstherrschaft auf sanfte, reformatorische Art fertig werden: nachgiebig, ohne der Aristokratie, dem Adel, dem Hof etwas zuleide zu tun; vorsichtig, damit alles ohne Bruch abgehe, liebenswürdig und höflich, vornehm, in weißen Handschuhen (etwa solche, wie sie Herr Petrunkewitsch beim Empfang der „Volksvertreter“ [?] durch Nikolaus den Blutigen aus der Hand eines Baschi-Bosuk entgegennahm; siehe „Proletarij“ Nr. 5)¹⁰⁹.

Die Jakobiner der modernen Sozialdemokratie — die Bolschewiki, die „Wperjod“-Leute, die Parteitagstreuen oder die Anhänger des „Proletarij“¹¹⁰, ich weiß nicht recht, wie ich sagen soll — wollen mit ihren Losungen das revolutionäre und republikanische Kleinbürgertum und besonders die Bauernschaft auf das Niveau des konsequenten Demokratismus des Proletariats heben, das seine volle Klasseneigenart bewahrt. Sie wollen, daß das Volk, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft, mit der Monarchie und der Aristokratie „plebejisch“ fertig werde dadurch, daß es die Feinde der Freiheit schonungslos vernichtet, ihren Widerstand mit Gewalt bricht und dem verfluchten Erbe der Leibeigenschaft, des Asiatentums und der schimpflichen Behandlung des Menschen keine Konzessionen macht.

Das bedeutet natürlich nicht, daß wir unbedingt den Jakobinern von Anno 1793 nachahmen, ihre Ansichten, ihr Programm, ihre Losungen und ihre Aktionsmethoden übernehmen wollen. Nichts dergleichen. Wir haben nicht das alte, sondern ein neues Programm — das Minimalprogramm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Wir haben eine neue Losung: die revolutionäre, demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Falls wir einen wirklichen Sieg der Revolution erleben, werden wir auch neue Aktionsmethoden haben, die dem Charakter und den Zielen der zur vollen sozialistischen Umwälzung strebenden Partei der Arbeiterklasse entsprechen werden. Mit unserem Vergleich wollen wir bloß klarmachen, daß sich die Vertreter der fortgeschrittensten Klasse des 20. Jahrhunderts, des Proletariats, das heißt die Sozialdemokraten, ebenso in zwei Flügel teilen (einen opportunistischen und einen revolutionären), wie sich die Vertreter der fortgeschrittensten Klasse des 18. Jahrhunderts, der Bourgeoisie, in Girondisten und Jakobiner teilten.

Nur im Falle eines vollen Sieges der demokratischen Revolution wird das Proletariat im Kampfe gegen die inkonsequente Bourgeoisie nicht mit gebundenen Händen dastehen. Nur in diesem Falle wird es in der bürgerlichen Demokratie nicht „aufgehen“, sondern der ganzen Revolution seinen proletarischen oder richtiger: seinen proletarisch-bäuerlichen Stempel aufdrücken.

Mit einem Wort: um im Kampfe gegen die inkonsequente bürgerliche Demokratie nicht mit gebundenen Händen dazustehen, muß das Proletariat genügend klassenbewußt und stark sein, um die Bauernschaft zu revolutionärem Selbstbewußtsein emporzuheben, ihren Ansturm zu leiten und auf diese Weise den konsequent-proletarischen Demokratismus selbständig durchzuführen.

So steht es mit der von den Anhängern der neuen „Iskra“ so mißlich gelösten Frage nach der Gefahr, im Kampfe gegen die inkonsequente Bourgeoisie mit gebundenen Händen dazustehen. Die Bourgeoisie wird stets inkonsequent sein. Nichts ist naiver und fruchtloser als die Versuche, Bedingungen oder Punkte aufzustellen*, bei deren Erfüllung es möglich wäre, die bürgerliche Demokratie für einen nicht heuchlerischen Freund des Volkes zu halten. Ein konsequenter Kämpfer für die Demokratie kann nur das Proletariat sein. Ein siegreicher Kämpfer für den Demokratismus kann das Proletariat nur unter der Bedingung werden, daß sich die Masse der Bauernschaft seinem revo-

* Wie das Starowjer in seiner vom III. Parteitag abgelehnten Resolution zu tun versucht hat, und wie es die Konferenz in der nicht minder mißlungenen Resolution zu tun versucht.

lutionären Kampf anschließt. Reicht die Kraft des Proletariats dazu nicht aus, dann wird sich die Bourgeoisie an der Spitze der demokratischen Revolution erweisen und ihr einen inkonsequenten und eigen-nützigen Charakter verleihen. Um das zu verhindern, gibt es kein anderes Mittel als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Auf diese Weise kommen wir zu der keinem Zweifel unterliegenden Schlußfolgerung, daß gerade die Taktik der neuen „Iskra“ ihrer objektiven Bedeutung nach *der bürgerlichen Demokratie in die Hand spielt*. Die Propaganda der organisatorischen Verschwommenheit, die bis zu Plebisziten, zum Prinzip des Paktierens und zum Losgelöstsein der Parteiliteratur von der Partei geht, die Herabsetzung der Aufgaben des bewaffneten Aufstandes, die Vermengung der die Interessen des gesamten Volkes zum Ausdruck bringenden politischen Losungen des revolutionären Proletariats mit denen der monarchistischen Bourgeoisie, die Entstellung der Bedingungen des „entscheidenden Sieges der Revolution über den Zarismus“ — alles das zusammen ergibt in einem revolutionären Moment gerade jene Nachtrabpolitik, die das Proletariat irreführt und desorganisiert, sein Bewußtsein trübt und die Taktik der Sozialdemokratie herabsetzt, anstatt den einzigen Weg zum Siege zu zeigen und alle revolutionären und republikanischen Elemente des Volkes um die Losung des Proletariats zu vereinigen.

Um diese Schlußfolgerung, zu der wir auf Grund der Analyse der Resolution gelangt sind, zu bekräftigen, wollen wir an dieselbe Frage von anderen Seiten herangehen. Sehen wir zu, erstens, wie der etwas einfältige und offenherzige Menschewik im georgischen „Sozial-Demokrat“ die Taktik der neuen „Iskra“ illustriert. Sehen wir dann, zweitens, wer sich in der gegebenen politischen Situation in der Tat der Losungen der neuen „Iskra“ bedient.

7. DIE TAKTIK DER „AUSSCHALTUNG DER KONSERVATIVEN AUS DER REGIERUNG“

Der von uns oben erwähnte Artikel im Organ des menschewistischen Tifliser „Komitees“ („Sozial-Demokrat“ Nr. 1) ist betitelt: „Der Semski Sobor und unsere Taktik“. Der Verfasser hat unser Programm noch nicht ganz vergessen, er stellt die Losung der Republik auf, stellt aber über die Taktik folgende Betrachtungen an:

„Zur Erreichung dieses Zieles“ (der Republik) „kann man zwei Wege zeigen: entweder läßt man den von der Regierung einberufenen Semski Sobor ganz außer

acht, stürzt mit der Waffe in der Hand die Regierung, bildet eine revolutionäre Regierung und beruft eine konstituierende Versammlung ein. Oder man erklärt den Semski Sobor zum Mittelpunkt unserer Aktion, wirkt mit der Waffe in der Hand auf seine Mitglieder, auf seine Tätigkeit ein und zwingt ihn mit Gewalt, sich zur konstituierenden Versammlung zu erklären oder durch ihn eine konstituierende Versammlung einzuberufen. Diese beiden Arten der Taktik unterscheiden sich scharf voneinander. Sehen wir zu, welche von ihnen für uns vorteilhafter ist.“

So also legen die Anhänger der neuen „Iskra“ in Rußland die Ideen dar, die späterhin in der von uns analysierten Resolution ihren Niederschlag gefunden haben. Das wurde, wohlgermerkt, vor Tsushima¹¹¹ geschrieben, als das Bulyginsche „Projekt“ noch gar nicht das Licht der Welt erblickt hatte. Sogar die Liberalen verloren die Geduld und äußerten ihr Mißtrauen in den Spalten der legalen Presse; der die Richtung der neuen „Iskra“ vertretende „Sozial-Demokrat“ aber zeigte sich vertrauensseliger als die Liberalen. Er erklärt, daß der Semski Sobor „einberufen wird“, und glaubt dem Zaren so sehr, daß er sogar vorschlägt, den noch nicht existierenden Semski Sobor (vielleicht sogar eine „Reichsduma“ oder einen „gesetzesberatenden Sobor“?) zum Mittelpunkt unserer Aktion zu machen. Unser Tifliser, offener und gradliniger als die Verfasser der von der Konferenz angenommenen Resolution, setzt diese beiden „Taktiken“ (die er mit unnachahmlicher Naivität auslegt) nicht einander gleich, sondern erklärt, daß die zweite „vorteilhafter“ sei. Man höre:

„Die erste Taktik. Wie ihr wißt, ist die bevorstehende Revolution eine bürgerliche Revolution, das heißt, sie ist auf eine solche Änderung der gegenwärtigen Ordnung gerichtet, an der nicht nur das Proletariat, sondern auch die ganze bürgerliche Gesellschaft interessiert ist. In Opposition zur Regierung stehen alle Klassen, selbst die Kapitalisten. Das kämpfende Proletariat und die kämpfende Bourgeoisie gehen in gewissem Sinne zusammen und greifen gemeinsam die Selbstherrschaft von verschiedenen Seiten an. Die Regierung ist hier ganz isoliert, und ihr fehlen die Sympathien der Gesellschaft. Darum ist es sehr leicht, sie zu vernichten. Das gesamte russische Proletariat ist noch nicht so klassenbewußt und organisiert, daß es ganz allein die Revolution durchführen könnte. Ja, wenn es das tun könnte, würde es keine bürgerliche, sondern eine proletarische (sozialistische) Revolution durchführen. Folglich liegt es in unserem Interesse, daß die Regierung ohne Verbündete bleibe, daß sie die Opposition nicht zu spalten vermöge, daß sie die Bourgeoisie nicht für sich gewinne und das Proletariat nicht isoliere ...“

Somit liegt es also im Interesse des Proletariats, daß die zaristische Regierung nicht imstande sei, die Bourgeoisie und das Proletariat zu trennen! Ja, ist denn das georgische Organ nicht etwa irrtümlicherweise „Sozial-Demokrat“ benannt, sollte es nicht eher „Oswoboshdenije“ heißen? Und man beachte, was für eine unvergleichliche Philosophie über die demokratische Revolution das ist! Sehen wir hier denn nicht handgreiflich, wie der arme Tifliser durch die rasonierend-nachtrab-

politische Auslegung des Begriffs „bürgerliche Revolution“ endgültig aus dem Konzept gebracht worden ist? Er erörtert die Frage der möglichen Isolierung des Proletariats in der demokratischen Umwälzung und *vergißt* ... vergißt eine Kleinigkeit ... die Bauernschaft! Von den möglichen Verbündeten des Proletariats kennt er die Gutsbesitzer der Semstvos und findet an ihnen Gefallen, aber er weiß nichts von den Bauern. Und das im Kaukasus! Nun, hatten wir nicht recht, als wir sagten, daß die neue „Iskra“ durch ihre Gedankengänge zur monarchistischen Bourgeoisie hinabsinkt, anstatt die revolutionäre Bauernschaft als Verbündeten zu sich emporzuheben?

„... Sonst ist die Niederlage des Proletariats und der Sieg der Regierung unvermeidlich. Und gerade das erstrebt die Selbstherrschaft. Sie wird in ihrem Semski Sobor zweifellos die Vertreter des Adels, der Semstvos, der Städte und Universitäten und ähnlicher bürgerlicher Institutionen auf ihre Seite ziehen. Sie wird sich bemühen, jene durch kleine Konzessionen zu besänftigen und auf diese Weise mit sich auszusöhnen. Solcherart gefestigt, wird sie alle ihre Schläge gegen das isoliert gebliebene Arbeitervolk richten. Unsere Pflicht ist es, einen solchen unglücklichen Ausgang zu verhüten. Aber kann das denn auf dem ersten Wege erreicht werden? Nehmen wir an, daß wir den Semski Sobor gar nicht beachteten, sondern mit der Vorbereitung des Aufstandes begünnen und eines schönen Tages bewaffnet auf die Straße in den Kampf zögen. Und nun haben wir nicht nur einen Feind, sondern zwei Feinde vor uns: die Regierung und den Semski Sobor. Während wir uns vorbereiteten, gelang es ihnen, untereinander einig zu werden, ein Abkommen zu treffen, eine für sie vorteilhafte Verfassung auszuarbeiten und die Macht unter sich zu teilen. Das ist geradezu eine für die Regierung vorteilhafte Taktik, und wir müssen sie mit aller Energie ablehnen...“

Das ist offenherzig! Man muß die „Taktik“ der Vorbereitung des Aufstandes entschieden ablehnen, weil die Regierung „inzwischen“ ein Abkommen mit der Bourgeoisie treffen wird! Kann in der alten Literatur des eingefleischtesten „Ökonomismus“ irgend etwas gefunden werden, das dieser Schändung der revolutionären Sozialdemokratie auch nur annähernd gleichkäme? Die bald hier, bald dort ausbrechenden Aufstände und Erhebungen der Arbeiter und Bauern sind eine Tatsache. Der Semski Sobor ist eine Bulyginsche Versprechung. Und der „Sozial-Demokrat“ aus Tiflis beschließt: auf die Taktik der Vorbereitung des Aufstandes zu verzichten und auf den „Mittelpunkt der Einwirkung“, den Semski Sobor, zu warten...

„... Die zweite Taktik besteht dagegen darin, daß man den Semski Sobor unter unsere Aufsicht stellt, ihm keine Möglichkeit gibt, nach seinem Willen zu handeln und mit der Regierung ein Abkommen zu treffen.*

Wir unterstützen den Semski Sobor, insofern er gegen die Selbstherrschaft

* Welches ist denn das Mittel, um den Semstvolenten ihren Willen zu rauben? Nicht etwa ein besonderes Lackmuspapierchen?

kämpft, und bekämpfen ihn in jenen Fällen, wo er sich mit der Selbstherrschaft aus-söhnt. Durch energische Einmischung und Gewalt entzweien wir die Deputierten untereinander*, die Radikalen gewinnen wir für uns, die Konservativen schalten wir aus der Regierung aus, und auf diese Weise bringen wir den ganzen Semski Sobor auf den revolutionären Weg. Dank einer solchen Taktik wird die Regierung stets isoliert, die Opposition stark bleiben, und damit erleichtern wir die Aufrichtung der demokratischen Ordnung.“

Ja, ja! Jetzt soll man noch sagen, daß wir die Wendung der Leute von der neuen „Iskra“ zum allervulgärsten Ebenbild des Ökonomismus übertreiben. Das ist ja schon direkt so etwas wie das berühmte Pulver gegen die Fliegen: man fange die Fliege, bestreue sie mit dem Pulver und sie kriecht. Die Deputierten des Semski Sobor durch Gewalt entzweien, „die Konservativen aus der Regierung ausschalten“ — und der ganze Semski Sobor wird den revolutionären Weg beschreiten ... Ohne jeden „jakobinischen“ bewaffneten Aufstand, sondern nur so, auf vornehme Weise, beinahe parlamentarisch, durch „Einwirken“ auf die Mitglieder des Semski Sobor.

Armes Rußland! Man pflegte von ihm zu sagen, daß es stets alt-modische, von Europa abgelegte Hüte trage. Wir haben noch kein Parlament, und selbst Bulygin hat es noch nicht versprochen, aber parlamentarischen Kretinismus haben wir schon übergenug.

„... Wie soll diese Einmischung erfolgen? Vor allem werden wir fordern, daß der Semski Sobor auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts bei geheimer Stimmabgabe einberufen werde. Zusammen mit der Ankündigung** einer solchen Wahlordnung muß die volle Freiheit der Wahlagitation gesetzlich festgelegt werden***, d. h. Freiheit des Wortes, Versammlungs- und Pressefreiheit, Unantastbarkeit der Wähler und der Gewählten und Befreiung aller politischen Sträflinge. Die Wahlen selbst müssen möglichst spät angesetzt werden, damit wir Zeit genug haben, um das Volk aufzuklären und vorzubereiten. Und da die Ausarbeitung der Regeln für die Einberufung des Sobor der Kommission des Innenministers Bulygin übertragen wurde, müssen wir auch auf diese Kommission und ihre Mitglieder einwirken****. Sollte sich die Bulyginsche Kommission weigern, unsere Forderungen zu erfüllen†, und sollte sie nur den Besitzenden das Wahlrecht verleihen, dann müssen wir in diese Wahlen eingreifen und auf revolutionärem Wege die Wähler zwingen, fortschrittliche Kandidaten zu wählen und im Semski Sobor eine

* Heiliger Himmel! Da habt ihr sie, die „vertiefte“ Taktik! Um auf der Straße zu kämpfen, reicht die Kraft nicht aus, aber die „Deputierten entzweien“ kann man mit „Gewalt“. Na, hören Sie, Genosse aus Tiflis, man kann wohl lügen, muß aber doch Maß halten ...

** In der „Iskra“?

*** Von Nikolaus?

**** Das also bedeutet die Taktik der „Anschaltung der Konservativen aus der Regierung“!

† Aber das kann doch gar nicht der Fall sein bei einer so richtigen und scharfsinnigen Taktik unsererseits!

konstituierende Versammlung zu verlangen. Schließlich müssen wir mit allen möglichen Mitteln: Demonstrationen, Streiks und, wenn es sein muß, durch einen Aufstand, den Semski Sobor zwingen, eine konstituierende Versammlung einzuberufen oder sich als solche zu erklären. Der Verteidiger der konstituierenden Versammlung muß das bewaffnete Proletariat sein, und beide* werden gemeinsam zur demokratischen Republik schreiten.

Das ist die sozialdemokratische Taktik, und nur sie wird uns den Sieg sichern.“

Der Leser darf nicht etwa glauben, daß dieser ganze ungeheuerliche Unsinn die Schreibübung irgendeines unverantwortlichen und einflußlosen Anhängers der neuen „Iskra“ ist. Nein, das wird im *Organ* eines ganzen Komitees der neuen „Iskra“, des Tifliser Komitees, gesagt. Nicht genug damit, dieser Unsinn ist von der „Iskra“ direkt gebilligt worden, in deren Nr. 100 wir über diesen „Sozial-Demokrat“ lesen:

„Lebendig und talentvoll ist die erste Nummer redigiert! Man merkt die erfahrene, geschickte Hand eines Redakteurs und Schriftstellers . . . Man kann mit Sicherheit sagen, daß die Zeitung die Aufgabe, die sie sich gestellt hat, glänzend erfüllen wird.“

Ja! Wenn diese Aufgabe darin besteht, allen und jedem anschaulich die volle ideologische Zersetzung der Richtung der neuen „Iskra“ vor Augen zu führen, dann ist sie wirklich „glänzend“ erfüllt. Das Herabsinken der Leute von der neuen „Iskra“ zum liberalbürgerlichen Opportunismus hätte niemand „lebendiger, talentvoller und geschickter“ zum Ausdruck bringen können.

8. DIE RICHTUNG DES „OSWOBOSHDENIJE“ UND DER NEUEN „ISKRA“

Wenden wir uns nun einer anderen anschaulichen Bestätigung für die politische Bedeutung der Ansichten der neuen „Iskra“ zu.

In seinem bemerkenswerten, ausgezeichneten, äußerst lehrreichen Artikel „Wie findet man sich selbst“ („Oswoboshdenije“ Nr. 71) zieht Herr Struve gegen den „programmatischen Revolutionarismus“ unserer extremen Parteien zu Felde. Mit mir persönlich ist Herr Struve besonders unzufrieden.** Was mich anbelangt, so bin ich mit Herrn

* Sowohl das bewaffnete Proletariat als auch die „aus der Regierung ausgeschalteten Konservativen“?

** „Im Vergleich mit dem Revolutionarismus der Herren Lenin und Genossen erscheint der Revolutionarismus der westeuropäischen Sozialdemokratie Behels und sogar Kautskys als Opportunismus, doch selbst diesem schon gemilderten Revolutionarismus hat die Geschichte den Boden bereits ein wenig unterspült und weggespült.“ Ein sehr zorniger Ausfall. Herr Struve ist jedoch im Irrtum, wenn er

Struve über alle Maßen zufrieden: einen besseren Verbündeten im Kampfe gegen den wiedererstehenden Ökonomismus der Leute von der neuen „Iskra“ und gegen die vollständige Prinzipienlosigkeit der „Sozialrevolutionäre“ könnte ich mir gar nicht wünschen. Auf welche Art und Weise Herr Struve und das „Oswoboshdenije“ praktisch bewiesen haben, daß die im Programmentwurf der Sozialrevolutionäre vorgenommenen „Korrekturen“ des Marxismus durchaus reaktionärer Natur sind, darüber werden wir uns irgendwie ein anderes Mal unterhalten. Wie Herr Struve mir jedesmal, wenn er den Leuten von der neuen „Iskra“ *prinzipiell* zustimmte, einen wirklichen, ehrlichen und treuen Dienst leistete, darüber haben wir schon wiederholt gesprochen* und wollen es hier noch einmal sagen.

meint, man könne mir, wie einem Toten, alles in die Schuhe schieben. Es genügt, wenn ich an Herrn Struve eine Herausforderung richte, die anzunehmen er nie und nimmer imstande sein wird. Wo und wann habe ich den Revolutionarismus Bebels und Kautskys als „Opportunismus“ bezeichnet? Wo und wann habe ich den Anspruch erhoben, in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben gerufen zu haben, die mit der Richtung Bebels und Kautskys *nicht identisch* wäre? Wo und wann sind zwischen mir einerseits und Bebel und Kautsky andererseits Meinungsverschiedenheiten zutage getreten, die auch nur annähernd so ernst wären, wie beispielsweise die Differenzen zwischen Bebel und Kautsky in der Agrarfrage in Brealau? Herr Struve möge versuchen, diese drei Fragen zu beantworten.

Den Lesern aber sagen wir: die liberale Bourgeoisie wendet *überall und immer* den Kunstgriff an, ihren Gesinnungsgefährten in dem betreffenden Lande zu versichern, daß die Sozialdemokraten dieses Landes die unvernünftigsten, ihre Genossen im Nachbarlande aber „brave Knaben“ seien. Die deutsche Bourgeoisie hat *hunderte Male Bebel und Kautsky zur Belehrung die französischen Sozialisten als „brave Knaben“ vorgehalten*. Die französische Bourgeoisie hat erst unlängst den französischen Sozialisten zur Belehrung den „braven Knaben“ Bebel vorgehalten. Ein alter Trick, Herr Struve! Nur Kinder und Ignoranten werden auf diesen Leim kriechen. Die volle Solidarität der internationalen revolutionären Sozialdemokratie in allen wichtigen Fragen des Programms und der Taktik ist eine absolut unbestreitbare Tatsache.

* Erinnern wir den Leser daran, daß der Artikel (von Plechanow. *Der Übers.*) „Was sollen wir nicht tun?“ („Iskra“ Nr. 52) von dem „Oswoboshdenije“ mit Pauken und Trompeten als eine „bedeutungsvolle Wendung“ zur Nachgiebigkeit gegenüber den Opportunisten begrüßt wurde. Die prinzipielle Tendenz der neuen „Iskra“ hat das „Oswoboshdenije“ in einer Notiz über die Spaltung unter den russischen Sozialdemokraten speziell gebilligt. Anlässlich der Broschüre Trotzki's „Unsere politischen Aufgaben“ hat das „Oswoboshdenije“ auf die Gleichartigkeit der Gedanken dieses Verfassers mit dem, was einst die „Rabotscheje-Djelo“-Leute Kritschewski, Martynow und Akimow gesagt und geschrieben haben, hingewiesen. (Siehe das Flugblatt „Ein dienstfeindlicher Liberaler“, herausgegeben vom „Wperjod“.) Martynows Broschüre über die zwei Diktaturen ist von dem „Oswoboshdenije“ begrüßt worden (vgl. die Notiz im „Wperjod“ Nr. 9). Schließlich trafen die verspäteten Klagen Starowjers über die alte Losung der alten „Iskra“: „Erst sich voneinander abgrenzen, dann sich vereinigen“, auf die besondere Sympathie des „Oswoboshdenije“.

Der Artikel des Herrn Struve enthält eine ganze Reihe äußerst interessanter Erklärungen, die wir hier nur nebenbei berühren können. Er schickt sich an, „gestützt nicht auf den Klassenkampf, sondern auf die Zusammenarbeit der Klassen eine russische Demokratie zu schaffen“, wobei die „sozial privilegierte Intelligenz“ (etwa von der Art des „kulturell hochstehenden Adels“, vor dem Herr Struve mit der Grazie eines echt weltmännischen... Lakaien seine Reverenzen macht) das Gewicht ihrer „sozialen Position“ (das Gewicht des Geldsackes) in diese „klassenlose“ Partei mitbringen wird. Herr Struve äußert den Wunsch, die Jugend bekannt zu machen mit der Untauglichkeit der „radikalen Schablone, daß die Bourgeoisie Angst gekriegt und das Proletariat mitsamt der Sache der Freiheit verkauft habe“. (Von ganzem Herzen begrüßen wir diesen Wunsch. Nichts könnte diese marxistische „Schablone“ so bestätigen wie der Krieg des Herrn Struve gegen sie. Bitte sehr, Herr Struve, schieben Sie Ihren großartigen Plan nicht auf die lange Bank!)

Für unser Thema ist es uns wichtig hervorzuheben, gegen welche *praktischen* Losungen heutzutage ein politisch so feinführender und auf den geringsten Wetterumschlag reagierender Repräsentant der russischen Bourgeoisie ankämpft. Erstens gegen die Losung der Republik. Herr Struve ist fest überzeugt, daß diese Losung „der Volksmasse unverständlich und fremd“ ist (er vergißt hinzuzufügen: verständlich, aber unvorteilhaft für die Bourgeoisie!). Wir möchten gerne hören, welche Antwort Herr Struve darauf von den Arbeitern in unseren Zirkeln und Massenzusammenkünften erhalten würde! Oder gehören die Arbeiter nicht zum Volk? Und die Bauern? Bei ihnen gibt es bisweilen, wie Herr Struve sich ausdrückt, einen „naiven Republikanismus“ („den Zaren fortjagen“), doch die liberale Bourgeoisie glaubt, daß den *naiven* Republikanismus nicht der bewußte Republikanismus, sondern der bewußte Monarchismus ablösen wird! Ça dépend (je nachdem. *Der Übers.*), Herr Struve, das hängt noch von den Umständen ab. Sowohl der Zarismus als auch die Bourgeoisie müssen notgedrungen einer radikalen Verbesserung der Lage der Bauern auf Kosten des Großgrundbesitzes entgegenwirken; die Arbeiterklasse jedoch kann nicht anders, als in dieser Sache mit der Bauernschaft zusammenzuwirken.

Zweitens versichert Herr Struve: „Im Bürgerkrieg wird der Angreifer stets im Unrecht sein.“ Dieser Gedanke kommt den oben gekennzeichneten Tendenzen der neuen „Iskra“ ganz nahe. Wir werden natürlich nicht erklären, daß es im Bürgerkrieg *stets* vorteilhaft wäre, anzugreifen; nein, manchmal ist die Defensivtaktik *für eine gewisse*

Zeit geboten. Aber einen solchen Grundsatz, wie ihn Herr Struve formuliert hat, in Anwendung auf das Rußland des Jahres 1905 aufzustellen, das heißt eben ein Stückchen „radikaler Schablone“ zeigen („die Bourgeoisie hat es mit der Angst zu tun bekommen und verkauft die Sache der Freiheit“). Wer jetzt die Selbstherrschaft, die Reaktion, nicht angreifen will, wer sich auf diesen Angriff nicht vorbereitet, wer ihn nicht propagiert, der nimmt zu Unrecht den Namen eines Anhängers der Revolution in Anspruch.

Herr Struve verurteilt die Losungen: „Konspiration“ und „Aufbruch“ (das sei ein „Aufstand in Miniatur“). Herr Struve verachtet das eine wie das andere, und zwar vom Standpunkt des „Herankommens an die Massen“! Wir möchten Herrn Struve fragen, ob er eine Propagierung des Aufbruchs nachweisen kann z. B. in einer solchen Schrift eines seiner Ansicht nach maßlosen Revolutionaristen, wie „Was tun?“. Und was die „Konspiration“ anbelangt, besteht da etwa ein großer Unterschied z. B. zwischen Herrn Struve und mir? Arbeiten wir denn nicht beide an „illegalen“ Zeitungen, die „konspirativ“ nach Rußland befördert werden und die den „geheimen“ Gruppen des „Oswoboshdenije“-Bundes bzw. der SDAPR dienen? Unsere Arbeiterversammlungen sind oft „konspirativ“, wir leugnen diese Sünde nicht. Und die Versammlungen der Herren des „Oswoboshdenije“-Bundes? Haben Sie, Herr Struve, vor den verächtlichen Anhängern der verächtlichen Konspiration etwas voraus?

Es ist richtig: zur Lieferung von Waffen an die Arbeiter bedarf es doppelter Konspiration. Hier tritt Herr Struve schon offener auf. Man höre: „Was den bewaffneten Aufstand oder die Revolution im technischen Sinne anbelangt, so kann nur die Massenpropaganda des demokratischen Programms die sozial-psychologischen Bedingungen für den allgemeinen bewaffneten Aufstand schaffen. Also sogar von dem Standpunkt aus — den ich nicht teile —, der den bewaffneten Aufstand als die *unvermeidliche* Vollendung des gegenwärtigen Befreiungskampfes betrachtet, ist die Durchdringung der Massen mit den Ideen der demokratischen Umgestaltung die grundlegendste, die notwendigste Arbeit.“

Herr Struve bemüht sich, der Frage auszuweichen. Er spricht von der Unvermeidlichkeit des Aufstandes, anstatt von seiner Notwendigkeit für den Sieg der Revolution zu sprechen. Der Aufstand, und zwar ein unvorbereiteter, spontaner, zersplitterter Aufstand, hat schon begonnen. Niemand kann unbedingt dafür bürgen, daß er zu einem umfassenden und einheitlichen bewaffneten Volksaufstand auswachsen wird, denn das hängt sowohl vom Zustand der revolutionären Kräfte

ab (die nur im Kampfe selbst ganz ermesen werden können) als auch von der Haltung der Regierung und Bourgeoisie sowie von einer ganzen Reihe anderer Umstände, die nicht genau errechnet werden können. Über Unvermeidlichkeit im Sinne der absoluten Gewißheit des Eintreffens eines konkreten Ereignisses, auf die Herr Struve die Rede ablenkt, verlohnt sich nicht zu sprechen. Wenn man Anhänger der Revolution sein will, muß man darüber sprechen, ob der Aufstand für den Sieg der Revolution *notwendig* ist, ob es notwendig ist, ihn in der Tat zur Debatte zu stellen, ihn zu propagieren, ihn unverzüglich und energisch vorzubereiten. Herr Struve muß diesen Unterschied verstehen: verdeckt er doch z. B. nicht die für einen Demokraten unstrittige Frage der Notwendigkeit des allgemeinen Wahlrechts durch die für einen Politiker strittige und nicht aktuelle Frage der Unvermeidlichkeit seiner Erringung im Verlauf dieser Revolution. Dadurch, daß Herr Struve der Frage von der Notwendigkeit des Aufstandes ausweicht, enthüllt er die tiefste Grundlage der politischen Position der liberalen Bourgeoisie. Die Bourgeoisie zieht es erstens vor, mit der Selbstherrschaft handelseinig zu werden, statt sie zu vernichten: auf jeden Fall wälzt die Bourgeoisie den Kampf mit der Waffe in der Hand auf die Arbeiter ab (das zweitens). Das eben ist die *reale* Bedeutung dieses Ausweichens des Herrn Struve. Darum eben *weicht* er *zurück* von der Frage der Notwendigkeit des Aufstandes auf die Frage seiner „sozial-psychologischen“ Bedingungen und auf die Frage der vorherigen „Propaganda“. Ganz genau wie sich die bürgerlichen Schwätzer im Frankfurter Parlament von 1848 mit der Abfassung von Resolutionen, Deklarationen, Beschlüssen, mit „Massenpropaganda“ und Vorbereitung der „sozial-psychologischen Bedingungen“ zu einer Zeit beschäftigten, als es sich darum handelte, der bewaffneten Macht der Regierung Widerstand zu leisten, als die Bewegung „bis zur Notwendigkeit“ des bewaffneten Kampfes „gediehen war“, als die bloße Einwirkung durch das Wort (die in der Vorbereitungsperiode hundertfach notwendig ist) zu öder bürgerlicher Tatenlosigkeit und Feigheit geworden war — genau so entwindet sich auch Herr Struve der Frage des Aufstandes und versteckt sich hinter *Phrasen*. Herr Struve zeigt uns anschaulich das, was viele Sozialdemokraten hartnäckig nicht sehen wollen, nämlich, daß sich der revolutionäre Moment von den gewöhnlichen, alltäglichen, vorbereitenden historischen Zeitläuften eben dadurch unterscheidet, daß die Stimmung, die Erregung, die Überzeugung der Massen *in der Aktion* in Erscheinung treten muß und in Erscheinung tritt.

Der vulgäre Revolutionarismus versteht nicht, daß auch das Wort

eine Tat ist; dieser Grundsatz ist unbestritten in seiner Anwendung auf die Geschichte *überhaupt* oder auf jene Epochen der Geschichte, wo es keine offene politische Aktion der Massen gibt, die durch keinerlei Putsche ersetzt oder künstlich hervorgerufen werden kann. Die Nachtrapolitik der Revolutionäre versteht nicht, daß zu einer Zeit, wo der revolutionäre Augenblick begonnen hat, wo der alte „Überbau“ in allen Fugen kracht, wo die offene politische Aktion der Klassen und Massen, die sich einen neuen Überbau schaffen, zur Tatsache geworden ist, wo der Bürgerkrieg begonnen hat, — daß es dann Lebensfremdheit, Todesstarre, Räsöniererei oder aber Verrat an der Revolution und Fahnenflucht ist, wenn man sich *wie in alter Zeit* auf das „Wort“ beschränkt, ohne die *direkte Losung* des Übergangs zur „Tat“ auszugeben, wenn man über die Tat hinwegredet unter Hinweis auf „psychologische Bedingungen“ und „Propaganda“ schlechthin. Die Frankfurter Schwätzer der demokratischen Bourgeoisie sind ein unvergeßliches historisches Musterbeispiel eines solchen Verrats oder eines solchen räsönierenden Stumpfsinns.

Wollt ihr eine Erläuterung dieses Unterschiedes zwischen dem vulgären Revolutionarismus und der Nachtrapolitik der Revolutionäre an Hand der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung in Rußland? Wir können sie euch geben. Denkt an die Jahre 1901 und 1902, die noch nicht lange zurückliegen und uns doch schon wie eine Legende anmuten. Demonstrationen hatten eingesetzt. Der vulgäre Revolutionarismus begann von „Sturm“ zu schreien („Rabotscheje Djelo“), „blutrünstige Flugblätter“ wurden herausgegeben (wenn das Gedächtnis mich nicht trügt, Berliner Herkunft), man fiel darüber her, daß der Gedanke einer ganz Rußland umfassenden Agitation durch eine Zeitung ein „Einfall von Literaten“ sei, der am grünen Tisch ausgeheckt wäre (Nadjeshdin). Die Nachtrapolitik der Revolutionäre trat dagegen damals mit der Propaganda hervor, der „ökonomische Kampf sei ein *besseres* Mittel für die politische Agitation“. Wie verhielt sich die revolutionäre Sozialdemokratie? Sie griff beide Strömungen an. Sie verurteilte den Putschismus und das Geschrei vom Sturm, weil alle klar sahen oder sehen mußten, daß die offene Aktion der Massen erst eine Sache von morgen ist. Sie verurteilte die Nachtrapolitik und stellte *sogar* unmittelbar die Losung des allgemeinen, bewaffneten Volksaufstandes auf, nicht im Sinne einer direkten Aufforderung (eine Aufforderung zum „Aufruhr“ hätte Herr Struve zu jener Zeit bei uns nicht gefunden), sondern im Sinne einer *notwendigen* Schlußfolgerung, im Sinne der „Propaganda“ (an die Herr Struve sich erst jetzt erinnerte — er kommt immer um einige Jahre zu spät, unser

verehrter Herr Struve), im Sinne der Vorbereitung eben jener „sozial-psychologischen Bedingungen“, über die jetzt die Vertreter der kopflos gewordenen, krämerhaften Bourgeoisie „düster und unzeitgemäß“ herumreden. *Damals* wurden Propaganda und Agitation, Agitation und Propaganda durch die objektive Lage wirklich in den Vordergrund gerückt. *Damals* konnte als Eckstein der Arbeit für die Vorbereitung des Aufstandes die Arbeit an einer allrussischen politischen Zeitung aufgestellt werden (und wurde in „Was tun?“ auch aufgestellt), deren wöchentliche Herausgabe als ein Ideal erschien. *Damals* waren die Losungen: Massenagitation *anstatt* unmittelbarer bewaffneter Aktionen; Vorbereitung der sozial-psychologischen Bedingungen des Aufstandes *anstatt* Putschismus — die einzig richtigen Losungen der revolutionären Sozialdemokratie. *Jetzt* sind diese Losungen von den Ereignissen überholt, die Bewegung ist vorangeeilt, die Losungen sind zu Plunder geworden, zu altem Eisen, das nur geeignet ist, die Heuchelei der „Oswoboshdenije“-Leute und die Nachtrabpolitik der Leute von der neuen „Iskra“ zu tarnen!

Oder irre ich mich vielleicht? Hat die Revolution vielleicht noch nicht begonnen? Ist der Augenblick für die offene politische Aktion noch nicht gekommen? Gibt es noch keinen Bürgerkrieg und muß die Kritik der Waffen jetzt noch nicht *notwendig* und unbedingt Nachfolgerin, Erbin, Testamentsvollstreckerin und Vollenderin der Waffe der Kritik sein?

Blickt um euch, schaut aus dem Studierzimmer auf die Straße, um auf diese Fragen zu antworten. Hat nicht etwa die Regierung selbst mit der Massenerschießung von friedlichen und unbewaffneten Bürgern schon überall den Bürgerkrieg begonnen? Treten nicht bewaffnete Schwarze Hunderte als „Argument“ der Selbstherrschaft auf? Hat die Bourgeoisie — sogar die Bourgeoisie — nicht die Notwendigkeit einer Bürgermiliz erkannt? Redet nicht derselbe Herr Struve, dieser ideal-gemäßigte und akkurate Herr Struve (leider redet er nur, um darüber hinwegzureden!), davon, daß der „offene Charakter der revolutionären Aktionen“ (so weit sind wir heute!) „gegenwärtig eine der wichtigsten Bedingungen für den erzieherischen Einfluß auf die Volksmassen“ sei?

Wer Augen hat, zu sehen, der kann nicht daran zweifeln, wie heutzutage von den Anhängern der Revolution die Frage des bewaffneten Aufstandes gestellt werden muß. Und nun seht die *drei* Fragestellungen in jenen Organen der freien Presse, die die Massen einigermaßen zu beeinflussen imstande sind.

Erste Fragestellung. Die Resolution des III. Parteitags der Sozial-

demokratischen Arbeiterpartei Rußlands.* Hier ist anerkannt und laut vernehmlich erklärt, daß die allgemein-demokratische revolutionäre Bewegung die *Notwendigkeit* des bewaffneten Aufstandes *schon herbeigeführt* hat. Die Organisierung des Proletariats für den Aufstand ist als eine der wesentlichen, hauptsächlich und *notwendigen* Aufgaben der Partei auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist der Auftrag erteilt, die *energischsten* Maßnahmen zur Bewaffnung des Proletariats und zur Sicherung der Möglichkeit einer unmittelbaren Leitung des Aufstandes zu treffen.

Zweite Fragestellung. Der prinzipielle Artikel des „Führers der russischen Konstitutionalisten“ (so bezeichnete unlängst Herrn Struve ein so einflußreiches Organ der europäischen Bourgeoisie wie die „Frankfurter Zeitung“) oder des Führers der russischen fortschrittlichen Bourgeoisie im „Oswoboshdenije“. Die Ansicht von der Unvermeidlichkeit

* Hier ihr voller Text:

„In Anbetracht dessen,

1. daß das Proletariat, das seiner Stellung nach die fortgeschrittenste und einzig konsequent-revolutionäre Klasse darstellt, eben dadurch berufen ist, die führende Rolle in der allgemein-demokratischen revolutionären Bewegung Rußlands zu spielen;

2. daß diese Bewegung gegenwärtig bereits zur Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes geführt hat;

3. daß das Proletariat unvermeidlich den energischsten Anteil an diesem Aufstand nehmen wird, der das Schicksal der Revolution in Rußland entscheiden wird;

4. daß das Proletariat die führende Rolle in dieser Revolution nur spielen kann, wenn es zu einer einheitlichen und selbständigen politischen Kraft unter der Fahne der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zusammengeschlossen ist, die nicht nur ideologisch, sondern auch praktisch seinen Kampf leitet;

5. daß nur die Durchführung einer solchen Rolle dem Proletariat die günstigsten Bedingungen für den Kampf um den Sozialismus gegen die besitzenden Klassen des bürgerlich-demokratischen Rußland sichern kann —

erkennt der III. Parteitag der SDAPR an, daß die Aufgabe, das Proletariat zu organisieren zum unmittelbaren Kampf gegen die Selbstherrschaft auf dem Wege des bewaffneten Aufstandes, eine der wichtigsten und unaufschiebbaren Aufgaben der Partei im gegenwärtigen revolutionären Moment ist.

Der Parteitag beauftragt daher alle Parteioorganisationen:

a) dem Proletariat durch Propaganda und Agitation nicht nur die politische Bedeutung, sondern auch die praktisch-organisatorische Seite des bevorstehenden bewaffneten Aufstandes klarzumachen;

b) bei dieser Propaganda und Agitation die Rolle der politischen Massenstreiks zu erläutern, die bei Beginn und im Verlauf des Aufstandes große Bedeutung haben können;

c) die energischsten Maßnahmen zur Bewaffnung des Proletariats sowie zur Ausarbeitung eines Planes des bewaffneten Aufstandes und der unmittelbaren Leitung desselben zu ergreifen und, soweit erforderlich, zu diesem Zweck besondere Gruppen aus Parteifunktionären zu schaffen.“ (Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

des Aufstandes teilt er nicht. Konspiration und Aufruhr seien spezifische Methoden des unvernünftigen Revolutionarismus. Das Republikanertum sei eine Methode der Betäubung. Der bewaffnete Aufstand sei eigentlich nur eine technische Frage, während die „fundamentalste, die notwendigste Sache“ die Massenpropaganda und die Vorbereitung der sozial-psychologischen Bedingungen sei.

Dritte Fragestellung. Die Resolution der Konferenz der Anhänger der neuen „Iskra“. Unsere Aufgabe ist es, den Aufstand vorzubereiten. Die Möglichkeit eines planmäßigen Aufstandes ist ausgeschlossen. Günstige Bedingungen für den Aufstand werden durch die Desorganisation der Regierung, durch unsere Agitation und unsere Organisation geschaffen. Erst dann „können technische Kampfvorbereitungen mehr oder weniger ernste Bedeutung erlangen“.

Nur das? Nur das. Ob der Aufstand notwendig geworden ist, das wissen die auf dem Boden der neuen „Iskra“ stehenden Führer des Proletariats noch nicht. Ob die Aufgabe der Vorbereitung des Proletariats auf den unmittelbaren Kampf unaufschiebbar ist, das ist ihnen noch nicht klar. Man braucht nicht zur Anwendung energischster Maßnahmen aufzurufen, es ist viel wichtiger (im Jahre 1905 und nicht im Jahre 1902), in allgemeinen Zügen zu erläutern, unter welchen Bedingungen diese Maßnahmen eine „mehr oder weniger ernste“ Bedeutung erlangen „können“...

Seht ihr nun, Genossen von der neuen „Iskra“, wohin ihr durch eure Schwenkung zum Martynowismus geraten seid? Versteht ihr, daß sich eure politische Philosophie als ein Nachbeten der „Oswoboshdenije“-Philosophie erwies? daß ihr euch (gegen euren Willen und gegen euer Wissen) im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie erwiesen habt? Ist euch jetzt klar, daß ihr, während ihr immerfort die alte Leier wiederholtet und euch im Rasonieren vervollkommnetet, den Umstand aus den Augen verloren habt, daß — um mit den unvergeßlichen Worten des unvergeßlichen Artikels Peter Struves zu sprechen — „der offene Charakter der revolutionären *Aktionen* gegenwärtig eine der wichtigsten Bedingungen für den erzieherischen Einfluß auf die Volksmassen ist“?

9. WAS BEDEUTET ES, WÄHREND DER REVOLUTION DIE PARTEI DER ÄUSSERSTEN OPPOSITION ZU SEIN?

Kehren wir zur Resolution über die provisorische Regierung zurück. Wir haben gezeigt, daß die Taktik der Leute von der neuen „Iskra“ die Revolution nicht vorwärtstreibt — diese Möglichkeit wollten sie

durch ihre Resolution gewährleisten —, sondern rückwärts. Wir haben gezeigt, daß gerade diese Taktik im Kampfe gegen die inkonsequente Bourgeoisie der Sozialdemokratie *die Hände bindet* und sie nicht vor dem Aufgehen in der bürgerlichen Demokratie bewahrt. Es ist begreiflich, daß aus den verkehrten Voraussetzungen der Resolution sich auch verkehrte Schlußfolgerungen ergeben: „Deshalb darf sich die Sozialdemokratie nicht das Ziel setzen, in der provisorischen Regierung die Macht zu ergreifen oder sie zu teilen, sondern sie muß die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben.“ Sehen wir uns die erste Hälfte dieser Schlußfolgerung an, die sich auf die Zielsetzung bezieht. Stellen die Leute von der neuen „Iskra“ als Ziel für die sozialdemokratische Tätigkeit den entscheidenden Sieg der Revolution über den Zarismus auf? Das tun sie. Sie verstehen nicht, die Bedingungen des entscheidenden Sieges richtig zu formulieren, und verfallen auf die „Oswoboshdenije“-Formulierung, aber sie stellen das erwähnte Ziel auf. Ferner: verbinden sie die provisorische Regierung mit dem Aufstand? Ja, sie verbinden sie direkt mit ihm, indem sie sagen, daß die provisorische Regierung „aus einer siegreichen Volkserhebung hervorgeht“. Setzen sie sich schließlich das Ziel, den Aufstand zu leiten? Ja; sie weichen zwar ebenso wie Herr Struve der Anerkennung des Aufstandes als einer notwendigen und unaufschiebbaren Sache aus, aber gleichzeitig sagen sie, zum Unterschied von Herrn Struve, daß „die Sozialdemokratie bestrebt ist, den Aufstand unter ihren Einfluß, unter ihre Leitung zu bekommen und ihn im Interesse der Arbeiterklasse auszunutzen“.

Wie bündig das herauskommt, nicht wahr? Wir setzen uns das Ziel, den Aufstand sowohl der proletarischen als auch der *nichtproletarischen* Massen unter unseren Einfluß, unsere Führung zu bekommen und ihn in unserem Interesse auszunutzen. Folglich setzen wir uns das Ziel, beim Aufstand sowohl das Proletariat als auch die revolutionäre Bourgeoisie sowie das Kleinbürgertum (die „nichtproletarischen Gruppen“) zu leiten, das heißt, uns mit der revolutionären Bourgeoisie in die Leitung des Aufstandes zu „teilen“. Unser Ziel ist der Sieg des Aufstandes, der zur Bildung der provisorischen Regierung führen muß („die aus einer siegreichen Volkserhebung hervorgegangen ist“). Deshalb . . . deshalb sollen wir uns nicht das Ziel setzen, in der provisorischen revolutionären Regierung die Macht zu ergreifen oder sie zu teilen!!

Unsere Freunde können sich nun einmal nicht zurechtfinden. Sie schwanken zwischen dem Standpunkt des Herrn Struve, der die Frage des Aufstandes durch Ausflüchte umgeht, und dem Standpunkt der

revolutionären Sozialdemokratie, die auffordert, sich an diese unaufschiebbare Aufgabe zu machen. Sie schwanken zwischen dem Anarchismus, der prinzipiell jede Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung als Verrat am Proletariat verurteilt, und dem Marxismus, der eine solche Teilnahme verlangt, unter der Bedingung, daß die Sozialdemokratie den führenden Einfluß auf den Aufstand hat*. Sie haben gar keine selbständige Position; weder die Position des Herrn Struve, der mit dem Zarismus handelseinig werden will und deshalb der Frage des Aufstandes ausweichen, sich um sie herumwinden muß, noch die Position der Anarchisten, die jede Aktion „von oben“ und jede Teilnahme an der bürgerlichen Revolution verurteilen. Einen Pakt mit dem Zarismus verwechseln die Leute von der neuen „Iskra“ mit dem Sieg über den Zarismus. Sie wollen sich an der bürgerlichen Revolution beteiligen. Sie gehen schon etwas weiter als die „Zwei Diktaturen“ Martynows. Sie sind sogar damit einverstanden, den Volksaufstand zu führen, aber nur, um sofort nach dem Siege (oder vielleicht unmittelbar vor dem Siege?) auf diese Führung zu verzichten, d. h. *um die Früchte des Sieges nicht auszunutzen, sondern sie ganz und gar der Bourgeoisie zu überlassen*. Das nennen sie „den Aufstand im Interesse der Arbeiterklasse ausnutzen“...

Es erübrigt sich, bei diesem Wirrwarr länger zu verweilen. Nützlicher ist es, die *Herkunft* dieses Wirrwarrs in jener Formulierung zu untersuchen, die da lautet: „... die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben“.

Wir haben hier einen der bekannten Grundsätze der internationalen revolutionären Sozialdemokratie vor uns. Einen durchaus richtigen Grundsatz. Er wurde zum Gemeinplatz aller Gegner des Revisionismus oder Opportunismus in den parlamentarischen Ländern. Er erhielt das Bürgerrecht als gesetzmäßige und notwendige Zurückweisung des „parlamentarischen Kretinismus“, des Millerandismus, des Bernsteinianertums¹¹² und des italienischen Reformismus im Geiste Turatis. Unsere braven Leute von der neuen „Iskra“ haben sich diese gute These eingepägt und wenden sie eifrig dort an, wo sie ... *ganz unangebracht* ist. Kategorien des parlamentarischen Kampfes werden in Resolutionen aufgenommen, die für Verhältnisse geschrieben sind, wo gar kein Parlament vorhanden ist. Der Begriff der „Opposition“, der die Widerspiegelung und der Ausdruck einer solchen politischen Situation ist, wo vom *Aufstand* niemand ernstlich spricht, wird ganz sinnlos auf eine Situation übertragen, wo der Aufstand *begonnen* hat

* Siehe „Proletarij“ Nr. 3, „Über die provisorische revolutionäre Regierung“, zweiter Artikel. (W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VII, S. 438. Der Übers.)

und alle Anhänger der Revolution über die Führung des Aufstandes nachdenken und sprechen. Der Wunsch, dort zu „bleiben“, wo man vorher war, d. h. bei der Aktion nur von „unten“, wird mit Pauken und Trompeten *gerade dann* verkündet, wenn die Revolution die Frage nach der Notwendigkeit aufgeworfen hat, im Falle eines siegreichen Aufstandes *von oben* zu handeln.

Nein, unsere Leute von der neuen „Iskra“ haben entschieden Pech! Sogar dann, wenn sie einen richtigen sozialdemokratischen Grundsatz formulieren, verstehen sie nicht, ihn richtig anzuwenden. Sie haben nicht überlegt, wie sich die Begriffe und Ausdrücke des parlamentarischen Kampfes wandeln und in ihr Gegenteil verkehren in der Epoche, da die Revolution begonnen hat, kein Parlament vorhanden ist und der Bürgerkrieg, das Aufflackern von Aufständen, Tatsache geworden ist. Sie haben nicht überlegt, daß unter den Verhältnissen, von denen jetzt die Rede ist, Abänderungsanträge durch Straßendemonstrationen eingebracht, Interpellationen durch Angriffsaktionen der bewaffneten Bürger eingereicht werden und die Opposition gegen die Regierung durch den gewaltsamen Sturz der Regierung verwirklicht wird.

Wie der bekannte Held unseres Volksepos gute Ratschläge gerade dann wiederholte, wenn sie nicht am Platze waren, so wiederholen auch die Verehrer Martynows die Lehren des friedlichen Parlamentarismus gerade dann, wenn sie selbst den Beginn direkter Kampfhandlungen feststellen. Nichts ist kurioser, als wenn in einer Resolution, die mit dem Hinweis auf den „entscheidenden Sieg der Revolution“ und auf den „Volksaufstand“ beginnt, mit wichtiger Miene die Losung der „äußersten Opposition“ aufgestellt wird! Überlegt doch, meine Herren, was es bedeutet, in der Epoche eines Aufstandes die „äußerste Opposition“ zu bilden! Bedeutet das, die Regierung zu entlarven oder sie zu stürzen? Bedeutet das, gegen die Regierung zu stimmen oder ihrer Militärmacht im offenen Kampfe Niederlagen beizubringen? Bedeutet das, der Regierung die Auffüllung der Staatskasse zu verweigern, oder bedeutet das die revolutionäre Beschlagnahme der Staatskasse, um sie für die Bedürfnisse des Aufstandes, für die Bewaffnung der Arbeiter und Bauern, für die Einberufung der konstituierenden Versammlung zu verwenden? Beginnt es euch nicht einzuleuchten, meine Herren, daß der Begriff „äußerste Opposition“ nur negative Handlungen zum Ausdruck bringt: entlarven, dagegen stimmen, ablehnen? Und warum? Weil dieser Begriff sich nur auf den parlamentarischen Kampf bezieht und dabei in einer solchen Epoche, in der niemand den „entscheidenden Sieg“ als unmittelbares Kampfziel aufstellt. Geht

euch nicht das Verständnis dafür auf, daß sich in dieser Hinsicht die Sache in dem Moment kardinal ändert, wo auf der ganzen Linie der entschlossene Ansturm des politisch unterdrückten Volkes zum verzweifelten Kampf um den Sieg beginnt?

Die Arbeiter fragen uns, ob man nun die unaufschiebbare Sache des Aufstandes energisch in die Hand nehmen solle? Wie es zu bewerkstelligen sei, daß der begonnene Aufstand siegreich werde? Wie der Sieg ausgenutzt werden soll? Welches Programm dann verwirklicht werden könne und müsse? Die Leute von der neuen „Iskra“, die den Marxismus vertiefen, antworten: die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben. . . Nun, hatten wir nicht recht, als wir diese Ritter Virtuosen des Philistertums nannten?

10. DIE „REVOLUTIONÄREN KOMMUNEN“ UND DIE REVOLUTIONÄR-DEMOKRATISCHE DIKTATUR DES PROLETARIATS UND DER BAUERNSCHAFT

Die Konferenz der Leute von der neuen „Iskra“ beharrte nicht auf dem anarchistischen Standpunkt, bis zu dem sich die neue „Iskra“ verstiegen hatte (nur „von unten“ und nicht „von unten und von oben“). Die Sinnlosigkeit der Behauptung, der Aufstand sei zulässig, der Sieg aber und die Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung sei unzulässig, war zu offensichtlich. Die Resolution hat deshalb in die von Martynow und Martow gegebene Lösung der Frage Vorbehalte und Einschränkungen eingefügt. Sehen wir uns einmal diese Vorbehalte an, die in dem folgenden Teil der Resolution dargelegt sind:

„Durch diese Taktik“ („die Partei der äußersten revolutionären Opposition bleiben“) „wird natürlich nicht im geringsten die Zweckmäßigkeit einer teilweisen episodischen Machtergreifung und Bildung revolutionärer Kommunen in der einen oder anderen Stadt, in dem einen oder anderen Rayon, ausschließlich im Interesse der Förderung einer Ausbreitung des Aufstandes und der Desorganisierung der Regierung, ausgeschlossen.“

Wenn dem so ist, so bedeutet das, daß im Prinzip die Aktion nicht nur von unten, sondern auch von oben zulässig ist. Folglich wird der im bekannten Artikel L. Martows in der „Iskra“ (Nr. 93) aufgestellte Grundsatz verworfen und die Taktik der Zeitung „Wperjod“: nicht nur „von unten“, sondern auch „von oben“, als richtig anerkannt.

Ferner setzt die Machtergreifung (wenn auch eine teilweise, episo-

dische usw.) offensichtlich die Teilnahme nicht nur allein der Sozialdemokratie und nicht allein des Proletariats voraus. Das folgt daraus, daß an einer demokratischen Revolution nicht allein das Proletariat interessiert und aktiv beteiligt ist. Das folgt daraus, daß der Aufstand, wie es einleitend in der von uns behandelten Resolution heißt, ein „Volksaufstand“ ist, daß an ihm auch „nichtproletarische Gruppen“ (ein Ausdruck in der Resolution der Konferenzler über den Aufstand), das heißt auch die Bourgeoisie teilnimmt. Folglich ist das Prinzip, daß jede Teilnahme der Sozialisten gemeinsam mit dem Kleinbürgertum an einer provisorischen revolutionären Regierung ein Verrat an der Arbeiterklasse sei, *von der Konferenz über Bord geworfen worden*, wie das der „Wperjod“ forderte. Ein „Verrat“ hört deshalb nicht auf, Verrat zu sein, weil der betreffende Tatbestand ein teilweiser, episodischer ist, nur einen Bezirk umfaßt usw. Folglich ist die Gleichsetzung der Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung mit einem vulgären Jaurèsismus von der Konferenz *über Bord geworfen worden*, wie das der „Wperjod“ forderte. Eine Regierung hört darum nicht auf, eine Regierung zu sein, weil sich ihre Macht nicht auf viele Städte erstreckt, sondern nur auf eine Stadt, nicht auf viele Bezirke, sondern nur auf einen Bezirk, auch nicht darum, weil diese Regierung so oder so genannt wird. Somit ist also die *prinzipielle Fragestellung*, die die neue „Iskra“ zu geben versuchte, *von der Konferenz fallen gelassen worden*.

Sehen wir, ob die Einschränkungen, die die Konferenz für die nunmehr prinzipiell zugelassene Bildung von revolutionären Regierungen und für die Teilnahme an ihnen aufstellt, vernünftig sind. Wodurch sich der Begriff „episodisch“ vom Begriff „provisorisch“ unterscheidet, wissen wir nicht. Wir befürchten, daß hier mit einem „neuen“ Fremdwort bloß die mangelnde Klarheit des Gedankens verdeckt wird. Das *scheint* „tiefer“ zu sein, ist aber in Wirklichkeit nur dunkler und verworrener. Wodurch unterscheidet sich „die Zweckmäßigkeit“ der teilweisen „Eroberung der Macht“ in einer Stadt oder in einem Bezirk von der Teilnahme an der provisorischen revolutionären Regierung des ganzen Staates? Zählt denn zu den „Städten“ nicht eine solche Stadt wie Petersburg, wo der 9. Januar stattgefunden hat? Gehört zu den Bezirken nicht auch der Kaukasus, der größer ist als viele Staaten? Erwachsen uns denn die Aufgaben, sich mit den Gefängnissen, der Polizei, den Finanzämtern usw. usw. (die der neuen „Iskra“ einst Kopfschmerzen verursacht haben) zu beschäftigen, nicht schon bei der „Eroberung der Macht“ nur in einer Stadt, geschweige denn in einem Bezirk? Niemand wird natürlich bestreiten wollen, daß, wenn die

Kräfte nicht ausreichen, wenn der Aufstand keinen vollen Erfolg, keinen entscheidenden Sieg erringt, einzelne, städtische und andere provisorische revolutionäre Regierungen möglich sind. Aber gehört denn das hierher, meine Herren? Sprecht ihr nicht selbst am Anfang der Resolution vom „entscheidenden Sieg der Revolution“, vom „siegreichen Volksaufstand“?? Seit wann übernehmen die Sozialdemokraten das Werk der Anarchisten: die Aufmerksamkeit und die Ziele des Proletariats zu zersplittern? Seine Aufmerksamkeit auf das „Teilweise“ und nicht auf das Allgemeine, Einheitliche, Ganze und Vollständige zu richten? Indem ihr die „Eroberung der Macht“ in einer Stadt voraussetzt, sprecht ihr selbst von der „Ausdehnung des Aufstandes“ auf eine andere Stadt, mit Verlaub, auf alle Städte, wenn man hoffen darf? Eure Schlußfolgerungen, meine Herren, sind ebenso wackelig und zufällig, widerspruchsvoll und verworren wie eure Voraussetzungen. Der III. Parteitag der SDAPR hat eine erschöpfende und klare Antwort gegeben auf die Frage nach der provisorischen revolutionären Regierung überhaupt. Diese Antwort umfaßt auch alle provisorischen Teilregierungen. Die Antwort der Konferenz jedoch greift künstlich und willkürlich einen Teil der Frage heraus, wodurch sie (allerdings erfolglos) der Frage als Ganzes *ausweicht* und einen Wirrwarr erzeugt.

Was heißt „revolutionäre Kommunen“? Unterscheidet sich dieser Begriff von dem der „provisorischen revolutionären Regierung“? Wenn ja, worin? Das wissen die Herren Konferenzler selber nicht. Die Verworrenheit des revolutionären Gedankens führt bei ihnen, wie das durchweg der Fall zu sein pflegt, zur *revolutionären Phrase*. Jawohl, das Wort „revolutionäre Kommune“, gebraucht in einer Resolution von Vertretern der Sozialdemokratie, ist eine revolutionäre Phrase und nichts anderes. Marx hat wiederholt derartige Phrasen verurteilt, wenn hinter einem „bestrickenden“ Ausdruck aus einer *überlebten Vergangenheit* die Aufgaben der Zukunft versteckt werden. Das Bestrickende eines Ausdrucks, der in der Geschichte eine Rolle gespielt hat, verwandelt sich in solchen Fällen in unnützes und schädliches Flitterwerk, in leeres Geklingel. Wir müssen den Arbeitern und dem ganzen Volk klar- und unzweideutig begreiflich machen, *wozu* wir die Bildung einer provisorischen revolutionären Regierung wünschen, *welche Umgestaltungen namentlich* wir verwirklichen werden, falls wir bei einem siegreichen Ausgang des bereits begonnenen Volksaufstandes schon morgen auf die Regierung einen entscheidenden Einfluß ausüben. Das sind die Fragen, vor denen die politischen Führer stehen.

Der III. Parteitag der SDAPR beantwortet diese Fragen mit voll-

ster Klarheit, indem er das ganze Programm dieser Umgestaltung gibt: das Minimalprogramm unserer Partei. Das Wort „Kommune“ aber gibt gar keine Antwort und verwirrt nur die Köpfe mit irgendeinem fernen Klang . . . oder mit leerem Geklingel. Je teurer uns, sagen wir, die Pariser Kommune von 1871 ist, um so unstatthafter ist es, sich auf sie zu berufen, ohne ihre Fehler und ihre besonderen Verhältnisse zu analysieren. Das tun, hieße das abgeschmackte Beispiel der von Engels verspotteten Blanquisten zu wiederholen, die sich (im Jahre 1874 in ihrem „Manifest“) vor jedem Akt der Kommune in Ehrfurcht verneigten. Was wird der Konferenzler dem Arbeiter sagen, wenn dieser ihn nach *dieser* „revolutionären Kommune“ fragt, die in der Resolution erwähnt wird? Er wird nur das eine sagen können, daß in der Geschichte unter diesem Namen eine Arbeiterregierung bekannt ist, die damals nicht verstand und nicht in der Lage war, die Elemente der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung auseinanderzuhalten, die die Aufgaben des Kampfes für die Republik und die Aufgaben des Kampfes für den Sozialismus miteinander verwechselte, die nicht vermochte, die Aufgaben einer energischen militärischen Offensive gegen Versailles zu lösen, und die den Fehler beging, sich nicht der Bank von Frankreich zu bemächtigen usw. Mit einem Wort — ob ihr euch auf die Pariser oder auf irgendeine andere Kommune beruft — eure Antwort wird sein: das war eine solche Regierung, *wie es unsere nicht sein darf*. Eine schöne Antwort, das muß man sagen! Zeugt das nicht von der Rasoniererei eines Schriftgelehrten, von der Hilflosigkeit eines Revolutionärs, wenn man das praktische Programm der Partei mit Schweigen übergeht und in der Resolution ganz unangebrachten Geschichtsunterricht zu erteilen beginnt? Zeigt sich darin nicht gerade der Fehler, dessen man uns vergeblich zu überführen suchte: die Verwechslung der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung, die von keiner einzigen der „Kommunen“ auseinandergehalten worden sind?

Als Ziel der provisorischen Regierung (die man so unpassend eine Kommune nennt) wird „ausschließlich“ die Ausbreitung des Aufstandes und die Desorganisierung der Regierung aufgestellt. Der Ausdruck „ausschließlich“ schaltet buchstäblich alle anderen Aufgaben aus und ist ein Nachklang der unsinnigen Theorie des „nur von unten“. Ein solches Ausschalten der anderen Aufgaben ist wieder so eine Kurzsichtigkeit und Unüberlegtheit. Die „revolutionäre Kommune“, d. h. die revolutionäre Regierung, wenn auch nur in einer Stadt, wird unvermeidlich (wenn auch nur provisorisch, „teilweise, episodisch“) *alle* Staatsgeschäfte ausüben müssen. Hier den Kopf in den Sand zu stecken, ist der Gipfel der Unvernunft. Diese Regierung wird sowohl den Acht-

studenten zum Gesetz erheben und die Arbeiterinspektion in den Fabriken einrichten als auch die unentgeltliche allgemeine Schulbildung sowie die Wahl der Richter einführen, Bauernkomitees gründen müssen usw. — mit einem Wort, sie wird unbedingt eine Reihe von Reformen durchführen müssen. Diese Reformen unter den Begriff „Förderung der Ausdehnung des Aufstandes“ einreihen zu wollen, hieße mit Worten spielen und absichtlich die Unklarheit dort steigern, wo volle Klarheit notwendig ist.

Der Schlußteil der Resolution der Leute von der neuen „Iskra“ liefert kein neues Material zur Kritik der prinzipiellen Tendenzen des in unserer Partei wiedererstandenen „Ökonomismus“, er illustriert indes das oben Gesagte von einer etwas anderen Seite.

Hier ist dieser Teil:

„Nur in *einem* Falle müßte die Sozialdemokratie aus eigener Initiative ihre Anstrengungen darauf richten, die Macht zu erobern und sie möglichst lange in ihrer Hand zu behalten — nämlich in dem Falle, wenn die Revolution auf die fortgeschrittenen Länder Westeuropas übergriffe, wo die Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus schon eine gewisse (?) Reife erreicht haben. In diesem Falle können die beschränkten historischen Grenzen der russischen Revolution sich bedeutend ausweiten, und es wird die Möglichkeit entstehen, den Weg der sozialistischen Umgestaltungen zu beschreiten.

Indem die Sozialdemokratie ihre Taktik auf der Absicht aufbaut, der Sozialdemokratischen Partei im Verlaufe der ganzen revolutionären Periode die Stellung der äußersten revolutionären Opposition allen im Laufe der Revolution einander ablösenden Regierungen gegenüber zu bewahren, kann sie sich auch am besten darauf vorbereiten, die Regierungsmacht auszunutzen, wenn sie ihr in die Hände fällt (??).“

Der Grundgedanke ist hier derselbe, den der „Wperjod“ wiederholt formulierte, wenn er davon sprach, daß wir einen vollen Sieg der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, d. h. die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, nicht fürchten dürften (wie sich Martynow davor fürchtet), denn ein solcher Sieg werde uns die Möglichkeit geben, Europa zur Erhebung zu bringen, und das sozialistische Proletariat Europas werde uns dann seinerseits, nach Abschüttelung des Joches der Bourgeoisie, helfen, die sozialistische Umwälzung zu vollbringen. Man sehe jedoch, wie dieser Gedanke in der Darstellung der Leute von der neuen „Iskra“ verpfuscht worden ist. Wir wollen nicht auf Einzelheiten eingehen: auf den Unsinn, daß einer zielbewußten Partei, die die Taktik der Machteroberung für

schädlich hält, die Macht in die Hände „fallen“ könnte; darauf, daß in Europa die Verhältnisse für den Sozialismus nicht eine gewisse Reife erreicht haben, sondern überhaupt für ihn reif sind; darauf, daß unser Parteiprogramm gar keine sozialistischen Umgestaltungen, sondern nur den sozialistischen Umsturz kennt. Nehmen wir den hauptsächlichsten und grundlegenden Unterschied zwischen dem Gedankengang des „Wperjod“ und der Resolution. Der „Wperjod“ wies dem revolutionären Proletariat Rußlands eine aktive Aufgabe: im Kampfe für die Demokratie zu siegen und diesen Sieg auszunutzen, um die Revolution nach Europa zu tragen. Die Resolution versteht nicht diesen Zusammenhang zwischen unserem „entscheidenden Sieg“ (nicht im Sinne der neuen „Iskra“) und der Revolution in Europa und spricht darum nicht von den Aufgaben des Proletariats, nicht von den Perspektiven seines Sieges, sondern von einer der Möglichkeiten überhaupt: „Wenn die Revolution übergriffe“... Der „Wperjod“ zeigte direkt und bestimmt — und diese Hinweise sind in die Resolution des III. Parteitags der SDAPR eingegangen —, wie eben im Interesse des Proletariats „die Regierungsmacht ausgenutzt“ werden kann und muß, unter Berücksichtigung dessen, was auf der gegebenen Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung sofort verwirklicht werden kann und was zuerst, als demokratische Voraussetzung des Kampfes für den Sozialismus, verwirklicht werden muß. Die Resolution hinkt auch hier hoffnungslos nach, wenn sie sagt: „... kann sich auf die Ausnutzung vorbereiten“, aber nicht zu sagen vermag, *wie* man kann, *wie* man vorbereiten und *wie* man ausnutzen soll. Wir zweifeln z. B. nicht daran, daß die Leute von der neuen „Iskra“ „sich vorbereiten können“, die führende Position in der Partei „auszunutzen“, die Sache ist aber die, daß ihre Erfahrung bei dieser Ausnutzung und ihre Vorbereitung bis jetzt nicht der Hoffnung Raum geben, daß sie die Möglichkeit zur Wirklichkeit machen ...

Der „Wperjod“ sagte genau, worin gerade die reale „Möglichkeit“ besteht, „die Macht in der Hand zu behalten“: in der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft, in ihrer gemeinsamen Massenkraft, die imstande ist, über alle Kräfte der Konterrevolution das Übergewicht zu erlangen, und in der unvermeidlichen Übereinstimmung ihrer Interessen in bezug auf die *demokratischen* Umgestaltungen. Die Konferenzresolution bietet auch da nichts Positives, sie windet sich bloß um diese Frage herum. Die Möglichkeit, in Rußland die Macht zu behaupten, muß doch abhängig gemacht werden von der Zusammensetzung der sozialen Kräfte in Rußland selbst, von den Bedingungen der demokratischen Umwälzung, die jetzt

bei uns vor sich geht. Der Sieg des Proletariats in Europa (zwischen dem Hinübertragen der Revolution nach Europa und dem Sieg des Proletariats liegt aber noch eine gewisse Distanz) wird doch einen verzweifelten konterrevolutionären Kampf der russischen Bourgeoisie hervorrufen. Die Resolution der Leute von der neuen „Iskra“ sagt kein Wort über diese konterrevolutionäre Kraft, deren Bedeutung in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR bewertet wird. Wären wir im Kampfe für die Republik und die Demokratie nicht imstande, uns außer auf das Proletariat auch auf die Bauernschaft zu stützen, dann wäre es um die Sache der „Behauptung der Macht“ hoffnungslos bestellt. Wenn diese Sache aber nicht hoffnungslos ist, wenn der „entscheidende Sieg über den Zarismus“ eine solche Möglichkeit eröffnet, dann müssen wir auf diese Möglichkeit hinweisen, aktiv dazu aufrufen, sie zur Wirklichkeit zu machen, praktische Losungen geben nicht nur *für den Fall*, daß die Revolution nach Europa hinübergetragen wird, sondern auch *zu dem Zweck*, sie nach dorthin zu tragen. Bei den Nachtrabpolitikern der Sozialdemokratie bemäntelt die Berufung auf die „beschränkten historischen Grenzen der russischen Revolution“ nur das beschränkte Verständnis für die Aufgaben dieser demokratischen Revolution und für die führende Rolle des Proletariats in dieser Revolution!

Einer der Einwände gegen die Losung: „revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ besteht darin, daß die Diktatur einen „einheitlichen Willen“ voraussetze („Iskra“ Nr. 95), das Proletariat aber und das Kleinbürgertum keinen einheitlichen Willen haben könnten. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn er fußt auf einer abstrakten, „metaphysischen“ Auslegung des Begriffes „einheitlicher Wille“. Es gibt Fälle, wo der Wille in einer Hinsicht einheitlich, in einer anderen nicht einheitlich ist. Das Fehlen der Einheitlichkeit in den Fragen des Sozialismus und im Kampfe für den Sozialismus schließt die Einheitlichkeit des Willens in den Fragen des Demokratismus und im Kampfe für die Republik nicht aus. Das vergessen, hieße den logischen und historischen Unterschied zwischen der demokratischen und der sozialistischen Umwälzung vergessen. Das vergessen, hieße vergessen, daß die demokratische Umwälzung ihrem Charakter nach das *gesamte Volk* umfaßt: wenn sie das „gesamte Volk“ umfaßt, so gibt es folglich eine „Einheitlichkeit des Willens“ eben insofern, als diese Umwälzung die Bedürfnisse und Forderungen des gesamten Volkes realisiert. Über die Grenzen des Demokratismus hinaus kann von einer Einheitlichkeit des Willens zwischen dem Proletariat und der bäuerlichen Bourgeoisie nicht die Rede sein. Der Klassenkampf

zwischen ihnen ist unvermeidlich, aber auf dem Boden der demokratischen Republik wird dieser Kampf eben der tiefgehendste und breiteste Kampf des Volkes für den Sozialismus sein. Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft hat, wie alles auf der Welt, ihre Vergangenheit und ihre Zukunft. Ihre Vergangenheit sind die Selbstherrschaft, die Leibeigenschaft, die Monarchie, die Privilegien. Im Kampfe gegen diese Vergangenheit, im Kampfe gegen die Konterrevolution ist die „Einheitlichkeit des Willens“ des Proletariats und der Bauernschaft möglich, weil eine Einheitlichkeit der Interessen vorliegt.

Ihre Zukunft ist der Kampf gegen das Privateigentum, der Kampf des Lohnarbeiters gegen den Unternehmer, der Kampf für den Sozialismus. Hier ist eine Einheit des Willens unmöglich.* Hier liegt vor uns nicht der Weg von der Selbstherrschaft zur Republik, sondern der Weg von der kleinbürgerlichen demokratischen Republik zum Sozialismus.

In der konkreten historischen Situation verflechten sich freilich die Elemente der Vergangenheit und der Zukunft, der eine Weg geht in den andern über. Lohnarbeit und ihren Kampf gegen das Privateigentum gibt es auch unter der Selbstherrschaft, sie entsteht in ihrer Keimform sogar unter der Leibeigenschaft. Das hindert uns jedoch keineswegs, die großen Entwicklungsperioden logisch und historisch voneinander zu unterscheiden. Wir alle stellen ja die bürgerliche Revolution und die sozialistische einander gegenüber, wir alle bestehen unbedingt auf der Notwendigkeit der strengsten Unterscheidung zwischen ihnen; aber kann es denn geleugnet werden, daß sich in der Geschichte einzelne Teilelemente der einen und der anderen Umwälzung miteinander verflechten? Kennt denn die Epoche der demokratischen Revolutionen in Europa nicht eine Reihe sozialistischer Bewegungen und sozialistischer Versuche? Und ist denn der künftigen sozialistischen Revolution in Europa nicht noch vieles, sehr vieles im Sinne des Demokratismus nachzuholen geblieben?

Ein Sozialdemokrat darf nie und nimmer vergessen, daß der Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus auch gegen die alldemokratischste und republikanischste Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie unvermeidlich ist. Das steht außer allem Zweifel. Daraus folgt, daß eine besondere, selbständige, streng auf dem Klassenprinzip aufgebaute

* Die Entwicklung des Kapitalismus, die unter der Freiheit noch breiter und schneller vor sich geht, wird unvermeidlich der Einheitlichkeit des Willens ein schnelles Ende bereiten, das um so schneller sein wird, je schneller die Konterrevolution und Reaktion niedergezogen sein wird.

Partei der Sozialdemokratie unbedingt erforderlich ist. Daraus folgt der zeitweilige Charakter unseres „vereint schlagen“ mit der Bourgeoisie: die Pflicht, „auf den Verbündeten wie auf den Feind“ scharf aufzupassen usw. Das alles unterliegt ebenfalls nicht dem geringsten Zweifel. Aber es wäre lächerlich und reaktionär, daraus zu folgern, daß man die Aufgaben, die, wenn auch vorübergehender und zeitweiliger Natur, doch für die Gegenwart aktuell sind, vergessen, ignorieren oder geringschätzen dürfe. Der Kampf gegen die Selbstherrschaft ist eine zeitweilige und vorübergehende Aufgabe der Sozialisten, doch jedes Ignorieren oder Vernachlässigen dieser Aufgabe bedeutet, den Sozialismus zu verraten und der Reaktion einen Dienst zu erweisen. Die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft ist zweifellos nur eine vorübergehende, eine provisorische Aufgabe der Sozialisten, allein das Ignorieren dieser Aufgabe in der Epoche der demokratischen Revolution ist direkt reaktionär.

Konkrete politische Aufgaben muß man in der konkreten Situation aufstellen. Alles ist relativ, alles fließt, alles ändert sich. Die deutsche Sozialdemokratie stellt in ihrem Programm nicht die Forderung der Republik auf. Dort ist die Situation derart, daß die Frage der Republik praktisch kaum von der des Sozialismus getrennt werden kann (obwohl auch für Deutschland Engels in den Bemerkungen zum Entwurf des Erfurter Programms im Jahre 1891 vor der Unterschätzung der Bedeutung der Republik und des Kampfes für die Republik warnte!). In der russischen Sozialdemokratie tauchte nicht einmal die Frage auf, die Forderung der Republik aus dem Programm und aus der Agitation zu streichen, denn bei uns kann von einem unzertrennlichen Zusammenhang zwischen der Frage der Republik und der Frage des Sozialismus gar nicht die Rede sein. Der deutsche Sozialdemokrat von 1898, der nicht speziell die Frage der Republik in den Vordergrund stellt, ist eine natürliche Erscheinung, die weder Verwunderung noch Verurteilung hervorruft. Der deutsche Sozialdemokrat, der im Jahre 1848 die Frage der Republik im Hintergrund gelassen hätte, wäre direkt ein Verräter an der Revolution gewesen. Es gibt keine abstrakte Wahrheit. Die Wahrheit ist immer konkret.

Die Zeit wird kommen, wo der Kampf mit der russischen Selbstherrschaft zu Ende, wo die Epoche der demokratischen Revolution für Rußland vorbei sein wird — dann wird es lächerlich erscheinen, von einer „Einheitlichkeit des Willens“ des Proletariats und der Bauernschaft, von der demokratischen Diktatur usw. auch nur zu sprechen. Dann werden wir unmittelbar an die sozialistische Diktatur des Proletariats denken und ausführlich darüber reden. Jetzt aber kann die

Partei der fortgeschrittensten Klasse nicht anders, als den entscheidenden Sieg der demokratischen Revolution über den Zarismus auf die energischste Weise anzustreben. Und der entscheidende Sieg ist eben nichts anderes als die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

11. FLÜCHTIGER VERGLEICH EINIGER RESOLUTIONEN DES III. PARTEITAGS DER SDAPR UND DER „KONFERENZ“

Die Frage der provisorischen revolutionären Regierung ist gegenwärtig für die Sozialdemokratie der zentrale Punkt der taktischen Fragen. Auf die übrigen Resolutionen der Konferenz ebenso ausführlich einzugehen, ist weder möglich noch erforderlich. Wir werden uns nur mit einem kurzen Hinweis auf einige Punkte begnügen, die den von uns im Vorhergehenden analysierten prinzipiellen Unterschied zwischen der taktischen Linie der Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR und der Linie der Konferenzresolutionen bestätigen.

Nehmen wir die Frage nach dem Verhalten zu der Taktik der Regierung am Vorabend der Umwälzung. Wiederum wird man in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR eine vollständige Antwort finden. Diese Resolution zieht all die mannigfachen Bedingungen und Aufgaben des besonderen Augenblicks in Betracht: sowohl die Entlarvung der Heuchelei in den Zugeständnissen der Regierung als auch die Ausnutzung der „Karikatur auf eine Volksvertretung“; sowohl die revolutionäre Verwirklichung der dringenden Forderungen der Arbeiterklasse (des Achtstundentages vor allem anderen) als auch schließlich die Abwehr der Schwarzen Hunderte. In den Konferenzresolutionen ist die Frage in verschiedene Abschnitte verstreut: die „Abwehr der finsternen Kräfte der Reaktion“ ist nur in den Motivierungen der Resolution über die Stellung zu den anderen Parteien erwähnt. Die Beteiligung an den Wahlen in die Vertretungskörperschaften wird getrennt von den „Kompromissen“ des Zarismus mit der Bourgeoisie behandelt. Anstatt der Aufforderung, den Achtstundentag auf revolutionärem Wege zu verwirklichen, wird in einer besonderen Resolution mit dem schreienden Titel „Über den ökonomischen Kampf“ (nach den tönenden und sehr törichten Worten von dem „zentralen Platz, den die Arbeiterfrage im russischen öffentlichen Leben eingenommen hat“) nur die alte Losung von der Agitation für die „gesetzliche Festlegung des Achtstundentages“ wiederholt. Daß diese Losung im gegebenen Moment ungenügend und rückständig ist, ist viel zu klar, als daß es eines weiteren Beweises bedürfte.

Nun zur Frage des offenen politischen Auftretens. Der III. Parteitag zieht die bevorstehende *grundlegende* Änderung unserer Tätigkeit in Betracht. Die konspirative Tätigkeit und die Entwicklung des konspirativen Apparates dürfen in keiner Weise vernachlässigt werden: das käme der Polizei gelegen und wäre für die Regierung äußerst vorteilhaft. Man muß aber schon jetzt auch an das offene Auftreten denken. Man muß unverzüglich zweckmäßige Formen eines solchen Auftretens und folglich besondere, weniger konspirative Apparate für diesen Zweck *vorbereiten*. Man muß die legalen und halblegalen Vereine ausnutzen, um sie womöglich in Stützpunkte für die künftige legale Sozialdemokratische Arbeiterpartei in Rußland zu verwandeln.

Die Konferenz zerstückelt auch diese Frage, ohne irgendwelche vollständige Losungen zu geben. Besonders ragt da der lächerliche Auftrag an die Organisationskommission hervor, für die „Unterbringung“ der legalen Literaten zu sorgen. Ganz unsinnig ist der Beschluß, daß wir „jene demokratischen Zeitungen unter unseren Einfluß bringen müssen, die sich das Ziel setzen, die Arbeiterbewegung zu fördern“. Dieses Ziel setzen sich alle unsere legalen liberalen Zeitungen, die fast durchweg der Richtung des „Oswoboshdenije“ angehören. Warum will denn die „Iskra“-Redaktion nicht selbst damit beginnen, ihren Rat in die Tat umzusetzen, und uns ein Beispiel dafür geben, wie man das „Oswoboshdenije“ unter sozialdemokratischen Einfluß bringen kann? ... Anstatt der Losung, die legalen Verbände zur Schaffung von Stützpunkten für die Partei auszunutzen, gibt man uns erstens einen besonderen Rat nur in bezug auf die „Gewerkschafts“-verbände (obligatorische Mitgliedschaft für Parteimitglieder) und zweitens den Rat, die „revolutionären Organisationen der Arbeiter“ = „losen Organisationen“ = „revolutionären Arbeiterklubs“ zu führen. Wie die „Klubs“ unter die losen Organisationen geraten sind, was das für „Klubs“ sind, das mag Allah wissen. Anstatt genauer, klarer Direktiven der höchsten Parteiinstanz haben wir da irgendwelche Gedankensplitter und flüchtige Notizen von Literaten vor uns. Ein vollständiges Bild von dem Beginn einer Umstellung der Partei auf eine vollständig andere Basis für ihre gesamte Arbeit kommt dabei nicht heraus.

Die „Bauernfrage“ ist vom Parteitag und von der Konferenz ganz verschieden gestellt worden. Der Parteitag hat eine Resolution über „die Stellung zur Bauernbewegung“, die Konferenz eine solche über „die Arbeit unter den Bauern“ ausgearbeitet. In dem einen Fall werden die Aufgaben der Leitung der ganzen breiten revolutionär-demokratischen Bewegung im Interesse des Kampfes des gesamten Volkes gegen den Zarismus in den Vordergrund gerückt. In dem andern Fall wird

die Sache nur auf die „Arbeit“ unter einer besonderen Schicht zurückgeführt. In dem einen Fall wird eine zentrale, praktische Agitationslösung ausgegeben — die sofortige Organisierung von revolutionären Bauernkomitees zur Durchführung aller demokratischen Umgestaltungen. In dem anderen Fall heißt es, daß „die Forderung, Komitees zu bilden“, der konstituierenden Versammlung unterbreitet werden müsse. Warum sollen wir unbedingt diese konstituierende Versammlung abwarten? wird sie in Wirklichkeit zu einer konstituierenden werden? wird sie dauerhaft sein ohne vorhergehende und gleichzeitige Schaffung von revolutionären Bauernkomitees? Alle diese Fragen sind von der Konferenz außer acht gelassen worden. In allen ihren Beschlüssen widerspiegelt sich so der von uns untersuchte allgemeine Gedanke, daß wir in der bürgerlichen Revolution nur unsere besondere Arbeit zu leisten hätten, ohne uns das Ziel zu setzen, die ganze demokratische Bewegung zu leiten und selbständig durchzuführen. Wie die Ökonomen ständig in den Irrtum verfielen, die Sozialdemokraten hätten den ökonomischen Kampf, die Liberalen aber den politischen Kampf zu führen, so verfallen auch die Leute von der neuen „Iskra“ im ganzen Verlauf ihrer Erörterungen in den Irrtum, uns gebühre ein bescheidenes Eckchen abseits von der bürgerlichen Revolution, Sache der Bourgeoisie dagegen sei es, die Revolution aktiv durchzuführen.

Schließlich darf auch die Resolution über die Stellung zu den anderen Parteien nicht unerwähnt bleiben. Die Resolution des III. Parteitag der SDAPR spricht von der Entlarvung jeder Beschränktheit und Unzulänglichkeit der bürgerlichen Freiheitsbewegung, ohne sich dem naiven Gedanken hinzugeben, von Parteitag zu Parteitag alle möglichen Fälle dieser Beschränktheit aufzuzählen und eine Linie zu ziehen, die die schlechten von den guten Bourgeois scheidet. Die Konferenz sucht, den Irrtum Starowjers wiederholend, beharrlich nach einer solchen Scheidelinie und entwickelt dabei die berühmte Theorie des „Lackmuspapiers“. Starowjer ging von dem sehr guten Gedanken aus, der Bourgeoisie strengere Bedingungen zu stellen. Er vergaß nur, daß jeder Versuch, die bürgerlichen Demokraten von vornherein zu scheiden in solche, die Billigung, Zustimmung usw. verdienen, und solche, die das nicht verdienen, zu einer „Formel“ führt, die von der Entwicklung der Ereignisse sofort wieder über Bord geworfen wird und die im proletarischen Klassenbewußtsein Verwirrung anrichtet. Das Schwergewicht wird da von der realen Einheit im Kampfe auf Erklärungen, Versprechungen, Losungen verlegt. Starowjer betrachtete das „allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht“ als eine solche fundamentale Lösung. Es vergingen kaum zwei Jahre und das „Lackmus-

papier“ erwies sich als untauglich, die Losung des allgemeinen Wahlrechts wurde von den „Oswoboshdenije“-Leuten übernommen, und diese kamen dadurch nicht nur der Sozialdemokratie keineswegs näher, sondern versuchten im Gegenteil, eben mit dieser Losung die Arbeiter irrezuführen und sie vom Sozialismus abzulenken.

Jetzt stellen die Leute von der neuen „Iskra“ noch „strengere Bedingungen“, sie „fordern“ von den Feinden des Zarismus „energische und unzweideutige (!?) Unterstützung jeder entschiedenen Aktion des organisierten Proletariats“ usw., einschließlich der „aktiven Beteiligung an der Selbstbewaffnung des Volkes“. Die Linie ist bedeutend weiter gezogen — und nichtsdestoweniger ist diese Linie *schon wieder veraltet*, hat sie sich sofort als untauglich erwiesen. Warum fehlt z. B. die Losung der Republik? Wie kommt es, daß die Sozialdemokraten von den bürgerlichen Demokraten im Interesse des „rücksichtslosen revolutionären Krieges gegen alle Grundlagen der ständisch-monarchischen Ordnung“ alles mögliche „fordern“, nur nicht den Kampf für die Republik?

Daß diese Frage keine Nörgelei, daß der Fehler der Leute von der neuen „Iskra“ von lebendigster politischer Bedeutung ist, beweist der „Russische Befreiungsbund“ (siehe „Proletarij“ Nr. 4)*. Diese „Feinde des Zarismus“ werden zu allen „Forderungen“ der Leute von der neuen „Iskra“ vollkommen passen. Indessen haben wir gezeigt, daß im Programm (oder in der Programmlosigkeit) dieses „Russischen Befreiungsbundes“ der „Oswoboshdenije“-Geist herrscht, und daß die „Oswoboshdenije“-Leute ihn leicht ins Schlepptau nehmen können. Die Konferenz jedoch erklärt am Schlusse der Resolution, daß „die Sozialdemokratie nach wie vor allen jenen politischen Parteien, die das liberale und demokratische Banner erheben, dem revolutionären Kampfe des Proletariats aber eine wirkliche Unterstützung verweigern, als *heuchlerischen Freunden des Volkes* entgegentreten wird“. Der „Russische Befreiungsbund“ verweigert diese Unterstützung nicht, sondern bietet sie, im Gegenteil, sehr eifrig an. Ist das eine Bürgschaft dafür, daß seine Führer keine „heuchlerischen Volksfreunde“ sind, obgleich sie zu der „Oswoboshdenije“-Richtung gehören?

* In Nr. 4 des „Proletarij“ vom 17. (4.) Juni 1905 erschien ein umfangreicher Artikel: „Ein neuer revolutionärer Arbeiterverein“. In dem Artikel wird der Inhalt der Aufrufe dieses Vereins wiedergegeben, der sich „Russischer Befreiungsbund“ nennt und sich die Einberufung einer konstituierenden Versammlung mit Hilfe des bewaffneten Aufstandes zum Ziele setzt. Weiterhin wird in dem Artikel das Verhalten der Sozialdemokratie zu derartigen parteilosen Verbänden festgelegt. Inwiefern dieser Verein real und welches sein Schicksal in der Revolution war, ist uns gänzlich unbekannt. (Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

Man sieht: dadurch, daß sie im voraus „Bedingungen“ verfassen und „Forderungen“ aufstellen, die in ihrer grimmigen Ohnmacht komisch wirken, bringen sich die Leute von der neuen „Iskra“ sofort in eine lächerliche Lage. Ihre Bedingungen und Forderungen erweisen sich sofort als unzulänglich, wenn es gilt, der lebendigen Wirklichkeit Rechnung zu tragen. Ihr Jagen nach Formeln ist hoffnungslos, denn alle und jegliche Äußerungen der Heuchelei, Inkonsequenz und Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie sind in keinerlei Formel einzufangen. Nicht auf „Lackmuspapier“, nicht auf Formeln, nicht auf niedergeschriebene und abgedruckte Forderungen, nicht auf eine von vornherein vorzunehmende Scheidung in heuchlerische und nicht-heuchlerische „Freunde des Volkes“ kommt es an, sondern auf die reale Einheit im Kampfe, auf die unablässige Kritik seitens der Sozialdemokratie an jedem „unentschiedenen“ Schritt der bürgerlichen Demokratie. Für den „wirklichen Zusammenschluß aller an dem demokratischen Umbau interessierten gesellschaftlichen Kräfte“ bedarf es nicht der „Punkte“, mit denen sich die Konferenz so eifrig und so vergebens abmühte, sondern der Fähigkeit, wirklich revolutionäre Losungen aufzustellen. Dazu bedarf es der Losungen, die die revolutionäre und republikanische Bourgeoisie auf das Niveau des Proletariats emporheben, nicht aber solcher, die die Aufgaben des Proletariats auf das Niveau der monarchistischen Bourgeoisie herabdrücken. Dazu ist die energischste Beteiligung am Aufstand notwendig und nicht räsonierende Ausflüchte gegenüber der unaufschiebbaren Aufgabe des bewaffneten Aufstandes.

12. WIRD DER SCHWUNG DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION SCHWÄCHER WERDEN, WENN DIE BOURGEOISIE VON IHR ABSCHWENKT?

Die vorhergehenden Zeilen waren schon geschrieben, als wir die von der „Iskra“ herausgegebenen Resolutionen der kaukasischen Konferenz der Anhänger der neuen „Iskra“ erhielten. Pour la bonne bouche (als letzten Leckerbissen) hätten wir kein besseres Material ausdenken können.

Die Redaktion der „Iskra“ bemerkt mit Recht: „In der Grundfrage der Taktik ist die kaukasische Konferenz ebenfalls zu einem Beschluß gekommen, der dem auf der allrussischen Konferenz“ (d. h. der Konferenz der Leute von der neuen „Iskra“) „angenommenen analog ist“ (wirklich wahr!) . . . „Die Frage der Stellung der Sozial-

demokratie zur provisorischen revolutionären Regierung ist von den kaukasischen Genossen entschieden worden im Sinne der schärfsten Ablehnung der neuen Methode, die von der Gruppe ‚Wperjod‘ und den ihr angeschlossenen Delegierten des sogenannten Parteitags propagiert wird.“ „Die Formulierung der Taktik der proletarischen Partei in der bürgerlichen Revolution, wie sie von der Konferenz gegeben wurde, muß als *sehr gelungen* anerkannt werden.“

Was wahr ist, ist wahr. Eine „gelungene“ Formulierung des Grundfehlers der Leute von der neuen „Iskra“ hätte niemand geben können. Wir wollen diese Formulierung ganz anführen und vorerst in Klammern auf die Blüten, dann aber auch auf die zum Schluß servierten Früchte aufmerksam machen.

Hier die Resolution der kaukasischen Konferenz der Leute von der neuen „Iskra“ über die provisorische Regierung:

„Da die Konferenz es für ihre Aufgabe hält, den revolutionären Moment zur Vertiefung“ (nun natürlich! Man müßte noch hinzufügen: zur Martynowschen Vertiefung!) „des sozialdemokratischen Bewußtseins des Proletariats auszunutzen“ (nur zur Vertiefung des Bewußtseins und nicht zur Erkämpfung der Republik? Welch „tiefe“ Auffassung von der Revolution!), „und da sie das Ziel verfolgt, der Partei die absolute Freiheit der Kritik an dem entstehenden bürgerlich-staatlichen Regime zu sichern“ (die Republik zu sichern, ist nicht unsere Sache! Unsere Sache ist nur, die Freiheit der Kritik zu sichern. Anarchistische Ideen erzeugen auch eine anarchische Ausdrucksweise: „bürgerlich-staatliches“ Regime!), „spricht sie sich gegen die Bildung einer sozialdemokratischen provisorischen Regierung und gegen den Eintritt in eine solche Regierung aus“ (man erinnere sich an die von Engels zitierte Resolution der Bakunisten¹¹³ zehn Monate vor der spanischen Revolution; siehe Nr. 3 des „Proletarij“*) „und hält es für das zweckmäßigste, auf die bürgerliche provisorische Regierung einen Druck von außen auszuüben“ (von unten, aber nicht von oben) „zwecks einer angemessenen (!) Demokratisierung des staatlichen Regimes. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Bildung einer provisorischen Regierung durch die Sozialdemokraten oder der Eintritt in sie einerseits zum Abfall breiter Massen des Proletariats von der sozialdemokratischen Partei führen würde, die von ihr enttäuscht wären, da die Sozialdemokratie, ungeachtet der Machtergreifung, nicht imstande sein wird, die aktuellen Bedürfnisse der Arbeiterklasse einschließlich der Verwirklichung des Sozialismus zu befriedigen“ (die Republik ist kein aktuelles

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VII, S. 442. Der Übers.

Bedürfnis! Die Verfasser merken in ihrer Unschuld nicht, daß sie eine rein anarchistische Sprache führen, als ob sie die Teilnahme an bürgerlichen Revolutionen ablehnten!), „andererseits aber die bürgerlichen Klassen veranlassen würde, von der Revolution abzuschwenken, wodurch der Schwung der Revolution schwächer würde.“

Hier also liegt der Hund begraben. Eben hier verflochten sich die anarchistischen Gedankengänge mit dem reinsten Opportunismus (wie das auch bei den westeuropäischen Bernsteinianern ständig der Fall ist). Man denke bloß: in die provisorische Regierung nicht eintreten, weil das die Bourgeoisie veranlassen wird, von der Revolution abzuschwenken, wodurch der Schwung der Revolution schwächer würde! Da haben wir ja die Philosophie der neuen „Iskra“ in aller Reinheit und Konsequenz: weil die Revolution eine bürgerliche Revolution sei, sollen wir der bürgerlichen Banalität unsere Reverenz erweisen und ihr den Vorrang lassen. Lassen wir uns, wenn auch nur teilweise, auch nur einen Augenblick lang, von der Erwägung leiten, unsere Teilnahme könnte die Bourgeoisie veranlassen abzuschwenken, so treten wir doch damit die führende Rolle in der Revolution ganz und gar an die bürgerlichen Klassen ab. Wir stellen damit das Proletariat vollkommen unter die Vormundschaft der Bourgeoisie (und bleiben bei der vollen „Freiheit der Kritik“ stehen!), weil wir das Proletariat zwingen, gemäßigt und zahm zu sein, damit die Bourgeoisie nicht abschwenke. Wir beschneiden die aktuellsten Bedürfnisse des Proletariats, nämlich seine politischen Bedürfnisse, die die Ökonomen und ihre Epigonen nie richtig verstanden haben, beschneiden sie, damit die Bourgeoisie nicht abschwenke. Wir verlassen ganz den Boden des revolutionären Kampfes für die Verwirklichung des Demokratismus in den Grenzen, wie sie das Proletariat braucht, und betreten den Boden des Schachers mit der Bourgeoisie, wobei wir mit unserem Verrat an den Prinzipien und an der Revolution die freiwillige Zustimmung der Bourgeoisie erkaufen („damit sie nicht abschwenke“).

Die kaukasischen Anhänger der neuen „Iskra“ haben es verstanden, in zwei kurzen Zeilen das ganze Wesen der Verrates an der Revolution, der Verwandlung des Proletariats in ein klägliches Anhängsel der bürgerlichen Klassen, auszudrücken. Das, was wir oben aus den Irrtümern der Richtung der neuen „Iskra“ als Tendenz ableiteten, ist jetzt vor unseren Augen zum klaren und bestimmten Prinzip erhoben worden: im Nachtrab der monarchistischen Bourgeoisie einhertrotten. Weil die Verwirklichung der Republik die Bourgeoisie veranlassen würde (und schon veranlaßt — siehe das Beispiel des Herrn Struve!) abzuschwenken, deshalb: Nieder mit dem Kampf für die

Republik! Weil jede energische und bis ans Ende gehende demokratische Forderung des Proletariats die Bourgeoisie stets und in der ganzen Welt zum Abschnellen veranlaßt, deshalb: Verkriecht euch in die Löcher, Genossen Arbeiter, wirkt nur von außen, denkt nicht daran, die Werkzeuge und die Mittel des „bürgerlich-staatlichen“ Regimes für die Revolution auszunutzen, und bewahrt euch die „Freiheit der Kritik“.

Das Grundfalsche in der Auffassung des Ausdrucks „bürgerliche Revolution“ tritt hier klar zutage. Diese Martynowsche „Auffassung“ oder die der neuen „Iskra“ führt stracks zum Verrat der Sache des Proletariats an die Bourgeoisie.

Wer den alten Ökonomismus vergessen hat, wer ihn nicht studiert, an ihn nicht zurückdenkt, der wird auch die heutige Neuauflage des Ökonomismus schwerlich begreifen. Man erinnere sich des bernsteinianischen „Credos“¹¹⁴! Aus „rein proletarischen“ Anschauungen und Programmen folgerten die Leute: uns Sozialdemokraten die Ökonomie, die wahre Sache der Arbeiterschaft, die freie Kritik an jedem Politikantentum, die wahre Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit. Ihnen, den Liberalen, die Politik. Bewahre uns Gott davor, in „Revolutionarismus“ zu verfallen; das würde die Bourgeoisie veranlassen abzuschwenken. Wer das ganze „Credo“ oder die Sonderbeilage zu Nr. 9 der „Rabotschaja Mysl“ (September 1899) durchliest, der wird diese ganzen Gedankengänge finden.

Jetzt ist es dasselbe, nur im großen Maßstabe, in Anwendung auf die Einschätzung der ganzen „großen“ russischen Revolution, die leider von den Theoretikern des orthodoxen Philistertums schon im voraus banalisiert und zur Karikatur herabgewürdigt wird! Uns Sozialdemokraten die Freiheit der Kritik, die Vertiefung des Bewußtseins, die Einwirkung von außen. Ihnen, den bürgerlichen Klassen, die Freiheit des Handelns, freie Bahn für die revolutionäre (lies: liberale) Führung und die Freiheit für die Durchführung von „Reformen“ von oben.

Diese vulgären Ausleger des Marxismus haben sich niemals Gedanken gemacht über Marx' Worte von der Notwendigkeit, die Waffe der Kritik durch die Kritik der Waffen zu ersetzen. Sie führen den Namen Marx im Munde, fassen aber in Wirklichkeit taktische Resolutionen ganz im Geiste der Frankfurter bürgerlichen Schwätzer, die den Absolutismus frei kritisierten, das demokratische Bewußtsein vertieften und nicht verstanden, daß die Zeit der Revolution eine Zeit der Aktion, der Aktion sowohl von oben als auch von unten ist. Indem sie den Marxismus in Räsoniererei verwandelten, machten sie aus der Ideologie der fortgeschrittensten, entschlossensten und tatkräftigsten

revolutionären Klasse eine Ideologie ihrer unentwickeltsten Schichten, die sich vor den schwierigen revolutionär-demokratischen Aufgaben drücken und diese demokratischen Aufgaben den Herren Struve überlassen.

Wenn die bürgerlichen Klassen von der Sache der Revolution abschwenken, weil die Sozialdemokratie in die revolutionäre Regierung eintritt, so werden sie dadurch „den Schwung der Revolution abschwächen“.

Hört, russische Arbeiter: der Schwung der Revolution wird größer sein, wenn die durch die Sozialdemokraten nicht abgeschreckten Herren Struve sie durchführen werden, die nicht den Sieg über den Zarismus, sondern einen Pakt mit dem Zarismus wollen. Der Schwung der Revolution wird größer sein, wenn von den beiden oben von uns umrissenen Ausgangsmöglichkeiten die erste zur Wirklichkeit wird, d. h. wenn sich die monarchistische Bourgeoisie mit der Selbstherrschaft auf eine „Verfassung“ nach Art der Schipowschen einigt!

Sozialdemokraten, die in Resolutionen, welche für die Führung der gesamten Partei bestimmt sind, solche schändlichen Sachen schreiben oder die solche „gelungenen“ Resolutionen billigen, sind durch das Rasonieren, das aus dem Marxismus den ganzen lebendigen Geist ausgemerzt hat, so sehr geblendet, daß sie nicht merken, wie diese Resolutionen all ihre sonstigen guten Worte zur Phrase machen. Man nehme einen beliebigen ihrer Artikel aus der „Iskra“, nehme gar die berühmte Broschüre unseres berühmten Martynow, und man wird Reden hören über den *Volksaufstand*, über die Durchführung der Revolution *bis ans Ende* und über das Bestreben, sich im Kampfe gegen die inkonsequente Bourgeoisie auf die *unteren Volksschichten* zu stützen. Aber alle diese guten Dinge verwandeln sich ja in eine klägliche Phrase in dem Moment, wo man den Gedanken akzeptiert oder billigt, der „Schwung der Revolution“ könnte infolge des Abrückens der Bourgeoisie „schwächer“ werden. Eins von beiden, meine Herren: entweder müssen wir mit dem Volke danach streben, die Revolution durchzuführen und, der inkonsequenten, eigennützigen und feigen Bourgeoisie *zum Trotz*, einen völligen Sieg über den Zarismus erringen — oder wir lassen dieses „zum Trotz“ nicht zu, fürchten, die Bourgeoisie könnte „abschwenken“, und dann geben wir das Proletariat und das Volk der Bourgeoisie, der inkonsequenten, eigennützigen und feigen Bourgeoisie, preis.

Laßt euch nur nicht einfallen, meine Worte zu mißdeuten. Schreit nicht, daß man euch bewußten Verrat vorwerfe. Nein, ihr seid die ganze Zeit genau so unbewußt in den Sumpf gekrochen und steckt

nun in ihm drin, wie die alten Ökonomen, die auf der schiefen Ebene der „Vertiefung“ des Marxismus unaufhaltsam und unwiderruflich hinabgerutscht sind bis zum antirevolutionären, seelenlosen und leblosen „Klügel“.

Von welchen realen gesellschaftlichen Kräften hängt der „Schwung der Revolution“ ab? Habt ihr darüber nachgedacht, meine Herren? Lassen wir die Kräfte der Außenpolitik, der internationalen Kombinationen beiseite, die sich für uns jetzt sehr vorteilhaft gestaltet haben, die wir aber alle, und zwar mit Recht, von der Betrachtung ausschließen, da von den inneren Kräften Rußlands die Rede ist. Schaut euch diese inneren gesellschaftlichen Kräfte an. Gegen die Revolution steht die Selbstherrschaft, der Hof, die Polizei, die Beamtenschaft, das Heer und eine Handvoll hohen Adels. Je tiefer die Empörung im Volke ist, desto unzuverlässiger wird das Heer, desto größer werden die Schwankungen in der Beamtenschaft. Ferner, die Bourgeoisie ist jetzt im Freiheit und ganzen für die Revolution, ereifert sich in Reden über die Freiheit und ergreift immer öfter das Wort im Namen des Volkes und sogar im Namen der Revolution.* Aber wir Marxisten wissen doch alle aus der Theorie und beobachten täglich und stündlich an unseren Liberalen, an den Semstwowpolitikern und an den „Oswoboshdenije“-Leuten, daß die Bourgeoisie für die Revolution inkonsequent, eigennützig und feige eintritt. Die Bourgeoisie wird in ihrer Masse unbedingt zur Konterrevolution, zur Selbstherrschaft übergehen und sich gegen die Revolution, gegen das Volk kehren, sobald ihre engeren eigennützigen Interessen befriedigt sein werden, sobald sie nur vom konsequenten Demokratismus „abgeschwenkt“ sein wird (*und sie schwenkt jetzt schon von ihm ab!*). Es bleibt das „Volk“, d. h. das Proletariat und die Bauernschaft: das Proletariat allein ist fähig, zuverlässig bis zu Ende zu gehen, denn es geht weit über die demokratische Umwälzung hinaus. Deshalb eben kämpft das Proletariat in den vordersten Reihen für die Republik und weist mit Verachtung die dummen und seiner unwürdigen Ratschläge zurück, darauf Rücksicht zu nehmen, daß die Bourgeoisie nicht abschwänke. Die Bauernschaft umfaßt eine Masse halbproletarischer Elemente neben kleinbürgerlichen Elementen. Dieser Umstand macht auch die Bauernschaft unbeständig, so daß das Proletariat genötigt wird, sich zu einer streng klassenmäßigen Partei zusammenzuschließen. Aber die Unbeständigkeit der Bauernschaft ist von der Unbeständigkeit der Bourgeoisie grundverschieden, denn die

* Interessant ist in dieser Hinsicht der offene Brief des Herrn Struve an Jaurès, der neulich von Jaurès in der „Humanité“ und von Herrn Struve in Nr. 72 des „Oswoboshdenije“ veröffentlicht worden ist.

Bauernschaft ist im gegebenen Augenblick nicht so sehr an dem unbedingten Schutz des Privateigentums als vielmehr an der Enteignung des Gutsbesitzerlandes, einer der Hauptformen des Privateigentums, interessiert. Ohne dadurch sozialistisch zu werden, ohne aufzuhören, kleinbürgerlich zu sein, ist die Bauernschaft fähig, zum völligen und radikalsten Anhänger der demokratischen Revolution zu werden. Die Bauernschaft wird unweigerlich ein solcher Anhänger der Revolution werden, wenn nur der sie aufklärende Gang der revolutionären Ereignisse nicht durch den Verrat der Bourgeoisie und die Niederlage des Proletariats allzufrüh unterbrochen wird. Die Bauernschaft wird unter der aufgezeigten Bedingung unweigerlich zur Stütze der Revolution und der Republik werden, denn einzig die zum vollen Sieg gelangte Revolution wird der Bauernschaft auf dem Gebiete der Agrarreformen *alles zu bieten vermögen: alles das, was die Bauernschaft will, was sie erträumt, was tatsächlich für sie notwendig ist* (nicht um den Kapitalismus zu vernichten, wie sich das die „Sozialrevolutionäre“ einbilden, sondern), um aus dem Schlamm des Halbfeudalismus, aus der Finsternis der Geducktheit und Versklavung emporzusteigen und um ihre Lebensbedingungen so weit zu verbessern, als das im Rahmen der Warenwirtschaft überhaupt zu erreichen ist.

Mehr noch: nicht nur eine radikale Umgestaltung der Agrarverhältnisse, sondern auch alle ihre allgemeinen und ständigen Interessen binden die Bauernschaft an die Revolution. Sogar im Kampfe gegen das Proletariat bedarf die Bauernschaft der Demokratie, denn nur das demokratische Regime vermag ihre Interessen genau zum Ausdruck zu bringen und ihr als Masse, als Majorität die Vorherrschaft zu geben. Je aufgeklärter die Bauernschaft sein wird (und seit dem japanischen Kriege geht diese Aufklärung mit einer Geschwindigkeit vor sich, wie sie viele, die gewohnt sind, die Aufklärung nur mit dem Schulmaßstab zu messen, gar nicht ahnen), desto konsequenter und entschlossener wird sie für die vollkommene demokratische Umwälzung eintreten, denn die Herrschaft des Volkes schreckt sie nicht, wie sie die Bourgeoisie schreckt, sondern ist für sie von Vorteil. Die demokratische Republik wird zum Ideal der Bauernschaft werden, sobald sie beginnen wird, sich vom naiven Monarchismus zu befreien; denn der bewußte Monarchismus der schachernden Bourgeoisie (mit einem Oberhaus usw.) bedeutet für die Bauernschaft genau dieselbe Rechtlosigkeit, dieselbe Geducktheit und Unwissenheit, nur vielleicht etwas mit europäisch-konstitutionellem Firnis übermalt.

Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie als Klasse naturgemäß und unvermeidlich unter die Fittiche der liberal-monarchistischen

Partei strebt, die Bauernschaft als Masse aber unter die Führung einer revolutionären und republikanischen Partei. Das ist der Grund, warum die Bourgeoisie nicht fähig ist, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, die Bauernschaft aber die Revolution zu Ende zu führen vermag; und wir müssen ihr mit allen Kräften dabei helfen.

Man wird mir entgegnen: das braucht man nicht zu beweisen, das ist eine Binsenwahrheit, das begreifen alle Sozialdemokraten ausgezeichnet. Nein, das begreifen diejenigen nicht, die von einer „Abschwächung des Schwunges“ der Revolution infolge eines Abfalls der Bourgeoisie reden können. Solche Leute wiederholen die auswendig gelernten Sätze unseres Agrarprogramms, verstehen aber ihre Bedeutung nicht, denn sonst würden sie den aus der ganzen marxistischen Weltanschauung und aus unserem Programm unvermeidlich sich ergebenden Begriff der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft nicht fürchten, sonst würden sie den Schwung der großen russischen Revolution nicht auf den Schwung der Bourgeoisie beschränken. Solche Leute widerlegen ihre abstrakten marxistischen, revolutionären Phrasen schlagend durch ihre konkreten antimarxistischen und antirevolutionären Resolutionen.

Wer die Rolle der Bauernschaft in der siegreichen russischen Revolution wirklich versteht, der könnte unmöglich davon reden, daß der Schwung der Revolution sich abschwächt, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt. Denn in Wirklichkeit wird der wahre Schwung der russischen Revolution erst dann einsetzen, wird der wirklich höchste revolutionäre Schwung, der in der Epoche der bürgerlich-demokratischen Umwälzung möglich ist, erst dann vorhanden sein, wenn die Bourgeoisie abschwanken und die Masse der Bauernschaft an der Seite des Proletariats als aktiver Revolutionär auftreten wird. Damit unsere demokratische Revolution konsequent zu Ende geführt werde, muß sie sich auf solche Kräfte stützen, die fähig sind, die unvermeidliche Inkonsequenz der Bourgeoisie zu paralysieren (d. h. fähig sind, sie eben zu „veranlassen abzuschwenken“, wovor die kaukasischen Anhänger der „Iskra“ infolge ihrer Gedankenarmut eine solche Angst haben).

Das Proletariat muß die demokratische Umwälzung zu Ende führen, indem es die Masse der Bauernschaft an sich heranzieht, um den Widerstand des Absolutismus mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bourgeoisie zu paralysieren. Das Proletariat muß die sozialistische Umwälzung vollbringen, indem es die Masse der halbproletarischen Elemente der Bevölkerung an sich heranzieht, um den Widerstand der Bourgeoisie mit Gewalt zu brechen und die schwankende Haltung der Bauernschaft und der Kleinbourgeoisie zu paralysieren. Das sind die

Aufgaben des Proletariats, die sich die Leute von der neuen „Iskra“ in allen ihren Betrachtungen und Resolutionen über den Schwung der Revolution so beschränkt vorstellen.

Man darf nur einen Umstand nicht vergessen, der bei den Betrachtungen über diesen „Schwung“ oft außer acht gelassen wird. Man darf nicht vergessen, daß nicht von den Schwierigkeiten der Aufgabe die Rede ist, sondern davon, auf welchem Wege die Lösung der Aufgabe zu suchen und anzustreben ist. Nicht darum handelt es sich, ob es leicht oder schwer ist, den Schwung der Revolution mächtig und unbesiegbar zu machen, sondern darum, was zu tun ist, um diesen Schwung zu verstärken. Die Differenz betrifft gerade den Grundcharakter, eben die Richtung unserer Tätigkeit. Wir heben das hervor, weil unaufmerksame und wenig gewissenhafte Leute diese zwei verschiedenen Fragen nur allzuoft verwechseln: die Frage nach der Richtung des Weges, d. h. nach der Wahl eines der beiden verschiedenen Wege, und die Frage, ob auf dem gegebenen Wege das Ziel leicht zu erreichen oder in naher Zukunft zu erreichen ist.

Die letzte Frage haben wir in der vorhergehenden Betrachtung gar nicht berührt, denn diese Frage hat in unserer Partei keine Meinungsverschiedenheiten und Differenzen hervorgerufen. Aber es ist selbstverständlich, daß diese Frage an sich außerordentlich wichtig ist und die äußerst ernsthafte Beachtung aller Sozialdemokraten verdient. Es wäre unverzeihlicher Optimismus, die Schwierigkeiten zu vergessen, die damit verbunden sind, daß die Massen nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Bauernschaft in die Bewegung hineingezogen werden. Gerade an diesen Schwierigkeiten scheiterten wiederholt die Bemühungen, die demokratische Revolution zu Ende zu führen, wobei zumeist die inkonsequente und eigennützig Bourgeoisie triumphierte, die sowohl aus der monarchistischen Verteidigung gegen das Volk „Kapital schlug“ als auch „die Unschuld“ des Liberalismus . . . oder der „Oswoboshdenije“ Richtung „bewahrte“. Aber Schwierigkeit bedeutet noch nicht Undurchführbarkeit. Wichtig ist die Gewißheit von der richtigen Wahl des Weges, und diese Gewißheit verstärkt hundertfach die revolutionäre Tatkraft und die revolutionäre Begeisterung, die Wunder zu tun vermögen.

Wie tief die Differenzen unter den heutigen Sozialdemokraten in der Frage nach der Wahl des Weges sind, wird sofort ersichtlich aus einer Gegenüberstellung der kaukasischen Resolution der Anhänger der neuen „Iskra“ und der Resolution des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands. Die Resolution des Parteitags sagt: die Bourgeoisie ist inkonsequent, sie wird unbedingt danach

trachten, uns die Errungenschaften der Revolution zu entreißen. Deshalb, Arbeiter, Genossen, bereitet euch energischer zum Kampf vor, bewaffnet euch, zieht die Bauernschaft auf eure Seite! Wir werden unsere revolutionären Errungenschaften der eigennützigten Bourgeoisie nicht ohne Kampf abtreten. Die Resolution der kaukasischen Anhänger der neuen „Iskra“ sagt: die Bourgeoisie ist inkonsequent, sie kann von der Revolution abschwenken. Deshalb, Arbeiter, Genossen, denkt bitte nicht an eine Teilnahme an der provisorischen Regierung, denn dann würde die Bourgeoisie bestimmt abschwenken, und der Schwung der Revolution würde dadurch abnehmen!

Die einen sagen: Treibt die Revolution vorwärts, bis ans Ende, trotz des Widerstandes oder der Passivität der inkonsequenten Bourgeoisie!

Die anderen sagen: Denkt nicht an eine selbständige konsequente Durchführung der Revolution bis ans Ende, denn dann wird die inkonsequente Bourgeoisie von ihr abschwenken!

Haben wir da nicht zwei diametral entgegengesetzte Wege vor uns? Ist es denn nicht offensichtlich, daß die eine Taktik unbedingt die andere ausschließt? Daß die erste Taktik die einzig richtige Taktik der revolutionären Sozialdemokratie, die zweite aber im Wesen eine reine „Oswoboshdenije“-Taktik ist?

13. SCHLUSS. DÜRFEN WIR SIEGEN?

Leute, die die Lage der Dinge in der russischen Sozialdemokratie nur oberflächlich kennen oder von außen beurteilen, ohne die Geschichte unseres ganzen innerparteilichen Kampfes seit den Zeiten des Ökonomismus zu kennen, pflegen die taktischen Differenzen, die sich jetzt, besonders nach dem III. Parteitag, herausgebildet haben, sehr häufig einfach mit dem Hinweis abzutun, daß es sich um zwei natürliche, unvermeidliche und durchaus zu vereinbarende Tendenzen handle, die in jeder sozialdemokratischen Bewegung anzutreffen seien. Auf der einen Seite nämlich um eine stärkere Betonung der üblichen, laufenden alltäglichen Arbeit, der Notwendigkeit, Propaganda und Agitation zu entfalten, die Kräfte vorzubereiten, die Bewegung zu vertiefen usw. Auf der anderen Seite um die Betonung der allgemeinpolitischen, revolutionären Kampfaufgaben der Bewegung, um den Hinweis auf die Notwendigkeit des bewaffneten Aufstandes, um die Aufstellung der Losungen: revolutionär-demokratische Diktatur, provisorische revolutionäre Regierung. Weder die eine noch die andere Seite dürfe übertrieben werden, weder hier noch dort (so wie überhaupt nirgends in der Welt) seien Extreme von Nutzen usw. u. a. m.

Hinter den in solchen Betrachtungen unzweifelhaft enthaltenen Binsenwahrheiten der Lebens- (und auch der „politischen“, in Gänsefüßchen) Weisheit verbirgt sich jedoch nur allzuoft das Unverständnis für die aktuellen, brennenden Nöte der Partei. Nehmen wir die gegenwärtigen taktischen Differenzen unter den russischen Sozialdemokraten. Es versteht sich von selbst, daß an und für sich auch die stärkste Betonung der laufenden Tagesarbeit, die wir in den Betrachtungen der Leute von der neuen „Iskra“ über die Taktik finden, noch keinerlei Gefahr zu bedeuten und auch keinerlei Differenzen in den taktischen Losungen hervorzurufen brauchte. Es genügt aber, die Resolutionen des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands mit denen der Konferenz zu vergleichen, damit die Differenz sofort ins Auge springt.

Worum handelt es sich? Erstens darum, daß es nicht genügt, nur allgemein, abstrakt auf die beiden Strömungen in der Bewegung und auf die Schädlichkeit der Extreme hinzuweisen. Man muß konkret wissen, woran die in Frage stehende Bewegung im gegebenen Moment krankt und worin jetzt die reale politische Gefahr für die Partei besteht. Zweitens muß man wissen, welchen realen politischen Kräften diese oder jene taktischen Losungen — oder vielleicht das Fehlen dieser oder jener Losungen — Wasser auf die Mühlen treiben. Wenn man die Leute von der neuen „Iskra“ hört, kommt man zu dem Schluß, der Sozialdemokratischen Partei drohe die Gefahr, daß die Propaganda und die Agitation, die Wirtschaftskämpfe und die Kritik an der bürgerlichen Demokratie über Bord geworfen würden, und die Partei sich übermäßig von militärischen Vorbereitungen, bewaffneten Angriffen, von der Machtergreifung usw. hinreißen lasse. In Wirklichkeit aber droht der Partei die reale Gefahr von einer ganz anderen Seite. Wer den Stand der Bewegung auch nur einigermaßen näher kennt und wer die Bewegung aufmerksam und mit Überlegung verfolgt, der kann das Lächerliche an den Befürchtungen der Leute von der neuen „Iskra“ nicht übersehen. Die ganze Arbeit der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands ist schon völlig in einen festen, unveränderlichen Rahmen gespannt worden, der die Verlegung des Schwerpunktes auf die Agitation und Propaganda, auf improvisierte Versammlungen und Massenmeetings, auf die Verbreitung von Flugblättern und Broschüren, auf die Förderung der Wirtschaftskämpfe und die Aufgreifung ihrer Losungen unbedingt gewährleistet. Es gibt kein einziges Parteikomitee, kein einziges Rayonkomitee, keine einzige zentrale Zusammenkunft und keine einzige Fabrikgruppe, wo nicht neunundneunzig Prozent der Aufmerksamkeit, der Kräfte und der Zeit stets und ständig allen diesen

schon seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre in der Partei verankerten Funktionen gewidmet wären. Das wissen nur solche Leute nicht, die mit der Bewegung überhaupt nicht vertraut sind. Nur sehr naive oder nicht unterrichtete Leute können die mit besonders wichtiger Miene vorgetragenen Wiederholungen dieser Abc-Weisheiten durch die neue „Iskra“ noch für bare Münze nehmen.

Tatsache ist, daß man bei uns sich nicht nur nicht von den Aufgaben des Aufstandes, von den allgemeinen politischen Losungen und von der Sache der Führung der gesamten Volksrevolution allzusehr hinreißen läßt, sondern daß im Gegenteil die *Rückständigkeit* gerade in dieser Beziehung in die Augen springt, daß diese Rückständigkeit der wundeste Punkt und eine reale Gefahr für die Bewegung ist, die aus einer Bewegung der revolutionären Tat in eine Bewegung der revolutionären Worte ausarten kann, und hier und da auch schon ausartet. Unter den vielen Hunderten von Organisationen, Gruppen und Zirkeln, die Parteiarbeit leisten, werdet ihr keine einzige Organisation finden, in der nicht von ihrem Entstehen an jene Alltagsarbeit geleistet worden wäre, von der die Neunmalweisen aus der neuen „Iskra“ mit der Miene von Leuten reden, die neue Wahrheiten entdeckt haben. Und umgekehrt, ihr werdet nur einen verschwindend geringen Prozentsatz von Gruppen und Zirkeln finden, die sich der Aufgaben des bewaffneten Aufstandes bewußt geworden, an ihre Erfüllung gegangen sind und sich darüber Rechenschaft abgelegt haben, daß es notwendig ist, in der Revolution des gesamten Volkes gegen den Zarismus die Führung zu übernehmen, und daß zu diesem Zwecke gerade diese fortschrittlichen Losungen und nicht andere aufgestellt werden müssen.

Wir sind hinter den fortschrittlichen und wirklich revolutionären Aufgaben unglaublich zurückgeblieben, wir haben sie in einer Unzahl von Fällen noch nicht erkannt und haben die da und dort auf Kosten unserer diesbezüglichen Zurückgebliebenheit erfolgte Erstarkung der revolutionären bürgerlichen Demokratie übersehen. Die Schriftsteller von der neuen „Iskra“ jedoch kehren dem Gang der Ereignisse und den Erfordernissen der Zeit den Rücken zu und wiederholen hartnäckig: Vergeßt nicht das Alte! Laßt euch durch das Neue nicht hinreißen! Das ist das grundlegende unveränderliche Motiv aller wesentlichen Resolutionen der Konferenz, während man in den Resolutionen des Parteitages ebenso unveränderlich lesen kann: indem wir das Frühere anerkennen (ohne uns mit seinem Durchkauen aufzuhalten, denn es ist eben das Alte, das in der Literatur, durch Resolutionen und durch die Erfahrung schon entschieden und verankert worden ist), stellen wir die neue Aufgabe, lenken wir die Aufmerksamkeit auf sie, stellen

wir eine neue Losung auf und fordern von den wirklich revolutionären Sozialdemokraten, daß sie unverzüglich an die Arbeit gehen, um sie in die Tat umzusetzen.

So steht in Wirklichkeit die Frage der zwei Strömungen in der Taktik der Sozialdemokratie. Die revolutionäre Epoche hat neue Aufgaben gestellt, die nur gänzlich Blinde nicht sehen können. Die einen Sozialdemokraten bekennen sich entschieden zu diesen Aufgaben und setzen sie auf die Tagesordnung: der bewaffnete Aufstand ist unaufschiebbar, bereitet euch unverzüglich und energisch auf ihn vor; seid dessen eingedenk, daß er für einen entscheidenden Sieg unerläßlich ist; stellt die Losungen der Republik, der provisorischen Regierung und der revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft auf. Die anderen aber weichen zurück, kommen nicht vom Fleck, anstatt Losungen geben sie Vorreden, und statt neben der Bekräftigung des Alten das Neue aufzuzeigen, kauen sie das Alte weiltäufig und langweilig wieder, erfinden Ausflüchte vor dem Neuen, weil sie unfähig sind, die Bedingungen des entscheidenden Sieges zu bestimmen, weil sie die Losungen nicht aufzustellen verstehen, die einzig und allein dem Streben entsprechen, den vollen Sieg davonzutragen.

Das politische Ergebnis dieser Nachtrabpolitik liegt bei uns auf der Hand. Die Fabel von der Annäherung der „Mehrheit“ der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands an die revolutionäre bürgerliche Demokratie bleibt eine Fabel, die weder durch irgendeine politische Tatsache noch durch irgendeine maßgebende Resolution der „Bolschewiki“, noch durch irgendeine Handlung des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands bestätigt wird. Indessen aber begrüßt die opportunistische monarchistische Bourgeoisie in Gestalt des „Oswoboshdenije“ seit langem die „prinzipiellen“ Tendenzen der neuen „Iskra“ und treibt jetzt schon direkt mit deren Wasser ihre eigene Mühle. Sie übernimmt alle Sprüchlein und „Ideen“ von ihnen gegen die „Konspiration“ und den „Aufruhr“, gegen die Übertreibung der „technischen“ Seite der Revolution, gegen die direkte Aufstellung der Losung des bewaffneten Aufstandes, gegen den „Revolutionarismus“ der extremen Forderungen usw. usw. Die Resolution einer ganzen Konferenz der „Menschewiki“ unter den Sozialdemokraten des Kaukasus und die Billigung dieser Resolution durch die Redaktion der neuen „Iskra“ ziehen das unzweideutige politische Fazit aus alledem: daß ja nicht die Bourgeoisie abschwänke, falls das Proletariat an der revolutionär-demokratischen Diktatur teilnimmt! Damit ist alles gesagt. Damit ist die Verwandlung des Proletariats in ein Anhängsel der monarchistischen Bourgeoisie endgültig besiegelt.

Damit ist die *politische Bedeutung* der Nachtrabpolitik der Leute von der neuen „Iskra“ faktisch, nicht durch die zufällige Erklärung einer einzelnen Person, sondern durch eine von der ganzen Richtung besonders gebilligte Resolution bewiesen.

Wer sich in diese Tatsachen hineindenkt, der wird die wirkliche Bedeutung des landläufigen Hinweises auf zwei Flügel und zwei Tendenzen in der sozialdemokratischen Bewegung verstehen. Nehmt die Bernsteinade, um diese Tendenzen im Großmaßstabe zu studieren. Die Bernsteinianer behaupteten und behaupten doch ganz genau so, daß gerade sie die wahrhaften Nöte des Proletariats verstehen, daß gerade sie die Aufgaben verstehen, die auf das Wachstum der Kräfte des Proletariats, auf die Vertiefung der ganzen Arbeit, auf die Vorbereitung der Elemente der neuen Gesellschaft, auf die Propaganda und Agitation Bezug haben. Wir verlangen die offene Anerkennung dessen, was ist! — sagt Bernstein und sanktioniert damit die „Bewegung“ ohne „Endziel“, sanktioniert allein die Taktik der Abwehr und predigt die Taktik der Angst, „daß die Bourgeoisie ja nicht abschwenne“. Auch die Bernsteinianer schrien über das „Jakobinertum“ der revolutionären Sozialdemokraten, über die „Literaten“, die für die „proletarische Initiative“ kein Verständnis hätten usw. usf. In Wirklichkeit dachten, wie allgemein bekannt, die revolutionären Sozialdemokraten gar nicht daran, die alltägliche Kleinarbeit, die Vorbereitung der Kräfte usw. usf. zu vernachlässigen. Sie forderten nur die klare Erkenntnis des Endziels, die klare Formulierung der revolutionären Aufgaben; sie wollten die halbproletarischen und halbkleinbürgerlichen Schichten zum revolutionären Niveau des Proletariats emporheben, nicht aber dieses revolutionäre Niveau bis zu opportunistischen Erwägungen erniedrigen, „daß die Bourgeoisie ja nicht abschwenne“. Den schärfsten Ausdruck fand dieser Zwist zwischen dem intellektuell-opportunistischen und dem proletarisch-revolutionären Flügel der Partei wohl in der Frage: Dürfen wir siegen? ist es uns erlaubt zu siegen? ist es nicht gefährlich zu siegen? sollen wir siegen? Diese auf den ersten Blick sonderbar anmutende Frage wurde jedoch gestellt und mußte gestellt werden, denn die Opportunisten fürchteten den Sieg, schreckten das Proletariat mit ihm, prophezeiten Unheil von ihm und verhöhnten die Losungen, die offen zum Siege riefen.

Dieselbe grundlegende Teilung in eine intellektuell-opportunistische und eine proletarisch-revolutionäre Tendenz ist auch bei uns vorhanden, nur mit dem sehr wesentlichen Unterschied, daß es sich hier nicht um die sozialistische, sondern um die demokratische Umwälzung handelt. Auch bei uns wurde die auf den ersten Blick unsinnige Frage

gestellt: „Dürfen wir siegen?“ Sie wurde von Martynow in seinen „Zwei Diktaturen“ gestellt, wo er Unheil prophezeite für den Fall, daß wir den Aufstand sehr gut vorbereiten und vollkommen erfolgreich durchführen. Sie wurde durch die gesamte Literatur der Leute von der neuen „Iskra“ über die Frage der provisorischen revolutionären Regierung gestellt, wobei diese eifrig aber erfolglos die ganze Zeit hindurch versuchten, die Beteiligung Millerands an einer bürgerlich-opportunistischen Regierung mit der Beteiligung Varlins an einer kleinbürgerlichen Revolutionsregierung in einen Topf zu werfen. Sie ist festgehalten in der Resolution: „daß die Bourgeoisie ja nicht abschwenke“. Und obwohl Kautsky z. B. jetzt zu ironisieren versucht, daß unser Streit über die provisorische revolutionäre Regierung an die Teilung des Felles des noch nicht erlegten Bären erinnere, so zeigt diese Ironie nur, daß sogar kluge und revolutionäre Sozialdemokraten in die Klemme geraten, wenn sie über etwas reden, was sie nur vom Hörensagen kennen. Die deutsche Sozialdemokratie ist noch nicht so weit, den Bären zu erlegen (die sozialistische Umwälzung zu vollziehen), allein die Polemik darüber, ob wir ihn erlegen „dürfen“, hatte gewaltige prinzipielle und praktisch politische Bedeutung. Die russischen Sozialdemokraten sind noch nicht so weit, „ihren Bären erlegen“ zu können (die demokratische Umwälzung zu vollziehen), aber die Frage, ob wir ihn erlegen „dürfen“, hat für die ganze Zukunft Rußlands und für die Zukunft der russischen Sozialdemokratie äußerst ernste Bedeutung. Ohne die Überzeugung, daß wir siegen „dürfen“, kann von einer energischen, erfolgreichen Sammlung und Führung der Armee keine Rede sein.

Nehmt unsere alten Ökonomen! Sie schrien auch, daß ihre Gegner Verschwörer, Jakobiner seien (siehe „Rabotscheje Djelo“, besonders Nr. 10, und die Rede Martynows in der Programmdiskussion auf dem II. Parteitag), daß sie sich von den Massen losreißen, indem sie sich in die Politik stürzen, daß sie die Grundlagen der Arbeiterbewegung vergessen, nicht mit der Initiative der Arbeiter rechnen usw. usw. In Wirklichkeit aber waren diese Anhänger der „Initiative der Arbeiter“ opportunistische Intellektuelle, die den Arbeitern ihre enge, philisterhafte Auffassung von den Aufgaben des Proletariats aufnötigten. In Wirklichkeit haben die Gegner des Ökonomismus, wie jeder aus der alten „Iskra“ erschen kann, keine einzige Seite der sozialdemokratischen Arbeit vernachlässigt oder in den Hintergrund geschoben und den ökonomischen Kampf nicht im geringsten vergessen. Zugleich aber haben sie es verstanden, die aktuellen und laufenden politischen Fragen in ihrem ganzen Umfange aufzurollen und der

Verwandlung der Arbeiterpartei in ein „ökonomisches“ Anhängsel der liberalen Bourgeoisie entgegenzuwirken.

Die Ökonomen hatten auswendig gelernt, daß die Ökonomik die Grundlage der Politik bildet, und sie „verstanden“ das so, daß man den politischen Kampf zum ökonomischen degradieren müsse. Die Leute von der neuen „Iskra“ haben auswendig gelernt, daß die demokratische Umwälzung zu ihrer ökonomischen Grundlage die bürgerliche Revolution hat, und sie haben das so „verstanden“, daß man die demokratischen Aufgaben des Proletariats auf das Niveau der bürgerlichen Mäßigung herabdrücken und innerhalb jener Grenzen halten müsse, jenseits derer die „Bourgeoisie abschwenken würde“. Unter dem Vorwand der Vertiefung der Arbeit, unter dem Vorwand der proletarischen Initiative und der reinen Klassenpolitik haben die Ökonomen in Wirklichkeit die Arbeiterklasse den liberalen, bürgerlichen Politikern ausgeliefert, d. h. die Partei auf einen Weg geführt, dessen objektive Bedeutung eben darin bestand. Unter denselben Vorwänden verraten die Leute von der neuen „Iskra“ in Wirklichkeit die Interessen des Proletariats in der demokratischen Revolution an die Bourgeoisie, d. h. sie führen die Partei auf einen Weg, dessen objektive Bedeutung eben darin besteht. Den Ökonomen schien die Hegemonie im politischen Kampf nicht Sache der Sozialdemokraten, sondern eigentlich Sache der Liberalen zu sein. Den Leuten von der neuen „Iskra“ scheint die aktive Durchführung der demokratischen Revolution nicht Sache der Sozialdemokraten, sondern eigentlich Sache der demokratischen Bourgeoisie zu sein, weil die Führung und die überragende Beteiligung des Proletariats den „Schwung“ der Revolution „schwächen“ würde.

Mit einem Wort, die Leute von der neuen „Iskra“ erweisen sich als Epigonen des Ökonomismus, nicht nur danach, wie diese Richtung auf dem II. Parteitag entstand, sondern auch der Art nach, wie diese Leute heute die Fragen der taktischen Aufgaben des Proletariats in der demokratischen Umwälzung stellen. Das ist ebenfalls ein opportunistisch-intellektueller Flügel der Partei. In der Organisation debütierte dieser Flügel mit dem anarchistischen Individualismus der Intellektuellen, und er endete mit der „Desorganisation als Prozeß“, da er in dem von der Konferenz angenommenen „Statut“ die Trennung der Literatur von der Parteiorganisation, die indirekten, wenn nicht gar vierstufigen Wahlen und das System der bonapartistischen Plebiszite¹¹⁵ an Stelle des demokratischen Vertretungssystems und schließlich das Prinzip der „Vereinbarung“ zwischen dem Teil und dem Ganzen verankerte. In der Parteitaktik gerieten sie auf eine ebenso schiefe

Ebene. Im „Plan der Semstwokkampagne“ erklärten sie das Auftreten vor den Semstwoleuten zum „höchsten Typus der Demonstration“, weil sie (am Vorabend des 9. Januar!) auf der politischen Bühne nur zwei aktive Kräfte sahen: die Regierung und die bürgerliche Demokratie. Die aktuelle Aufgabe der Bewaffnung „vertieften“ sie, indem sie die direkte, praktische Losung durch die Aufforderung ersetzten, sich mit dem brennenden Verlangen nach Selbstbewaffnung auszurüsten. Die Aufgaben des bewaffneten Aufstandes, der provisorischen Regierung und der revolutionär-demokratischen Diktatur haben sie jetzt in ihren offiziellen Resolutionen entstellt und gestutzt. „Daß die Bourgeoisie ja nicht abschwänke“ — dieser Schlußakkord ihrer letzten Resolution verbreitet volles Licht darüber, wohin ihr Weg die Partei führt.

Die demokratische Umwälzung in Rußland ist eine ihrem sozial-ökonomischen Wesen nach bürgerliche Revolution. Es genügt nicht, diesen richtigen marxistischen Satz einfach zu wiederholen. Man muß ihn zu verstehen und bei der Aufstellung politischer Losungen anzuwenden wissen. Auf dem Boden der heutigen, d. h. der kapitalistischen Produktionsverhältnisse ist alle politische Freiheit überhaupt bürgerliche Freiheit. Die Forderung nach Freiheit drückt vor allem die Interessen der Bourgeoisie aus. Ihre Vertreter haben als erste diese Forderung aufgestellt. Ihre Anhänger haben die erhaltene Freiheit überall als Herren ausgenutzt, indem sie sie auf ein mäßiges und genaues bürgerliches Maß reduzierten und sie in friedlichen Zeiten mit einer äußerst raffinierten, in stürmischen Zeiten mit einer tierisch-grausamen Unterdrückung des revolutionären Proletariats verbanden.

Aber daraus eine Ablehnung oder Geringschätzung des Kampfes für die Freiheit folgern, das konnten nur putschistische Volkstümmler, Anarchisten und „Ökonomen“. Dem Proletariat diese intellektuell-philisterhafte Lehre aufzuzwingen, gelang immer nur vorübergehend, nur gegen seinen Widerstand. Das Proletariat empfand instinktiv, daß es die politische Freiheit braucht, daß es sie am allermeisten braucht, trotzdem sie unmittelbar die Bourgeoisie festigen und organisieren wird. Nicht vom Ausweichen vor dem Klassenkampf erwartet das Proletariat sein Heil, sondern von der Entfaltung des Klassenkampfes, von der Vergrößerung seines Umfanges, seiner Bewußtheit, seiner Organisiertheit und Entschiedenheit. Wer die Aufgaben des politischen Kampfes herabsetzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus einem Volkstribun zu einem trade-unionistischen Sekretär. Wer die proletarischen Aufgaben in der demokratischen bürgerlichen Revolution herabsetzt, der verwandelt den Sozialdemokraten aus einem Führer der Volksrevolution zu einem Bonzen eines freien Arbeiterverbandes.

Ja, der *Volksrevolution*. Die Sozialdemokratie kämpfte und kämpft mit vollem Recht gegen den bürgerlich-demokratischen Mißbrauch des Wortes „Volk“. Sie verlangt, daß man mit diesem Wort nicht das Nichtverstehen der Klassengegensätze innerhalb des Volkes bemäntele. Sie beharrt unbedingt auf der Notwendigkeit der vollen Klassen-selbständigkeit der Partei des Proletariats. Sie teilt aber das „Volk“ nicht deshalb in „Klassen“, damit sich die fortgeschrittenste Klasse abkapsle, sich auf ein enges Maß begrenze und ihre Aktivität durch die Erwägung lähme, daß die ökonomischen Beherrscher der Welt etwa abschwenken könnten — sondern, damit die fortgeschrittenste Klasse, unbehindert von der Halbheit, Unbeständigkeit und Unentschlossenheit der Zwischenklassen, mit um so größerer Energie, mit um so größerem Enthusiasmus an der Spitze des ganzen Volkes für die Sache des ganzen Volkes kämpfe.

Das eben verstehen die heutigen Anhänger der neuen „Iskra“ oft nicht, die die Aufstellung von aktiven politischen Losungen in der demokratischen Revolution durch die bloße rasonierende Wiederholung des Wortes „Klassen“ in allen seinen grammatikalischen Formen ersetzen!

Die demokratische Umwälzung ist bürgerlich. Die Losung der Schwarzen Umteilung oder: Land und Freiheit — diese meistverbreitete Losung der geduckten und unaufgeklärten, aber leidenschaftlich nach Licht und Glück suchenden Bauernmassen — ist bürgerlich. Wir Marxisten aber müssen wissen, daß es keinen anderen Weg zur wirklichen Freiheit des Proletariats und der Bauernschaft gibt und geben kann als den Weg der bürgerlichen Freiheit und des bürgerlichen Fortschritts. Wir dürfen nicht vergessen, daß es in der gegenwärtigen Zeit ein anderes Mittel weder gibt noch geben kann, um den Sozialismus näherzubringen, als die volle politische Freiheit, als die demokratische Republik, die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Als Vertreter der fortgeschrittensten und der einzigen Klasse, die revolutionär ist ohne Vorbehalt, ohne Zweifel und ohne rückwärts zu schauen, müssen wir so breit, so kühn und so initiativ wie nur möglich die Aufgaben der demokratischen Umwälzung vor dem ganzen Volke stellen. Die Herabsetzung dieser Aufgaben ist theoretisch eine Karikatur auf den Marxismus und eine philisterhafte Verzerrung des Marxismus; praktisch-politisch aber ist sie eine Auslieferung der Sache der Revolution an die Bourgeoisie, die von der konsequenten Durchführung der Revolution unvermeidlich abschwenken wird. Die Schwierigkeiten, die sich auf dem Wege zum vollen Siege der Revolution erheben, sind sehr groß. Falls die Vertreter

des Proletariats alles tun werden, was in ihren Kräften liegt, dann wird niemand sie verurteilen können, wenn ihre Bemühungen am Widerstand der Reaktion, am Verrat der Bourgeoisie, an der Unaufgeklärtheit der Massen zerschellen sollten. Aber jedermann — und vor allem das klassenbewußte Proletariat — wird die Sozialdemokratie verurteilen, wenn sie die revolutionäre Energie der demokratischen Umwälzung eindämmen wird, wenn sie den revolutionären Enthusiasmus beschneiden wird, aus Angst vor dem Sieg und aus der Erwägung heraus, daß die Bourgeoisie abschwenken könnte.

Die Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte, sagte Marx. Die Revolutionen sind Festtage der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Nie vermag die Volksmasse als ein so aktiver Schöpfer neuer gesellschaftlicher Zustände aufzutreten wie während der Revolution. In solchen Zeiten ist das Volk fähig, gemessen an dem engen kleinbürgerlichen Maßstab des allmählichen Fortschrittes, Wunder zu vollbringen. Es ist aber notwendig, daß in einer solchen Zeit auch die Führer der revolutionären Parteien ihre Aufgaben umfassender und kühner stellen, daß ihre Losungen der revolutionären Initiative der Masse stets vorangehen, ihnen als Leuchtturm dienen, daß sie unser demokratisches und sozialistisches Ideal in seiner ganzen Erhabenheit und Verlockung zeigen und den aller kürzesten, den geradesten Weg zum vollen, unbedingten und entscheidenden Sieg weisen. Überlassen wir es den Opportunisten der um das „Oswoboshdenije“ gruppierten Bourgeoisie, aus Angst vor der Revolution und aus Angst vor dem direkten Wege, Umwege, Schleichwege und Wege des Kompromisses zu suchen. Sollte man uns mit Gewalt zwingen, uns auf solchen Wegen dahinzuschleppen, so werden wir verstehen, auch in der alltäglichen Kleinarbeit unsere Pflicht zu tun. Vorerst aber soll rücksichtsloser Kampf über die Wahl des Weges entscheiden. Wir werden uns als Verräter an der Revolution, als Fahnenflüchtige erweisen, wenn wir diese festtägliche Energie der Massen und ihren revolutionären Enthusiasmus nicht für den rücksichtslosen, uneingeschränkten Kampf um den direkten und entscheidenden Weg ausnutzen. Mögen die Opportunisten der Bourgeoisie feige an die künftige Reaktion denken. Die Arbeiter wird weder der Gedanke schrecken, daß die Reaktion sich anschickt, fürchterlich zu sein, noch der Gedanke, daß die Bourgeoisie sich anschickt, abzuschwenken. Die Arbeiter erwarten keine Kompromisse und bitten nicht um Almosen; sie erstreben die rücksichtslose Zertrümmerung der reaktionären Kräfte, d. h. die *revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft*.

Keine Frage, in einer stürmischen Zeit drohen unserem Parteischiff

mehr Gefahren als beim stillen „Dahingleiten“ des liberalen Fortschritts, der ein qualvoll langsames Auspressen der Arbeiterklasse durch ihre Ausbeuter bedeutet. Keine Frage, die Aufgaben der revolutionär-demokratischen Diktatur sind tausendmal schwieriger und komplizierter als die Aufgaben der „extremen Opposition“ und des nur parlamentarischen Kampfes. Wer es aber fertigbringt, im gegenwärtig revolutionären Moment das stille Dahingleiten und den Weg der gefahrlosen „Opposition“ bewußt vorzuziehen, der soll sich lieber für eine Zeitlang von der sozialdemokratischen Arbeit zurückziehen, soll das Ende der Revolution abwarten, bis das Fest vorbei ist und der Alltag wieder beginnt, bis also sein beschränktes Alltagsmaß nicht eine so widerliche Dissonanz und nicht eine so abscheuliche Verzerrung der Aufgaben der fortgeschrittenen Klasse bedeuten wird.

An der Spitze des gesamten Volkes und besonders der Bauernschaft — für die volle Freiheit, für die konsequente demokratische Umwälzung, für die Republik! An der Spitze aller Werktätigen und Ausgebeuteten — für den Sozialismus! Das muß in der Tat die Politik des revolutionären Proletariats sein, so muß die Klassenlosung lauten, die während der Revolution die Lösung jeder taktischen Frage und jeden praktischen Schritt der Arbeiterpartei bestimmen und durchdringen muß.

NACHWORT

NOCH EINMAL DIE RICHTUNG DES „OSWOBOSH DENIJE“, NOCH EINMAL DIE RICHTUNG DER NEUEN „ISKRA“

Die Nummern 71 und 72 des „Oswoboshdenije“ sowie 102 und 103 der „Iskra“ haben neues, überaus reiches Material geliefert zu der Frage, der wir den Paragraphen 8 unserer Broschüre gewidmet haben. Da wir keine Möglichkeit haben, hier dieses ganze reichhaltige Material auszunutzen, werden wir nur auf das Wichtigste eingehen: erstens darauf, welche Art „Realismus“ in der Sozialdemokratie das „Oswoboshdenije“ so überaus lobt und warum es ihn so überaus loben muß; zweitens auf die Wechselbeziehungen der Begriffe: Revolution und Diktatur.

I. WOFÜR LOBEN DIE BÜRGERLICH-LIBERALEN REALISTEN DIE SOZIALDEMOKRATISCHEN „REALISTEN“?

Die Artikel „Die Spaltung in der russischen Sozialdemokratie“ und „Ein Triumph des gesunden Menschenverstandes“ (Nr. 72 des „Oswoboshdenije“) sind ein für die klassenbewußten Proletarier außerordentlich wertvolles Urteil der Vertreter der liberalen Bourgeoisie über die Sozialdemokratie. Man kann jedem Sozialdemokraten nicht genug empfehlen, sich mit dem ganzen Inhalt dieser Artikel vertraut zu machen und jeden ihrer Sätze zu *durchdenken*. Wir wollen vor allem die Hauptsätze dieser zwei Artikel wiedergeben:

„Für den außenstehenden Beobachter“, sagt das „Oswoboshdenije“, „ist es ziemlich schwierig, den realen politischen Sinn der Meinungsverschiedenheiten zu erfassen, die die Sozialdemokratie in zwei Fraktionen zerschlagen haben. Die Erklärung, daß die Fraktion der ‚Mehrheit‘ die radikalere und geradlinigere sei, zum Unterschied von der ‚Minderheit‘, die im Interesse der Sache gewisse Kompromisse zulasse, ist nicht ganz genau und stellt jedenfalls keine erschöpfende

Charakteristik dar. Wenigstens hütet die Fraktion der Minderheit die traditionellen Dogmen der marxistischen Orthodoxie wohl mit noch größerer Eifersucht als die Fraktion Lenins. Genauer scheint uns die folgende Charakteristik zu sein. Die politische Grundstimmung der ‚Mehrheit‘ bildet abstrakter Revolutionarismus, Putschismus, das Bestreben, mit allen beliebigen Mitteln einen Aufstand der Volksmassen herbeizuführen und in ihrem Namen unverzüglich die Macht zu ergreifen; das bringt die ‚Leninisten‘ bis zu einem gewissen Grade den Sozialrevolutionären nahe und verdrängt in ihrem Bewußtsein die Idee des Klassenkampfes durch die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution; während sich die ‚Leninisten‘ einerseits in ihrer Praxis von vielen Beschränktheiten der sozialdemokratischen Doktrin los-sagen, sind sie andererseits von der Beschränktheit des Revolutionarismus vollkommen durchdrungen, verzichten sie auf jede praktische Arbeit außer der Vorbereitung des sofortigen Aufstandes, ignorieren sie grundsätzlich alle Formen der legalen und halblegalen Agitation und alle Arten praktisch-nützlicher Kompromisse mit anderen oppositionellen Strömungen. Die Minderheit dagegen hält sich fest an das marxistische Dogma, bewahrt aber gleichzeitig auch die realistischen Elemente der marxistischen Weltanschauung. Die Grundidee dieser Fraktion ist, die Interessen des ‚Proletariats‘ den Interessen der Bourgeoisie gegenüberzustellen. Aber andererseits denkt sie über den Kampf des Proletariats — selbstverständlich in den bestimmten Grenzen, die von den unerschütterlichen Dogmen der Sozialdemokratie diktiert werden — realistisch nüchtern, mit klarer Erkenntnis aller konkreten Bedingungen und Aufgaben dieses Kampfes. Beide Fraktionen führen ihren grundlegenden Standpunkt nicht ganz konsequent durch, da sie in ihrem geistig-politischen Schaffen an die strengen Formeln des sozialdemokratischen Katechismus gebunden sind, die die ‚Leninisten‘ hindern, geradlinige Aufrührer nach dem Muster wenigstens einiger Sozialrevolutionäre zu werden, und es den Anhängern der ‚Iskra‘ verwehren, praktische Führer der realen politischen Bewegung der Arbeiterklasse zu werden.“

Der Artikelschreiber des „Oswoboshdenije“ führt dann den Inhalt der wichtigsten Resolutionen an und erläutert durch einige konkrete Bemerkungen zu ihnen seine allgemeinen „Gedanken“. Er stellt fest, daß im Vergleich zum III. Parteitag „sich die Konferenz der Minderheit ganz anders zum bewaffneten Aufstand verhält“. Der Unterschied der Resolutionen über die provisorische Regierung stehe „mit der Haltung zum bewaffneten Aufstand im Zusammenhang“. „Eine ebensolche Meinungsverschiedenheit offenbart sich auch in bezug auf die

Gewerkschaftsverbände der Arbeiter. Die ‚Leninisten‘ haben in ihren Resolutionen diesen wichtigsten Ausgangspunkt für die politische Erziehung und Organisation der Arbeiterklasse nicht einmal mit einem einzigen Wort erwähnt. Die Minderheit dagegen hat eine sehr ernste Resolution ausgearbeitet.“ In bezug auf die Liberalen seien beide Fraktionen einig, aber der III. Parteitag „wiederholt fast wörtlich die vom II. Parteitag angenommene Resolution Plechanows über die Stellung zu den Liberalen und lehnt die auf demselben Parteitag angenommene, den Liberalen gewogenere Resolution Starowjers ab“. Bei sonst allgemeiner Gleichartigkeit der Resolutionen des Parteitags und der Konferenz über die Bauernbewegung „unterstreicht die ‚Mehrheit‘ mehr die Idee der revolutionären Konfiskation der gutsherrlichen und anderer Ländereien, während die ‚Minderheit‘ die Forderungen demokratischer Reformen in Staat und Verwaltung zur Grundlage ihrer Agitation machen will“.

Schließlich zitiert das „Oswoboshdenije“ aus der Nr. 100 der „Iskra“ eine menschewistische Resolution, deren Hauptpunkt lautet: „In Anbetracht dessen, daß in der gegenwärtigen Zeit die illegale Arbeit allein der Masse keine genügende Garantie für ihre Beteiligung am Parteilieben bietet und teilweise dazu führt, daß die Masse als solche der Partei als illegaler Organisation entgegengestellt wird, muß die Partei die Führung des gewerkschaftlichen Kampfes der Arbeiter auf legaler Grundlage in die Hände nehmen, wobei dieser Kampf streng mit den Aufgaben der Sozialdemokratie verbunden werden muß.“ Anlässlich dieser Resolution ruft das „Oswoboshdenije“ aus: „Wir begrüßen diese Resolution aufs wärmste als einen Triumph des gesunden Menschenverstandes, als taktische Erleuchtung eines bestimmten Teiles der sozialdemokratischen Partei.“

Jetzt hat der Leser alle wesentlichen Betrachtungen des „Oswoboshdenije“ vor sich. Selbstverständlich wäre es der größte Fehler, diese Betrachtungen in dem Sinne für richtig zu halten, daß sie der objektiven Wahrheit entsprächen. Jeder beliebige Sozialdemokrat wird in ihnen mit Leichtigkeit auf Schritt und Tritt Fehler entdecken. Es wäre Naivität zu vergessen, daß alle diese Betrachtungen durch und durch von den Interessen der liberalen Bourgeoisie durchdrungen sind und auf ihrem Standpunkt stehen, daß sie in diesem Sinne durch und durch parteiisch und tendenziös sind. Sie widerspiegeln die Ansichten der Sozialdemokratie genau so, wie ein konkaver oder konvexer Spiegel die Gegenstände widerspiegelt. Es wäre aber ein noch größerer Irrtum zu vergessen, daß diese bürgerlich verzerrten Urteile letzten Endes die wirklichen Interessen der Bourgeoisie widerspiegeln, die als Klasse

zweifelloß richtig versteht, welche Tendenzen innerhalb der Sozialdemokratie ihr, der Bourgeoisie, vorteilhaft, nahe, verwandt und sympathisch und welche ihr schädlich, fern, fremd, antipathisch sind. Ein bürgerlicher Philosoph oder ein bürgerlicher Publizist wird die Sozialdemokratie nie richtig verstehen, weder die bolschewistische noch die bolschewistische Sozialdemokratie. Wenn er aber ein auch nur einigermaßen verständiger Publizist ist, so wird ihn sein Klasseninstinkt nicht täuschen, und er wird die Bedeutung der einen oder der anderen Richtung innerhalb der Sozialdemokratie für die Bourgeoisie immer im Wesen richtig erfassen, wenn er sie auch verkehrt darstellen wird. Der Klasseninstinkt unseres Feindes und sein Klassenurteil verdienen darum stets die ernsteste Aufmerksamkeit jedes klassenbewußten Proletariats.

Was sagt uns nun der Klasseninstinkt der russischen Bourgeoisie durch den Mund des „Oswoboshdenije“?

Er drückt auf bestimmteste Weise seine Zufriedenheit über die Tendenzen in der Richtung der neuen „Iskra“ aus, lobt sie für ihren Realismus, ihre Nüchternheit, für den Triumph des gesunden Menschenverstandes, für den Ernst ihrer Resolutionen, für ihre taktische Erleuchtung und ihren praktischen Sinn usw., und er drückt seinen Unwillen über die Tendenzen des III. Parteitag's aus, den er wegen seiner Beschränktheit, seines Revolutionarismus, seines Putschismus, wegen seiner Ablehnung praktisch-nützlicher Kompromisse usw. tadelt. Der Klasseninstinkt der Bourgeoisie diktiert ihr gerade das, was in unserer Literatur schon wiederholt mit genauen Fakten bewiesen worden ist, nämlich, daß die Leute von der neuen „Iskra“ den opportunistischen und ihre Gegner den revolutionären Flügel der heutigen russischen Sozialdemokratie bilden. Die Liberalen können nicht umhin, mit den Tendenzen der ersteren zu sympathisieren und die Tendenzen der zweiten zu tadeln. Als Ideologen der Bourgeoisie verstehen die Liberalen ausgezeichnet, daß für die Bourgeoisie „der praktische Sinn, die Nüchternheit, der Ernst“ der Arbeiterklasse, d. h. die faktische Begrenzung ihres Tätigkeitsgebietes auf den Rahmen des Kapitalismus, auf Reformen, auf den gewerkschaftlichen Kampf usw. von Vorteil ist. Der Bourgeoisie ist die „revolutionaristische Beschränktheit“ des Proletariats und sein Bestreben, im Namen seiner Klassenaufgaben die führende Rolle in der allgemeinen russischen Volksrevolution zu erreichen, gefährlich und schrecklich.

Daß das Wort „Realismus“ in seiner Anwendung durch das „Oswoboshdenije“ wirklich diesen Sinn hat, ersieht man unter anderem aus der früheren Anwendung dieses Wortes durch das „Oswoboshdenije“ und Herrn Struve. Die „Iskra“ selbst konnte nicht umhin,

eine *solche* Bedeutung des „Realismus“ der „Oswoboshdenije“-Richtung zuzugeben. Man erinnere sich z. B. an den Artikel „Es ist Zeit“ in der Beilage zu Nr. 73/74 der „Iskra“. Der Verfasser dieses Artikels (ein konsequenter Verkünder der Ansichten des „Sumpfes“ auf dem II. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands) hatte direkt als seine Meinung geäußert, daß „Akimow auf dem Parteitag eher die Rolle eines Gespenstes des Opportunismus als die seines wirklichen Vertreters gespielt hat“. Und die Redaktion der „Iskra“ war sofort genötigt, den Verfasser des Artikels „Es ist Zeit“ dadurch zu korrigieren, daß sie in einer Anmerkung erklärte:

„Dieser Meinung kann man nicht zustimmen. Die programmatischen Ansichten des Genossen Akimow tragen unverkennbar den Stempel des Opportunismus, was auch der Kritiker des ‚Oswoboshdenije‘ in einer seiner letzten Nummern zugibt, indem er bemerkt, daß Genosse Akimow zur realistischen — lies revisionistischen — Richtung gehöre.“

Also weiß die „Iskra“ selbst sehr gut, daß der „Realismus“ des „Oswoboshdenije“ eben Opportunismus ist und nichts anderes. Wenn die „Iskra“ jetzt bei ihren Angriffen gegen den „liberalen Realismus“ („Iskra“ Nr. 102) verschweigt, wie sie wegen ihres Realismus *von den Liberalen gelobt wurde*, so erklärt sich dieses Schweigen daraus, daß ein solches Lob bitterer ist als jeder Tadel. Solches Lob (das im „Oswoboshdenije“ nicht zufällig und nicht zum erstenmal ausgesprochen worden ist) beweist in der Tat die Verwandtschaft des liberalen Realismus mit jenen Tendenzen des sozialdemokratischen „Realismus“ (lies: Opportunismus), die infolge der Fehlerhaftigkeit der ganzen taktischen Position der Leute von der neuen „Iskra“ in jeder ihrer Resolutionen durchschimmern.

In Wirklichkeit hat die russische Bourgeoisie ihre Inkonsequenz und ihren Eigennutz in der „allgemeinen Volksrevolution“ schon völlig offenbart, — offenbart sowohl durch die Betrachtungen des Herrn Struve als auch durch den ganzen Ton und Inhalt der Masse der liberalen Zeitungen sowie durch den Charakter des politischen Auftretens einer Menge von Semstwomännern, einer Menge von Intellektuellen, überhaupt aller Anhänger der Herren Trubezkoi, Petrunkevitch, Roditschew und Konsorten. Die Bourgeoisie versteht freilich nicht immer klar, erfaßt aber im großen und ganzen mit ihrem Klasseninstinkt ausgezeichnet, daß das Proletariat und das „Volk“ ihr einerseits in *ihrer* Revolution als Kanonenfutter, als Sturmbock gegen die Selbstherrschaft nützlich, daß andererseits aber das Proletariat und die revolutionäre Bauernschaft für sie furchtbar gefährlich sind für den Fall, daß sie

den „entscheidenden Sieg über den Zarismus“ erringen und die demokratische Revolution zu Ende führen würden. Deshalb strebt die Bourgeoisie mit allen Kräften danach, daß sich das Proletariat mit einer „bescheidenen“ Rolle in der Revolution zufrieden gebe, daß es nüchterner, praktischer, realistischer sei und seine Tätigkeit durch das Prinzip bestimmt werde, „daß die Bourgeoisie nur ja nicht abschwenke“.

Die intellektuellen Bourgeois wissen ausgezeichnet, daß sie die Arbeiterbewegung nicht aus der Welt schaffen können. Darum treten sie gar nicht gegen die Arbeiterbewegung oder gegen den Klassenkampf des Proletariats auf, — nein, sie erweisen sogar der Streikfreiheit und dem zivilisierten Klassenkampf jegliche Reverenz, wobei sie die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf im Brentanoschen oder Hirsch-Dunckerschen Sinne auffassen. Mit anderen Worten, sie sind absolut bereit, den Arbeitern die (faktisch von ihnen schon selbst fast errungene) Streik- und Koalitionsfreiheit „zuzugestehen“, nur damit die Arbeiter auf den „Putschismus“, auf den „beschränkten Revolutionarismus“, auf die Feindschaft gegen die „praktisch-nützlichen Kompromisse“, auf die Ansprüche und Bestrebungen verzichten, der „allgemeinen russischen Volksrevolution“ den Stempel *ihres* Klassenkampfes, den Stempel der proletarischen Konsequenz, der proletarischen Entschlossenheit und des „plebejischen Jakobinertums“ aufzudrücken. Die intellektuellen Bourgeois ganz Rußlands bemühen sich darum aus allen Kräften durch tausend Mittel und Wege — durch Bücher*, Vorlesungen, Reden, Diskussionen usw. usw. —, den Arbeitern die Ideen der (bürgerlichen) Nüchternheit, des (liberalen) praktischen Sinnes, des (opportunistischen) Realismus, des (Brentanoschen) Klassenkampfes, der (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkschaftsverbände usw. einzufußeln. Die beiden letzten Losungen sind für die Bourgeois der „Konstitutionell-demokratischen“ Partei oder der Partei des „Oswoboshdenije“ besonders bequem, denn sie stimmen äußerlich mit den marxistischen überein, denn sobald man ein wenig verschweigt und ein bißchen verdreht, kann man sie leicht mit den sozialdemokratischen Losungen verwechseln, ja manchmal sogar als sozialdemokratische ausgeben. Da schreibt z. B. die legale liberale Zeitung „Rasswjet“ (über die wir uns mit den Lesern des „Proletarij“ noch einmal ausführlicher unterhalten wollen) über den Klassenkampf, über den möglichen Betrug des Proletariats durch die Bourgeoisie, über die Arbeiterbewegung, die Initiative des Proletariats usw. usf. nicht selten derart „kühne“ Dinge, daß ein

* Vgl. Prokopowitsch, Die Arbeiterfrage in Rußland.

unaufmerksamer Leser und ein unentwickelter Arbeiter ihren „Sozialdemokratismus“ leicht für bare Münze nehmen wird. In Wirklichkeit aber ist das eine bürgerliche Fälschung des Sozialdemokratismus, eine opportunistische Verdrehung und Entstellung des Begriffs des Klassenkampfes.

Dieser ganzen (nach dem Umfang der Einwirkung auf die Massen) gigantischen bürgerlichen Unterschiebung liegt die Tendenz zugrunde, die Arbeiterbewegung im wesentlichen auf die Gewerkschaftsbewegung zu beschränken, sie von einer selbständigen (d. h. revolutionären und auf die demokratische Diktatur gerichteten) Politik fernzuhalten, „im Bewußtsein der Arbeiter die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution durch die Idee des Klassenkampfes zu verdrängen“.

Wie der Leser sieht, haben wir die Formulierung des „Oswoboshdenije“ auf den Kopf gestellt. Es ist eine prachtvolle Formulierung, die die zwei Ansichten über die Rolle des Proletariats in der demokratischen Revolution, die bürgerliche und die sozialdemokratische Ansicht, ausgezeichnet zum Ausdruck bringt. Die Bourgeoisie will das Proletariat allein auf die Gewerkschaftsbewegung beschränken und damit „im Bewußtsein des Proletariats die Idee der allgemeinen russischen Volksrevolution durch die“ (*Brentanosche*). „Idee des Klassenkampfes verdrängen“ — ganz im Geiste der bernsteinianischen Verfasser des „Credo“, die im Bewußtsein der Arbeiter die Idee des politischen Kampfes durch die Idee der „reinen Arbeiter“-Bewegung verdrängten. Die Sozialdemokratie dagegen will den Klassenkampf des Proletariats bis zu dessen führender Teilnahme an der allgemeinen russischen Volksrevolution entfalten, d. h. diese Revolution bis zur demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft führen.

Die Revolution ist bei uns eine allgemeine Volksrevolution, sagt die Bourgeoisie dem Proletariat. — Darum mußt du dich, als besondere Klasse, auf deinen Klassenkampf beschränken, mußt im Namen des „gesunden Menschenverstandes“ dein Hauptaugenmerk auf die Gewerkschaftsverbände und ihre Legalisierung richten. Du mußt gerade diese Gewerkschaftsverbände als den „wichtigsten Ausgangspunkt deiner politischen Erziehung und Organisation“ betrachten, mußt in einem revolutionären Moment vorwiegend „ernsthafte“ Resolutionen in der Art der Resolutionen der Leute von der neuen „Iskra“ verfassen und mußt die Resolutionen, die „den Liberalen gewogener“ sind, sorgfältig behandeln. Du mußt solchen Führern den Vorzug geben, die die Tendenz haben, „praktische Führer der realen politischen Bewegung der Arbeiterklasse zu werden“, mußt dir „die realistischen Elemente der marxistischen Weltanschauung bewahren“ (falls du schon bedauer-

licherweise von den „strengen Formeln“ dieses „unwissenschaftlichen“ Katechismus infiziert worden bist).

Die Revolution ist bei uns eine allgemeine Volksrevolution, sagt die Sozialdemokratie dem Proletariat. — Darum mußt du, als die fortgeschrittenste und einzige konsequent revolutionäre Klasse, nicht nur die energischste, sondern auch die führende Rolle in ihr anstreben. Darum darfst du dich nicht in den eng und hauptsächlich im Sinne der Gewerkschaftsbewegung aufgefaßten Rahmen des Klassenkampfes einschließen, sondern mußt im Gegenteil danach streben, den Rahmen und den Inhalt deines Klassenkampfes *so weit* auszudehnen, daß er nicht nur *alle* Aufgaben der gegenwärtigen demokratischen, allgemeinen russischen Volksrevolution, sondern auch die Aufgaben der künftigen sozialistischen Revolution *umfaßt*. Darum mußt du, ohne die Gewerkschaftsbewegung zu ignorieren und ohne auf die Ausnutzung der geringsten legalen Freiheit zu verzichten, in der Epoche der Revolution die Aufgabe des bewaffneten Aufstandes, der Bildung einer revolutionären Armee und einer revolutionären Regierung in den Vordergrund rücken, als den einzigen Weg zum vollen Sieg des Volkes über den Zarismus, zur Eroberung der demokratischen Republik und der wirklichen politischen Freiheit.

Es erübrigt sich, davon zu sprechen, welche inkonsequente und der Bourgeoisie natürlich sympathische Position der Halbheiten die Resolutionen der Leute von der neuen „Iskra“ dank ihrer falschen „Linie“ in dieser Frage bezogen haben.

II. EINE NEUE „VERTIEFUNG“ DER FRAGE DURCH GENOSSEN MARTYNOW

Gehen wir zu den Artikeln Martynows in Nr. 102 und 103 der „Iskra“ über. Selbstverständlich werden wir auf die Versuche Martynows, die Unrichtigkeit unserer und die Richtigkeit seiner Deutungen einer Reihe von Zitaten von Engels und Marx zu beweisen, nicht antworten. Diese Versuche sind so unernst, die Ausflüchte Martynows so offensichtlich und die Frage ist so klar, daß es uninteressant wäre, noch einmal auf sie einzugehen. Jeder denkende Leser wird sich in den unkomplizierten Schlichen des Martynowschen Rückzuges auf der ganzen Linie leicht selbst zurechtfinden, besonders nach Erscheinen der vollständigen Übersetzungen der Broschüre von Engels „Die Bakunisten an der Arbeit“ und von Marx’ „Ansprache der Zentralbehörde an den Bund“ (der Kommunisten) vom März 1850, die durch

eine Gruppe von Mitarbeitern des „Proletarij“ vorbereitet werden. Es genügt ein Zitat aus dem Artikel Martynows, um dem Leser seinen Rückzug zu veranschaulichen.

„Die ‚Iskra‘ erkennt“, sagt Martynow in der Nummer 103, „die Bildung einer provisorischen Regierung als einen der möglichen und zweckmäßigen Entwicklungswege der Revolution an, sie verneint die Zweckmäßigkeit einer Beteiligung der Sozialdemokraten an einer *bürgerlichen* provisorischen Regierung eben im Interesse der künftigen vollständigen Eroberung der Staatsmaschinerie zur Durchführung der sozialdemokratischen Umwälzung.“ Mit anderen Worten: die „Iskra“ hat jetzt erkannt, wie unsinnig ihre ganzen Ängste sind, daß die revolutionäre Regierung die Verantwortung für die Staatskasse und die Banken zu übernehmen habe, daß es gefährlich und unmöglich sei, die „Gefängnisse“ in die eigenen Hände zu nehmen u. dgl. Die „Iskra“ richtet bloß nach wie vor Konfusion an, indem sie die demokratische und die sozialistische Diktatur durcheinanderwirft. Diese Konfusion ist unvermeidlich, um den Rückzug zu tarnen.

Unter den Wirrköpfen der neuen „Iskra“ ragt Martynow als ein Wirrkopf ersten Ranges, als ein, mit Verlaub zu sagen, talentierter Wirrkopf hervor. Durch seine krampfhaften Bemühungen, die Frage zu „vertiefen“, verwirrt er sie immer mehr, und bei seinem „Durchdenken“ gelangt er fast immer zu neuen Formulierungen, die die ganze Falschheit der von ihm eingenommenen Position ausgezeichnet beleuchten. Man erinnere sich, wie er in den Zeiten des „Ökonomismus“ Plechanow „vertiefte“ und die Formel schuf: „Ökonomischer Kampf gegen die Unternehmer und die Regierung“. Man wird in der ganzen Literatur der Ökonomen schwerlich einen gelungenen Ausdruck der ganzen Falschheit dieser Richtung aufzeigen können. So auch jetzt. Martynow dient eifrig der neuen „Iskra“, und fast jedesmal, wenn er das Wort ergreift, bietet er uns neues und prachtvolles Material zur Einschätzung der falschen Position der Leute von der neuen „Iskra“. In Nr. 102 erklärt er, daß Lenin „auf unmerkliche Weise die Begriffe Revolution und Diktatur vertauscht hat“. (Seite 3, 2. Spalte.)

Auf diese Anschuldigung laufen eigentlich alle Anschuldigungen der Leute von der neuen „Iskra“ gegen uns hinaus. Und wie dankbar sind wir Martynow für diese Beschuldigung! Welch unschätzbaren Dienst erweist er uns im Kampf gegen die Richtung der neuen „Iskra“, wenn er der Beschuldigung eine solche Formulierung gibt! Wir sollten die Redaktion der neuen „Iskra“ wirklich bitten, Martynow möglichst oft zur „Vertiefung“ und zur „wirklich prinzipiellen“ Formulierung der Angriffe gegen den „Proletarij“ löszulassen. Denn je prinzipieller Mar-

tynow zu argumentieren bemüht ist, um so schlimmer geht die Sache bei ihm aus, um so deutlicher zeigt er die Blößen der Anschauungen der neuen „Iskra“ und mit um so größerem Erfolg führt er an sich selbst und seinen Freunden die nützliche pädagogische Operation des *reductio ad absurdum* durch (führt er die Prinzipien der neuen „Iskra“ ad absurdum).

Der „Wperjod“ und der „Proletarij“ „vertauschen“ die Begriffe der Revolution und der Diktatur. Die „Iskra“ will eine solche „Vertauschung“ nicht. So ist es eben, verehrtester Genosse Martynow! Sie haben unversehens eine große Wahrheit ausgesprochen. Sie haben durch eine *neue* Formulierung unsere These bestätigt, daß die „Iskra“ hinter der Revolution hertrötet und sich zu Formulierungen ihrer Aufgaben verirrt, wie sie das „Oswoboshdenije“ gibt, während der „Wperjod“ und der „Proletarij“ Losungen herausgeben, die die demokratische Revolution vorwärtsführen.

Das ist Ihnen unverständlich, Genosse Martynow? In Anbetracht der Wichtigkeit der Frage werden wir uns bemühen, Ihnen eine ausführliche Erläuterung zu geben.

Der bürgerliche Charakter der demokratischen Revolution drückt sich u. a. darin aus, daß eine ganze Reihe von Gesellschaftsklassen, -gruppen und -schichten, die durchaus auf dem Boden der Anerkennung des Privateigentums und der Warenwirtschaft stehen und unfähig sind, über diesen Rahmen hinauszugehen, durch die Macht der Dinge dazu kommen, die Untauglichkeit der Selbstherrschaft und der ganzen feudalen Ordnung überhaupt einzusehen, und sich der Forderung nach Freiheit anschließen. Dabei tritt der bürgerliche Charakter *dieser* Freiheit, die von der „Gesellschaft“ gefordert und von den Gutsbesitzern und Kapitalisten mit einem Schwall von Worten (aber nur Worten!) verteidigt wird, immer klarer zutage. Zugleich wird auch der fundamentale Unterschied zwischen dem Kampf der Arbeiter und dem Kampf der Bourgeoisie für die Freiheit, zwischen dem proletarischen und dem liberalen Demokratismus immer augenscheinlicher. Die Arbeiterklasse und ihre bewußten Vertreter gehen vorwärts und treiben diesen Kampf vorwärts, wobei sie sich nicht nur nicht fürchten, diesen Kampf zu Ende zu führen, sondern sogar noch viel weiter streben, als selbst das weitest gesteckte Ziel der demokratischen Revolution reicht. Die Bourgeoisie ist inkonsequent und eigennützig, sie akzeptiert die Losungen der Freiheit nur teilweise und heuchlerisch. Jedwede Versuche, durch eine besondere Linie, durch besonders ausgearbeitete „Punkte“ (nach Art der Punkte in der Resolution Starowjers oder der Konferenzler) die Grenzen festzusetzen, jenseits welcher die Heuchelei

der bürgerlichen Freiheitsfreunde oder, wenn man will, der Verrat der Freiheit durch ihre bürgerlichen Freunde beginnt, sind unvermeidlich zum Scheitern verurteilt, denn die Bourgeoisie, die zwischen zwei Feuer (Selbstherrschaft und Proletariat) gestellt ist, ist fähig, auf tausend Wegen und mit tausend Mitteln ihre Position und ihre Losungen zu wechseln, indem sie sich einen Zoll nach links und einen Zoll nach rechts anpaßt und ständig schachert und feilscht. Die Aufgabe des proletarischen Demokratismus besteht nicht im Ausklügeln solcher toten „Punkte“, sondern in der unermüdlichen Kritik an der sich herausbildenden politischen Situation und in der Entlarvung der immer neuen und neuen, früher nicht vorausgesehenen Fälle von Inkonsequenz und Verrat der Bourgeoisie.

Man erinnere sich an die Geschichte des politischen Auftretens des Herrn Struve in der illegalen Literatur, an die Geschichte des Kampfes der Sozialdemokratie gegen ihn, und man wird anschaulich sehen, wie die Sozialdemokratie, die Vorkämpferin für den proletarischen Demokratismus, diese Aufgaben erfüllt hat. Herr Struve begann mit der rein Schipowschen Losung: „Rechte und ein machtvolles Semstwo“ (siehe meinen Artikel in der „Sarja“: „Die Hetze gegen das Semstwo und die Hannibale des Liberalismus“ *). Die Sozialdemokratie entlarvte ihn und stieß ihn vorwärts zu einem ausgesprochen konstitutionalistischen Programm. Als sich diese „Stöße“ dank dem besonders raschen Gang der revolutionären Ereignisse ausgewirkt hatten, richtete sich der Kampf auf die nächste Frage des Demokratismus: Nicht nur eine Verfassung schlechthin, sondern unbedingt das allgemeine, direkte und gleiche Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe. Als wir auch diese neue Position des „Feindes“ (die Annahme des allgemeinen Wahlrechts durch den „Oswoboshdenije“-Bund) „erobert“ hatten, begannen wir weiterzudrängen, indem wir die Heuchelei und den Schwindel des Zweikammersystems sowie die Unvollständigkeit der Anerkennung des allgemeinen Wahlrechts durch die „Oswoboshdenije“-Leute aufzeigten, indem wir an ihrem *Monarchismus* den Maklercharakter ihres Demokratismus oder, mit anderen Worten, den *Schacher*, den diese „Oswoboshdenije“-Helden des Geldsacks mit den Interessen der großen russischen Revolution trieben, nachwiesen.

Die verbohrt Hartnäckigkeit der Selbstherrschaft, der gigantische Fortschritt des Bürgerkrieges und die ausweglose Lage, in die die Monarchisten Rußland gebracht hatten, fingen schließlich an, auch die begriffsstutzigsten Köpfe zur Vernunft zu bringen. Die Revolution

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. IV, 1. Halbbd., S. 139. Der Übers.

wurde zur *Tatsache*. Man brauchte nicht mehr Revolutionär zu sein, um die Revolution anzuerkennen. Die absolutistische Regierung zersetzte sich tatsächlich und zersetzt sich vor aller Augen. Wie ein Liberaler (Herr Gredeskul) in einer legalen Zeitung mit Recht bemerkt hat, entstand eine faktische Unbotmäßigkeit gegenüber dieser Regierung. Bei all ihrer scheinbaren Macht erwies sich die Selbstherrschaft als machtlos, die Ereignisse der sich entwickelnden Revolution begannen diesen bei lebendigem Leibe zerfallenden parasitären Organismus einfach beiseitezuschieben. Gezwungen, ihre Tätigkeit (oder richtiger gesagt: ihre politischen Geschäfte) auf dem Boden der gegebenen, faktisch entstandenen Verhältnisse zu entfalten, kamen die liberalen Bourgeois *nach und nach in die Zwangslage, die Revolution anzuerkennen*. Sie tun das, nicht weil sie Revolutionäre sind, sondern trotzdem sie keine Revolutionäre sind. Sie tun das notgedrungen und gegen ihren Willen, sehen mit Ingrimms die Erfolge der Revolution und erheben den Vorwurf des Revolutionarismus gegen die Selbstherrschaft, die kein Kompromiß wünscht, sondern den Kampf auf Tod und Leben will. Als geborene Krämer hassen sie den Kampf und die Revolution, aber die Umstände zwingen sie, sich auf den Boden der Revolution zu stellen, denn einen anderen Boden unter den Füßen gibt es nicht.

Wir wohnen einem höchst lehrreichen und höchst komischen Schauspiel bei. Die Huren des bürgerlichen Liberalismus versuchen, sich in die Toga des Revolutionarismus zu hüllen. Die „Oswoboshdenije“-Leute — *risum teneatis, amici!** — beginnen im Namen der Revolution zu reden! Sie beginnen zu versichern, daß sie „die Revolution nicht fürchten“ (Herr Struve in der Nummer 72 des „Oswoboshdenije“)! Die „Oswoboshdenije“-Leute erheben den Anspruch, „an die Spitze der Revolution zu treten“!!!

Das ist eine außerordentlich bedeutsame Erscheinung, die nicht nur den Fortschritt des bürgerlichen Liberalismus, sondern noch mehr den Fortschritt der realen Erfolge der revolutionären Bewegung charakterisiert, die sich ihre Anerkennung *erzwoungen* hat. Sogar die Bourgeoisie beginnt zu fühlen, daß es vorteilhafter ist, sich auf den Boden der Revolution zu stellen — so sehr ist die Selbstherrschaft ins Wanken geraten. Andererseits aber stellt uns diese Erscheinung, die vom Aufstieg der ganzen Bewegung auf eine neue, höhere Stufe zeugt, auch neue, höhere Aufgaben. Die Anerkennung der Revolution durch die Bourgeoisie kann nicht aufrichtig sein, daran ändert auch die persönliche Ehrlichkeit des einen oder des anderen bürgerlichen Ideo-

* Haltet das Lachen zurück, Freundel

logen nichts. Die Bourgeoisie kann nicht anders, als auch in dieses höhere Stadium der Bewegung ihren Eigennutz und ihre Inkonsequenz, ihr Krämertum und ihre kleinlichen reaktionären Schliche mitzubringen. Gestützt auf unser Programm und unser Programm weiterentwickelnd, müssen wir jetzt die nächsten *konkreten* Aufgaben der Revolution *anders* formulieren. Was gestern genügt hat, *ist heute ungenügend*. Gestern hat vielleicht die Forderung der Anerkennung der Revolution als fortgeschrittene demokratische Losung genügt. Jetzt ist das wenig. Die Revolution hat sogar Herrn Struve gezwungen, sie anzuerkennen. Jetzt wird von der fortgeschrittensten Klasse verlangt, daß sie den *eigenlichen Inhalt* der aktuellen und unaufschiebbaren Aufgaben dieser Revolution bestimme. Die Herren Struve, die die Revolution anerkennen, zeigen immer wieder ihre Eselsohren, indem sie wieder das alte Liedchen von der Möglichkeit eines friedlichen Ausganges anstimmen, das Liedchen davon, daß *Nikolaus*¹¹⁶ die Herren vom „Oswoboshdenije“ zur Macht berufen werde usw. usw. Die Herren vom „Oswoboshdenije“ erkennen die Revolution an, um desto gefahrloser für sich diese Revolution zu eskamotieren, um sie zu verraten. Unsere Sache ist es jetzt, dem Proletariat und dem ganzen Volk die Mangelhaftigkeit der Losung „Revolution“ aufzuzeigen und die Notwendigkeit einer klaren und unzweideutigen, konsequenten und entschiedenen Bestimmung des *eigentlichen Inhaltes* der Revolution nachzuweisen. Und eine solche Bestimmung ist eben die Losung, die allein geeignet ist, den „entscheidenden Sieg“ der Revolution richtig auszudrücken, nämlich die Losung: revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft.

Wir haben gezeigt, daß sich die „Oswoboshdenije“-Leute in der Anerkennung des Demokratismus von Stufe zu Stufe emporschwingen (nicht ohne Einfluß der aufmunternden Stöße der Sozialdemokratie). Anfangs war die Frage in unserer Polemik mit ihnen: Schipowsche Politik (Rechte und ein machtvolleres Semstwo) oder Konstitutionalismus? Dann: eingeschränkte Wahlen oder allgemeines Wahlrecht? Weiter: Anerkennung der Revolution oder ein Maklerkompromiß mit der Selbstherrschaft? Und schließlich jetzt: Anerkennung der Revolution ohne Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft oder Anerkennung der Forderung einer Diktatur dieser Klassen in der demokratischen Revolution? Es ist möglich und wahrscheinlich, daß sich auch die „Oswoboshdenije“-Leute (einerlei, ob die heutigen oder ihre Nachfolger am linken Flügel der bürgerlichen Demokratie) noch eine Stufe höher schwingen werden, das heißt, daß sie mit der Zeit (vielleicht dann, wenn Genosse Martynow sich noch eine Stufe höher

schwingt) auch die Losung der Diktatur anerkennen werden. Das wird sogar unvermeidlich so kommen, wenn die russische Revolution mit Erfolg vorwärtsschreiten und einen entscheidenden Sieg erreichen wird. Welches wird dann die Position der Sozialdemokratie sein? Der volle Sieg der jetzigen Revolution wird das Ende der demokratischen Umwälzung und der Anfang des entscheidenden Kampfes für die sozialistische Umwälzung sein. Die Verwirklichung der Forderungen der heutigen Bauernschaft, die vollständige Zerschlagung der Reaktion und die Eroberung der demokratischen Republik wird das völlige Ende des revolutionären Gebarens der Bourgeoisie und sogar des Kleinbürgertums und der Anfang des wirklichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus sein. Je vollständiger die demokratische Umwälzung sein wird, um so schneller, breiter, reiner und entschiedener wird sich dieser neue Kampf entfalten. Die Losung der „demokratischen“ Diktatur bringt auch den historisch begrenzten Charakter der heutigen Revolution und die Notwendigkeit eines neuen Kampfes auf dem Boden der neuen Ordnung für die volle Befreiung der Arbeiterklasse von jeglichem Joch und jeder Ausbeutung zum Ausdruck. Mit anderen Worten: wenn sich die demokratische Bourgeoisie oder das Kleinbürgertum um noch eine Stufe höher schwingen, wenn nicht nur die Revolution, sondern auch der volle Sieg der Revolution zur Tatsache werden sollte — dann „vertauschen“ wir (vielleicht unter dem furchtbaren Geheul neuer, künftiger Martynows) die Losung der demokratischen Diktatur mit der Losung der sozialistischen Diktatur des Proletariats, das heißt mit der Losung der vollständigen sozialistischen Umwälzung.

III. DIE VULGÄR-BÜRGERLICHE DARSTELLUNG DER DIKTATUR UND MARX' ANSICHT ÜBER DIE DIKTATUR

Mehring erzählt in seinen „Anmerkungen“ zu den von ihm herausgegebenen Marxschen Artikeln aus der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom Jahre 1848, daß die bürgerliche Literatur dieser Zeitung unter anderem den Vorwurf machte, sie habe als einziges „Mittel zur Durchführung der Demokratie die sofortige Einführung der Diktatur verlangt“ („Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle“, 2. Aufl., Bd. III, S. 53). Vom vulgär-bürgerlichen Standpunkt schließen der Begriff der Diktatur und der Begriff der Demokratie einander aus. Der Bourgeois, der die Theorie des Klassenkampfes nicht begreift und gewöhnt ist, in der politischen

Arena den kleinlichen Streit der verschiedenen Zirkel und Koterien der Bourgeoisie zu sehen, versteht unter Diktatur die Abschaffung aller Freiheiten und Garantien der Demokratie, jegliche Willkür, jeglichen Machtmißbrauch im persönlichen Interesse des Diktators. Im wesentlichen dringt eben dieser vulgär-bürgerliche Standpunkt auch bei unserem Martynow durch, der am Schlusse seines „neuen Feldzuges“ in der neuen „Iskra“ die Vorliebe des „Wperjod“ und des „Proletarij“ für die Losung der Diktatur damit erklärt, daß Lenin „leidenschaftlich sein Glück versuchen will“ („Iskra“ Nr. 103, 3. Seite, 2. Spalte). Um Martynow die Begriffe der Diktatur der Klasse zum Unterschied von der Diktatur einer Person und die Aufgaben der demokratischen Diktatur zum Unterschied von der sozialistischen zu erklären, wird es nicht ohne Nutzen sein, auf die Ansichten der „Neuen Rheinischen Zeitung“ einzugehen.

„Jede provisorische Staatsordnung nach einer Revolution“, schrieb die „Neue Rheinische Zeitung“ vom 14. September 1848, „erfordert eine Diktatur, und zwar eine energische Diktatur. Wir haben es Camphausen“ (preußischer Ministerpräsident nach dem 18. März 1848) „von Anfang an vorgeworfen, daß er nicht diktatorisch auftrat, daß er die Überbleibsel der alten Institutionen nicht sogleich zerschlug und entfernte. Während also Herr Camphausen sich in konstitutionellen Träumereien wiegte, verstärkte die geschlagene Partei“ (d. h. die reaktionäre Partei) „die Positionen in der Bürokratie und der Armee, ja, wagte hier und da selbst den offenen Kampf.“

„Die Zeitung faßt hier“, sagt mit Recht Mehring, „in wenigen Sätzen zusammen, was sie in ihren langen Abhandlungen über das Ministerium Camphausen ausführlich begründete.“ Was sagen uns diese Worte von Marx? Daß eine provisorische revolutionäre Regierung diktatorisch vorgehen *muß* (ein Grundsatz, den die „Iskra“, die sich vor der Losung der Diktatur scheute, durchaus nicht verstehen konnte); daß die Aufgabe dieser Diktatur die Vernichtung der Überbleibsel der alten Institutionen ist (nämlich das, was in der Resolution des III. Parteitags der SDAPR über den Kampf gegen die Konterrevolution klar aufgezeigt und in der Konferenzresolution, wie wir oben gezeigt haben, ausgelassen ist). Drittens endlich folgt aus diesen Worten, daß Marx die bürgerlichen Demokraten wegen ihrer „konstitutionellen Träumereien“ in der Epoche der Revolution und des offenen Bürgerkrieges geißelte. Welchen Sinn diese Worte haben, ist besonders anschaulich zu ersehen aus dem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 7. Juni 1848: „Eine konstituierende Nationalversammlung“, schrieb Marx, „muß vor allem eine aktive, revolutionär-aktive Versammlung

sein. Die Versammlung in Frankfurt macht parlamentarische Schulübungen und läßt die Regierungen handeln. Gesetzt, es gelänge diesem gelehrten Konzil nach allerreifster Überlegung, die beste Tagesordnung und die beste Verfassung auszuklügeln, was nützt die beste Tagesordnung und die beste Verfassung, wenn die Regierungen unterdes die Bajonette auf die Tagesordnung gesetzt?“

Das ist eben der Sinn der Losung: Diktatur. Aus diesen Worten können wir ersehen, wie sich Marx zu Resolutionen verhalten hätte, die den „Beschluß, eine konstituierende Versammlung zu organisieren“, einen entscheidenden Sieg nennen oder dazu auffordern, „die Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben“.

Große Fragen werden im Leben der Völker nur durch Gewalt entschieden. Die reaktionärsten Klassen nehmen gewöhnlich als erste ihre Zuflucht zur Gewalt, zum Bürgerkrieg und „setzen die Bajonette auf die Tagesordnung“, wie es die russische Selbstherrschaft tat und wie sie es seit dem 9. Januar systematisch und beharrlich überall und allenthalben tut. Ist aber einmal eine solche Lage geschaffen worden, sind die Bajonette wirklich an die Spitze der politischen Tagesordnung gestellt worden, und hat sich der Aufstand als notwendig und unaufschiebbar herausgestellt — dann werden konstitutionelle Träumereien und Schulübungen im Parlamentarismus zum bloßen Deckmantel für den Verrat der Bourgeoisie an der Revolution, zum Deckmantel für das „Abschwenken“ der Bourgeoisie von der Revolution. Und dann muß die wirklich revolutionäre Klasse eben die Losung der Diktatur ausgeben.

Zur Frage der Aufgaben dieser Diktatur schrieb Marx schon in der „Neuen Rheinischen Zeitung“: „Sie“ (die Nationalversammlung) „brauchte nur überall den reaktionären Übergriffen überlebter Regierungen diktatorisch entgegenzutreten, und sie eroberte sich eine Macht in der Volksmeinung, an der alle Bajonette und Kolben zersplittert wären ... Sie langweilt das deutsche Volk, statt es mit sich fortzureißen oder von ihm fortgerissen zu werden.“ Die Nationalversammlung hätte nach Marxens Meinung alles tun müssen, um „aus dem faktisch bestehenden Zustande Deutschlands alles zu entfernen, was dem Prinzip der Volkssouveränität widersprach“, um dann „den revolutionären Boden, auf dem sie steht, zu behaupten, um die Errungenschaft der Revolution, die Volkssouveränität, vor allen Angriffen sicherzustellen“.

Folglich liefen die Aufgaben, die Marx im Jahre 1848 der revolutionären Regierung oder der Diktatur stellte, ihrem Inhalte nach vor allem auf eine *demokratische* Umwälzung hinaus: Schutz vor der Konterrevolution und tatsächliche Beseitigung alles dessen, was mit der

Volkssouveränität unvereinbar ist. Das ist eben nichts anderes als eine revolutionär-demokratische Diktatur.

Nun weiter: welche Klassen konnten und mußten nach der Meinung von Marx diese Aufgaben verwirklichen (das Prinzip der Volkssouveränität in der Tat restlos durchführen und die Angriffe der Konterrevolution abschlagen)? Marx spricht vom „Volk“. Wir wissen aber, daß er die kleinbürgerlichen Illusionen von der Einheit des „Volkes“ und vom Nichtvorhandensein des Klassenkampfes innerhalb des Volkes stets rücksichtslos bekämpfte. Mit dem Wort „Volk“ pflegte Marx nicht die Klassenunterschiede zu vertuschen, sondern bestimmte Elemente zusammenzufassen, die fähig sind, die Revolution zu Ende zu führen.

Nach dem Sieg des Berliner Proletariats am 18. März — schrieb die „Neue Rheinische Zeitung“ — hätten sich zweierlei Resultate der Revolution gezeigt: „... auf der einen Seite die Volksbewaffnung, das Assoziationsrecht, die faktisch errungene Volkssouveränität; auf der anderen die Beibehaltung der Monarchie und das Ministerium Camphausen-Hanseman, das heißt die Regierung der Vertreter der hohen Bourgeoisie. Die Revolution hatte also zwei Reihen von Resultaten, die notwendig auseinandergehen mußten. Das Volk hatte gesiegt, es hatte sich Freiheiten entschieden demokratischer Natur erobert, aber die unmittelbare Herrschaft ging über nicht in seine Hände, sondern in die der großen Bourgeoisie. Mit einem Wort, die Revolution war nicht vollendet. Das Volk hatte die Bildung eines Ministeriums von großen Bourgeois zugelassen, und die großen Bourgeois bewiesen ihre Tendenzen sogleich dadurch, daß sie dem altpreußischen Adel und der Bürokratie eine Allianz anboten. Arnim, Canitz, Schwerin traten ins Ministerium.

Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, das heißt vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion.“ (Von uns hervorgehoben.)

Also nicht nur der „Beschluß, eine konstituierende Versammlung zu organisieren“, sondern selbst ihre wirkliche Einberufung ist für einen entscheidenden Sieg der Revolution noch ungenügend! Sogar nach einem Teilsieg im bewaffneten Kampf (dem Sieg der Berliner Arbeiter über die Truppen am 18. März 1848) ist eine „nicht abgeschlossene“, „nicht vollendete“ Revolution möglich. Wovon hängt nun ihre Vollendung ab? Davon, in wessen Hände die unmittelbare Herrschaft übergeht: ob in die Hände der Petrunkevitch und Roditschew, wollte sagen: der Camphausen und Hanseman, oder in die

Hände des *Volkes*, d. h. der Arbeiter und der demokratischen Bourgeoisie. Im ersten Falle wird die Bourgeoisie die Macht besitzen und das Proletariat — „die Freiheit der Kritik“, die Freiheit, „die Partei der äußersten revolutionären Opposition zu bleiben“. Die Bourgeoisie wird dann sofort nach dem Siege ein Bündnis mit der Reaktion schließen (das würde unvermeidlich auch in Rußland geschehen, wenn zum Beispiel die Petersburger Arbeiter im Straßenkampf mit dem Militär nur einen Teilsieg errängen und den Herren Petrunkevitch und Konsorten die Bildung der Regierung überließe). Im zweiten Falle wäre eine revolutionär-demokratische Diktatur, d. h. der volle Sieg der Revolution, möglich.

Es bleibt nun noch übrig, genauer zu bestimmen, was Marx eigentlich unter der „demokratischen Bürgerschaft“ verstand, die er, zusammen mit den Arbeitern, als Volk bezeichnet im Gegensatz zur Großbourgeoisie.

Eine klare Antwort auf diese Frage gibt folgende Stelle aus dem Artikel der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 29. Juli 1848: „... die deutsche Revolution von 1848 ist nur die Parodie der französischen Revolution von 1789.

Am 4. August 1789, drei Wochen nach dem Bastillensturm, wurde das französische Volk auf einen Tag mit den Feudallasten fertig.

Am 11. Juli 1848, vier Monate nach den Märzbarrikaden, werden die Feudallasten mit dem deutschen Volk fertig, teste Gierke cum Hansemanno.*

Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herrschaft war Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, Herstellung der freien grundbesitzenden Bauernklasse.

Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre natürlichsten Bundesgenossen, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel.

Die Fortdauer, die Sanktion der Feudalrechte in der Form der

* „Zeugen: Gierke zusammen mit Hansemann.“ Hansemann war der Minister der Partei der Großbourgeoisie (also der preußische Trubezkoi oder Roditschew usw.). Gierke war Landwirtschaftsminister im Ministerium Hansemann, er hatte ein Projekt ausgearbeitet, ein „kühnes“ Projekt der angeblich „entschädigungslosen“ „Beseitigung der Feudallasten“, in Wirklichkeit aber ein Projekt der Beseitigung der kleinen und unbedeutenden, aber der Beibehaltung der wesentlichen Lasten oder des Loskaufs von ihnen. Herr Gierke war so etwas wie die russischen Kablukow, Manuilow, Herzenstein und die ihnen verwandten bürgerlich-liberalen Bauernfreunde, die eine „Erweiterung des bauerlichen Grundbesitzes“ wünscheten, aber den Gutsherren nichts zuleide tun wollen.

(illusorischen) Ablösung, das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wollle von dem vielen Geschrei!“

Dies ist eine sehr lehrreiche Stelle, die uns vier wichtige Thesen gibt: 1. Die nichtvollendete deutsche Revolution unterscheidet sich von der vollendeten französischen dadurch, daß die Bourgeoisie nicht nur den Demokratismus im allgemeinen, sondern auch die Bauernschaft im besonderen verraten hat. 2. Die Grundlage der völligen Verwirklichung der demokratischen Umwälzung bildet die Schaffung einer freien Bauernklasse. 3. Die Schaffung einer solchen Klasse bedeutet die Abschaffung der Feudallasten und die Zerstörung des Feudalismus, aber noch keineswegs eine sozialistische Umwälzung. 4. Die Bauern sind die „natürlichsten“ Bundesgenossen der Bourgeoisie, nämlich der demokratischen Bourgeoisie, ohne die sie der Reaktion gegenüber „machtlos“ ist.

Berücksichtigt man die entsprechenden Verschiedenheiten der konkreten nationalen Besonderheiten und setzt man an die Stelle des Feudalismus die Leibeigenschaft, so sind alle diese Thesen auch auf das Rußland des Jahres 1905 voll anwendbar. Wenn wir aus der von Marx beleuchteten Erfahrung Deutschlands die Lehren ziehen, so können wir ohne Zweifel zu keiner anderen Losung für den entscheidenden Sieg der Revolution gelangen als zu der Losung: revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft. Es steht außer Zweifel, daß die Hauptbestandteile des „Volkes“, das Marx im Jahre 1848 der Widerstand leistenden Reaktion und der verräterischen Bourgeoisie entgegenstellte, das Proletariat und die Bauernschaft bilden. Es ist unzweifelhaft, daß auch bei uns in Rußland die liberale Bourgeoisie und die Herren vom „Oswoboshdenije“ die Bauernschaft verraten und noch verraten werden, d. h. sich durch eine Scheinreform aus der Affäre ziehen und im entscheidenden Kampf zwischen den Großgrundbesitzern und der Bauernschaft auf die Seite der Gutsbesitzer treten werden. Nur das Proletariat ist fähig, die Bauernschaft in diesem Kampfe bis zu Ende zu unterstützen. Schließlich ist nicht zu bezweifeln, daß auch bei uns in Rußland der Erfolg des Kampfes der Bauern, d. h. der Übergang des ganzen Grund und Bodens an die Bauern, eine vollständige demokratische Umwälzung bedeuten und die soziale Stütze der vollendeten Revolution sein wird, keineswegs aber eine sozialistische Umwälzung und nicht die „Sozialisierung“ bedeuten wird, von der die Ideologen des Kleinbürgertums, die Sozialrevolutionäre, reden. Der Erfolg des Bauernaufstandes und der Sieg der demokratischen Revolution werden erst den Weg ebnen zum wirklichen und entscheidenden Kampf für den Sozialismus auf dem Boden

der demokratischen Republik. Die Bauernschaft wird als grundbesitzende Klasse in diesem Kampfe dieselbe verräterische, schwankende Rolle spielen, die die Bourgeoisie jetzt im Kampfe für die Demokratie spielt. Dies vergessen, heißt den Sozialismus vergessen, heißt sich und die andern in bezug auf die wahren Interessen und die Aufgaben des Proletariats betrügen.

Um in der Darstellung der Marxschen Ansichten aus dem Jahre 1848 keine Lücken zu lassen, ist es notwendig, einen wesentlichen Unterschied zwischen der damaligen deutschen Sozialdemokratie (oder der Kommunistischen Partei des Proletariats, um in der damaligen Sprache zu reden) und der jetzigen russischen Sozialdemokratie hervorzuheben. Geben wir Mehring das Wort:

„... als ‚Organ der Demokratie‘ hatte sie“ (die „N. Rh. Ztg.“) „die politische Bühne beschritten, und so wenig sich der rote Faden verkennen ließ, der sich durch ihre Arbeiten zog, so vertrat sie zunächst noch mehr die Interessen der bürgerlichen Revolution gegenüber dem Absolutismus und dem Feudalismus, als daß sie schon die Interessen des Proletariats gegen die Bourgeoisie vertreten hätte. Von der besonderen Arbeiterbewegung der Revolutionsjahre ist in ihren Spalten wenig zu finden, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß neben ihr unter der Leitung Molls und Schappers ein besonderes Organ des Kölner Arbeitervereins zweimal wöchentlich erschien. Immerhin fällt dem heutigen Leser auf, wie geringes Interesse die ‚Neue Rheinische Zeitung‘ der damaligen deutschen Arbeiterbewegung geschenkt hat, obgleich deren fähigster Kopf, Stephan Born, in Paris und Brüssel von Marx und Engels gelernt hatte und auch jetzt von Berlin aus für ihre Zeitung korrespondierte. In seinen Denkwürdigkeiten erzählt Born, daß sie ihm ein Wort der Mißbilligung über seine Arbeiteragitation gesagt hätten; dennoch machen es spätere Äußerungen von Engels wahrscheinlich, daß sie wenigstens mit der Art dieser Agitation unzufrieden gewesen sind, mit Recht, insofern als Born dem, in dem weitaus größten Teile Deutschlands noch ganz unentwickelten Klassenbewußtsein des Proletariats manche Zugeständnisse machen mußte, die vor dem Kommunistischen Manifeste nicht bestehen konnten, mit Unrecht, insofern als Born die von ihm geleitete Agitation doch auf einer verhältnismäßig sehr beträchtlichen Höhe zu halten wußte... Ohne Zweifel waren sie historisch und politisch auch in ihrem Rechte, wenn sie das wichtigste Interesse der Arbeiterklasse zunächst in dem möglichsten Vortreiben der bürgerlichen Revolution sahen... Trotz alledem bleibt es ein merkwürdiger Beweis dafür, wie der elementare Instinkt der Arbeiterbewegung die Konzeptionen der genialsten Denker

zu berichtigen weiß, daß sie im April 1849 sich für eine spezifische Arbeiterorganisation entschieden und die Beschickung des Arbeiterkongresses beschlossen, der besonders von dem ostelbischen Proletariat vorbereitet worden war.“

Also erst im April 1849, nach fast einjährigem Erscheinen der revolutionären Zeitung (die „Neue Rheinische Zeitung“ begann am 1. Juni 1848 zu erscheinen), sprachen sich Marx und Engels für eine besondere Organisation der Arbeiter aus! Bis dahin leiteten sie einfach ein „Organ der Demokratie“, das durch keinerlei organisatorische Bande mit einer selbständigen Arbeiterpartei verbunden war! Diese von unserem heutigen Standpunkt ungeheuerliche und unglaubliche Tatsache zeigt uns klar, welcher großer Unterschied zwischen der damaligen deutschen und der heutigen russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei besteht. Diese Tatsache zeigt uns, um wieviel weniger in der deutschen demokratischen Revolution (dank der Rückständigkeit Deutschlands im Jahre 1848 sowohl in ökonomischer als auch in politischer Hinsicht — die staatliche Zersplitterung) die proletarischen Züge der Bewegung, die proletarische Strömung zum Ausdruck gekommen sind. Das darf bei der Bewertung der wiederholten Erklärungen von Marx aus dieser und der etwas späteren Epoche über die Notwendigkeit einer selbständigen Parteiorganisation nicht vergessen werden. Marx hat erst aus der Erfahrung der demokratischen Revolution und fast ein Jahr später praktisch diese Schlußfolgerung gezogen: so spießbürgerlich und kleinbürgerlich war damals die ganze Atmosphäre in Deutschland. Für uns ist diese Schlußfolgerung eine seit langem feststehende, aus der halbhundertjährigen Erfahrung der internationalen Sozialdemokratie gezogene Erkenntnis, auf Grund derer wir die Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands *begonnen* haben. Bei uns kann z. B. davon nicht die Rede sein, daß die revolutionären Zeitungen des Proletariats außerhalb der Sozialdemokratischen Partei des Proletariats ständen, daß sie auch nur für einen Augenblick einfach als „Organe der Demokratie“ auftreten könnten.

Aber jene Gegensätzlichkeit, die sich zwischen Marx und Stephan Born kaum zu zeigen begann, existiert bei uns in um so entwickelterer Form, je mächtiger im demokratischen Strom unserer Revolution die proletarische Strömung hervortritt. Wenn Mehring davon spricht, daß Marx und Engels mit der Agitation von Stephan Born wahrscheinlich unzufrieden waren, so drückt er sich viel zu mild und ausweichend aus. Hier sei angeführt, was Engels im Jahre 1885 (im Vorwort zu den „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, Zürich 1885) über Born schrieb:

„Daß aber der Bund“ (der Kommunisten) „eine vorzügliche Schule der revolutionären Tätigkeit gewesen, bewies sich jetzt . . . standen überall Bundesglieder an der Spitze der extrem-demokratischen Bewegung . . . in Berlin stiftete der Schriftsetzer Stephan Born, der in Brüssel und Paris als tätiges Bundesmitglied gewirkt hatte, eine ‚Arbeiterverbrüderung‘, die eine ziemliche Verbreitung erhielt und bis 1850 bestand. Born, ein sehr talentvoller junger Mann, der es aber mit seiner Verwandlung in eine politische Größe etwas zu eilig hatte, ‚verbrüderete‘ sich mit den verschiedenartigsten Krethi und Plethi, um nur einen Haufen zusammen zu bekommen, und war keineswegs der Mann, der Einheit in die widerstrebenden Tendenzen, Licht in das Chaos bringen konnte. In den amtlichen Veröffentlichungen des Vereins laufen daher auch die im ‚Kommunistischen Manifest‘ vertretenen Ansichten kunterbunt durcheinander mit Zunft-erinnerungen und Zunftwünschen, Abfällen von Louis Blanc und Proudhon, Schutzzöllnerei usw., kurz, man wollte allen alles sein. *Speziell wurden Streiks, Gewerksgenossenschaften, Produktivgenossenschaften ins Werk gesetzt und vergessen, daß es sich vor allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern, worauf allein solche Dinge auf die Dauer durchführbar waren.*“ (Von uns hervorgehoben.) „Als dann die Siege der Reaktion den Leitern der Verbrüderung die Notwendigkeit fühlbar machten, direkt in den Revolutionskampf einzutreten, wurden sie von der verworrenen Masse, die sie um sich gruppiert, selbstredend im Stich gelassen. Born beteiligte sich am Dresdner Maiaufstand 1849 und entkam glücklich. Die ‚Arbeiterverbrüderung‘ aber hatte sich, gegenüber der großen politischen Bewegung des Proletariats, als ein reiner Sonderbund bewährt, der größtenteils nur auf dem Papier bestand und eine so untergeordnete Rolle spielte, daß die Reaktion ihn erst 1850 und seine fortbestehenden Ableger erst mehrere Jahre nachher zu unterdrücken für nötig fand. Born, der eigentlich Buttermilch*

* Der Familienname Borns war in Wirklichkeit Buttermilch. Bei der Übersetzung von Engels unterließ mir hier in der ersten Auflage der Irrtum, das Wort Buttermilch nicht als Eigennamen, sondern als Gattungsnamen aufzufassen. Dieser Irrtum machte natürlich den Menschewiki außerordentlich viel Freude. Kolzow schrieb, daß ich „Engels vertieft“ hätte (abgedruckt in dem Sammelwerk „In zwei Jahren“), Plechanow erinnert auch jetzt im „Towarischtsch“ an diesen Irrtum — mit einem Wort, es fand sich ein *ausgezeichneter Vorwand, die Frage der zwei Tendenzen in der Arbeiterbewegung im Jahre 1848 in Deutschland, der Tendenz Borns (der unseren Ökonomen verwandt ist) und der marxistischen Tendenz, zu verwischen.* Daß man einen Irrtum des Gegners, und sei es auch nur in bezug auf den Familiennamen Borns, ausnutzt, ist nur allzu natürlich. Aber die Richtigstellung eines Irrtums zu benutzen, um den Kern der Frage der zwei Taktiken zu vertuschen, heißt vor dem Wesen des Streitigen zu kapitulieren. (Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.)

heißt; wurde keine politische Größe, sondern ein kleiner Schweizer Professor, der nicht mehr den Marx ins Zünftlerische, sondern den sanften Renan in sein eignes süßliches Deutsch übersetzt.“*

So schätzte Engels die zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution ein!

Unsere Leute von der neuen „Iskra“ streben ebenfalls mit so unvernünftigem Eifer zum „Ökonomismus“, daß sie für ihre „Erleuchtung“ das Lob der monarchistischen Bourgeoisie verdienen. Sie sammeln ebenfalls ein buntscheckiges Publikum um sich, indem sie den „Ökonomen“ schmeicheln und die rückständige Masse mit den Losungen der „Initiative“, des „Demokratismus“, der „Autonomie“ usw. demagogisch anlocken. Ihre Arbeiterverbände existieren ebenfalls oft nur in den Spalten der Chlestakowschen neuen „Iskra“¹¹⁷. Ihre Losungen und Resolutionen offenbaren ein ebensolches Nichtverstehen der Aufgaben der „großen politischen Bewegung des Proletariats“.

Veröffentlicht als Einzelausgabe,
Genf, August 1905.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VIII,
S. 33—170.

* K. Marx, „Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln“, Moskau 1940, S. 19/20. Der Übers.

ANMERKUNG ZUM 10. KAPITEL DER BROSCHÜRE „ZWEI TAKTIKEN“

In den Paragraphen 10 ist einzufügen:

1. Wir erinnern den Leser daran, daß in der Polemik zwischen „Iskra“ und „Wperjod“ die erstere sich unter anderem auf den Brief von Engels an Turati berief, in dem Engels den (späteren) Führer der italienischen Reformisten vor einer Verwechslung der demokratischen und der sozialistischen Revolution warnte. „Die bevorstehende Revolution in Italien“, schrieb Engels zur politischen Lage in Italien im Jahre 1894, „wird eine kleinbürgerliche, demokratische, und nicht eine sozialistische sein.“ Die „Iskra“ machte dem „Wperjod“ den Vorwurf, er weiche von dem von Engels aufgestellten Prinzip ab. Dieser Vorwurf war nicht gerechtfertigt, denn der „Wperjod“ (Nr. 14) erkannte im großen und ganzen die Richtigkeit der Marxschen Theorie vom Unterschied der drei Hauptkräfte in den Revolutionen des 19. Jahrhunderts an. Nach dieser Theorie treten der alten Gesellschaftsordnung, der Selbstherrschaft, dem Feudalismus und der Leibeigenschaft, entgegen: 1. die liberale Großbourgeoisie; 2. das radikale Kleinbürgertum; 3. das Proletariat. Die erste kämpft nur für die konstitutionelle Monarchie, das zweite für die demokratische Republik, das dritte für den sozialistischen Umsturz. Die Verwechslung des kleinbürgerlichen Kampfes für eine vollständige demokratische Umwälzung mit dem proletarischen Kampf für die sozialistische Revolution droht dem Sozialisten mit politischem Bankrott. Diese Warnung von Marx ist durchaus richtig. Aber eben aus diesem Grunde ist auch die Losung der „revolutionären Kommunen“ falsch, denn die in der Geschichte bekannten Kommunen haben ja gerade die demokratische Umwälzung mit der sozialistischen verwechselt. Unsere Losung hingegen: revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft gibt uns die volle Garantie gegen diesen Fehler. Indem unsere Losung den bürgerlichen

Charakter der Revolution, die über den Rahmen einer nur demokratischen Umwälzung *unmittelbar* nicht hinauszugehen vermag, bedingungslos anerkennt, *treibt* sie diese Umwälzung *vorwärts*, ist sie bestrebt, dieser Umwälzung die für das Proletariat vorteilhaftesten Formen zu geben, ist sie infolgedessen bestrebt, die demokratische Umwälzung in denkbar bester Weise für die Zwecke des weiteren erfolgreichen Kampfes des Proletariats für den Sozialismus auszunutzen.

Geschrieben im Juni-Juli 1905.

Veröffentlicht im
„Lenin-Sammelband“ V, 1926.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VIII,
S. 171/72.

DAS VERHÄLTNIß DER SOZIALDEMOKRATIE ZUR BAUERNBEWEGUNG

Die ungeheure Bedeutung der Bauernbewegung in der gegenwärtigen demokratischen Revolution in Rußland ist in der ganzen sozialdemokratischen Presse schon sehr oft erörtert worden. Der III. Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat bekanntlich zu dieser Frage eine besondere Resolution angenommen, um die Tätigkeit der ganzen Partei des klassenbewußten Proletariats gerade in bezug auf die gegenwärtige Bewegung der Bauernschaft genauer festzulegen und zu vereinheitlichen. Trotzdem diese Resolution vorher vorbereitet war (der erste Entwurf war in Nr. 11 des „Wperjod“ vom 23. [10.] März d. J.* erschienen) und trotzdem sie vom Parteitag, der bestrebt war, die bereits feststehenden Ansichten der gesamten Sozialdemokratie Rußlands zu formulieren, sorgfältig ausgearbeitet worden war — trotz alledem rief die Resolution bei einer Reihe in Rußland tätiger Genossen Bedenken hervor. Das Saratower Parteikomitee erklärte diese Resolution einstimmig für unannehmbar (siehe Nr. 10 des „Proletarij“). Leider ist der damals von uns ausgesprochene Wunsch, Erläuterungen zu diesem Verdikt zu bekommen, bisher unerfüllt geblieben. Wir wissen nur, daß das Saratower Komitee auch die Agrarresolution der Konferenz der Anhänger der neuen „Iskra“ für unannehmbar erklärt hat. Das Komitee wurde also weder von dem, was beiden Resolutionen gemeinsam ist, noch von dem, was sie voneinander unterscheidet, befriedigt.

Ein uns zugegangener (als hektographiertes Flugblatt veröffentlichter) Brief eines Moskauer Genossen liefert zu dieser Frage neues Material. Wir bringen diesen Brief ungekürzt zum Abdruck:

* *W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VII, S. 228. Der Übers.*

OFFENER BRIEF AN DAS ZENTRALKOMITEE UND AN DIE AUF DEM LANDE TÄTIGEN GENOSSEN

Genossen! Die Bezirksorganisation des Moskauer Parteikomitees nimmt die Arbeit innerhalb der Bauernschaft unmittelbar in Angriff. Die mangelnde Erfahrung hinsichtlich der Organisation einer solchen Arbeit, die besonderen Bedingungen unseres zentralrussischen Dorfes, ferner die ungenügend klaren Weisungen der Resolutionen des III. Parteitags zu dieser Frage und das fast vollständige Fehlen von Material über die Arbeit unter der Bauernschaft sowohl in der periodischen als auch in der Parteiliteratur überhaupt veranlassen uns, uns an das Zentralkomitee mit der Bitte zu wenden, uns eingehende Weisungen sowohl prinzipiellen als auch praktischen Charakters zugehen zu lassen. Euch aber, Genossen, die ihr auf dem Gebiet arbeitet, bitten wir, uns die bei eurer Arbeit gesammelten praktischen Erfahrungen zur Kenntnis zu bringen.

Wir halten es für notwendig, die Bedenken, die uns beim Lesen der Resolution des III. Parteitags „über das Verhältnis zur Bauernbewegung“ gekommen sind, und den Organisationsplan mitzuteilen, den wir bei uns auf dem Dorfe bereits anzuwenden beginnen.

„Paragraph a) In den breitesten Schichten des Volkes zu propagieren, daß die Sozialdemokratie sich die tatkräftigste Unterstützung aller revolutionären Maßnahmen der Bauernschaft zur Aufgabe setzt, die geeignet sind, ihre Lage zu verbessern, bis zur Konfiskation der gutsherrlichen, staatlichen, kirchlichen, klösterlichen und Kronländereien“ (aus der Resolution des III. Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands).

In diesem Paragraphen ist vor allem unklar, auf welche Weise die Parteiorganisationen die Propaganda führen werden und führen müssen. Die Propaganda erfordert vor allem eine Organisation, die zu denen, welche aufgeklärt werden sollen, in naher Beziehung steht. Ob diese Organisation Komitees des Landproletariats sein werden oder ob noch andere Organisationsmöglichkeiten zur mündlichen sowie schriftlichen Propaganda vorhanden sind, bleibt eine offene Frage.

Dasselbe ist von dem Versprechen einer tatkräftigen Unterstützung zu sagen. Eine Unterstützung, und dazu eine tatkräftige, ist auch nur beim Vorhandensein örtlicher Organisationen möglich. Die Frage der „tatkräftigen Unterstützung“ scheint uns überhaupt äußerst unklar zu sein. Kann die Sozialdemokratie die Enteignung solcher gutsherrlichen Ländereien unterstützen, bei deren Bebauung die intensivsten Methoden (Maschinen, Anlage höherer Kulturen usw.) zur Anwendung gelangen? Der Übergang solcher Ländereien in den Besitz kleinbürgerlicher Eigentümer — mag deren Lage eine Verbesserung noch so wichtig erscheinen lassen — bedeutet im Sinne der kapitalistischen Entwicklung einer solchen Wirtschaft einen Rückschritt. Und wir als Sozialdemokraten müßten unserer Meinung nach diesem Punkt von der „Unterstützung“ den folgenden Vorbehalt hinzufügen: „Wenn die Enteignung dieser Ländereien zugunsten des bäuerlichen (kleinbürgerlichen) Grundbesitzes eine höhere Entwicklungsform der gegebenen Bewirtschaftung der zu enteignenden Ländereien bedeutet.“

Ferner:

„Paragraph d) Darauf bedacht zu sein, das Landproletariat selbständig zu organisieren, es mit dem städtischen Proletariat unter der Fahne der sozialdemokratischen Partei zu verschmelzen und Vertreter des Landproletariats in die Bauernkomitees hinauszuwählen.“

Der letzte Teil dieses Paragraphen ruft Zweifel hervor. Die Sache ist die, daß bürgerlich-demokratische Organisationen, wie z. B. der „Bauernbund“, und reaktionär-utopistische Organisationen, wie die Sozialrevolutionäre, sowohl bürgerliche als auch proletarische Elemente der Bauernschaft unter ihrer Fahne vereinigen. Wenn wir unsere Vertreter der Organisationen des Landproletariats in solche „Bauern“-Komitees entsenden, werden wir uns selbst, unseren Ansichten über den Block usw., widersprechen.

Auch hier sind, wie uns scheint, Verbesserungen, und zwar recht ernsthaft, vonnöten.

Dies sind einige allgemeine Bemerkungen zu den Resolutionen des III. Parteitags. Es wäre wünschenswert, sie möglichst schnell und möglichst eingehend zu untersuchen.

Was nun den Plan einer „ländlichen“ Organisation innerhalb unserer Bezirksorganisation anbelangt, so sind wir gezwungen, unter Bedingungen zu arbeiten, die von den Resolutionen des III. Parteitags mit vollkommenem Stillschweigen übergegangen werden. Vor allem muß vermerkt werden, daß der Bezirk unserer Tätigkeit — das Moskauer Gouvernement und die angrenzenden Kreise der benachbarten Gouvernements — vorwiegend industriell ist bei verhältnismäßig schwach entwickelter bäuerlicher Hausindustrie und mit einem sehr geringfügigen Teil der Bevölkerung, der sich ausschließlich mit Landwirtschaft beschäftigt. Riesige Betriebe mit 10000 bis 15000 Arbeitern wechseln mit kleinen Fabriken ab, die 500 bis 1000 Arbeiter beschäftigen und über entlegene größere und kleinere Dörfer verstreut sind. Man sollte annehmen, daß unter diesen Umständen die Sozialdemokratie hier ein sehr geeignetes Betätigungsfeld findet, aber die Wirklichkeit hat bewiesen, daß solche Voraussetzungen aus der Vogelperspektive keiner Kritik standhalten. Unser „Proletariat“ hat sich in seiner großen Mehrheit bis heute noch nicht vom Grund und Boden losgelöst, obwohl manche Fabriken bereits 40 bis 50 Jahre bestehen. Das „Dorf“ haftet so fest an ihm, daß alle jene psychologischen und sonstigen Voraussetzungen, die im Prozeß der kollektiven Arbeit im „reinen Proletariat“ geschaffen werden, in unserem Proletariat nicht zur Entwicklung gelangen. Die Landwirtschaft unserer „Proletarier“ weist gewisse Zwitterformen auf. Ein in der Fabrik beschäftigter Weber stellt einen Knecht zur Bewirtschaftung seiner Zwergparzelle ein. Auf dem gleichen Stückchen Land arbeiten seine Frau (wenn sie nicht in der Fabrik beschäftigt ist), die Kinder, die Alten, die Gebrechlichen, und er selbst wird darauf arbeiten, wenn er alt oder invalid sein, oder wenn man ihn wegen ungestümen oder unzuverlässigen Verhaltens entlassen haben wird. Solche „Proletarier“ kann man schwerlich als Proletarier bezeichnen. Ihrer wirtschaftlichen Lage nach sind sie Paupers. Ihrer Ideologie nach — Kleinbürger. Sie sind unwissend und konservativ. Aus ihnen wirbt man die Elemente der „Schwarzen Hundert“. Aber auch ihr Selbstbewußtsein beginnt in der letzten Zeit zu erwachen. Mit Hilfe der Fäden, die sie mit dem „reinen“ Proletariat verbinden, wecken wir — nicht ohne Erfolg — diese unwissende Masse aus jahrhundertlangem Schlaf. Die Fäden werden dichter, sie festigen sich stellenweise, diese Paupers geraten unter unseren Einfluß und nehmen sowohl in der Fabrik als auch auf dem Lande unsere Ideologie in sich auf. Und wir glauben, daß die Gründung von Organisationen in nicht „rein“ proletarischer Umgebung dem orthodoxen Standpunkt nicht widerspricht. Wir haben keine andere Umgebung, und wenn wir auf dem orthodoxen Standpunkt, nur das ländliche „Proletariat“ zu organisieren, bestehen, so werden wir unsere Organisation und die uns benachbarten Organisationen auflösen müssen. Wir wissen, daß es uns schwer sein wird, gegen das Verlangen anzukämpfen, das von den Gutsbesitzern vernachlässigte Ackerland mit

allem Zubehör oder jene Ländereien zu enteignen, die von den Klosterbrüdern nicht gehörig bewirtschaftet werden. Wir wissen, daß die bürgerliche Demokratie, von der „demokratisch“-monarchistische Fraktion (eine solche gibt es im Bezirk Rusa) bis zum „Bauern“-Bund, mit uns um den Einfluß auf die „Paupers“ kämpfen wird, aber wir werden diese gegen jene wappnen. Wir werden alle sozialdemokratischen Kräfte im Umkreis, sowohl die der Intellektuellen als auch die der Industrie proletarier, ausnutzen, um unsere sozialdemokratischen Komitees aus den „Paupers“ zu bilden und zu festigen. Und wir werden es nach folgendem Plan machen. In jeder Kreisstadt oder in jedem großen industriellen Zentrum werden wir Kreiskomitees aus den Gruppen der Bezirksorganisationen errichten. Das Kreiskomitee organisiert außer den Fabriken und Betrieben seines Gebietes auch „Bauern“-Komitees. Solche Komitees dürfen aus konspirativen Gründen nicht viele Mitglieder haben, und ihre Zusammensetzung wird von den am meisten revolutionär gesinnten und fähigsten bäuerlichen Paupers bestimmt. Wo sowohl Fabriken als auch Bauern vorhanden sind, ist es notwendig, sie gemeinsam in einem Untergruppenkomitee zu organisieren.

Vor allem muß ein solches Komitee klar und deutlich in den örtlichen Bedingungen Bescheid wissen; diese sind: A) Agrarverhältnisse: 1. Bäuerliche Landanteile, Pacht, Formen des Besitzes (Gemeindegut, Hofgut, usw.). 2. Ländereien im Umkreis: a) wem sie gehören; b) wieviel Land vorhanden ist; c) wie das Verhältnis der Bauern zu diesen Ländereien ist; d) wie die Bedingungen der Nutznießung an diesen Ländereien sind: 1. Abarbeit, 2. übermäßiger Pachtzins für die „Otreski“ usw.; e) die Verschuldung beim Großbauern, beim Gutsbesitzer usw. B) Abgaben, Umlagen, Höhe der die Ländereien der Bauern und Gutsbesitzer belastenden Grundsteuer. C) Saison- und Heimarbeit, Pässe, Winterbeschäftigung¹¹⁸ u. a. m. D) Fabriken und Betriebe am Orte: ihre Arbeitsbedingungen: 1. Arbeitslöhne, 2. Arbeitstag, 3. Verhalten der Verwaltung, 4. Wohnungsverhältnisse usw. E) Öffentliche Verwaltung: Bezirkshauptleute, Gemeindeälteste, Schreiber, Amtsrichter, Dorfpolizei, Geistliche. F) Semstwo: Vertreter der Bauern, die Semstwoangestellten: Lehrer, Ärzte, Bibliotheken, Schulen, Teehäuser. G) Bezirkstage: ihre Zusammensetzung und die Führung ihrer Geschäfte. H) Organisationen: „Bauernbund“, Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten.

Nachdem sich das sozialdemokratische Bauernkomitee mit all diesen Angelegenheiten vertraut gemacht hat, ist es verpflichtet, auf den Bezirkstagen die Beschlüsse zur Geltung zu bringen, die sich aus der einen oder der anderen abnormalen Lage der Dinge ergeben. Gleichzeitig leitet ein solches Komitee auch eine verstärkte Propaganda und Agitation für die Ideen der Sozialdemokratie in der Masse, es veranstaltet Zirkel, fliegende Meetings, Massenversammlungen, verbreitet Proklamationen und Agitationsmaterial, sammelt Geld für die Parteikasse und unterhält durch die Bezirksgruppen Beziehungen zur Kreisorganisation.

Wenn es uns gelingt, eine ganze Reihe solcher Komitees zu errichten, dann wird der Erfolg der Sozialdemokratie gesichert sein.

Ein Bezirksorganisator.

Wir werden selbstverständlich nicht die Aufgabe auf uns nehmen, die ins einzelne gehenden praktischen Weisungen auszuarbeiten, von denen der Genosse spricht; das ist Sache der in den Ortsorganisationen tätigen Genossen und der praktisch leitenden russischen Zentralinstanz. Wir wollen den inhaltsreichen Brief des Moskauer Genossen dazu

benutzen, die Resolution des III. Parteitags und die dringendsten Aufgaben der Partei überhaupt zu erläutern. Aus dem Brief ist zu ersehen, daß die durch die Resolution des III. Parteitags hervorgerufenen Bedenken nur zum Teil in theoretischen Zweifeln begründet sind. Ihre zweite Quelle ist die *neue*, früher nicht aufgeworfene Frage des Verhältnisses zwischen den „revolutionären Bauernkomitees“ und den innerhalb der Bauernschaft wirkenden „sozialdemokratischen Komitees“. Schon allein die Tatsache, daß diese Frage aufgeworfen wurde, zeugt von dem bedeutenden Fortschritt der sozialdemokratischen Tätigkeit innerhalb der Bauernschaft. Auf die Tagesordnung gelangen bereits verhältnismäßig detaillierte Fragen; sie wurden von den praktischen Bedürfnissen der „ländlichen“ Agitation hervorgerufen, die sich zu kräftigen und feste, beständige Formen anzunehmen begann. Und der Verfasser des Briefes vergißt mehrfach, daß er, wenn er der Resolution des Parteitags Unklarheit vorwirft, eigentlich eine Frage beantwortet haben will, die der Parteitag nicht gestellt hat und nicht stellen konnte.

So ist beispielsweise die Meinung des Verfassers nicht ganz richtig, daß sowohl die Propaganda unserer Ideen als auch die Unterstützung der Bauernbewegung „nur“ beim Vorhandensein von Ortsorganisationen möglich seien. Gewiß sind solche Organisationen wünschenswert und beim Anwachsen der Tätigkeit notwendig, aber die angeführte Arbeit ist auch dort, wo solche Organisationen fehlen, möglich und notwendig. In unserer ganzen Tätigkeit, sogar nur im Stadtproletariat, dürfen wir die Bauernfrage nicht außer acht lassen und müssen die von der *ganzen Partei des klassenbewußten Proletariats* durch den III. Parteitag abgegebene Erklärung verbreiten: Wir unterstützen den Bauernaufstand. Die Bauern müssen das wissen — aus der Literatur, durch die Arbeiter, durch besondere Organisationen usw. Die Bauern müssen wissen, daß das sozialdemokratische Proletariat dabei vor *keiner* Konfiskation des Bodens (d. h. Enteignung ohne Entschädigung der Eigentümer) *haltmachen wird*.

Der Verfasser des Briefes wirft hier eine theoretische Frage auf: ob nicht die Enteignung der großen Güter zugunsten des „bäuerlichen, kleinbürgerlichen Eigentums“ durch einen besonderen Vorbehalt zu beschränken sei. Aber dadurch, daß der Verfasser diesen Vorbehalt vorschlug, schränkte er den Sinn der Resolution des III. Parteitags willkürlich ein. In der Resolution *ist mit keinem Wort gesagt*, daß sich die sozialdemokratische Partei verpflichte, den Übergang der konfiszierten Ländereien gerade in die Hände kleinbürgerlicher Eigentümer zu unterstützen. Die Resolution sagt: wir unterstützen „bis zur Konfiskation“, d. h. bis zur Enteignung ohne Entschädigung, aber die Frage,

wem das Enteignete zu übergeben sei, wird von der Resolution gar nicht beantwortet. Es ist kein Zufall, daß diese Frage offengelassen wurde: aus den Artikeln der Zeitung „Wperjod“ (Nr. 11, 12, 15)* ist ersichtlich, daß es als unklug anerkannt wurde, diese Frage im voraus zu beantworten. Es wurde dort z. B. darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie in einer demokratischen Republik in bezug auf die Nationalisierung des Bodens sich auf nichts festlegen und sich nicht die Hände binden kann.

In der Tat ist für uns, zum Unterschied von den kleinbürgerlichen Sozialrevolutionären, der Schwerpunkt *heute* die revolutionär-demokratische Seite der Bauernaufstände und die besondere Organisation des Landproletariats in einer Klassenpartei. Das Wesen der Frage liegt heute nicht in den Projekten der „Schwarzen Umteilung“ oder der Nationalisierung, sondern in der Erkenntnis und Verwirklichung der *revolutionären* Zerstörung der alten Ordnung durch die Bauernschaft. Deshalb drängen die Sozialrevolutionäre auf „Sozialisierung“ u. a. m., wir aber auf *revolutionäre Bauernkomitees*; ohne diese, sagen wir, sind alle Reformen nichts. Mit ihnen und auf sie gestützt, ist der *Sieg des Bauernaufstandes* möglich.

Wir müssen dem Bauernaufstand auf jegliche Weise helfen, bis zur Konfiskation der Ländereien — *aber durchaus nicht bis zu allerhand kleinbürgerlichen Projekten*. Wir unterstützen die Bauernbewegung, soweit sie revolutionär-demokratisch ist. Wir bereiten uns vor (und zwar sofort, unverzüglich), sie zu bekämpfen, sobald sie sich als reaktionär, als antiproletarisch offenbaren wird. Das ganze Wesen des Marxismus liegt in dieser zweifachen Aufgabe, die nur von Leuten, die den Marxismus nicht verstehen, vereinfacht und zu einer einheitlichen und gewöhnlichen Aufgabe verflacht wird.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel. Wir wollen voraussetzen, daß der Bauernaufstand gesiegt hat. Die revolutionären Bauernkomitees und die provisorische revolutionäre Regierung (die sich zum Teil eben auf diese Komitees stützt) können jede beliebige Konfiskation des Großbesitzes durchführen. Wir treten für die Konfiskation ein, das haben wir bereits erklärt. Wem sollen nach unserem Rat die konfiszierten Ländereien abgegeben werden? In dieser Hinsicht haben wir uns nicht gebunden und werden wir uns nie durch Erklärungen von der Art binden, wie sie der Verfasser des Briefes unvorsichtigerweise vorschlägt. Der Verfasser hat vergessen, daß dieselbe Resolution des III. Parteitags erstens von der „*Reinigung des revolutionär-demokratischen Inhalts*

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VII, S. 223, 565, 295 und 303. *Der Übers.*

der Bauernbewegung von allen reaktionären Beimischungen“ und zweitens von der Notwendigkeit einer „selbständigen Organisation des Landproletariats in allen Fällen und unter allen Umständen“ spricht. Das sind unsere Weisungen. Die Bauernbewegung wird immer reaktionäre Bestandteile haben, und wir erklären ihnen von vornherein den Krieg. Der Klassenantagonismus zwischen Landproletariat und Bauernbourgeoisie ist unvermeidlich, und wir enthüllen ihn von vornherein, wir erläutern ihn, wir bereiten uns zum Kampfe auf seiner Grundlage vor. Zu einem Anlaß dieses Kampfes kann die Frage werden, wem und wie die konfiszierten Ländereien zu übergeben sind. Und wir vertuschen diese Frage nicht, wir versprechen keine ausgleichende Aufteilung, „Sozialisierung“ u. a. m., sondern sagen: auf diesem Gebiete werden wir noch kämpfen, von neuem kämpfen, auf neuem Kampfboden und mit anderen Bundesgenossen kämpfen; da werden wir unbedingt mit dem Landproletariat, mit der ganzen Arbeiterklasse gegen die Dorfbourgeoisie stehen. Praktisch kann das sowohl den Übergang des Bodens an die Klasse der kleinen Landwirte bedeuten, und zwar da, wo der knechtende, halbfeudale Großgrundbesitz besteht, wo die materiellen Bedingungen der sozialistischen Großproduktion noch fehlen — als auch die Nationalisierung, und zwar unter der Bedingung eines vollen Sieges der demokratischen Revolution — oder auch die Übergabe der großen kapitalistischen Güter an Arbeiterassoziationen; denn wir werden sofort von der demokratischen Revolution, und zwar nach Maßgabe unserer Kraft, der Kraft des klassenbewußten und organisierten Proletariats, den Übergang zur sozialistischen Revolution beginnen. Wir sind für die ununterbrochene Revolution. Wir werden nicht auf halbem Wege stehenbleiben. Wenn wir nicht sofort und unvermittelt allerhand „Sozialisierungen“ versprechen, so gerade deshalb, weil wir die wirklichen Bedingungen dieser Aufgabe kennen und den im Schoße der Bauernschaft reifenden neuen Klassenkampf nicht vertuschen, sondern aufdecken.

Zunächst unterstützen wir bis zum Ende, mit allen Mitteln, bis zur Konfiskation, den Bauer überhaupt gegen den Gutsherrn; danach aber (sogar nicht danach, sondern gleichzeitig) unterstützen wir das Proletariat gegen den Bauer überhaupt. Es wäre eine leere Utopie, jetzt schon die Kombination der Kräfte innerhalb der Bauernschaft „am nächsten Tage“ nach der (demokratischen) Revolution berechnen zu wollen. Ohne in Abenteuerium zu verfallen, ohne unserem wissenschaftlichen Gewissen untreu zu werden, ohne nach billiger Popularität zu haschen, können wir sagen und sagen wir nur das eine: wir werden mit allen Kräften der gesamten Bauernschaft helfen, die demokratische

Revolution zu vollbringen, *damit* es uns, der Partei des Proletariats, *um so leichter* sei, möglichst rasch zu einer neuen und höheren Aufgabe, zur sozialistischen Revolution, überzugehen. Wir versprechen uns vom Siege des jetzigen Bauernaufstandes keinerlei Harmonie, keinerlei Ausgleich, keinerlei „Sozialisierung“, im Gegenteil, wir „versprechen“ neuen Kampf, neue Ungleichheit und eine neue Revolution, nach der wir auch streben. Unsere Lehre ist weniger „süß“ als die Märchen der Sozialrevolutionäre; wer aber nur mit süßen Tränklein gelobt werden will, der gehe zu den Sozialrevolutionären, wir werden ihm eine gute Reise wünschen.

Dieser marxistische Standpunkt löst unserer Meinung nach auch die Frage der Komitees. Nach unserer Ansicht *darf es keine sozialdemokratischen Bauernkomitees geben*, ist das Komitee sozialdemokratisch, dann ist es nicht nur bäuerlich, ist es bäuerlich, dann ist es kein rein proletarisches, kein sozialdemokratisches. Wohl viele gibt's, die beides zu verweben sehr gern bereit sind — uns ist's nicht gegeben. Wir werden überall, wo dies möglich ist, bestrebt sein, *unsere eigenen Komitees, Komitees der sozialdemokratischen Arbeiterpartei*, zu organisieren. Diesen Komitees werden ebenso die Bauern wie die Paupers, sowohl Intellektuelle als auch Prostituierte (vor kurzem fragte uns ein Arbeiter in einem Briefe, warum man nicht bei den Prostituierten agitire), sowohl Soldaten als auch Lehrer und Arbeiter — mit einem Wort *alle Sozialdemokraten und niemand außer den Sozialdemokraten* angehören. Diese Komitees werden die gesamte sozialdemokratische Arbeit in ihrem ganzen Umfang ausführen, wobei sie jedoch bestrebt sein werden, speziell und insbesondere das Landproletariat zu organisieren, denn die Sozialdemokratie ist die Klassenpartei des Proletariats. *Es ist der allergrößte Irrtum*, die Organisation jenes Proletariats, das sich noch nicht von allerlei Überbleibseln der Vergangenheit befreit hat, als etwas „Unorthodoxes“ anzusehen, und wir möchten gern annehmen, daß die sich darauf beziehenden Stellen des Briefes auf einem einfachen Mißverständnis beruhen. Das Stadt- und Industrieproletariat wird unvermeidlich der Hauptkern unserer sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein, doch müssen wir, wie auch unser Programm besagt, alle Werk tätigen und Ausgebeuteten ohne Ausnahme heranziehen, aufklären und organisieren: die Heimarbeiter, die Paupers, die Bettler, die Dienstboten, die Landstreicher, die Prostituierten — selbstverständlich unter der notwendigen und obligatorischen Bedingung, daß sie sich der Sozialdemokratie anschließen, nicht aber die Sozialdemokratie an sie; daß sie zum Standpunkt des Proletariats übergehen, nicht aber das Proletariat auf ihren Standpunkt.

Was aber haben die revolutionären Bauernkomitees damit zu tun? — wird der Leser fragen. Bedeutet das, daß sie nicht nötig sind? Doch, sie sind nötig. Unser Ideal ist, überall in den Dörfern rein sozialdemokratische Komitees zu haben, die dann mit *allen* revolutionär-demokratischen Elementen, Gruppen und Bauernzirkeln ein Übereinkommen über die Gründung revolutionärer Komitees abschließen. Hier haben wir also eine vollständige Analogie zur Selbständigkeit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Stadt und ihrem Bündnis mit allen revolutionären Demokraten zum Zwecke des Aufstandes. Wir sind für den Aufstand der Bauernschaft. Wir sind unbedingt gegen die Vermengung und Verschmelzung verschiedenartiger Klasselemente und verschiedenartiger Parteien. Wir sind dafür, daß die Sozialdemokratie zum Zwecke des Aufstandes die *ganze* revolutionäre Demokratie ansporne, daß sie der *ganzen* revolutionären Demokratie helfe, sich zu organisieren, und daß sie, ohne sich mit ihr zu verschmelzen, *Schulter an Schulter* mit ihr in den Städten auf die Barrikaden und auf dem Lande gegen die Gutsbesitzer und die Polizei *gehe*.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Proletarij“ Nr. 16,
14. (1.) September 1905.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VIII,
S. 241—251.

DIE LEHREN DES MOSKAUER AUFSTANDES

Das Buch „Moskau im Dezember 1905“ (Moskau 1906) ist gerade zur rechten Zeit erschienen. Es ist eine dringende Aufgabe der Arbeiterpartei, sich die Lehren des Dezemberaufstandes zu eigen zu machen. Leider ist dies Buch wie ein Faß Honig mit einem Löffel Teer darin: außerordentlich interessanter Stoff, ungeachtet seiner Unvollständigkeit — und unglaublich oberflächliche, unglaublich abgeschmackte Schlußfolgerungen. Wir werden diese Schlußfolgerungen gesondert behandeln und wollen uns jetzt dem aktuellen politischen Thema, den Lehren des Moskauer Aufstandes, zuwenden.

Die Hauptform, die der Dezemberbewegung in Moskau eigen war, waren der friedliche Streik und die Demonstrationen. Die überwiegende Mehrheit der Arbeitermassen beteiligte sich aktiv nur an diesen Kampfformen. Aber gerade die Moskauer Dezemberaktion hat handgreiflich gezeigt, daß sich der Generalstreik als selbständige und Hauptkampfform überlebt hat, daß die Bewegung mit elementarer, unwiderstehlicher Kraft diesen engen Rahmen durchbricht und eine höhere Kampfform, den Aufstand, gebiert.

Alle revolutionären Parteien, alle Gewerkschaften in Moskau erkannten und fühlten sogar, als sie den Streik erklärten, die Unvermeidlichkeit seiner Umwandlung in den Aufstand. Am 19. (6.) Dezember beschloß der Sowjet der Arbeiterdeputierten, „danach zu streben, den Streik in den bewaffneten Aufstand überzuleiten“. In Wirklichkeit aber war keine Organisation darauf vorbereitet, sogar der Koalitionsrat der Kampfcharen sprach (am 22. [9.] Dezember!) vom Aufstand als von etwas weit Entferntem, und zweifellos brach der Straßenkampf über seinen Kopf hinweg aus und ging ohne seine Beteiligung vor sich. Die Organisationen *blieben* hinter dem Anwachsen und dem Schwung der Bewegung *zurück*.

Der Streik wuchs in den Aufstand hinüber, vor allem unter dem Druck der objektiven Verhältnisse, wie sie sich nach dem Oktober ge-

staltet hatten. Es war schon nicht mehr möglich, die Regierung durch einen Generalstreik zu überraschen, sie hatte bereits die Konterrevolution organisiert und war zu militärischen Aktionen gerüstet. Sowohl der allgemeine Verlauf der russischen Revolution nach dem Oktober als auch die folgerichtige Entwicklung der Ereignisse in Moskau während der Dezembertage bestätigten in erstaunlicher Weise die Richtigkeit eines der tiefgründigen Sätze von Marx: „... der revolutionäre Fortschritt ... brach sich Bahn ... in der Erzeugung einer geschlossenen mächtigen Konterrevolution¹¹⁹, in der Erzeugung eines Gegners, durch dessen Bekämpfung erst die Umsturzpartei zu einer wirklich revolutionären Partei heranreife“.

Am 20. (7.) und 21. (8.) Dezember: friedlicher Streik, friedliche Demonstrationen der Massen. Am 21. (8.) Dezember abends: Belagerung des Aquariums¹²⁰. Am 22. (9.) Dezember tagsüber: die Dragoner verprügeln Teilnehmer einer Ansammlung auf dem Strastnoi-Platz. Abends: Demolierung des Fiedlerschen Hauses. Die Stimmung hebt sich. Die unorganisierten Menschenmengen auf den Straßen beginnen spontan und unsicher die ersten Barrikaden zu bauen.

Am 23. (10.) Dezember: Artillerie beginnt die Barrikaden und die Menschenansammlungen auf den Straßen zu beschießen. Der Bau der Barrikaden wird zuversichtlicher, hört auf, eine Einzelercheinung zu sein, und wird schon zweifellos zu einer Massenerscheinung. Die ganze Bevölkerung ist auf den Straßen; die ganze Stadt beginnt sich an den Hauptzentren mit einem Netz von Barrikaden zu bedecken. Im Laufe einiger Tage entfaltet sich ein erbitterter Partisanenkampf der Kampfscharen mit den Truppen, ein Kampf, der die Truppen ermattet und Dubassow¹²¹ veranlaßt, um Unterstützungen zu flehen. Erst am 28. (15.) Dezember erhalten die Regierungstruppen entscheidendes Übergewicht, und am 30. (17.) Dezember säubert das Semjonow-Regiment den Stadtteil Pressnja, die letzte Feste des Aufstandes.

Vom Streik und den Demonstrationen zu einzelnen Barrikaden, von einzelnen Barrikaden zu massenweiser Errichtung von Barrikaden und zum Straßenkampf mit den Truppen. Über den Kopf der Organisationen hinweg ging der proletarische Kampf vom Streik zum Aufstand über. Darin liegt die allergrößte geschichtliche Errungenschaft der russischen Revolution, die im Dezember 1905 erreicht wurde, eine Errungenschaft, die wie alle vorhergehenden Errungenschaften um den Preis größter Opfer erkaufte wurde. Die Bewegung stieg vom politischen Generalstreik auf eine höhere Stufe. Sie zwang die Reaktion, in ihrem Widerstand *bis zum Ende* zu gehen, und brachte dadurch mit Riesenschritten den Augenblick nahe, in dem die Revolution in der Anwen-

dung der Angriffsmittel ebenfalls bis zum Ende gehen wird. Die Reaktion kann *nicht weiter* gehen als bis zur Artilleriebeschießung von Barrikaden, Häusern und Menschenmengen auf den Straßen. Die Revolution kann noch weiter gehen als bis zu einem Kampf der Moskauer Kampfscharen, sie kann noch viel, viel weiter in die Breite und in die Tiefe gehen. Und die Revolution ist seit dem Dezember weit fortgeschritten. Die Grundlage der revolutionären Krise ist unermesslich viel breiter geworden — die Schneide ihrer Waffe muß jetzt viel besser geschärft sein.

Den Wechsel in den objektiven Bedingungen des Kampfes, der den Übergang vom Streik zum Aufstand erforderte, hat das Proletariat früher als seine Führer gefühlt. Die Praxis ist, wie stets, der Theorie vorangegangen. Der friedliche Streik und die Demonstrationen hörten mit einem Schlage auf, die Arbeiter zu befriedigen. Sie fragten: Was weiter? — und verlangten energischere Handlungen. Die Anweisung zum Barrikadenbau traf in den Bezirken mit ungeheurer Verspätung ein, zu einer Zeit, als im Zentrum der Stadt schon Barrikaden gebaut wurden. Die Arbeiter gingen in Massen ans Werk, waren *aber auch dadurch nicht zufriedengestellt*, fragten: was weiter? — verlangten aktives Vorgehen. Wir, die Führer des sozialdemokratischen Proletariats, glichen im Dezember dem Heerführer, der seine Regimenter so unsinnig aufgestellt hatte, daß der größte Teil seiner Truppen nicht aktiv an der Schlacht teilnahm. Die Arbeitermassen suchten vergeblich Anweisungen für energische Massenaktionen.

Es gibt somit nichts Kurzsichtigeres als die von allen Opportunisten aufgegriffene Ansicht Plechanows, es hätte keinen Sinn gehabt, den unzeitgemäßen Streik zu beginnen, „man hätte nicht zu den Waffen greifen dürfen“. Im Gegenteil, man hätte entschlossener, energischer und offensiver zu den Waffen greifen, hätte den Massen die Unmöglichkeit eines bloß friedlichen Streiks und die Notwendigkeit eines furchtlosen und rücksichtslosen bewaffneten Kampfes klarmachen müssen. Wir müssen jetzt endlich offen und laut zugeben, daß die politischen Streiks unzureichend sind, müssen in den breitesten Massen für den bewaffneten Aufstand agitieren, ohne diese Frage durch irgendwelche „Vorstufen“ zu verdecken, ohne sie durch irgend etwas zu verschleiern. Den Massen die Notwendigkeit eines verzweifelten, blutigen, vernichtenden Krieges als unmittelbare Aufgabe der bevorstehenden Aktion verhehlen, heißt sich selbst und das Volk betrügen.

Das ist die erste Lehre der Dezemberereignisse. Die zweite Lehre betrifft den Charakter des Aufstandes, die Art, wie er geführt wurde, die Bedingungen für den Übergang der Truppen auf die Seite des

Volkes. Auf dem rechten Flügel unserer Partei ist über diesen Übergang eine äußerst einseitige Anschauung verbreitet. Man könne nicht gegen die Truppen von heutzutage kämpfen, es sei notwendig, daß die Truppen revolutionär werden. Es versteht sich von selbst, daß von einem ersten Kampf keine Rede sein kann, solange die Revolution nicht zu einer Massenbewegung geworden ist und die Truppen selbst ergriffen hat. Selbstverständlich ist die Arbeit im Heere notwendig. Aber man darf sich diesen Übergang der Truppen nicht als irgendeinen einfachen, einmaligen Akt vorstellen, der das Ergebnis einerseits der Überzeugung und andererseits des Bewußtseins ist. Der Moskauer Aufstand zeigt uns anschaulich, wie schablonenhaft und starr eine solche Auffassung ist. Das Schwanken der Truppen, das in jeder wirklichen Volksbewegung unvermeidlich ist, führt bei Verschärfung des revolutionären Kampfes im wahren Sinne des Wortes zu einem *Kampf um das Heer*. Der Moskauer Aufstand zeigt uns gerade das Bild eines ganz verzweifelten, ganz wütenden Kampfes der Reaktion und der Revolution um das Heer. Dubassow selbst erklärte, daß nur 5000 von den 15000 Mann zählenden Moskauer Truppen zuverlässig seien. Die Regierung suchte die Schwankenden durch die mannigfachsten, verzweifeltesten Mittel zurückzuhalten: man suchte sie zu überzeugen, schmeichelte ihnen, bestach sie, indem man an sie Uhren, Geld und so weiter verteilte, der Schnaps floß in Strömen, man suchte sie zu betrügen, einzuschüchtern, sperrte sie in die Kasernen ein, entwaffnete sie, griff mit Hilfe von Verrat und Gewalt die Soldaten heraus, die man für besonders unzuverlässig hielt. Und man muß den Mut haben, gerade und offen zuzugeben, daß wir in dieser Beziehung hinter der Regierung zurückblieben. Wir haben es nicht verstanden, die Kräfte, über die wir verfügten, für einen ebensolchen aktiven, kühnen, unternehmungslustigen und offensiven Kampf um das schwankende Heer zu benutzen, wie ihn die Regierung begann und erfolgreich zu Ende führte. Wir haben eine geistige „Bearbeitung“ der Truppen organisiert und müssen sie noch hartnäckiger betreiben. Wir werden uns aber als traurige Pedanten erweisen, wenn wir vergessen, daß im Augenblick des Aufstandes auch ein physischer Kampf um die Truppen erforderlich ist.

Das Moskauer Proletariat hat uns in den Dezembertagen vortreffliche Lehren über die geistige „Bearbeitung“ der Truppen erteilt — so z. B. am 21. (8.) Dezember, als die Menschenmassen auf dem Strastnoi-Platz die Kosaken umringten, sich mit ihnen vermischten, sich mit ihnen verbrüdeten und sie veranlaßten, zurückzureiten. Oder am 23. (10.) Dezember, als im Stadtteil Pressnja zwei junge Arbeiterinnen,

die in einer zehntausend Menschen zählenden Demonstration eine rote Fahne trugen, sich den Kosaken mit dem Ruf entgegenwarfen: „Schlagt uns tot! Lebendig werden wir die Fahne nicht hergeben!“ Und die Kosaken gerieten in Verwirrung und sprengten fort, begleitet von den Rufen der Menge: „Es leben die Kosaken!“ Diese Beispiele von Kühnheit und Heldenmut müssen für immer im Bewußtsein des Proletariats verankert werden.

Nun einige Beispiele dafür, daß wir hinter Dubassow zurückgeblieben sind. Am 22. (9.) Dezember zogen Soldaten mit dem Gesang der Marseillaise über die Bolschaja Serpuchowskaja Straße, entschlossen, sich den Aufständischen anzuschließen. Die Arbeiter senden Delegierte zu ihnen. Malachow¹²² sprengt Hals über Kopf selbst zu ihnen. Die Arbeiter kamen zu spät, während Malachow rechtzeitig eintraf. Er hielt eine flammende Ansprache, brachte die Soldaten ins Schwanken, ließ sie von Dragonern umzingeln, führte sie in die Kasernen zurück und sperrte sie dort ein. Malachow traf rechtzeitig ein, während wir zu spät kamen, obwohl in zwei Tagen 150 000 Menschen unserm Aufruf Folge geleistet hatten, die den Patrouillendienst auf den Straßen organisieren konnten und mußten. Malachow ließ die Soldaten von Dragonern umzingeln, wir aber ließen die Malachow nicht durch Bombenwerfer umzingeln. Wir konnten das und hätten das tun müssen, und die sozialdemokratische Presse hat bereits seit langem (siehe die alte „Iskra“) darauf hingewiesen, daß während des Aufstandes rücksichtslose Vernichtung ziviler und militärischer höherer Vorgesetzter unsere Pflicht ist. Das, was sich auf der Bolschaja Serpuchowskaja Straße ereignete, hat sich anscheinend im wesentlichen vor der Njeswishki- und vor der Krutziki-Kaserne sowie bei den Versuchen des Proletariats wiederholt, die Jekaterinoslawer „herauszuholen“, ebenso bei der Entsendung von Delegierten zu den Pionieren in Alexandrow, bei der Rückkehr der Rostower Artillerie, die nach Moskau abtransportiert werden sollte, bei der Entwaffnung der Pioniere in Kolomna usw. Im Augenblick des Aufstandes waren wir der Aufgabe des Kampfes um die schwankenden Truppen nicht gewachsen.

Der Dezember hat weiter den tiefgründigen und von den Opportunisten vergessenen Satz von Marx anschaulich bestätigt, daß der Aufstand eine Kunst und daß die Hauptregel dieser Kunst die mit verwegener Kühnheit und größter Entschiedenheit geführte *Offensive* ist. Wir haben uns diese Wahrheit nicht genügend zu eigen gemacht. Wir haben diese Kunst, diese Regel der Offensive um jeden Preis selbst nicht genügend gelernt und die Massen nicht genügend darin unterrichtet. Wir müssen jetzt mit aller Energie das Versäumte nachholen.

Es genügt nicht, die Menschen nach ihrem Verhältnis zu politischen Losungen zu gruppieren, darüber hinaus ist erforderlich, sie nach ihrer Einstellung zum bewaffneten Aufstand zu gruppieren. Wer gegen ihn ist, wer sich nicht auf ihn vorbereitet, den muß man rücksichtslos aus der Zahl der Anhänger der Revolution hinauswerfen, zu ihren Gegnern, zu den Verrätern oder Feiglingen jagen, denn es naht der Tag, an dem die Kraft der Ereignisse, die Lage des Kampfes uns zwingen wird, Feinde und Freunde nach diesem Merkmal voneinander zu scheiden. Nicht Passivität müssen wir propagieren, nicht ein einfaches Darauf-„warten“, daß die Truppen „übergehen“ — nein, wir müssen die Trommel rühren und es weit und breit verkünden, daß es notwendig ist, kühn anzugreifen und mit der Waffe in der Hand die Regierungstruppen zu überfallen, daß es notwendig ist, hierbei die höheren Vorgesetzten zu vernichten und den allertatkräftigsten Kampf um die schwankenden Truppen zu führen.

Die dritte große Lehre, die uns Moskau erteilt hat, betrifft die Taktik und die Organisation der Kräfte für den Aufstand. Die militärische Taktik hängt von dem Niveau der militärischen Technik ab — diese Tatsache hat Engels wiederholt erläutert und den Marxisten eingehämmert. Die militärische Technik ist jetzt eine andere als in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Gegen die Artillerie scharenweise vorzugehen und die Barrikaden nur mit Revolvern zu verteidigen, wäre eine Dummheit. Und Kautsky hatte recht, als er schrieb, daß es nach dem Moskauer Aufstand an der Zeit sei, Engels' Schlußfolgerungen zu überprüfen, und daß Moskau eine „neue Barrikadentaktik“ geschaffen habe. Diese Taktik war die Taktik des Partisanenkrieges. Die Organisation, die durch eine solche Taktik bedingt wurde, waren leicht bewegliche und außerordentlich kleine Abteilungen: Zehnergruppen, Dreiergruppen, ja sogar Zweiergruppen. Man kann jetzt bei uns häufig Sozialdemokraten treffen, die verächtlich zu kichern beginnen, wenn die Rede auf Fünfer- und Dreiergruppen kommt. Aber mit diesem Gekicher will man nur auf eine billige Art und Weise darüber hinwegtäuschen, daß man vor einer neuen Frage der Taktik und der Organisation, wie sie bei dem gegenwärtigen Stand der militärischen Technik durch den Straßenkampf bedingt werden, die Augen verschließt. Lest euch den Bericht über den Moskauer Aufstand aufmerksam durch, ihr Herrschaften, und ihr werdet begreifen, was für eine Verbindung zwischen den „Fünfergruppen“ und der Frage der „neuen Barrikadentaktik“ besteht!

Moskau hat diese Taktik hervorgebracht, aber noch lange nicht genug entwickelt, bei weitem noch nicht wirklich zu einer Taktik der

breiten Massen entfaltet. Es gab wenig Kampfscharen, die Arbeitermasse erhielt nicht die Lösung verwegener Überfälle und wandte sie nicht an, der Charakter der Partisanenabteilungen war zu einseitig, ihre Waffen und ihre Kampfmethoden unzulänglich, ihre Fähigkeit, die Massen zu führen, fast gar nicht ausgebildet. Wir müssen das alles nachholen und werden es auf Grund der Lehren des Moskauer Aufstandes nachholen, wir werden diese Lehren unter den Massen verbreiten und die schöpferische Kraft der Massen selbst wecken, um diese Lehren weiter auszubilden. Der Partisanenkrieg und der Massenterror, der jetzt nach dem Dezember überall in Rußland fast ununterbrochen angewandt wird, werden uns zweifellos helfen, die Massen zu lehren, im Augenblick des Aufstandes die richtige Taktik anzuwenden. Die Sozialdemokratie muß diesen Massenterror billigen und in ihre Taktik aufnehmen, muß ihn natürlich organisieren und kontrollieren und den Interessen und Bedingungen der Arbeiterbewegung und des allgemeinen revolutionären Kampfes unterordnen und rücksichtslos die „lumpenproletarische“ Entstellung dieses Partisanenkrieges beseitigen und ausmerzen, mit der die Moskauer in den Tagen des Aufstandes und die Letten in den Tagen der rühmlich bekanntesten lettischen Republiken¹²³ so prächtig und rücksichtslos aufgeräumt haben.

In der allerletzten Zeit macht die militärische Technik wiederum neue Fortschritte. Der japanische Krieg hat die Handgranate hervorgebracht. Die Gewehrfabriken haben das Selbstladegewehr auf den Markt geworfen. Beide werden in der russischen Revolution zwar schon erfolgreich, aber bei weitem noch nicht in genügendem Umfang angewandt. Wir können und müssen uns technische Vervollkommnungen zunutze machen, müssen die Arbeiterabteilungen lehren, Bomben in Massen zu erzeugen, müssen ihnen und unseren Kampfgruppen helfen, sich genügende Vorräte an Sprengstoffen, Zündern und Selbstladegewehren zu besorgen. Wenn sich die Arbeitermassen am Aufstand in der Stadt beteiligen, wenn sich die Massen auf den Feind stürzen, wenn der Kampf um die Truppen, die nach der Duma, nach Sveaborg und Kronstadt¹²⁴ noch mehr schwanken, entschlossen und geschickt geführt und die Teilnahme des Dorfes am gemeinsamen Kampfe gesichert sein wird, dann werden wir im nächsten bewaffneten Aufstand, der ganz Rußland ergreifen wird, den Sieg davontragen!

Wir wollen daher, gestützt auf die Lehren der großen Tage der russischen Revolution, unsere Arbeit breiter entfalten, kühner an die Lösung unserer Aufgaben herangehen. Unserer Arbeit liegt die richtige Bewertung der Interessen der Klassen sowie alles dessen zugrunde, was im gegenwärtigen Augenblick die Bedürfnisse der Entwicklung der

allgemeinen Volksrevolution erfordern. Sturz der Zarenregierung und Einberufung der konstituierenden Versammlung durch die revolutionäre Regierung, das ist die Losung, um die wir einen immer größeren Teil des Proletariats, der Bauernschaft und der Truppen sammeln und sammeln werden. Die Stärkung des Bewußtseins der Massen wird wie stets die Grundlage und der Hauptinhalt unserer ganzen Arbeit sein. Vergessen wir aber nicht, daß sich in solchen Augenblicken wie demjenigen, den wir gegenwärtig in Rußland erleben, zu dieser allgemeinen, ständigen und wichtigsten Aufgabe besondere, spezielle Aufgaben gesellen. Wir wollen uns nicht in Pedanten und Philister verwandeln, wir wollen diesen besonderen Aufgaben des Augenblicks, diesen speziellen Aufgaben der gegebenen Kampfformen nicht durch nichtssagende Hinweise auf unsere ständigen, unter allen Bedingungen, zu allen Zeiten unveränderlichen Verpflichtungen ausweichen.

Seien wir dessen eingedenk, daß ein großer Massenkampf naht. Es wird der bewaffnete Aufstand sein. Er muß nach Möglichkeit an allen Orten zu gleicher Zeit erfolgen. Die Massen müssen wissen, daß sie zu bewaffnetem, blutigem, verzweifelterm Kampf schreiten. Todesverachtung muß die Massen ergreifen und den Sieg sichern. Die Offensive gegen den Feind muß aufs energischste durchgeführt werden. Angriff, nicht Verteidigung, muß die Losung der Massen sein, rücksichtslose Vernichtung des Feindes wird ihre Aufgabe sein; die Organisation des Kampfes wird leicht beweglich und elastisch sein; die schwankenden Elemente des Heeres werden in den aktiven Kampf gezogen werden. Die Partei des klassenbewußten Proletariats muß ihre Pflicht in diesem großen Kampfe erfüllen.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Proletarij“ Nr. 2,
11. September (29. August) 1906.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. X,
S. 66—75.

ÜBER DEN BOYKOTT

Die linken Sozialdemokraten müssen die Frage des Boykotts der Reichsduma revidieren. Hierbei ist zu bedenken, daß wir diese Frage stets konkret, in Abhängigkeit von der jeweiligen politischen Situation behandelt haben. So hat z. B. schon der (Genfer) „Proletarij“ geschrieben, „es wäre lächerlich, ein für allemal auf die Ausnutzung sogar einer solchen Duma wie der Bulyginschen zu verzichten“*, wenn sie das Licht der Welt erblicken sollte. Über die Wittesche Duma¹²⁵ aber lesen wir in N. Lenins und Th. Dans Broschüre „Die Reichsduma und die Sozialdemokratie“ (1906), in N. Lenins Artikel: „Wir müssen unbedingt die Frage der Taktik von neuem und sachlich erörtern... Die Lage ist jetzt anders als zur Zeit der Bulyginschen Duma.“

Zwischen der revolutionären und der opportunistischen Sozialdemokratie besteht in der Boykottfrage der folgende Hauptunterschied. Die Opportunisten beschränken sich darauf, auf jeden beliebigen Fall eine und dieselbe allgemeine Schablone anzuwenden, die einer besonderen Periode des deutschen Sozialismus¹²⁶ entnommen ist. Wir müssen die Volksvertretungen ausnutzen, die Duma ist eine solche Körperschaft — folglich ist Boykott Anarchismus, und wir müssen in die Duma gehen. In solch kindlich-einfachen Schlußfolgerungen haben sich stets alle Betrachtungen erschöpft, die unsere Menschewiki und insonderheit Plechanow über dieses Thema angestellt haben. Die Resolution der Menschewiki über die Bedeutung von Volksvertretungen in einer revolutionären Epoche (siehe Nr. 2 der „Partijnije Iswestija“) zeigt ganz besonders deutlich dies schablonenhafte, unhistorische Wesen ihrer Betrachtungen.

Die revolutionären Sozialdemokraten hingegen verlegen das Schwergewicht der Frage ausdrücklich auf das aufmerksame Studium der konkreten politischen Lage. Man kann den Aufgaben der russischen

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. VIII, S. 191—200. Der Übers.

revolutionären Epoche nicht damit gerecht werden, daß man deutsche Schablonen anwendet, die einseitig der neueren Zeit, ohne Berücksichtigung der Lehren der Jahre 1847—1848 entnommen sind. Es ist unmöglich, den Gang unserer Revolution zu verstehen, wenn man sich auf eine nackte Gegenüberstellung des „anarchistischen“ Boykotts und der sozialdemokratischen Wahlbeteiligung beschränkt. Lernt aus der Geschichte der russischen Revolution, ihr Herrschaften!

Diese Geschichte hat *bewiesen*, daß der Boykott der Bulyginschen Duma die einzig richtige Taktik war, der die Ereignisse in vollem Umfang recht gegeben haben. Wer das vergißt, wer über den Boykott schwätzt, ohne die Lehren der Bulyginschen Duma zu erwähnen (wie es die Menschewiki stets tun), der stellt sich selbst ein volles Armutzeugnis aus, bezeugt seine Unfähigkeit, eine der wichtigsten und ergebnisreichsten Epochen der russischen Revolution zu erklären und auszuwerten. Die Taktik des Boykotts der Bulyginschen Duma hat sowohl der Stimmung des revolutionären Proletariats als auch den objektiven besonderen Eigenschaften des Augenblicks Rechnung getragen, die in kürzester Frist eine allgemeine Massenaktion auslösen mußten.

Gehen wir zur *zweiten* Lehre der Geschichte über, zur Witteschen Kadettenduma. Heutzutage kann man auf Schritt und Tritt reumütige Reden sozialdemokratischer Intellektueller über den Boykott dieser Duma hören. Die Tatsache, daß diese Duma zusammengetreten ist und mittelbar der Revolution zweifellos einen Dienst erwiesen hat, betrachtet man als ausreichend dafür, den Boykott der Witteschen Duma reumütig für einen Fehler zu erklären.

Eine solche Ansicht aber ist äußerst einseitig und kurzichtig. Sie berücksichtigt nicht eine ganze Reihe von ungeheuer wichtigen Tatsachen aus der Epoche vor und während der Witteschen Duma und nach ihrer Auflösung. Man erinnere sich daran, daß das Gesetz über die Wahlen zu dieser Duma am 24. (11.) Dezember, während des bewaffneten Kampfes der Aufständischen für die Konstituante, erlassen wurde. Man erinnere sich daran, daß *sogar das menschewistische „Natschalo“* damals schrieb: „Das Proletariat wird die Wittesche Duma *ebenso* wegfeigen, wie es die Bulyginsche Duma weggefegt hat.“ Unter solchen Umständen konnte und durfte das Proletariat die Einberufung der ersten russischen Volksvertretung nicht kampfflos dem Zaren überlassen. Das Proletariat mußte den Versuch zunichte machen, die Selbstherrschaft durch eine Anleihe zu festigen, für die die Wittesche Duma die Garantie übernehmen sollte¹²⁷. Das Proletariat mußte die Verfassungsillusionen bekämpfen, auf denen im Frühjahr 1906 die *ganze*

Wahlkampagne der Kadetten und die Wahlen unter der Bauernschaft aufgebaut waren. Damals, zur Zeit einer maßlosen Überschätzung der Bedeutung der Duma, konnte ein solcher Kampf nicht anders geführt werden als durch den Boykott. In wie hohem Maße die *Verbreitung* der Verfassungsideen mit der Beteiligung an der Wahlkampagne und an den Wahlen vom Frühjahr 1906 verbunden war, ist am deutlichsten aus dem Beispiel unserer Menschewiki ersichtlich. Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß in der Resolution des IV. (Vereinigungs-) Parteitags der SDAPR die Duma ungeachtet der Warnungen der Bolschewiki als „*Macht*“ bezeichnet wurde! Ein anderes Beispiel: Plechanow, von des Gedankens Blässe nicht angekränkt, schrieb: „Die Regierung wird in den Abgrund *fallen*, wenn sie die Duma auseinandergelacht.“ Wie rasch haben sich die Worte, die damals gegen ihn gesagt wurden, als richtig erwiesen: Wir müssen uns dazu rüsten, den Feind in den Abgrund zu *stürzen* und nicht wie die Kadetten Hoffnungen darauf setzen, daß er von selbst in den Abgrund „fällt“.

Das Proletariat mußte mit allen Kräften seine selbständige Taktik in unserer Revolution verteidigen: zusammen mit der politisch bewußten Bauernschaft gegen die schwankende und verräterische liberalmonarchistische Bourgeoisie. Diese Taktik aber *konnte nicht* angewendet werden bei den Wahlen zur Witteschen Duma, kraft einer ganzen Reihe von Bedingungen sowohl objektiver als auch subjektiver Natur, Bedingungen, die die Tatsache zur Folge hatten, daß die Wahlbeteiligung für die überwiegende Mehrzahl der Ortschaften Rußlands einer stillschweigenden Unterstützung der Kadetten durch die Arbeiterpartei gleichgekommen wäre. Das Proletariat konnte und durfte nicht eine Taktik der Halbheiten, eine künstlich ausgeklügelte, auf „Schlauheit“ und Hilflosigkeit aufgebaute Taktik bei den Wahlen anwenden, deren Zweck niemand kannte, eine Taktik von Wahlen in die Duma, nicht aber für die Duma. Es ist aber bekanntlich eine geschichtliche Tatsache, die kein Totschweigen, keine Ausflüchte und Winkelzüge der Menschewiki aus der Welt zu schaffen vermögen — es ist eine Tatsache, daß *niemand* von ihnen, und nicht einmal Plechanow, in der Presse dazu aufrufen *konnte*, in die Duma zu gehen. Es ist eine Tatsache, daß in der Presse *nicht eine einzige* Stimme laut wurde, die aufgefördert hätte, in die Duma zu gehen. Es ist eine Tatsache, daß die Menschewiki selbst sich in einem Flugblatt des vereinigten ZK der SDAPR offiziell zum Boykott bekannten und *nur* darüber stritten, in welchem Stadium der Boykott in Kraft treten soll. Es ist eine Tatsache, daß die Menschewiki das Schwergewicht nicht auf die Wahlen *zur Duma*, sondern auf die Wahlen *an sich*, ja sogar auf den Prozeß der Wahlen als auf eine

Organisation für den Aufstand, für die Beseitigung der Duma verlegten. Die Ereignisse jedoch haben gerade gezeigt, daß eine Massenagitation bei den Wahlen unmöglich war und daß nur eine gewisse Möglichkeit bestand, eine Massenagitation aus der Duma selbst zu entfalten.

Wer versucht, alle diese komplizierten Tatsachen sowohl objektiver als auch subjektiver Natur wirklich in Betracht zu ziehen und auszuwerten, der sieht, daß der Kaukasus nur eine Ausnahme bildet, die die allgemeine Regel bestätigt. Der sieht, daß die reumütigen Reden und der Versuch, den Boykott mit „jugendlichem Übermut“ zu erklären, die allerengstirnigste, oberflächlichste und kurzsichtigste Bewertung der Ereignisse ist.

Die Auflösung der Duma hat jetzt anschaulich gezeigt, daß der Boykott in den Verhältnissen vom Frühjahr 1906 im allgemeinen zweifellos taktisch richtig und von Nutzen war. Nur durch den Boykott konnte die Sozialdemokratie unter den *damaligen* Verhältnissen ihre Pflicht erfüllen: die notwendige Warnung des Volkes vor der Konstitution des Zaren, die notwendige Kritik an den großmäuligen Wahllügen der Kadetten — beides (Warnung und Kritik) wurde durch die Auflösung der Duma glänzend gerechtfertigt.

Hier ein kleines Beispiel zur Veranschaulichung des Gesagten. Herr Wodowosow, zur Hälfte Kadett, zur Hälfte Menschewik, stand im Frühjahr 1906 wie ein Fels für die Wahlen und für die Unterstützung der Kadetten. Gestern (24. [11.] August) schrieb er im „Towarischtsch“¹²⁸, die Kadetten „wünschten eine parlamentarische Partei in einem Lande zu sein, das kein Parlament hat, und eine konstitutionelle Partei in einem Lande, das keine Konstitution hat“, daß „den ganzen Charakter der Kadettenpartei der grundlegende Widerspruch zwischen ihrem radikalen Programm und ihrer durchaus nicht radikalen Taktik bestimme“.

Einen größeren Triumph als dies Eingeständnis des linken Kadetten oder rechten Plechanow-Mannes könnten sich die Bolschewiki gar nicht wünschen.

Wenn wir aber die kleinmütigen und kurzsichtigen Reuebekenntnisse unbedingt ablehnen, wenn wir den etwas dummen Versuch ablehnen, den Boykott mit „jugendlichem Übermut“ zu erklären, so liegt uns doch der Gedanke fern, die *neuen* Lehren der Kadettenduma zu leugnen. Es wäre Pedanterie, sich davor zu fürchten, diese neuen Lehren offen anzuerkennen und ihnen Rechnung zu tragen. Die Geschichte hat gezeigt, daß der Zusammentritt der Duma die Möglichkeit bietet, eine nützliche Agitation innerhalb der Duma und um die Duma herum zu entfalten; daß eine Taktik der Annäherung an die revolutionäre

Bauernschaft gegen die Kadetten innerhalb der Duma möglich ist. So paradox es scheinen mag, aber es ist dies zweifellos die Ironie der Geschichte: gerade die Kadettenduma hat den Massen ganz besonders anschaulich gezeigt, daß diese „antikadettische“ — wie wir der Kürze halber sagen wollen — Taktik richtig war. Die Geschichte hat alle Verfassungsillusionen und allen „Glauben an die Duma“ rücksichtslos zerstört, aber die Geschichte hat zweifellos bewiesen, daß eine solche Einrichtung der Revolution einen gewissen, wenn auch bescheidenen Nutzen bringt als Tribüne zur Agitation, zur Entlarvung des wahren „Innern“ der politischen Parteien usw.

Hieraus ergibt sich die Schlußfolgerung. Lächerlich wäre es, die Augen vor der Wirklichkeit zu schließen. Gerade jetzt ist eine Zeit gekommen, wo die revolutionären Sozialdemokraten aufhören müssen, Boykottisten zu sein. Wir werden es nicht ablehnen, in die zweite Duma zu gehen, sobald (oder „falls“) sie einberufen wird. Wir werden es nicht ablehnen, diese Kampfarena auszunutzen, wobei wir gar nicht daran denken, ihre bescheidene Bedeutung zu überschätzen, sondern sie im Gegenteil, auf Grund der geschichtlichen Erfahrung, einem ganz anderen Kampfe unterordnen werden — dem Kampf, der mit Streiks, Aufständen und dergleichen mehr geführt wird. Wir werden den V. Parteitag einberufen; wir werden auf ihm beschließen, daß im *Falle von Wahlen* für einige Wochen ein Wahlabkommen mit den Trudowiki erforderlich ist (ohne Einberufung des V. Parteitags ist eine geschlossene Wahlkampagne unmöglich, alle „Blocks mit anderen Parteien“ aber sind durch einen Beschluß des IV. Parteitags unbedingt verboten). Und wir werden dann die Kadetten aufs Haupt schlagen.

Diese Schlußfolgerung aber erschöpft bei weitem noch nicht die ganze Kompliziertheit der Aufgabe, vor der wir stehen. Wir haben absichtlich die Worte „im Falle von Wahlen“ unterstrichen. Wir wissen noch nicht, ob eine zweite Duma einberufen wird, wann die Wahlen stattfinden werden, wie das Wahlrecht aussehen wird, wie sich dann die Verhältnisse gestalten werden. Unsere Schlußfolgerung weist daher einen außerordentlichen Mangel auf, sie ist viel zu allgemein, aber wir müssen diese Schlußfolgerung ziehen, um das Fazit aus der Vergangenheit zu ziehen, um die Lehren dieser Vergangenheit auszuwerten, um die künftigen Fragen der Taktik richtig zu stellen, aber unsere Schlußfolgerung genügt durchaus noch nicht für die Lösung der konkreten Aufgaben der nächsten Taktik.

Nur Kadetten und alle möglichen „kadettenähnliche“ Leute können sich gegenwärtig mit einer solchen Schlußfolgerung begnügen, können sich aus ihren schnsüchtigen Seufzern nach einer neuen Duma eine

„Losung“ schaffen, können ihre Aufgabe darin sehen, der Regierung die Notwendigkeit der schleunigsten Einberufung der Duma und dergleichen mehr zu beweisen. Nur bewußte oder unbewußte Verräter der Revolution können *jetzt* alle ihre Anstrengungen darauf richten, den unvermeidlichen neuen Aufschwung der Stimmung und der Erregung in die Wahlen ausmünden zu lassen und nicht in den Kampf mit Hilfe des Generalstreiks und des Aufstands.

Wir sind zum Kern der Frage der gegenwärtigen Taktik der Sozialdemokratie gelangt. Durchaus nicht darum handelt es sich jetzt, ob wir uns überhaupt an den Wahlen beteiligen sollen. Hier „ja“ oder „nein“ sagen, heißt noch gar nichts über die Grundaufgabe des gegenwärtigen Augenblicks sagen. Die politische Lage vom August 1906 ist äußerlich der Lage vom August 1905 ähnlich, seit dieser Zeit aber haben wir einen gewaltigen Schritt vorwärts getan; viel genauer sind sowohl die Kräfte, die auf der einen und auf der anderen Seite kämpfen, als auch die Formen des Kampfes und gewisse Fristen bestimmt, die für diese oder jene strategische Bewegung, wenn man sich so ausdrücken darf, benötigt werden.

Der Plan der Regierung ist klar. Ihre Berechnung ist durchaus richtig: sie setzt den Zeitpunkt der Einberufung der Duma fest, ohne — *entgegen dem Gesetz* — den Zeitpunkt der Wahlen festzusetzen. Die Regierung will sich nicht die Hände binden, will nicht ihre Karten aufdecken. Erstens gewinnt sie Zeit, sich zu überlegen, wie sie das Wahlgesetz ändern soll. Zweitens — und das ist die Hauptsache — behält sie noch den Trumpf zurück, die Wahlen für einen solchen Zeitpunkt anzusetzen, in dem der Charakter des neuen Aufschwungs und seine Kraft genau bestimmt werden können. Die Regierung will die Neuwahlen gerade für einen solchen Zeitpunkt (vielleicht auch in einer solchen Form, d. h. solche oder andere Wahlen) ansetzen, wo *der Aufstand gleich zu Beginn zersplittert und zur Ohnmacht verurteilt wird*. Die Regierung überlegte richtig: wenn alles ruhig bleibt, werden wir vielleicht die Duma überhaupt nicht einberufen, oder zu den Bulyginschen Gesetzen zurückkehren. Im Falle einer starken Bewegung aber könnte man versuchen, sie dadurch zu zersplittern, daß man vorübergehend Wahlen ausschreibt, durch die diese oder jene Feiglinge oder Einfaltspinsel vom offenen revolutionären Kampf fortgelockt werden.

Die liberalen Dummköpfe (siehe „Towarischtsch“ und „Rjetsch“) verstehen die Lage so wenig, daß sie selbst der Regierung in die Netze gehen. Im Schweiß ihres Angesichts „beweisen“ sie, daß die Duma notwendig und daß es *wünschenswert* sei, den Aufschwung in die Wahlen ausmünden zu lassen. Aber auch sie können nicht leugnen, daß die

Frage der Form des nächsten Kampfes noch offen bleibt. Die heutige „Rjetsch“ (vom 25. [12.] August) gibt zu: „Was die Bauern im Herbst sagen werden ... ist einstweilen ungewiß.“ „Bis zum September-Oktober, bis sich endgültig herausstellen wird, wie die Stimmung der Bauern ist, ist es schwer, irgendwelche allgemeine Voraussagen zu geben.“

Die liberalen Bourgeois bleiben sich treu. Sie wollen und können sich nicht aktiv daran beteiligen, die Kampfformen zu bestimmen und die Stimmung der Bauern in der einen oder der anderen Richtung zu beeinflussen. Die Interessen der Bourgeoisie erfordern nicht den Sturz der alten Regierung, sondern nur ihre Schwächung und die Ernennung eines liberalen Kabinetts.

Die Interessen des Proletariats erfordern den völligen Sturz der alten Zarenregierung und die Einberufung einer souveränen Konstituierenden Versammlung. Die Interessen des Proletariats erfordern, daß es aufs aktivste die Stimmung der Bauernschaft beeinflusse, sich aufs aktivste an der Wahl der schärfsten Formen des Kampfes und des geeignetsten Augenblicks für den Kampfbeginn beteilige. Wir dürfen keinesfalls die Losung: Einberufung der Konstituierenden Versammlung auf revolutionärem Wege, d. h. durch die provisorische revolutionäre Regierung, zurückziehen oder vertuschen. Wir müssen alle unsere Anstrengungen darauf richten, die Vorbedingungen des Aufstandes klarzustellen — seine Verbindung mit dem Streikkampf, den Zusammenschluß und die Vorbereitung aller revolutionären Kräfte für dies Ziel usw. Wir müssen mit voller Entschlossenheit den Weg betreten, der vorgezeichnet ist in den bekannten Aufrufen: „An die Armee und Flotte“ und „An die gesamte Bauernschaft“, in den Aufrufen, die vom „Block“ aller revolutionären Organisationen einschließlich der Trudowikigruppe unterzeichnet sind. Wir müssen schließlich insbesondere dafür sorgen, daß es der Regierung keineswegs gelinge, den beginnenden Aufstand durch die Anberaumung der Wahlen zu zersplittern, zum Stillstand zu bringen oder zu schwächen. In dieser Hinsicht müssen die Lehren der Kadettenduma für uns unbedingt verbindlich sein: die Wahlkampagne ist eine untergeordnete Kampfform, eine Kampfform zweiten Ranges, Hauptkampfform bleiben — kraft objektiver Bedingungen des Augenblicks — die unmittelbar revolutionären Bewegungen der breiten Volksmassen.

Eine Taktik, die die Duma-Kampagne dem Hauptkampf unterordnet, dieser Kampagne den zweiten Platz zuweist für den Fall, daß die Schlacht einen verhängnisvollen Verlauf nimmt oder sich so lange verzögert, bis die Lehren aus der zweiten Duma gezogen sind — eine

solche Taktik kann man natürlich, wenn man will, als alte Boykott-Taktik bezeichnen. Formell läßt sich eine solche Bezeichnung verteidigen, denn die „Vorbereitung zu Wahlen“ — abgesehen von der stets notwendigen Arbeit der Agitation und Propaganda — läuft auf die allerkleinsten technischen Vorbereitungen hinaus, die sehr selten lange vor den Wahlen getroffen werden können. Wir wollen nicht über Worte streiten, aber im wesentlichen ist es die folgerichtige *Entwicklung* der alten Taktik und nicht ihre *Wiederholung*, die Schlußfolgerung aus dem früheren Boykott und nicht der frühere Boykott selbst.

Fassen wir zusammen. Wir müssen die Erfahrung der Kadetten-duma berücksichtigen und ihre Lehren in die Massen tragen. Wir müssen beweisen, daß die Duma ein „unbrauchbares“ Werkzeug ist, daß eine Konstituierende Versammlung erforderlich ist, wir müssen die schwankende Haltung der Kadetten aufzeigen, müssen fordern, daß die Trudowiki das Joch der Kadetten abwerfen, müssen die Trudowiki gegen die Kadetten unterstützen. Wir müssen von vornherein feststellen, daß im Falle von Neuwahlen ein Wahlabkommen zwischen Sozialdemokraten und Trudowiki notwendig ist. Wir müssen mit aller Kraft dem Plan der Regierung, den Aufstand durch Anberaumung der Wahlen zu zersplittern, entgegenwirken. Die Sozialdemokratie muß mit noch größerer Kraft ihre erprobten revolutionären Losungen vertreten und alle Anstrengungen darauf richten, alle revolutionären Elemente und Klassen noch fester zusammenzuschweißen, den Aufschwung, der wahrscheinlich schon in nächster Zukunft erfolgt, zu einem allgemeinen bewaffneten Volksaufstand gegen die Zarenregierung zu machen.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Proletarij“ Nr. 1,
3. September (21. August) 1906.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. X,
S. 33—42.

DIE LEHREN DER REVOLUTION

Fünf Jahre sind vergangen, seitdem im Oktober 1905 die Arbeiterklasse Rußlands den ersten wichtigen Schlag gegen die zaristische Selbstherrschaft führte. Das Proletariat hat in jenen großen Tagen Millionen Werktätiger zum Kampf gegen ihre Unterdrücker mitgerissen. Es hat sich in den wenigen Monaten des Jahres 1905 Verbesserungen erkämpft, die die Arbeiter jahrzehntelang vergeblich von der „Obrigkeit“ erwartet hatten. Das Proletariat erkämpfte für das ganze russische Volk, wenn auch nur für kurze Zeit, eine in Rußland noch nie dagewesene Presse-, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit. Es fegte die Bulyginsche Pseudo-Duma von seinem Wege, entriß dem Zaren das Manifest über die Verfassung und machte es ein für allemal unmöglich, Rußland ohne Vertretungskörperschaften zu regieren.

Die gewaltigen Siege des Proletariats erwiesen sich als halbe Siege, weil die zaristische Macht nicht gestürzt worden war. Der Dezemberaufstand endete mit einer Niederlage, und die zaristische Selbstherrschaft begann, in dem Maße, wie der Ansturm der Arbeiter und der Massenkampf schwächer wurden, der Arbeiterklasse eine Errungenschaft nach der andern wieder zu rauben. Im Jahre 1906 waren die Streiks der Arbeiter, die Bauern- und Soldatenunruhen weitaus schwächer als im Jahre 1905, aber immerhin waren sie noch sehr stark. Der Zar jagte die I. Duma auseinander, zu deren Zeit der Kampf des Volkes sich wieder zu entfalten begonnen hatte, aber er wagte es nicht, das Wahlgesetz sofort zu ändern. Im Jahre 1907 wurde der Kampf der Arbeiter noch schwächer, und nachdem der Zar die II. Duma auseinandergejagt hatte, vollzog er einen Staatsstreich (3. Juni 1907); er brach alle seine feierlichsten Versprechungen, keine Gesetze ohne Zustimmung der Duma zu erlassen, und änderte das Wahlgesetz so, daß die Mehrheit in der Duma den Gutsbesitzern und Kapitalisten, der Partei der Schwarzhunderter und ihren Helfershelfern absolut gesichert war.

Sowohl die Siege wie die Niederlagen der Revolution haben dem russischen Volk gewaltige geschichtliche Lehren erteilt. Indem wir den fünften Jahrestag der Revolution von 1905 begehen, wollen wir versuchen, uns den Hauptinhalt dieser Lehren klarzumachen.

Die erste und grundlegende Lehre ist die, daß nur der revolutionäre Massenkampf imstande ist, einigermaßen ernste Verbesserungen im Leben der Arbeiter und in der Verwaltung des Staates durchzusetzen. Keine „Sympathie“ der gebildeten Leute für die Arbeiter, kein heroischer Kampf terroristischer Einzelgänger konnten die zaristische Selbstherrschaft und die Allmacht der Kapitalisten untergraben. Nur der Kampf der Arbeiter selbst, nur der gemeinsame Kampf der Millionen konnte das tun, und als dieser Kampf schwächer wurde, begann man sofort den Arbeitern das, was sie sich erobert hatten, wieder zu entreißen. Die russische Revolution hat bestätigt, was im internationalen Lied der Arbeiter gesungen wird:

„Es rettet uns kein höheres Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun,
Uns aus dem Elend zu erlösen,
Können wir nur selber tun.“

Die zweite Lehre ist die, daß es nicht genügt, die Macht des Zaren zu untergraben, einzuschränken. Sie muß vernichtet werden. Solange die Zarenmacht nicht vernichtet ist, werden die Zugeständnisse des Zaren stets von kurzer Dauer sein. Der Zar machte Zugeständnisse, als der Ansturm der Revolution stärker wurde, und nahm alle Zugeständnisse wieder zurück, als der Ansturm schwächer wurde. Nur die Eroberung der demokratischen Republik, der Sturz der zaristischen Macht, der Übergang der Macht in die Hände des Volkes kann Rußland befreien von der Gewalt und der Willkür der Beamten, von der Duma der Schwarzhunderter und Oktobristen, von der Allmacht der Gutsbesitzer und ihrer Helfershelfer im Dorf. Wenn das Elend der Bauern und der Arbeiter heute, nach der Revolution, noch größer geworden ist als es vorher war, so ist das das Entgelt dafür, daß die Revolution schwach war, daß die zaristische Macht nicht gestürzt worden ist. Das Jahr 1905 und später die beiden ersten Dumas und ihre Auflösung haben das Volk sehr vieles gelehrt, haben es vor allem gelehrt, für politische Forderungen gemeinsam zu kämpfen. Das zum politischen Leben erwachende Volk forderte zunächst von der Selbstherrschaft Zugeständnisse: der Zar solle die Duma einberufen, der Zar solle die alten Minister durch neue ersetzen, der Zar solle das allgemeine Wahlrecht „gewähren“. Aber die Selbstherrschaft ging auf solche Zu-

geständnisse nicht ein und konnte nicht darauf eingehen. Die Bitten um Zugeständnisse beantwortete die Selbstherrschaft mit Bajonetten. Und da begann das Volk zu der Einsicht zu kommen, daß der *Kampf* gegen die absolutistische Macht notwendig ist. Und diese Einsicht wird den Bauern heute von Stolypin¹²⁹ und der schwarzen Duma der Herren mit noch größerer Kraft sozusagen in die Köpfe gehämmert. Sie hämmern sie ihnen ein, und sie wird ihnen eingehämmert sein.

Auch die zaristische Selbstherrschaft hat aus der Revolution ihre Lehren gezogen. Sie hat gesehen, daß sie sich auf die Zarengläubigkeit der Bauern nicht mehr verlassen kann. Sie festigt jetzt ihre Macht durch ein Bündnis mit den Schwarzhunderter-Gutsbesitzern und okto-bristischen Fabrikanten. Um die zaristische Selbstherrschaft zu stürzen, ist heute ein weitaus stärkerer Ansturm des revolutionären Massenkampfes notwendig als im Jahre 1905.

Ist ein solcher weitaus stärkerer Ansturm möglich? Die Antwort auf diese Frage führt uns zu der *dritten und wichtigsten* Lehre der Revolution. Diese Lehre besteht darin, daß wir gesehen haben, *wie* die verschiedenen Klassen des russischen Volkes handeln. Vor dem Jahre 1905 hat es vielen geschienen, das ganze Volk strebe in gleicher Weise nach der Freiheit und wolle die gleiche Freiheit; wenigstens hatte die gewaltige Mehrheit keine klare Vorstellung davon, daß die verschiedenen Klassen des russischen Volkes sich zum Kampf für die Freiheit verschieden verhalten und nicht die gleiche Freiheit anstreben. Die Revolution hat den Nebel zerstreut. Ende 1905 und dann auch zur Zeit der I. und der II. Duma traten *alle* Klassen der russischen Gesellschaft offen auf. Sie zeigten sich in der Praxis, offenbarten ihre wahren Bestrebungen, zeigten, wofür sie kämpfen können und wie stark, hartnäckig, energisch zu kämpfen sie imstande sind.

Die Arbeiter der Fabriken und Werke, das Industrieproletariat hat am entschlossensten und hartnäckigsten gegen die Selbstherrschaft gekämpft. Das Proletariat hat die Revolution mit dem 9. Januar und mit Massenstreiks begonnen. Das Proletariat hat den Kampf bis zur letzten Konsequenz geführt, indem es sich im Dezember 1905 zum bewaffneten Aufstand erhob, zur Verteidigung der Bauern, die niedergeschossen, mißhandelt und gefoltert wurden. Die Zahl der streikenden Arbeiter betrug im Jahre 1905 etwa *drei Millionen* (mit den Eisenbahnern, den Postangestellten usw. sicherlich an die vier Millionen), im Jahre 1906 — eine Million, im Jahre 1907 — drei Viertel Millionen. Eine solche Stärke der Streikbewegung hat die Welt noch nicht gesehen. Das russische Proletariat hat gezeigt, welche gewaltigen Kräfte in den Arbeitermassen verborgen sind, wenn eine wirklich revolutionäre

näre Krise heranreift. Die Streikwelle des Jahres 1905, die gewaltigste der Welt, hat noch bei weitem nicht alle Kampfkräfte des Proletariats erschöpft. Im Moskauer Industriegebiet zum Beispiel haben bei 567000 Industricarbeitern 540000 Mann gestreikt, im Petersburger Gebiet jedoch bei 300000 Industriearbeitern 1 Million Mann. Die Arbeiter des Moskauer Gebiets haben also bei weitem noch nicht eine solche Hartnäckigkeit im Kampf entfaltet wie die Petersburger Arbeiter. Und im Gouvernement Livland (in der Stadt Riga) kamen auf 50000 Arbeiter 250000 Streikende, d. h. jeder Arbeiter streikte im Jahre 1905 durchschnittlich mehr als fünfmal. Heute gibt es in ganz Rußland keinesfalls weniger als drei Millionen Fabrik-, Berg- und Eisenbahnarbeiter, und diese Zahl steigt von Jahr zu Jahr; bei einer solchen Stärke der Bewegung, wie sie Riga im Jahre 1905 aufwies, könnten sie eine Armee von 15 Millionen Streikenden aufstellen.

Einem solchen Ansturm gegenüber würde keine zaristische Macht standhalten. Aber jedermann versteht, daß ein solcher Ansturm nicht künstlich, auf Wunsch der Sozialisten oder der fortgeschrittenen Arbeiter hervorgerufen werden kann. Ein solcher Ansturm ist nur dann möglich, wenn das ganze Land von einer Krise, von Empörung, von der Revolution erfaßt wird. Um einen solchen Ansturm vorzubereiten gilt es, die rückständigsten Schichten der Arbeiter in den Kampf hineinzuziehen, gilt es, jahrelang eine hartnäckige, umfassende, unbeirrbar propagandistische, Agitations- und Organisationsarbeit zu leisten und die verschiedensten Verbände und Organisationen des Proletariats zu schaffen und zu festigen.

Hinsichtlich der Wucht des Kampfes stand die Arbeiterklasse Rußlands an der Spitze aller übrigen Klassen des russischen Volkes. Die Bedingungen selbst, unter denen die Arbeiter leben, machen sie fähig zum Kampf und treiben sie zum Kampf. Das Kapital ballt die Arbeiter in gewaltigen Massen in den großen Städten zusammen, schließt sie zusammen, lehrt sie, gemeinsam zu handeln. Auf Schritt und Tritt stoßen die Arbeiter unmittelbar auf ihren Hauptfeind — die Klasse der Kapitalisten. Im Kampf gegen diesen Feind wird der Arbeiter Sozialist, gelangt er zu der Erkenntnis, daß es gilt, die ganze Gesellschaft völlig umzubauen, jegliches Elend und jegliche Unterdrückung völlig zu beseitigen. Die zu Sozialisten werdenden Arbeiter kämpfen rückhaltlos und mutig gegen alles, was ihnen im Wege steht, vor allem aber gegen die zaristische Macht und die feudalen Gutsbesitzer.

Auch die Bauern sind während der Revolution in den Kampf gegen die Gutsbesitzer und gegen die Regierung getreten, aber ihr Kampf war weitaus schwächer. Es ist berechnet worden, daß von den

Industriearbeitern die Mehrheit (bis zu $\frac{3}{5}$) am revolutionären Kampf, an den Streiks teilgenommen hat, von den Bauern dagegen zweifellos nur eine Minderheit: bestimmt nicht mehr als ein Fünftel oder ein Viertel. Die Bauern kämpften weniger hartnäckig, zersplitterter, weniger bewußt, nicht selten immer noch in der Hoffnung auf die Güte des Väterchen Zar. In den Jahren 1905—1906 haben die Bauern dem Zaren und den Gutsbesitzern eigentlich nur einen Schreck eingejagt. Man soll ihnen aber keinen Schreck einjagen, man muß sie *vernichten*, muß *ihre* Regierung — die *Zarenregierung* — vom Erdboden fortfeigen. Jetzt bemühen sich Stolypin und die Duma der Schwarzhunderter und der Gutsbesitzer, aus den reichen Bauern neue Guts- und Hofbesitzer, Verbündete des Zaren und der Schwarzhunderter zu machen. Aber je mehr der Zar und die Duma den reichen Bauern helfen, die Masse der Bauern zu ruinieren, desto bewußter wird diese Masse, desto weniger wird sie den Glauben an den Zaren, den Glauben höriger Sklaven, den Glauben geduckter und unwissender Menschen wahren. Mit jedem Jahre wächst im Dorf die Zahl der Landarbeiter, — und diese können ihre Rettung nirgend woanders suchen als in dem Bündnis mit den städtischen Arbeitern für den gemeinsamen Kampf. Mit jedem Jahr wächst im Dorf die Zahl der ruinierten, völlig verelendeten, ausgehungerten Bauern, — Millionen und aber Millionen von ihnen werden, wenn das Stadtproletariat sich erhebt, entschiedener und geschlossener den Kampf gegen den Zaren und die Gutsbesitzer aufnehmen.

An der Revolution hat auch die liberale Bourgeoisie teilgenommen, d. h. die liberalen Gutsbesitzer, Fabrikanten, Rechtsanwälte, Professoren usw. Sie bilden die Partei der „Volksfreiheit“ (Konstitutionelle Demokraten, Kadetten). Sie haben dem Volke viel versprochen und in ihren Zeitungen viel Aufhebens von der Freiheit gemacht. Sie hatten die Mehrheit der Deputierten in der I. wie in der II. Duma. Sie versprachen, auf „friedlichem Wege“ die Freiheit zu erlangen, sie verurteilten den revolutionären Kampf der Arbeiter und Bauern. Die Bauern und viele der Bauerndeputierten (der „Trudowiki“) glaubten diesen Versprechungen, sie folgten demütig und gehorsam den Liberalen und blieben abseits vom revolutionären Kampf des Proletariats. Das war der größte Fehler der Bauern (und vieler Städter) während der Revolution. Die Liberalen unterstützten — wenn auch sehr, sehr selten — mit der einen Hand den Kampf für die Freiheit, die andere Hand aber streckten sie stets dem Zaren entgegen, dem sie versprachen, seine Macht aufrechtzuerhalten und zu festigen, die Bauern mit den Gutsbesitzern auszusöhnen, die „streitsüchtigen“ Arbeiter zu „beschwichtigen“.

Als die Revolution bis zum entscheidenden Kampf gegen den Zaren, bis zum Dezemberaufstand des Jahres 1905 gediehen war, da haben die Liberalen durch die Bank die Freiheit des Volkes gemein verraten und sind vom Kampf abgeschwenkt. Die zaristische Selbstherrschaft nutzte diesen Verrat der Liberalen an der Volksfreiheit aus, sie nutzte die Unwissenheit der Bauern aus, die in vielem den Liberalen glaubten, und schlug die aufständischen Arbeiter nieder. Als aber das Proletariat niedergeschlagen war, da haben keine Dumas, keine honigsüßen Reden der Kadetten, keine ihrer Versprechungen den Zaren davon zurückgehalten, alle Reste der Freiheit zu vernichten, die Selbstherrschaft und die Allmacht der feudalen Gutsbesitzer wiederaufzurichten.

Die Liberalen waren die Betrogenen. Die Bauern haben eine harte, aber nützliche Lehre erhalten. Es wird in Rußland keine Freiheit geben, solange die breiten Massen des Volkes den Liberalen glauben, solange sie an die Möglichkeit eines „Friedens“ mit der zaristischen Macht glauben, solange sie sich abseits vom revolutionären Kampf der Arbeiter halten. Keine Macht der Erde wird den Anbruch der Freiheit in Rußland aufhalten können, wenn die Masse des städtischen Proletariats sich zum Kampf erhebt, die schwankenden und verräterischen Liberalen beiseiteschiebt und die Landarbeiter sowie die ruinierte Bauernschaft in den Kampf führt.

Daß aber das Proletariat Rußlands sich zu einem solchen Kampf erheben, daß es sich wieder an die Spitze der Revolution stellen wird, — dafür bietet die ganze ökonomische Lage Rußlands Gewähr, die ganze Erfahrung der Revolutionsjahre.

Vor fünf Jahren hat das Proletariat der zaristischen Selbstherrschaft den ersten Schlag versetzt. Dem russischen Volke leuchteten die ersten Strahlen der Freiheit. Jetzt ist die zaristische Selbstherrschaft wiederhergestellt, wieder herrschen und regieren die Fronherren, wieder wird überall den Arbeitern und Bauern Gewalt angetan, überall triumphieren asiatische Willkür der Behörden und gemeine Verhöhnung des Volkes. Aber die harten Lehren sind nicht vergeblich gewesen. Das russische Volk ist nicht mehr das, was es vor 1905 war. Das Proletariat hat das Volk kämpfen gelehrt. Das Proletariat wird es zum Siege führen.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Rabotschaja Gaseta“ Nr. 1,
12. November (30. Oktober) 1910.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, 3. Aufl.,
Bd. XIV, S. 369—373, russ.

**Die Periode
der Stolypinschen Reaktion.**

**Formierung der Bolschewiki
zu einer selbständigen
marxistischen Partei**

POLITISCHE NOTIZEN

Die Chauvinisten sind an der Arbeit. Eifrig werden Gerüchte über Kriegsrüstungen der Japaner verbreitet, über die Konzentrierung von 600 Bataillonen in der Mandschurei zum Überfall auf Rußland. Auch die Türkei rüste angeblich eifrig, um schon in diesem Frühjahr Rußland den Krieg zu erklären. Es heißt auch, im Kaukasus werde ein Aufstand vorbereitet, um die Loslösung von Rußland zu erreichen (es fehlt nur noch, daß man über Pläne der Polen Geschrei erhebt!). Die Hetze gegen Finnland wird durch Märchen über seine Rüstungen angefacht. Aus Anlaß des Baues einer Eisenbahn in Bosnien wird eine erbitterte Kampagne gegen Österreich entfaltet. Es mehren sich die Ausfälle der russischen Presse gegen Deutschland, das angeblich die Türkei gegen Rußland aufhetzt. Die Kampagne wird nicht nur in der russischen, sondern auch in der französischen Presse aufgezogen, an deren Bestechung durch die russische Regierung erst vor kurzem und so sehr zur rechten Zeit ein Sozialdemokrat in der Duma erinnert hat.

Die ernsthafte bürgerliche Presse des Westens weigert sich, diese ganze Kampagne als die Ausgeburt der Phantasie von Zeitungsschreibern oder das Geschäft sensationslüsterner Leute zu betrachten. Nein, augenscheinlich geht von den „regierenden Kreisen“ — lies: von der zaristischen Schwarzhunderter-Regierung oder von einer geheimen Hofkamarilla, etwa in der Art der berüchtigten „Sternkammer“* — irgendeine durchaus bestimmte Parole, irgendeine systematische „Linie“ aus, augenscheinlich hat sie irgendeinen „neuen Kurs“ eingeschlagen. Daß man die Türen der Dumakommission für Landesverteidigung für alle Nichtmitglieder, d. h. nicht nur für die revolutionären Parteien, sondern auch für die Kadetten geschlossen hat, wird von der ausländischen

* Spitzname der russischen Hofkamarilla, mit Anspielung auf die Ordenssterne, nach dem vom englischen König Heinrich VII. 1487 gegründeten politischen Gerichtshof Star Chamber (Sternkammer), so genannt, weil Sterne die Decke des Sitzungssaales zierten. *Der Übers.*

Presse in direkten Zusammenhang mit dieser chauvinistischen Kampagne gebracht; man meint sogar, die russische Regierung beabsichtige, um ihrer Verhöhnung des „Konstitutionalismus“ die Krone aufzusetzen, um Bewilligung der Kredite für militärische Verstärkungen an der Grenze nicht bei der ganzen Duma, sondern nur bei der aus Schwarzhundertern und Oktobristen zusammengesetzten Kommission nach-zusuchen.

Nachstehend einige Zitate aus europäischen, durchaus nicht sozialistischen Zeitungen, die keinesfalls eines Optimismus in puncto russische Revolution verdächtigt werden können:

„Die deutschen Siege über Frankreich (1870) haben, wie Bismarck einmal bemerkte, den Ehrgeiz der russischen Militärs entfacht, und sie strecken ihre Hände ebenfalls nach Kriegslorbeeren aus. Aus politischen, religiösen und historischen Gründen schien ihnen die Türkei ein besonders geeignetes Objekt zu diesem Zweck zu sein (Krieg mit der Türkei 1877/78). Augenscheinlich sind auch jetzt bestimmte Kreise Rußlands, die die Lehren des japanischen Krieges vergessen haben und für die wahren Bedürfnisse des Landes kein Verständnis haben, der gleichen Meinung. Da es auf dem Balkan keine slawischen Brüder mehr zu befreien gibt, muß man zu anderen Mitteln greifen, um die russische öffentliche Meinung zu beeinflussen. Diese Mittel sind aber — um die Wahrheit zu sagen — noch plumper als die damaligen: man will die Sache so darstellen, als ob Rußland von inneren und äußeren Feinden umringt wäre.“

„Die regierenden Kreise Rußlands wollen den Versuch machen, ihre Lage durch erprobte Mittel zu festigen, nämlich durch gewaltsame Unterdrückung der Freiheitsbewegung im Lande und durch Ablenkung der Aufmerksamkeit des Volkes von der traurigen inneren Lage, indem man nationalistische Gefühle weckt und diplomatische Konflikte schafft, deren Folgen nicht abzusehen sind.“

Welche Bedeutung hat diese neue chauvinistische Linie in der Politik der konterrevolutionären Selbstherrschaft? Nach Tsushima und Mukden¹³⁰ können sich auf eine solche Politik nur Leute werfen, die endgültig jeden Boden unter den Füßen verlieren. Die Erfahrung zweier Jahre Reaktion hat der Schwarzhunderter-Selbstherrschaft trotz all ihrer Anstrengungen *keinerlei* zuverlässige innere Stütze zu schaffen vermocht, hat *keinerlei* neue Klassenelemente ins Leben gerufen, die die Selbstherrschaft *wirtschaftlich* erneuern könnten. *Ohne diese Voraussetzung* aber können keine Brutalitäten, kann kein noch so zügelloses Wüten der Konterrevolution das gegenwärtige politische Regime Rußlands aufrechterhalten.

Sowohl Stolypin als auch die extrem-reaktionären Gutsbesitzer und die Oktobristen sind sich darüber klar, daß es ihnen unmöglich sein wird, sich an der Macht zu halten, wenn sie sich nicht neue Klassenstützpunkte schaffen. Daher ihre Politik der vollständigen Ruinierung

der Bauernschaft, der gewaltsamen Zerstörung der Landgemeinde, um dem Kapitalismus in der Landwirtschaft, *koste es, was es wolle*, den Weg zu ebnen. Die russischen Liberalen, die gelehrtesten, die gebildetsten, die „humansten“ unter ihnen — etwa die Professoren aus der Zeitung „Russkije Wjedomosti“ — erweisen sich in dieser Beziehung ungleich beschränkter als die Stolypins. „Man wird darüber nicht staunen dürfen — schreibt der Leitartikler dieser Zeitung am 1. Februar —, wenn z. B. bei der Entscheidung über die Gesetze der provisorischen Bestimmungen vom November die gestrigen Anhänger der Dorfgemeinde und Slawophilen den Versuch der Regierung unterstützen werden, durch Übergabe des Bodens in persönliches Eigentum der einzelnen Hauswirte die Gemeinde zu zerstören . . . Man kann sogar annehmen, daß die Verteidigungsziele, die der konservativen Dummheit und der Regierung gemeinsam sind, der einen wie der anderen sogar noch aggressivere Maßnahmen eingeben werden als die berühmten Ukase von 1906 . . . Fürwahr, ein verblüffendes Bild: die konservative Regierung bereitet mit Unterstützung von Vertretern der konservativen Parteien eine radikale Reform auf dem Gebiet der Agrarbeziehungen vor, das doch schroffen Wendungen am allerwenigsten zugänglich ist, und entschließt sich zu einer so radikalen Maßnahme auf Grund abstrakter Erwägungen über die Vorzüge einer Besitzform gegenüber einer anderen.“

So wachen Sie doch auf, Herr Professor, schütteln Sie den Aktentaub der großväterlichen Volkstümlerrichtung von sich, schauen Sie sich an, was die zwei Jahre Revolution getan haben. Stolypin hat euch nicht nur durch physische Kraft besiegt, sondern auch dadurch, daß er das allerpraktischste Bedürfnis der ökonomischen Entwicklung, die Notwendigkeit einer gewaltsamen Umgestaltung der alten Formen des Grundbesitzes richtig erfaßt hat. Der von der Revolution unwiderruflich vollzogene große „Ruck“ besteht darin, daß die reaktionäre Selbstherrschaft, die sich früher auf die mittelalterlichen Formen des Grundbesitzes stützen konnte, jetzt *genötigt* ist, vollständig und unwiderruflich *genötigt* ist, in fieberhafter Eile an deren Zerstörung zu arbeiten. Denn sie hat erkannt, daß es *ohne Zerstörung* der alten Agrarbeziehungen *keinen Ausweg* aus dem Widerspruch *gibt*, der für die russische Revolution die tiefstschürfende Erklärung liefert: der rückständigste Grundbesitz, das unkultivierteste Dorf — aber der fortgeschrittenste Industrie- und Finanzkapitalismus.

Ihr seid also für die Stolypinsche Agrargesetzgebung? — werden uns die Volkstümmler entsetzt fragen. — O nein! Beruhigt euch! Wir sind unbedingt gegen *alle* Formen des alten Grundbesitzes in Rußland,

sowohl des feudalen Grundbesitzes als auch des bäuerlichen Anteil-landbesitzes. Wir sind unbedingt für gewaltsame Zerstörung dieses verfaulten, verwesenden, alles Neue vergiftenden Alten, wir sind für die bürgerliche *Nationalisierung* des Bodens als die einzige konsequente Losung der bürgerlichen Revolution, als die einzige praktische Maßnahme, die die ganze Spitze der historisch notwendigen Umwälzung gegen die Gutsbesitzer lenkt und das Emporwachsen freier Landwirte aus der Bauernmasse fördert.

Die Eigentümlichkeit der russischen bürgerlichen Revolution besteht darin, daß in der Hauptfrage der Revolution, in der Agrarfrage, revolutionäre Politik von den Reaktionären sowie von den Bauern und Arbeitern gemacht wird. Die liberalen Advokaten und Professoren aber verfechten das Lebloseste, das Sinnloseste, die größte Utopie, die es gibt: die Versöhnung zweier entgegengesetzter, einander ausschließender Methoden der *Zerstörung* dessen, was sich überlebt hat, und dabei eine solche Art von Versöhnung, die eine Zerstörung überhaupt ausschalten soll. Entweder Sieg des Bauernaufstandes und gänzliche Zerstörung der alten Grundbesitzverfassung zugunsten der von der Revolution erneuerten Bauernschaft, d. h. Konfiskation des gutsherrlichen Grundbesitzes und Republik. Oder Stolypinsche Zerstörung, die ebenfalls erneuert, die den alten Grundbesitz in der Tat erneuert und den kapitalistischen Verhältnissen anpaßt, aber restlos im Interesse der Gutsbesitzer, um den Preis grenzenlosen Ruins der Bauernmassen, ihrer gewaltsamen Vertreibung aus den Dörfern, ihrer Exmittierung, ihrer Aushungerung, ihrer Vernichtung durch Gefängnis, Verbannung, durch Massenerschießungen und Folterung der gesamten Blüte der Bauernjugend. Es ist für eine Minderheit nicht leicht, gegenüber der Mehrheit eine solche Politik durchzuführen, aber ökonomisch ist eine solche Politik nicht unmöglich. Wir müssen dem Volke helfen, dies klar zu begreifen. Der Versuch aber, durch eine akkurate Reform sich friedlich, gewaltlos aus jenem unendlich verwirrten Knäuel mittelalterlicher Widersprüche, der das Produkt von Jahrhunderten russischer Geschichte ist, herauszuwinden, ist der beschränkteste Traum hoffnungsloser „Männer im Futteral“. Die ökonomische Notwendigkeit ruft unbedingt und in höchstem Grade eine „schroffe Umwälzung“ in den Agrarverhältnissen Rußlands hervor und wird sie unbedingt auch durchführen. Die historische Frage ist nur die, ob sie von den Gutsbesitzern mit dem Zaren und Stolypin an der Spitze oder aber von den Bauernmassen unter Führung des Proletariats durchgeführt werden wird.

„Zusammenschluß der Opposition“ — das ist die Tagesfrage der russischen politischen Presse. Das polizeilich-Stolypinsche Organ „Ros-sija“ frohlockt: „Zusammenschluß? Also sind auch die Kadetten Revolutionäre; packt den Kadetten!“ Das Kadettenorgan „Rjetsch“ verzieht, ganz und gar von Beamteneifer durchdrungen, zu zeigen, daß die Kadetten ebenso gemäßigt sein können wie die Oktobristen, geziert das Mäulchen, ergeht sich in Strömen „moralischer“ Entrüstung über die gewissenlosen Versuche, sie revolutionärer Gesinnung zu bezichtigten, und erklärt: Wir würden natürlich einen Zusammenschluß der Opposition begrüßen, aber dieser Zusammenschluß muß eine Bewegung „von links nach rechts“ sein (Leitartikel vom 2. Februar). „Wir haben schon Erfahrungen politischer Fehler und Enttäuschungen hinter uns. Wenn die Opposition sich zusammenschließt, so geschieht dies natürlich auf dem Boden des Minimalprogramms der gemäßigtsten unter den ihr angehörenden Parteien.“

Ein durchaus deutliches Programm: Hegemonie des bürgerlichen Liberalismus, das ist meine Bedingung — sagen die Kadetten, ähnlich wie Falloux im Jahre 1871 Thiers geantwortet hat, als dieser ihn um Unterstützung anging: Monarchie, das ist meine Bedingung.

„Stolitschnaja Potschta“¹³¹ jedoch merkte, daß es unanständig und unschön ist, dergleichen Dinge geradeheraus zu sagen, und daher erklärt sie sich mit der „Rjetsch“ „nicht einverstanden“, macht unklare Andeutungen über „eine Voroktober-Stimmung“ (die verdammte Zensur läßt ein klares politisches Programm nicht zu!) und läßt im Grunde genommen zu einem kleinen Kuhhandel ein: die „Rjetsch“ möchte gern die Führung haben, die Revolutionäre wollen es (in der neuen Vereinigung) auch, — könnte ich nicht als ehrlicher Makler etwas dabei verdienen?

„Zusammenschluß“ — wir sympathisieren aufs wärmste mit dieser Losung, besonders wenn dabei „Voroktober-Stimmungen“ angedeutet — wenn auch nur angedeutet! — werden. Aber die Geschichte wiederholt sich nicht, ihr Herren Politikaster. Und die Lehren, die uns die „Geschichte der drei Jahre“ erteilt hat, können von keinen Mächten der Welt aus dem Bewußtsein der Klassen ausgemerzt werden. Diese Lehren sind außerordentlich reich, — sowohl an positivem Inhalt (Formen, Charakter, Bedingungen des Sieges des *Massenkampfes* der Arbeiter und Bauern im Jahre 1905) als auch an negativem (Bankrott zweier Dumas, d. h. Bankrott der Verfassungssillusionen und der kadettischen Hegemonie).

Wer gewillt ist, *diese* Lehren systematisch zu studieren, zu durchdenken, sich anzueignen und unter die Massen zu bringen — bitte schön,

wir sind ganz und gar für „Zusammenschluß“, für einen Zusammenschluß zu rücksichtslosem Kampf gegen die Renegaten der Revolution. Sagt euch das nicht zu? Dann scheiden sich unsere Wege.

Die alte Losung der „Voroktoberzeit“ ist gut, und wir werden sie („Konstituierende Versammlung“) nicht streichen (M-d-m aus dem Sammelbuch „Nascha Mysl“ möge es nicht übelnehmen). Aber sie genügt nicht. Sie ist zu formal. Sie entbehrt der Erkenntnis, daß akute Fragen durch das Leben praktisch gestellt werden. Wir werden sie durch die großen Lehren dreier großer Jahre ergänzen. Unser „Minimalprogramm“, das „Programm unseres Zusammenschlusses“, ist kurz und bündig: 1. Beschlagnahme des gesamten Großgrundbesitzes, 2. Republik. Wir brauchen dazu eine *solche* Konstituierende Versammlung, die imstande wäre, diese Aufgaben zu bewältigen.

Die Geschichte der beiden Dumas, der beiden kadettischen Dumas, hat mit überraschender Sinnfälligkeit gezeigt, daß es bei dem wirklichen Kampf der sozialen Kräfte, jenem Kampf, dessen man sich nicht immer bewußt war, der nicht immer an die Oberfläche trat, der aber stets von ausschlaggebendem Einfluß auf alle bedeutenden politischen Resultate war und alle Kunststücke der einfältigen und gaunerisch-geschickten Laienprediger des „Konstitutionalismus“ in Nichts auflöste, — daß es bei diesem Kampf in seinem ganzen Umfang um die beiden von uns erwähnten „Objekte“ ging. Nicht abstrakte Theorien, sondern die realen Kampferfahrungen unserer Volksmassen unter den realen Verhältnissen der russischen feudalen Selbstherrschaft haben uns die Unvermeidlichkeit gerade dieser Losungen gezeigt. Wer sie sich zu eigen machen kann, den fordern wir auf, „getrennt zu marschieren“ und „vereint zu schlagen“, den Feind zu schlagen, der Rußland verheert und Tausende seiner besten Söhne hinschlachtet.

„Mit einem solchen Vereinigungsprogramm werdet ihr allein bleiben.“ Das ist nicht wahr!

Lest die Reden parteiloser Bauern in den ersten zwei Dumas, und ihr werdet sehen, daß unser Vereinigungsprogramm nur ihre Wünsche, ihre Bedürfnisse, die elementar-notwendigen Schlüsse aus diesen Bedürfnissen formuliert. Mit denjenigen, die für diese Bedürfnisse kein Verständnis haben — von den Kadetten angefangen bis zu Peschchonow (der in Moskau, wie man uns von dort schreibt, auch den „Zusammenschluß“ gepredigt hat) — mit jenen Leuten werden wir im Namen dieses „Zusammenschlusses“ Krieg führen.

Es wird ein hartnäckiger Krieg sein. Wir haben es verstanden, lange Jahre vor der Revolution zu arbeiten. Nicht umsonst hat man uns die Felsenfesten genannt. Die Sozialdemokraten haben eine prolet-

tarische Partei aufgebaut, die beim Mißlingen ihres ersten militärischen Ansturms nicht den Mut sinken lassen, nicht den Kopf verlieren, sich nicht zu Abenteuern hinreißen lassen wird. Diese Partei geht dem Sozialismus entgegen, ohne sich und ihre Geschicke an das Ergebnis der einen oder anderen Periode bürgerlicher Revolutionen zu binden. Daher ist sie auch frei von den schwachen Seiten bürgerlicher Revolutionen. Diese proletarische Partei geht dem Siege entgegen.

Veröffentlicht in der Zeitung

„Proletarij“ Nr. 21,

26. (13.) Februar 1908.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XII,
S. 152—158.

ÜBER EINIGE BESONDERHEITEN DER HISTORISCHEN ENTWICKLUNG DES MARXISMUS

Unsere Lehre, sagte Engels von sich und seinem berühmten Freund, ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln. In diesem klassischen Satz ist mit wunderbarer Kraft und Prägnanz jene Seite des Marxismus hervorgehoben, die sehr oft außer acht gelassen wird. Wenn wir sie aber außer acht lassen, machen wir den Marxismus zu einer einseitigen, mißgestalteten, toten Lehre, nehmen ihm die lebendige Seele, untergraben seine fundamentale theoretische Grundlage — die Dialektik, die Lehre von der allseitigen und widerspruchsvollen historischen Entwicklung; wir untergraben seine Verbindung mit den bestimmten praktischen Aufgaben der Epoche, die sich bei jeder neuen Wendung der Geschichte ändern können.

Namentlich in unserer Zeit trifft man unter denjenigen, die sich für die Geschehnisse des Marxismus in Rußland interessieren, besonders häufig Leute, die gerade diese Seite außer acht lassen. Es ist indes für jedermann klar, daß Rußland in den letzten Jahren solche jähe Wendungen durchgemacht hat, die mit ungewöhnlicher Schnelligkeit und ungewöhnlich schroff die Situation veränderten, die soziale und politische Situation, welche in erster Linie und unmittelbar die Bedingungen des Handelns und folglich auch die Aufgaben des Handelns bestimmt. Ich spreche natürlich nicht von den allgemeinen und grundlegenden Aufgaben, die sich bei den Wendungen der Geschichte nicht ändern, falls sich die grundlegenden Wechselbeziehungen zwischen den Klassen nicht ändern. Es ist ganz offensichtlich, daß sich die allgemeine Richtung der ökonomischen (und nicht nur der ökonomischen) Evolution Rußlands ebenso wie die grundlegenden Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Klassen der russischen Gesellschaft in den letzten, sagen wir, sechs Jahren nicht geändert haben.

Aber die Aufgaben des nächsten und unmittelbaren Handelns änderten sich in dieser Zeit sehr schroff, so wie sich die konkrete soziale und politische Situation änderte, und *folglich mußten* auch im Marxismus als einer lebendigen Doktrin jeweils *verschiedene* seiner Seiten in den Vordergrund treten.

Um diesen Gedanken zu erläutern, wollen wir die Veränderung der

konkreten sozialen und politischen Situation in den letzten sechs Jahren näher betrachten. Vor uns treten sofort zwei Zeitabschnitte von je drei Jahren hervor, in die diese Periode zerfällt: einer, der ungefähr mit dem Sommer 1907, und einer, der mit dem Sommer 1910 abschließt. Die ersten drei Jahre werden, rein theoretisch betrachtet, durch rasche Veränderungen der Grundzüge der Staatsordnung Rußlands charakterisiert, wobei der Gang dieser Veränderungen sehr ungleichmäßig, die Amplitude der Schwankungen nach beiden Seiten sehr groß war. Die soziale und ökonomische Basis dieser Veränderungen des „Überbaus“ waren so offene, eindrucksvolle, massenhafte Aktionen aller Klassen der russischen Gesellschaft auf den verschiedensten Gebieten (Tätigkeit in und außerhalb der Duma, Presse, Verbände, Versammlungen usw.), wie sie in der Geschichte nicht oft zu beobachten sind.

Dagegen werden die zweiten drei Jahre — wir beschränken uns diesmal, wie gesagt, auf den rein theoretischen „soziologischen“ Gesichtspunkt — durch eine so langsame Evolution charakterisiert, daß sie beinahe einer Stagnation gleichkommt. Keine irgendwie merklichen Veränderungen in der Staatsordnung. Keine oder fast keine offenen und vielseitigen Aktionen der Klassen auf den meisten jener „Schauplätze“, auf denen sich diese Aktionen in der vorhergehenden Periode abgespielt hatten.

Die Ähnlichkeit der beiden Perioden besteht darin, daß die Evolution Rußlands im Verlauf der einen wie der anderen Periode die alte, kapitalistische Evolution blieb. Der Widerspruch einer solchen ökonomischen Evolution mit dem Bestehen einer ganzen Reihe feudaler, mittelalterlicher Institutionen wurde nicht beseitigt; er blieb ebenfalls der alte und wurde durch das teilweise Eindringen eines gewissen bürgerlichen Inhalts in diese oder jene einzelnen Institutionen nicht ausgeglichen, sondern eher verschärft.

Der Unterschied zwischen dieser und jener Periode besteht darin, daß in der ersten Periode im Vordergrund des historischen Handelns die Frage stand, wie sich das Resultat der oben genannten schnellen und ungleichmäßigen Veränderungen denn gestalten wird. Der Inhalt dieser Veränderungen mußte infolge des kapitalistischen Charakters der Evolution Rußlands ein bourgeois sein; aber es gibt Bourgeoisie und Bourgeoisie. Die mittlere und die Großbourgeoisie, die den Standpunkt eines mehr oder weniger gemäßigten Liberalismus einnahm, fürchtete allein schon auf Grund ihrer Klassenlage jähe Veränderungen und strebte die Erhaltung bedeutender Überreste der alten Institutionen sowohl in der Agrarverfassung als auch im politischen „Überbau“ an. Die ländliche Kleinbourgeoisie, verflochten mit der von „ihrer Hände

Arbeit“ lebenden Bauernschaft, mußte *anders geartete* bürgerliche Umgestaltungen anstreben, die für alle möglichen mittelalterlichen Erbstücke viel weniger Platz übriglassen. Die Lohnarbeiter, soweit sie zu dem, was um sie her vorging, bewußt Stellung nahmen, mußten unbedingt ein bestimmtes Verhältnis gewinnen zu diesem Zusammenprall zweier verschiedener Tendenzen, die beide im Rahmen der bürgerlichen Ordnung blieben, durch die aber ganz verschiedene Formen dieser Ordnung, eine ganz verschiedene Schnelligkeit ihrer Entwicklung, eine verschiedene Reichweite ihrer fortschrittlichen Einflüsse bestimmt wurden.

Auf diese Weise hat die Epoche der weiter zurückliegenden drei Jahre nicht zufällig, sondern notwendig im Marxismus jene Fragen in den Vordergrund gerückt, die man als Fragen der Taktik zu bezeichnen pflegt. Es gibt nichts Irrigeres als die Meinung, die Diskussionen und Differenzen wegen dieser Frage wären „Intellektuellen“-Diskussionen, wären ein „Kampf um den Einfluß auf das unreife Proletariat“ gewesen, sie hätten die „Anpassung der Intelligenz an das Proletariat“ zum Ausdruck gebracht, wie das die „Wjechi“-Leute¹³² aller Art glauben. Im Gegenteil, gerade weil die betreffende Klasse reif geworden war, konnte sie nicht gleichgültig bleiben gegenüber dem Zusammenprall der zwei verschiedenen Tendenzen der ganzen bürgerlichen Entwicklung Rußlands, und die Ideologen dieser Klasse mußten unbedingt theoretische Formulierungen geben, die (unmittelbar oder mittelbar, in direkter oder umgekehrter Widerspiegelung) diesen verschiedenen Tendenzen entsprachen.

In den folgenden drei Jahren stand der Zusammenprall der verschiedenen Tendenzen der bürgerlichen Entwicklung Rußlands *nicht* auf der Tagesordnung, denn diese *beiden* Tendenzen wurden von der feudalen Reaktion niedergehalten, zurückgedrängt, nach innen getrieben und für einige Zeit zum Schweigen gebracht. Die mittelalterlichen Erzreaktionäre füllten nicht nur den Vordergrund, sie erfüllten auch die Herzen breitester Schichten der bürgerlichen Gesellschaft mit einer „Wjechi“-Stimmung, mit dem Geist der Resignation und des Renegatentums. Nicht ein Zusammenprallen zweier Methoden der Umgestaltung des Alten, sondern der verlorengegangene Glaube an jedwede Umgestaltung, der Geist des „Sichfügens“ und der „Buße“, die Passion für antisoziale Lehren, die Mode des Mystizismus usw. — das war es, was an die Oberfläche trat.

Und dieser auffallend schroffe Wechsel war weder ein Zufall noch das Resultat des bloßen „äußeren“ Druckes. Die vorhergehende Epoche hatte Bevölkerungsschichten, die Generationen, Jahrhunderte hindurch abseits der ihnen fremden politischen Fragen gestanden hatten, so inten-

siv aufgerüttelt, daß eine „Umwertung aller Werte“, eine neue Arbeit an den Grundproblemen, ein neues Interesse für die Theorie, für das A-b-c, für das Lernen von Grund aus natürlich und unausbleiblich war. Die Millionen, die plötzlich aus langem Schlaf geweckt und mit einem Male vor die wichtigsten Probleme gestellt worden waren, konnten sich nicht lange auf dieser Höhe halten, konnten nicht ohne eine Pause auskommen, ohne eine Rückkehr zu den elementaren Fragen, ohne eine neue Vorbereitung, die helfen würde, die unerhört reichen Lehren zu „verdauen“ und einer unvergleichlich breiteren Masse die Möglichkeit zu geben, von neuem, aber schon bei weitem fester, bewußter, züversichtlicher, standhafter vorwärtszuschreiten.

Die Dialektik der historischen Entwicklung war so, daß in der ersten Periode die Verwirklichung der unmittelbaren Umgestaltungen auf allen Gebieten des Lebens des Landes auf der Tagesordnung stand, in der zweiten dagegen die Verarbeitung der Erfahrungen, ihre Aneignung durch breitere Schichten, das Eindringen dieser Erfahrungen — wenn man sich so ausdrücken darf — in die Untergründe, in die zurückgebliebenen Reihen der verschiedenen Klassen.

Gerade weil der Marxismus kein totes Dogma, nicht irgendeine abgeschlossene, fertige, unveränderliche Lehre, sondern eine lebendige Anleitung zum Handeln ist, gerade deshalb mußte er unbedingt den auffallend schroffen Wechsel der Bedingungen des gesellschaftlichen Lebens widerspiegeln. Als Widerspiegelung dieses Wechsels traten tiefgehender Zerfall, Auflösung, ein Wanken und Schwanken jeder Art, mit einem Wort — eine sehr ernsthafte *innere* Krise des Marxismus in Erscheinung. Die entschiedene Abwehr dieses Zerfalls, der entschiedene und hartnäckige Kampf für die *Grundlagen* des Marxismus stand wieder auf der Tagesordnung. Außerordentlich breite Schichten jener Klassen, die bei der Formulierung ihrer Aufgaben den Marxismus nicht übergehen können, hatten sich in der vorhergehenden Epoche den Marxismus äußerst einseitig und entstellt angeeignet, indem sie sich diese oder jene „Losungen“, diese oder jene Antworten auf taktische Fragen eingepreßt hatten, *ohne* die marxistischen Kriterien dieser Antworten *begriffen* zu haben. Die „Umwertung aller Werte“ auf den verschiedenen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens führte zu einer „Revision“ der abstraktesten und allgemeinsten philosophischen Grundlagen des Marxismus. Der Einfluß der bürgerlichen Philosophie in ihren mannigfaltigen idealistischen Schattierungen fand seinen Ausdruck in der machistischen Seuche unter den Marxisten.¹²³ Die Wiederholung der auswendig gelernten, aber nicht verstandenen, nicht durchdachten „Losungen“ führte zu einer starken Verbreitung der hohlen

Phrase, die in der Praxis auf absolut unmarxistische, kleinbürgerliche Strömungen hinauslief, von der Art des offenen oder des verschämten „Otsowismus“¹³⁴ oder der Anerkennung des Otsowismus als „berechtigten Schattierung“ des Marxismus.

Andererseits drang der „Wjechi“-Geist, der Geist des Renegatentums, von dem die breitesten Schichten der Bourgeoisie erfaßt worden waren, auch in jene Strömung ein, die bestrebt ist, die marxistische Theorie und Praxis in den Rahmen der „Mäßigung und Akkuratesse“ hineinzuzwängen. Marxistisch ist hier schon nur noch die Phraseologie geblieben, die die ganz und gar vom liberalen Geist durchtränkten Betrachtungen über „Hierarchie“ und „Hegemonie“ usw. verhüllt.

Es kann natürlich nicht die Aufgabe des vorliegenden Artikels sein, diese Betrachtungen zu analysieren. Es genügt, auf sie hinzuweisen, um das zu illustrieren, was oben gesagt wurde über die Tiefe der Krise, die der Marxismus durchmacht, über ihren Zusammenhang mit der ganzen gesellschaftlichen und ökonomischen Situation der gegenwärtigen Periode. Über die Fragen, die durch diese Krise aufgeworfen worden sind, kann man nicht mit einer Handbewegung hinweggehen. Es gibt nichts Schädlicheres und Prinzipienloseres als die Versuche, diese Fragen mit Phrasen abzutun. Es gibt nichts Wichtigeres als den Zusammenschluß *aller* Marxisten, die die Tiefe der Krise und die Notwendigkeit ihrer Bekämpfung erkannt haben, um die theoretischen Grundlagen des Marxismus und seine Fundamentalsätze zu verteidigen, die von ganz entgegengesetzten Seiten her dadurch entstellt werden, daß sich der bürgerliche Einfluß auf die verschiedensten „Mitläufer“ des Marxismus ausbreitet.

Die vorhergehenden drei Jahre haben breite Schichten zur bewußten Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erweckt, die in vielen Fällen jetzt zum erstenmal beginnen, den Marxismus richtig kennenzulernen. Die bürgerliche Presse erzeugt da viel mehr Verirrungen als früher und verbreitet sie in weiteren Kreisen. Ein Zerfall innerhalb des Marxismus ist unter solchen Umständen besonders gefährlich. Die Ursachen der Unvermeidlichkeit dieses Zerfalls in der gegenwärtigen Zeit zu begreifen und sich zu seiner konsequenten Bekämpfung zusammenzuschließen, ist deshalb für die Marxisten im unmittelbarsten und genauesten Sinne des Wortes die Aufgabe der Epoche.

Veröffentlicht in der Zeitung
 „Swesda“ Nr. 2,
 5. Januar 1911 (23. Dezember 1910).
 W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XV,
 S. 88—93.

STOLYPIN UND DIE REVOLUTION

Die Tötung des Oberhenkers Stolypin ist mit dem Augenblick zusammengefallen, wo eine ganze Reihe von Anzeichen davon zu zeugen begonnen hat, daß die erste Etappe in der Geschichte der russischen Konterrevolution zu Ende ist. Darum stellt das Ereignis vom 1. September, das an sich durchaus belanglos ist, von neuem die außerordentlich wichtige Frage nach Inhalt und Bedeutung unserer Konterrevolution auf die Tagesordnung. In dem Chorus der Reaktionäre, die lakainhaft Stolypin lobpreisen oder in der Geschichte der Intrigen der Rußland kommandierenden Bande der Schwarzhunderter herumwühlen, — in dem Chorus der Liberalen, die die Köpfe schütteln über den „bestialischen und wahnwitzigen“ Schuß (zu den Liberalen zählen natürlich auch die ehemaligen Sozialdemokraten aus dem „Djelo Shisni“, die sich des in Gänsefüßchen angeführten abgedroschenen Ausdrucks bedienen), sind einzelne Töne von wirklich ernsthaftem prinzipiellem Inhalt zu hören. Es werden Versuche unternommen, die „Stolypinperiode“ der russischen Geschichte als etwas Ganzes zu überblicken.

Stolypin war ungefähr fünf Jahre lang, von 1906 bis 1911, das Haupt der Regierung der Konterrevolution. Das ist eine wirklich eigenartige und an lehrreichen Geschehnissen reiche Periode. Äußerlich kann man sie charakterisieren als die Periode der Vorbereitung und Verwirklichung des Staatsstreichs vom 3. Juni 1907. Gerade im Sommer 1906, als Stolypin in seiner Rolle als Innenminister vor die I. Duma trat, begann die Vorbereitung dieses Staatsstreichs, der heute schon alle seine Früchte auf sämtlichen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens gezeitigt hat. Es fragt sich, auf welche gesellschaftlichen Kräfte stützten sich diejenigen, die diesen Staatsstreich durchführten, oder von welchen Kräften wurden sie gelenkt? Was war der sozialökonomische Inhalt der Periode des „3. Juni“? — Die persönliche „Karriere“ Stolypins liefert lehrreiches Material und interessante Illustrationen zu dieser Frage.

Der Gutsbesitzer und Adelsmarschall wird 1902, unter Plehwe¹³⁵, Gouverneur, — „bedeckt sich mit Ruhm“ in den Augen des Zaren und seiner Schwarzhundert-Kamarilla durch bestialische Repressalien gegen die Bauern, ihre Folterung (im Gouvernement Saratow), — organisiert 1905 Schwarzhundertbanden und Pogrome (der Pogrom in Balaschow), — wird 1906 Innenminister und ist Präsident des Ministerrates seit der Auseinanderjagung der I. Reichsduma. Das ist in ganz kurzen Zügen die politische Biographie Stolypins. Und diese Biographie des Hauptes der konterrevolutionären Regierung ist gleichzeitig die Biographie jener Klasse, die unsere Konterrevolution gemacht hat und bei der Stolypin nichts weiter war als Bevollmächtigter bzw. Kommissar. Diese Klasse ist der russische hohe Adel, mit dem ersten Adligen und dem größten Gutsbesitzer Nikolaus Romanow an der Spitze. Diese Klasse sind jene 30 000 feudalen Grundbesitzer, in deren Händen sich 70 Millionen Deßjatinen Land im Europäischen Rußland befinden, d. h. ebensoviel, wie die 10 Millionen Bauernhöfe haben. Die Lati-fundien in den Händen dieser Klasse bilden die Grundlage jener feudalen Ausbeutung, die in verschiedenen Formen und unter verschiedenen Namen (Abarbeit, Schuldknechtschaft usw.) im altrussischen Zentrum Rußlands herrscht. Die „Landarmut“ des russischen Bauern (um den beliebten Ausdruck der Liberalen und Volkstümler zu gebrauchen) ist nichts anderes als die Kehrseite des *Landreichtums* dieser Klasse. Die Agrarfrage, die im Mittelpunkt unserer Revolution von 1905 stand, lief darauf hinaus, ob der Grundbesitz der Gutsherren erhalten bleiben wird — in diesem Fall war das Weiterbestehen der bettelarmen, kümmerlichen, ausgehungerten, geduckten und niedergehaltenen Bauernschaft als Masse der Bevölkerung auf lange, lange Jahre hinaus *unvermeidlich* —, oder ob die Masse der Bevölkerung imstande sein wird, sich einigermaßen menschenwürdige, den europäischen einigermaßen ähnliche freie Lebensbedingungen zu erobern, — das war aber ohne die revolutionäre Abschaffung des Grundbesitzes der Gutsherren und der mit ihm unlösbar verbundenen gutsherrlichen Monarchie *nicht zu verwirklichen*.

Die politische Biographie Stolypins ist eine genaue Widerspiegelung und ein Ausdruck der Lebensbedingungen der Zarenmonarchie. Stolypin konnte in jener Lage, in die die Monarchie während der Revolution geraten war, nicht anders handeln, als er handelte. Die Monarchie konnte nicht anders handeln, als mit absoluter Bestimmtheit klageworden war, und zwar aus der Erfahrung sowohl vor der Duma, im Jahre 1905, als auch zur Zeit der Duma, im Jahre 1906, klageworden war, daß die gewaltige, erdrückende Masse der Bevölkerung schon

die Unversöhnlichkeit ihrer Interessen mit der Erhaltung der Klasse der Gutsbesitzer erkannt hatte und die Vernichtung dieser Klasse anstrebte. Es gibt nichts, was oberflächlicher und falscher wäre als die Versicherungen der kadettischen Schriftsteller, die Angriffe auf die Monarchie seien bei uns eine Erscheinung des Revolutionarismus von „Intellektuellen“ gewesen. Im Gegenteil, die objektiven Verhältnisse waren derart, daß der Kampf der Bauern gegen den Grundbesitz der Gutsherren unvermeidlich die Frage nach dem Sein oder Nichtsein unserer Gutsbesitzermonarchie aufwarf. Der Zarismus *mußte* einen Kampf auf Tod und Leben führen, *mußte* andere Verteidigungsmittel suchen außer der vollkommen von Kräften gekommenen Bürokratie und der durch die militärischen Niederlagen und den inneren Zerfall geschwächten Armee. Das einzige, was der Zarenmonarchie unter solchen Umständen übrigblieb, war die Organisierung der Schwarzhundert-Elemente der Bevölkerung und die Veranstaltung von Pogromen. Die hochmoralische Entrüstung, mit der unsere Liberalen von den Pogromen reden, muß auf jeden Revolutionär einen höchst kläglichsten und feigen Eindruck machen, — besonders, wenn diese hochmoralische Verurteilung der Pogrome damit verbunden ist, daß man den Gedanken an Verhandlungen und Verständigungen mit den Pogromhelden für völlig zulässig hält. Die Monarchie konnte nicht anders als sich gegen die Revolution verteidigen, und die halbasiatische, froh herrliche, *russische* Monarchie der Romanows konnte sich mit keinen anderen als mit schmutzigsten, abscheulichsten, niederträchtig brutalen Mitteln verteidigen: nicht hochmoralische Verurteilung, sondern allseitige und rückhaltlose Förderung der Revolution, Organisierung der Revolution zum *Sturz* dieser Monarchie ist die für jeden Sozialisten und für jeden Demokraten einzig würdige, einzig vernünftige Methode des Kampfes gegen die Pogrome.

Der Pogromheld Stolypin hätte sich für das Ministeramt gerade so vorbereitet, wie sich zaristische Gouverneure eben nur vorbereiten konnten: durch Folterung der Bauern, durch Inszenierung von Pogromen, durch die Fähigkeit, diese asiatische „Praxis“ zu verdecken, durch — Glanz und Phrase, durch Pose und „europäisch“ aufgemachte Gesten.

Und die Führer unserer liberalen Bourgeoisie, die hochmoralisch die Pogrome verurteilen, traten in Verhandlungen mit den Pogromhelden ein, wobei sie ihnen nicht nur die Existenzberechtigung zugestanden, sondern auch die Hegemonie bei der Organisierung eines neuen Rußland und dessen Verwaltung! Die Tötung Stolypins gab den Anlaß zu einer ganzen Reihe interessanter Enthüllungen und Ein-

geständnisse, die diese Frage berühren. Da sind zum Beispiel die Briefe von Witte und Gutschkow über die Verhandlungen des ersteren mit „Persönlichkeiten der Gesellschaft“ (lies: mit den Führern der gemäßigt liberalen monarchistischen Bourgeoisie) über die Regierungsbildung nach dem 17. Oktober 1905. An den Verhandlungen mit Witte — diese Verhandlungen haben sich offenbar in die Länge gezogen, denn Gutschkow schreibt von den „qualvollen Tagen der sich hinziehenden Verhandlungen“ — beteiligten sich Schipow, Trubezkoi, Urussow, M. Stachowitsch, d. h. die späteren Führer *sowohl* der Kadettenpartei *als auch* der Partei der „friedlichen Erneuerung“¹³⁶ *als auch* der Partei der Oktobristen. Man geriet in Differenzen, wie sich herausstellt, Durnowos wegen, den die „Liberalen“ nicht als Innenminister akzeptierten, auf dem Witte jedoch ultimativ bestand. Dabei trat Urussow, eine Leuchte der Kadetten in der I. Duma, als „hitziger Verteidiger der Kandidatur Durnowos“ auf. Als Fürst Obolenski die Kandidatur Stolypins aufstellte, da „haben manche zugestimmt, manche sich geäußert, daß sie ihn nicht kennen“. „Ich erinnere mich mit Bestimmtheit“, schreibt Gutschkow, „die negative Äußerung, von der Graf Witte schreibt, *hat niemand gemacht*.“

Jetzt versucht die Kadettenpresse, die ihren „Demokratismus“ (wer lacht da?) betonen möchte, besonders vielleicht im Hinblick auf die Wahlen in der ersten Kurie in Petersburg, wo ein Kadett gegen einen Oktobristen kämpfte, Gutschkow anläßlich der damaligen Verhandlungen eins auszuwischen. „Wie oft erwiesen sich die Herren Oktobristen unter Führung Gutschkows“, schreibt die „Rjetsch“ vom 28. September, „der Obrigkeit zuliebe als Kollegen der Gesinnungsgenossen des Herrn Durnowo! Wie oft erwies sich, daß sie, die Blicke auf die Obrigkeit gerichtet, der öffentlichen Meinung den Rücken zuwandten.“ Der Leitartikel der „Russkije Wjedomosti“ vom selben Datum wiederholt in anderer Tonart denselben Vorwurf der Kadetten gegen die Oktobristen.

Aber gestatten Sie, meine Herren Kadetten: welches Recht haben denn Sie, den Oktobristen Vorwürfe zu machen, wenn an denselben Verhandlungen auch *Ihre* Leute teilnahmen, die Durnowo sogar verteidigten? Waren denn damals, im November 1905, nicht *alle* Kadetten, allenfalls außer Urussow, in der Lage von Menschen, deren „Blicke auf die Obrigkeit gerichtet“ waren und deren „Rücken der öffentlichen Meinung zugewandt“ war? Was sich liebt, das neckt sich; nicht prinzipieller Kampf, sondern die Konkurrenz gleicherweise prinzipienloser Parteien — das *muß* gesagt werden anläßlich der jetzigen Vorwürfe der Kadetten gegen die Oktobristen im Zusammenhang mit den „Verhand-

lungen“ Ende 1905. Ein Disput dieser Art dient bloß zur Vertuschung der wirklich wichtigen, historisch unbestreitbaren Tatsache, daß *alle* Schattierungen der liberalen Bourgeoisie, von den Oktobristen bis zu den Kadetten, „*die Blicke auf die Obrigkeit gerichtet*“ hatten und den „Rücken“ der *Demokratie* zuwandten von dem Augenblick an, als unsere Revolution tatsächlich einen Volkscharakter annahm, d. h. nach dem Bestand ihrer aktiven Teilnehmer zu einer demokratischen wurde. Die Stolypinperiode der russischen Konterrevolution ist gerade dadurch charakterisiert, daß die liberale Bourgeoisie sich von der Demokratie abwandte, daß sich Stolypin deshalb bald an den einen, bald an den anderen Repräsentanten dieser Bourgeoisie um Beistand, um Sympathien und um Rat *wenden konnte*. Wäre die Lage der Dinge nicht so gewesen, dann hätte Stolypin nicht die Hegemonie des Rates des vereinigten Adels über die konterrevolutionär gestimmte Bourgeoisie unter dem Beistand, der Sympathie und der aktiven oder passiven Unterstützung dieser Bourgeoisie verwirklichen können.

Diese Seite der Sache verdient besondere Beachtung, denn gerade sie wird von unserer liberalen Presse und solchen Organen der liberalen Arbeiterpolitik wie dem „Djelo Shisni“ außer acht gelassen — oder absichtlich ignoriert. Stolypin ist nicht nur der Repräsentant der Diktatur der feudalen Gutsbesitzer; sich auf eine derartige Charakteristik beschränken, heißt von der Eigenart und der Bedeutung der „Stolypinperiode“ absolut nichts begreifen. Stolypin ist Minister einer solchen Epoche, wo in der *gesamten* liberalen Bourgeoisie, einschließlich der kadettischen, die konterrevolutionäre Stimmung vorherrschte, wo die Fronherren sich auf diese Stimmung stützen *konnten* und stützten, wo sie sich an die Führer dieser Bourgeoisie mit „Anträgen“ (des Herzens und der Hand) wenden *konnten* und wandten, wo sie selbst in den „linksten“ dieser Führer eine „Opposition Seiner Majestät“¹³⁷ erblicken *konnten*, wo sie sich darauf berufen *konnten* und beriefen, daß die geistigen Führer des Liberalismus sich ihnen zuwenden, sich der Reaktion, dem Kampf gegen die Demokratie und der Bespeigung der Demokratie zuwenden. Stolypin ist Minister einer solchen Epoche, wo die feudalen Gutsbesitzer in bezug auf das bäuerliche Agrarwesen aus aller Kraft, im beschleunigtesten Tempo eine *bürgerliche* Politik betrieben, nachdem sie allen romantischen Illusionen und allen Hoffnungen auf das „patriarchalische Wesen“ des Mushik den Abschied gegeben und sich Verbündete unter den neuen, bürgerlichen Elementen Rußlands im allgemeinen und des bäuerlichen Rußland im besonderen *gesucht hatten*. Stolypin versuchte, in alte Schläuche neuen Wein zu füllen, die alte Selbstherrschaft in eine bürgerliche Monarchie um-

zumodeln, und das Fiasko der Stolypinschen Politik ist das Fiasko des Zarismus auf diesem letzten, für den Zarismus *letzten denkbaren Wege*. Die Gutsbesitzermonarchie Alexanders III. versuchte, sich auf das „patriarchalische“ Dorf und das „patriarchalische Prinzip“ schlechthin im russischen Leben zu stützen; die Revolution hat *diese* Politik endgültig erledigt. Die Gutsbesitzermonarchie Nikolaus II. versuchte nach der Revolution, sich auf die konterrevolutionäre Stimmung der Bourgeoisie und auf die bürgerliche Agrarpolitik zu stützen, die von denselben Gutsbesitzern durchgeführt wurde; das Fiasko dieser Versuche, das jetzt sogar für die Kadetten, sogar für die Oktobristen unzweifelhaft ist, bedeutet das Fiasko der *letzten* für den Zarismus *möglichen* Politik.

Die Diktatur der feudalen Gutsbesitzer war unter Stolypin nicht gegen das ganze Volk einschließlich auch des ganzen „dritten Standes“, der gesamten Bourgeoisie gerichtet. Nein, diese Diktatur war unter Bedingungen aufgerichtet worden, die für sie besser waren, da die oktobristische Bourgeoisie ihr auf Treu und Glauben diente; da die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie eine Repräsentativkörperschaft besaßen, in der ihrem Block die Mehrheit gesichert und die Möglichkeit für Verhandlungen und Abmachungen mit der Krone gegeben war; da die Herren Struve und die übrigen „Wjечи“-Leute, sich hysterisch überschreiend, die Revolution mit Dreck bewarfen und eine Ideologie schufen, die das Herz eines Antoni Wolynski erfreute; da Herr Miljukow die kadettische Opposition als „Opposition Seiner Majestät“ (Seiner Majestät des letzten Fronherrn) proklamierte. Und nichtsdestoweniger, trotz dieser für die Herren Romanow günstigeren, trotz dieser günstigsten Bedingungen, die vom Standpunkt des Verhältnisses der gesellschaftlichen Kräfte im kapitalistischen Rußland des 20. Jahrhunderts nur denkbar sind, trotz alledem erlitt die Politik Stolypins Fiasko; Stolypin wurde in dem Augenblick getötet, wo ein neuer Totengräber der zaristischen Selbstherrschaft — richtiger, ein Totengräber, der neue Kräfte sammelt — an die Tür pocht.

* * *

Das Verhältnis Stolypins zu den Führern der Bourgeoisie und umgekehrt wird besonders plastisch charakterisiert durch die Epoche der I. Duma. „Die Zeit von Mai bis Juli 1906“, schreibt die „Rjetsch“, „war in der Laufbahn Stolypins entscheidend.“ Worin lag der Schwerpunkt dieser Zeit?

„Der Schwerpunkt jener Zeit“, erklärt das offizielle Organ der Kadettenpartei, „lag natürlich nicht in den Dumareden.“

Nicht wahr, ein wahrhaft wertvolles Eingeständnis! Wieviel Lanzen wurden zu jener Zeit zerbrochen im Kampf gegen die Kadetten wegen der Frage, ob „der Schwerpunkt“ jener Epoche in den „Dumareden“ gesehen werden könne! Wieviel zornige Schimpfereien, wieviel hochmütige doktrinaire Belehrungen gab es damals in der Kadettenpresse, gerichtet an die Adresse der Sozialdemokraten, die im Frühjahr und im Sommer 1906 behaupteten, daß der Schwerpunkt jener Zeit *nicht* in den Dumareden liege! Wieviel Vorwürfe schleuderte damals die „Rjetsch“ und die „Duma“ gegen die ganze russische „Gesellschaft“, weil diese von einem „Konvent“ träume und nicht genügend Begeisterung über die Siege der Kadetten in der „parlamentarischen“ Arena der I. Duma aufbringe! Fünf Jahre sind verstrichen, es gilt, eine allgemeine Einschätzung der Epoche der I. Duma zu geben, und die Kadetten verkünden mit einer Leichtigkeit, als ob sie Handschuhe wechselten: „Der Schwerpunkt jener Zeit lag natürlich nicht in den Dumareden.“

Natürlich nicht, meine Herren! Worin lag denn der Schwerpunkt? „... Hinter den Kulissen“, lesen wir in der „Rjetsch“, „ging ein scharfer Kampf zwischen den Vertretern zweier Strömungen vor sich. Die eine empfahl, eine Verständigung mit der Volksvertretung zu suchen, ohne selbst vor der Bildung eines ‚Kadettenkabinetts‘ zurückzuweichen. Die andere verlangte einen schroffen Schritt, die Auflösung der Reichsduma und die Änderung des Wahlgesetzes. Ein solches Programm wurde von dem Rat des vereinigten Adels verfochten, der sich auf mächtige Einflüsse stützte...“ „Stolypin schwankte eine Zeitlang. Es gibt Andeutungen dafür, daß er durch Kryshanowski zweimal Muromzew den Vorschlag machte, die Möglichkeit eines Kadettenkabinetts mit Stolypin als Innenminister in Erwägung zu ziehen. Aber zur selben Zeit stand Stolypin zweifellos in Kontakt mit dem Rat des vereinigten Adels.“

So wird Geschichte geschrieben von den gebildeten, gelehrten, belehrten Herren, den Führern der Liberalen! Es ergibt sich, daß der „Schwerpunkt“ *nicht* in den Reden, *sondern* in dem Kampf zweier Strömungen innerhalb der zaristischen Schwarzshundert-Kamarilla lag! Die Politik des energischen und unverzüglichen „Durchgreifens“ wurde vom Rat des vereinigten Adels betrieben, d. h. nicht von Einzelpersonen, nicht von Nikolaus Romanow, nicht von „einer Strömung“ in den „Sphären“, sondern von einer *bestimmten Klasse*. Ihre Konkurrenten von *rechts* sehen die Kadetten klar und nüchtern. Aber das, was *links* von den Kadetten war, ist aus ihrem Gesichtsfeld verschwunden. Die Geschichte wurde von den „Sphären“, dem Rat des vereinigten Adels

und den Kadetten gemacht — das gemeine Volk war an dem Geschichtemachen *natürlich* nicht beteiligt! Einer bestimmten Klasse (dem Adel) stand die *über* den Klassen stehende Partei der „Volksfreiheit“ gegenüber, die Sphären aber (d. h. Väterchen Zar) schwankten.

Nun, kann man sich eine eigennützigere Klassenblindheit vorstellen? eine größere Verzerrung der Geschichte und eine ärgere Ignorierung der Abc-Wahrheiten der Geschichtswissenschaft? eine kläglichere Konfusion, eine Verwechslung von Klasse, Partei und Personen?

Schlimmer als jeder Blinde ist derjenige, der die Demokratie und ihre Kräfte *nicht* sehen will.

Der Schwerpunkt der Epoche der I. Duma lag *natürlich* nicht in den Dumareden. Er lag im Kampf der Klassen außerhalb der Duma, im Kampf der feudalen Gutsbesitzer und *ihrer* Monarchie gegen die Volksmassen, die Arbeiter und Bauern. Die revolutionäre Bewegung der Massen begann gerade in dieser Zeit von neuem anzusteigen: sowohl allgemeine Streiks als auch politische Streiks, sowohl Bauernunruhen als auch Meutereien in der Armee nahmen im Frühjahr und im Sommer 1906 bedrohlich zu. Aus *diesem* Grunde, ihr Herren kadettischen Geschichtsschreiber, schwankten die „Sphären“: der Kampf der Strömungen innerhalb der zaristischen Bande ging darum, ob man bei der gegebenen Stärke der Revolution *sofort* einen Staatsstreich vollziehen könne, oder ob man noch *abwarten*, die Bourgeoisie noch an der Nase herumführen solle.

Die I. Duma hatte die Gutsbesitzer (Romanow, Stolypin und Konsorten) völlig davon überzeugt, daß es für sie keinen Frieden mit der Bauernmasse und den Arbeitern geben kann. Und diese ihre Überzeugung entsprach der objektiven Wirklichkeit. Es blieb eine Frage zweiter Ordnung zu lösen: wann und wie, ob sofort oder nach und nach das Wahlgesetz zu ändern sei. Die Bourgeoisie schwankte, aber ihr ganzes Verhalten — sogar das der kadettischen Bourgeoisie — zeigte, daß sie die Revolution hundertmal mehr fürchtet als die Reaktion. Darum eben geruhten die Gutsbesitzer, die Führer der Bourgeoisie (Muromzew, Heyden, Gutschkow und Konsorten) zu Beratungen heranzuziehen, ob nicht *gemeinsam* ein Kabinett gebildet werden könne. Und die *gesamte* Bourgeoisie, einschließlich der Kadetten, pflegte Rats mit dem Zaren, den Pogromhelden, den Führern der Schwarzen Hundert über Mittel und Wege zur Bekämpfung der Revolution, — aber niemals hat die Bourgeoisie seit Ende 1905 eine ihrer Parteien delegiert, mit Führern der Revolution darüber zu beraten, *wie* die Selbstherrschaft und die Monarchie zu stürzen wären.

Das eben ist die grundlegende Lehre der „Stolypin“-Periode der

russischen Geschichte. Der Zarismus zog die Bourgeoisie zu Beratungen heran; als die Revolution noch eine Macht zu sein schien — und warf nach und nach, durch einen Tritt mit dem Soldatenstiefel, *alle* Führer der Bourgeoisie hinaus, zuerst Müromzew und Miljukow, dann Heyden und Lwow und schließlich Gutschkow, als die Revolution aufhörte, einen Druck von unten auszuüben. Der Unterschied zwischen den Miljukow, den Lwow und den Gutschkow ist vollkommen belanglos — es ist die Frage der Reihenfolge, in der diese Führer der Bourgeoisie ihre Wangen den . . . „Küssen“ der Romanow-Purischkewitsch-Stolypin hinhielten und solche . . . „Küsse“ empfangen.

Stolypin ist gerade in dem Augenblick von der Bühne abgetreten, da die Schwarzhundert-Monarchie alles genommen hat, was sie aus den konterrevolutionären Stimmungen der gesamten russischen Bourgeoisie für sich herauschlagen konnte. Jetzt steht diese Bourgeoisie, die sich durch ihre Verleugnung der Demokratie, des Massenkampfes, der Revolution selbst besudelt hat, zurückgestoßen und bespion, rat- und hilflos da angesichts der Symptome für das Anwachsen der neuen Revolution. Stolypin hat dem russischen Volke eine gute Lehre erteilt: entweder unter der Führung des Proletariats zur Freiheit schreiten durch den Sturz der Zarenmonarchie, oder — unter der ideologischen und politischen Führung der Miljukow und Gutschkow zu den Purischkewitsch, Markow und Tolmatschow in die Knechtschaft gehen.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Sozialdemokrat“ Nr. 24,
31. (18.) Oktober 1911.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XV,
S. 283—292.

ÜBER DAS LIQUIDATORENTUM UND ÜBER DIE GRUPPE DER LIQUIDATOREN ¹³⁸

In Anbetracht dessen,

1. daß die SDAPR schon etwa vier Jahre lang einen entschiedenen Kampf gegen die liquidatorische Strömung führt, die auf der Parteikonferenz im Dezember 1908 definiert wurde als

„Versuche eines gewissen Teils der Parteiintelligenz, die bestehende Organisation der SDAPR zu liquidieren und sie zu ersetzen durch eine formlose Vereinigung im Rahmen der Legalität um jeden Preis, selbst wenn diese Legalität um den Preis offensichtlicher Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen der Partei erkaufte werden müßte“;

2. daß das Plenum des ZK im Januar 1910 in Fortsetzung des Kampfes gegen diese Strömung einstimmig anerkannte, daß sie eine Erscheinung des Einflusses der Bourgeoisie auf das Proletariat ist und den vollständigen Bruch mit dem Liquidatorentum und die endgültige Überwindung dieser bürgerlichen Abweichung vom Sozialismus als Bedingung für die wirkliche Einheit der Partei und für die Verschmelzung der ehemaligen Fraktionen der Bolschewiki und der Menschewiki aufstellte;

3. daß trotz aller Beschlüsse der Partei und trotz der auf dem Plenum im Januar 1910 von den Vertretern aller Fraktionen übernommenen Verpflichtung ein Teil der Sozialdemokraten, der sich um die Zeitschriften „Nascha Sarja“ und „Djelo Shisni“ gruppiert, offen begann, die Strömung zu verteidigen, die von der ganzen Partei als Produkt des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat bezeichnet worden ist;

4. daß die ehemaligen ZK-Mitglieder M-1, Juri und Roman sich im Frühjahr 1910 nicht nur weigerten, in das ZK einzutreten, sondern sogar ablehnten, auch nur zu *einer* Sitzung zwecks Kooptierung neuer Mitglieder zu erscheinen, und offen erklärten, daß sie allein schon das Bestehen des ZK der Partei für „schädlich“ halten;

5. daß die genannten Hauptpublikationen der Liquidatoren, „Nascha Sarja“ und „Djelo Shisni“, gerade nach dem Plenum 1910 sich entschieden und auf der ganzen Linie dem Liquidatorentum zugewandt haben, wobei sie nicht nur (entgegen den Beschlüssen des Plenums) „die Bedeutung der illegalen Partei herabsetzen“, sondern sie glatt verneinen, die Partei als einen „Leichnam“, als schon liquidiert bezeichnen, den Wiederaufbau der illegalen Partei für eine „reaktionäre Utopie“ erklären, die illegale Partei in den Spalten der legalen Zeitschriften mit Verleumdungen und Schmähungen überschütten, die Arbeiter auffordern, die Zellen der Partei und ihre Hierarchie als „abgestorben“ anzusehen usw.;

6. daß zu einer Zeit, als in ganz Rußland die Parteianhänger sich ohne Unterschied der Fraktion zu dem aktuellen Werk der Einberufung der Parteikonferenz zusammenschlossen, die Liquidatoren sich in völlig unabhängigen Grüppchen abgesondert, sich im Lande auch dort abgespalten haben, wo die parteitreuen Menschewiki¹³⁹ überwiegen (Jekaterinoslaw, Kiew), und endgültig jede Parteiverbindung mit den lokalen Organisationen der SDAPR abgelehnt haben,

— erklärt die Konferenz, daß die Gruppe der „Nascha Sarja“ und des „Djelo Shisni“ sich durch ihr Verhalten *endgültig außerhalb der Partei gestellt hat.*

Die Konferenz ruft alle Parteianhänger — ohne Unterschied der Strömungen und Schattierungen — auf, gegen das Liquidatorentum zu kämpfen, seine ganze Schädlichkeit für die Sache der Befreiung der Arbeiterklasse klarzumachen und alle Kräfte anzuspannen für den Wiederaufbau und die Festigung der illegalen SDAPR.

Veröffentlicht 1912 in der Broschüre
„Die Allrussische Konferenz der
SDAPR 1912“.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XV,
S. 502/03.

STRITTIGE FRAGEN

DIE OFFENE PARTEI UND DIE MARXISTEN

I. DER BESCHLUSS VOM JAHRE 1908

Vielen Arbeitern erscheint der Kampf, welcher zwischen der „Prawda“ und dem „Lutsch“¹⁴⁰ vor sich geht, unnötig und wenig verständlich. Es ist natürlich, daß polemische Artikel in einzelnen Nummern der Zeitung über einzelne, zuweilen recht spezielle Fragen keine vollständige Vorstellung von Gegenstand und Inhalt des Kampfes geben. Daher die gerechtfertigte Unzufriedenheit der Arbeiter.

Indessen ist die Frage des Liquidatorentums, um die der Kampf geht, im gegenwärtigen Augenblick eine der allerwichtigsten und aktuellsten Fragen der Arbeiterbewegung. Man kann kein bewußter Arbeiter sein, wenn man sich mit dieser Frage nicht eingehend bekannt gemacht hat, sich nicht eine bestimmte Meinung darüber gebildet hat. Der Arbeiter, der selbständig das Geschick seiner Partei entscheiden will, wird die Polemik nicht mit einer Handbewegung abtun, auch wenn sie auf den ersten Blick nicht ganz verständlich ist, sondern er wird ernstlich trachten, die Wahrheit herauszufinden, und er wird sie herausfinden.

Wie ist die Wahrheit zu finden? Wie soll man sich in den einander widersprechenden Meinungen und Behauptungen zurechtfinden?

Jeder vernünftige Mensch versteht, daß man sich, wenn ein hitziger Kampf um ganz gleich welchen Gegenstand geht, zur Feststellung der Wahrheit keineswegs auf die Erklärungen der Streitenden beschränken darf, sondern selbst die *Tatsachen* und *Dokumente* prüfen, selbst untersuchen muß, ob *Zeugenaussagen* vorhanden und ob diese Aussagen glaubwürdig sind.

Zweifelloos ist es nicht immer leicht, das zu tun. Bedeutend „leichter“ ist es, das für wahr zu nehmen, was einem zugetragen wird, was einem *zu Ohren kommt*, worüber am „offensten“ geschrien wird u. dgl. m. Nur bezeichnet man diejenigen, die sich damit zufrieden geben, als

„leicht über alles hinwegschende“ und oberflächliche Leute, und niemand rechnet ernstlich mit ihnen. Ohne eine gewisse *selbständige* Arbeit kann man in keiner einzigen ernststen Frage die Wahrheit finden, und wer die Arbeit scheut, der beraubt sich selbst der Möglichkeit, die Wahrheit zu finden.

Darum wenden wir uns nur an jene Arbeiter, die diese Arbeit nicht scheuen, die sich entschlossen haben, *selbständig* zu untersuchen und danach zu streben, die *Tatsachen, Dokumente und Zeugenaussagen zu ermitteln*.

Vor allem erhebt sich die Frage, was das Liquidatorentum ist. Woher kommt dieses Wort und was bedeutet es?

Der „Lutsch“ sagt, das Liquidatorentum der Partei, d. h. die Auflösung, die Zerstörung der Partei, die Lossage von der Partei, sei einfach eine üble Erfindung. Das hätten die bolschewistischen „Fraktionsmacher“ gegen die Menschewiki ausgeheckt!

Die „Prawda“ sagt, daß die ganze Partei mehr als vier Jahre lang das Liquidatorentum verurteilt und bekämpft.

Wer hat recht? Wie ist die Wahrheit zu finden?

Offenbar gibt es nur ein einziges Verfahren: das Heraussuchen der Tatsachen und Dokumente aus der *Geschichte* der Partei während der letzten vier Jahre, von 1908 bis 1912, als die Liquidatoren sich *endgültig* von der Partei *abgespalten* haben.

Gerade diese vier Jahre, als die jetzigen Liquidatoren *noch* in der Partei *waren*, sind die wichtigste Periode für die *Prüfung* der Frage, woher der Begriff Liquidatorentum stammt und wie er entstanden ist.

Daraus ergibt sich der erste und wichtigste Schluß: wer vom Liquidatorentum spricht und dabei die Tatsachen und Dokumente der *Partei* für die Jahre von 1908 bis 1911 *übergeht*, der verbirgt vor den Arbeitern die Wahrheit.

Welches sind nun diese Tatsachen und Dokumente der Partei?

Vor allem der *Parteibeschuß*, der im Dezember 1908¹⁴¹ zustande gekommen ist. Wenn die Arbeiter nicht wollen, daß man sie wie Kinder behandelt, die man mit Märchen und Schnickschnack füttert, so müssen sie sich bei ihren Beratern, Führern oder Vertretern erkundigen, ob im Dezember 1908 ein *Parteibeschuß* in der Frage des Liquidatorentums gefaßt worden ist, und worin er besteht.

Dieser Beschluß enthält eine *Verurteilung* des Liquidatorentums und eine *Erklärung*, worin es besteht.

Das Liquidatorentum, das sind die „Versuche eines gewissen Teils der Parteiintelligenz, die bestehende Organisation der Partei zu *liquidieren*“ (d. h. sie aufzulösen, zu zerstören, abzuschaffen, zu beseitigen)

„und sie zu ersetzen durch eine formlose Vereinigung im Rahmen der Legalität“ (d. h. der Gesetzlichkeit, des „offenen“ Bestehens) „um jeden Preis, selbst wenn diese Legalität um den Preis *offensichtlicher Absage an das Programm, die Taktik und die Traditionen*“ (d. i. der früheren Erfahrung) „der Partei erkaufte werden müßte“.

Das eben war vor mehr als vier Jahren der *Beschluß* der Partei über das Liquidatorentum.

Aus diesem Beschluß ist klar ersichtlich, worin das Wesen des Liquidatorentums besteht, weshalb es verurteilt wird. Das Wesen liegt im *Verzicht* auf die „illegale“ Organisation, in ihrer Liquidierung, in ihrer *Ersetzung* durch eine formlose Vereinigung im Rahmen der Gesetzlichkeit um jeden Preis. Folglich verurteilt die Partei durchaus *nicht* die legale (gesetzliche) Arbeit, durchaus nicht das Hervorheben ihrer Notwendigkeit. Die Partei verurteilt — und verurteilt unbedingt — die *Ersetzung* der alten Partei durch irgend etwas Formloses, „Offenes“, das gar nicht als Partei bezeichnet werden kann.

Die Partei kann nicht existieren, wenn sie nicht ihre Existenz verteidigt, nicht bedingungslos diejenigen bekämpft, die sie zu liquidieren, zu vernichten suchen, sie nicht anerkennen, die sich von ihr lossagen. Das versteht sich von selbst.

Wer sich von der bestehenden Partei im Namen irgendeiner neuen lossagt, dem muß gesagt werden: versucht es nur, gründet eine neue Partei, aber Mitglieder der alten, jetzigen, bestehenden Partei könnt ihr nicht sein! Das ist der Sinn des Parteibeschlusses, der im Dezember 1908 zustande gekommen ist, und es ist offensichtlich, daß ein anderer Parteibeschuß in der Frage der Existenz der Partei nicht gefaßt werden konnte.

Das Liquidatorentum ist natürlich mit dem *Renegatentum*, mit der *Lossagung vom Programm und der Taktik*, mit dem *Opportunismus* ideologisch verbunden. Darauf weist auch der Schlußsatz des oben angeführten Beschlusses hin. Doch das Liquidatorentum ist nicht *nur* Opportunismus. Die Opportunisten führen die Partei auf einen falschen, auf den bürgerlichen Weg, auf den Weg der liberalen Arbeiterpolitik, aber sie *sagen sich nicht* von der Partei selbst *los*, sie liquidieren sie nicht. Das Liquidatorentum ist ein *solcher* Opportunismus, der bis zur *Lossagung* von der Partei geht. Es versteht sich von selbst, daß die Partei nicht existieren kann, wenn sie diejenigen *in ihrem Bestande hat*, die ihre Existenz nicht anerkennen. Nicht weniger verständlich ist auch, daß die Lossagung von der Illegalität unter den bestehenden Verhältnissen die Lossagung von der alten Partei bedeutet.

Es fragt sich nun, wie sich die Liquidatoren zu diesem Parteibeschuß vom Jahre 1908 verhalten.

Hier liegt der springende Punkt, hier ist die Probe auf die Aufrichtigkeit und politische Ehrlichkeit der Liquidatoren.

Nicht einer von ihnen, wenn er nicht von Sinnen ist, wird die Tatsache bestreiten, daß ein solcher Parteibesluß gefaßt und nicht aufgehoben worden ist.

Also verlegen sich die Liquidatoren auf Ausflüchte, wobei sie entweder die Frage umgehen und vor den Arbeitern den Parteibesluß vom Jahre 1908 *verschweigen*, oder (nicht selten unter Anwendung von Schimpfworten) ein Geschrei erheben, dieser Beschluß sei von den Bolschewiki durchgesetzt worden.

Aber die Schimpfworte verraten nur die Schwäche der Liquidatoren. Es gibt *Parteibeschlüsse*, die von den *Menschewiki* durchgesetzt worden sind — z. B. der Beschluß über die Munizipalisierung, angenommen in Stockholm im Jahre 1906¹⁴². Das ist allgemein bekannt. Viele Bolschewiki sind mit diesem Beschluß nicht einverstanden. Doch keiner von ihnen leugnet, daß das ein *Parteibesluß* ist. Genau so ist auch der Beschluß vom Jahre 1908 über das Liquidatorentum ein *Parteibesluß*. Alle Ausflüchte in dieser Frage sind nur ein Zeichen für den Wunsch, die Arbeiter irrezuführen.

Wer die Partei nicht nur in Worten anerkennen will, der wird hier keine Ausflüchte dulden und nach Wahrheit über den *Parteibesluß* in der Frage des Liquidatorentums streben. Diesem Beschluß haben sich im Jahre 1909 *alle parteitreuen Menschewiki* angeschlossen, an ihrer Spitze Plechanow, der in seiner Publikation „Dnjewnik“ und in einer ganzen Reihe anderer marxistischer Publikationen mehrmals und durchaus bestimmt erklärte, daß derjenige, der die Partei liquidiert, ihr nicht angehören kann.

Plechanow war und bleibt ein Menschewik. Das heißt, daß die üblichen Berufungen der Liquidatoren auf den „bolschewistischen“ Charakter des Parteibeschlusses vom Jahre 1908 doppelt unrichtig sind.

Je mehr Schimpfworte gegen Plechanow wir bei den Liquidatoren im „Lutsch“ oder in der „Nascha Sarja“ finden, desto klarer beweist das das Unrecht der Liquidatoren, ihre Versuche, durch Lärm, Geschrei und Skandal die Wahrheit zu verdunkeln. Es gelingt bisweilen auf den ersten Schlag, einen Neuling mit solchen Methoden zu betören, doch die Arbeiter finden sich trotzdem selbst zurecht und werden bald von diesem Geschimpfe nichts mehr wissen wollen.

Ist die Einheit der Arbeiter notwendig? Unbedingt.

Ist die Einheit der Arbeiter möglich ohne die Einheit der Arbeiterorganisation? Sie ist unmöglich, das ist klar.

Was verhindert die Einheit der Arbeiterpartei? Die Streitigkeiten wegen des Liquidatorentums.

Das bedeutet, daß sich die Arbeiter in diesen Streitigkeiten zurechtfinden müssen, um *selbst* das Schicksal ihrer Partei zu entscheiden und *sie zu behaupten*.

Der erste Schritt dazu ist, sich mit dem *ersten* Beschluß der *Partei* über das Liquidatorentum bekannt zu machen. Diesen Beschluß müssen die Arbeiter genau kennen und aufmerksam durchdenken, wobei sie alle Versuche von sich weisen müssen, diese Frage zu umgehen oder beiseitezuschieben. Nachdem er diesen Beschluß durchdacht hat, wird jeder Arbeiter zu verstehen anfangen, worin das Wesen der Frage des Liquidatorentums besteht, warum diese Frage so wichtig und so „brennend“ ist, warum durch mehr als vier Jahre der Epoche der Reaktion diese Frage vor der Partei steht.

Im folgenden Artikel wollen wir einen anderen wichtigen Parteibeschuß über das Liquidatorentum untersuchen, der ungefähr vor dreieinhalb Jahren angenommen wurde, und dann wollen wir zu den Tatsachen und Dokumenten übergehen, welche die gegenwärtige Stellung der Frage bestimmen.

II. DER BESCHLUSS VOM JAHRE 1910

Im ersten Artikel („Prawda“ Nr. 289) haben wir das erste und grundlegende Dokument angeführt, mit welchem sich der Arbeiter, der im gegenwärtigen Streit die Wahrheit finden will, bekannt machen muß, nämlich den Parteibeschuß vom Dezember 1908 zur Frage des Liquidatorentums.

Jetzt wollen wir einen anderen, nicht weniger wichtigen Parteibeschuß zu derselben Frage, der vor dreieinhalb Jahren, im Januar 1910¹⁴³ angenommen worden ist, anführen und betrachten. Von besonderer Bedeutung ist dieser Beschluß deshalb, weil er *einstimmig* angenommen worden ist: alle Bolschewiki ohne Ausnahme, sodann alle sogenannten „Wperjod“-Leute¹⁴⁴ und schließlich (das ist das wichtigste) ausnahmslos *alle* Menschewiki und nunmehrigen Liquidatoren sowie alle „nationalen“ (d. h. jüdischen, polnischen und lettischen) Marxisten haben diesen Beschluß angenommen.

Wir führen die wichtigste Stelle aus diesem Beschluß vollständig an:

„Die historische Lage der sozialdemokratischen Bewegung in der Epoche der bürgerlichen Konterrevolution erzeugt unvermeidlich, als Erscheinung des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat, einerseits Negierung der illegalen sozialdemo-

kratischen Partei, Herabsetzung ihrer Rolle und ihrer Bedeutung, Versuche, die programmatischen und taktischen Aufgaben und die Lösungen der konsequenten Sozialdemokratie zu stützen usw.; andererseits die Ablehnung der sozialdemokratischen Duma-Arbeit und der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, den Mangel an Verständnis für die Wichtigkeit der einen und der anderen, das Unvermögen, die konsequent sozialdemokratische Taktik den eigentümlichen historischen Verhältnissen des gegenwärtigen Augenblicks anzupassen usw.

Ein unveräußerliches Element der sozialdemokratischen Taktik unter diesen Verhältnissen ist die Überwindung beider Abweichungen durch Erweiterung und Vertiefung der sozialdemokratischen Arbeit auf allen Gebieten des Klassenkampfes des Proletariats und durch Klarstellung der Gefahr dieser Abweichungen.“

Aus diesem Beschluß ist klar ersichtlich, daß vor dreieinhalb Jahren alle Marxisten, in Gestalt ausnahmslos aller Richtungen, *einstimmig* zwei *Abweichungen* von der marxistischen Taktik zugeben mußten. Beide Abweichungen wurden als *gefährlich* anerkannt. Beide Abweichungen wurden nicht als etwas Zufälliges, nicht aus dem bösen Willen einzelner Personen erklärt, sondern aus der „*historischen Lage*“ der Arbeiterbewegung in der Epoche, die wir durchlebten.

Mehr noch. In dem einstimmigen Parteibeschuß ist . . . auf den *Klassenursprung* und die *klassenmäßige* Bedeutung dieser Abweichungen hingewiesen worden. Denn Marxisten beschränken sich nicht auf einen bloßen und inhaltslosen Hinweis auf Verfall und Zerfall: alle sehen, daß in den Köpfen vieler Anhänger der Demokratie und des Sozialismus Zerfall, Unglaube, Verzagtheit und Zweifel herrschen. Es genügt nicht, das zuzugeben. Man muß verstehen, welches der *klassenmäßige* Ursprung der Auflösung und des Zerfalls ist, welche *Klasseninteressen* aus dem nichtproletarischen Milieu „*Verwirrung*“ zu stiften suchen unter den Freunden des Proletariats.

Und der Parteibeschuß hat vor dreieinhalb Jahren auf diese wichtige Frage die Antwort gegeben: die *Abweichungen* vom Marxismus werden erzeugt von der „*bürgerlichen Konterrevolution*“, sie sind ein Erzeugnis des „*bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat*“.

Welches sind nun diese Abweichungen, die das Proletariat dem Einfluß der Bourgeoisie auszuliefern drohen? Eine dieser Abweichungen, die mit der Richtung des „*Wperjod*“ verbunden ist und in der Negierung der Duma-Arbeit der Sozialdemokraten sowie der Ausnutzung der legalen Möglichkeit besteht, ist *fast gänzlich verschwunden*. In Rußland propagiert kein Sozialdemokrat mehr diese falschen, unmarxistischen Anschauungen. Die „*Wperjod*“-Anhänger (darunter Alexinski u. a.) haben angefangen, zusammen mit den parteitreuen Menschewiki in der „*Prawda*“ zu arbeiten.

Die andere *Abweichung* nun, auf die im Parteibeschuß hingewiesen

wird, ist eben das *Liquidorentum*. Das geht aus dem Hinweis auf die „Negierung“ der illegalen Organisation und auf die „Herabsetzung“ ihrer Rolle und ihrer Bedeutung klar hervor. Schließlich besitzen wir als exaktestes Dokument, das vor *drei Jahren* veröffentlicht und von niemandem widerlegt worden ist, das Dokument, das von *allen* „nationalen“ Marxisten und von Trotzki (von Zeugen, wie die Liquidatoren keine besseren stellen können) ausgeht; dieses Dokument erklärt geradeheraus, daß „es eigentlich wünschenswert wäre, die in der Resolution genannte Strömung, die *bekämpft werden muß*, *Liquidorentum* zu nennen . . .“

Damit haben wir die grundlegende und wichtigste Tatsache, die jedem, der sich in dem gegenwärtigen Streit zurechtfinden will, bekannt sein muß: vor dreieinhalb Jahren hat die Partei *einstimmig* das *Liquidorentum* als „gefährliche“ Abweichung vom Marxismus anerkannt, als eine Abweichung, die man bekämpfen muß, die den „bürgerlichen Einfluß auf das Proletariat“ zum Ausdruck bringt.

Die Interessen der Bourgeoisie, die gegen die Demokratie eingestellt, die überhaupt konterrevolutionär gesinnt ist, erfordern die *Liquidierung*, die Auflösung der alten Partei des Proletariats. Die Bourgeoisie verbreitet und unterstützt auf jede Weise alle auf die *Liquidierung* der Partei der Arbeiterklasse gerichteten Ideen. Die Bourgeoisie strebt danach, die Saat der Abtrünnigkeit von den alten Aufgaben auszustreuen, diese Aufgaben zu „stutzen“, zu kürzen, zu beschneiden, zu kastrieren, die Versöhnung oder Verständigung mit den Purischkeits und Konsorten an die Stelle der entschiedenen Beseitigung der Grundlagen ihrer Macht zu setzen.

Und das *Liquidorentum* ist eben das Eindringen dieser bürgerlichen Ideen der Abtrünnigkeit und des Renegatentums in das Proletariat.

Das eben ist die *klassenmäßige* Bedeutung des *Liquidorentums*, wie sie durch den *einstimmigen* Parteibeschluß vor dreieinhalb Jahren dargelegt worden ist. Darin eben sieht die gesamte Partei den größten Schaden, die Gefährlichkeit des *Liquidorentums* und seine verderbliche Wirkung auf die Arbeiterbewegung, auf den Zusammenschluß der (in der Tat, nicht nur in Worten) selbständigen Partei der Arbeiterklasse.

Das *Liquidorentum* ist nicht nur die *Liquidierung* (d. i. Auflösung, Zerstörung) der alten Partei der Arbeiterklasse, es ist auch die *Zerstörung der Klassenselbständigkeit* des Proletariats, die *Korrumpierung* seines Bewußtseins durch *bürgerliche* Ideen.

Wir werden diese Einschätzung des *Liquidorentums* im nächsten

Artikel anschaulich erläutern, in welchem wir die wichtigsten Betrachtungen des liquidatorischen „Lutsch“ vollständig anführen werden. Jetzt aber wollen wir aus dem Gesagten kurz das Fazit ziehen. Die Versuche der Leute vom „Lutsch“ im allgemeinen und der Herren F. Dan und Potressow im besonderen, die Sache so darzustellen, als ob das ganze „Liquidatorentum“ eine Erfindung sei, sind durch ihre Verlogenheit verblüffende Schliche, die darauf berechnet sind, daß die Leser des „Lutsch“ völlig uninformiert sind. In Wirklichkeit gibt es außer dem Parteibeschuß vom Jahre 1908 den *einstimmigen* Parteibeschuß vom Jahre 1910, der das Liquidatorentum restlos als eine gefährliche und für die Arbeiterklassé verderbliche bürgerliche Abweichung vom proletarischen Wege einschätzt. Diese Einschätzung durch die Partei verheimlichen oder übergehen können bloß die Feinde der Arbeiterklasse.

III. DAS VERHALTEN DER LIQUIDATOREN ZU DEN BESCHLÜSSEN VON 1908 UND 1910

In dem vorhergehenden Artikel („Prawda“ Nr. 95 [299]) haben wir den genauen Wortlaut des einstimmigen Parteibeschlusses in bezug auf das Liquidatorentum angeführt als eine Erscheinung des bürgerlichen Einflusses auf das Proletariat.

Dieser Beschluß ist, wie wir gezeigt haben, im *Januar 1910* angenommen worden. Betrachten wir also nun die Haltung jener Liquidatoren, welche den Mut haben, jetzt zu versichern, es habe gar kein Liquidatorentum gegeben und gebe auch keines.

Im Februar 1910, in Nr. 2 der Zeitschrift „Nascha Sarja“, die damals eben zu erscheinen begann, schrieb Herr Potressow direkt: „Eine Partei als einheitliche und organisierte Hierarchie“ (d. i. Stufenleiter oder System) „von Körperschaften *gibt es nicht*“, und man könne nicht liquidieren, „*was in Wirklichkeit als organisiertes Ganzes schon gar nicht mehr besteht*“ (siehe S. 61 der „Nascha Sarja“, Nr. 2 vom Jahre 1910).

Das wurde gesagt einen Monat *nach* dem einstimmigen Parteibeschuß, wenn nicht gar früher!!

Im März 1910 jedoch unterstrich eine andere Liquidatoren-Zeitschrift, mit denselben Mitarbeitern: Potressow, Dan, Martynow, Jeshow, Martow, Lewitzki und Konsorten, nämlich die Zeitschrift „Wosroshdenije“, die Worte des Herrn Potressow und erklärte sie volkstümlich:

„Es gibt nichts zu liquidieren, und — fügen wir“ (d. h. die Redaktion des „Wosroshdenije“) „von uns aus hinzu — der Traum, diese Hierarchie in ihrer alten,

illegalen Form wiederherzustellen, ist einfach eine schädliche, reaktionäre Utopie, ist ein Zeichen dafür, daß den Vertretern der einst realistischen Partei jedes politische Fingerspitzengefühl verlorengegangen ist.“ („Wosroschdenije“ 1910, Nr. 5, S. 51.)

Eine Partei gibt es nicht, und sie wiederherstellen zu wollen, ist eine schädliche Utopie — das sind klare, bestimmte Worte. Hier haben wir die klare und unumwundene Lossagung von der Partei. Es waren die Leute, die sich losgesagt (und die Arbeiter aufgefordert haben, sich loszusagen), die die Illegalität aufgegeben und von der offenen Partei „geträumt“ haben.

Dieses Herausgehen aus der Illegalität unterstützte ferner durchaus bestimmt und offen P. B. Axelrod im Jahre 1912 sowohl im „Newski Golos“ (1912, Nr. 6) als auch in der „Nascha Sarja“ (Nr. 6, 1912).

„Bei einer solchen Sachlage in der Partei von ‚Fraktionslosigkeit‘ ... zu reden“, schrieb P. B. Axelrod, „heißt dem Vogel Strauß zu gleichen ..., heißt sich selbst und andere zu betrügen ...“ „Die fraktionelle Formierung und Zusammenschließung ist direkte Pflicht und unaufschiebbare Aufgabe der Anhänger einer Parteireform oder, richtiger, einer Parteirevolution.“

Also ist P. B. Axelrod direkt für eine *Parteirevolution*, d. h. für die Vernichtung der alten Partei und für die Gründung einer neuen Partei.

Im Jahre 1913 wurde in Nummer 101 des „Lutsch“ in einem nicht gezeichneten redaktionellen Leitartikel offen gesagt, daß „hier und da in den Kreisen der Arbeiterschaft die Sympathien für die Illegalität sogar wieder lebendiger und stärker“ werden und daß das „eine *bedauerliche Tatsache*“ sei. Der Verfasser dieses Artikels, L. Sedow*, gab selber zu, daß dieser Artikel „Unzufriedenheit hervorgerufen hat“ sogar unter den Anhängern der Taktik des „Lutsch“ („Nascha Sarja“ 1913, Nr. 3, S. 49). Dabei waren die Erklärungen L. Sedows selbst so geartet, daß sie neuerdings die Unzufriedenheit wieder eines Anhängers des „Lutsch“ hervorriefen, nämlich die von An¹⁴⁵, der in Nr. 181 des „Lutsch“ gegen Sedow schreibt. An protestiert gegen die Annahme Sedows, daß „die illegale Organisation ein Hindernis bildet für die politische Formierung unserer Bewegung, für den Aufbau der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“. An macht sich über L. Sedow lustig, bei dem es „unbestimmt“ bleibe, ob eine illegale Organisation wünschenswert sei.

Die Redaktion des „Lutsch“ fügte dem Artikel Ans ein umfangreiches Nachwort bei, in welchem sie sich für Sedow ausspricht und findet, daß An „in der Kritik an L. Sedow nicht recht hat“.

* L. Sedow (L. S.) — B. A. Ginsburg. *Der Übers.*

Wir werden an passender Stelle sowohl die Betrachtungen der Redaktion des „Lutsch“ als auch die liquidatorischen Fehler bei An selber untersuchen. Augenblicklich handelt es sich nicht darum. Jetzt müssen wir aufmerksam die grundlegende und wichtigste Schlußfolgerung aus den von uns angeführten Dokumenten würdigen.

Die gesamte Partei verurteilt und lehnt das Liquidatorentum sowohl 1908 als auch 1910 ab, wobei sie bis ins einzelne und deutlich erklärt, worin der Klassenursprung und die Gefährlichkeit dieser Strömung bestehen. *Alle* Zeitungen und Zeitschriften der Liquidatoren, sowohl das „Wosroshdenije“ (1909—1910) als auch die „Nascha Sarja“ (1910—1913), der „Newski Golos“ (1912) wie auch der „Lutsch“ (1912—1913), sie *alle* wiederholen — *nach* den allerbestimmtesten und sogar einstimmigen Parteibeschlüssen — solche Gedanken und Überlegungen, welche *offenkundiges* Liquidatorentum enthalten.

Sogar Anhänger des „Lutsch“ waren *genötigt* zu erklären, daß sie mit diesen Betrachtungen, mit dieser Propaganda nicht einverstanden seien. Das ist eine Tatsache. Folglich ist das Geschrei über die „Hetze“ gegen die Liquidatoren, wie es Trotzki, Semkowski und viele andere Beschützer des Liquidatorentums anstimmen, direkt gewissenlos; denn das ist eine himmelschreiende Verdrehung der Wahrheit.

Die Wahrheit, wie sie durch die von mir angeführten Dokumente aus mehr als *fünf* Jahren (1908—1913) bewiesen worden ist, besteht darin, daß die Liquidatoren allen Parteibeschlüssen zum Hohn fortfahren, die Partei, d. h. die „illegale Organisation“, zu schmähen und gegen sie zu hetzen.

Jeder Arbeiter, der den Willen hat, diese strittigen und brennenden Parteifragen *selbst* mit allem Ernst zu untersuchen, diese Fragen *selbst* zu entscheiden, muß sich vor allem diese Wahrheit zu eigen machen, indem er zu diesem Zweck selbständige Maßnahmen ergreift, um die angeführten Parteibeschlüsse und die Betrachtungen der Liquidatoren zu studieren und zu prüfen. Nur derjenige verdient den Namen eines Parteimitgliedes und eines Begründers der Arbeiterpartei, der die Fragen und das *Geschick* seiner Partei aufmerksam studiert, überlegt und selbständig entscheidet. Man darf sich nicht gleichgültig zu der Frage verhalten, ob die Partei „schuld“ ist an der „Hetze“ (d. i. an den allzu scharfen und unrichtigen Angriffen) gegen die Liquidatoren, *oder* ob die Liquidatoren der *direkten Verletzung* der Parteibeschlüsse, der *hartnäckigen Propaganda der Liquidation*, d. h. der *Zerstörung* der Partei schuldig sind.

Es ist klar, daß die Partei nicht existieren kann, wenn sie nicht aus allen Kräften die Zerstörer der Partei bekämpft.

Unter Anführung von Dokumenten zu dieser grundlegenden Frage wollen wir im nächsten Artikel zur Einschätzung des *ideologischen* Inhalts der Propaganda der „offenen Partei“ übergehen.

IV. DIE KLASSENBEDEUTUNG DES LIQUIDATORENTUMS

Wir haben in den vorhergehenden Artikeln („Prawda“ Nr. 289, 299 und 314) gezeigt, daß alle Marxisten sowohl im Jahre 1908 als auch im Jahre 1910 unwiderruflich das Liquidatorentum als Lossagung von der Vergangenheit verurteilt haben. Die Marxisten haben der Arbeiterklasse klargemacht, daß das Liquidatorentum das Eindringen des bürgerlichen Einflusses in das Proletariat ist. Aber *alle* liquidatorischen Publikationen von 1909 bis 1913 verletzen und verletzen in himmel-schreiender Weise den Beschluß der Marxisten.

Betrachten wir die Losung: „Offene Arbeiterpartei“ oder „Kampf für die offene Partei“, welche die Liquidatoren im „Lutsch“ und in der „Nascha Sarja“ bis jetzt verteidigen.

Ist diese Losung eine marxistische, proletarische oder eine liberale, bürgerliche?

Die Antwort auf diese Frage darf man nicht in den Absichten und in den Plänen der Liquidatoren oder der anderen Gruppen, sondern man muß sie in der Analyse des Verhältnisses der sozialen Kräfte Rußlands in der gegenwärtigen Epoche suchen. Die Bedeutung von Losungen wird nicht durch die Absichten ihrer Verfasser, sondern eben durch das Verhältnis der Kräfte *aller* Klassen des Landes bestimmt. *

Die feudalen Gutsbesitzer und ihre „Bürokratie“ stehen jedweden Änderungen im Geiste der politischen Freiheit feindlich gegenüber. Das ist verständlich. Die Bourgeoisie kann auf Grund ihrer ökonomischen Lage in einem rückständigen und halbfeudalen Lande *nicht umhin*, nach Freiheit zu streben. Aber die Bourgeoisie fürchtet die Aktivität des Volkes *mehr* als die Reaktion. Diese Wahrheit hat besonders anschaulich das Jahr 1905 bewiesen; die Arbeiterklasse hat sie trefflich verstanden; nicht verstanden haben sie lediglich die Opportunisten und die halbliberalen Intellektuellen.

Die Bourgeoisie ist liberal und konterrevolutionär. Daher ihr geradezu lächerlich machtloser und kläglicher *Reformismus*. Träume von Reformen und — Angst, sich mit den Feudalen ernstlich auseinanderzusetzen, die nicht nur keine Reformen gewähren, sondern die schon gewährten sogar zurücknehmen. Propagierung von Reformen und — Angst vor der Volksbewegung. Das Bestreben, die Feudalen

zu verdrängen, und — Angst, ihre Hilfe zu verlieren; Angst, die eigenen Privilegien zu verlieren. Auf diesem Klassenverhältnis ist das System vom 3. Juni aufgebaut, das den Feudalen Allmacht und der Bourgeoisie Privilegien gibt.

Die Klassenlage des Proletariats schließt für dieses die Möglichkeit vollständig aus, Privilegien mit irgend jemandem zu „teilen“ oder ihren Verlust durch wen auch immer zu fürchten. Darum ist der eigen-nützig-beschränkte, armselige und stumpfsinnige Reformismus dem Proletariat gänzlich fremd. Und die bäuerliche Masse, die einerseits maßlos unterdrückt ist und anstatt Privilegien die Hungersnot vor sich sieht, die andererseits aber unbedingt kleinbürgerlich ist, schwankt unvermeidlich zwischen den Liberalen und den Arbeitern.

Das ist die objektive Lage.

Aus dieser Lage ergibt sich ganz augenscheinlich, daß die Losung der offenen Arbeiterpartei nach ihrem Klassenursprung die Losung der konterrevolutionären Liberalen ist. Sie enthält nichts außer Reformismus; — weder eine Andeutung, daß das Proletariat, die einzige restlos demokratische Klasse, seine Aufgabe erkennt; Kampf gegen die Liberalen um den Einfluß auf die gesamte Demokratie; — noch den Gedanken der Beseitigung der eigentlichen Grundlage jeglicher Privilegien der Feudalen, der „Bürokratie“ usw.; — noch einen Gedanken an die allgemeinen Stützpfeiler der politischen Freiheit und der demokratischen Konstitution; — dafür enthält sie aber eine stillschweigende Absage an das Alte und folglich Renegatentum und Auflösung (Liquidierung) der Arbeiterpartei.

Kurz gesagt: diese Losung trägt in die Reihen der Arbeiter in der Epoche der Konterrevolution die Propaganda ebendessen, was die liberale Bourgeoisie in ihren eigenen Reihen tut. Darum müßten die klugen bürgerlichen Fortschrittler, wenn es keine Liquidatoren gäbe, Intellektuelle suchen oder in Sold nehmen, um eine solche Propaganda in die Arbeiterklasse hineinzutragen!

Nur Leute ohne die Fähigkeit zu denken, können die Worte der Liquidatoren mit den Motiven der Liquidatoren vergleichen. Man muß ihre Worte mit den Taten und mit der objektiven Lage der liberalen Bourgeoisie vergleichen.

Man betrachte diese Taten. Im Jahre 1902 ist die Bourgeoisie für die Illegalität. Struve wird von ihr ausgeschiedt, um die illegale Zeitung „Oswoboshdenije“ herauszugeben. Als die Arbeiterbewegung zum 17. Oktober¹⁴⁶ führt, lassen die Liberalen und Kadetten die illegale Organisation im Stich, und dann sagen sie sich von ihr los, erklären sie für überflüssig, sinnlos, für Sünde und Gottlosigkeit

(„Wjechi“). *An die Stelle* der illegalen Organisationen tritt bei der liberalen Bourgeoisie *der Kampf für die offene Partei*. Das ist eine geschichtliche Tatsache, die durch die unermüdlichen Versuche der Kadetten (1905—1907) und der Progressisten (1913), ihre Partei zu legalisieren, bestätigt wird.

Bei den Kadetten sehen wir die „offene Arbeit und ihre geheime Organisation“; der gutmütige, d. h. unbewußte Liquidator A. Wlassow hat nur mit „eigenen Worten“ die Praxis der Kadetten wiedergegeben.

Warum haben sich denn die Liberalen von der Illegalität losgesagt und die Losung des „Kampfes für die offene Partei“ aufgenommen? Doch nicht deshalb, weil Struve ein Verräter ist? Nein. Gerade umgekehrt. Struve hat sich gewandelt, weil die ganze Bourgeoisie eine Wendung vollzogen hat. Und sie hat eine Wendung vollzogen, denn erstens hat sie Privilegien erhalten und am 11. Dezember 1905 und selbst am 3. Juni 1907¹⁴⁷ ist ihr die Stellung einer *geduldeten* Opposition eingeräumt worden; und zweitens war sie selbst vor der Volksbewegung auf den Tod erschrocken. Die Losung: „Kampf für die offene Partei“ heißt in der Übersetzung aus der „hohen Politik“ in die einfache und verständliche Sprache eben folgendes:

Ihr Herren Gutsbesitzer! Glaubt nicht, daß wir euch vom Platz an der Sonne verdrängen wollen. Nein. Rückt nur ein bißchen zusammen, damit auch wir, die Bourgeois, sitzen können (die offene Partei); wir werden euch dann fünfmal „klüger“, schlauer, „wissenschaftlicher“ verteidigen als die Timoschkin und die Sablerschen Väterchen¹⁴⁸.

In Nachahmung der Kadetten haben die Kleinbürger, die Volkstümpler, die Losung des „Kampfes für die offene Partei“ aufgegriffen. Im August 1906 sagen sich Herr Peschechonow und Konsorten vom „Russkoje Bogatstwo“ von der illegalen Organisation los, verkünden den „Kampf für die offene Partei“ und merzen aus ihrem Programm die konsequent-demokratischen „illegalen“ Losungen aus.

Im Ergebnis des reformistischen Geschwätzes dieser Kleinbürger über die „breite und offene Partei“ sind sie, wie jedermann sieht, *ohne jede Partei, ohne jegliche* Verbindung mit den Massen geblieben; und die Kadetten haben es sogar aufgegeben, an eine solche Verbindung auch nur im Traum zu denken.

So, und nur so, durch die Analyse der Lage der Klassen, durch die *allgemeine* Geschichte der Konterrevolution kann man *zum Verständnis* des Liquidatorentums kommen. Die Liquidatoren sind kleinbürgerliche Intellektuelle, die von der Bourgeoisie ausgeschickt sind, um die liberale Demoralisation in die Reihen der Arbeiter zu tragen.

Die Liquidatoren sind Verräter am Marxismus und Verräter an der Demokratie. Die Losung des „Kampfes für die offene Partei“ ist bei ihnen (wie auch bei den Liberalen und bei den Volkstümlern) die Tarnung ihrer Lossagung von der Vergangenheit und ihres *Bruchs mit der Arbeiterklasse*. Das ist eine Tatsache, die sowohl durch die Wahlen in der Arbeiterkurie zur IV. Duma als auch durch die Geschichte des Entstehens des Arbeiterblattes „Prawda“ bewiesen worden ist. Verbindung mit den Massen hatten, für alle ersichtlich, nur diejenigen, die sich vom Vergangenen nicht losgesagt und ausschließlich in *seinem* Geiste, zu seiner Stärkung, Festigung und Entwicklung, die „offene Arbeit“ und alle „Möglichkeiten“ auszunutzen verstanden haben.

In der Epoche des Systems vom 3. Juni konnte das auch gar nicht anders sein.

Über die „Beschneidung“ des Programms und der Taktik durch die Liquidatoren (d. h. durch die Liberalen) werden wir im nächsten Artikel sprechen.

V. DIE LOSUNG DES KAMPFES FÜR DIE OFFENE PARTEI

In dem vorhergehenden Artikel („Prawda“ Nr. 123) haben wir die objektive, d. h. durch die Klassenverhältnisse bestimmte Bedeutung der Losung „Offene Partei“ oder „Kampf für die offene Partei“ untersucht. Diese Losung ist die sklavische Wiederholung der Taktik der Bourgeoisie, für die sie der richtige Ausdruck ihrer Absage von der Revolution oder ihres konterrevolutionären Wesens ist.

Betrachten wir nun einige Versuche, die Losung des „Kampfes für die offene Partei“ zu verteidigen, die bei den Liquidatoren besonders gang und gäbe sind. Sowohl Majewski als auch Sedow und Dan sowie alle Anhänger des „Lutsch“ sind bestrebt, die offene *Partei* mit der offenen Arbeit oder *Tätigkeit* zu verwechseln. Eine solche Verwechslung ist direkt Sophistik, Spielerei, Betrug an den Lesern.

Erstens ist die offene Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Periode von 1904 bis 1913 eine *Tatsache*. Die offene Partei ist eine *Phrase* von Intellektuellen, die die Lossagung von der Partei bemäntelt. Zweitens hat die Partei zu wiederholten Malen das Liquidatorentum, d. i. die Losung der offenen Partei verurteilt. Aber die Partei hat die offene Tätigkeit nicht nur nicht verurteilt, sondern im Gegenteil diejenigen verurteilt, die sie aufgeben oder sich von ihr lossagen. Drittens war in den Jahren von 1904 bis 1907 die offene Tätigkeit bei *allen* Sozial-

demokraten *besonders* entwickelt. Aber *nicht eine einzige* Strömung, *nicht eine einzige* Fraktion der Sozialdemokraten hat damals die Losung des „Kampfes für die offene Partei“ aufgestellt!

Das ist eine geschichtliche Tatsache. Über sie müssen diejenigen nachdenken, die das Liquidatorentum *verstehen* wollen.

Hat etwa das Fehlen der Losung des „Kampfes für die offene Partei“ die offene Tätigkeit in den Jahren 1904—1907 behindert? Nicht im geringsten.

Weshalb ist bei den Sozialdemokraten *damals* eine derartige Losung nicht aufgetaucht? Eben deshalb, weil damals die Konterrevolution noch nicht hemmungslos wütete, wodurch ein Teil der Sozialdemokraten für einen Opportunismus höchsten Grades eingenommen wurde. Damals war es *allzu klar*, daß die Losung des „Kampfes für die offene Partei“ eine opportunistische Phrase, daß sie die Lossagung von der illegalen Organisation ist.

Versuchen Sie doch, meine Herren, in den Sinn dieses historischen Umschwungs einzudringen: in der Epoche des Jahres 1905, bei glänzender Entfaltung der offenen Tätigkeit, *keine* Losung des „Kampfes für die offene Partei“; in der Epoche der Konterrevolution, bei viel schwächerer Entfaltung der offenen Tätigkeit, taucht bei einem Teil der Sozialdemokraten (nach dem Vorbild der Bourgeoisie) die Parole der Lossagung von der illegalen Organisation und des „Kampfes für die offene Partei“ auf.

Kann denn da der Sinn und die Klassenbedeutung eines solchen Umschwungs noch unklar sein?

Schließlich der vierte und allerwichtigste Umstand. Offene Tätigkeit ist möglich (und wird auch beobachtet) in *zwei*erlei Weise, in zwei diametral entgegengesetzten Richtungen: eine Tätigkeit, die zur Verteidigung des Alten und durchaus in seinem *Geiste* und *im Namen* seiner Losungen und seiner Taktik geführt wird, und eine andere, die *gegen* das Alte geleistet wird im Namen seiner Preisgabe, der Schmälerung seiner Rolle, seiner Losungen usw.

Das Vorhandensein dieser beiden, prinzipiell einander feindlichen und miteinander unversöhnlichen Ansichten über die offene Tätigkeit ist die unstrittigste historische Tatsache für die Epoche von 1906 (die Kadetten und Herr Peschechonow und Konsorten) bis 1913 („Lutsch“, „Nascha Sarja“). Kann man also, ohne zu lächeln, so einem Einfaltspinsel (oder einem, der zeitweilig den Einfaltspinsel spielt) zuhören, wenn er sagt: was gibt es denn da zu streiten, wenn sowohl die einen als auch die anderen eine offene Tätigkeit ausüben? Aber gerade darum geht hier der Streit, mein Bester, ob diese Tätigkeit

zur Verteidigung der illegalen Organisation und in ihrem Geiste, oder ob sie im Sinne ihrer Schmälerung, gegen sie und nicht in ihrem Geiste geführt werden soll! Der Streit geht nur — alles in allem „nur!“ — darum, ob die gegebene offene Arbeit im liberalen oder im konsequent-demokratischen Geiste geführt wird. Der Streit geht „nur“ darum, ob es möglich ist, sich auf die offene Arbeit zu *beschränken*: erinnert euch an den Herrn Liberalen Struve, der sich im Jahre 1902 nicht auf sie beschränkte und sich in den Jahren 1906—1913 durchaus darauf „beschränkt“ hat!

Unsere Liquidatoren vom „Lutsch“ können ganz und gar nicht verstehen, daß die Losung des „Kampfes für die offene Partei“ die Einführung von in Fetzen „fast-marxistischer“ Worte gekleideten liberalen (Struveschen) Ideen in die Reihen der Arbeiter ist.

Oder man nehme die Betrachtungen der Redaktion des „Lutsch“ selbst in ihrer Antwort an An (Nr. 181):

„... Die sozialdemokratische Partei ist nicht mit jenen wenigen Genossen erschöpft, welche die Wirklichkeit illegal zu arbeiten zwingt. Denn wenn die Partei mit der illegalen Organisation erschöpft wäre, wieviel Mitglieder würde sie dann zählen? Zwei- bis dreihundert? Wohin soll man dann aber die Tausende, wenn nicht Zehntausende von Arbeitern zählen, die faktisch die ganze sozialdemokratische Arbeit auf ihren Schultern tragen?“

Dem denkenden Menschen genügt allein diese Betrachtung, um ihre Verfasser als Liberale zu erkennen. Erstens sagen sie wissentlich die Unwahrheit über die illegale Organisation: es gibt in ihr bei weitem keine „Hunderte“. Zweitens ist überall in der Welt die Zahl der Parteimitglieder „eng“ im Vergleich zu der Zahl der Arbeiter, die die sozialdemokratische Arbeit leisten. So sind z. B. in Deutschland in der sozialdemokratischen Partei nur eine Million Mitglieder, doch stimmen für die Sozialdemokraten gegen fünf Millionen, Proletarier aber gibt es fünfzehn Millionen. Das Zahlenverhältnis der Mitglieder der Partei zur Zahl der Sozialdemokraten wird in den verschiedenen Ländern durch die Verschiedenheit der historischen Verhältnisse bestimmt. Drittens gibt es bei uns *nichts* anderes, was die illegale Organisation ersetzen könnte. Das heißt, der „Lutsch“ beruft sich *gegen* die Partei auf die *parteilosen* oder *außerhalb der Partei stehenden* Arbeiter. Das ist eben die gewöhnliche Methode des Liberalen, der bestrebt ist, die Masse von ihrer *bewußten* Vorhut abzuspalten. Der „Lutsch“ versteht das Verhältnis zwischen *Partei* und *Klasse* nicht, so wie es auch die „Ökonomen“ der Jahre 1895—1901 nicht verstanden haben. Viertens ist die „sozialdemokratische Arbeit“ bei uns vorläufig nur dann eine wirklich *sozialdemokratische* Arbeit, wenn sie *im Geiste* des Alten, im Sinne seiner Losungen geführt wird.

Die Betrachtungen des „Lutsch“ sind die Betrachtungen liberaler Intellektueller, die, weil sie nicht in die wirklich existierende Parteiorganisation eintreten wollen, diese Organisation dadurch zu zerstören suchen, daß sie die parteilose, zusammenhanglose, wenig bewußte Menge gegen sie aufhetzen. So gehen auch die deutschen Liberalen vor, die da sagen, die Sozialdemokraten verträten nicht das Proletariat, denn bei ihnen sei „nur“ der fünfzehnte Teil in der „Partei“!

Man nehme eine noch üblichere Betrachtung des „Lutsch“: „wir“ sind für eine offene Partei „so wie in Europa“. Die Liberalen und die Liquidatoren wollen eine Konstitution und eine offene Partei „so wie“ heute „in Europa“; aber sie wollen den Weg nicht, auf dem Europa zu diesem Heute gelangt ist.

Der Liquidator und Bundist Kossowski lehrt uns im „Lutsch“ am Beispiel der Österreicher. Er vergißt nur, daß die Österreicher seit dem Jahre 1867 eine Verfassung haben und daß diese nicht möglich war 1. ohne die Bewegung des Jahres 1848, 2. ohne die tiefgehende Staatskrise der Jahre 1859—1866, als die Schwäche der Arbeiterklasse es den Bismarck und Konsorten gestattete, sich durch die berühmte „Revolution von oben“ aus der Affäre zu ziehen. Was geht nun aus dieser Belehrung Kossowskis, Dans, Larins und aller Leute vom „Lutsch“ hervor?

Nur das eine, daß sie die Lösung unserer Krise *durchaus* im Sinne einer „Revolution von oben“ unterstützen! Aber eine derartige Arbeit ist eben die „Arbeit“ der Stolypinschen Arbeiterpartei¹⁴⁹.

Wohin wir auch schauen, überall sehen wir bei den Liquidatoren die Lossagung sowohl vom Marxismus als auch von der Demokratie.

Im folgenden Artikel wollen wir im einzelnen ihre Betrachtungen über die Notwendigkeit, unsere sozialdemokratischen Lösungen zu beschneiden, untersuchen.

VI

Uns bleibt noch die Beschneidung der marxistischen Lösungen bei den Liquidatoren zu untersuchen. Am besten wäre es, zu diesem Zwecke die Beschlüsse ihrer August-Konferenz zu nehmen, doch ist aus verständlichen Gründen die Untersuchung dieser Beschlüsse nur in der im Auslande erscheinenden Presse möglich. Hier muß man eben den „Lutsch“ nehmen, der in einem Artikel von L. S. (Nr. 108 [194]) eine bemerkenswert genaue Darlegung des ganzen Wesens und Geistes des Liquidatorentums gibt.

Herr L. S. schreibt:

„... Der Deputierte Muranow erkennt einstweilen nur drei Teilforderungen an, die drei Säulen, auf denen die Wahlplattform der Anhänger Lenins bekanntlich begründet war: die vollständige Demokratisierung des Staatsregimes, den Achtstundentag und die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern. Auf diesem Standpunkt verharret auch die ‚Prawda‘. Wir indessen, wie auch die gesamte europäische Sozialdemokratie“ (lies: „wir sowie Miljukow, der versichert, es gebe bei uns, Gott sei Dank, eine Konstitution“), „sehen in dem Aufstellen von Teilforderungen ein Agitationsmittel, das nur dann Erfolg haben kann, wenn es mit dem alltäglichen Kampf der Arbeitermasse in Einklang steht. Wir halten es für möglich, daß nur das, was einerseits prinzipielle Bedeutung für die weitere Entwicklung der Arbeiterbewegung hat, andererseits aber für die Massen aktuell werden kann, gerade als diejenige Teilforderung aufgestellt werden kann, die im gegebenen Moment die Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie auf sich konzentrieren muß. Von den drei Forderungen, die die ‚Prawda‘ in den Vordergrund rückt, spielt nur *eine* — der Achtstundentag — im Tageskampf der Arbeiter eine Rolle und nur sie kann eine Rolle spielen. Die beiden anderen Forderungen können im gegebenen Augenblick zwar als Gegenstand der Propaganda, nicht aber als Gegenstand der Agitation dienen. Über den Unterschied zwischen Propaganda und Agitation siehe die glänzenden Seiten in der Broschüre ‚Der Kampf gegen den Hunger‘ von G. W. Plechanow“ (nicht darauf sollte L. S. verfallen: es sollte ihm „schmerzlich“ sein, die Polemik Plechanows in den Jahren 1899—1902 mit den „Ökonomen“ zu erwähnen, die von L. S. abgeschrieben wird!).

„Außer dem Achtstundentag erscheint als solche Teilforderung, die sowohl durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung als auch durch den ganzen Verlauf des russischen Lebens erhoben wird, die Forderung der Koalitionsfreiheit, die Freiheit jeglicher Organisation samt der damit zusammenhängenden Versammlungsfreiheit und der Freiheit des gesprochenen und gedruckten Wortes.“

Da haben wir die Taktik der Liquidatoren. Also, man wolle beachten, „aktuell für die Massen“ ist *nicht* und „durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung“ sowie „durch den ganzen Verlauf des russischen Lebens“ wird *nicht* in den Vordergrund geschoben, was L. S. mit den Worten „volle Demokratisierung usw.“ umschreibt, noch das, was er „Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern“ nennt!! Wie alt sind diese Betrachtungen und wie bekannt denjenigen, die sich an die *Geschichte* der russischen marxistischen Praxis erinnern, an ihren langjährigen Kampf gegen die „Ökonomen“, welche sich von den Aufgaben der Demokratie lossagten! Wie talentiert schreibt der „Lutsch“ die Anschauung des Prokopowitsch und der Kuskowa ab, die sich *damals* bemühten, die Arbeiter auf den liberalen Weg umzuleiten!

Doch untersuchen wir aufmerksamer die Betrachtung des „Lutsch“. Vom Standpunkt des gesunden Menschenverstandes ist diese Betrachtung geradezu etwas Verrücktes. Kann man denn in der Tat, ohne von Sinnen zu sein, behaupten, daß die dargelegte „bäuerliche“ (d. h. auf den Vorteil der Bauern abzielende) Forderung für die Massen *nicht* aktuell sei, „durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung“ und „durch

den ganzen Verlauf des russischen Lebens“ *nicht* erhoben werde? Das ist nicht bloß unwahr, das ist himmelschreiender Unsinn. Die ganze Geschichte des 19. Jahrhunderts in Rußland, „der ganze Verlauf des russischen Lebens“ *haben* diese Frage *erhoben*, *haben* sie aktuell und höchst aktuell *gemacht*, das hat sich auch in der *ganzen* Gesetzgebung Rußlands widergespiegelt. Wie konnte der „Lutsch“ zu solch einer ungeheuerlichen Unwahrheit kommen?

Er mußte dazu gelangen, denn der „Lutsch“ hat sich der *liberalen* Politik unterworfen, die Liberalen aber sind sich selbst treu, wenn sie die bäuerlichen Forderungen ablehnen (oder sie beiseiteschieben — so wie der „Lutsch“). Die liberale Bourgeoisie tut das, denn ihre *Klassenlage* nötigt sie, sich den Gutsbesitzern anzubequemen und gegen die Volksbewegung zu sein.

Der „Lutsch“ tischt den Arbeitern die Ideen der liberalen Gutsbesitzer auf und begeht Verrat an der demokratischen Bauernschaft.

Weiter. Ist denn nur die Koalitionsfreiheit „aktuell“? und die Unantastbarkeit der Person? und die Beseitigung der Polizeiaufsicht und der Willkür? und das allgemeine usw. Wahlrecht? und das Einkammersystem? usw.? Jeder belesene Arbeiter, jeder, der die jüngste Vergangenheit kennt, weiß ausgezeichnet, daß das alles aktuell ist. In tausenden Artikeln und Reden erkennen alle Liberalen an, daß das alles aktuell ist. Warum hat denn der „Lutsch“ nur die *eine*, wenn auch wichtigste *von den Freiheiten* für aktuell erklärt und die Grundbedingungen der politischen Freiheit, der Demokratie, des konstitutionellen Regimes gestrichen, zurückgestellt, sie ins „Propaganda“-Archiv abgelegt, aus der Agitation beseitigt?

Deshalb, und nur deshalb, weil der „Lutsch“ nichts annimmt, was für die Liberalen *unannehmbar* ist.

Vom Standpunkt der Aktualität der Erfordernisse der Arbeiterbewegung und des Verlaufs des russischen Lebens für die Massen *gibt es keinen* Unterschied zwischen den drei Forderungen Muranows und denen der „Prawda“ (sagen wir der Kürze halber: Forderungen der konsequenten Marxisten). Sowohl die Forderungen der Arbeiter als auch die der Bauern sowie die allgemein-politischen Forderungen sind für die Massen *gleich* aktuell, und werden *gleicherweise* sowohl durch die Erfordernisse der Arbeiterbewegung als auch durch den „ganzen Verlauf des russischen Lebens“ gestellt. Vom Standpunkt der bei unseren Anbetern der Mäßigung und Akkuratesse so beliebten „Teilforderungen“ sind alle drei Forderungen ebenfalls gleichartig: sie sind „Teil“forderungen im Verhältnis zum Endziel, doch sind sie sehr hohe Forderungen in bezug z. B. auf „Europa“ überhaupt.

Warum also nimmt der „Lutsch“ den Achtstundentag an und lehnt das übrige ab? Warum entschied er *an Stelle* der Arbeiter, daß der Achtstundentag in ihrem Tageskampf eine „Rolle spiele“, die allgemein-politischen und bäuerlichen Forderungen aber *nicht* eine solche Rolle spielen? Die Tatsachen sagen uns einerseits, daß die Arbeiter im Tageskampf sowohl allgemein-politische als auch bäuerliche Forderungen stellen — andererseits aber, daß sie oft für bescheidenere Verkürzungen des Arbeitstages *kämpfen*.

Worum handelt es sich also?

Es handelt sich um den Reformismus des „Lutsch“, der diese seine liberale Beschränktheit gewohnheitsmäßig auf die „Massen“, auf den „Verlauf der Geschichte“ usw. *abwälzt*.

Der Reformismus besteht überhaupt darin, daß die Leute sich auf die Agitation für Änderungen beschränken, die nicht die Beseitigung der Hauptgrundlagen der alten, herrschenden Klasse erfordern — Änderungen, die mit der *Erhaltung* dieser Grundlagen *vereinbar* sind. Der Achtstundentag ist mit der Erhaltung der Macht des Kapitals vereinbar. Die russischen Liberalen sind, um die Arbeiter zu gewinnen, selber bereit, diese Forderung („nach Möglichkeit“) zu unterschreiben. Dieselben Forderungen, für die der „Lutsch“ nicht „agitieren“ will, sind *unvereinbar* mit der Erhaltung der Grundlagen der vorkapitalistischen, der feudalen Epoche.

Der „Lutsch“ merzt aus der Agitation gerade das aus, was für die Liberalen unannehmbar ist, die nicht die Beseitigung der Macht der Gutsbesitzer, sondern nur die Teilung der Macht und der Privilegien wünschen. Der „Lutsch“ merzt gerade das aus, was mit dem Standpunkt des Reformismus unvereinbar ist.

Hier liegt der Hund begraben.

Weder Muranow noch die „Prawda“ noch alle Marxisten lehnen Teilforderungen ab. Das ist Unsinn. Ein Beispiel: die Sozialversicherung. Wir lehnen den *Betrug* des Volkes durch das Geschwätz von Teilforderungen, durch den *Reformismus*, ab. Wir lehnen den *liberalen Reformismus* im gegenwärtigen Rußland ab, weil er utopisch, eigennützig-lügenhaft, auf konstitutionellen Illusionen aufgebaut und voll des Geistes der Kriecherei vor den Gutsbesitzern ist. Das eben ist der Sinn, den der „Lutsch“ durch Phrasen von „Teilforderungen“ überhaupt zu entstellen und zu verbergen sucht, obzwar er selbst zugibt, daß sowohl Muranow als auch die „Prawda“ gewisse „Teilforderungen“ nicht ablehnen.

Der „Lutsch“ beschneidet die marxistischen Losungen, zwingt sie unter das enge, liberale, reformistische Maß und bringt auf diese Weise bürgerliche Ideen in die Reihen der Arbeiterschaft.

Der Kampf der Marxisten gegen die Liquidatoren ist nichts anderes als der Ausdruck des Kampfes der fortgeschrittenen Arbeiter gegen die liberalen Bourgeois um den Einfluß auf die Volksmassen, um ihre politische Aufklärung und Erziehung.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Prawda“ Nr. 85 (289), 95 (299),
110 (314), 123 (327), 124 (328), 126 (330),
25. (12.) April, 9. Mai (26. April),
28. (15.) Mai, 12. Juni (30. Mai),
13. Juni (31. Mai), 15. (2.) Juni 1913.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, 3. Aufl.,
Bd. XVI, S. 417—436, russ.

ÜBER DIE VERLETZUNG DER EINHEIT, BEMÄNTELT DURCH GESCHREI ÜBER DIE EINHEIT

Die Fragen der modernen Arbeiterbewegung sind in vielen Hinsichten wunde Fragen — insbesondere für die Vertreter des gestrigen Tages (d. h. der historisch soeben vergangenen Etappe) dieser Bewegung. Hierher gehören vor allem die Fragen des sogenannten Fraktionswesens, der Spaltung usw. Man kann von intelligenzlerischen Teilnehmern an der Arbeiterbewegung nicht selten erregte, nervöse, fast hysterische Bitten hören, diese wunden Fragen nicht zu berühren. Denjenigen, welche die langen Jahre des Kampfes der verschiedenen Richtungen unter den Marxisten, zum Beispiel seit 1900—1901, miterlebt haben, mögen natürlich manche Betrachtungen über diese wunden Fragen als überflüssige Wiederholungen erscheinen.

Aber es gibt gegenwärtig nicht mehr so viel Teilnehmer des vierzehnjährigen Kampfes unter den Marxisten (und noch weniger des achtzehn- bis neunzehnjährigen Kampfes, gerechnet von den ersten Anzeichen des Auftretens des „Ökonomismus“). Die gewaltige Mehrheit der Arbeiter, die in unseren Tagen die Reihen der Marxisten füllen, erinnert sich entweder nicht an den alten Kampf oder weiß überhaupt nichts von ihm. Für diese gewaltige Mehrheit (wie unter anderem auch die Ermittlungen unserer Zeitschrift zeigen) haben die wunden Fragen ein besonders großes Interesse. Wir beabsichtigen nun, bei diesen Fragen zu verweilen, die von der „nicht-fraktionellen Arbeiter-Zeitschrift“ Trotzki, der „Borba“, *scheinbar* als etwas Neues (und für die junge Generation der Arbeiter tatsächlich als etwas Neues) aufgerollt werden.

I. VOM „FRAKTIONSWESEN“

Trotzki bezeichnet seine neue Zeitschrift als „nicht-fraktionell“. Dieses Wort setzt er in den Ankündigungen an die erste Stelle, er unterstreicht es auf jede Art und Weise in den redaktionellen Artikeln

sowohl der „Borba“ selbst als auch in der liquidatorischen „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“, wo vor dem Erscheinen der „Borba“ ein Artikel Trotzki über diese erschien.

Was ist nun das: „Fraktionslosigkeit“?

Trotzki's „Arbeiter-Zeitschrift“ ist eine Zeitschrift Trotzki's für Arbeiter, denn in der Zeitschrift ist weder von einer proletarischen Initiative noch von einer Verbindung mit den Arbeiterorganisationen auch nur eine Spur zu finden. In dem Wunsche, populär zu sein, erklärt Trotzki in seiner Zeitschrift für Arbeiter den Lesern die Worte „Territorium“, „Faktor“ usw.

Sehr gut. Warum sollte man den Arbeitern nicht auch das Wort „Fraktionslosigkeit“ erklären? Ist es etwa *besser* verständlich als die Worte Territorium und Faktor?

Nein. Nicht darum handelt es sich. Es handelt sich darum, daß die schlimmsten Vertreter der schlimmsten Überreste des Fraktionswesens die junge Arbeitergeneration mit der Etikette „Fraktionslosigkeit“ *hinters Licht führen*. Es lohnt sich, dies zu erläutern.

Das Fraktionswesen ist das wichtigste Merkmal in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei einer bestimmten geschichtlichen Zeitspanne. Und zwar welcher? Der von 1903 bis 1911.

Um am anschaulichsten zu erläutern, worin das Wesentliche des Fraktionswesens bestand, muß man sich an die konkreten Verhältnisse etwa der Jahre 1906 und 1907 erinnern. Die Partei war damals einheitlich, es gab keine Spaltung, aber es gab ein Fraktionswesen, d. h. *faktisch* bestanden in der einheitlichen Partei *zwei* Fraktionen, zwei faktisch getrennte Organisationen. Die unteren Arbeiterorganisationen waren einheitlich, aber die zwei Fraktionen arbeiteten in jeder ernsthaften Frage zwei Taktiken heraus; ihre Verfechter stritten miteinander in den einheitlichen Arbeiterorganisationen (z. B. in den Debatten über die Losung: Duma- oder Kadetten-Ministerium im Jahre 1906, oder bei den Wahlen zum Londoner Parteitag von 1907), und die Fragen wurden *durch Mehrheitsbeschluß* entschieden: die eine Fraktion erwies sich auf dem gemeinsamen Stockholmer (1906), die andere auf dem gemeinsamen Londoner Parteitag (1907) als besiegt.

Das sind allgemein bekannte Tatsachen aus der Geschichte des organisierten Marxismus in Rußland.

Es genügt, an diese allgemein bekannten Tatsachen zu erinnern, um die himmelschreiende Unwahrheit zu erkennen, die von Trotzki verbreitet wird.

Seit dem Jahre 1912, schon seit mehr als zwei Jahren, gibt es in Rußland unter den organisierten Marxisten *kein* Fraktionswesen, keinen

Streit über die Taktik in *einheitlichen* Organisationen und auf *einheitlichen Konferenzen* und Parteitag. Es besteht der Zustand eines *vollständigen* Bruches zwischen der Partei, die im Januar 1912 offiziell erklärt hat, daß die Liquidatoren *nicht* zu ihr gehören, und den Liquidatoren*. Trotzki bezeichnet diese Lage der Dinge als „Spaltung“; über diese Bezeichnung werden wir im weiteren besonders sprechen. Es bleibt aber unzweifelhaft Tatsache, daß das Wort „Fraktionswesen“ *der Wahrheit nicht entspricht*.

Dieses Wort ist, wie bereits gesagt, eine Wiederholung, eine kritiklose, unverständige, sinnlose Wiederholung *dessen, was gestern, d. h. in einer bereits vergangenen Zeitspanne, richtig war*. Und wenn Trotzki uns vom „Chaos des Fraktionskampfes“ erzählt (siehe Nr. 1, S. 5, 6 und viele andere), so wird sofort klar, *welche* überlebte Vergangenheit aus seinem Munde spricht.

Man betrachte die heutige Lage der Dinge vom Standpunkt des jungen russischen Arbeiters, der jetzt neun Zehntel der organisierten Marxisten Rußlands darstellt. Er sieht vor sich *drei* Massenerscheinungen verschiedener Ansichten oder Strömungen in der Arbeiterbewegung: die Anhänger der „Prawda“¹⁵⁰, geschart um eine Zeitung mit einer Auflage von 40 000 Exemplaren, die „Liquidatoren“ (15 000 Exemplare) und die linken Volkstümler (10 000 Exemplare). Die Angaben über die Höhe der Auflagen erklären dem Leser den *Massencharakter* der in Betracht kommenden Richtung.

Es fragt sich nun, was denn das mit „Chaos“ zu tun hat. Trotzki liebt klangvolle und hohle Phrasen — das ist bekannt, aber das Wort „Chaos“ ist *nicht nur* eine Phrase, sondern es ist *außerdem* eine Übertragung (richtiger: ein vergeblicher Versuch der Übertragung) *ausländischer* Verhältnisse der *gestrigen* Periode auf den russischen Boden der heutigen Periode. Das ist der Kern der Sache.

Es gibt kein „Chaos“ im Kampfe der Marxisten gegen die Volkstümler. Das wird, muß man hoffen, *sogar* Trotzki nicht zu behaupten wagen. Der Kampf der Marxisten gegen die Volkstümler geht schon über 30 Jahre, seit dem Aufkommen des Marxismus. Die Ursache dieses Kampfes ist die grundlegende Differenz zwischen den Interessen und dem Standpunkt zweier verschiedener Klassen, des Proletariats und der Bauernschaft. Ein „Chaos“ ist, wenn überhaupt irgendwo, nur in den Köpfen der wunderlichen Käuze vorhanden, die das nicht verstehen.

Was bleibt nun übrig? Das „Chaos“ des Kampfes der Marxisten

* Siehe vorl. Band, S. 590/91. *Der Übers.*

gegen die Liquidatoren? Das ist wiederum eine Unwahrheit, denn man kann den Kampf gegen eine *Richtung*, die von der ganzen Partei als eine solche anerkannt und seit dem Jahre 1908 verurteilt ist, nicht als Chaos bezeichnen. Wer sich aber mit der Geschichte des Marxismus in Rußland befaßt hat, der weiß, daß das Liquidatorentum sogar im Sinne der Zusammensetzung der Führerschaft und der Anhängerschaft mit dem „Menschewismus“ (1903 bis 1908) und dem „Ökonomismus“ (1894 bis 1903) untrennbar und aufs engste verknüpft ist. Folglich haben wir es auch hier mit einer fast zwanzigjährigen Geschichte zu tun. Die Geschichte der eigenen Partei als ein „Chaos“ betrachten, heißt eine unverzeihliche Leere im Kopfe haben.

Man betrachte aber die heutige Lage vom Pariser oder Wiener *Gesichtspunkt*. Sofort wird sich alles ändern. *Außer* den Anhängern der „Prawda“ und „Liquidatoren“ gibt es noch *nicht weniger als fünf russische* „Fraktionen“, d. h. einzelne Gruppen, die sich zu ein und derselben sozialdemokratischen Partei zählen wollen: die Gruppe Trotzki, die zwei „Wperjod“-Gruppen, die „Partei-Bolschewiki“¹⁵¹ und die „Partei-Menschewiki“. In Paris und in Wien (ich nehme als Beispiel diese zwei besonders großen Zentren) wissen das alle Marxisten ausgezeichnet.

Und hier hat Trotzki in gewissem Sinne recht: das ist tatsächlich ein Fraktionswesen, das ist wahrhaftig ein Chaos!

„Fraktionswesen“, d. h. Einheit dem Namen nach (*in Worten* sind alle von *einer* Partei) und tatsächliche Zersplitterung (in Wirklichkeit sind alle Gruppen selbständig, führen miteinander Unterhandlungen und gehen Abkommen ein wie souveräne Mächte).

„Chaos“ heißt 1) Fehlen objektiver, eine Überprüfung ermöglichender Daten über den Zusammenhang dieser Fraktionen mit der Arbeiterbewegung Rußlands und 2) Fehlen von Material zur Beurteilung der wahren ideologischen und politischen Physiognomie dieser Fraktionen. Man nehme die Zeitspanne voller zwei Jahre, 1912 und 1913. Dies waren bekanntlich Jahre der Belebung und des Aufschwungs der Arbeiterbewegung, wo sich jede irgendwie einer *Massenströmung* ähnliche (und in der Politik kommen ja nur Massenströmungen in Betracht) Strömung oder Richtung bei den Wahlen in die IV. Duma, in der Streikbewegung, in den legalen Zeitungen, in den Gewerkschaften, in der Versicherungskampagne usw. auswirken *mußte*. Nicht eine, nicht eine einzige dieser fünf ausländischen Fraktionen hat sich während dieser ganzen zweijährigen Periode *auch nur in einer* der eben erwähnten Erscheinungsformen der proletarischen Massenbewegung Rußlands irgendwie merkbar ausgewirkt!

Das ist eine Tatsache, die jedermann leicht überprüfen kann.

Und diese Tatsache beweist, daß wir recht hatten, wenn wir von Trotzki als von einem Vertreter der „schlimmsten Überreste des Fraktionswesens“ sprachen.

Der in Worten nicht fraktionelle Trotzki ist, offenkundig für alle, die mit der Arbeiterbewegung Rußlands einigermaßen vertraut sind, der Vertreter der „Fraktion Trotzki“; hier liegt Fraktionswesen vor, denn es sind beide wesentlichen Merkmale desselben da: 1) Anerkennung der Einheit dem Namen nach und 2) gruppenmäßige Absonderung in Wirklichkeit. Hier liegt ein Überrest von Fraktionswesen vor, denn hier läßt sich nichts Ernsthaftes im Sinne einer Verbindung mit der proletarischen Massenbewegung Rußlands entdecken.

Hier liegt schließlich die schlimmste Art von Fraktionswesen vor, denn es gibt *keine* ideologisch-politische Bestimmtheit. Diese Bestimmtheit kann man weder den Anhängern der „Prawda“ streitig machen (sogar unser entschiedener Gegner L. Martow anerkennt unsere „Geschlossenheit und Disziplin“ gegenüber den allen bekannten offiziellen Beschlüssen in allen Fragen) noch den Liquidatoren absprechen (sie haben, wenigstens die hervorragendsten von ihnen, eine ganz bestimmte Physiognomie, nämlich eine liberale und keine marxistische).

Eine gewisse Bestimmtheit kann man einem Teil jener Fraktionen nicht abstreiten, die, analog der Fraktion Trotzki, nur vom Standpunkt Wiens und Paris', aber keineswegs vom russischen Standpunkt aus gesehen, real bestehen. Bestimmt sind z. B. die *machistischen* Theorien bei der machistischen Gruppe „Wperjod“; bestimmt ist die entschiedene Verneinung dieser Theorien und die Verteidigung des Marxismus, neben der theoretischen Verurteilung der Liquidatoren, bei den „Partei-Menschewiki“.

Bei Trotzki dagegen gibt es keinerlei ideologisch-politische Bestimmtheit, denn das Patent auf die „Fraktionslosigkeit“ bedeutet lediglich (wir werden dies sogleich ausführlich betrachten) das Patent auf die völlige Freiheit des *Hinüberwechselns* von einer Fraktion zur anderen und zurück.

Das. Fazit:

1) die historische Bedeutung der *ideologischen* Differenzen zwischen den Richtungen und Fraktionen des Marxismus erklärt und versteht Trotzki nicht, obwohl diese Differenzen die zwanzigjährige Geschichte der Sozialdemokratie füllen und die Grundfragen der Gegenwart berühren (wie wir noch zeigen werden);

2) die Hauptmerkmale des *Fraktionswesens*, als einer Anerkennung

der Einheit dem Namen nach und einer tatsächlichen Zersplitterung, hat Trotzki nicht verstanden;

3) unter der Fahne der „Fraktionslosigkeit“ vertritt Trotzki eine der besonders ideenlosen ausländischen Fraktionen, denen der Boden in der Arbeiterbewegung Rußlands entzogen ist.

Es ist nicht alles Gold, was glänzt. In den Phrasen Trotzki's gibt es viel Glanz und Getue, aber Inhalt haben sie keinen.

II. ÜBER DIE SPALTUNG

„Wenn es bei euch ‚Prawda‘-Anhängern kein Fraktionswesen gibt, d. h. keine Anerkennung der Einheit dem Namen nach bei tatsächlicher Zersplitterung, so gibt es bei euch etwas Schlimmeres — die Spalterei“, entgegnet man uns. So spricht nämlich Trotzki, der, außerstande, seine Gedanken zu durchdenken und seine Phrasen miteinander in Einklang zu bringen, bald gegen das Fraktionswesen lamentiert und bald schreit: „Die Spaltung macht eine selbstmörderische Eroberung nach der andern“ (Nr. 1, S. 6).

Der Sinn dieser Erklärung kann nur der eine sein: „Die Anhänger der ‚Prawda‘ machen eine Eroberung nach der andern“ (das ist eine objektive, überprüfbare Tatsache, die durch das Studium der proletarischen Massenbewegung Rußlands, sagen wir in den Jahren 1912 und 1913, festgestellt werden kann), *aber ich, Trotzki*, verurteile die „Prawda“-Anhänger 1) als Spalter und 2) als Selbstmord-Politiker.

Wollen wir das untersuchen.

Vor allem danken wir Trotzki: vor kurzem (vom August 1912 bis zum Februar 1914) folgte er F. Dan, der bekanntlich drohte und aufforderte, das Anti-Liquidatorenium zu „erschlagen“. Jetzt droht Trotzki nicht mit dem „Erschlagen“ unserer Richtung (und unserer Partei — seien Sie nicht böse, Bürger Trotzki, das ist doch die Wahrheit!), sondern prophezeit nur, daß sie sich *selbst* umbringen werde!

Das ist weit milder, nicht wahr? Das ist fast „fraktionslos“, nicht wahr?

Aber Spaß beiseite (obwohl Spaß die einzige Methode ist, auf die unerträgliche Phrasendrescherei Trotzki's milde zu reagieren).

Das mit dem „Selbstmord“ ist einfach eine Phrase, eine hohle Phrase, bloßer „Trotzkismus“.

Spalterei ist eine ernste politische Beschuldigung. Diese Beschuldigung wiederholen uns gegenüber auf tausend Arten sowohl die Liquidatoren als auch alle oben aufgezählten, von Paris und Wien aus gesehen, zweifellos bestehenden Gruppen.

Und sie alle wiederholen diese ernste politische Beschuldigung erstaunlich unernst. Man nehme Trotzki. Er hat zugegeben, daß „die Spaltung“ (lies: die „Prawda“-Anhänger) „eine selbstmörderische Eroberung nach der andern macht“. Er fügt hinzu:

„Zahlreiche fortgeschrittene Arbeiter werden im Zustand völliger politischer Kopflosigkeit nicht selten selbst zu eifrigen Agenten der Spaltung“ (Nr. 1, S. 6).

Lassen sich Beispiele eines unernsteren Verhaltens zu einer Frage finden als jenes, das durch diese Worte enthüllt wird?

Ihr beschuldigt uns der Spalterei, während wir auf dem Felde der Arbeiterbewegung Rußlands außer dem Liquidatorentum schlechterdings nichts vor uns erblicken. Ihr haltet also unsere Einstellung zum Liquidatorentum für falsch? Und tatsächlich, alle oben aufgezählten ausländischen Gruppen, wie stark sie sich auch voneinander unterscheiden, sind sich gerade darin einig, daß sie unsere Einstellung zum Liquidatorentum als falsch, als „spalterisch“ erklären. Darin besteht auch die Ähnlichkeit (und eine wesentliche politische Annäherung) aller dieser Gruppen mit dem Liquidatorentum.

Wenn unsere Einstellung zum Liquidatorentum theoretisch, prinzipiell falsch ist, so hätte Trotzki das *direkt* sagen, hätte er *bestimmt* erklären und ohne Umschweife aufzeigen müssen, worin er dieses Falsche erblickt. Trotzki weicht jedoch diesem wesentlichen Punkte seit Jahren aus.

Wenn unsere Einstellung zum Liquidatorentum praktisch, durch die Erfahrung der Bewegung widerlegt wird, so muß man diese Erfahrung untersuchen, was Trotzki wiederum nicht tut. „Zahlreiche fortgeschrittene Arbeiter“, gibt er zu, „werden zu eifrigen Agenten der Spaltung“ (lies: zu eifrigen Agenten der Linie, der Taktik, des Systems, der Organisation der „Prawda“-Richtung).

Warum zeigt sich denn eine solche bedauerliche, laut Eingeständnis Trotzki's durch die Erfahrung bestätigte Erscheinung, daß *fortgeschrittene* Arbeiter, und dazu noch *zahlreiche*, für die „Prawda“ eintreten?

Infolge der „völligen politischen Kopflosigkeit“ dieser fortgeschrittenen Arbeiter, antwortet Trotzki.

Eine für Trotzki, für alle fünf ausländischen Fraktionen und für die Liquidatoren außerordentlich schmeichelhafte Erklärung, da gibt's nichts zu sagen. Trotzki liebt es sehr, „mit der gelehrten Miene eines Kenners“, mit üppigen und klingvollen Phrasen die historischen Erscheinungen auf eine für Trotzki schmeichelhafte Art zu erklären.

Wenn „zahlreiche fortgeschrittene Arbeiter“ zu „eifrigen Agenten“ einer politischen und Parteilinie werden, die mit der Linie Trotzki nicht in Einklang steht, so löst Trotzki, ohne sich zu genieren, die Frage auf einen Hieb und schnurstracks: diese fortgeschrittenen Arbeiter befinden sich „im Zustande völliger politischer Kopfflosigkeit“, er aber, Trotzki, offenbar „im Zustande“ einer politisch festen, klaren und richtigen Linie!... Und der nämliche Trotzki donnert, sich in die Brust werfend, gegen das Fraktionswesen, gegen das Zirkelwesen, dagegen, daß die Intellektuellen den Arbeitern ihren Willen aufzwingen wollen!...

Wirklich, wenn man derartige Dinge liest, fragt man sich unwillkürlich, ob solche Stimmen nicht aus einem Irrenhaus ertönen?

Vor den „fortgeschrittenen Arbeitern“ wurde die Frage des Liquidatorentums und seiner Verurteilung durch die Partei seit dem Jahre 1908 aufgerollt, während die Frage der „Spaltung“ mit einer genau bestimmten Gruppe von Liquidatoren (nämlich mit der Gruppe „Nascha Sarja“), d. h. die Frage der Unmöglichkeit, die Partei anders aufzubauen als *ohne* diese Gruppe und gegen sie, im Januar 1912, vor mehr als zwei Jahren, aufgerollt wurde. Die fortgeschrittenen Arbeiter haben sich in ihrer gewaltigen Mehrheit gerade für die Unterstützung der „Januar-Linie“ (1912) ausgesprochen. Trotzki gibt diese Tatsache selbst zu mit den Worten von den „Eroberungen“ und von den „zahlreichen fortgeschrittenen Arbeitern“. Und Trotzki tut das damit ab, daß er diese fortgeschrittenen Arbeiter einfach als „Spalter“ und als „politisch kopflos“ *beschimpft!*

Leute, die den Verstand nicht verloren haben, ziehen aus diesen Tatsachen einen andern Schluß. Dort, wo sich die *Mehrheit* der klassenbewußten Arbeiter auf dem Boden genauer und bestimmter Beschlüsse zusammengeschlossen hat, gibt es *Einheit* der Meinungen und Handlungen, dort gibt es Parteigeist und Partei.

Dort, wo wir von den Arbeitern „ihrer Posten enthobene“ Liquidatoren oder ein halbes Dutzend ausländischer Gruppen sahen, die zwei Jahre lang ihre Verbindung mit der proletarischen Massenbewegung Rußlands *durch nichts* bewiesen haben, dort gerade herrscht *Kopfflosigkeit* und *Spalterei*. Wenn Trotzki jetzt die Arbeiter zu überreden sucht, *die Beschlüsse* des von den Marxisten und „Prawda“-Anhängern anerkannten „Ganzen“ *nicht auszuführen*, so *versucht* er, die Bewegung zu desorganisieren und eine Spaltung hervorzurufen.

Diese Versuche sind wirkungslos, aber man muß doch die ihrem Eigendünkel ganz hingegebenen Führer von kleinen Intellektuellengruppen entlarven, die, wenn sie eine Spaltung vollziehen, über Spal-

tung schreien, die, nachdem sie im Verlaufe von reichlich zwei Jahren bei den „fortgeschrittenen Arbeitern“ eine *völlige Niederlage* erlitten haben, mit unglaublicher Frechheit auf die Beschlüsse und auf den Willen dieser fortgeschrittenen Arbeiter *spucken*, wobei sie sie als „politisch kopflos“ bezeichnen. Denn das sind ja ganz die Methoden Nosdrews oder Juduschka Golowljews.

Und wir werden, gemäß unserer Pflicht als Schriftsteller, nicht müde werden, als Antwort auf das wiederholte Geschrei über die Spaltung, die nicht widerlegten und unwiderleglichen *genauen* Angaben zu wiederholen. In der II. Duma gab es in der Arbeiterkurie 47 Prozent bolschewistische Abgeordnete, in der III. — 50 Prozent und in der IV. — 67 Prozent.

Hier ist die Mehrheit der „fortgeschrittenen Arbeiter“, hier ist die Partei, hier ist die Einheit der Meinungen und Handlungen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter.

Die Liquidatoren wenden ein (siehe Bulkin, L. M., in Nr. 3 der „Nascha Sarja“), daß wir Argumente aus den Stolypinschen Kurien gebrauchen. Das ist ein unvernünftiger und unehrlicher Einwand. Die Deutschen messen ihre Erfolge an den Wahlen nach dem Bismarckschen Wahlgesetz, das die Frauen ausschließt. Nur Verrückte könnten den deutschen Marxisten daraus einen Vorwurf machen, wenn sie ihre Erfolge unter dem *gegebenen* Wahlgesetz messen, ohne dabei seine reaktionären Beschränkungen irgendwie zu rechtfertigen.

So haben auch wir, ohne die Kurien oder das Kuriensystem zu verteidigen, unsere Erfolge unter dem *gegebenen* Wahlgesetz gemessen. Kurien gab es bei allen drei Dumas (II., III., IV.), und *innerhalb* ein und derselben Arbeiterkurie, *innerhalb* der Sozialdemokratie ist eine *vollständige* Verschiebung zuungunsten der Liquidatoren vor sich gegangen. Wer sich und andere nicht betrügen will, der muß diese objektive Tatsache des Sieges der *Einheit der Arbeiter gegen* die Liquidatoren zugeben.

Der andere Einwand ist nicht weniger „klug“: „Für diesen und jenen Bolschewik haben auch Menschewiki und Liquidatoren gestimmt“ (oder haben sich an den Wahlen beteiligt). Sehr gut! Aber bezieht sich dies nicht auch auf die 53 Prozent *nicht* bolschewistischer Abgeordneten der II. Duma, auf die 50 Prozent der III. Duma, auf die 33 Prozent der IV. Duma?

Wenn man an Stelle der Daten über die Abgeordneten die Angaben über die Wahlmänner oder die Bevollmächtigten der Arbeiter usw. nehmen könnte, würden wir sie gerne nehmen. Aber derartige, ausführlichere Daten *fehlen*, und folglich streuen die „Einwender“ dem Publikum einfach Sand in die Augen.

Und die Daten über die Arbeitergruppen, die die Zeitungen der verschiedenen Richtungen unterstützt haben? In *zwei* Jahren (1912 und 1913) 2801 Gruppen für die „Prawda“ und 740 für den „Lutsch“*. Jeder kann diese Ziffern prüfen, und niemand hat sie zu widerlegen versucht.

Wo ist hier die *Einheit der Handlungen und des Willens der Mehrheit* der „fortgeschrittenen Arbeiter“ und wo die *Verletzung des Willens der Mehrheit*?

Die „Fraktionslosigkeit“ Trotzki's bedeutet eben Spalterei im Sinne hemmungslosester Verletzung des Willens der Mehrheit der Arbeiter.

III. ÜBER DEN ZERFALL DES AUGUSTBLOCKS

Aber es gibt noch ein Mittel, und zwar ein sehr wichtiges, um die Richtigkeit und Wahrhaftigkeit der uns von Trotzki ins Gesicht geschleuderten Beschuldigungen wegen Spalterei zu überprüfen.

Ihr findet, daß gerade die „Leninisten“ die Spalter sind? Gut. Nehmen wir an, ihr habt recht.

Wenn ihr aber recht habt, warum haben denn alle übrigen Fraktionen und Gruppen *ohne* die „Leninisten“ und *gegen* die „Spalter“ nicht die Möglichkeit einer Einheit mit den Liquidatoren bewiesen?... Wenn wir Spalter sind, warum habt denn ihr, die Vereiniger, euch untereinander und mit den Liquidatoren nicht vereinigt? Ihr hättet doch damit den Arbeitern *durch die Tat* die Möglichkeit einer Einheit und deren Nutzen gezeigt!...

Erinnern wir uns, der Zeitfolge nach!

Im Januar 1912 erklären die „Spalter“, die „Leninisten“, daß sie die Partei seien, *ohne* die Liquidatoren und *gegen* sie.

Im März 1912 *vereinigen sich* in ihren russischen Blättchen und auf den Seiten der deutschen sozialdemokratischen Zeitung „Vorwärts“ gegen diese „Spalter“ *alle* Gruppen und „Fraktionen“: die Liquidatoren, Trotzki'sten, „Wperjod“-Leute, „Partei-Bolschewiki“, „Partei-Menschewiki“. Alle zusammen beschimpfen uns solidarisch, einmütig, übereinstimmend, einig als „Usurpatoren“, „Mystifikatoren“ und belegen uns mit anderen, nicht weniger zarten und schmeichelhaften Beinamen.

Sehr gut, meine Herren! Aber was wäre denn für euch leichter

* Bis zum 1. April 1914 ergab die vorläufige Berechnung 4000 Gruppen für die „Prawda“ (vom 1. Januar 1912 an) und 1000 für die Liquidatoren plus alle ihre Verbündeten.

gewesen, als euch gegen die „Usurpatoren“ zu vereinigen und den „fortgeschrittenen Arbeitern“ ein Beispiel von *Einheit* zu geben? Würden denn die fortgeschrittenen Arbeiter, wenn sie auf der einen Seite die Einheit aller gegen die Usurpatoren, die Einheit sowohl der Liquidatoren als auch der *Nicht-Liquidatoren*, und auf der anderen Seite dagegen *einzig und allein* die „Usurpatoren“, die „Spalter“ usw. sähen, nicht jene unterstützen??

Wenn die Differenzen nur von den „Leninisten“ ausgedacht oder aufgebauscht usw. wurden, in Wirklichkeit aber die Einheit der Liquidatoren, der Anhänger Plechanows, der „Wperjod“-Leute, der Trotzisten usw. *möglich ist*, warum habt ihr denn das in den zwei Jahren nicht durch euer Beispiel bewiesen?

Im August 1912 versammelte sich die Konferenz der „Vereiniger“. Sogleich begann die *Trennung*: die Anhänger Plechanows weigerten sich überhaupt zu kommen, die „Wperjod“-Leute kamen, gingen jedoch unter Protest und Entlarvung des fiktiven Charakters des ganzen Vorhabens wieder weg.

Es „vereinigten sich“ die Liquidatoren, die Letten, die Trotzisten (Trotzki und Semkowski), die Kaukasier¹⁵² und die Sieben¹⁵³. Haben sie sich vereinigt? Wir haben schon damals erklärt, daß dem nicht so sei, daß dies nur eine Bemäntelung des Liquidatorentums sei. Haben die Ereignisse uns widerlegt?

Nach genau eineinhalb Jahren, im Februar 1914, stellt sich heraus:

1. daß die Sieben zerfällt — Burjanow verläßt sie;
2. daß bei der übriggebliebenen neuen „Sechs“ Tschcheidse und Tuljakow oder irgendein anderer sich über die Antwort an Plechanow nicht verständigen können. In der Presse erklären sie, sie werden ihm antworten, *und sie können nicht antworten*;

3. daß Trotzki, der faktisch schon seit vielen Monaten aus dem „Lutsch“ verschwunden ist, *sich lossagt* und „seine eigene“ Zeitschrift, die „Borba“, herausgibt. Wenn Trotzki diese Zeitschrift als „fraktionslos“ bezeichnet, so sagt er damit klar (klar für alle, die mit der Sache einigermaßen vertraut sind), daß die „Nascha Sarja“ und der „Lutsch“ nach seiner, Trotzki's Meinung sich als „fraktionell“, d. h. als schlechte „Vereiniger“ *erwiesen haben*.

Wenn Sie, lieber Trotzki, ein Vereiniger sind, wenn Sie die Einheit mit den Liquidatoren für möglich erklären, wenn Sie im Verein mit ihnen auf dem Standpunkt der „im August 1912 formulierten Grundideen“ stehen („Borba“ Nr. 1, S. 6, „Von der Redaktion“), warum haben Sie sich dann *nicht selbst* mit den Liquidatoren der „Nascha Sarja“ und des „Lutsch“ vereinigt?

Als in der „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ noch vor dem Erscheinen der Zeitschrift Trotzki's eine boshafte Notiz erschien über die „ungeklärte“ Physiognomie der Zeitschrift und darüber, daß man von ihr „in marxistischen Kreisen ziemlich viel gesprochen“ habe, so mußte naturgemäß der „Putj Prawdy“ (Nr. 37)* die Unwahrheit dieser Behauptung enthüllen: „in marxistischen Kreisen sprach man“ von der vertraulichen Korrespondenz Trotzki's gegen die Anhänger des „Lutsch“; die Physiognomie Trotzki's und seine Abspaltung vom Augustblock sind völlig „geklärt“.

4. An, der bekannte Führer der kaukasischen Liquidatoren, der gegen L. Sedow aufgetreten war (und dem dafür von F. Dan und Konsorten öffentlich der Kopf gewaschen wurde), taucht jetzt in der „Borba“ auf. Es bleibt „ungeklärt“: wollen die Kaukasier nun mit Trotzki oder mit Dan gehen?

5. Die lettischen Marxisten, die ohne jeden Zweifel die einzige wirkliche Organisation im „Augustblock“ waren, sind *offiziell* aus ihm ausgetreten, nachdem sie in einer Resolution ihres jüngsten Kongresses (1914) erklärt hatten, daß

„der Versuch der Versöhner, sich um jeden Preis mit den Liquidatoren zu vereinigen (August-Konferenz 1912), sich als nutzlos erwiesen hat und die Vereiniger selbst in ideologisch-politische Abhängigkeit von den Liquidatoren geraten sind“.

Das hat, nach anderthalbjähriger Erfahrung, eine Organisation erklärt, die selbst eine *neutrale* Stellung einnimmt, da sie *mit keinem* der zwei Zentren in Verbindung treten will. Um so schwerwiegender muß für Trotzki dieser Beschluß *neutraler* Leute sein!

Es scheint, dies genüge wohl?

Die Leute, die uns der Spalterei, des Widerwillens oder Unvermögens, uns mit den Liquidatoren zu vertragen, beschuldigen, sind *selbst* mit ihnen nicht ausgekommen. Der Augustblock hat sich als eine Fiktion erwiesen und ist zerfallen.

Damit, daß Trotzki diesen Zerfall seinen Lesern verheimlicht, betrügt er sie.

Die Erfahrung unserer Gegner hat bewiesen, daß wir recht haben, hat bewiesen, daß eine Zusammenarbeit mit den Liquidatoren unmöglich ist.

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII, S. 311—314. Der Übers.

IV. RATSCHLÄGE EINES VERSÖHNLERS AN DIE „SIEBEN“

Der redaktionelle Artikel in Nr. 1 der „Borba“: „Die Spaltung der Duma-Fraktion“ enthält Ratschläge eines Versöhnlers an die sieben liquidatorischen (oder nach der Seite des Liquidatorentums schwankenden) Abgeordneten der Reichsduma. Der Kern dieser Ratschläge liegt in dem folgenden Satz:

„sich an die Sechs¹⁵⁴ in erster Linie in allen Fällen zu wenden, wo eine Verständigung mit anderen Fraktionen notwendig ist ...“ (S. 29).

Das ist ein vernünftiger Rat, und unter anderem wegen dieses Rates scheint Trotzki mit den Liquidatoren vom „Lutsch“ auseinanderzugehen. Seit Beginn des Kampfes der zwei Fraktionen in der Duma, seit der Resolution der Sommerkonferenz (1913)¹⁵⁵ haben die Anhänger der „Prawda“ gerade diesen Standpunkt eingenommen. Die Fraktion der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands hat auch nach der Spaltung wiederholt in der *Presse* erklärt, sie nehme diesen Standpunkt immer noch ein, trotz der wiederholten Absagen der „Sieben“.

Von allem Anfang an, seit der Resolution der Sommerkonferenz, glaubten wir, und wir glauben es noch, daß *Vereinbarungen* über die Fragen der Tätigkeit in der Duma wünschenswert und möglich sind: wenn solche *Vereinbarungen* wiederholt mit den kleinbürgerlichen bäuerlichen Demokraten (Trudowiki) praktiziert worden sind, so sind sie selbstverständlich um so mehr mit den kleinbürgerlichen, liberalen Arbeiterpolitikern möglich und notwendig.

Man darf die Differenzen nicht übertreiben und muß der Wirklichkeit offen ins Antlitz sehen: die „Sieben“ sind nach der Seite des Liquidatorentums hin schwankende Leute, die gestern ganz und gar Dan folgten und heute mit Betrübnis ihre Blicke einmal auf Trotzki und dann wieder auf Dan richten. Die Liquidatoren sind eine von der Partei abgespaltene Gruppe von Anhängern der Legalität, die eine liberale Arbeiterpolitik betreibt. In Anbetracht dessen, daß sie gegen die Illegalität sind, kann von irgendwelcher Einheit mit dieser Gruppe in Sachen des Parteaufbaus und der Arbeiterbewegung gar keine Rede sein. Wer anders denkt, irrt sich sehr und berücksichtigt die seit 1908 eingetretenen tiefen Veränderungen nicht.

Aber *Vereinbarungen* mit dieser außerhalb der Partei stehenden oder der Partei nahestehenden Gruppe in einzelnen Fragen sind natürlich zulässig: wir *müssen* auch diese Gruppe, so wie die Trudowiki, stets zwingen, zwischen der proletarischen („Prawda“-Richtung) und

der liberalen Politik die Wahl zu treffen. Zum Beispiel zeigten sich in der Frage des Kampfes für die Pressefreiheit bei den Liquidatoren deutlich Schwankungen zwischen der liberalen Fragestellung mit ihrem Verneinen oder Übersehen der nicht zensurierten Presse und der dieser Fragestellung entgegengesetzten, proletarischen Politik.

Innerhalb der Grenzen der *Dumapolitik*, wo die wichtigsten, *außerhalb der Duma zu entscheidenden* Fragen nicht unmittelbar aufgeworfen werden, sind Vereinbarungen mit den sieben liberalen Arbeiterabgeordneten möglich und wünschenswert. In diesem Punkte ist Trotzki *von den Liquidatoren zum Standpunkt der Parteikonferenz vom Sommer (1913) übergegangen*.

Nur darf man nicht vergessen, daß vom Standpunkt einer *außerhalb der Partei stehenden Gruppe unter Vereinbarung* durchaus nicht das verstanden wird, was Parteileute darunter gewöhnlich verstehen. Für nicht zur Partei gehörende Leute ist eine „Vereinbarung“ in der Duma die „*Ausarbeitung einer taktischen Resolution oder Linie*“. Für Parteileute ist eine Vereinbarung ein Versuch, *andere zur Durchführung der Parteilinie heranzuziehen*.

Zum Beispiel: die Trudowiki haben keine Partei. Unter Vereinbarung verstehen sie die *sozusagen „freie Ausarbeitung“ einer Linie*, heute mit den Kadetten, morgen mit den Sozialdemokraten. Wir dagegen verstehen unter einer Vereinbarung mit den Trudowiki *durchaus nicht das: wir haben in allen wichtigen Fragen der Taktik Parteibeschlüsse, und wir werden von diesen Beschlüssen niemals abweichen; eine Vereinbarung mit den Trudowiki bedeutet also für uns, sie auf unsere Seite herüberzuziehen, sie davon zu überzeugen, daß wir recht haben, auf gemeinsame Aktionen gegen die Schwarzhunderter und gegen die Liberalen nicht zu verzichten*.

In welchem Grade Trotzki diesen elementaren Unterschied zwischen Vereinbarungen vom Parteistandpunkt und solchen von parteilosem Standpunkt aus vergessen hat (er ist doch nicht umsonst bei den Liquidatoren gewesen!), zeigt seine folgende Betrachtung:

„Es ist notwendig, daß von der Internationale bevollmächtigte Personen beide Teile unserer gespaltenen Parlamentsvertretung zusammenführen und mit ihnen gemeinsam untersuchen, was sie vereinigt und was sie trennt... Es kann eine detaillierte taktische Resolution ausgearbeitet werden, welche die Grundlagen der Parlamentstaktik formuliert...“ (Nr. 1, S. 29/30).

Das ist ein charakteristisches und äußerst typisches Beispiel einer liquidatorischen Fragestellung! An die Partei denkt die Zeitschrift Trotzkis nicht: in der Tat, lohnt es sich, an eine solche Kleinigkeit zu denken?

Wenn sich in Europa (Trotzki liebt es, an unpassendem Orte von Europäertum zu reden) verschiedenartige Parteien verständigen oder vereinigen, so pflegt es so zu sein: ihre Vertreter treten zusammen und klären vor allem die Differenzpunkte (gerade das, was auch die Internationale für Rußland auf die Tagesordnung gesetzt hat, wobei sie die unbedachte Behauptung Kautskys, „die alte Partei besteht nicht mehr“, keineswegs in die Resolution aufgenommen hat). Nach Klarstellung der Differenzpunkte setzen die Vertreter fest, *welche Beschlüsse* (Resolutionen, Bedingungen usw.) in den Fragen der Taktik, der Organisation usw. *den Kongressen beider Parteien vorgelegt werden sollen*. Wenn es gelingt, einen Entwurf einheitlicher Beschlüsse vorzulegen, entscheiden die Parteikongresse, ob sie angenommen werden; wenn *verschiedene* Vorschläge gemacht werden, so werden sie gleichermaßen von den Kongressen beider Parteien endgültig begutachtet.

Den Liquidatoren und Trotzki sind nur die *europäischen* Vorbilder des Opportunismus „sympathisch“, keineswegs aber die Vorbilder europäischen Parteigeistes.

Eine „detaillierte taktische Resolution“ werden die Dumaabgeordneten ausarbeiten!! Die russischen „fortgeschrittenen Arbeiter“, mit denen Trotzki nicht umsonst so unzufrieden ist, können an diesem Beispiel anschaulich sehen, wie weit in Wien und Paris die lächerliche Plänemacherei der ausländischen Grüppchen geht, die sogar Kautsky versichert haben, daß es in Rußland „keine Partei gibt“. Doch wenn es auch manchmal gelingt, Ausländer in dieser Frage zu betrügen — die russischen „fortgeschrittenen Arbeiter“ werden (auf die Gefahr, neuerlich den Unwillen des schrecklichen Trotzki hervorzurufen) diesen Plänemachern ins Gesicht lachen.

„Detaillierte taktische Resolutionen“, werden sie ihnen sagen, „werden bei uns von den Parteitagen und -konferenzen ausgearbeitet (wie es bei euch Parteilosen gemacht wird, wissen wir nicht), so z. B. in den Jahren 1907, 1908, 1910, 1912 und 1913. Wir werden mit Vergnügen die unkundigen Ausländer und auch die vergeßlichen Russen mit unseren Parteibeschlüssen bekannt machen und werden mit noch größerem Vergnügen die Vertreter der ‚Sieben‘ oder der ‚Augustleute‘ oder der Leute von der ‚Linken‘¹⁵⁶ oder beliebig wen bitten, uns mit den Resolutionen ihrer Kongresse oder Konferenzen bekannt zu machen und auf ihrem nächsten Kongreß die bestimmte Frage nach ihrer Stellung zu unseren Resolutionen oder zur Resolution des neutralen Kongresses der Letten vom Jahre 1914 aufzuwerfen usw.“

Das werden die „fortgeschrittenen Arbeiter“ Rußlands den verschiedenen Plänemachern sagen, das haben z. B. die organisierten

Marxisten Petersburgs in der marxistischen Presse bereits gesagt. Beliebt es Trotzki, diese den Liquidatoren gestellten und veröffentlichten Bedingungen zu ignorieren? Um so schlimmer für Trotzki. Unsere Pflicht ist es, die Leser im voraus darauf aufmerksam zu machen, wie lächerlich das Entwerfen von „Vereinigungs“plänen (nach dem Typus der August-„Vereinigung“) ist, das nicht mit dem Willen der Mehrheit der klassenbewußten Arbeiter Rußlands rechnen will.

V. DIE LIQUIDATORISCHEN ANSICHTEN TROTZKIS

Über seine sachlichen Ansichten suchte Trotzki in seiner neuen Zeitschrift möglichst wenig zu sagen. Der „Putj Prawdy“ (Nr. 37) hat bereits vermerkt, daß Trotzki weder über die Frage der Illegalität noch über die Losung des Kampfes für eine legale Partei usw. auch nur einen Ton geäußert hat.* Eben deshalb sprachen wir, unter anderem, von *schlimmstem* Fraktionswesen in dem Falle, wenn eine abgesonderte Organisation ohne jegliche ideologisch-politische Physiognomie entstehen will.

Wenn aber Trotzki seine Ansichten auch nicht offen darlegen wollte, so zeigt eine ganze Anzahl von Stellen in seiner Zeitschrift, was für Ideen er insgeheim und versteckt vertritt.

Gleich im ersten redaktionellen Artikel der ersten Nummer lesen wir:

„Die vorrevolutionäre Sozialdemokratie war bei uns nur in ihren Ideen, ihren Zielen eine Arbeiterpartei. In Wirklichkeit stellte sie die Organisation der marxistischen Intelligenz dar, welche die damals erwachende Arbeiterklasse hinter sich herführte...“ (S. 5.)

Das ist das altbekannte liberale und liquidatorische Liedchen, das in Wirklichkeit die *Verneinung* der Partei einleitet. Dieses Lied beruht auf einer Entstellung der geschichtlichen Tatsachen. Bereits die Streiks der Jahre 1895—1896 haben eine sowohl ideologisch als auch organisatorisch mit der Sozialdemokratie verbundene proletarische *Massenbewegung* hervorgerufen. Hat bei diesen Streiks, bei der ökonomischen und nicht-ökonomischen Agitation „die Intelligenz die Arbeiterklasse *hinter sich hergeführt*“!!?

Oder wir nehmen die genauen Angaben über die Staatsverbrechen in den Jahren 1901—1903, verglichen mit der vorhergegangenen Periode.

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII, S. 311—314. Der Übers.

Von 100 Teilnehmern an der Befreiungsbewegung (die wegen Staatsverbrechen zur Verantwortung gezogen wurden) beschäftigten sich mit:

Periode	Landwirtschaft	Industrie und Handel	Freie Berufe und Studierende	Unbestimmte Berufe und ohne Beruf
1884—1890	7,1	15,1	53,3	19,9
1901—1903	9,0	46,1	28,7	8,0

Wir sehen, daß in den achtziger Jahren, als es in Rußland noch keine sozialdemokratische Partei gab, als die Bewegung noch „volkstümlicherisch“ war, die Intelligenz überwog: sie stellte mehr als die Hälfte der Beteiligten.

Dieses Bild änderte sich vollkommen in den Jahren 1901—1903, als es schon eine sozialdemokratische Partei gab, als die alte „Iskra“ tätig war. Die Intelligenz macht nunmehr unter den Teilnehmern der Bewegung bereits die *Minderheit* aus, Arbeiter („Industrie und Handel“) gibt es schon bedeutend mehr als Intellektuelle, Arbeiter und Bauern zusammen aber bilden mehr als die Hälfte der Gesamtzahl.

Gerade im Kampfe der Richtungen innerhalb des Marxismus zeigte sich ein kleinbürgerlich-intellektueller *Flügel* der Sozialdemokratie, anfangs der „Ökonomismus“ (1895—1903), dann der „Menschewismus“ (1903—1908) und dann das „Liquidatorenium“ (1908—1914). Trotzki wiederholt die Verleumdungen der Liquidatoren gegen die Partei, wobei er sich fürchtet, die Geschichte des zwanzigjährigen Richtungskampfes innerhalb der Partei zu berühren.

Hier ein anderes Beispiel:

„Die russische Sozialdemokratie hat in ihrer Stellung zum Parlamentarismus dieselben drei Stadien durchlaufen...“ (wie in den andern Ländern) „... zuerst den ‚Boykottismus‘... dann die prinzipielle Anerkennung der parlamentarischen Taktik, aber...“ (ein herrliches „aber“, dasselbe „aber“, welches Schtschedrin mit dem Satz wiedergab: Die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus, nein, sie wachsen nicht hinaus!) „... mit rein agitatorischen Zielen... und schließlich das Vorbringen... der Tagesforderungen auf der Dumatribüne...“ (Nr. 1, S. 34.)

Wiederum eine liquidatorische Entstellung der Geschichte. Der Unterschied zwischen dem zweiten und dem dritten Stadium ist zu dem Zwecke ausgedacht, um insgeheim die Verteidigung des Reformismus und Opportunismus einzuschmuggeln. Einen Boykottismus als Stadium in der „Stellung der Sozialdemokratie zum Parlamentarismus“ gab es nicht. *Weder* in Europa (dort war und blieb der Anarchismus) *noch* in Rußland, wo sich z. B. der Boykott der Bulyginschen Duma *nur* auf eine bestimmte Institution bezog, *niemals*

mit dem „Parlamentarismus“ in Zusammenhang gebracht wurde und durch den eigenartigen Kampf zwischen Liberalismus und Marxismus um die Weiterführung des Ansturms hervorgerufen wurde. Wie sich dieser Kampf in dem Kampfe der zwei Richtungen innerhalb des Marxismus widerspiegelte, darüber läßt Trotzki kein Wort fallen.

Wenn man sich auf die Geschichte bezieht, muß man die konkreten Fragen und die klassenmäßigen Wurzeln der verschiedenen Richtungen bloßlegen; wer den Klassenkampf und den Kampf der Richtungen um die Beteiligung an der Bulyginschen Duma marxistisch zu untersuchen wünscht, der wird dort die Wurzeln der liberalen Arbeiterpolitik sehen. Doch Trotzki „bezieht“ sich auf die Geschichte, um die konkreten Fragen zu *umgehen* und für die heutigen Opportunisten eine Rechtfertigung oder so etwas wie eine Rechtfertigung zu *konstruieren*.

„... Faktisch werden von allen Richtungen“, schreibt er, „ein und dieselben Methoden des Kampfes und des Aufbaus angewandt“ — „Das Geschrei über eine liberale Gefahr in unserer Arbeiterbewegung ist einfach eine grobe sektiererische Karikatur auf die Wirklichkeit“ (Nr. 1, S. 5 und 35).

Das ist eine sehr klare Verteidigung der Liquidatoren, und eine sehr zornige. Wir erlauben uns aber dennoch, wenigstens eine kleine Tatsache neueren Datums anzuführen — Trotzki wirft nur mit Phrasen um sich, wir möchten wünschen, daß die Arbeiter über die Tatsachen selbst nachdenken.

Es ist Tatsache, daß die „Sewernaja Rabotschaja Gaseta“ in der Nummer vom 13. März geschrieben hat:

„Anstatt der Hervorhebung einer bestimmten, konkreten Aufgabe, vor der die Arbeiterklasse steht — die Duma zu zwingen, den Gesetzesvorschlag (über die Presse) abzulehnen —, wird die verschwommene Formel des Kampfes für die ‚ungekürzten Losungen‘ aufgestellt, zugleich mit der Reklame für die illegale Presse, was lediglich geeignet ist, den Kampf der Arbeiter für ihre legale Presse zu schwächen.“

Das ist eine dokumentarische, klare, deutliche Verteidigung der Politik der Liquidatoren und eine Kritik der Politik der „Prawda“-Anhänger. Was nun? Wird sich ein des Lesens und Schreibens kundiger Mensch finden, der sagen wird, daß in der gegebenen Frage beide Richtungen „ein und dieselben Methoden des Kampfes und des Aufbaus“ anwenden? Wird sich ein des Lesens und Schreibens kundiger Mensch finden, der sagen wird, daß die Liquidatoren hier *keine liberale* Arbeiterpolitik betrieben? Daß hier die liberale Gefahr in der Arbeiterbewegung erfunden sei?

Trotzki meidet Tatsachen und konkrete Hinweise eben deshalb, weil sie all sein zorniges Geschrei und seine geschwellenen Phrasen schonungslos widerlegen. Sich in Positur zu werfen und zu erklären: „eine grobe sektiererische Karikatur“, das ist natürlich sehr leicht. Und noch kräftigere, noch geschwellenere Worte über die „Befreiung aus der Sklaverei des konservativen Fraktionswesens“ hinzuzusetzen, ist ebenfalls nicht schwer.

Ist das aber nicht eine schon sehr wohlfeile Art? Ist diese Waffe nicht dem Arsenal jener Zeit entnommen, als Trotzki vor den Gymnasiasten glänzte?

Die „fortgeschrittenen Arbeiter“, über die Trotzki erzürnt ist, wünschen dennoch, daß man ihnen offen und klar sage: billigt ihr die „Methode des Kampfes und des Aufbaus“, die in der angeführten Beurteilung der konkreten politischen Kampagne klar zum Ausdruck kommt? Ja oder nein? Wenn ja, so ist das eine liberale Arbeiterpolitik, ist das ein Verrat am Marxismus und an der Partei, und von „Frieden“ oder von „Einheit“ mit einer *solchen* Politik, mit Gruppen, die eine *solche* Politik betreiben, zu sprechen, bedeutet, sich und andere betrügen.

Nein? Dann sagt es offen. Mit Phrasen aber kann man dem heutigen Arbeiter nicht imponieren, kann man ihn nicht befriedigen und nicht einschüchtern.

Übrigens: die von den Liquidatoren in dem angeführten Zitat verkündete Politik ist selbst vom liberalen Standpunkte aus dumm, denn die Annahme des Gesetzes in der Duma hängt von den „Semstwo-Oktobristen“ von der Art eines Bennigsen ab, der in der Kommission seine Karten bereits aufgedeckt hat.

* * *

Die alten Teilnehmer an der marxistischen Bewegung in Rußland kennen die Figur Trotzki genau, und für sie lohnt es nicht, von ihr zu sprechen. Aber die junge Arbeitergeneration kennt sie nicht, und man muß von ihr sprechen, denn er ist eine Figur, die typisch ist für alle jene fünf ausländischen Grüppchen, die in Wirklichkeit ebenfalls zwischen dem Liquidatorentum und der Partei schwanken.

In den Zeiten der alten „Iskra“ (1901—1903) prägte man auf diese Schwankenden und von den „Ökonomen“ zu den „Iskra“-Anhängern und umgekehrt Überlaufenden das Kennwort „Tuschiner Überläufer“ (so nannte man in der Zeit der Wirren in Rußland die Krieger, die von dem einen Lager ins andere überliefen).

Wenn wir von Liquidatorentum sprechen, stellen wir eine gewisse ideologische Strömung fest, die im Laufe von Jahren aufgekomen ist,

in einer zwanzigjährigen Geschichte des Marxismus mit dem „Menschewismus“ und „Ökonomismus“ verwurzelt und mit der Politik und Ideologie einer bestimmten Klasse, der liberalen Bourgeoisie, verknüpft ist.

Die „Tuschiner Überläufer“ erklären sich als über den Fraktionen stehend, und das aus dem einzigen Grunde, weil sie ihre Ideen heute der einen, morgen der anderen Fraktion „entlehnen“. Trotzki war in den Jahren 1901—1903 ein rabiater „Iskra“-Anhänger, und Rjasanov bezeichnete seine Rolle auf dem Parteitag von 1903 als die Rolle des „Leninschen Knüppels“. Ende 1903 war Trotzki rabiater Menschewik, d. h. er war von den „Iskra“-Anhängern zu den „Ökonomen“ übergegangen; er verkündete: „zwischen der alten und der neuen ‚Iskra‘ liegt ein Abgrund“. Im Jahre 1904/05 rückt er von den Menschewiki ab und nimmt eine schwankende Haltung ein, wobei er bald mit Martynow (dem „Ökonomen“) zusammenarbeitet, bald die plump-linke „permanente Revolution“ verkündet. Im Jahre 1906/07 nähert er sich den Bolschewiki und im Frühjahr 1907 erklärt er sich mit Rosa Luxemburg solidarisch.

In der Periode des Zerfalls geht er, nach langen „nichtfraktionellen“ Schwankungen, wiederum nach rechts, und im August 1912 geht er einen Block mit den Liquidatoren ein. Jetzt rückt er wiederum von ihnen ab, wobei er jedoch *im Wesen der Sache* ihre armseligen Gedanken wiederholt.

Derartige Typen sind charakteristisch als Trümmer geschichtlicher Gestaltungen und Formationen von gestern, wo die proletarische Massenbewegung in Rußland noch schlief und ein beliebiges Grüppchen genügend „Platz hatte“, um sich als Strömung, als Gruppe, als Fraktion, mit einem Wort, als eine „Macht“ hinzustellen, die von Vereinigung mit anderen redet.

Es ist notwendig, daß die junge Arbeitergeneration genau wisse, mit wem sie es zu tun hat, wenn mit unglaublichen Ansprüchen Leute auftreten, die *weder* mit den Parteibeschlüssen, die seit dem Jahre 1908 das Verhältnis zum Liquidatorentum bestimmt und festgesetzt haben, *noch* mit der Erfahrung der modernen Arbeiterbewegung Rußlands, welche die *Einheit* der Mehrheit in der Tat, auf der Grundlage der restlosen Anerkennung der genannten Beschlüsse hergestellt hat, irgendwie rechnen wollen.

Veröffentlicht in der Zeitschrift
„Prosweschtschenije“ Nr. 5,
Mai 1914.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII,
S. 471—494.

**Die Jahre des Aufschwungs
der Arbeiterbewegung vor dem ersten
imperialistischen Krieg**

DEM GEDÄCHTNIS HERZENS

Hundert Jahre sind seit dem Tage der Geburt Herzens vergangen. Ihn feiert das ganze liberale Rußland, wobei es sorgfältig den ernstesten Fragen des Sozialismus aus dem Weg geht und vorsorglich verheimlicht, wodurch sich der *Revolutionär* Herzen von einem Liberalen unterschied. Herzens gedenkt auch die Rechtspresse, die verlogen behauptet, Herzen habe sich am Ende seiner Tage von der Revolution losgesagt. Und in den Reden der im Ausland weilenden Liberalen und Volkstümler über Herzen herrscht die Phrase, nichts als die Phrase.

Die Arbeiterpartei muß Herzens gedenken, nicht spießbürgerlicher Lobgesänge wegen, sondern um ihre eigenen Aufgaben zu klären, um sich über den wirklichen historischen Platz des Schriftstellers klarzuwerden, der bei der Vorbereitung der russischen Revolution eine große Rolle gespielt hat.

Herzen gehörte zu der Generation der aus den Kreisen des Adels und der Gutsbesitzer stammenden Revolutionäre der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts. Der Adel hat Rußland die Biron und Araktschejew¹⁵⁷ gegeben, eine zahllose Menge von „besoffenen Offizieren, Raufbolden, Spielern, Helden des Jahrmarkts, Pikören, Schlägern, Säbelhelden und Palastwächtern“ — und schöngeistigen Manilows¹⁵⁸. „Und zwischen ihnen“, schrieb Herzen, „entwickelten sich die Männer des 14. Dezember¹⁵⁹, eine Phalanx von Helden, die wie Romulus und Remus mit der Milch einer Wölfin genährt worden waren ... Es sind das wahre Recken, von Kopf bis Fuß aus reinem Stahl geschmiedet, kriegerische Paladine, die bewußt in den offensichtlichen Untergang gegangen sind, um die junge Generation zu neuem Leben aufzurütteln und die Kinder zu läutern, die inmitten von Henkertum und Knechtseligkeit geboren worden waren.“

Zu diesen Kindern gehörte Herzen. Der Aufstand der Dekabristen rüttelte ihn auf und „läuterte“ ihn. In dem leibeigenen Rußland der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts vermochte er es, sich auf eine

solche Höhe zu erheben, daß er das Niveau der größten Denker seiner Zeit erreichte. Er eignete sich die Dialektik Hegels an. Er verstand, daß sie die „Algebra der Revolution“ ist. Er ging weiter als Hegel, zum Materialismus, im Gefolge Feuerbachs. Der im Jahr 1844 geschriebene erste der „Briefe zum Studium der Natur“ — „Empirie und Idealismus“ — zeigt uns einen Denker, der auch jetzt noch die unzähligen modernen Naturforscher-Empiriker und die Unmasse der heutigen Philosophen, Idealisten und Halbidealisten um Haupteslänge überragt. Herzen kam dicht bis an den dialektischen Materialismus heran und machte halt vor dem — historischen Materialismus.

Dieses „Haltmachen“ führte auch den geistigen Zusammenbruch Herzens nach der Niederlage der Revolution von 1848 herbei. Herzen hatte Rußland schon verlassen und beobachtete diese Revolution unmittelbar. Er war damals Demokrat, Revolutionär, Sozialist. Aber sein „Sozialismus“ gehörte zu den in der Epoche von 1848 so zahllosen Formen und Abarten des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Sozialismus, die durch die Junitage¹⁶⁰ endgültig den Todesstoß erhielten. Im Grunde genommen war das überhaupt kein Sozialismus, sondern schöngeistige Phrase, eine gutgemeinte Phantasterei, in die die bürgerliche Demokratie und ebenso das Proletariat, das sich noch nicht von deren Einfluß frei gemacht hatte, ihr *damaliges* revolutionäres Streben kleideten.

Der geistige Zusammenbruch Herzens, sein tiefer Skeptizismus und Pessimismus nach dem Jahr 1848, war der Zusammenbruch der *bürgerlichen Illusionen* im Sozialismus. Das geistige Drama Herzens war ein Erzeugnis und eine Widerspiegelung jener weltgeschichtlichen Epoche, wo das revolutionäre Streben der bürgerlichen Demokratie (in Europa) *schon* in den letzten Zügen lag, das revolutionäre Streben des sozialistischen Proletariats jedoch *noch nicht* herangereift war. Das haben die Ritter der liberalen russischen Sprachschwelgerei nicht verstanden und konnten es nicht verstehen, die heute ihr konterrevolutionäres Streben mit blühenden Phrasen über den Skeptizismus Herzens bemänteln. Bei diesen Rittern, die die russische Revolution von 1905 verraten, die selbst jeden Gedanken an den Ehrentitel *Revolutionär* vergessen haben, ist der Skeptizismus die Form des Übergangs von der Demokratie zum Liberalismus — zu jenem knecht-seligen, gemeinen, schmutzigen, viehischen Liberalismus, der im Jahr 1848 die Arbeiter zusammenschloß, der die umgestürzten Throne wieder aufrichtete, der Napoleon III. Beifall klatschte, und den Herzen *verfluchte*, ohne seine Klassennatur verstehen zu können.

Bei Herzen war der Skeptizismus die Form des Übergangs von den Illusionen eines „über den Klassen stehenden“ bürgerlichen Demokratismus zum harten, unerbittlichen, unbesiegbaren Klassenkampf des Proletariats. Der Beweis: die „Briefe an einen alten Genossen“, an Bakunin, die Herzen ein Jahr vor seinem Tod, im Jahr 1869, schrieb. Herzen bricht mit dem Anarchisten Bakunin. Gewiß, noch sieht Herzen in diesem Bruch nur taktische Meinungsverschiedenheiten und nicht den Abgrund zwischen den Weltanschauungen des vom Siege seiner Klasse überzeugten Proletariers und des an seiner Rettung verzweifelnden Kleinbürgers. Gewiß, Herzen wiederholt auch hier wieder die alten bürgerlich-demokratischen Phrasen, der Sozialismus müsse auftreten mit „einer Predigt, die in gleichem Maß an den Arbeiter und den Unternehmer, an den Landwirt und den Kleinbürger gerichtet ist“. Und dennoch, als Herzen mit Bakunin brach, wandte er seine Blicke nicht dem Liberalismus zu, sondern der *Internationale*, jener Internationale, die von Marx geführt wurde — jener Internationale, die begann, „die Heere zu sammeln“, die Heere des Proletariats, „die Arbeiterwelt“ zu vereinigen, „die die Welt derer aufgibt, welche genießen ohne zu arbeiten“!

Da Herzen das bürgerlich-demokratische Wesen der ganzen Bewegung von 1848 und all der Formen des vormarxistischen Sozialismus nicht verstanden hatte, konnte er noch weniger die bürgerliche Natur der russischen Revolution verstehen. Herzen ist der Begründer des „russischen“ Sozialismus, der „Volkstümler“-Richtung. Herzen erblickte den „Sozialismus“ in der Befreiung der Bauern *mit Land*, im Dorfgemeinschaftsbesitz des Grund und Bodens und in der bäuerlichen Idee vom „Recht auf Land“. Seine Lieblingsgedanken zu diesem Thema hat er unzählige Male entwickelt.

In Wirklichkeit ist in dieser Lehre Herzens wie auch in der ganzen russischen Volkstümlerrichtung — bis zu der matten Volkstümelei der heutigen „Sozialrevolutionäre“ — auch *nicht ein Gran* Sozialismus. Das ist eine ebenso schöngeistige Phrase, eine ebenso gutgemeinte, das *revolutionäre Streben* der bürgerlichen Bauerndemokratie in Rußland einkleidende Phantasterei wie die verschiedenen Formen des „Sozialismus von 1848“ im Westen. Je mehr Land die Bauern im Jahr 1861 bekommen und je billiger sie es bekommen hätten, desto stärker wäre die Macht der feudalen Gutsbesitzer untergraben worden; desto schneller, freier und breiter hätte sich der Kapitalismus in Rußland entwickelt. Die Idee vom „Recht auf Land“ und vom „Ausgleich in der Boden-

verteilung“ ist nichts anderes als die Formulierung des revolutionären Strebens nach Gleichheit von seiten der Bauern, die für die völlige Niederwerfung der Gutsbesitzermacht, für die völlige Beseitigung des gutsherrlichen Bodenbesitzes kämpfen.

Die Revolution von 1905 hat das vollauf bewiesen: einerseits trat das Proletariat völlig selbständig an der Spitze des revolutionären Kampfes auf, nachdem es die Sozialdemokratische Arbeiterpartei geschaffen hatte; andererseits kämpften die revolutionären Bauern (die „Trudowiki“ und der „Bauernbund“), indem sie für jede Form der Beseitigung des Landbesitzes der Gutsbesitzer bis „zur Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden“ kämpften, eben als Eigentümer, als Kleinunternehmer.

Gegenwärtig dienen die Wortstreitereien über den „sozialistischen Charakter“ des Rechts auf Land usw. nur zur *Verdunkelung* und Verdeckung einer wirklich wichtigen und ernsten historischen Frage: der Frage nach dem Unterschied der *Interessen* der liberalen Bourgeoisie und der revolutionären Bauernschaft in der russischen *bürgerlichen* Revolution; anders gesprochen, nach der liberalen und der demokratischen, nach der „kompromißlerischen“ (monarchistischen) und der republikanischen Tendenz in dieser Revolution. Gerade diese Frage ist durch Herzens „Kolokol“ aufgeworfen worden, wenn man das Wesen der Sache betrachtet und nicht die Phrase, — wenn man den *Klassenkampf* als die Grundlage der „Theorien“ und Lehren untersucht und nicht umgekehrt.

Herzen hat die freie russische Presse im Ausland geschaffen — darin liegt sein großes Verdienst. Die „Polarnaja Swesda“ nahm die Tradition der Dekabristen auf. „Kolokol“ (1857—1867) trat voll und ganz für die Befreiung der Bauern ein. Das sklavische Schweigen war gebrochen.

Aber Herzen gehörte dem Milieu der Gutsbesitzer, der Herren an. Er hatte Rußland im Jahre 1847 verlassen, hatte das revolutionäre Volk nicht gesehen und konnte keinen Glauben an das Volk haben. Daher sein liberaler Appell an die „Spitzen“. Daher seine zahllosen süßlichen Briefe im „Kolokol“ an Alexander II., den Henker, die man heute nicht ohne Abscheu lesen kann. Tschernyschewski, Dobroljubow, Serno-Solowjewitsch, die Vertreter der neuen Generation der Revolutionäre aus dem Mittelstand, hatten tausendmal recht, wenn sie Herzen Vorwürfe machten wegen dieser Abweichungen vom Demokratismus *zum* Liberalismus. Allein die Gerechtigkeit fordert zu sagen, daß bei allen Schwankungen Herzens zwischen Demokratismus und Liberalismus der Demokrat in ihm dennoch die Oberhand behielt.

Als einer der widerwärtigsten Typen des liberalen Gesindels, Kawelin, der sich früher für den „Kolokol“ gerade wegen seiner liberalen Tendenzen begeistert hatte, gegen die Konstitution auftrat, über die revolutionäre Agitation herfiel, sich gegen die „Gewaltanwendung“ und die Aufrufe zu ihr wandte und Geduld zu predigen begann, da brach Herzen mit diesem liberalen Weisen. Herzen zog über sein „kümmerliches, blödes, schädliches Pamphlet“ her, das „als heimliche Anleitung für die sich liberal gebärdende Regierung“ geschrieben sei, über Kawelins „politisch-sentimentale Sentenzen“, die „das russische Volk als Vieh und die Regierung als Ausbund der Weisheit“ darstellten. Der „Kolokol“ veröffentlichte einen Artikel „Grabrede“, in dem „die Professoren, die das verstaubte Spinnennetz ihrer hochtrabend-kümmerlichen Ideechen weben, die Exprofessoren, einst treu und bieder, dann aber erbost, als sie sahen, daß eine gesunde Jugend nichts für ihre skrofulösen Gedanken übrig haben kann“, gegeißelt wurden. Kawelin erkannte sich in diesem Porträt sofort wieder.

Als Tschernyschewski verhaftet wurde, schrieb der niederträchtige Liberale Kawelin: „Die Verhaftungen scheinen mir nicht empörend... die revolutionäre Partei hält alle Mittel für gut, um die Regierung zu stürzen, und diese verteidigt sich mit ihren Mitteln.“ Und Herzen gab diesem Kadett eine treffende Antwort, als er anlässlich des Gerichts über Tschernyschewski sagte: „Und da erklären klägliche Menschen, Herdenmenschen, schleimige Menschen, daß man über diese Bande von Räubern und Halunken, die uns regiert, nicht schimpfen solle.“

Als der Liberale Turgenjew einen Privatbrief mit der Versicherung seiner allergergebensten Untertanengefühle an Alexander II. schrieb und zwei Goldstücke für die Soldaten spendete, die bei der Niederschlagung des polnischen Aufstands verwundet worden waren, schrieb der „Kolokol“ von der „grauhaarigen Magdalena (männlichen Geschlechts), die Seiner Majestät geschrieben hat, sie könne keinen Schlaf finden und quäle sich ab, weil Seine Majestät nichts von der Reue wisse, die über sie gekommen ist“. Und Turgenjew erkannte sich sofort.

Als das ganze Gelichter der russischen Liberalen von Herzen zurückwich, weil er Polen verteidigte, als die ganze „gebildete Gesellschaft“ dem „Kolokol“ den Rücken kehrte, ließ sich Herzen dadurch nicht beirren. Er fuhr fort, für die Freiheit Polens einzutreten und geißelte auch weiterhin die Ordnungshüter, die Scharfrichter und Henker Alexanders II. Herzen rettete die Ehre der russischen Demokratie. „Wir haben die Ehre des russischen Namens gerettet“, schrieb er

an Turgenjew, „und dafür hat uns die sklavische Mehrheit leiden lassen.“

Als die Nachricht eintraf, daß ein leibeigener Bauer einen Gutsbesitzer wegen eines Attentats auf die Ehre seiner Braut erschlagen hatte, kommentierte Herzen sie im „Kolokol“: „Das hat er ausgezeichnet gemacht!“ Als bekannt wurde, daß militärische Befehlshaber zur Durchführung einer „ruhigen“ „Befreiung“ eingesetzt würden, schrieb Herzen: „Der erste gescheite Oberst, der sich mit seiner Abteilung den Bauern anschließt, anstatt sie niederzumachen, wird auf den Thron der Romanows kommen.“ Als der Oberst Reitern sich in Warschau erschöß (1860), um nicht zum Helfershelfer der Henker zu werden, schrieb Herzen: „Wenn erschossen werden muß, so müssen diejenigen Generale erschossen werden, die den Befehl geben, auf Waffenlose zu schießen.“ Als man in Besdna fünfzig Bauern niedermachte und ihren Anführer, Anton Petrow, hinrichtete (12. April 1861), schrieb Herzen im „Kolokol“:

„Oh, wenn meine Worte doch zu dir dringen könnten, Arbeitsmann und Märtyrer der russischen Erde! ... Wie würde ich dich lehren, deine geistlichen Hirten zu verachten, die die Petersburger Synode und der deutsche Zar über dich gesetzt haben ... Du hassest den Gutsbesitzer, du hassest den Gerichtsschreiber, du fürchtest sie — du hast vollkommen recht; aber du glaubst noch an den Zaren und den Bischof ... glaub ihnen nicht! Der Zar ist mit ihnen und sie mit ihm. Ihn siehst du jetzt, du, Vater des in Besdna ermordeten Jünglings, du, Sohn des in Pensa ermordeten Vaters ... Deine Seelenhirten — sie sind unwissend wie du, arm wie du ... So war auch der Mönch Antonius, der in Kasan für dich gelitten hat (nicht der Bischof Antonius, sondern Anton von Besdna)... Die Leichen deiner Nothelfer werden keine achtundvierzig Wunder tun, ein Gebet zu ihnen hilft nicht gegen Zahnweh; aber das lebendige Andenken an sie kann ein Wunder verrichten — deine Befreiung.“

Hieraus ist zu ersehen, wie gemein und niedrig unsere Liberalen, die sich in der sklavischen „legalen“ Presse verschanzt haben, Herzen verleumden, indem sie seine schwachen Seiten übertreiben und seine starken mit Schweigen übergehen. Es ist nicht die Schuld Herzens, es ist sein Unglück, daß er das revolutionäre Volk in ebendem Rußland der vierziger Jahre nicht sehen konnte. Als er es in den *sechziger Jahren* gesehen hatte, trat er furchtlos auf die Seite der revolutionären Demokratie gegen den Liberalismus. Er kämpfte für den Sieg des Volkes über den Zarismus und nicht für einen Pakt der liberalen Bourgeoisie mit dem Gutsbesitzerzaren. Er erhob die Fahne der Revolution.

Indem wir Herzen feiern, sehen wir deutlich drei Generationen, drei Klassen, die in der russischen Revolution wirksam waren. Zunächst — die Adligen und Gutsbesitzer, die Dekabristen und Herzen. Eng

ist der Kreis dieser Revolutionäre. Furchtbar fern stehen sie dem Volk. Aber ihre Sache ist nicht verlorengegangen. Die Dekabristen rüttelten Herzen auf. Herzen entfaltete die revolutionäre Agitation.

Diese Agitation wurde aufgegriffen von den Revolutionären aus dem Mittelstand, beginnend mit Tschernyschewski und endend mit den Helden aus dem Geheimbund „Narodnaja Wolja“¹⁶¹, die sie erweiterten, festigten und stählten. Weiter wurde der Kreis der Kämpfer, enger ihre Verbindungen mit dem Volk. „Die jungen Steuerleute im künftigen Sturm“ hat Herzen sie genannt. Aber das war noch nicht der eigentliche Sturm.

Der Sturm, das ist die Bewegung der Massen selbst. Das Proletariat, die einzige bis ans Ende revolutionäre Klasse, hat sich erhoben, ist an ihre Spitze getreten und hat zum erstenmal die Millionen der Bauern zum offenen, revolutionären Kampf hochgerissen. Der erste Stoß des Sturmes erfolgte im Jahre 1905. Der nächste beginnt vor unsern Augen zu wachsen.

Indem es Herzen feiert, lernt das Proletariat an seinem Beispiel die gewaltige Bedeutung der revolutionären Theorie verstehen, — lernt verstehen, daß die unverbrüchliche Treue zur Revolution und der revolutionäre Appell an das Volk auch dann nicht vergebens sind, wenn ganze Jahrzehnte die Ernte von der Saat trennen; — lernt die Rolle der verschiedenen Klassen in der russischen und internationalen Revolution zu bestimmen. Um diese Lehren bereichert, wird sich das Proletariat den Weg zum freien Bündnis mit den sozialistischen Arbeitern aller Länder bahnen und jenes Reptil, die zaristische Monarchie, zertreten, gegen die Herzen als erster das hehre Banner des Kampfes erhoben hat, indem er sich an die Massen wandte mit dem *freien russischen Wort*.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Sozialdemokrat“ Nr. 26,
8. Mai (25. April) 1912.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XV,
S. 593—600.

DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN RUSSLAND

Die Wahlen zur Reichsduma veranlassen alle Parteien, ihre Agitation zu verstärken, ihre Kräfte zusammenzufassen, um möglichst viel Deputierte der „eigenen“ Partei durchzubringen.

Dabei wird auch bei uns, wie in allen anderen Ländern, die hemmungsloseste Wahlreklame entfaltet. Alle bürgerlichen Parteien, d. h. alle diejenigen, die die ökonomischen Privilegien der Kapitalisten in Schutz nehmen, machen für ihre Parteien genau so Reklame, wie die einzelnen Kapitalisten für ihre Waren Reklame machen. Man betrachte die Geschäftsinserate in einer beliebigen Zeitung und man wird sehen, daß die Kapitalisten die „effektivsten“, schreiendsten, modischsten Bezeichnungen für ihre Waren ersinnen und sie über den grünen Klee loben, ohne sich auch nur im geringsten Zwang anzutun, ohne vor irgendeiner Lüge oder Erfindung haltzumachen.

Das Publikum — zumindest in den großen Städten und in den Handelszentren — hat sich längst an die Geschäftsreklame gewöhnt und weiß, was sie wert ist. Leider verwirrt die politische Reklame unvergleichlich mehr Menschen, ihre Entlarvung ist weitaus schwieriger, der Betrug hält hier für eine viel längere Dauer vor. Die Namen der Parteien werden — sowohl in Europa als auch bei uns — zuweilen direkt zum Zweck der Reklame ausgewählt, die „Programme“ der Parteien werden sehr oft ausschließlich deswegen geschrieben, um das Publikum zu betrügen. Je größer die politische Freiheit in einem kapitalistischen Land ist, je mehr Demokratismus, d. h. Macht des Volkes und der Volksvertreter, es gibt, desto unverfrorener entfaltet sich häufig die Reklame der Parteien.

Wie soll man sich da, bei einer solchen Lage der Dinge, in dem Kampf der Parteien zurechtfinden? Bedeutet dieser Kampf mit seinem Betrug und seiner Reklame nicht etwa, daß Vertretungskörperschaften, Parlamente, Versammlungen von Volksvertretern überhaupt unnütz, ja sogar schädlich sind, wie das die Erzreaktionäre, die Feinde des Parlamentarismus, nicht müde werden zu versichern? Nein. Beim

Fehlen von Vertretungskörperschaften gibt es *noch weitaus mehr* Täuschung, politische Lüge und jede Art betrügerischer Schiebungen, und das Volk hat weitaus weniger Mittel in der Hand, um den Betrug zu entlarven und die Wahrheit ausfindig zu machen.

Um sich in dem Kampf der Parteien zurechtzufinden, darf man den Parteien nicht aufs Wort glauben, sondern muß ihre wirkliche Geschichte studieren, muß man nicht so sehr das studieren, was die Parteien über sich selbst sagen, als vielmehr das, was sie *tun*, wie sie bei der Entscheidung der verschiedenen politischen Fragen handeln, wie sie *sich verhalten* in den Angelegenheiten, die die Lebensinteressen der verschiedenen Klassen der Gesellschaft berühren, der Gutsbesitzer, der Kapitalisten, der Bauern, der Arbeiter und so weiter.

Je größer die politische Freiheit in einem Lande ist, je fester und demokratischer seine Vertretungskörperschaften sind, desto leichter ist es für die Volksmassen, sich im Kampf der Parteien zurechtzufinden und die *Politik zu erlernen*, d. h. den Betrug zu entlarven und die Wahrheit ausfindig zu machen.

Am klarsten kommt die Teilung jeder Gesellschaft in politische Parteien zum Vorschein in der Zeit tiefer, das ganze Land erschütternder Krisen. Die Regierung pflegt dann notgedrungen Stützen in den verschiedenen Klassen der Gesellschaft zu suchen; der ernste Kampf fegt alle Phrasen, alles Kleinliche, Angeschwemmte hinweg; die Parteien spannen alle ihre Kräfte an, wenden sich an die *Massen* des Volkes, und die Massen, geleitet vom richtigen Instinkt, aufgeklärt durch die Erfahrung des offenen Kampfs, folgen den Parteien, die die Interessen dieser oder jener Klasse zum Ausdruck bringen.

Die Epochen solcher Krisen bestimmen stets für viele Jahre, ja selbst Jahrzehnte, die Parteigruppierung der gesellschaftlichen Kräfte des betreffenden Landes. In Deutschland z. B. waren die Kriege von 1866 und 1870 eine solche Krise; in Rußland die Ereignisse von 1905. Es ist unmöglich, das Wesen unserer politischen Parteien zu begreifen, es ist unmöglich, sich klar darüber zu werden, welche *Klassen* von dieser oder jener Partei in Rußland vertreten werden, ohne auf die Ereignisse dieses Jahres zurückzugehen.

Beginnen wir unsere kurze Skizze der politischen Parteien in Rußland mit den extremen Rechtsparteien.

Auf dem äußersten rechten Flügel treffen wir den Verband des russischen Volkes.

Das Programm dieser Partei wird in dem Anzeiger des Verbandes des russischen Volkes, „Russkoje Snamja“, herausgegeben von A. I. Dubrowin, folgendermaßen dargelegt:

„Der Verband des russischen Volkes, den der Zar am 3. Juni 1907 von seinem erhabenen Thron des Appells gewürdigt hat, ihm eine zuverlässige Stütze zu sein, indem er für alle und in allem als Beispiel der Gesetzlichkeit und der Ordnung diene, bekennt, daß der Wille des Zaren nur verwirklicht werden kann, wenn 1. die mit der russischen rechtgläubigen, kanonisch geordneten Kirche unlösbar und lebendig verbundene Selbstherrschaft ihre Macht voll in Erscheinung treten läßt; wenn 2. russisches Volkstum nicht nur in den inneren Gouvernements, sondern auch in den Randgebieten herrschend wird; wenn 3. eine ausschließlich aus russischen Männern zusammengesetzte Reichsduma vorhanden sein wird als Hauptgehilfin des Selbstherrschers in seinen Bemühungen um den staatlichen Aufbau; wenn 4. die grundlegenden Thesen des Verbandes des russischen Volkes betreffs der Juden voll und ganz beachtet werden und wenn 5. Beamte, die zu den Gegnern der zaristischen absoluten Macht gehören, aus dem Staatsdienst entlassen werden.“

Wir haben diese feierliche Deklaration der *Rechten* genau wiedergegeben, einerseits um den Leser unmittelbar mit dem Original bekannt zu machen und andererseits im Hinblick darauf, daß die hier dargelegten Grundmotive ihre Geltung bewahren für alle Parteien der Mehrheit in der III. Duma, d. h. sowohl für die „Nationalisten“ als auch für die Oktobristen. Das wird aus den weiteren Darlegungen zu ersehen sein.

Das Programm des Verbandes des russischen Volkes wiederholt im Grunde genommen die alte Losung aus den Zeiten der Leibeigenschaft — Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft, Volkstum. Betreffs der Frage, durch die man den Verband des russischen Volkes von den auf ihn folgenden Parteien herkömmlicherweise zu unterscheiden pflegt, nämlich der Anerkennung oder Ablehnung „konstitutioneller“ Prinzipien in der russischen Staatsordnung, ist es besonders wichtig hervorzuheben, daß der Verband des russischen Volkes *durchaus* nicht gegen eine Vertretungskörperschaft schlechthin ist. Aus dem zitierten Programm ist ersichtlich, daß der Verband des russischen Volkes für die Existenz einer Reichsduma in der Rolle einer „Gehilfin“ eintritt.

Die Eigenart der russischen, wenn man sich so ausdrücken darf, Konstitution ist durch die Dubrowin eben richtig, d. h. entsprechend der faktischen Lage der Dinge, zum Ausdruck gebracht worden. Sowohl die Nationalisten als auch die Oktobristen stehen in ihrer wirklichen Politik eben auf diesem Standpunkt. Der Streit zwischen diesen Parteien über die „Konstitution“ läuft in bedeutendem Maße auf einen Streit um Worte hinaus: die „Rechten“ sind nicht gegen eine Duma, sie betonen lediglich mit besonderem Eifer, daß sie eine „Gehilfin“ zu sein hat, ohne ihre Rechte irgendwie zu bestimmen, die Nationalisten und Oktobristen ihrerseits bestehen nicht auf irgendwelche genau bestimmte Rechte und denken auch keineswegs an reale Garantien des Rechts. Und die „Konstitutionalisten“ des Oktobristismus

vertragen sich völlig mit den „Gegnern der Konstitution“ auf dem Boden der Konstitution vom 3. Juni.

Die Hetze gegen die Fremdstämmigen im allgemeinen und gegen die Juden im besonderen ist im Programm der Schwarzhunderter offen, klar und bestimmt formuliert. Wie stets sprechen sie auch hier gröber, rücksichtsloser, aufreizender das aus, was die übrigen Regierungsparteien mehr oder weniger „verschämt“ oder diplomatisch zu verstecken suchen.

In Wirklichkeit nehmen — wie das jedermann weiß, der einigermaßen vertraut ist mit der Tätigkeit der III. Duma, mit der Presse vom Schlage des „Nowoje Wremja“, des „Swet“, des „Golos Moskwy“ usw. — sowohl die Nationalisten wie die Oktobristen an der Hetze gegen die Fremdstämmigen teil.

Es fragt sich, welches denn nun die soziale Basis der Partei der Rechten ist, welche Klasse sie vertritt, welcher Klasse sie dient.

Daß man auf die Losungen der Leibeigenschaft zurückgreift, für alles Alte, alles Mittelalterliche im russischen Leben einsteht, sich an der *Gutsbesitzer*-Konstitution des 3. Juni völlig genügen läßt, die Privilegien des Adels und des Beamtentums verteidigt — all das gibt eine klare Antwort auf unsere Frage. Die Rechten, das ist die Partei der feudalen Gutsbesitzer, des Rates des vereinigten Adels. Nicht umsonst hat doch gerade dieser Rat eine so hervorragende, mehr noch, führende Rolle gespielt bei dem Auseinanderjagen der II. Duma, bei der Änderung des Wahlgesetzes und beim Staatsstreich vom 3. Juni.

Um die ökonomische Macht dieser Klasse in Rußland zu erläutern, genügt es, folgende grundlegende Tatsache anzuführen, die bewiesen wird durch Ziffern der vom Innenministerium herausgegebenen *Regierungsstatistik* über den Grund und Boden vom Jahre 1905.

Im Europäischen Rußland besitzen weniger als 30 000 Gutsbesitzer 70 000 000 Deßjatinen Land; *ebensoviel* besitzen die 10 Millionen Bauernfamilien mit dem kleinsten Bodenanteil. Auf einen Großgrundbesitzer ergibt das im Durchschnitt ungefähr 2300 Deßjatinen Land; auf einen Armbauern 7 Deßjatinen Land — für die Familie, für den Hof.

Es ist vollkommen natürlich und unvermeidlich, daß der Bauer auf einem solchen „Anteil“ nicht leben, sondern nur langsam sterben kann. Ständige Hungersnöte von Millionen — nach Art der Hungersnot in diesem Jahr — zerstören in Rußland fortlaufend die Bauernwirtschaft nach jeder Mißernte. Die Bauern müssen Land bei den Gutsbesitzern pachten gegen jede Art von *Abarbeit*. Für das Land arbeitet der Bauer mit seinem Pferd, seinen Geräten bei dem Gutsbesitzer. Das ist dieselbe Fronarbeit, nur daß sie offiziell nicht als

Leibeigenschaft bezeichnet wird. Auf Grundstücken von 2300 Deßjatinen können die Gutsbesitzer größtenteils eben keine andere Wirtschaft führen als eine auf Schuldknechtschaft und Abarbeit, d. h. auf Fronarbeit beruhende Wirtschaft. Von Lohnarbeitern lassen sie lediglich einen Teil dieser gewaltigen Besitzungen bearbeiten.

Weiter, diese selbe Klasse der adligen Gutsbesitzer stellt dem Staat die erdrückende Mehrheit aller höheren und mittleren Beamten. Die Privilegien des Beamtentums in Rußland, das ist die andere Seite der Privilegien und der auf dem Grundbesitz beruhenden Macht der adligen Gutsbesitzer. Hieraus wird begreiflich, daß der Rat des vereinigten Adels und die „rechten“ Parteien nicht zufällig, sondern unvermeidlich, nicht auf Grund des „bösen Willens“ einzelner Personen, sondern unter dem Druck der *Interessen* einer schrecklich mächtigen Klasse für eine Politik der alten Leibeigenschaftstraditionen eintreten. Die alte herrschende Klasse, die Nachkömmlinge der Lehnsherren, die nach wie vor die herrschende geblieben ist, hat sich die entsprechende Partei geschaffen. Diese Partei, das sind eben der „Verband des russischen Volkes“ oder die „Rechten“ in der Reichsduma und im Staatsrat.

Aber wenn einmal eine Vertretungskörperschaft existiert, wenn einmal die *Massen* in der politischen Arena schon offen in Aktion getreten sind, wie sie es bei uns im Jahre 1905 getan haben, dann wird es für jede Partei notwendig, in diesen oder jenen Grenzen an das Volk zu appellieren. Womit aber können die rechten Parteien an das Volk appellieren, sich an das Volk wenden?

Natürlich ist es unmöglich, geradeheraus über die Verteidigung der Interessen der Gutsbesitzer zu sprechen. Es wird von der Erhaltung der guten alten Zeit im allgemeinen gesprochen, man strengt sich aus Leibeskräften an, Mißtrauen gegen die Fremdstämmigen, insbesondere gegen die Juden zu entfachen, völlig unentwickelte, völlig unwissende Menschen zu Pogromen, zur Hetze gegen „den Jud“ hinzureißen. Man bemüht sich, die Privilegien der Adligen, der Beamten und der Gutsbesitzer hinter Reden über die „Unterdrückung“ der Russen durch die Fremdstämmigen zu verbergen.

Solcher Art ist die Partei der „Rechten“. Ihr Mitglied Purischkewitsch, einer der angesehensten Redner der Rechten in der III. Duma, hat sehr viel und erfolgreich daran gearbeitet, dem Volk zu *zeigen*, was die Rechten wollen, *wie* sie handeln, *wem* sie dienen. Purischkewitsch ist ein talentierter Agitator.

Neben den „Rechten“, die in der III. Duma 46 Deputierte zählen, stehen die „Nationalisten“ mit 91 Deputierten. Die Schattierung, die sie von den Rechten unterscheidet, ist völlig unbedeutend: im Grunde

genommen sind das nicht zwei, sondern eine Partei, die unter sich die „Arbeit“ geteilt hat, den Fremdstämmigen, den „Kadetten“ (den Liberalen), den Demokraten usw. zu hetzen. Die einen verrichten plumper, die anderen raffinierter genau das gleiche *Werk*. Und für die Regierung ist es ja von *Vorteil*, daß die „extremen“ Rechten, die zu jedem Skandal, Pogrom, zum Mord an den Herzenstein, Jollos und Karawajew fähig sind, ein wenig im Hintergrund blieben, gleichsam als ob sie die Regierung von rechts „kritisierten“ ... Eine ernste Bedeutung kann der Unterschied zwischen Rechten und Nationalisten nicht haben.

Die *Oktobristen* haben in der III. Duma 131 Deputierte, wobei natürlich auch die „rechten Oktobristen“ in diese Zahl einbegriffen sind. Ohne in irgend etwas Wesentlichem in der heutigen Politik mit den Rechten zu disharmonieren, unterscheiden sich die Oktobristen von ihnen dadurch, daß diese Partei außer den Gutsbesitzern auch noch den Großkapitalisten dient, dem altehrwürdigen Kaufmann, der Bourgeoisie, der das Erwachen der Arbeiter und dann auch der Bauern zu selbständigem Leben einen solchen Schrecken eingejagt hat, daß sie sich völlig der Verteidigung der alten Zustände zugewandt hat. Es gibt solche Kapitalisten in Rußland — und ihrer sind nicht gerade wenig —, die mit ihren Arbeitern nicht im geringsten besser umgehen als die Gutsbesitzer mit den ehemaligen Leibeigenen; die Arbeiter, die Handelsangestellten sind für sie ebenfalls Gesinde, Dienstleute. Niemand versteht diese alten Zustände besser zu verteidigen als die rechten Parteien, die Nationalisten und die Oktobristen. Zwar gibt es auch solche Kapitalisten, die in den Jahren 1904 und 1905 in den Semstwo und in den Stadtversammlungen eine „Konstitution“ forderten, aber gegen die Arbeiter sind sie bereit, sich mit der Konstitution vom 3. Juni völlig abzufinden.

Die Partei der Oktobristen ist die wichtigste konterrevolutionäre Partei der Gutsbesitzer und Kapitalisten. Es ist das die führende Partei der III. Duma: 131 Oktobristen und 137 Rechte und Nationalisten bilden eine solide Mehrheit in der III. Duma.

Das Wahlgesetz vom 3. Juni 1907 hat den Gutsbesitzern und Großkapitalisten die Mehrheit *gesichert*: in den Wahlmännerversammlungen *aller* Gouvernements, von denen die Deputierten in die Duma entsandt werden, gehört die Mehrheit den Gutsbesitzern und den Wahlmännern der ersten städtischen (d. h. großkapitalistischen) Kurie. In den Versammlungen von 28 Gouvernements gehört die Mehrheit sogar den Wahlmännern der Grundbesitzer allein. Die ganze Politik der Regierung des 3. Juni ist mit Hilfe der oktobristischen Partei

durchgeführt worden, für alle Sünden und Verbrechen der III. Duma trägt sie die Verantwortung.

In Worten, in ihrem Programm verfechten die Oktobristen die „Konstitution“ und sogar ... die Freiheit! In der Tat hat diese Partei alle Maßnahmen gegen die Arbeiter (etwa den Entwurf eines Versicherungsgesetzes, — man erinnere sich des *Vorsitzenden* der Duma-Kommission für Arbeiterfragen, des Baron Tiesenhausen!), gegen die Bauern, gegen die Einschränkung von Willkür und Rechtslosigkeit unterstützt. Die Oktobristen sind genau so eine Regierungspartei wie die Nationalisten. Dieser Umstand wird nicht im geringsten dadurch geändert, daß die Oktobristen von Zeit zu Zeit — und besonders vor den Wahlen! — „oppositionelle“ Reden halten. Überall, wo Parlamente existieren, ist schon seit jeher zu beobachten, und beobachtet man ständig, wie die bürgerlichen Parteien *Opposition spielen*, ein Spiel, das ihnen nichts schadet, denn keine Regierung nimmt es ernst, ein Spiel, das dem Wähler gegenüber, den man mit dem oppositionellen Charakter „einseifen“ muß, manchmal nicht ohne Nutzen ist.

Spezialisten und Virtuosen des Spiels in Opposition sind hingegen die Kadetten, die *konstitutionellen „Demokraten“*, die Partei der „Volksfreiheit“ — die wichtigste oppositionelle Partei der III. Duma.

Ein Spiel ist schon die Bezeichnung dieser Partei, die in Wirklichkeit *absolut keine* demokratische Partei ist, *keineswegs* eine Partei des Volkes, keine Partei der Freiheit, sondern eine Partei der halben, wenn nicht der viertel Freiheit ist.

In Wirklichkeit ist das die Partei der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, die die Volksbewegung weitaus mehr fürchtet als die Reaktion.

Der Demokrat glaubt an das Volk, glaubt an die Bewegung der Massen, unterstützt sie in jeder Weise — obgleich er nicht selten eine unrichtige Vorstellung hat von der Bedeutung dieser Bewegung im Rahmen der kapitalistischen Ordnung (solcher Art sind die bürgerlichen Demokraten, die Trudowiki). Der Demokrat strebt aufrichtig danach, mit *allem* Mittelalterlichen aufzuräumen.

Der Liberale fürchtet die Bewegung der Massen, hemmt sie und verteidigt *bewußt* bestimmte, und zwar die wichtigsten mittelalterlichen Einrichtungen, um eine Stütze gegen die Massen, insbesondere gegen die Arbeiter zu haben. Die Teilung der Macht mit den Purischkewitsch — keinesfalls die Vernichtung aller Grundlagen für die Macht der Purischkewitsch —, das ist es, was der Liberale erstrebt. Alles für das Volk, alles durch das Volk — sagt der demokratische Kleinbürger (darunter der Bauer und der Trudowik), der aufrichtig die Vernichtung

aller Grundlagen des Purischkewitsch-Systems erstrebt, ohne die Bedeutung des Kampfes der Lohnarbeiter gegen das Kapital zu begreifen. Umgekehrt, mit den Purischkewitsch die Macht *über* die Arbeiter und *über* die kleinen Besitzer zu teilen, das ist das wirkliche Ziel der liberal-monarchistischen Bourgeoisie.

Die Kadetten besaßen in der I. und II. Duma die Mehrheit bzw. die herrschende Position. Sie benutzten sie für ein sinnloses und schmachvolles *Spiel*: nach rechts in Loyalität und Regierungsfähigkeit (wir wären fähig, friedlich alle Widersprüche zu lösen, ohne den Mushik zu verderben und ohne Purischkewitsch zu kränken), nach links in Demokratismus. Rechts haben die Kadetten im Ergebnis dieses Spiels zu guter Letzt Fußtritte erhalten. Links erwarben sie sich die gerechte Bezeichnung: Verräter der Volksfreiheit. In den ersten beiden Dumas haben sie die ganze Zeit nicht nur gegen die Arbeiterdemokratie, sondern auch gegen die Trudowiki angekämpft. Es genügt, daran zu erinnern, daß der von den Trudowiki (in der I. Duma) aufgestellte Plan lokaler Bodenkomitees, dieser elementar demokratische Plan, ein Plan des demokratischen Abc, von den Kadetten zum *Scheitern* gebracht wurde, da sie die *Vorherrschaft* des Gutsbesitzers und des Beamten *über* den Bauern in den Flurbereinigungskommissionen verteidigten!

In der III. Duma mimten die Kadetten die „verantwortungsbewußte Opposition“, die Opposition im Genitiv.¹⁶³ Als solche haben sie wiederholt für das Budget der Regierung gestimmt („Demokraten“!); sie machten den Oktobristen die Ungefährlichkeit und Harmlosigkeit ihres „Zwangs“-Loskaufs (Zwang für die Bauern) klar — man erinnere sich an Beresowski I; sie schickten Karaulow auf die Tribüne, „gottesfürchtige“ Reden zu halten; sie sagten sich von der Bewegung der Massen los; sie wandten sich an die „Spitzen“ und *fielen* über die unteren Schichten *her* (der Kampf der Kadetten *gegen* die Arbeiterdeputierten in der Frage der Arbeiterversicherung) usw. usf.

Die Kadetten sind die Partei des konterrevolutionären Liberalismus. Durch ihren Anspruch auf die Rolle der „verantwortungsbewußten Opposition“, d. h. einer anerkannten, gesetzlichen, zur Konkurrenz mit den Oktobristen zugelassenen Opposition, nicht gegen das Regime vom 3. Juni, sondern innerhalb des Regimes vom 3. Juni, — durch diesen Anspruch haben sich die Kadetten als „Demokraten“ endgültig selbst das Grab gegraben. Die schamlose wječhistische Propaganda der kadettischen Ideologen, der Herren Struve, Isgojew¹⁶³ und Konsorten¹⁶³, die von Rosanow und Antonius Wolhynien¹⁶⁴ mit Küssen überhäuft worden sind, und die Rolle der „verantwortungsbewußten Opposition“ in der III. Duma, das sind zwei Seiten *einer* Medaille. Die von den

Purischkewitsch geduldete liberal-monarchistische Bourgeoisie möchte neben den Purischkewitsch Platz nehmen.

Der Block der Kadetten mit den „Progressisten“ in der gegenwärtigen Zeit für die Wahlen zur IV. Duma bestätigte noch einmal von neuem den zutiefst konterrevolutionären Charakter der Kadetten. Die Progressisten erheben nicht den geringsten Anspruch darauf, Demokraten zu sein, sagen kein Sterbenswort über den Kampf gegen das ganze Regime vom 3. Juni und träumen nicht einmal von irgendeinem „allgemeinen Wahlrecht“. Es sind das gemäßigte Liberale, die ihre Verwandtschaft mit den Oktobristen nicht verbergen. Das Bündnis der Kadetten mit den Progressisten sollte selbst den Blindesten unter den „Sängern im Chor der Kadetten“ die Augen öffnen über das wahre Wesen der kadettischen Partei.

Die demokratische Bourgeoisie in Rußland repräsentieren die Volkstümmler aller Schattierungen, von den linkesten Sozialrevolutionären bis zu den Volkssozialisten und den Trudowiki. Sie alle gebrauchen gern „sozialistische“ Phrasen, doch darf sich der klassenbewußte Arbeiter über die Bedeutung dieser Phrasen keiner Täuschung hingeben. In Wirklichkeit gibt es weder in irgendeinem „Recht auf Boden“ noch in einem „Ausgleich der Bodenverteilung“ noch in der „Sozialisierung des Bodens“ auch nur ein Gran Sozialismus. Das muß jeder begreifen, der weiß, daß bei Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden und bei einer neuen, und sei es selbst der „gerechtesten“ Verteilung des Bodens die Warenproduktion, die Macht des Marktes, des Geldes, des Kapitals, nicht nur unberührt bleibt, sondern sich im Gegenteil noch breiter entfaltet.

Aber die Phrasen über das „Werkstätigenprinzip“ und den „volkstümmlerischen Sozialismus“ sind ein Ausdruck für den tiefen Glauben (und das aufrichtige Streben) des Demokraten, daß die Vernichtung alles Mittelalterlichen in den Bodenbesitzverhältnissen und zugleich damit auch im politischen System möglich und notwendig ist. Wenn die Liberalen (die Kadetten) danach streben, mit den Purischkewitsch die politische Macht und die politischen Privilegien zu teilen, so sind die Volkstümmler darum eben Demokraten, weil sie danach streben, und in der gegenwärtigen Zeit danach streben müssen, alle Privilegien in den Bodenbesitzverhältnissen und alle Privilegien in der Politik zu vernichten.

Die Lage der russischen Bauernschaft in ihrer ungeheuren Masse ist derart, daß sie von irgendeinem Kompromiß mit den Purischkewitsch (das für den Liberalen vollkommen möglich, erreichbar und naheliegend ist) nicht einmal träumen kann. Darum besitzt der Demo-

kratismus der Kleinbourgeoisie noch für eine ziemlich lange Zeit in Rußland Wurzeln in der Masse, während die Stolypinsche Agrarreform, diese bürgerliche Politik der Purischkewitsch gegen den Mushik, bislang nichts Dauerhaftes geschaffen hat außer ... der Hungersnot von 30 Millionen!

Die Millionen der hungernden Kleinbesitzer müssen unbedingt eine *andere*, eine demokratische Agrarreform erstreben, die zwar über den Rahmen des Kapitalismus nicht hinausgehen kann, die Lohnsklaverei nicht vernichten wird, aber das *Mittelalterliche* vom Antlitz der russischen Erde zu vertilgen *vermag*.

Die Trudowiki sind in der II. Duma furchtbar schwach, aber sie vertreten *Massen*. Das Schwanken der Trudowiki zwischen den Kadetten und der Arbeiterdemokratie ergibt sich unvermeidlich aus der Klassenlage der kleinen Besitzer, wobei durch die besondere Schwierigkeit, diese zusammenzuschließen, zu organisieren und aufzuklären, die äußerste Unbestimmtheit und Formlosigkeit der Trudowiki als Partei geschaffen wird. Darum eben bieten die Trudowiki — unter Förderung durch den einfältigen „Otsowismus“ der linken Volkstümler — das traurige Bild einer liquidierten Partei.

Die Trudowiki unterscheiden sich von unseren, fast marxistischen, Liquidatoren dadurch, daß sie Liquidatoren aus Schwäche, jene aber Liquidatoren aus Böswilligkeit sind. Den schwachen kleinbürgerlichen Demokraten helfen, sie dem Einfluß der Liberalen entreißen, das Lager der Demokratie zusammenschließen gegen die konterrevolutionären Kadetten und nicht nur gegen die Rechten — das ist die Aufgabe der Arbeiterdemokratie.

In bezug auf diese, die ihre eigene Fraktion in der III. Duma gehabt hat, können wir hier nur wenig sagen.

Die Parteien der Arbeiterklasse haben sich überall in Europa dadurch herausgebildet, daß sie sich von dem Einfluß der allgemeinen demokratischen Ideologie frei machten und lernten, den Kampf der Lohnarbeiter gegen das Kapital zu *sondern* von dem Kampf gegen den Feudalismus, unter anderem eben deswegen, um diesen letzteren Kampf zu intensivieren, ihn von jedem Schwanken und jeder Zaghaftigkeit frei zu machen. In Rußland hat sich die Arbeiterdemokratie sowohl vom Liberalismus als auch von der bürgerlichen Demokratie (der Trudowiki) vollständig abgegrenzt, zum großen Vorteil für die Sache der Demokratie überhaupt.

Die liquidatorische Strömung in der Arbeiterdemokratie („Nascha Sarja“ und „Shiwoje Djelo“) teilt die Schwäche der Trudowikirichtung, verherrlicht die Formlosigkeit, fühlt sich hingezogen zur Lage der

„geduldeten“ Opposition, sagt sich los von der Hegemonie der Arbeiter, beschränkt sich auf Worte über eine „offene“ Organisation (unter Schmähungen auf die nicht offene), propagiert eine liberale Arbeiterpolitik. Der Zusammenhang dieser Strömung mit dem Zerfall und der Niedergeschlagenheit in den Zeiten der Konterrevolution ist offensichtlich, ihr Abfall von der Arbeiterdemokratie wird offenkundig.

Die klassenbewußten Arbeiter, die nichts liquidieren, die sich als Gegengewicht zu dem liberalen Einfluß zusammenschließen, sich als Klasse organisieren, alle möglichen Formen des Zusammenschlusses, des gewerkschaftlichen usw., entwickeln, treten in Aktion sowohl als Vertreter der *Lohnarbeit* gegen das Kapital wie auch als Vertreter der konsequenten Demokratie gegen das ganze alte Regime in Rußland und gegen jegliche Zugeständnisse an dieses Regime.

Als Illustration veröffentlichen wir die Angaben über die parteimäßige Zusammensetzung der III. Reichsduma, die wir dem offiziellen Duma-„Handbuch“ für das Jahr 1912 entnehmen.

ZUSAMMENSETZUNG DER III. REICHS-DUMA NACH PARTEIEN

Gutsbesitzer	
Rechte	46
Nationalisten	74
Unabhängige Nationalisten	17
Rechte Oktobristen	11
Oktobristen	120
<hr/>	
<i>Insgesamt Regierungsparteien</i>	268
Bourgeoisie	
Progressisten	36
Kadetten	52
Polnisches Kolo	11
Polnisch-Litauisch-Bjelorussische Gruppe	7
Gruppe der Muselmanen	9
<hr/>	
<i>Insgesamt Liberale</i>	115
Bürgerliche Demokratie	
Gruppe der Trudowiki	14
Arbeiterdemokratie	
Sozialdemokraten	13
<hr/>	
<i>Insgesamt Demokraten</i>	27
Parteilose	27
<hr/>	
<i>Insgesamt</i>	437

In der III. Reichsduma gab es zwei Mehrheiten: 1. Rechte und Oktobristen = 268 von 437; 2. Oktobristen und Liberale = 120 + 115 = 235 von 437. Beide Mehrheiten sind konterrevolutionär.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Newskaja Swesda“ Nr. 5,
23. (10.) Mai 1912.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XV,
S. 613—625.

DER REVOLUTIONÄRE AUFSCHWUNG

Der grandiose Maistreik des Proletariats von ganz Rußland und die mit ihm verbundenen Straßendemonstrationen, die revolutionären Proklamationen und revolutionären Reden vor den Arbeitermassen haben deutlich gezeigt, daß Rußland in eine Phase des revolutionären Aufschwungs eingetreten ist.

Dieser Aufschwung ist keineswegs wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen. Nein, er wurde durch die ganzen Verhältnisse des russischen Lebens schon seit langem vorbereitet, und die Massenstreiks im Zusammenhang mit den Erschießungen an der Lena¹⁶⁵ und dem 1. Mai haben lediglich endgültig seinen Eintritt bestimmt. Der zeitweilige Triumph der Konterrevolution war unlösbar verbunden mit dem Abflauen des Massenkampfes der Arbeiter. Die Zahl der Streikenden liefert eine, wenn auch nur annähernde, dafür aber unbedingt objektive und präzise Vorstellung von den Ausmaßen dieses Kampfes.

In den zehn Jahren vor der Revolution, in den Jahren 1895 bis 1904, betrug die Durchschnittszahl der Streikenden (rund gerechnet) 43000 jährlich. Im Jahre 1905 — $2\frac{3}{4}$ Millionen, 1906 — 1 Million, 1907 — $\frac{3}{4}$ Million. Die drei Jahre der Revolution zeichnen sich durch einen *in der Welt noch nirgends dagewesenen* Aufschwung des Streikampfes des Proletariats aus. Sein Abflauen, das in den Jahren 1906 und 1907 begonnen hatte, war 1908 endgültig bestimmt: 175000 Streikende. Der Staatsstreich vom 3. Juni 1907, der die Selbstherrschaft des Zaren im Bunde mit der Duma der reaktionären Gutsbesitzer und der Handels- und Industriemagnaten wiederherstellte, war das unvermeidliche Ergebnis des Abflauens der revolutionären Energie der Massen.

Die drei Jahre von 1908 bis 1910 waren eine Periode des zügellosen Wütens der Konterrevolution der Schwarzhunderter, des liberalbürgerlichen Renegatentums und der Depression und des Zerfalls in den Reihen des Proletariats. Die Zahl der Streikenden geht immer

mehr zurück, sie fällt auf 60000 im Jahre 1909 und auf 50000 im Jahre 1910.

Aber seit dem Ende des Jahres 1910 beginnt eine merkliche Wendung. Die Demonstrationen im Zusammenhang mit dem Tode des Liberalen Muromzew und Leo Tolstois sowie die Studentenbewegung weisen deutlich darauf hin, daß ein anderer Wind zu wehen begonnen hat, daß eine gewisse Wendung in der Stimmung der demokratischen Massen eingetreten ist. Das Jahr 1911 zeigt uns einen langsamen Übergang der Arbeitermassen zur *Offensive*: die Zahl der Streikenden erreicht 100000. Von verschiedenen Seiten kommen Anzeichen dafür, daß die durch den Triumph der Konterrevolution hervorgerufene Müdigkeit und Erstarrung vorübergeht, daß *die Richtung* von neuem auf die Revolution *genommen ist*. Die Allrussische Konferenz der SDAPR im Januar 1912 konstatierte als Endergebnis ihrer Einschätzung der Lage, daß „in breiten Kreisen der Demokratie und in erster Linie in den Reihen des Proletariats sich der Beginn einer politischen Belebung bemerkbar macht. Die Arbeiterstreiks der Jahre 1910—1911, die einsetzenden Demonstrationen und proletarischen Meetings, der Beginn einer Bewegung unter der städtischen bürgerlichen Demokratie (Studentenstreiks) usw. — all das sind Erscheinungen der anwachsenden revolutionären Stimmung der Massen gegen das Regime des 3. Juni“ (siehe den „Bericht“ über die Konferenz, S.18*).

Schon zu Anfang des zweiten Quartals des laufenden Jahres war diese Stimmung so weit herangereift, daß sie in einer Aktion der Massen ihren Ausdruck fand und einen *revolutionären Aufschwung* schuf. Der Gang der Ereignisse in den letzten anderthalb Jahren zeigt handgreiflich, daß dieser Aufschwung nichts Zufälliges an sich hat, daß sein Einsetzen durchaus gesetzmäßig und durch die gesamte vorherige Entwicklung Rußlands zwangsläufig bedingt ist.

Die Erschießungen an der Lena waren der Anlaß für das Umschlagen der revolutionären Stimmung der Massen in einen revolutionären Aufschwung der Massen. Es gibt nichts Verlogeneres als die liberale Erfindung, die von Trotzki, der darin den Liquidatoren folgt, in der Wiener „Prawda“ wiederholt wird, wonach „der Kampf für die Koalitionsfreiheit die *Grundlage* ist sowohl für die Tragödie an der Lena als auch für ihren mächtigen Widerhall im Lande“. Beim Streik an der Lena war die Koalitionsfreiheit weder eine spezifische noch die Hauptforderung. Bei den Niederschießungen an der Lena ist keineswegs zutage getreten, daß es keine Freiheit ausgerechnet der Koalition

* *W. I. Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XV, S. 488. *Der Übers.*

gibt, sondern daß es keine Freiheit gibt gegenüber ... der Provokation, der allgemeinen Rechtlosigkeit und der grenzenlosen Willkür.

Wie wir schon in Nr. 26 des „Sozialdemokrat“ klargestellt haben, waren die Erschießungen an der Lena die genaueste Widerspiegelung des *ganzen* Regimes der Monarchie vom 3. Juni. Charakteristisch für die Ereignisse an der Lena ist absolut nicht der Kampf für eines der *Rechte*, und sei es das kardinalste, das für das Proletariat wichtigste Recht. Charakteristisch für sie ist das völlige Fehlen der elementarsten Gesetzlichkeit in *jeder* Beziehung. Das Charakteristische besteht darin, daß der Provokateur, der Spitzel, der Geheimpolizist, der Zarenscherge den Weg der Massenerschießungen ohne irgendwelchen politischen Anlaß betreten hat. Gerade diese allgemeine Rechtlosigkeit im russischen Leben, gerade die Hoffnungslosigkeit und Unmöglichkeit des Kampfes für einzelne *Rechte*, gerade diese Unverbesserlichkeit der zaristischen Monarchie und ihres ganzen Regimes sind in den Ereignissen an der Lena so grell in Erscheinung getreten, daß sie in den Massen das *revolutionäre* Feuer entzündet haben.

Wenn sich die Liberalen geradezu überschlugen und überschlagen in ihrem Bemühen, den Ereignissen an der Lena und den Maistreiks den Charakter einer gewerkschaftlichen Bewegung und eines Kampfes für „Rechte“ zu verleihen, so ist doch für jedermann, der durch die Diskussionen der Liberalen (und der Liquidatoren) nicht geblendet ist, etwas anderes klar. Klar ist der *revolutionäre* Charakter des Massenstreiks, der in der Petersburger Proklamation verschiedener sozialdemokratischer Gruppen (und sogar einer sozialrevolutionären Arbeitergruppe!) zum 1. Mai besonders unterstrichen worden ist, die wir unter der Rubrik „Chronik“ vollständig abdrucken und die die von der Allrussischen Konferenz der SDAPR im Januar 1912 ausgegebenen Losungen wiederholt.

Die wichtigste Bestätigung des revolutionären Charakters der Lena- und Maistreiks liegt zudem nicht einmal in den Losungen. Die Losungen haben das *formuliert*, was die Tatsachen besagen. Die Tatsache der von einem Bezirk auf den andern überspringenden Massenstreiks, ihr gewaltiges Anwachsen, die Schnelligkeit ihrer Verbreitung, die Kühnheit der Arbeiter, die immer häufiger werdenden Meetings und revolutionären Reden, die Forderung nach Abschaffung der Strafen wegen Teilnahme an der Maifeier, die uns aus der ersten russischen Revolution bekannte Kombinierung des politischen und des ökonomischen Streiks — all das weist handgreiflich auf den wahren Charakter der Bewegung hin, der im *revolutionären Aufschwung der Massen* besteht.

Erinnern wir uns an die Erfahrung des Jahres 1905. Die Ereignisse

zeigen uns, daß die Tradition des revolutionären Massenstreiks unter den Arbeitern *lebendig* ist, und daß die Arbeiter diese Tradition sofort aufgegriffen, neu belebt haben. Der in der Welt noch nie dagewesene Aufschwung der Streikbewegung im Jahre 1905 ergab 810000 Streikende im ersten und 1277000 im letzten Vierteljahr, wobei der ökonomische Streik mit dem politischen verbunden war. Die Lenastreiks haben nach annähernden Berechnungen bis zu 300000 Arbeiter, die Maistreiks bis zu 400000 Arbeiter erfaßt, und die Streiks wachsen und wachsen immer noch. Jede Zeitungsnummer — sogar der liberalen Zeitungen — berichtet darüber, wie die Streikflamme um sich greift. Das zweite Quartal des Jahres 1912 ist noch nicht ganz abgelaufen, aber schon jetzt zeichnet sich ganz klar die Tatsache ab, daß der Beginn des revolutionären Aufschwungs des Jahres 1912 dem Umfang der Streikbewegung nach hinter dem Beginn des Aufschwungs des Jahres 1905 *nicht zurückbleibt, sondern ihn eher übertrifft!*

Die russische Revolution hat als erste diese proletarische Methode der Agitation, der Aufrüttelung, des Zusammenschlusses und der Hineinziehung der Massen in den Kampf in breitem Umfange entwickelt. Und jetzt wendet das Proletariat diese Methode von neuem und mit noch festerer Hand an. Keine Macht der Welt könnte das verwirklichen, was die revolutionäre Avantgarde des Proletariats mit dieser Methode verwirklicht. Das ungeheure Land mit einer Bevölkerung von 150 Millionen, die über einen gigantischen Raum verstreut, zersplittert, bedrückt, rechtlos, unwissend ist und von einem Schwarm von Behörden, Polizisten, Spitzeln vor „schlechten Einflüssen“ behütet wird — dieses *ganze* Land gerät in Gärung. Die rückständigsten Schichten sowohl der Arbeiter als auch der Bauern kommen direkt und indirekt mit den Streikenden in Fühlung. Hunderttausende von revolutionären Agitatoren treten plötzlich auf den Plan, deren Einfluß sich dadurch unendlich steigert, daß sie mit den unteren Schichten, mit der Masse unlösbar verbunden sind und in ihren Reihen bleiben, daß sie für die dringendsten Bedürfnisse jeder Arbeiterfamilie kämpfen und diesen unmittelbaren Kampf für die täglichen wirtschaftlichen Bedürfnisse mit dem politischen Protest und dem Kampf gegen die Monarchie verbinden. Denn die Konterrevolution hat in Millionen und aber Millionen den brennenden Haß gegen die Monarchie, Keime des Verständnisses für deren Rolle hineingetragen, und nun dringt die Losung der fortgeschrittenen Arbeiter der Hauptstädte: Es lebe die demokratische Republik! unausgesetzt durch Tausende von Kanälen, im Gefolge jedes Streiks, in die zurückgebliebenen Schichten, in die abgelegene Provinz, ins „Volk“, „in die Tiefe Rußlands“.

Außerordentlich charakteristisch ist die Betrachtung des Liberalen Sewerjanin über den Streik, die von den „Russkije Wjedomosti“ bereitwillig aufgenommen wurde und von der „Rjtsch“ voller Sympathie nachgedruckt wird:

„Haben die Arbeiter irgendeinen Grund, in den Maistreik wirtschaftliche oder irgendwelche (!) Forderungen hineinzutragen?“, fragt Herr Sewerjanin, und er antwortet: „Ich wage zu glauben, daß es solche nicht gibt. Jeder ökonomische Streik kann und soll nur nach ernstem Abwägen der Aussichten begonnen werden ... Darum eben ist es meistens unbegründet, solche Streiks mit dem Moment gerade des 1. Mai zu verbinden ... Auch ist es wohl irgendwie seltsam: wir feiern den Tag des internationalen Arbeiterfestes, und bei diesem Anlaß fordern wir einen Zuschlag von 10 Prozent auf Kattun der und der Sorten.“

So argumentiert ein Liberaler! Und diese grenzenlose Banalität, Niedertracht und Gemeinheit wird von den „besten“ liberalen Zeitungen, die auf die Bezeichnung demokratisch Anspruch erheben, voller Sympathie aufgenommen!

Der größte Eigennutz eines Bourgeois, die gemeinste Feigheit eines Gegenrevolutionärs — das steckt hinter den effektvollen Phrasen des Liberalen. Er möchte die Taschen der Unternehmer schützen. Er möchte eine „würdevolle“ und „unschädliche“ Demonstration für die „Koalitionsfreiheit“ haben! Das Proletariat dagegen zieht statt dessen die Massen in den *revolutionären* Streik, der Politik und Ökonomik unlösbar verbindet, in den Streik, der die zurückgebliebensten Schichten durch den Erfolg im Kampfe für eine sofortige Verbesserung des Arbeiterlebens anzieht und gleichzeitig das Volk *gegen die zaristische Monarchie* aufrüttelt.

Ja, die Erfahrung des Jahres 1905 hat die tiefverwurzelte und große Tradition der Massenstreiks geschaffen. Und es darf nicht vergessen werden, wohin diese Streiks in Rußland führen. Hartnäckige Massenstreiks sind bei uns untrennbar verbunden mit dem *bewaffneten Aufstand*.

Man möge diese Worte nicht mißdeuten. Es handelt sich keineswegs um einen *Aufruf* zum Aufstand. Ein solcher Aufruf wäre im gegenwärtigen Moment höchst unvernünftig. Es handelt sich um die Feststellung des *Zusammenhangs* zwischen Streik und Aufstand in Rußland.

Wie *wuchs* der Aufstand von 1905 heran? Erstens häuften sich durch Massenstreiks, Demonstrationen und Meetings die Zusammenstöße der Menge mit Polizei und Militär. Zweitens bewogen die Massenstreiks die Bauernschaft zu einer Reihe einzelner, zersplitterter, halb spontaner Aufstände. Drittens griffen die Massenstreiks sehr schnell auf Heer und Flotte über, lösten Zusammenstöße auf ökonomischer

Basis („Erbsementereien“ usw.) und dann Aufstände aus. Viertens begann die Gegenrevolution *selbst* den Bürgerkrieg mit Pogromen, Mißhandlungen der Demokraten usw.

Die Revolution von 1905 endete keineswegs deshalb mit einer Niederlage, weil sie „zu weit“ gegangen, weil der Dezemberaufstand „künstlich“ gewesen wäre, wie die Renegaten unter den Liberalen usw. glauben. Im Gegenteil, die Ursache der Niederlage liegt darin, daß der Aufstand *nicht weit genug* gegangen ist, daß die Erkenntnis seiner Notwendigkeit nicht weit genug verbreitet und von den revolutionären Klassen nicht gründlich genug erfaßt worden war, daß der Aufstand nicht einmütig, entschlossen, organisiert, gleichzeitig, offensiv gewesen ist.

Betrachten wir nunmehr, ob sich gegenwärtig Anzeichen für ein *Heranwachsen des Aufstandes* beobachten lassen. Um nicht der revolutionären Passion zu erliegen, nehmen wir die *Oktobristen* als Zeugen. Dem deutschen Oktobristenbund in Petersburg gehören größtenteils sogenannte „linke“ und „konstitutionelle“ Oktobristen an, für die die Kadetten eine besondere Vorliebe haben und die (im Vergleich zu den anderen Oktobristen und Kadetten) am ehesten fähig sind, die Ereignisse „objektiv“ zu beobachten, ohne sich das Ziel zu setzen, die Obrigkeit mit einer Revolution zu schrecken.

Das Organ dieser Oktobristen, die „St. Petersburger Zeitung“, schrieb in der politischen Wochenschau vom 19. (6.) Mai:

„Der Mai ist gekommen. Das pflegt, ganz abgesehen von der Witterung, für den Residenzler kein angenehmes Ereignis zu sein, da der Mai mit dem *Proletariats-Fest* beginnt. In diesem Jahr, wo noch die Lena-Demonstrationen den Arbeitern im Blut steckten, war der 1. Mai besonders gefährlich. Es roch brenzlich in der von allerhand Streik- und Demonstrationsgerüchten durchschwirrten Großstadtluft. Auch die treue Polizei geriet in merkliche Bewegung, veranstaltete Haussuchungen, verhaftete einige Personen und bereitete sich in Massenaufgeboten zur Verhinderung von Straßenkundgebungen vor. Daß die Polizei nichts Scharfsinnigeres fand, als die Redaktionen der Arbeitsblätter zu durchwühlen und ihre Redakteure zu drangsaliieren, spricht nicht für tiefe Kenntnis der Fäden, an denen die Gliederpuppen-Regimenter der Arbeiterschaft gezerrt werden. Diese Fäden sind aber vorhanden. Die Disziplin, die Allgemeinheit des Streiks und vieles andere spricht dafür. Deshalb ist dieser größte bisher dagewesene Maistreik — es traten 100 000 oder gar 150 000 Arbeiter großer und kleiner Betriebe in den Ausstand — so unheimlich. Es war nur eine friedliche Parade — doch die Geschlossenheit dieses Heeres ist beachtenswert. Das um so mehr, als andere heunruhigende Erscheinungen mit der neuerlichen Erregung der Arbeiterschaft Hand in Hand gingen. Auf verschiedenen Schiffen unserer Marine sind *Matrosen* wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet worden. Nach allem, was an die Öffentlichkeit durchsickert, sieht es nicht gut aus auf unseren zusammengeschmolzenen Kriegsschiffen... Auch die *Eisenbahner* haben wiederum Sorgen erregt. Freilich ist es nirgends auch nur zu Streikversuchen gekommen, aber Ver-

haftungen, darunter eine so aufsehenerregende wie die des Gehilfen des Chefs der Güterstation an unserer Nikolai-Bahn, A. A. Uschakow, beweisen, daß es auch hier Gefahren gibt.

Die revolutionären Umtriebe unreifer Arbeitermassen können auf den Ausfall der nächsten Reichsdumawahl natürlich nur schädlich wirken. Sie sind um so unmotivierter, als ... ,der Zar Manuchin ernannt und der Staatsrat die Arbeiterversicherung angenommen hat!!!“

So urteilt ein deutscher Oktobrist. Wir unsererseits wollen dazu bemerken, daß wir betreffs der Matrosen genaue Berichte von Ort und Stelle erhalten haben, die beweisen, daß das „Nowoje Wremja“ die Angelegenheit übertreibt und aufbauscht. Es ist offensichtlich, daß die Ochrana provokatorisch „arbeitet“. Vorzeitige Aufstandsversuche wären der Gipfel der Unvernunft. Die proletarische Avantgarde muß begreifen, daß die grundlegenden Voraussetzungen für einen rechtzeitigen — d. h. siegreichen — bewaffneten Aufstand in Rußland die Unterstützung der Arbeiterklasse durch die demokratische Bauernschaft und die aktive Beteiligung der Armee sind.

Massenstreiks haben in revolutionären Epochen ihre eigene objektive Logik. Sie sprühen nach allen Seiten hunderttausende und Millionen Funken — und ringsherum liegt der leicht entzündliche Stoff der aufs äußerste getriebenen Erbitterung, der unerhörtesten Hungerqualen, der schrankenlosen Willkür, der schamlosen und zynischen Verhöhnung des „Bettlers“, des „Mushik“, des gemeinen Soldaten. Dazu füge man die bis aufs äußerste entfesselte antisemitische Pogromhetze der Schwarzhunderter, die von der Hofkamarilla des stumpfsinnigen und blutgierigen Nikolaus Romanow insgeheim genährt und dirigiert wird ... „So war es und so wird's bleiben“¹⁶⁶, sagte der Minister Makarow, und diese prophetischen Worte kommen über sein Haupt, über das seiner Klasse und seines gutherrlichen Zaren!

Der revolutionäre Aufschwung der Massen legt jedem sozialdemokratischen Arbeiter, jedem ehrlichen Demokraten große und verantwortungsvolle Pflichten auf. „Allseitige Unterstützung der beginnenden Bewegung der Massen“ (jetzt muß schon gesagt werden: der *begonnenen revolutionären Bewegung* der Massen) „und ihre Erweiterung unter dem Banner der restlos durchzuführenden Losungen der Partei“ — so hat die Allrussische Konferenz der SDAPR diese Pflichten definiert. Die Losungen der Partei — demokratische Republik, Achtstundentag, Konfiskation des gesamten Bodens der Gutsbesitzer — müssen die Losungen der *gesamten* Demokratie, die Parolen der *Volksrevolution* werden.

Um die Bewegung der Massen zu unterstützen und zu erweitern, bedarf es der *Organisation und nochmals der Organisation*. Ohne eine

illegale Partei läßt sich diese Arbeit nicht durchführen und hat es überhaupt keinen Zweck, darüber zu sprechen. Bei der Unterstützung und Erweiterung des Ansturms der Massen muß man die Erfahrung des Jahres 1905 sorgfältig berücksichtigen und unter Klarstellung der Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit des Aufstandes vor vorzeitigen Versuchen dieser Art warnen und von ihnen zurückhalten. Das Anwachsen der Massenstreiks, die Heranziehung anderer Klassen zum Kampf, der Zustand der Organisationen, die Stimmung der Massen — all das wird von selbst den Moment aufzeigen, wo sich alle Kräfte im einmütigen, entschlossenen, offensiven, rückhaltlos kühnen Vorstoß der Revolution gegen die zaristische Monarchie werden vereinigen müssen.

Ohne siegreiche Revolution wird es in Rußland keine Freiheit geben.

Ohne Sturz der Zarenmonarchie durch den Aufstand des Proletariats und der Bauernschaft wird es in Rußland keine siegreiche Revolution geben.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Sozialdemokrat“ Nr. 27,
17. (4.) Juni 1912.

W. I. Lenin. Sämtl. Werke, Bd. XV,
S. 677—685.

ZWEI UTOPIEN

Utopie ist ein griechisches Wort: „u“ bedeutet griechisch nirgend, „topia“ — Land. Utopie also Nirgendland, eine Phantasie, etwas Erdichtetes, ein Märchen.

Eine Utopie in der Politik ist eine Art Wunschtraum, der auf keinen Fall, weder jetzt noch später, verwirklicht werden kann, ein Wunschtraum, der sich nicht auf die gesellschaftlichen Kräfte stützt und der nicht durch das Wachstum der politischen Kräfte, der Klassenkräfte, gestützt wird.

Je geringer die Freiheit in einem Lande ist, je dürftiger die Äußerungen des offenen Kampfes der Klassen, je niedriger das Niveau der Massenaufklärung, desto leichter entstehen gewöhnlich politische Utopien und desto länger halten sie sich.

Im gegenwärtigen Rußland halten sich zwei Arten von politischen Utopien am stärksten und üben durch ihre Anziehungskraft einen gewissen Einfluß auf die Massen aus. Das sind die liberale und die volkstümmerische Utopie.

Die liberale Utopie besteht darin, daß es angeblich möglich wäre, scheidlich und friedlich, ohne jemanden zu kränken, ohne die Purischkewitsch zu stören, ohne erbitterten und konsequent durchgeführten Klassenkampf irgendwelche ernstesten Verbesserungen in Rußland, in seiner politischen Freiheit, in der Lage der werktätigen Volksmassen zu erreichen. Es ist das die Utopie des *Friedens* zwischen einem freien Rußland und den Purischkewitsch.

Die volkstümmerische Utopie ist das Träumen des volkstümmerischen Intellektuellen und des trudowistischen Bauern davon, daß es möglich wäre, durch eine neue und gerechte Verteilung des gesamten Grund und Bodens die Macht und die Herrschaft des Kapitals zu *beseitigen*, die Lohnsklaverei zu beseitigen, oder daß es möglich wäre, unter der Herrschaft des Kapitals, der Macht des Geldes, der Warenproduktion eine „gerechte“, „ausgleichende“ Verteilung des Grund und Bodens zu *erlangen*.

Wodurch sind diese Utopien erzeugt worden? warum sind sie ziemlich fest verwurzelt im gegenwärtigen Rußland?

Sie sind erzeugt worden von den Interessen der Klassen, die gegen die alte Ordnung, die Leibeigenschaft, die Rechtlosigkeit, mit einem Wort „gegen die Purischkewitsch“ kämpfen und die in diesem Kampf keine selbständige Haltung einnehmen. Die Utopie, das Träumen ist erzeugt worden von dieser Unselbständigkeit, von dieser *Schwäche*. Träumerei ist das Los der *Schwachen*.

Die liberale Bourgeoisie im allgemeinen und die liberal-bürgerliche Intelligenz im besonderen kann nicht anders als nach Freiheit und Gesetzlichkeit streben, denn sonst ist die Herrschaft der Bourgeoisie nicht vollständig, nicht ungeteilt, nicht gesichert. Aber die Bourgeoisie fürchtet die Bewegung der Massen *mehr* als die Reaktion. Daher die erstaunliche, unglaubliche *Schwäche* des Liberalismus in der Politik, seine vollständige Machtlosigkeit. Daher die unendliche Reihe von Zweideutigkeiten, Lügen, Heuchelei, feigen Ausflüchten in der ganzen Politik der Liberalen, die Demokratismus mimen *müssen*, um die Massen auf ihre Seite zu ziehen, und die gleichzeitig zutiefst antidemokratisch sind, zutiefst feindlich der Bewegung der Massen gegenüberstehen, deren Beginnen, deren Initiative, deren Manier „den Himmel zu stürmen“, wie sich Marx einst über eine der europäischen Massenbewegungen des vergangenen Jahrhunderts¹⁸⁷ äußerte.

Die Utopie des Liberalismus ist die Utopie der Machtlosigkeit in der Sache der politischen Befreiung Rußlands, die Utopie des selbst-süchtigen (gewinnsüchtigen) Geldsacks, der da wünscht, „friedlich“ die Privilegien mit den Purischkewitsch zu teilen und diesen edlen Wunsch als Theorie des „friedlichen“ Sieges der russischen Demokratie ausgibt. Die liberale Utopie ist ein Träumen davon, wie die Purischkewitsch zu besiegen wären, ohne ihnen eine Niederlage zu bereiten, wie sie zu zerschlagen wären, ohne ihnen weh zu tun. Klar, daß *diese* Utopie schädlich ist, nicht nur weil es eine Utopie ist, sondern auch weil sie das demokratische Bewußtsein der Massen *demoralisiert*. Die Massen, die an *diese* Utopie glauben, werden niemals die Freiheit erreichen; solche Massen sind der Freiheit nicht würdig; solche Massen haben es vollkommen verdient, daß sie von den Purischkewitsch verhöhnt werden.

Die Utopie der Volkstümmler und Trudowiki ist das Träumen des Kleinbesitzers, der in der Mitte zwischen Kapitalisten und Lohnarbeiter steht, von der Vernichtung der Lohnklaverei ohne Klassenkampf. Wenn die Frage der ökonomischen Befreiung für Rußland zu einer ebenso nahen, unmittelbaren *aktuellen* Frage geworden sein

wird, wie das augenblicklich die Frage der politischen Befreiung ist, dann wird die Utopie der Volkstümler *nicht weniger* schädlich sein als die Utopie der Liberalen.

Heute aber macht Rußland erst die Epoche seiner bürgerlichen und nicht seiner proletarischen Umgestaltung durch; nicht die Frage der ökonomischen Befreiung des Proletariats ist *völlig* ausgereift, sondern die Frage der politischen Freiheit, d. h. (dem Wesen der Sache nach) der völligen bürgerlichen Freiheit.

Und in dieser letzten Frage spielt die Utopie der Volkstümler eine eigentümliche historische Rolle. Sie, die utopisch ist in bezug darauf, welches die ökonomischen Folgen einer neuen Umteilung des Grund und Bodens sein müssen (und werden), ist Begleiterin *und Symbol* des großen *demokratischen* Aufschwungs der Bauernmassen, d. h. der Massen, die in dem gegenwärtigen bürgerlich-feudalen Rußland die *Mehrheit* der Bevölkerung bilden. (In einem rein bürgerlichen Rußland wird ebenso wie in dem rein bürgerlichen Europa die Bauernschaft nicht die Mehrheit der Bevölkerung bilden.)

Die Utopie der Liberalen zersetzt das demokratische Bewußtsein der Massen. Die Utopie der Volkstümler, die ihr *sozialistisches* Bewußtsein zersetzt, ist Begleiterin, Symbol, zum Teil sogar Ausdruck ihres demokratischen Aufschwungs.

Die Dialektik der Geschichte ist derart, daß die Volkstümler und Trudowiki als ein antikapitalistisches Mittel eine maximal konsequente und entschiedene kapitalistische Maßnahme auf dem Gebiet der Agrarfrage in Rußland vorschlagen und durchzuführen suchen. Der „Ausgleich“ durch eine neue Umteilung des Grund und Bodens ist eine Utopie, aber der für eine *neue* Umteilung notwendige vollständige Bruch mit dem ganzen alten, sowohl gutsbesitzerlichen als auch „fiskalischen“ Bodenbesitz sowie auch mit dem Anteilbodenbesitz ist die allernotwendigste, ökonomisch fortschrittlichste, für einen solchen Staat wie Rußland dringendste Maßnahme in bürgerlich demokratischer Richtung.

Man muß sich der bemerkenswerten Worte von Engels erinnern:

„Was aber ökonomisch formell falsch, kann darum doch weltgeschichtlich richtig sein.“¹⁶³

Engels sprach diesen tiefschürfenden Satz aus in bezug auf den utopischen Sozialismus: dieser Sozialismus war „falsch“ in formell-ökonomischem Sinn. Dieser Sozialismus war „falsch“, da er den Mehrwert als *Ungerechtigkeit* vom Standpunkt der Gesetze des Warentauschs erklärte. Gegen *diesen* Sozialismus hatten die Theoretiker der bürgerlichen Nationalökonomie in formell-ökonomischem Sinn

recht, denn aus den Gesetzen des Tausches ergibt sich der Mehrwert ganz „natürlich“, ganz „gerecht“.

Aber der utopische Sozialismus hatte *recht* im weltgeschichtlichen Sinn, denn er war Symptom, Herold, Vorläufer der Klasse, die, erzeugt von dem Kapitalismus, heute, zu Beginn des 20. Jahrhunderts, zu einer Massenkraft herangewachsen ist, die befähigt ist, mit dem Kapitalismus Schluß zu machen und die unaufhaltsam diesem Ziel entgegenstreitet.

Des tieferschürfenden Satzes von Engels muß man eingedenk sein bei der Einschätzung der gegenwärtigen volkstümlicheren oder trudowistischen Utopie in Rußland (vielleicht nicht allein in Rußland, sondern in einer ganzen Reihe asiatischer Staaten, die im 20. Jahrhundert die bürgerliche Revolution durchmachen).

Falsch in formell-ökonomischem Sinn, ist der volkstümliche *Demokratismus* eine Wahrheit im *geschichtlichen* Sinn; falsch als sozialistische Utopie, ist *dieser* Demokratismus die *Wahrheit* jenes eigentümlichen geschichtlich bedingten demokratischen Kampfes der Bauernmassen, der ein untrennbares Element der bürgerlichen Umbildung und die Voraussetzung ihres völligen Sieges bildet.

Die liberale Utopie entwöhnt die Bauernmassen des Kämpfens. Die volkstümliche Utopie ist ein Ausdruck ihres Strebens zu kämpfen, da sie ihnen für den Fall des Sieges Millionen Güter verspricht, während in der Tat dieser Sieg nur hundert Güter geben wird. Aber ist es nicht natürlich, daß die in den Kampf ziehenden Millionen, die Jahrhunderte in unerhörter Unwissenheit, Not, Elend, Schmutz, Zersplitterung, Gedrücktheit gelebt haben, die Früchte des möglichen Sieges zehnfach übertreiben?

Die liberale Utopie ist eine Bemäntelung der gewinnsüchtigen Wünsche der neuen Ausbeuter, die Privilegien mit den alten Ausbeutern zu teilen. Die volkstümliche Utopie ist ein Ausdruck des Bestrebens der werktätigen Millionen des Kleinbürgertums, *völlig* Schluß zu machen mit den alten, feudalen Ausbeutern, und eine falsche Hoffnung, die neuen, kapitalistischen Ausbeuter „zusammen damit“ zu beseitigen.

Es ist klar, daß die Marxisten, die *allen* Utopien feindlich gegenüberstehen, die Selbständigkeit der Klasse verteidigen müssen, die *rückhaltlos* gegen den Feudalismus kämpfen kann, eben weil sie auch nicht zu einem hundertsten Teil jener Beteiligung am Eigentum „in die Klauen geraten ist“, die aus der Bourgeoisie einen halben Gegner, sehr oft aber auch einen Bundesgenossen der Feudalen macht. Die

Bauern „stecken in den Fängen“ der kleinen Warenproduktion; sie können bei einer günstigen Verquickung der historischen Umstände die völlige Beseitigung des Feudalismus erreichen, aber sie werden nicht zufällig, sondern unvermeidlich *immer* ein gewisses Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat, zwischen Liberalismus und Marxismus an den Tag legen.

Es ist klar, daß die Marxisten aus der Schale der volkstümlichen Utopien sorgfältig den gesunden und wertvollen Kern des ehrlichen, entschiedenen, kämpferischen Demokratismus der Bauernmassen herauszuschälen müssen.

In der alten marxistischen Literatur der achtziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts kann man das systematisch durchgeführte Bestreben finden, diesen wertvollen demokratischen Kern herauszuschälen. Irgendwann wird ein Historiker systematisch dieses Bestreben studieren und seinen Zusammenhang mit dem verfolgen, was in dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts die Bezeichnung „Bolschewismus“ erhalten hat.

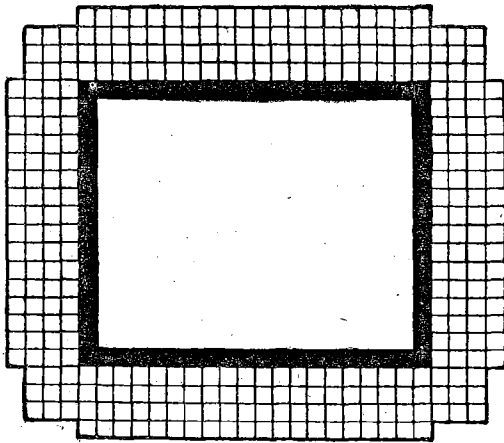
Geschrieben im Oktober 1912.
Veröffentlicht in der Zeitschrift
„Shisn“ Nr. 1, 1924.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, 3. Aufl.,
Bd. XVI, S. 163—166, russ.

DER GROSSGRUNDBESITZ UND DER KLEINE BÄUERLICHE LANDBESITZ IN RUSSLAND

Es wird nicht überflüssig sein, aus Anlaß des kürzlichen Jahrestags des 19. Februar 1861¹⁶⁹ an die gegenwärtige Bodenverteilung im Europäischen Rußland zu erinnern.

Die letzte offizielle Statistik der Bodenverteilung im Europäischen Rußland wurde vom Innenministerium herausgegeben und betrifft das Jahr 1905.



Nach den Angaben dieser Statistik gab, es (abgerundet) etwa 30000 Großgrundbesitzer mit über 500 Deßjatinen Land, die zusammen etwa 70000000 Deßjatinen Land besaßen.

Etwa 10000000 Höfe ärmster Bauern besitzen *ebensoviel* Land.

Im Durchschnitt entfallen also auf einen Großgrundbesitzer etwa 330 ärmster Bauernfamilien, wobei jede Bauernfamilie etwa 7 (sieben)

Deßjatinen Land besitzt, während jeder Großgrundbesitzer etwa 2300 (zweitausenddreihundert) Deßjatinen Land besitzt.

Um dies anschaulich vor Augen zu führen, wurde die oben abgedruckte Zeichnung angefertigt.

Das große weiße Viereck in der Mitte ist das Gut eines Großgrundbesitzers. Die ihn umgebenden kleinen Quadrate sind die kleinen bauerlichen Parzellen.

Im ganzen gibt es 324 Quadrate, während die Fläche des weißen Vierecks 320 Quadraten gleichkommt.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Prawda“ Nr. 51 (255),
15. (2.) März 1913.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, 3. Aufl.,
Bd. XXX, S. 203/04, russ.

DAS RÜCKSTÄNDIGE EUROPA UND DAS FORTGESCHRITTENE ASIEN

Die Gegenüberstellung dieser Worte scheint paradox. Wer weiß denn nicht, daß Europa fortgeschritten, Asien dagegen rückständig ist? Aber die Worte, die wir als Überschrift für diesen Artikel gewählt haben, enthalten eine bittere Wahrheit.

Im zivilisierten und fortgeschrittenen Europa, mit seiner glänzend entwickelten Technik, mit seiner reichen, vielseitigen Kultur und seinen Verfassungen ist ein historischer Moment eingetreten, wo die dominierende Bourgeoisie aus Furcht vor dem wachsenden und erstarkenden Proletariat alles Rückständige, Absterbende, Mittelalterliche unterstützt. Die untergehende Bourgeoisie verbindet sich mit allen überlebten und untergehenden Kräften, um die ins Wanken geratende Lohnklaverei zu erhalten.

Im fortgeschrittenen Europa dominiert die Bourgeoisie, die alles Rückständige unterstützt. Europa ist in unseren Tagen nicht *dank*, sondern *trotz* der Bourgeoisie fortgeschritten, denn einzig und allein das Proletariat vergrößert immer mehr das Millionenheer der Kämpfer für eine bessere Zukunft, nur das Proletariat wahrt und verbreitet schonungslose Feindschaft gegen Rückständigkeit, Barbarei, Privilegien, Knechtung und Erniedrigung des Menschen durch den Menschen.

Im „fortgeschrittenen“ Europa ist *nur* das Proletariat eine *fortgeschrittene* Klasse. Die lebende Bourgeoisie jedoch ist zu jeder Barbarei und Bestialität, zu jedem Verbrechen bereit, um die untergehende kapitalistische Sklaverei zu erhalten.

Und schwerlich kann man ein schlagenderes Beispiel dieser Fäulnis der *gesamten* europäischen Bourgeoisie anführen als ihre Unterstützung der *Reaktion* in Asien um der eigennützigen Zwecke der finanziellen Geschäftemacher und der kapitalistischen Gauner willen.

Überall in Asien wächst, verbreitet sich und erstarkt eine mächtige demokratische Bewegung. Die Bourgeoisie geht dort *noch* mit dem

Volk gegen die Reaktion. Hunderte Millionen Menschen erwachen zum Leben, zum Licht, zur Freiheit. Welchen Jubel löst diese Weltbewegung in den Herzen aller bewußten Arbeiter aus, die wissen, daß der Weg zum Kollektivismus über die Demokratie führt! von welcher Sympathie für das junge Asien sind alle ehrlichen Demokraten erfüllt!

Und das „fortgeschrittene“ Europa? Es raubt China aus und hilft den Feinden der Demokratie, den Feinden der Freiheit in China!

Hier ein einfaches, aber lehrreiches kleines Rechenexempel. Die neue chinesische Anleihe ist gegen die chinesische Demokratie abgeschlossen worden: „Europa“ ist für Yuanschikai, der eine Militärdiktatur vorbereitet. Warum ist es für ihn? Wegen eines vorteilhaften Geschäftchens. Die Anleihe wurde in Höhe von rund 250 Millionen Rubel zum Kurs von 84 Prozent abgeschlossen. Das bedeutet: die Bourgeois „Europas“ zahlen den Chinesen 210 Millionen; vom Publikum aber nehmen sie 225 Millionen Rubel. Das gibt auf einen Schlag, in wenigen Wochen, einen Reingewinn von 15 Millionen Rubel! Nicht wahr, was ist das doch in der Tat für ein „reiner“ Gewinn?

Wenn aber das chinesische Volk die Anleihe nicht anerkennt? China ist doch eine Republik, und die Mehrheit des Parlaments ist gegen die Anleihe?

Oh, dann wird das „fortgeschrittene“ Europa ein Geschrei über „Zivilisation“, „Ordnung“, „Kultur“ und „Vaterland“ erheben! Dann wird es Kanonen auffahren lassen und die Republik des „rückständigen“ Asien im Bunde mit dem Abenteurer, Verräter und Freund der Reaktion Yuanschikai erdrosseln!

Das ganze tonangebende Europa, die gesamte europäische Bourgeoisie steht im Bunde mit allen Kräften der Reaktion und des Mittelalters in China.

Dafür besitzt das ganze junge Asien, d. h. die Hunderte Millionen der Werktätigen Asiens, einen zuverlässigen Verbündeten im Proletariat aller zivilisierten Länder. Keine Macht der Welt wird seinen Sieg aufhalten können, der sowohl die Völker Europas als auch die Völker Asiens befreien wird.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Prawda“ Nr. 113 (317),
31. (18.) Mai 1913.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, 3. Aufl.,
Bd. XVI, S. 395/96, russ.

ÜBER DAS RECHT DER NATIONEN AUF SELBSTBESTIMMUNG

Paragraph neun des Programms der russischen Marxisten, der vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung handelt, hat in der letzten Zeit (wie wir im „Proswechtschenije“¹⁷⁰ bereits aufgezeigt haben)* einen wahren Feldzug der Opportunisten hervorgerufen. Sowohl der russische Liquidator Semkowski, in der Petersburger Liquidatoren-Zeitung, als auch der Bundist Libman und der ukrainische National-Soziale Jurkewitsch, in ihren Organen, sind über diesen Paragraphen hergefallen und haben ihn mit der Miene größter Geringschätzung behandelt. Es ist zweifellos, daß dieser „Feldzug der zwölf Nationen“ des Opportunismus gegen unser marxistisches Programm in engem Zusammenhang steht mit den gegenwärtigen Schwankungen nationalistischen Charakters überhaupt. Daher scheint uns eine gründliche Untersuchung der angeschnittenen Frage durchaus zeitgemäß. Vorweg sei bemerkt, daß keiner der genannten Opportunisten auch nur ein einziges selbständiges Argument vorgebracht hat: alle wiederholen sie nur, was Rosa Luxemburg¹⁷¹ in ihrem langen polnischen Aufsatz vom Jahre 1908/09: „Die nationale Frage und die Autonomie“ gesagt hat. Mit den „originellen“ Argumenten dieser Verfasserin werden wir uns denn auch in unseren Darlegungen am häufigsten auseinandersetzen.

1. WAS IST SELBSTBESTIMMUNG DER NATIONEN?

Es ist natürlich, daß diese Frage in erster Linie gestellt werden muß, wenn der Versuch gemacht wird, die sogenannte Selbstbestimmung marxistisch zu untersuchen. Was ist darunter zu verstehen? Ist die Antwort in juristischen Definitionen (Begriffsbestimmungen)

* *Lenin*, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“, Moskau 1940. *Der Übers.*

zu suchen, die von allen möglichen „allgemeinen Rechtsbegriffen“ abgeleitet werden? Oder muß die Antwort im historisch-ökonomischen Studium der nationalen Bewegungen gesucht werden?

Es ist nicht zu verwundern, daß es den Herren Semkowski, Libman, Jurkewitsch nicht einmal in den Sinn gekommen ist, diese Frage zu stellen, suchen sie sich doch mit einem einfältigen Gekicher über die „Unklarheit“ des marxistischen Programms aus der Affäre zu ziehen, und wissen sie doch in ihrer Einfalt offensichtlich nicht einmal, daß von der Selbstbestimmung der Nationen nicht nur das Programm der SDAPR von 1903, sondern auch die Resolution des Londoner internationalen Kongresses vom Jahre 1896 spricht (ausführlicher darüber an entsprechender Stelle). Weit verwunderlicher ist es, daß Rosa Luxemburg, die viel darüber deklamiert, daß der betreffende Paragraph abstrakt und metaphysisch sei, sich selbst gerade dieser Sünde schuldig macht und ins Abstrakte und Metaphysische verfällt. Gerade Rosa Luxemburg verliert sich beständig in allgemeinen Betrachtungen über die Selbstbestimmung (selbst bis zu dem höchst ergötzlichen Spintisieren darüber, wie man wohl den Willen der Nation in Erfahrung bringen könne), ohne irgendwo klar und präzise die Frage zu stellen, worauf es ankomme, auf juristische Definitionen oder auf die Erfahrungen aus den nationalen Bewegungen der ganzen Welt.

Eine genaue Stellung dieser für den Marxisten unumgänglichen Frage würde mit einem Schlage neun Zehntel der Argumente Rosa Luxemburgs zunichte machen. Nationale Bewegungen entstehen nicht zum ersten Male in Rußland und sind nicht ihm allein eigen. In der ganzen Welt war die Epoche des endgültigen Sieges des Kapitalismus über den Feudalismus mit nationalen Bewegungen verbunden. Die ökonomische Grundlage dieser Bewegungen besteht darin, daß für den vollen Sieg der Warenproduktion die Eroberung des inneren Marktes durch die Bourgeoisie erforderlich, die staatliche Zusammenfassung der Territorien mit gleichsprachiger Bevölkerung notwendig ist, bei Beseitigung aller Hindernisse für die Entwicklung dieser Sprache und für ihre Fundierung in der Literatur. Die Sprache ist ein überaus wichtiges Mittel des menschlichen Umgangs; die Einheit der Sprache und ihre unbehinderte Entwicklung bilden eine der wichtigsten Voraussetzungen für einen wirklich freien und umfassenden, dem modernen Kapitalismus entsprechenden Handelsverkehr, für eine freie und umfassende Gruppierung der Bevölkerung nach jeder der einzelnen Klassen, schließlich eine Voraussetzung für die enge Verbindung des Marktes mit jedem, auch dem kleinsten Unternehmer, mit jedem Verkäufer und Käufer.

Die Bildung von *Nationalstaaten*, die diesen Erfordernissen des modernen Kapitalismus am besten entsprechen, ist daher die Tendenz (das Bestreben) jeder nationalen Bewegung. Die grundlegenden wirtschaftlichen Faktoren drängen dazu, und in ganz Westeuropa — mehr als das: in der ganzen zivilisierten Welt ist deshalb der Nationalstaat für die kapitalistische Periode das *Typische*, das Normale.

Wollen wir also die Bedeutung der Selbstbestimmung der Nationen begreifen, ohne in ein Spiel mit juristischen Definitionen zu verfallen, ohne abstrakte Begriffsbestimmungen „auszuhecken“, vielmehr indem wir die historischen und ökonomischen Voraussetzungen der nationalen Bewegungen untersuchen, so kommen wir unvermeidlich zu dem Schluß: unter Selbstbestimmung der Nationen ist ihre staatliche Los-trennung von fremd-nationalen Gemeinschaften zu verstehen, ist die Bildung eines selbständigen Nationalstaates zu verstehen.

Weiter unten werden wir noch andere Gründe kennenlernen, warum es falsch wäre, unter Recht auf Selbstbestimmung etwas anderes zu verstehen als das Recht auf gesonderte staatliche Existenz. Jetzt müssen wir dabei verweilen, wie Rosa Luxemburg sich über den unumgänglichen Schluß „hinwegzusetzen“ suchte, daß das Streben nach dem Nationalstaat tiefe ökonomische Ursachen hat.

Rosa Luxemburg kennt sehr wohl Kautskys Broschüre „Nationalität und Internationalität“ (Beilage zur „Neuen Zeit“ Nr. 1, 1907/08). Sie weiß, daß Kautsky, nachdem er in Abschnitt 4 dieser Broschüre die Frage des Nationalstaates gründlich untersucht hat, zu dem Schluß kommt, daß Otto Bauer „die Kraft des Dranges nach Herstellung des Nationalstaats unterschätzt“ (S. 23 der zitierten Broschüre). Rosa Luxemburg selbst zitiert Kautskys Worte: „Der Nationalstaat ist die den modernen“ (d. h. kapitalistischen, zivilisierten, ökonomisch fortschrittlichen, im Unterschied zu den mittelalterlichen, vorkapitalistischen usw.) „Verhältnissen *entsprechendste* Form des Staates, jene, in der er seine Aufgaben am leichtesten erfüllen kann“ (d. h. die Aufgaben der freiesten, umfassendsten und schnellsten Entwicklung des Kapitalismus). Dem muß die noch präzisere schlußfolgernde Bemerkung Kautskys hinzugefügt werden, daß die Staaten mit bunter nationaler Zusammensetzung (die sogenannten Nationalitätenstaaten, im Unterschied zu den Nationalstaaten) stets Staaten seien, „deren innere Gestaltung aus irgendwelchen Gründen rückständig oder abnorm blieb“. Selbstverständlich spricht Kautsky von Abnormität ausschließlich in dem Sinne, daß sie nicht übereinstimmen mit dem, was den Erfordernissen der Entwicklung des Kapitalismus am besten angepaßt ist.

Es fragt sich nun, wie hat sich Rosa Luxemburg zu diesen historisch-ökonomischen Schlußfolgerungen Kautskys verhalten: sind sie richtig oder falsch? Hat Kautsky mit seiner historisch-ökonomischen Theorie oder hat Bauer recht, dessen Theorie ihrem Wesen nach eine psychologische ist? Worin besteht der Zusammenhang des unzweifelhaften „nationalen Opportunismus“ Bauers, seines Eintretens für die kulturell-nationale Autonomie, seiner nationalistischen Entgleisungen („hie und da Verschärfung des nationalen Moments“, wie sich Kautsky ausdrückt), seiner „gewaltigen Überschätzung des nationalen“ und „völligen Vernachlässigung des internationalen Moments“ (Kautsky) mit seiner Unterschätzung der Kraft des Dranges nach Herstellung eines Nationalstaates?

Rosa Luxemburg hat diese Frage nicht einmal gestellt. Sie hat diesen Zusammenhang nicht bemerkt. Sie hat sich in das *Ganze* der theoretischen Anschauungen Bauers nicht hineingedacht. Sie hat überhaupt die historisch-ökonomische der psychologischen Theorie in der nationalen Frage nicht einmal entgegengestellt. Sie hat sich auf folgende Bemerkungen gegen Kautsky beschränkt:

„... Dieser ‚beste‘ Nationalstaat ist nur eine Abstraktion, die sich leicht theoretisch entwickeln und theoretisch verfechten läßt, die aber der Wirklichkeit nicht entspricht.“ („Przegląd Socjal-Demokratyczny“¹⁷² Nr. 6, 1908, S. 499.)

Und zur Bekräftigung dieser entschiedenen Erklärung folgen Betrachtungen darüber, daß die Entwicklung der kapitalistischen Großmächte und der Imperialismus das „Recht auf Selbstbestimmung“ für die kleinen Völker illusorisch machen. „Kann man denn“, ruft Rosa Luxemburg aus, „im Ernst von einer ‚Selbstbestimmung‘ der formell unabhängigen Montenegriner, Bulgaren, Rumänen, Serben, Griechen, teilweise sogar der Schweizer sprechen, deren Unabhängigkeit selbst ein Produkt des politischen Kampfes und des diplomatischen Spiels des ‚europäischen Konzerts‘ ist?!“ (S. 500.) Am besten entspräche den Verhältnissen „nicht der Nationalstaat, wie Kautsky meint, sondern der Raubstaat“. Es folgen einige Dutzend Zahlen über die Größe der Kolonien, die England, Frankreich usw. gehören.

Liest man derartige Betrachtungen, so wundert man sich unwillkürlich über das Talent der Verfasserin, nicht zu verstehen, *verschiedene Dinge auseinanderzuhalten!* Mit wichtiger Miene Kautsky darüber zu belehren, daß die kleinen Staaten von den großen ökonomisch abhängig sind, daß zwischen den bürgerlichen Staaten ein Kampf um die räuberische Niederwerfung anderer Völker tobt, daß es Imperialismus und Kolonien gibt — das ist ein lächerliches, kindisches Klugtun, denn zur Sache selbst hat all das nicht die geringste Beziehung. Nicht

nur die kleinen Staaten, sondern beispielsweise auch Rußland, sind ökonomisch völlig von der Macht des imperialistischen Finanzkapitals der „reichen“ bürgerlichen Länder abhängig. Nicht nur die Miniaturstaaten des Balkans, sondern auch Amerika war im 19. Jahrhundert, ökonomisch gesprochen, immer noch Kolonialland Europas, wie schon Marx im „Kapital“ aufgezeigt hat. All das ist Kautsky wie jedem Marxisten natürlich vorzüglich bekannt, aber mit der Frage der nationalen Bewegungen und des Nationalstaates hat das entschieden gar nichts zu schaffen.

Rosa Luxemburg hat die Frage der politischen Selbstbestimmung der Nationen in der bürgerlichen Gesellschaft, ihrer staatlichen Selbständigkeit verwechselt mit der Frage ihrer ökonomischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit. Das ist ebenso gescheit, wie wenn jemand, der die Programmforderung nach der Oberhoheit des Parlaments, d. h. der Versammlung der Volksvertreter, im bürgerlichen Staate erörtert, anfinke, seine vollkommen richtige Überzeugung darzulegen, daß bei jeder beliebigen Staatsordnung eines bürgerlichen Landes das Großkapital die Oberhoheit innehaben werde.

Zweifellos befindet sich der größte Teil Asiens, des bevölkertsten Erdteils, entweder in der Lage von Kolonien der „Großmächte“ oder von Staaten, die bis zum äußersten abhängig und national unterdrückt sind. Wird denn aber durch diesen allgemein bekannten Umstand auch nur im geringsten die unbestreitbare Tatsache erschüttert, daß in dem gleichen Asien die Voraussetzungen für die vollste Entfaltung der Warenproduktion, für das freieste, umfassendste und schnellste Wachstum des Kapitalismus nur in Japan, d. h. nur in einem selbständigen Nationalstaat, geschaffen worden sind? Dieser Staat ist ein bürgerlicher Staat, und daher begann er selbst, andere Nationen zu unterdrücken und Kolonien zu versklaven; wir wissen nicht, ob es Asien gelingen wird, bis zum Zusammenbruch des Kapitalismus, ein System selbständiger Nationalstaaten herauszubilden, wie es Europa aufweist. Aber es bleibt unbestreitbar, daß der Kapitalismus, der Asien zum Erwachen gebracht hat, auch dort überall nationale Bewegungen ins Leben gerufen hat, daß es die Tendenz dieser Bewegungen ist, Nationalstaaten in Asien zu schaffen, daß die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus gerade durch solche Staaten gewährleistet werden. Das Beispiel Asiens spricht für Kautsky, gegen Rosa Luxemburg.

Das Beispiel der Balkanstaaten spricht ebenfalls gegen sie, denn jeder sieht jetzt, daß die günstigsten Bedingungen für die Entwicklung des Kapitalismus in den Balkanländern gerade in dem Maße geschaffen

werden, wie auf dieser Halbinsel selbständige Nationalstaaten entstehen.

Sowohl das Beispiel der gesamten fortgeschrittenen zivilisierten Menschheit als auch das Beispiel des Balkans und das Beispiel Asiens beweisen folglich, entgegen Rosa Luxemburg, die unbedingte Richtigkeit der These Kautskys: der Nationalstaat ist im Kapitalismus die Regel und die „Norm“; der Staat von bunter nationaler Zusammensetzung ist etwas Rückständiges oder eine Ausnahme. Vom Gesichtspunkt der nationalen Beziehungen bietet zweifellos der Nationalstaat die günstigsten Voraussetzungen für die Entwicklung des Kapitalismus. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß ein solcher Staat auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse die Ausbeutung und Unterdrückung von Nationen ausschließen könnte. Das bedeutet nur, daß die Marxisten die mächtigen *ökonomischen* Faktoren nicht außer acht lassen können, die den Drang zur Schaffung von Nationalstaaten erzeugen. Das bedeutet, daß die „Selbstbestimmung der Nationen“ im marxistischen Programm unter dem historisch-ökonomischen Gesichtspunkt *keine* andere Bedeutung haben *kann* als politische Selbstbestimmung, staatliche Selbständigkeit, Bildung eines Nationalstaates.

An welche Bedingungen vom marxistischen, d. h. vom proletarischen Klassenstandpunkt aus die Unterstützung der bürgerlich-demokratischen Forderung nach dem „Nationalstaat“ geknüpft werden muß, davon wird weiter unten ausführlich die Rede sein. Hier beschränken wir uns auf die Definition des *Begriffes* „Selbstbestimmung“ und müssen nur noch vermerken, daß Rosa Luxemburg den Inhalt dieses Begriffes („Nationalstaat“) *kennt*, während ihre opportunistischen Parteigänger, die Libman, Semkowski, Jurkewitsch, *selbst das nicht einmal wissen!*

2. DIE HISTORISCHE KONKRETE FRAGESTELLUNG

Ein unbedingtes Erfordernis der marxistischen Theorie bei der Untersuchung jeder wie immer gearteten sozialen Frage ist, sie in einen *bestimmten* historischen Rahmen zu stellen und ferner, wenn es sich um *ein* Land handelt (z. B. um das nationale Programm für ein bestimmtes Land), die konkreten Besonderheiten zu berücksichtigen, die dieses Land innerhalb einer und derselben historischen Epoche von anderen Ländern unterscheiden.

Was bedeutet dieses unbedingte Erfordernis des Marxismus in Anwendung auf unsere Frage?

Vor allem bedeutet es die Notwendigkeit, zwei unter dem Gesichtswinkel der nationalen Bewegungen grundverschiedene Epochen des Kapitalismus streng zu unterscheiden. Auf der einen Seite ist das die Epoche des Zusammenbruchs des Feudalismus und Absolutismus, die Epoche der Herausbildung der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft und des bürgerlich-demokratischen Staates, die Epoche, in der die nationalen Bewegungen zum ersten Male zu Massenbewegungen werden und auf diese oder jene Weise *alle* Klassen der Bevölkerung durch die Presse, durch die Teilnahme an den Vertretungskörperschaften usw. in die Politik hineinziehen. Auf der anderen Seite haben wir es zu tun mit der Epoche der völlig herausgebildeten kapitalistischen Staaten mit einer seit langem eingebürgerten konstitutionellen Ordnung, mit stark entwickeltem Antagonismus von Proletariat und Bourgeoisie, — einer Epoche, die man als den Vorabend des Zusammenbruchs des Kapitalismus bezeichnen kann.

Für die erste Epoche ist typisch, daß die nationalen Bewegungen erwachen und die Bauernschaft als die zahlreichste und am schwersten in Bewegung zu bringende Bevölkerungsschicht im Zusammenhang mit dem Kampf für politische Freiheit im allgemeinen und für die Rechte der Nationalität im besonderen in diese nationalen Bewegungen hineingezogen wird. Für die zweite Epoche ist typisch, daß bürgerlich-demokratische Massenbewegungen fehlen, während der entwickelte Kapitalismus, der die schon völlig in den Handelsverkehr einbezogenen Nationen einander immer näher bringt und immer mehr vermischt, den Antagonismus zwischen dem international verfilzten Kapital und der internationalen Arbeiterbewegung in den Vordergrund rückt.

Gewiß ist die eine Epoche von der anderen nicht durch eine Mauer getrennt, sondern sie sind durch zahlreiche Zwischenglieder miteinander verbunden, wobei die einzelnen Länder sich noch in der Schnelligkeit der nationalen Entwicklung, in der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung, ihrer Verteilung usw. usf. unterscheiden. Es kann keine Rede davon sein, daß die Marxisten eines bestimmten Landes an die Aufstellung ihres nationalen Programms schreiten, ohne alle diese allgemeinen historischen und konkreten staatlichen Bedingungen zu berücksichtigen.

Und hier eben stoßen wir auf die schwächste Stelle in den Betrachtungen Rosa Luxemburgs. Mit ungewöhnlichem Eifer schmückt sie ihren Aufsatz mit einer Auslese von „Kraftworten“ gegen Paragraph neun unseres Programms, den sie für eine „allgemeine Redensart“, eine „Schablone“, eine „metaphysische Phrase“ erklärt und so endlos weiter. Nun wäre natürlich zu erwarten, daß eine Schriftstellerin, die

die Metaphysik (im Marxschen Sinne, d. h. die Antidialektik) und leere Abstraktionen so trefflich zu verurteilen weiß, uns ein Vorbild konkret historischer Behandlung der Frage geben wird. In Rede steht das nationale Programm der Marxisten eines bestimmten Landes, Rußlands, und einer bestimmten Epoche, des Anfangs des 20. Jahrhunderts. Vielleicht stellt Rosa Luxemburg die Frage, *welche historische Epoche Rußland durchmacht, welches die konkreten Besonderheiten der nationalen Frage und der nationalen Bewegungen des gegebenen Landes in der gegebenen Epoche sind?*

Kein Sterbenswörtchen läßt Rosa Luxemburg darüber verlauten. Keine Spur einer Analyse, wie die nationale Frage in Rußland in der gegebenen historischen Epoche gestellt ist und welche Besonderheiten Rußland in dieser Beziehung aufzuweisen hat, ist bei ihr zu finden!

Uns wird gesagt, daß sich die nationale Frage in den Balkanländern anders darstelle als in Irland, daß Marx die polnische und die tschechische nationale Bewegung unter den konkreten Bedingungen des Jahres 1848 so und so beurteilt habe (eine Seite Auszüge aus Marx), daß Engels den Kampf der Schweizer Waldkantone gegen Österreich und die Schlacht bei Morgarten, die sich im Jahre 1315 abgespielt hat, so und so beurteilt habe (eine Seite Zitate aus Engels mit entsprechendem Kommentar aus Kautsky), daß Lassalle den Bauernkrieg in Deutschland vom 16. Jahrhundert als reaktionär betrachtet habe usf.

Man kann nicht sagen, daß diese Bemerkungen und Zitate durch Neuheit glänzten, jedenfalls aber ist es für den Leser interessant, sich wieder und wieder in Erinnerung zu rufen, wie Marx, Engels und Lassalle an die Untersuchung konkreter historischer Fragen einzelner Länder herangegangen sind. Liest man nun die lehrreichen Zitate aus Marx und Engels, so sieht man mit besonderer Deutlichkeit, in welcher lächerlichen Lage sich Rosa Luxemburg gebracht hat. Sie predigt beredt und zornig die Notwendigkeit einer konkreten historischen Analyse der nationalen Frage, wie sie sich in verschiedenen Ländern zu verschiedener Zeit darstellt, und — macht selbst *nicht den geringsten* Versuch, zu bestimmen, *welches* historische Entwicklungsstadium des Kapitalismus Rußland am Anfang des 20. Jahrhunderts durchmacht, *welches* die *Besonderheiten* der nationalen Frage in diesem Lande sind. Auch Rosa Luxemburg bringt Beispiele, wie *andere* die Frage marxistisch untersucht haben, als wollte sie damit absichtlich hervorheben, wie häufig der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert ist und hinter gutgemeinten Ratschlägen sich nur der mangelnde Wille oder das Unvermögen verbirgt, sie in der Tat zu befolgen.

Nehmen wir einen der lehrreichen Vergleiche. Rosa Luxemburg wendet sich gegen die Parole der Unabhängigkeit Polens und beruft sich dabei auf ihre Arbeit vom Jahre 1898, in der die schnelle „industrielle Entwicklung Polens“, dessen Industrieprodukte in Rußland abgesetzt werden, nachgewiesen worden sei. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß sich hinsichtlich der Frage des *Rechtes* auf Selbstbestimmung daraus noch nicht das geringste ergibt, daß damit nur das Verschwinden des alten Polens der Schlachta bewiesen ist usw. Rosa Luxemburg geht jedoch ständig unmerklich zu der Schlußfolgerung über, daß unter den Faktoren, die Rußland und Polen verbinden, schon jetzt die rein ökonomischen Faktoren der modernen kapitalistischen Beziehungen überwiegen.

Nun aber wendet sich unsere Rosa der Frage der Autonomie zu und beginnt — obgleich ihr Aufsatz *schlechtweg* „Die nationale Frage und die Autonomie“ überschrieben ist —, das *ausschließliche* Recht des Königreichs Polen auf Autonomie darzutun (vgl. darüber „Proswechtschenije“ Nr. 12, Jahrgang 1913)*. Um Polens Recht auf Autonomie zu erhärten, charakterisiert Rosa Luxemburg die Staatsordnung Rußlands offensichtlich sowohl nach ökonomischen als auch politischen, nach kulturgeschichtlichen wie soziologischen Merkmalen, durch die Gesamtheit der Züge, die in ihrer Summe den Begriff des „asiatischen Despotismus“ ergeben. („Przeglad“ Nr. 12, S. 137.)

Es ist allbekannt, daß eine derartige Staatsordnung sehr große Festigkeit in den Fällen besitzt, wo in der Ökonomie des gegebenen Landes völlig patriarchalische, vorkapitalistische Züge überwiegen und die Warenwirtschaft und die Klassendifferenzierung nur ganz geringfügig entwickelt sind. Ist nun in einem solchen Lande, dessen Staatsordnung sich durch einen ausgeprägt vorkapitalistischen Charakter auszeichnet, ein national abgegrenztes Gebiet vorhanden, in dem sich der Kapitalismus *rasch* entwickelt, so wird, je rascher diese kapitalistische Entwicklung ist, der Widerspruch zwischen ihr und der vorkapitalistischen Staatsordnung um so schärfer, so wird die Lostrennung des fortgeschrittenen Gebietes von dem Ganzen um so wahrscheinlicher — ist doch das Gebiet mit dem Ganzen nicht durch „modernkapitalistische“, sondern durch „asiatisch-despotische“ Bande verknüpft.

Rosa Luxemburg ist also sogar mit der Frage nach der sozialen Struktur der Staatsmacht in Rußland in ihrem Verhältnis zum bürgerlichen Polen durchaus nicht zu Rande gekommen, die Frage nach

* Lenin, „Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage“. *Der Übers.*

den konkreten historischen Besonderheiten der nationalen Bewegungen in Rußland aber hat sie nicht einmal gestellt.

Auf diese Frage müssen wir nun eingehen.

3. DIE KONKRETEN BESONDERHEITEN DER NATIONALEN FRAGE IN RUSSLAND UND SEINE BÜRGERLICH-DEMOKRATISCHE UMGESTALTUNG

„... Trotz der Dehnbarkeit des Prinzips vom ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘, das der reinste Gemeinplatz ist und offenbar nicht nur auf die Völker Rußlands, sondern auch auf die in Deutschland und Österreich, in der Schweiz und in Schweden, in Amerika und in Australien lebenden Nationen in gleicher Weise angewendet werden kann, finden wir es in keinem einzigen Programm der modernen sozialistischen Parteien.“ („Przegład“ Nr. 6, S. 483.)

Das schreibt Rosa Luxemburg zu Beginn ihres Feldzugs gegen Paragraph neun des marxistischen Programms. Während sie uns unterstellt, wir faßten diesen Programmpunkt als „reinsten Gemeinplatz“ auf, macht sich Rosa Luxemburg selbst gerade dieser Sünde schuldig und erklärt mit ergötzlicher Dreistigkeit, dieser Punkt könne „offenbar in gleicher Weise“ auf Rußland, Deutschland usw. angewendet werden.

Offenbar, erwidern wir, wollte Rosa Luxemburg in ihrem Aufsatz eine Sammlung logischer Fehler geben, die sich für Lehrübungen von Gymnasiasten eignen. Denn die Tirade Rosa Luxemburgs ist von A bis Z Unsinn und ein Hohn auf eine historisch konkrete Fragestellung.

Wenn man das marxistische Programm nicht auf kindische, sondern auf marxistische Weise auslegt, so wird man leicht dahinterkommen, daß es sich auf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen bezieht. Ist dem aber so — und es ist unzweifelhaft so —, dann ergibt sich daraus „offenbar“, daß sich dieses Programm „in Bausch und Bogen“, als „Gemeinplatz“ usw., auf *alle* Fälle von bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen bezieht. Nicht weniger offenbar wäre für Rosa Luxemburg bei dem geringsten Nachdenken auch der Schluß, daß sich unser Programm *nur* auf die Fälle bezieht, wo eine derartige Bewegung gegeben ist.

Hätte Rosa Luxemburg über diese naheliegenden Erwägungen nachgedacht, so hätte sie ohne besondere Mühe erkannt, welchen Unsinn sie gesagt hat. Während sie *uns* vorwirft, einen „Gemeinplatz“ vorzutragen, führt sie *gegen uns* das Argument ins Feld, daß im Pro-

gramm der Länder, in denen es *keine* bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen gibt, von der Selbstbestimmung der Nationen nicht die Rede sei! Ein hervorragend gescheites Argument!

Die politische und ökonomische Entwicklung verschiedener Länder und auch ihre marxistischen Programme zu vergleichen, hat vom Standpunkt des Marxismus aus gesehen ungeheure Bedeutung, denn sowohl die gemeinsame kapitalistische Natur der modernen Staaten als auch ihr gemeinsames Entwicklungsgesetz stehen außer Zweifel. An einen derartigen Vergleich aber muß man mit Verstand herangehen. Die elementare Voraussetzung ist dabei die Klärung der Frage, ob die historischen Entwicklungsepochen der zu vergleichenden Länder miteinander *vergleichbar* sind. Das Agrarprogramm der russischen Marxisten können z. B. nur vollkommene Ignoranten (wie der Fürst E. Trubezkoi in der „Russkaja Mysl“¹⁷³) mit den westeuropäischen Programmen „vergleichen“; denn unser Programm beantwortet die Frage nach der *bürgerlich-demokratischen* Umgestaltung der Agrarverhältnisse, von der in den westlichen Ländern nicht einmal die Rede ist.

Dasselbe gilt für die nationale Frage. In den meisten westlichen Ländern ist sie schon längst gelöst. Es ist lächerlich, in den westlichen Programmen Antwort auf dort nicht existierende Fragen zu suchen. Rosa Luxemburg hat hier gerade die Hauptsache außer acht gelassen: den Unterschied zwischen Ländern mit seit langem abgeschlossenen und solchen mit nicht abgeschlossenen bürgerlich-demokratischen Umgestaltungen.

In diesem Unterschied liegt der Angelpunkt der ganzen Frage. Die völlige Ignorierung dieses Unterschiedes macht denn auch den überaus langen Aufsatz Rosa Luxemburgs zu einem Haufen leerer, inhaltsloser Gemeinplätze.

In Westeuropa, auf dem Festland, umfaßt die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen einen ziemlich bestimmten Zeitraum, etwa vom Jahre 1789 bis 1871. Gerade diese Epoche war die Epoche der nationalen Bewegungen und der Schaffung von Nationalstaaten. Nach Abschluß dieser Epoche war Westeuropa bereits zu einem System von bürgerlichen Staaten geworden, und zwar in der Regel von national einheitlichen Staaten. Heute in den Programmen der westeuropäischen Sozialisten das Recht auf Selbstbestimmung zu suchen, heißt daher, das A b c des Marxismus nicht verstehen.

In Osteuropa und in Asien hat die Epoche der bürgerlich-demokratischen Revolutionen erst im Jahre 1905 begonnen. Die Revolutionen in Rußland, in Persien, in der Türkei, in China, die Kriege auf dem Balkan — das ist die Kette von Weltereignissen *unserer* Epoche

in unserem „Osten“. Und in dieser Kette von Ereignissen kann nur ein Blinder das Erwachen *einer ganzen Reihe* von bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen, von Bestrebungen zur Schaffung national unabhängiger und national einheitlicher Staaten nicht wahrnehmen. Eben weil und nur weil Rußland zusammen mit seinen Nachbarländern jetzt diese Epoche durchmacht, brauchen wir in unserem Programm den Punkt über das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung.

Aber setzen wir das obenangeführte Zitat aus Rosa Luxemburgs Aufsatz noch etwas fort:

„... Insbesondere im Programm der Partei“, schreibt sie, „die in einem Staat von sehr bunter nationaler Zusammensetzung wirkt und für die die nationale Frage eine erstrangige Rolle spielt, — im Programm der österreichischen Sozialdemokratie, ist das Prinzip vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht enthalten.“ (Ebenda.)

Man will also den Leser „insbesondere“ durch das Beispiel Österreichs überzeugen. Sehen wir uns vom konkret historischen Gesichtspunkte aus einmal an, ob an diesem Beispiel viel Gescheites dran ist.

Erstens, stellen wir die Grundfrage, ob die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet ist. In Österreich begann sie mit dem Jahre 1848 und endete mit dem Jahre 1867. Seitdem, fast ein halbes Jahrhundert, herrscht dort eine im großen und ganzen feststehende bürgerliche Verfassung, auf deren Boden die legale Arbeiterpartei legal tätig ist.

Daher gibt es unter den inneren Entwicklungsbedingungen Österreichs (d. h. vom Gesichtspunkt der Entwicklung des Kapitalismus in Österreich im allgemeinen und unter seinen verschiedenen Nationen im besonderen) *keine* Faktoren, die Sprünge verursachen, deren eine Begleiterscheinung die Entstehung national selbständiger Staaten sein könnte. Da Rosa Luxemburg in ihrem Vergleich voraussetzt, daß Rußland sich in diesem Punkte in analogen Verhältnissen befindet, gestattet sie sich nicht nur eine grundfalsche, antihistorische Annahme, sondern sinkt unfreiwillig auch zum Liquidatorem hinab.

Zweitens, von besonders großer Bedeutung ist das völlig unterschiedliche Wechselverhältnis in der uns beschäftigenden Frage zwischen den Nationalitäten in Österreich und in Rußland. Österreich war nicht nur lange Zeit ein Staat, in dem die Deutschen das Übergewicht hatten, sondern die österreichischen Deutschen erhoben auch Anspruch auf die Hegemonie innerhalb der deutschen Nation als Ganzes. Dieser „Anspruch“ wurde, wie sich Rosa Luxemburg (die ja angeblich Gemeinplätze, Schablonen, Abstraktionen so gar nicht liebt...) vielleicht gütigst erinnern wird, durch den Krieg von 1866 zunichte

gemacht. Die in Österreich herrschende Nation, die deutsche, sah sich *außerhalb* des selbständigen deutschen Staates, der im Jahre 1871 endgültig geschaffen wurde. Auf der anderen Seite brach der Versuch der Ungarn, einen selbständigen Nationalstaat zu errichten, schon im Jahre 1849 unter den Schlägen des aus Leibeigenen bestehenden russischen Heeres zusammen.

So ergab sich eine außerordentlich eigenartige Lage: die Ungarn und dann auch die Tschechen neigen nicht etwa zur Lostrennung von Österreich, sondern vielmehr zur Erhaltung der Integrität Österreichs, und zwar gerade um der nationalen Unabhängigkeit willen, die von den raubgerigeren und stärkeren Nachbarn ganz vernichtet werden könnte! Österreich bildete sich infolge dieser eigenartigen Lage zu einem dualistischen Staat (mit zwei Zentren) heraus und verwandelt sich jetzt in einen trialistischen Staat (mit drei Zentren: Deutsche, Ungarn, Slawen).

Gibt es etwas Ähnliches in Rußland? Gibt es bei uns einen Hang der „Fremdstämmigen“ zur Vereinigung mit den Großrussen, weil sie sonst Gefahr liefen, in eine noch *schlimmere* nationale Unterdrückung zu geraten?

Es genügt, diese Frage zu stellen, um zu erkennen, bis zu welchem Grade ein Vergleich Rußlands mit Österreich in der Frage der Selbstbestimmung der Nationen unsinnig, schablonenhaft und ignorantenhaft ist.

Die hinsichtlich der nationalen Frage eigenartigen Verhältnisse Rußlands sind gerade das Gegenteil von dem, was wir in Österreich gesehen haben. Rußland ist ein Staat mit *einem* nationalen Zentrum: dem großrussischen. Die Großrussen bewohnen ein gigantisches zusammenhängendes Territorium, und ihre Zahl erreicht ungefähr 70 Millionen. Die Besonderheit dieses Nationalstaates ist: 1. daß die „Fremdstämmigen“ (die in ihrer Gesamtheit die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen: 57 Prozent) gerade in den Randgebieten leben; 2. daß die Unterdrückung dieser Fremdstämmigen viel stärker ist als in den Nachbarstaaten (und sogar nicht nur in den europäischen); 3. daß in einer ganzen Reihe von Fällen die in den Randgebieten lebenden unterdrückten Nationalitäten jenseits der Grenze ihre Stammesbrüder haben, die eine größere nationale Unabhängigkeit genießen (es genügt, allein an die West- und Südgrenzen des Reiches zu erinnern: an die Finnen, Schweden, Polen, Ukrainer, Rumänen); 4. daß die Entwicklung des Kapitalismus und das allgemeine Kultur-niveau in den „fremdstämmigen“ Randgebieten häufig höher ist als im Zentrum des Reiches. Schließlich sehen wir, daß gerade in den

asiatischen Nachbarländern die Periode der bürgerlichen Revolutionen und nationalen Bewegungen begonnen hat, die teilweise auf die stammverwandten Nationalitäten in Rußland übergreifen.

Somit sind es gerade die historischen, konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland, die bei uns die Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung in der gegenwärtigen Epoche zu einem besonders dringenden Erfordernis machen.

Übrigens ist die Behauptung Rosa Luxemburgs, daß im Programm der österreichischen Sozialdemokraten nichts von einer Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen enthalten sei, selbst von der rein faktischen Seite her unrichtig. Wir brauchen nur das Protokoll des Brünner Parteitags aufzuschlagen, der das nationale Programm angenommen hat, und wir finden die im Namen der gesamten ukrainischen (ruthenischen) Delegation abgegebene Erklärung des ruthenischen Sozialdemokraten Hankiewicz (S. 85 des Protokolls) und die im Namen der gesamten polnischen Delegation abgegebene Erklärung des polnischen Sozialdemokraten Reger (S. 108), daß die österreichischen Sozialdemokraten der beiden genannten Nationen in ihre Bestrebungen auch das Streben nach nationaler Vereinigung, Freiheit und Selbständigkeit ihrer Völker einschließen. Folglich hat die österreichische Sozialdemokratie das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zwar nicht direkt als Programmpunkt aufgestellt, findet sich aber gleichzeitig völlig damit ab, daß Teile der Partei die Forderung nach nationaler Selbständigkeit erheben. Faktisch bedeutet das natürlich eben die Anerkennung des Rechts der Nationen auf Selbstbestimmung! Das Beispiel Österreichs, auf das sich Rosa Luxemburg beruft, spricht also in jeder Beziehung gegen Rosa Luxemburg.

4. DER „PRAKTIZISMUS“ IN DER NATIONALEN FRAGE

Mit besonderem Eifer haben die Opportunisten das Argument Rosa Luxemburgs aufgegriffen, daß Paragraph neun unseres Programms nichts „Praktisches“ enthalte. Rosa Luxemburg selbst ist von diesem Argument so entzückt, daß wir in ihrem Aufsatz mitunter auf Seiten stoßen, auf denen diese „Losung“ an die achtmal wiederholt ist.

Sie schreibt: Paragraph neun „gibt keinerlei praktische Anweisung für die Tagespolitik des Proletariats, keinerlei praktische Lösung der nationalen Probleme“.

Untersuchen wir dieses Argument, das auch so formuliert wird, daß Paragraph neun entweder überhaupt gar nichts ausdrücke, oder daß er verpflichte, alle nationalen Bestrebungen zu unterstützen.

Was bedeutet die Forderung nach dem „Praktischen“ in der nationalen Frage?

Entweder die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen; oder die Beantwortung der Frage nach der Lostrennung der einzelnen Nation mit „ja oder nein“; oder überhaupt die unmittelbare „Erfüllbarkeit“ der nationalen Forderungen.

Untersuchen wir jede dieser drei möglichen Deutungen der Forderung nach dem „Praktischen“.

Die Bourgeoisie, die am Anfang jeder nationalen Bewegung natürlicherweise als deren Hegemon (Führer) auftritt, bezeichnet als praktische Angelegenheit die Unterstützung aller nationalen Bestrebungen. Die Politik des Proletariats in der nationalen Frage (wie auch in allen übrigen Fragen) unterstützt die Bourgeoisie jedoch nur in einer bestimmten Richtung, stimmt aber niemals mit der Politik der Bourgeoisie völlig überein. Die Arbeiterklasse unterstützt die Bourgeoisie nur um des nationalen Friedens willen (den die Bourgeoisie niemals ganz herzustellen vermag und der nur nach Maßgabe der *völligen* Demokratisierung verwirklicht werden kann), um der Gleichberechtigung, um möglichst günstiger Bedingungen für den Klassenkampf willen. Deshalb gerade stellen die Proletarier dem *Praktizismus* der Bourgeoisie eine *prinzipielle* Politik in der nationalen Frage *entgegen* und unterstützen die Bourgeoisie stets *nur bedingt*. Jede Bourgeoisie will in der nationalen Frage entweder Privilegien für *ihre eigene* Nation oder exklusive Vorteile für sie; das nennt man eben „praktisch“. Das Proletariat ist gegen jedes Privileg, gegen jede Exklusivität. Von ihm „Praktizismus“ zu verlangen, heißt im Fahrwasser der Bourgeoisie segeln, heißt dem Opportunismus verfallen.

Soll man bei jeder Nation auf die Frage nach der Lostrennung mit „ja oder nein“ antworten? Das scheint eine eminent „praktische“ Forderung zu sein. In Wirklichkeit aber ist sie töricht; metaphysisch in der Theorie, führt sie in der Praxis zur Unterordnung des Proletariats unter die Politik der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie stellt stets ihre eigenen nationalen Forderungen in den Vordergrund. Sie stellt sie bedingungslos. Für das Proletariat sind sie den Interessen des Klassenkampfes untergeordnet. Theoretisch läßt sich im voraus nicht garantieren, ob die Lostrennung einer Nation oder ihre gleichberechtigte Stellung neben einer anderen Nation die bürgerlich-demokratische Revolution abschließen wird; für das Proletariat ist in *beiden Fällen* wichtig, die Entwicklung seiner Klasse zu sichern; für die Bourgeoisie ist wichtig, diese Entwicklung zu erschweren, indem sie deren Aufgaben vor den Aufgaben der „eigenen“ Nation in den Hintergrund rückt.

Deshalb beschränkt sich das Proletariat auf die sozusagen negative Forderung nach Anerkennung des *Rechtes* auf Selbstbestimmung, ohne es auch nur einer einzigen Nation zu garantieren und ohne sich zu verpflichten, *auf Kosten* einer anderen Nation *irgend etwas* zu geben.

Das mag nicht „praktisch“ sein, garantiert aber in der Praxis am sichersten die demokratischste aller möglichen Lösungen; das Proletariat braucht *nur* diese Garantien, die Bourgeoisie jeder Nation dagegen braucht Garantien für *ihre* Vorteile ohne Rücksicht auf die Lage (die möglichen Nachteile) anderer Nationen.

Die Bourgeoisie ist vor allem an der „Erfüllbarkeit“ einer gegebenen Forderung interessiert; daher die ewige Politik des Kuhhandels mit der Bourgeoisie anderer Nationen auf Kosten des Proletariats. Für das Proletariat aber ist die Erstickung seiner Klasse gegenüber der Bourgeoisie, die Erziehung der Massen im Geiste der konsequenten Demokratie und des Sozialismus wichtig.

Das mag für die Opportunisten nicht „praktisch“ sein, aber es ist die einzige Garantie in der Praxis, eine Garantie maximaler nationaler Gleichberechtigung und maximalen nationalen Friedens sowohl gegen die Feudalen als auch gegen die *nationalistische* Bourgeoisie.

Die ganze Aufgabe der Proletarier in der nationalen Frage ist vom Standpunkt der *nationalistischen* Bourgeoisie jeder Nation aus gesehen „unpraktisch“, denn die Proletarier fordern „abstrakte“ Gleichberechtigung, grundsätzliche Aufhebung selbst der geringsten Privilegien, sind sie doch Feinde jedwedes Nationalismus. Da Rosa Luxemburg das nicht verstanden hat, hat sie durch ihre unvernünftigen Lobpreisungen des Praktizismus gerade den Opportunisten, insbesondere opportunistischen Zugeständnissen an den großrussischen Nationalismus, Tür und Tor geöffnet.

Warum an den großrussischen? Weil die Großrussen in Rußland die unterdrückende Nation sind und in nationaler Hinsicht sich der Opportunismus natürlich auf eine Art in den unterdrückten Nationen und auf andere Art in den unterdrückenden äußert.

Die Bourgeoisie der unterdrückten Nationen wird im Namen des „praktischen“ Sinns ihrer Forderungen das Proletariat zur bedingungslosen Unterstützung ihrer Bestrebungen aufrufen. Es sei am praktischsten, einfach „ja“ zu sagen, sich für die Lostrennung einer *bestimmten* Nation, nicht aber für das *Recht* der Lostrennung aller und jedweder Nationen zu erklären!

Das Proletariat ist gegen einen derartigen Praktizismus: bei Anerkennung der Gleichberechtigung und des gleichen Rechtes auf den Nationalstaat schätzt und stellt es die Vereinigung der Proletarier

aller Nationen über alles andere, wobei es jede nationale Forderung, jede nationale Lostrennung *unter dem Gesichtswinkel* des Klassenkampfes der Arbeiter wertet. Die Parole des Praktizismus ist in der Tat nur die Parole eines unkritischen Übernehmens der bürgerlichen Bestrebungen.

Man sagt uns: durch die Unterstützung des Rechts auf Lostrennung unterstützt ihr den bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen. Das sagt Rosa Luxemburg und das plappert ihr der Opportunist Semkowski nach — beiläufig gesagt, der einzige, der in der Liquidatorenzeitung in dieser Frage liquidatorische Ideen vertritt!

Wir antworten: Nein, gerade für die Bourgeoisie ist hier eine „praktische“ Lösung wichtig, für die Arbeiterschaft aber ist es wichtig, zwei Tendenzen *prinzipiell* hervorzuheben. *Insofern* die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende kämpft, *insofern* sind wir stets und in jedem Fall entschlossener als alle anderen *dafür*, denn wir sind die kühnsten und konsequentesten Feinde der Unterdrückung. Sofern die Bourgeoisie einer unterdrückten Nation *ihren* bürgerlichen Nationalismus vertritt, sind wir dagegen. Kampf gegen die Privilegien und die Gewaltherrschaft der unterdrückenden Nation und keinerlei Begünstigung des Strebens nach Privilegien bei der unterdrückten Nation.

Wenn wir die Parole des *Rechtes* auf Lostrennung nicht aufstellen und in der Agitation nicht vertreten, so werden wir nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch den Feudalen und dem Absolutismus der *unterdrückenden* Nation in die Hände arbeiten. Dieses Argument hat Kautsky schon längst gegen Rosa Luxemburg vorgebracht, und dieses Argument ist unanfechtbar. Aus Furcht, der nationalistischen Bourgeoisie Polens zu „helfen“, leistet Rosa Luxemburg dadurch, daß sie das *Recht* auf Lostrennung im Programm der *russischen* Marxisten verneint, in Wirklichkeit den großrussischen Schwarzhundertern Hilfe. Sie trägt in Wirklichkeit zur opportunistischen Aussöhnung mit den Privilegien (und mit Schlimmerem als den Privilegien) der Großrussen bei.

Hingerissen vom Kampf gegen den Nationalismus in Polen, hat Rosa Luxemburg den Nationalismus der Großrussen vergessen, obwohl gerade *dieser* Nationalismus jetzt am gefährlichsten ist, denn gerade er ist weniger ein bürgerlicher, sondern mehr ein feudaler Nationalismus, denn gerade er ist das Haupthemmnis für die Demokratie und den proletarischen Kampf. *Jeder* bürgerliche Nationalismus einer unterdrückten Nation hat einen allgemein demokratischen Inhalt, der sich *gegen* die Unterdrückung richtet, und diesen Inhalt unterstützen wir *unbedingt*, wobei wir das Streben nach eigener nationaler Exklusivität

streng ausschalten, das Bestreben des polnischen Bourgeois, den Juden zu unterdrücken, bekämpfen usw. usw.

Das ist „unpraktisch“ vom Gesichtspunkte des Bourgeois und des Kleinbürgers aus. Das ist aber die einzig praktische und prinzipielle und die Demokratie, die Freiheit und den proletarischen Zusammenschluß tatsächlich fördernde Politik in der nationalen Frage.

Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung für alle; Bewertung jeder konkreten Frage einer Lostrennung unter einem Gesichtswinkel, der jede Nichtgleichberechtigung, jedes Privileg, jede Exklusivität ausschließt.

Nehmen wir einmal den Standpunkt einer unterdrückenden Nation. Kann ein Volk frei sein, das andere Völker unterdrückt? Nein. Die Interessen der Freiheit der großrussischen Bevölkerung* erfordern den Kampf gegen eine derartige Unterdrückung. Die lange, Jahrhunderte umfassende Geschichte der Niederhaltung der Bewegungen der unterdrückten Nationen, die durch die „oberen“ Klassen betriebene systematische Propagierung dieser Niederhaltung haben für die Sache der Freiheit des großrussischen Volkes selbst gewaltige Hindernisse in seinen Vorurteilen usw. geschaffen.

Von den großrussischen Schwarzhundertern werden diese Vorurteile bewußt gepflegt und geschürt. Die großrussische Bourgeoisie findet sich mit diesen Vorurteilen ab oder paßt sich ihnen an. Das großrussische Proletariat kann *seine* Ziele nicht erreichen, kann sich den Weg zur Freiheit nicht bahnen, ohne systematisch gegen diese Vorurteile zu kämpfen.

Die Schaffung des selbständigen und unabhängigen Nationalstaates bleibt in Rußland bis jetzt das Privileg allein der großrussischen Nation. Wir großrussischen Proletarier, die wir keinerlei Privilegien verteidigen, verteidigen auch dieses Privileg nicht. Wir kämpfen auf dem Boden des gegebenen Staates, vereinigen die Arbeiter aller Nationen des gegebenen Staates, wir können uns nicht für diesen oder jenen Weg der nationalen Entwicklung verbürgen, wir verfolgen auf *allen* möglichen Wegen unser Klassenziel.

Aber dieses Ziel kann man nicht verfolgen, ohne gegen jeden Nationalismus zu kämpfen und ohne die Gleichheit der Arbeiter aller Nationen zu verfechten. Ob es z. B. der Ukraine beschieden sein wird,

* Einem gewissen L. Wl. aus Paris erscheint dieses Wort als unmarxistisch. Dieser L. Wl. ist erheiternd „superklug“. Der „superkluge“ L. Wl. schickt sich offenbar an, eine Untersuchung über die Ausmerzungen der Worte „Bevölkerung“, „Volk“ usw. aus unserem Minimalprogramm (vom Standpunkt des Klassenkampfes!) zu schreiben.

einen selbständigen Staat zu bilden, das hängt von tausend Faktoren ab, die im voraus nicht bekannt sind. Und ohne zu versuchen, ins Blaue hinein zu „raten“, treten wir entschieden für das ein, was außer Zweifel steht: das Recht der Ukraine auf einen solchen Staat. Wir achten dieses Recht, wir unterstützen nicht die Privilegien der Großrussen gegenüber den Ukrainern, wir *erziehen* die Massen im Geiste der Anerkennung dieses Rechtes, im Geiste der Ablehnung *staatlicher* Privilegien einer Nation, welche es auch sei.

Bei den Sprüngen, die alle Länder in der Epoche der bürgerlichen Revolutionen durchgemacht haben, sind Konflikte und Kämpfe wegen des Rechtes auf den Nationalstaat möglich und wahrscheinlich. Wir Proletarier erklären uns von vornherein als *Gegner* der großrussischen Privilegien und betreiben unsere gesamte Propaganda und Agitation in diesem Sinne.

Auf der Jagd nach dem „Praktizismus“ hat Rosa Luxemburg die *wichtigste* praktische Aufgabe sowohl des großrussischen als auch des Proletariats der anderen Nationalitäten übersehen: die Aufgabe der tagtäglichen Agitation und Propaganda gegen alle nationalen staatlichen Privilegien, für das Recht, das gleiche Recht aller Nationen auf einen eigenen Nationalstaat. Diese Aufgabe ist (gegenwärtig) unsere wichtigste Aufgabe in der nationalen Frage, denn nur auf diese Weise verfechten wir die Interessen der Demokratie und des auf Gleichberechtigung beruhenden Zusammenschlusses aller Proletarier aller Nationen.

Mag diese Propaganda „unpraktisch“ sein sowohl vom Standpunkt der großrussischen Unterdrücker als auch vom Standpunkt der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen (die einen wie die anderen verlangen ein *bestimmtes* Ja oder Nein und bezichtigen die Sozialdemokraten der „Unbestimmtheit“). In Wirklichkeit verbürgt gerade diese Propaganda, und nur sie, eine wahrhaft demokratische und wahrhaft sozialistische Erziehung der Massen. Nur diese Propaganda garantiert sowohl die größten Chancen für den nationalen Frieden in Rußland, wenn es ein Staat von bunter nationaler Zusammensetzung bleibt, als auch eine maximal friedliche (und für den proletarischen Klassenkampf am wenigsten schädliche) Teilung Rußlands in verschiedene Nationalstaaten, wenn die Frage einer solchen Teilung akut werden sollte.

Zur konkreteren Erläuterung dieser, der einzig proletarischen Politik in der nationalen Frage wollen wir die Stellungnahme des großrussischen Liberalismus zur „Selbstbestimmung der Nationen“ und das Beispiel der Lostrennung Norwegens von Schweden untersuchen.*

5. DIE LIBERALE BOURGEOISIE UND DIE SOZIALISTISCHEN OPPORTUNISTEN IN DER NATIONALEN FRAGE

Wir haben gesehen, daß Rosa Luxemburg das folgende Argument als einen ihrer Haupt„trümpfe“ im Kampfe gegen das Programm der russischen Marxisten betrachtet: die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung komme einer Unterstützung des bürgerlichen Nationalismus der unterdrückten Nationen gleich. Versteht man andererseits, sagt Rosa Luxemburg, unter diesem Recht nur den Kampf gegen jede Vergewaltigung von Nationen, dann sei ein besonderer Punkt im Programm unnötig, denn die Sozialdemokraten seien überhaupt gegen jede nationale Vergewaltigung und Nichtgleichberechtigung.

Das erste Argument wälzt, wie Kautsky vor fast zwanzig Jahren unwiderleglich bewiesen hat, die Schuld des Nationalismus auf einen Unschuldigen ab, denn aus Furcht vor dem Nationalismus der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen widerfährt es Rosa Luxemburg *in der Tat*, daß sie dem Nationalismus der großrussischen Schwarzhunderter in die Hände spielt! Das zweite Argument ist im Grunde ein ängstliches Ausweichen vor der Frage: Schließt die Anerkennung der nationalen Gleichberechtigung die Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung ein oder nicht? Wenn ja, dann erkennt Rosa Luxemburg also die grundsätzliche Richtigkeit des Paragraphen neun unseres Programms an. Wenn nicht, dann erkennt sie also die nationale Gleichberechtigung nicht an. Hier nützen keine Umgehungsmanöver und keine Ausflüchte!

Indessen ist die beste Probe auf die obenerwähnten und alle ähnlichen Argumente das Studium der Stellungnahme *der verschiedenen Gesellschaftsklassen* zu dieser Frage. Für den Marxisten ist eine derartige Probe unerlässlich. Man muß vom Objektiven ausgehen, muß das gegenseitige Verhältnis der Klassen in diesem Punkt nehmen. Da Rosa Luxemburg das unterläßt, verfällt sie gerade in die Sünde des Metaphysischen, des Abstrakten, der Gemeinplätze, der allgemeinen Redensarten usw., deren sie ihre Gegner vergeblich zu überführen sucht.

In Rede steht das Programm der *russischen* Marxisten, d. h. der Marxisten aller Nationalitäten Rußlands. Muß man da nicht die Stellungnahme der *herrschenden* Klassen Rußlands in Augenschein nehmen?

Die Stellungnahme der „Bürokratie“ (man verzeihe den ungenauen Ausdruck) und der feudalen Gutsbesitzer vom Schlage des vereinigten

Adels ist allgemein bekannt: Unbedingte Ablehnung sowohl der Gleichberechtigung der Nationalitäten als auch des Rechtes auf Selbstbestimmung. Die alte, aus der Zeit der Leibeigenschaft überkommene Losung: Selbstherrschaft, Rechtgläubigkeit, Volkstum, wobei mit dem letzten nur das großrussische gemeint ist. Sogar die Ukrainer sind zu „Fremdstämmigen“ erklärt, sogar ihre Muttersprache wird verfolgt.

Werfen wir einen Blick auf die russische Bourgeoisie, die zu einer allerdings sehr bescheidenen, aber dennoch zu einer Beteiligung an der Regierung, am Gesetzgebungs- und Verwaltungssystem vom 3. Juni „berufen“ worden ist. Daß die Oktoibristen in dieser Frage tatsächlich den Rechten folgen, darüber braucht man nicht viel Worte zu verlieren. Leider widmen manche Marxisten der Stellungnahme der liberalen großrussischen Bourgeoisie, der Progressisten und der Kadetten, viel weniger Aufmerksamkeit. Und doch wird derjenige, der diese Stellungnahme nicht studiert und sie nicht durchdenkt, bei der Erörterung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen unvermeidlich der Sünde der Abstraktheit und der leeren Wortmacherei verfallen.

Im vergangenen Jahre hat die Polemik der „Prawda“ mit der „Rjetsch“ dieses im diplomatischen Ausweichen vor direkten Antworten auf „peinliche“ Fragen so gewandte Hauptorgan der Kadettenpartei dennoch gezwungen, einige wertvolle Eingeständnisse zu machen. Der ganze Lärm entstand wegen des allukrainischen Studentenkongresses in Lwow im Sommer 1913. Der Leib-„Ukrainist“ oder ukrainische Mitarbeiter der „Rjetsch“, Herr Mogiljanski, veröffentlichte einen Artikel, in dem er die Idee der Separation (Lostrennung) der Ukraine, für die der National-Soziale Donzow eingetreten war und der der erwähnte Kongreß zugestimmt hatte, mit den erlesensten Schimpfwörtern („Fieberphantasien“, „Abenteurertum“ u. dgl.) überschüttete. Die Zeitung „Rabotschaja Prawda“¹⁷⁴, die sich keineswegs mit Herrn Donzow solidarisierte und geradeheraus sagte, daß er ein National-Sozialer sei, daß viele ukrainische Marxisten mit ihm nicht einverstanden seien, erklärte trotzdem, daß der *Ton* der „Rjetsch“, richtiger: die *prinzipielle Fragestellung* der „Rjetsch“, für einen großrussischen Demokraten oder für den, der als Demokrat gelten will, durchaus ungenügend, unzulässig sei. Möge die „Rjetsch“ die Herren Donzow direkt widerlegen, doch für ein großrussisches Organ der angeblichen Demokratie sei es *prinzipiell* unzulässig, die *Freiheit* der Lostrennung, das *Recht* auf Lostrennung außer acht zu lassen.

Einige Monate später veröffentlichte Herr Mogiljanski in Nr. 331 der „Rjetsch“ „Erläuterungen“, da er aus der Lwower ukrainischen

Zeitung „Schljachi“ von den Erwidern des Herrn Donzow erfahren hatte, der u. a. vermerkt hat, daß „nur die russische sozialdemokratische Presse den chauvinistischen Ausfall der ‚Rjetsch‘ gebührend angekreidet (gebrandmarkt?) hat“. Die „Erläuterungen“ des Herrn Mogiljanski bestanden darin, daß er dreimal wiederholte: „Die Kritik an den Rezepten des Herrn Donzow“ „hat mit einer Verneinung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen nichts zu tun.“

„Man muß sagen“, schrieb Herr Mogiljanski, „daß auch das ‚Selbstbestimmungsrecht der Nationen‘ nicht irgendein Fetisch“ (hört! hört!) „ist, an dem keine Kritik geübt werden darf: ungesunde nationale Lebensbedingungen können ungesunde Tendenzen der nationalen Selbstbestimmung erzeugen, und diese aufzuzeigen heißt noch nicht, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu verneinen.“

Wie man sieht, waren diese Phrasen eines Liberalen über den „Fetisch“ ganz im Geiste der Phrasen Rosa Luxemburgs. Augenscheinlich wünschte Herr Mogiljanski, einer direkten Antwort auf die Frage auszuweichen: erkennt er das Recht auf politische Selbstbestimmung, d. h. auf Lostrennung, an oder nicht?

Und die „Proletarskaja Prawda“¹⁷⁵ (Nr. 4 vom 11. Dezember 1913) hat sowohl Herrn Mogiljanski als auch der Partei der Kadetten diese Frage geradeheraus gestellt.*

Die Zeitung „Rjetsch“ veröffentlichte darauf (in Nr. 340) eine nicht gezeichnete, d. h. offizielle redaktionelle Erklärung, die auf diese Frage Antwort gibt. Diese Antwort läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Im Paragraph 11 des Programms der Kadettenpartei werde offen, präzise und klar vom „Recht auf freie kulturelle Selbstbestimmung“ der Nationen gesprochen.

2. Von der „Proletarskaja Prawda“ werde, wie die „Rjetsch“ versichert, die Selbstbestimmung „hoffnungslos durcheinandergbracht“ mit dem Separatismus, der Lostrennung dieser oder jener Nation.

3. „In der Tat, die Kadetten haben denn auch niemals vorgehabt, das Recht der Nationen auf ‚Lostrennung‘ vom Russischen Reich zu verteidigen.“ (Vgl. den Artikel „Der Nationalliberalismus und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ in der „Proletarskaja Prawda“ Nr. 12 vom 20. Dezember 1913.)**

Wenden wir unsere Aufmerksamkeit zunächst dem zweiten Punkt der Erklärung der „Rjetsch“ zu. Wie deutlich zeigt er den Herren

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII, S. 128—130. Der Übers.

** Ebenda S. 206—208. Der Übers.

Semkowski, Libman, Jurkewitsch und anderen Opportunisten, daß ihr Gezeter und Gerede über die angebliche „Unklarheit“ oder „Unbestimmtheit“ des Sinnes der „Selbstbestimmung“ *in Wirklichkeit*, d. h. infolge des objektiven Wechselverhältnisses der Klassen und des Klassenkampfes in Rußland, nur ein *einfaches Wiederkäuen* der Reden der liberal-monarchistischen Bourgeoisie ist!

Als die „Proletarskaja Prawda“ den Herren aufgeklärten „konstitutionellen Demokraten“ von der „Rjetsch“ *drei Fragen gestellt hat*: 1. bestreiten sie, daß in der ganzen Geschichte der internationalen Demokratie, besonders seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, unter Selbstbestimmung der Nationen eben die politische Selbstbestimmung, das Recht auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates, verstanden wird? 2. bestreiten sie, daß der bekannte Beschluß des Londoner internationalen Sozialistenkongresses von 1896 den gleichen Sinn hat? und 3. daß Plechanow, der schon im Jahre 1902 über die Selbstbestimmung schrieb, darunter eben die politische Selbstbestimmung verstanden hat? — als die „Proletarskaja Prawda“ diese drei Fragen gestellt hat, haben sich die *Herren Kadetten ausgeschwiegen!!*

Sie antworteten mit keinem Wort, weil sie nichts zu antworten hatten. Sie mußten schweigend eingestehen, daß die „Proletarskaja Prawda“ unbedingt recht hatte.

Das Gezeter der Liberalen über die Unklarheit des Begriffes „Selbstbestimmung“ und darüber, daß die Sozialdemokraten ihn „hoffnungslos durcheinanderbringen“ mit dem Separatismus, ist nichts anderes als das Bestreben, die Frage zu *verwirren*, sich um die Anerkennung des von der Demokratie allgemein aufgestellten Prinzips zu drücken. Wären die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch nicht solche Ignoranten, dann könnten sie es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren, vor den Arbeitern in *liberalem* Geiste aufzutreten.

Aber gehen wir weiter. Die „Proletarskaja Prawda“ hat die „Rjetsch“ gezwungen einzugestehen, daß die Worte von der „kulturellen“ Selbstbestimmung im Programm der Kadetten den Sinn eben einer *Verneinung der politischen* Selbstbestimmung haben.

„In der Tat, die Kadetten haben denn auch niemals vorgehabt, das Recht der Nationen auf „Lostrennung“ vom Russischen Reich zu verteidigen“ — diese Worte der „Rjetsch“ hat die „Proletarskaja Prawda“ nicht umsonst der „Nowoje Wremja“ und der „Semschtschina“ als Musterbeispiel der „Loyalität“ unserer Kadetten empfohlen. Die Zeitung „Nowoje Wremja“ ließ sich in Nr. 13563 natürlich die Gelegenheit, den „Juden“ zu erwähnen und den Kadetten alle möglichen Anzüglichkeiten zu sagen, nicht entgehen, erklärte jedoch:

„Was für die Sozialdemokraten ein Axiom politischer Weisheit ist“ (d. h. die Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung), „beginnt heutzutage sogar in Kadettenkreisen Meinungsverschiedenheiten hervorzurufen.“

Die Kadetten haben prinzipiell durchaus den gleichen Standpunkt wie „Nowoje Wremja“ bezogen, als sie erklärten, sie hätten es „denn auch niemals vorgehabt, das Recht der Nationen auf Lostrennung vom Russischen Reich zu verteidigen“. Darauf beruht ja unter anderem der *Nationalliberalismus* der Kadetten, ihre Verwandtschaft mit den Purischkewitsch, ihre ideologisch-politische und praktisch-politische Abhängigkeit von diesen. „Die Herren Kadetten haben Geschichte studiert“, schrieb die „Proletarskaja Prawda“, „und wissen sehr wohl, zu welchen, gelinde gesagt, ‚pogromartigen‘ Handlungen die Anwendung des angestammten Rechtes der Purischkewitsch: ‚Festnehmen und nicht gewähren lassen‘¹⁷⁶ in der Praxis häufig geführt hat.“ Obwohl die Kadetten den feudalen Ursprung und Charakter der Allgewalt der Purischkewitsch sehr wohl kennen, stellen sie sich dennoch völlig auf den Boden der gerade von dieser Klasse geschaffenen Verhältnisse und der von ihr gezogenen Grenzen. Obwohl sie sehr gut wissen, wieviel Uneuropäisches, Antieuropäisches (Asiatisches würden wir sagen, wenn das nicht wie eine unverdiente Mißachtung der Japaner und Chinesen klänge) an den Verhältnissen und Grenzen ist, die von dieser Klasse geschaffen bzw. gezogen worden sind, erkennen die Herren Kadetten sie als Schranken an, die nun einmal nicht überschritten werden können.

Das ist eben die Anpassung an die Purischkewitsch, die Bauchkriecherei vor ihnen, die Angst, deren Stellung zu erschüttern, die Verteidigung der Purischkewitsch gegen die Volksbewegung, gegen die Demokratie. „Das bedeutet in der Tat“, schrieb die „Proletarskaja Prawda“, „sich den Interessen der Fronherren und den schlimmsten nationalistischen Vorurteilen der herrschenden Nation anzupassen, statt systematisch gegen diese Vorurteile zu kämpfen.“

Als Leute, die etwas von Geschichte verstehen und auf Demokratismus Anspruch erheben, machen die Kadetten nicht einmal den Versuch, zu behaupten, daß die demokratische Bewegung, die in unseren Tagen sowohl für Osteuropa, als auch für Asien kennzeichnend ist, die dieses wie jenes nach dem Muster der zivilisierten kapitalistischen Länder umzugestalten sucht, — daß diese Bewegung die Grenzen in jedem Fall unverändert lassen müsse, die in der feudalen Epoche festgelegt worden sind, in der Epoche der Allgewalt der Purischkewitsch und der Rechtlosigkeit breiter Schichten des Bürgertums und Kleinbürgertums.

Daß die in der Polemik zwischen „Proletarskaja Prawda“ und „Rjetsch“ aufgeworfene Frage keineswegs nur eine literarische Frage, sondern eine wirklich brennende politische Tagesfrage war, das hat u. a. die letzte Konferenz der Kadettenpartei vom 23. bis 25. März 1914 bewiesen. Im offiziellen Bericht der „Rjetsch“ (Nr. 83 vom 26. März 1914) über diese Konferenz lesen wir:

„Die nationalen Fragen wurden ebenfalls besonders lebhaft erörtert. Die Kiewer Delegierten, denen sich N. W. Nekrassow und A. M. Koljubakin anschlossen, verwiesen darauf, daß die nationale Frage ein heranreifender gewichtiger Faktor sei, dem man sich entschlossener als bisher zuwenden müsse. F. F. Kokoschkin verwies jedoch darauf“ (das ist dasselbe „jedoch“, das dem Schtschedrinschen „aber“ entspricht — „die Ohren wachsen nicht über die Stirn hinaus“), „daß sowohl das Programm als auch die bisherige politische Erfahrung eine sehr vorsichtige Behandlung der ‚dehnbaren Formeln‘ der ‚politischen Selbstbestimmung der Nationalitäten‘ erforderlich machen.“

Diese im höchsten Grade bemerkenswerten Betrachtungen auf der Kadettenkonferenz verdienen die größte Aufmerksamkeit aller Marxisten und aller Demokraten. (In Klammern sei bemerkt, daß die „Kiewskaja Mysl“, die offenbar sehr gut unterrichtet ist und die Gedanken des Herrn Kokoschkin zweifellos richtig wiedergibt, hinzufügte, daß er, natürlich als Warnung an seine Opponenten, die Gefahr eines „Zerfalls“ des Reiches besonders hervorhob.)

Der offizielle Bericht der „Rjetsch“ ist virtuos diplomatisch abgefaßt, damit er möglichst wenig offenbare und damit möglichst viel verborgene bleibe. Aber dennoch ist in den Grundzügen klar, was auf der Kadettenkonferenz vor sich gegangen ist. Die Delegierten, liberale Bourgeois, die mit der Sachlage in der Ukraine vertraut sind, und „linke“ Kadetten stellten die Frage *gerade nach der politischen Selbstbestimmung der Nationen*. Sonst hätte Herr Kokoschkin gar keine Veranlassung gehabt, zu einer „vorsichtigen Behandlung“ dieser „Formel“ zu ermahnen.

Im Programm der Kadetten, das den Delegierten der Kadettenkonferenz selbstverständlich bekannt war, steht nämlich *nicht politische, sondern „kulturelle“ Selbstbestimmung*. Herr Kokoschkin verteidigte also das Programm *gegen* die Delegierten aus der Ukraine, *gegen* die linken Kadetten, verteidigte die „kulturelle“ *gegen* die „politische“ Selbstbestimmung. Es ist ganz offensichtlich, daß Herr Kokoschkin, der gegen die „politische“ Selbstbestimmung auftrat, die Gefahr eines „Zerfalls des Reiches“ an die Wand malte und die Formel „politischer Selbstbestimmung“ als „dehnbar“ bezeichnete (ganz im Geiste Rosa Luxemburgs!), damit den großrussischen Nationalliberalis-

mus gegen die „linkeren“ oder die demokratischeren Elemente der Kadettenpartei und gegen die ukrainische Bourgeoisie verteidigte.

Herr Kokoschkin hat auf der Kadettenkonferenz gesiegt, wie aus dem verräterischen Wörtchen „jedoch“ im Bericht der „Rjetsch“ ersichtlich ist. Der großrussische Nationalliberalismus hat unter den Kadetten triumphiert. Wird dieser Sieg nicht dazu beitragen, die Geister jener unvernünftigen Einzelgänger unter den russischen Marxisten zu klären, die in die Fußtapfen der Kadetten getreten sind und gleichfalls begonnen haben, die „dehnbaren Formeln der politischen Selbstbestimmung der Nationalitäten“ zu fürchten?

Verfolgen wir „jedoch“, um der Sache auf den Grund zu gehen, den Gedankengang des Herrn Kokoschkin. Als Herr Kokoschkin sich auf die „bisherige politische Erfahrung“ berief (d. h. offenbar auf die Erfahrung des Jahres 1905, in dem die großrussische Bourgeoisie um ihre nationalen Privilegien in Sorge geriet und durch ihre Angst der Kadettenpartei Angst einjagte), als er die Gefahr eines „Zerfalls des Reiches“ heraufbeschwor, offenbarte er ein hervorragendes Verständnis dafür, daß politische Selbstbestimmung nichts anderes bedeuten kann als das Recht auf Lostrennung und auf Bildung eines selbständigen Nationalstaates. Es fragt sich nun, wie man diese Befürchtungen des Herrn Kokoschkin zu betrachten hat vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen und vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes im besonderen.

Herr Kokoschkin will uns glauben machen, daß die Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung die Gefahr eines „Zerfalls des Reiches“ vergrößere. Das ist der Standpunkt des Stadtpolizisten Mymrezow mit seiner Devise: „Festnehmen und nicht gewähren lassen!“ Vom Standpunkt der Demokratie im allgemeinen ist es gerade umgekehrt: die Anerkennung des Rechtes auf Lostrennung *verringert* die Gefahr eines „Zerfalls des Reiches“.

Herr Kokoschkin urteilt durchaus im Geiste der Nationalisten. Sie zeterten auf ihrem letzten Parteitag gegen die ukrainischen „Maze-paisten“.¹⁷⁷ Die ukrainische Bewegung — riefen Herr Sawenko und Konsorten aus — droht die Verbundenheit der Ukraine mit Rußland zu schwächen, denn Österreich verstärkt durch seine ukrainophile Politik die Verbundenheit der Ukrainer mit Österreich!! Es bleibt unverständlich, weshalb denn Rußland nicht versuchen kann, die Verbundenheit der Ukrainer mit Rußland *durch die gleiche Methode* zu „stärken“, die die Herren Sawenko Österreich zum Vorwurf machen, d. h. dadurch, daß sie den Ukrainern freien Gebrauch der Muttersprache, Selbstverwaltung, einen autonomen Landtag u. dgl. gewähren?

Die Gedankengänge der Herren Sawenko und der Herren Kokoschkin sind durchaus gleichartig und von der rein logischen Seite her in gleicher Weise lächerlich und albern. Ist es nicht klar, daß die ukrainische Nationalität um so fester mit einem bestimmten Lande verbunden sein wird, je mehr Freiheit diese Nationalität in diesem Lande haben wird? Es scheint, daß diese Binsenwahrheit nicht bestritten werden kann, ohne mit allen Prämissen des Demokratismus entschieden zu brechen. Kann es aber für eine Nationalität als solche eine größere Freiheit geben als die Freiheit der Lostrennung, die Freiheit der Bildung eines selbständigen Nationalstaates?

Um diese Frage, die von den Liberalen (und jenen, die ihnen aus Unverstand nachbeten) verwirrt wird, noch weiter aufzuhellen, wollen wir ein ganz einfaches Beispiel anführen. Nehmen wir die Frage der Ehescheidung. Rosa Luxemburg schreibt in ihrem Artikel, daß in einem zentralisierten demokratischen Staat, der sich mit der Autonomie einzelner Gebiete durchaus vertrage, alle wichtigen Zweige der Gesetzgebung, darunter auch die Gesetzgebung über die Ehescheidung, dem zentralen Parlament vorbehalten bleiben müssen. Diese Sorge um die Sicherung der Freiheit der Ehescheidung durch die zentrale Regierungsgewalt des demokratischen Staates ist durchaus begründlich. Die Reaktionen sind gegen die Freiheit der Ehescheidung, sie verlangen, daß man sie „vorsichtig behandle“, und schreiben, daß sie den „Zerfall der Familie“ bedeute. Die Demokratie dagegen ist der Auffassung, daß die Reaktionen heucheln und in Wirklichkeit die Allmacht der Polizei und der Bürokratie, die Privilegien des einen Geschlechtes und die schlimmste Unterdrückung der Frau verteidigen; daß die Freiheit der Ehescheidung in Wirklichkeit nicht den „Zerfall“ der Familienbände, sondern im Gegenteil ihre Festigung auf den in der zivilisierten Gesellschaft einzig möglichen und dauerhaften demokratischen Grundlagen bedeute.

Die Anhänger der Freiheit der Selbstbestimmung, d. h. der Freiheit der Lostrennung, zu beschuldigen, sie förderten den Separatismus, ist die gleiche Dummheit und die gleiche Heuchelei, wie die Anhänger der Freiheit der Ehescheidung zu beschuldigen, sie förderten die Zerstörung der Familienbände. Ähnlich wie in der bürgerlichen Gesellschaft die Verteidiger der Privilegien und der Käuflichkeit, auf denen die bürgerliche Ehe beruht, gegen die Freiheit der Ehescheidung auftreten, so bedeutet im kapitalistischen Staate die Ablehnung der Freiheit der Selbstbestimmung, d. h. der Lostrennung der Nationen, nur eine Verteidigung der Privilegien der herrschenden Nation und der Polizeimethoden in der Verwaltung auf Kosten der demokratischen Methoden.

Zweifellos bringt das durch die gesamten Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft hervorgebrachte Politikantentum zuweilen äußerst leichtsinnige und sogar einfach alberne Schwätzereien von Parlamentariern und Publizisten über die Lostrennung dieser oder jener Nation mit sich. Aber nur Reaktionäre können sich durch dergleichen Geschwätz erschrecken lassen (oder so tun, als seien sie erschreckt). Wer auf dem Standpunkt der Demokratie, d. h. der Entscheidung der Fragen des Staates durch die Masse der Bevölkerung steht, der weiß sehr wohl, daß es vom Geschwätz der Politikanten bis zur Entscheidung der Massen noch „sehr weit“ ist. Die Massen der Bevölkerung kennen auf Grund ihrer täglichen Erfahrungen ausgezeichnet die Bedeutung der geographischen und ökonomischen Zusammenhänge, die Vorzüge eines großen Marktes und eines großen Staates, und auf eine Lostrennung werden sie nur dann eingehen, wenn die nationale Unterdrückung und die nationalen Reibungen das Zusammenleben völlig unerträglich machen und alle und jedwede wirtschaftlichen Beziehungen stören. In einem solchen Falle aber werden die Interessen der kapitalistischen Entwicklung und der Freiheit des Klassenkampfes gerade durch diejenigen vertreten, die sich lostrennen.

Von welcher Seite man also auch die Erwägungen des Herrn Kokoschkin anpackt, sie erscheinen stets als ein Gipfel von Albernheit und als Hohn auf die Prinzipien der Demokratie. Aber eine gewisse Logik wohnt diesen Erwägungen inne; es ist die Logik der Klasseninteressen der großrussischen Bourgeoisie. Herr Kokoschkin, ebenso wie die Mehrheit der Kadettenpartei, ist ein Lakai des Geldsacks dieser Bourgeoisie. Er verteidigt ihre Privilegien schlechthin, ihre *staatlichen* Privilegien im besonderen, verteidigt sie zusammen mit Purischkewitsch, in einer Front mit ihm — nur glaubt Purischkewitsch mehr an den Knüppel der Leibeigenschaft, während die Kokoschkin und Konsorten sehen, daß dieser Knüppel im Jahre 1905 einen tüchtigen Knick bekommen hat, und sich mehr auf die bürgerlichen Mittel des Volksbetruges verlassen, z. B. darauf, die Kleinbürger und Bauern mit dem Gespenst des „Zerfalls des Reiches“ zu schrecken und sie mit Redensarten von der Vereinbarkeit der „Volksfreiheit“ mit den historischen Traditionen usw. zu betrügen.

Die liberale Feindschaft gegen das Prinzip der politischen Selbstbestimmung der Nationen hat nur eine einzige reale Klassenbedeutung: Nationalliberalismus, Verfechtung der staatlichen Privilegien der großrussischen Bourgeoisie. Und die russischen Opportunisten unter den Marxisten, die gerade jetzt, in der Epoche des Systems vom 3. Juni, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Nationen zu Felde

gezogen sind, der Liquidator Semkowski, der Bundist Libman, der ukrainische Kleinbürger Jurkewitsch und wie sie alle heißen, trotten *in der Tat* einfach hinter dem Nationalliberalismus einher und suchen die Arbeiterklasse durch nationalliberale Ideen zu demoralisieren.

Die Interessen der Arbeiterklasse und ihres Kampfes gegen den Kapitalismus erfordern volle Solidarität und engste Einheit der Arbeiter aller Nationen, sie erfordern Gegenwehr gegen die nationalistische Politik der Bourgeoisie, welcher Nationalität sie auch sei. Deshalb wäre es ein Ausweichen vor den Aufgaben der proletarischen Politik und eine Unterordnung der Arbeiter unter die bürgerliche Politik, sowohl wenn die Sozialdemokraten anfangen wollten, das Selbstbestimmungsrecht, d. h. das Recht der unterdrückten Nationen auf Lostrennung, zu leugnen, als auch wenn die Sozialdemokraten dazu übergangen, jede nationale Forderung der Bourgeoisie der unterdrückten Nationen zu unterstützen. Dem Lohnarbeiter ist es ganz gleichgültig, ob er vorwiegend von der großrussischen Bourgeoisie ausgebeutet wird, die gegenüber der fremdstämmigen den größeren Anteil an seiner Ausbeutung hat, oder von der polnischen Bourgeoisie, die gegenüber der jüdischen den größeren Anteil hat usw. Dem Lohnarbeiter, der sich seiner Klasseninteressen bewußt geworden ist, sind die staatlichen Privilegien der großrussischen Kapitalisten ebenso gleichgültig wie die Versprechungen der polnischen oder ukrainischen Kapitalisten, die ein Paradies auf Erden verheißen, wenn sie selbst staatliche Privilegien bekommen würden. Die Entwicklung des Kapitalismus schreitet fort und wird fortschreiten, so oder anders, in einem bunten Einheitsstaat wie in gesonderten Nationalstaaten.

In jedem Falle bleibt der Lohnarbeiter ein Objekt der Ausbeutung, und ein erfolgreicher Kampf gegen sie erfordert die Unabhängigkeit des Proletariats vom Nationalismus, sozusagen absolute Neutralität der Proletarier im Kampfe der Bourgeoisie der verschiedenen Nationen um den Vorrang. Die geringste Unterstützung der Privilegien der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie durch das Proletariat irgendeiner Nation wird notwendigerweise Mißtrauen beim Proletariat der anderen Nationen hervorrufen, wird die internationale Klassensolidarität der Arbeiter schwächen, wird sie zur Freude der Bourgeoisie untereinander entzweien. Die Leugnung des Rechts auf Selbstbestimmung oder Lostrennung bedeutet in der Praxis jedoch notwendigerweise Unterstützung der Privilegien der herrschenden Nation.

Wir können uns davon noch anschaulicher überzeugen, wenn wir das konkrete Beispiel der Lostrennung Norwegens von Schweden heranziehen.

6. DIE LOSTRENNUNG NORWEGENS VON SCHWEDEN

Rosa Luxemburg führt eben dieses Beispiel an und knüpft daran folgende Betrachtungen:

„Das letzte Ereignis in der Geschichte der föderativen Beziehungen, die Lostrennung Norwegens von Schweden — seinerzeit von der sozialpatriotischen polnischen Presse (siehe den Krakauer ‚Naprzód‘) eiligst als erfreuliche Äußerung der Kraft und Fortschrittlichkeit der Tendenz zur staatlichen Lostrennung aufgegriffen — verwandelte sich alsbald in einen schlagenden Beweis dafür, daß der Föderalismus und die aus ihm entspringende staatliche Lostrennung durchaus nicht ein Ausdruck von Fortschrittlichkeit oder Demokratismus sind. Nach der sogenannten norwegischen ‚Revolution‘, die in der Absetzung des schwedischen Königs und seiner Entfernung aus Norwegen bestand, wählten sich die Norweger-seelenruhig einen anderen König, nachdem sie in einer Volksabstimmung den Plan der Errichtung einer Republik in aller Form abgelehnt hatten. Was die oberflächlichen Verehrer jeder nationalen Bewegung und jedes Scheins von Unabhängigkeit als ‚Revolution‘ ausschrien, war einfach die Äußerung eines bauerlichen und kleinbürgerlichen Partikularismus, des Wunsches, für sein Geld auch einen ‚eigenen‘ König zu haben, an Stelle eines durch die schwedische Aristokratie aufgezwungenen, war folglich eine Bewegung, die mit revolutionärem Geist entschieden gar nichts gemein hatte. Zugleich hat diese Geschichte der Sprengung der schwedisch-norwegischen Union von neuem bewiesen, bis zu welchem Grade auch in diesem Falle die bis dahin bestehende Föderation nur der Ausdruck rein dynastischer Interessen und folglich eine Form des Monarchismus und der Reaktion war ...“ („Przegład“.)

Das ist buchstäblich alles, was Rosa Luxemburg zu diesem Punkt sagt!! Und man muß gestehen, es wäre schwer, die Hilflosigkeit der eigenen Stellung plastischer auszudrücken, als es Rosa Luxemburg bei diesem Beispiel getan hat.

Die Frage war und ist die, ob für die Sozialdemokraten in einem Staate von hunder nationaler Zusammensetzung ein Programm notwendig ist, das das Recht auf Selbstbestimmung oder Lostrennung anerkennt.

Was sagt uns nun zu dieser Frage das von Rosa Luxemburg selbst herangezogene Beispiel Norwegens?

Unsere Verfasserin dreht und wendet sich, witzelt und wettert gegen den „Naprzód“, aber die Frage beantwortet sie nicht!! Rosa Luxemburg redet von allem möglichen, um nicht ein Wort über das Wesen der Frage zu sagen!!

Zweifellos haben die norwegischen Kleinbürger, die für ihr Geld ihren eigenen König haben wollten und den Plan der Errichtung einer Republik bei der Volksabstimmung zu Fall brachten, sehr üble Philistereigenschaften an den Tag gelegt. Zweifellos hat der „Naprzód“, wenn er das nicht bemerkte, ebenso üble und ebenso philisterhafte Qualitäten bewiesen.

Aber was hat das hier zu sagen??

Es war doch die Rede vom Selbstbestimmungsrecht der Nationen und von der Stellung des sozialistischen Proletariats zu diesem Rechte! Warum antwortet Rosa Luxemburg nicht auf diese Frage, sondern geht um sie herum wie die Katze um den heißen Brei?

Man sagt, für die Maus gäbe es kein schlimmeres Raubtier als die Katze. Für Rosa Luxemburg gibt es offenbar kein schlimmeres Raubtier als die „Fracy“. „Fracy“ nennt man in der Volkssprache die „Polnische Sozialistische Partei“, die sogenannte revolutionäre Fraktion, und das Krakauer Blättchen „Naprzód“ teilt die Ideen dieser „Fraktion“. Der Kampf gegen den Nationalismus dieser „Fraktion“ hat Rosa Luxemburg in einem Maße verblindet, daß sie alles aus den Augen verliert und nur noch den „Naprzód“ sieht.

Sagt „Naprzód“ „ja“, dann hält Rosa Luxemburg es für ihre heilige Pflicht, unverzüglich „nein!“ zu rufen, ohne auch nur daran zu denken, daß sie durch diese Methode nicht ihre Unabhängigkeit vom „Naprzód“, sondern, genau umgekehrt, ihre ergötzliche Abhängigkeit von den „Fracy“ und ihre Unfähigkeit beweist, die Dinge von einer etwas höheren und umfassenderen Warte aus zu sehen, als es der Krakauer Maulwurfshügel ist. Der „Naprzód“ ist gewiß ein sehr schlechtes und durchaus nicht marxistisches Organ, aber das darf uns nicht hindern, das Beispiel Norwegens, haben wir es einmal herangezogen, auf seinen Wesensgehalt zu untersuchen.

Um dieses Beispiel marxistisch zu untersuchen, müssen wir nicht auf die schlechten Eigenschaften der mehr als schrecklichen „Fracy“ eingehen, sondern 1. auf die konkreten historischen Besonderheiten der Lostrennung Norwegens von Schweden und 2. darauf, welches die Aufgaben des *Proletariats* beider Länder bei dieser Lostrennung waren.

Norwegen ist mit Schweden durch geographische, ökonomische und sprachliche Bande nicht weniger eng verbunden als viele nicht-großrussische slawische Nationen mit den Großrussen. Aber die Union Norwegens mit Schweden war keine freiwillige, so daß Rosa Luxemburg ganz ohne Grund von einer „Föderation“ spricht, einfach weil sie nicht weiß, was sie sagen soll. Norwegen wurde zur Zeit der napoleonischen Kriege von den Monarchen gegen den Willen der Norweger an Schweden *ausgeliefert*, und die Schweden mußten Truppen nach Norwegen schicken, um es sich zu unterwerfen.

Danach gab es lange Jahrzehnte hindurch, trotz der außerordentlich weitgehenden Autonomie, die Norwegen genoß (eigener Landtag usw.), ununterbrochen Reibungen zwischen Norwegen und Schweden,

und die Norweger trachteten aus allen Kräften, das Joch der schwedischen Aristokratie abzuschütteln. Im August 1905 schüttelten sie es endlich auch ab: der norwegische Landtag faßte den Beschluß, daß der schwedische König nicht mehr König von Norwegen sei, und das daraufhin durchgeführte Referendum, die Befragung des norwegischen Volkes, ergab eine erdrückende Stimmenmehrheit (ungefähr 200 000 gegen einige Hundert) für die völlige Lostrennung von Schweden. Die Schweden fanden sich nach einigem Schwanken mit der Tatsache der Lostrennung ab.

Dieses Beispiel zeigt uns, auf welcher Grundlage unter den heutigen ökonomischen und politischen Verhältnissen Fälle der Lostrennung einer Nation möglich sind und vorkommen, und welche *Form* die Lostrennung unter den Verhältnissen der politischen Freiheit und des Demokratismus zuweilen annimmt.

Kein Sozialdemokrat, sofern er sich nicht für völlig uninteressiert an den Fragen der politischen Freiheit und des Demokratismus erklären will (und in diesem Falle würde er selbstverständlich aufhören, Sozialdemokrat zu sein), wird leugnen können, daß dieses Beispiel *faktisch* beweist: die klassenbewußten Arbeiter haben die *Pflicht*, systematisch dafür Propaganda zu treiben und Vorbereitungen zu treffen, daß die wegen der Lostrennung von Nationen möglichen Konflikte *nur so* gelöst werden, wie der Konflikt zwischen Norwegen und Schweden im Jahre 1905 gelöst worden ist, nicht aber „auf russische Art“. Eben das wird denn auch durch die Programmforderung nach Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung zum Ausdruck gebracht. Und Rosa Luxemburg mußte vor der für ihre Theorie unangenehmen Tatsache zu grimmigen Angriffen auf das Philistertum der norwegischen Kleinbürger und auf den Krakauer „Naprzód“ ihre Zuflucht nehmen, denn sie begriff sehr wohl, daß diese historische Tatsache *ein für allemal* ihre Phrasen *widerlegt*, das Selbstbestimmungsrecht der Nationen sei eine „Utopie“, es sei dasselbe wie das Recht, „von goldenen Tellern zu essen“ usw. Solche Phrasen sind nur der Ausdruck eines beschränkt-selbstgenügsamen opportunistischen Glaubens an die Unabänderlichkeit des bestehenden Kräfteverhältnisses zwischen den Nationalitäten Osteuropas.

Gehen wir weiter. In der Frage der Selbstbestimmung der Nationen, wie in jeder anderen Frage, interessiert uns vor allem und mehr als alles andere die Selbstbestimmung des Proletariats innerhalb der Nationen. Rosa Luxemburg umging bescheiden auch diese Frage, da sie fühlte, wie unangenehm es für ihre „Theorie“ wäre, diese Frage an dem von ihr gewählten Beispiel Norwegens zu untersuchen.

Welche Haltung hat das norwegische und das schwedische Proletariat im Lostrennungskonflikt eingenommen und welche mußte es einnehmen? Die klassenbewußten Arbeiter Norwegens hatten natürlich nach der Lostrennung für die Republik zu stimmen*, und wenn es Sozialisten gab, die anders stimmten, so beweist das nur, wieviel stumpfsinnigen, kleinbürgerlichen Opportunismus es zuweilen im europäischen Sozialismus noch gibt. Darüber kann es nur eine Meinung geben, und wir erwähnen diesen Punkt nur, weil Rosa Luxemburg das Wesen der Sache durch *nicht zum Thema gehörendes* Gerede zu vertuschen sucht. Wir wissen nicht, ob das norwegische sozialistische Programm die norwegischen Sozialdemokraten in der Frage der Lostrennung verpflichtete, sich an eine bestimmte Meinung zu halten. Nehmen wir an, daß dem nicht so war, daß die norwegischen Sozialisten die Frage offengelassen hatten, wie weit für die Freiheit des Klassenkampfes die Autonomie Norwegens ausreichend war und in welchem Grade die ewigen Reibungen und Konflikte mit der schwedischen Aristokratie die Freiheit des Wirtschaftslebens beeinträchtigten. Daß aber das norwegische Proletariat gegen diese Aristokratie und für die norwegische bäuerliche Demokratie (trotz aller kleinbürgerlichen Beschränktheiten) Partei nehmen mußte, das ist unbestreitbar.

Und das schwedische Proletariat? Bekanntlich propagierten die schwedischen Gutsbesitzer, unterstützt von den schwedischen Pfaffen, den Krieg gegen Norwegen; und da Norwegen weit schwächer ist als Schweden, da es schon eine schwedische Invasion durchgemacht hat, da ferner die schwedische Aristokratie in ihrem Lande ein sehr großes Gewicht hat, so stellte diese Propaganda eine sehr ernsthafte Bedrohung dar. Man kann sich dafür verbürgen, daß die schwedischen Kokoschkins die schwedischen Massen lange und eifrig zu demoralisieren suchten, indem sie zur „vorsichtigen Behandlung“ der „dehnbaren Formeln der politischen Selbstbestimmung der Nationen“ ermahnten, den drohenden „Zerfall des Reiches“ ausmalten sowie predigten, die „Volksfreiheit“ sei mit den Traditionen der schwedischen Aristokratie vereinbar. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die schwedische Sozialdemokratie die Sache des Sozialismus und der Demokratie verraten hätte, wenn sie nicht aus allen Kräften sowohl

* Wenn die Mehrheit der norwegischen Nation für die Monarchie, das Proletariat aber für die Republik war, so standen dem norwegischen Proletariat, allgemein gesprochen, zwei Wege offen: entweder die Revolution, wenn die Bedingungen dafür reif waren, oder die Unterordnung unter die Mehrheit und lang andauernde Propaganda und Agitation.

gegen die gutsherrliche als auch gegen die „Kokoschkinsche“ Ideologie und Politik angekämpft hätte, wenn sie *außer* der Gleichberechtigung der Nationen schlechthin (die auch von den Kokoschkins anerkannt wird) nicht auch das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung und die Freiheit der Lostrennung Norwegens verteidigt hätte.

Das enge Bündnis der norwegischen und schwedischen Arbeiter, ihre einmütige brüderliche Klassensolidarität hat durch diese Anerkennung des Rechtes der Norweger auf Lostrennung seitens der schwedischen Arbeiter nur *gewonnen*. Denn die norwegischen Arbeiter haben sich so davon überzeugt, daß die schwedischen Arbeiter nicht vom schwedischen Nationalismus angesteckt sind und daß ihnen der Bruderbund mit den norwegischen Arbeitern höher steht als die Privilegien der schwedischen Bourgeoisie und Aristokratie. Das Zerreißen der Bande, die Norwegen von europäischen Monarchen und schwedischen Aristokraten aufgezwungen worden waren, hat die Bande zwischen den norwegischen und den schwedischen Arbeitern fester geknüpft. Die schwedischen Arbeiter haben bewiesen, daß sie in *allen* schroffen Wendungen der bürgerlichen Politik — auf dem Boden der bürgerlichen Verhältnisse ist eine neue gewaltsame Unterwerfung der Norweger unter die Schweden durchaus möglich! — die volle Gleichberechtigung und die Klassensolidarität der Arbeiter beider Nationen im Kampfe gegen die schwedische wie gegen die norwegische Bourgeoisie zu wahren und zu verfechten wissen werden.

Daraus ist unter anderem ersichtlich, wie unbegründet, ja sogar einfach unernst die von den „Fracy“ gelegentlich unternommenen Versuche sind, die Meinungsverschiedenheiten zwischen uns und Rosa Luxemburg gegen die polnische Sozialdemokratie „auszuschlachten“. Die „Fracy“ sind keine proletarische, keine sozialistische, sondern eine kleinbürgerliche nationalistische Partei, eine Art polnischer Sozialrevolutionäre. Von einer Einheit der russischen Sozialdemokraten mit dieser Partei war nie die Rede und konnte es niemals sein. Dagegen hat kein russischer Sozialdemokrat die Annäherung und Vereinigung mit den polnischen Sozialdemokraten jemals „bereut“. Der polnischen Sozialdemokratie gebührt das gewaltige geschichtliche Verdienst, in dem durch und durch von nationalistischen Strömungen und Leidenschaften erfüllten Polen zum erstenmal eine wirklich marxistische, wirklich proletarische Partei zu schaffen. Aber dieses Verdienst der polnischen Sozialdemokraten ist ein großes Verdienst nicht dank dem Umstand, daß Rosa Luxemburg gegen den Paragraphen neun des Programms der russischen Marxisten Unsinn geredet hat, sondern trotz diesem bedauerlichen Umstande.

Gewiß hat das „Selbstbestimmungsrecht“ für die polnischen Sozialdemokraten nicht so große Bedeutung wie für die russischen. Es ist vollkommen begreiflich, daß der Kampf gegen das nationalistisch verblendete Kleinbürgertum Polens die polnischen Sozialdemokraten zwang, mit besonderem (manchmal vielleicht mit etwas übermäßigem) Eifer den „Bogen zu überspannen“. Keinem einzigen russischen Marxisten ist es je in den Sinn gekommen, den polnischen Sozialdemokraten einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie gegen die Lostrennung Polens sind. Einen Fehler begehen diese Sozialdemokraten nur dann, wenn sie — wie Rosa Luxemburg — zu bestreiten suchen, daß das Programm der Marxisten Rußlands die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes enthalten muß.

Das heißt, im Grunde genommen, Beziehungen, die unter dem Krakauer Gesichtswinkel begreiflich sind, auf die Gesamtheit der Völker und Nationen Rußlands, einschließlich der Großrussen, anzuwenden. Das heißt, ein „umgestülpter polnischer Nationalist“, jedoch kein Sozialdemokrat sein, der auf dem gesamtrussischen, dem internationalen Standpunkt steht.

Denn die internationale Sozialdemokratie steht gerade auf dem Boden der Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung. Dem wollen wir uns jetzt zuwenden.

7. DIE RESOLUTION DES LONDONER INTERNATIONALEN KONGRESSES VON 1896

Diese Resolution lautet:

„Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Afbeitem jedes Landes sympathisiert, das gegenwärtig unter dem Joche des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Überwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.“*

Wie wir schon aufgezeigt haben, kennen unsere Opportunisten, die Herren Semkowski, Libman, Jurkewitsch, diesen Beschluß einfach nicht. Rosa Luxemburg aber kennt ihn und führt ihn in vollem Wort-

* Vgl. den offiziellen deutschen Bericht über den Londoner Kongreß: „Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses zu London vom 27. Juli bis 1. August 1896“, Berlin 1896, S. 18. Es gibt eine russische Broschüre mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse, wo anstatt „Selbstbestimmung“ fälschlich „Autonomie“ übersetzt ist.

laut an, in dem der gleiche Ausdruck enthalten ist wie in unserem Programm: „Selbstbestimmung“.

Es fragt sich also, wie Rosa Luxemburg dieses Hindernis beseitigt, das ihrer „originellen“ Theorie im Wege steht?

Nun, ganz einfach: ... der Schwerpunkt liege hier im zweiten Teil der Resolution ... ihr deklarativer Charakter ... nur aus Mißverständnis könne man sich auf sie berufen!!

Die Hilflosigkeit und Kopfflosigkeit unserer Verfasserin sind einfach erstaunlich! Gewöhnlich weisen auf den deklarativen Charakter konsequent demokratischer und sozialistischer Programmpunkte nur Opportunisten hin, die einer direkten Polemik gegen sie feige ausweichen. Offenbar befindet sich Rosa Luxemburg diesmal nicht umsonst in der traurigen Gesellschaft der Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch. Rosa Luxemburg kann sich nicht entschließen, geradeheraus zu erklären, ob sie die angeführte Resolution für richtig oder für falsch hält. Sie windet und versteckt sich, als rechnet sie auf einen unaufmerksamen und unwissenden Leser, der den ersten Teil der Resolution vergißt, sobald er beim zweiten angekommen ist, oder von den Debatten in der sozialistischen Presse vor dem Londoner Kongreß niemals etwas gehört hat.

Aber Rosa Luxemburg irrt sich sehr, wenn sie sich einbildet, daß es ihr vor den klassenbewußten Arbeitern Rußlands so leicht gelingen wird, eine Resolution der Internationale zu einer wichtigen grundsätzlichen Frage mit Füßen zu treten, ohne auch nur zu geruhen, sie kritisch zu untersuchen.

In den Debatten vor dem Londoner Kongreß — hauptsächlich in den Spalten der Zeitschrift der deutschen Marxisten, „Die Neue Zeit“ — ist der Standpunkt Rosa Luxemburgs dargelegt worden, und *dieser Standpunkt hat vor der Internationale im wesentlichen eine Niederlage erlitten!* Darin liegt das Wesen der Sache, das insbesondere der russische Leser im Auge behalten muß.

Den Anlaß zu den Debatten bildete die Frage der Unabhängigkeit Polens. Drei Standpunkte wurden vertreten:

1. Der Standpunkt der „Fracy“, in deren Namen Häcker auftrat. Sie wollten, daß die Internationale in *ihrem* Programm die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens anerkenne. Dieser Vorschlag wurde nicht angenommen. Dieser Standpunkt erlitt vor der Internationale eine Niederlage.

2. Der Standpunkt Rosa Luxemburgs: die polnischen Sozialisten sollen die Unabhängigkeit Polens nicht fordern. Von einer Verkündung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen konnte von diesem

Standpunkt aus nicht einmal die Rede sein. Auch dieser Standpunkt erlitt vor der Internationale eine Niederlage.

3. Der Standpunkt, den damals am ausführlichsten Karl Kautsky entwickelte, der Rosa Luxemburg entgegentrat und die extreme „Einseitigkeit“ ihres Materialismus nachwies. Von diesem Standpunkt aus könne die Internationale heute die Unabhängigkeit Polens nicht in ihr Programm aufnehmen, aber die polnischen Sozialisten — sagte Kautsky — könnten eine derartige Forderung durchaus aufstellen. Vom sozialistischen Standpunkt aus sei es absolut falsch, unter den Verhältnissen einer nationalen Unterdrückung die Aufgaben der nationalen Befreiung zu ignorieren.

In der Resolution der Internationale sind denn auch die wesentlichsten, grundlegendsten Leitsätze dieses Standpunktes wiedergegeben: einerseits die ganz offene und unmißverständliche Anerkennung des vollen Selbstbestimmungsrechts für alle Nationen; andererseits werden die Arbeiter ebenso unzweideutig zur *internationalen* Einheit ihres Klassenkampfes aufgefordert.

Wir glauben, daß diese Resolution absolut richtig ist und daß für die Länder Osteuropas und Asiens am Anfang des 20. Jahrhunderts eben diese Resolution, und zwar ihre beiden Teile in unlösbarem Zusammenhang genommen, der proletarischen Klassenpolitik in der nationalen Frage die einzig richtige Direktive gibt.

Gehen wir etwas ausführlicher auf die drei obenangeführten Standpunkte ein.

Bekanntlich waren Karl Marx und Friedrich Engels der Auffassung, daß es die unbedingte Pflicht der gesamten westeuropäischen Demokratie und um so mehr der Sozialdemokratie ist, die Forderung nach der Unabhängigkeit Polens aktiv zu unterstützen. Für die vierziger und sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, die Epoche der bürgerlichen Revolution in Österreich und Deutschland, die Epoche der „Bauernreform“ in Rußland, war dieser Standpunkt durchaus richtig und der einzige konsequent demokratische und proletarische Standpunkt. Solange die Volksmassen Rußlands und der meisten slawischen Länder noch in lethargischem Schlaf lagen, solange es in diesen Ländern *keine* selbständigen demokratischen Massenbewegungen gab, solange hatte die Befreiungsbewegung der *Schlachtschützen* in Polen, vom Standpunkte nicht nur der gesamtrussischen, nicht nur der gesamt-slawischen, sondern auch der gesamteuropäischen Demokratie aus gesehen, riesige, erstrangige Bedeutung.*

* Es wäre eine sehr interessante historische Arbeit, einen Vergleich zu ziehen zwischen dem Standpunkt eines polnischen aufständischen Schlachtschützen von 1863, 45*

War dieser Marx'sche Standpunkt für das zweite Drittel oder das dritte Viertel des 19. Jahrhunderts völlig richtig, so hat er jedoch gegen das 20. Jahrhundert zu aufgehört, richtig zu sein. In den meisten slawischen Ländern und sogar in einem der rückständigsten slawischen Länder, in Rußland, sind selbständige demokratische Bewegungen und sogar eine selbständige proletarische Bewegung erwacht. Das Polen der Schlachtschützen ist abgetreten und hat einem Polen der Kapitalisten Platz gemacht. Unter diesen Umständen mußte Polen seine *ausschließliche* revolutionäre Bedeutung verlieren.

Wenn die PPS (die „Polnische Sozialistische Partei“, die heutigen „Fracy“) im Jahre 1896 versuchte, Marxens Standpunkt *aus einer anderen Epoche* zu „verewigen“, so hieß das bereits den *Buchstaben* des Marxismus gegen den *Geist* des Marxismus auszuspielen. Daher waren die polnischen Sozialdemokraten durchaus im Recht, als sie gegen die nationallistischen Leidenschaften des polnischen Kleinbürgertums auftraten, die zweitrangige Bedeutung der nationalen Frage für die polnischen Arbeiter aufzeigten, zum erstenmal eine rein proletarische Partei in Polen schufen und das überragend wichtige Prinzip des engsten Bündnisses des polnischen mit dem russischen Arbeiter in ihrem Klassenkampfe verkündeten.

Bedeutete das aber, daß die Internationale am Anfang des 20. Jahrhunderts für Osteuropa und Asien das Prinzip der politischen Selbstbestimmung der Nationen, ihr Recht auf Lostrennung, als überflüssig erklären durfte? Das wäre eine ungeheure Absurdität gewesen, die (theoretisch) gleichbedeutend damit gewesen wäre, die bürgerlich-demokratische Umgestaltung des türkischen, russischen, chinesischen Staates als abgeschlossen anzuerkennen, die (praktisch) einem Opportunismus gegenüber dem Absolutismus gleichgekommen wäre.

Nein. In Osteuropa und Asien, in der Epoche der bereits begonnenen bürgerlich-demokratischen Revolutionen, in der Epoche des Erwachens und der Verschärfung der nationalen Bewegungen, in der Epoche des Entstehens selbständiger proletarischer Parteien, muß

dem Standpunkt des russischen revolutionären Demokraten Tschernyschewski, der auch (gleich Marx) die Bedeutung der polnischen Bewegung einzuschätzen wußte, und schließlich der Stellung des viel später hervorgetretenen ukrainischen Kleinbürgers Dragomanow, der den Standpunkt jenes Bauern zum Ausdruck brachte, der noch so barbarisch, verschlafen, so mit seinem Misthaufen verwachsen war, daß er aus berechtigtem Haß gegen den polnischen Pan die Bedeutung des Kampfes dieser Pans für die gesamtrussische Demokratie nicht begreifen konnte. (Vgl. „Das historische Polen und die gesamtrussische Demokratie“ von Dragomanow.) Dragomanow hat die verzückten Küsse durchaus verdient, mit denen ihn späterhin der schon zum Nationalliberalen gewordene Herr P. B. Struve belohnte.

die Aufgabe dieser Parteien in der nationalen Politik eine zweifache sein: Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes für alle Nationen, denn die bürgerlich-demokratische Umgestaltung ist noch nicht abgeschlossen, denn die Arbeiterdemokratie verfißt konsequent, ernsthaft und aufrichtig, nicht auf liberale, nicht auf Kokoschkinsche Art, die Gleichberechtigung der Nationen — und engstes unzertrennliches Bündnis im Klassenkampf der Proletarier aller in einem gegebenen Staate lebenden Nationen bei allen und jeglichen Wendungen in der Geschichte dieses Staates, bei allen und jeglichen Veränderungen der Grenzen einzelner Staaten durch die Bourgeoisie.

Eben diese zweifache Aufgabe des Proletariats wird in der Resolution der Internationale von 1896 formuliert. Eben dieser Art ist, in ihren prinzipiellen Grundzügen, die Resolution der Sommerberatung der russischen Marxisten von 1913. Es gibt Leute, denen es „widerspruchsvoll“ erscheint, daß diese Resolution in ihrem vierten Punkte, wo das Recht auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung anerkannt wird, dem Nationalismus sozusagen ein Maximum „einräumt“ (in Wirklichkeit enthält die Anerkennung des *Rechtes aller Nationen auf Selbstbestimmung* ein Maximum an *Demokratismus* und ein Minimum an Nationalismus), im fünften Punkte aber die Arbeiter vor den nationalistischen Losungen warnt, von welcher Bourgeoisie sie auch kommen mögen, und die Vereinigung und Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen in international einheitlichen proletarischen Organisationen fordert. Hier einen „Widerspruch“ zu entdecken, das vermögen nur ausgemachte Flackköpfe, unfähig beispielsweise zu begreifen, warum die Einheit und Klassensolidarität der schwedischen und norwegischen Arbeiter *gewonnen* hat, als die schwedischen Arbeiter für die Freiheit Norwegens, sich als selbständiger Staat loszutrennen, eintraten.

8. DER UTOPIST KARL MARX UND DIE PRAKTISCHE ROSA LUXEMBURG

Rosa Luxemburg, die die Unabhängigkeit Polens für eine „Utopie“ erklärt und dies bis zum Überdruß oft wiederholt, ruft dabei ironisch aus: Warum wird nicht die Forderung der Unabhängigkeit Irlands aufgestellt?

Offenbar ist der „praktischen“ Rosa Luxemburg unbekannt, wie sich Karl Marx zur Frage der Unabhängigkeit Irlands verhalten hat. Es lohnt sich, darauf einzugehen, um die Analyse einer *konkreten*

Forderung auf nationale Unabhängigkeit vom wirklich marxistischen und nicht ökonomistischen Standpunkt aus zu zeigen.

Marx hatte die Gewohnheit, den ihm bekannten Sozialisten, wie er sich ausdrückte, „auf den Zahn zu fühlen“, sie auf ihre Zielklarheit und Überzeugungstreue zu prüfen. Nachdem er Lopatin kennen gelernt hat, schreibt er am 5. Juli 1870 an Engels ein im höchsten Grade schmeichelhaftes Urteil über den jungen russischen Sozialisten, fügt dem jedoch hinzu:

„Schwacher Punkt: *Polen*. Hier spricht er ganz wie ein Engländer — say an English chartist of the old school* — von Irland.“

Marx fragt einen Sozialisten, der einer Unterdrückernation angehört, über seine Stellung zu der unterdrückten Nation aus und legt sofort den Fehler bloß, der den Sozialisten der herrschenden Nationen (der englischen und der russischen) *gemeinsam* ist: das Unverständnis für ihre sozialistischen Pflichten gegenüber den unterdrückten Nationen, das Wiederkäuen von Vorurteilen, die von der „Großmächts“-Bourgeoisie übernommen sind.

Ehe wir uns den positiven Erklärungen Marxens über Irland zuwenden, muß vorausgeschickt werden, daß sich Marx und Engels zur nationalen Frage allgemein streng kritisch verhielten, ihre bedingt historische Bedeutung einzuschätzen wußten. So schrieb Engels am 23. Mai 1851 an Marx, daß er durch das Studium der Geschichte zu pessimistischen Schlüssen hinsichtlich Polens gekommen sei, daß Polen zeitweilig, nur bis zur Agrarrevolution in Rußland von Bedeutung sei. Die Rolle der Polen in der Geschichte sei — „tapfre krakeelsüchtige Dummheit“ zu spielen. „Auch nicht ein einziger Moment ist anzugeben, wo Polen, selbst nur gegen Rußland, den Fortschritt mit Erfolg repräsentierte oder irgend etwas von historischer Bedeutung tat.“ In Rußland gebe es viel mehr Elemente der Zivilisation, der Bildung, der Industrie, der Bourgeoisie als in dem „chevaleresk-bärenhäuternden Polen“. „Was ist Warschau und Krakau gegen Petersburg, Moskau, Odessa usw.!“ Engels glaubt nicht an den Erfolg polnischer Adelsinsurrektionen.

Aber alle diese Gedanken, in denen so viel genialer Weitblick steckt, haben Engels und Marx nicht im geringsten gehindert, zwölf Jahre später, als Rußland immer noch schlief, Polen aber brodelte, den tiefsten und glühendsten Anteil an der polnischen Bewegung zu nehmen.

Im Jahre 1864, als Marx die Inauguraladresse für die Inter-

* etwa wie ein englischer Chartist der alten Schule. *Der Übers.*

nationale verfaßte, schrieb er an Engels (am 4. November 1864), daß man gegen den Nationalismus Mazzinis kämpfen müsse. Marx schreibt: „Soweit in der Adresse International Politics* vorkommt, spreche ich von countries**, nicht von nationalities*** und denunziere Rußland, nicht die minores gentium****.“ Es unterlag für Marx keinem Zweifel, daß im Vergleich mit der „Arbeiterfrage“ die nationale Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Aber von einer Ignorierung der nationalen Bewegung ist seine Theorie himmelweit entfernt.

Es kam das Jahr 1866. Marx schreibt an Engels über die „Proudhonclique“ in Paris: sie „erklärt ... Nationalitäten für Unsinn, attackiert Bismarck und Garibaldi usw. Als Polemik gegen den Chauvinismus ist ihr Treiben nützlich und erklärlich. Aber als Proudhongläubige (meine hiesigen sehr guten Freunde Lafargue und Longuet gehören auch dazu), die meinen, ganz Europa müsse und werde still auf dem Arsch sitzen, bis die Härren in Frankreich ‚La misère et l'ignorance‘† abgeschafft, ... sind sie grotesk.“ (Brief vom 7. Juni 1866.)

„Gestern“, schreibt Marx am 20. Juni 1866, „war im International Council †† Debatte über die jetzige Kriegssache ... Die Diskussion was wound up †††, wie vorherzusehn, mit der ‚question of nationality‘ †††† überhaupt und der Stellung, die wir dazu einzunehmen ... Übrigens rückten die (Nichtarbeiter) Repräsentanten der ‚jeune France‘ †* damit heraus, daß alle Nationalität und Nationen selbst ‚des préjugés surannés‘ †** sind. Proudhonistischer Stirnerianismus ... die ganze Welt wartet, bis die Franzosen reif sind, eine soziale Revolution zu machen ... Die Engländer lachten sehr, als ich meinen speech †*** damit eröffnete, daß unser Freund Lafargue etc., der die Nationalitäten abgeschafft hat, uns ‚französisch‘, i. e. in einer Sprache angedet, die $\frac{9}{10}$ des Auditoriums nicht verstand. Ich deutete weiter an, daß gänzlich unbewußt er unter Negation der Nationalitäten ihre Absorption in die französische Musternation zu verstehn scheine.“

* internationale Politik. Der Übers.

** Ländern. Der Übers.

*** Nationalitäten. Der Übers.

**** kleineren Völker. Der Übers.

† „Das Elend und die Unwissenheit“. Der Übers.

†† Generalrat der Internationale. Der Übers.

††† wurde abgeschlossen. Der Übers.

†††† „Nationalitätenfrage“. Der Übers.

†* des „jungen Frankreich“. Der Übers.

†** „veraltete Vorurteile“. Der Übers.

†*** meine Rede. Der Übers.

Die Schlußfolgerung aus allen diesen kritischen Bemerkungen Marxens ist klar: die Arbeiterklasse darf am allerwenigsten aus der nationalen Frage einen Fetisch machen, denn die Entwicklung des Kapitalismus erweckt nicht unbedingt *alle* Nationen zu selbständigem Leben. Sich aber, wenn nationale Massenbewegungen einmal entstanden sind, von ihnen abwenden, auf eine Unterstützung des Fortschrittlichen in ihnen verzichten, hieße in Wirklichkeit *nationalistischen* Vorurteilen unterliegen, nämlich: in der „eigenen“ Nation die „Muster-nation“ sehen (oder, fügen wir von uns aus hinzu, die Nation, die das ausschließliche Privileg auf staatliche Konstituierung besitzt).*

Aber kehren wir zur Frage Irland zurück.

Am klarsten kommt Marxens Stellungnahme zu dieser Frage in folgenden Zitaten aus seinen Briefen zum Ausdruck:

„Diese Demonstration der englischen Arbeiter für Fenianism¹⁷⁸ habe ich auf alle Art zu provozieren gesucht ... Ich habe früher Trennung Irlands von England für unmöglich gehalten. Ich halte sie jetzt für unvermeidlich, obgleich nach der Trennung Federation** kommen mag.“ Das schrieb Marx im Brief an Engels vom 2. November 1867.

Im Briefe vom 30. November desselben Jahres fügte er hinzu:

„... Was sollen *wir* den *englischen* Arbeitern raten? Nach meiner Ansicht müssen sie *Repeal*** der Union*“ (Irlands mit England, d. h. die Lostrennung Irlands von England****) „(kurz den *Witz von 1783*, nur demokratisiert und den Zeitumständen angepaßt) zu einem Artikel ihres Pronunziamento† machen. Es ist dies die einzig *legale* und daher einzig mögliche Form der irischen Emanzipation, die in das Programm einer *englischen* Partei aufgenommen werden kann. Die Erfahrung muß später zeigen, ob die bloße Personalunion zwischen den 2 Ländern fortexistieren könnte ...

Was die Irländer brauchen, ist:

1. Selbstregierung und Unabhängigkeit von England.
2. Agrarische Revolution ...“

Marx, der der irischen Frage ungeheure Wichtigkeit beimaß, hielt

* Vgl. noch Marxens Brief an Engels vom 3. Juni 1867: „Mit wahrem Vergnügen aus der Pariser Korrespondenz der *Times* die polenfreundlichen Exklamationen der Pariser *wider Alex[ander]* etc. erschn. Herr Proudhon und seine kleine doktrinäre Clique sind nicht das French People [französische Volk].“

** Föderation. *Der Übers.*

*** Aufhebung. *Der Übers.*

**** Von Lenin hinzugefügt. *Der Übers.*

† Kampfprogramms. *Der Übers.*

in einem Londoner deutschen Arbeiterverein einen anderthalbstündigen Vortrag über dieses Thema. (Brief vom 17. Dezember 1867.)

Engels erwähnt in seinem Brief vom 20. November 1868 den „Haß gegen die *Irländer* unter den englischen Arbeitern“ und fast ein Jahr später (24. Oktober 1869) schreibt er, auf dasselbe Thema zurückkommend:

„Von Irland nach Rußland il n'y a qu'un pas* ... An der irischen Geschichte kann man sehen, welch ein Pech es für ein Volk ist, wenn es ein andres unterjocht hat. Alle englischen Schweinereien haben ihren Ursprung in der irischen Pale**. Die Cromwellsche Zeit muß ich noch oxsen, so viel aber scheint mir gewiß, daß die Sache auch in England eine andre Wendung genommen, wenn nicht in Irland die Notwendigkeit gewesen, militärisch zu herrschen und eine neue Aristokratie zu schaffen.“

Erwähnen wir heiläufig noch den Brief von Marx an Engels vom 18. August 1869.

„In Posen ... haben die *polnischen* Arbeiter (Zimmerleute etc.) siegreich einen strike*** beendet durch Hilfe ihrer Berliner Kollegen. Dieser Kampf gegen Monsieur le Capital — selbst in der untergeordneten Form des strike — wird anders mit den nationalen Vorurteilen fertig als die Friedensdeklamationen der Herrn Bourgeois.“

Die von Marx in der Internationale vertretene Politik in der irischen Frage läßt sich aus folgendem ersehen:

Am 18. November 1869 schreibt Marx an Engels, daß er im Generalrat der Internationale eine Rede von ungefähr fünf Viertelstunden über das Verhalten des britischen Ministeriums zur irischen Amnestiefrage gehalten und dazu die folgende Resolution vorgeschlagen habe:

„Beschlossen,
daß in seiner Antwort auf die irischen Forderungen nach Freilassung der eingekerkerten irischen Patrioten ... Herr Gladstone die irische Nation bewußt beleidigt; daß er die politische Amnestie an Bedingungen knüpft, die gleicherweise erniedrigend für die Opfer der Mißregierung wie für das Volk sind, dem sie angehören; daß er, der, seiner verantwortlichen Stellung ins Gesicht schlagend, der Rebellion der amerikanischen Sklavenhalter öffentlich und begeistert Beifall gespendet hat, jetzt auftritt, dem irischen Volk die Doktrin der passiven Unterwerfung zu predigen; daß sein ganzes Verhalten in bezug auf die irische Amnestiefrage das wahre und echte Produkt jener ‚Eroberungspolitik‘ ist, durch deren heftige Brandmarkung Herr Gladstone seine konservativen Rivalen aus dem Amt gedrängt hat;
daß der Generalrat der ‚Internationalen Arbeiterassoziation‘ seiner Bewunderung

* ist nur ein Schritt. *Der Übers.*

** Der von den Engländern zuerst unterworfenen Teil Irlands. *Der Übers.*

*** Streik. *Der Übers.*

Ausdruck gibt für die tapfere, entschlossene und hochherzige Art, in der das irische Volk seine Amnestiebewegung führt;

daß diese Resolutionen allen Zweigorganisationen der ‚Internationalen Arbeiterassoziation‘ und allen mit ihr in Verbindung stehenden Arbeiterorganisationen in Europa und Amerika zur Kenntnis gebracht werden sollen.“

Am 10. Dezember 1869 schreibt Marx, er werde die irische Sache im Generalrat der Internationale in folgender Art vorbringen:

„... daß, ganz abgesehen von aller ‚internationalen‘ und ‚humanen‘ *justice for Ireland**-Phrase — die sich im *international council* von selbst versteht —, es das direkte absolute Interesse der *English Working Class*** ist, *to get rid of their present connexion with Ireland****. Und dies ist meine vollste Überzeugung, und aus Gründen, die ich teilweise den englischen Arbeitern selbst nicht mitteilen kann. Ich habe lange geglaubt, es sei möglich, das irische Regime durch *English Working Class ascendancy***** zu stürzen. Ich habe stets diese Ansicht in der *New York Tribune*“ (amerikanische Zeitung, an der Marx lange Zeit mitarbeitete) „vertreten. Tieferes Studium hat mich nun vom Gegenteil überzeugt. Die englische Working Class wird *nie was ausrichten*, before it has got rid of Ireland ... †† Die englische Reaktion in England“ wurzelt „in der Unterjochung Irlands.“ (Hervorhebungen von Marx.)

Jetzt dürfte den Lesern Marxens Politik in der irischen Frage völlig klar sein.

Der „Utopist“ Marx ist so „unpraktisch“, für die Lostrennung Irlands einzutreten, die auch ein halbes Jahrhundert später nicht verwirklicht ist. Wodurch wurde nun diese Politik Marxens hervorgerufen, und war sie nicht ein Fehler?

Anfangs hatte Marx geglaubt, daß nicht die nationale Bewegung der unterdrückten Nation, sondern die Arbeiterbewegung in der unterdrückenden Nation Irland befreien werde. Marx macht aus den nationalen Bewegungen nichts Absolutes, denn er weiß, daß nur der Sieg der Arbeiterklasse die volle Befreiung aller Nationalitäten bringen kann. Im voraus alle möglichen Wechselbeziehungen zwischen den bürgerlichen Befreiungsbewegungen der unterdrückten Nationen und der proletarischen Freiheitsbewegung in der unterdrückenden Nation in Betracht zu ziehen (gerade das Problem, das die nationale Frage im heutigen Rußland so schwierig macht), ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Umstände fügten sich jedoch so, daß die englische Arbeiterklasse auf recht lange Zeit unter den Einfluß der Liberalen geriet,

* Gerechtigkeit für Irland. *Der Übers.*

** englischen Arbeiterklasse. *Der Übers.*

*** von ihrer gegenwärtigen Verbindung mit Irland loszukommen. *Der Übers.*

**** Aufstieg der englischen Arbeiterklasse. *Der Übers.*

† Von Lenin hinzugefügt. *Der Übers.*

†† bevor sie Irland nicht losgeworden ist. *Der Übers.*

ihr Nachtrab wurde und sich durch eine liberale Arbeiterpolitik selbst enthauptete. Die bürgerliche Befreiungsbewegung in Irland erstarkte und nahm revolutionäre Formen an. Marx überprüft seine Auffassung und berichtigt sie. „Welch ein Pech ist es für ein Volk, wenn es ein anderes unterjocht hat.“ Die Arbeiterklasse Englands wird sich nicht befreien, solange Irland nicht von der englischen Unterdrückung befreit ist! Die Reaktion in England wird gestärkt und genährt durch die Versklavung Irlands (wie die Reaktion in Rußland durch die Versklavung einer Reihe von Nationen genährt wird!).

Marx, der in der Internationale eine Sympathieresolution für die „irische Nation“, das „irische Volk“ zur Annahme bringt (der gescheite L. Wl. hätte den armen Marx wahrscheinlich in Grund und Boden verdonnert, weil er den Klassenkampf vergesse!), propagiert die *Lostrennung* Irlands von England, „obgleich nach der Trennung Federation kommen mag“.

Welches sind die theoretischen Prämissen dieses Marxschen Schlusses? In England ist die bürgerliche Revolution im allgemeinen längst abgeschlossen. In Irland aber ist sie noch nicht beendet; sie wird erst jetzt, ein halbes Jahrhundert später, durch die Reformen der englischen Liberalen zu Ende geführt. Wäre der Kapitalismus in England so rasch gestürzt worden, wie Marx anfänglich erwartete, so hätte es in Irland für eine bürgerlich-demokratische, gesamt-nationale Bewegung keinen Raum gegeben. Nachdem sie aber einmal entstanden ist, gibt Marx den englischen Arbeitern den Rat, sie zu unterstützen, ihr einen revolutionären Anstoß zu geben und sie im Interesse *ihrer eigenen* Freiheit zu Ende zu führen.

Der ökonomische Zusammenhang Irlands mit England in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts war gewiß noch enger als der Zusammenhang Rußlands mit Polen, der Ukraine usw. Das „Unpraktische“ und die „Undurchführbarkeit“ einer *Lostrennung* Irlands (allein schon infolge der geographischen Verhältnisse und infolge der unermeßlichen kolonialen Macht Englands) waren augenfällig. Obwohl grundsätzlicher Gegner des Föderalismus, will Marx in diesem Falle sogar einer Föderation* zustimmen, *wenn nur die*

* Übrigens ist leicht zu begreifen, weshalb vom sozialdemokratischen Standpunkte aus unter Recht der Nationen auf „Selbstbestimmung“ weder eine Föderation noch Autonomie verstanden werden kann (obwohl, abstrakt gesprochen, das eine sowohl wie das andere unter den Begriff „Selbstbestimmung“ fällt). Recht auf Föderation ist überhaupt Unsinn, denn eine Föderation ist ein Vertrag zwischen zwei Partnern. Die Marxisten können unmöglich die Verteidigung des Föderalismus schlechthin in ihr Programm aufnehmen; davon kann gar nicht die Rede sein. Was die Autonomie

Befreiung Irlands nicht auf reformistischem, sondern auf revolutionärem Wege erfolge, kraft der Bewegung der Volksmassen in Irland, unterstützt von der englischen Arbeiterklasse. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nur eine solche Lösung der geschichtlichen Aufgabe für die Interessen des Proletariats und eine schnelle gesellschaftliche Entwicklung am günstigsten wäre.

Es kam anders. Sowohl das irische Volk als auch das englische Proletariat erwiesen sich als zu schwach. Erst jetzt wird die irische Frage in einem kläglichen Schacher der englischen Liberalen mit der irischen Bourgeoisie *gelöst* (und das Beispiel Ulsters zeigt, wie schwer das geht) durch eine Bodenreform (mit Loskauf) und eine (bis jetzt noch nicht eingeführte) Autonomie. Was heißt das? Folgt daraus etwa, daß Marx und Engels „Utopisten“ waren, daß sie „unerfüllbare“ nationale Forderungen stellten, daß sie dem Einfluß der irischen kleinbürgerlichen Nationalisten unterlagen (der kleinbürgerliche Charakter der Fenierbewegung ist nicht zu bezweifeln) usw.?

Nein. Marx und Engels betrieben auch in der irischen Frage eine konsequent proletarische Politik, die die Massen wirklich im Geist des Demokratismus und Sozialismus erzog. Nur diese Politik war geeignet, es sowohl Irland als auch England zu ersparen, daß die notwendigen Umgestaltungen ein halbes Jahrhundert verschleppt und durch die Liberalen der Reaktion zuliebe verunstaltet wurden.

Die Politik von Marx und Engels in der irischen Frage hat ein höchst bedeutsames Beispiel, das bis auf den heutigen Tag riesige *praktische* Bedeutung bewahrt hat, dafür gegeben, wie sich das Proletariat der unterdrückenden Nationen zu nationalen Bewegungen zu verhalten hat; sie hat eine Warnung vor jener „knechtischen Eilfertigkeit“ gegeben, mit der die Spießbürger aller Länder, Hautfarben und Sprachen bereit sind, jede Veränderung der Staatsgrenzen als „utopisch“ zu bezeichnen, die durch die Gewalttaten und die Privilegien der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie *einer* Nation gezogen worden sind.

Hätte das irische und das englische Proletariat die Marxsche Politik nicht angenommen, die Lostrennung Irlands nicht als ihre Lösung aufgestellt, so wäre das ihrerseits der schlimmste Opportunismus, ein Vergessen der Aufgaben eines Demokraten und Sozialisten, eine Konzession an die *englische* Reaktion und Bourgeoisie gewesen.

anbelangt, so verteidigen die Marxisten nicht das „Recht auf“ Autonomie, sondern die Autonomie *selbst* als allgemeines, universales Prinzip eines demokratischen Staates mit bunter nationaler Zusammensetzung und schroffen Unterschieden in den geographischen u. a. Verhältnissen. Daher wäre es ebenso unsinnig, das „Recht der Nationen auf Autonomie“ wie das „Recht der Nationen auf Föderation“ anzuerkennen.

9. DAS PROGRAMM VON 1903 UND SEINE LIQUIDATOREN

Das Protokoll des Parteitags von 1903, auf dem das Programm der russischen Marxisten angenommen wurde, ist zur größten Rarität geworden, und die übergroße Mehrheit der heutigen Funktionäre der Arbeiterbewegung kennt die Motive für die einzelnen Programmpunkte nicht (um so weniger, als bei weitem nicht alle darauf bezügliche Literatur sich der Wohltaten der Legalität erfreut ...). Deshalb ist es notwendig, darauf einzugehen, wie die uns interessierende Frage auf dem Parteitag von 1903 behandelt worden ist.

Wir bemerken vorweg, daß aus der russischen sozialdemokratischen Literatur über das „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“, wie dürftig sie auch sein mag, dennoch ganz klar zu ersehen ist, daß dieses Recht stets im Sinne des Rechtes auf Lostrennung verstanden wurde. Die Herren Semkowski, Libman und Jurkewitsch, die das bezweifeln, die den Paragraphen neun als „unklar“ bezeichnen usw., rasonieren nur aus krasser Unwissenheit oder Leichtfertigkeit über „Unklarheit“. Schon im Jahre 1902 schrieb Plechanow in der „Sarja“, als er für das „Selbstbestimmungsrecht“ im Programmentwurf eintrat, daß diese Forderung unverbindlich für die bürgerlichen Demokraten, „für die Sozialdemokraten *verbindlich*“ sei. „Ließen wir sie außer acht oder könnten wir uns nicht entschließen, sie zu erheben“, schrieb Plechanow, „aus Furcht, die nationalen Vorurteile unserer Zeitgenossen großrussischer Nation zu verletzen, so würde der Ruf ‚Proletarier aller Länder, vereinigt euch!‘ auf unseren Lippen zu einer schändlichen Lüge werden.“

Das ist eine sehr treffende Charakteristik des Hauptargumentes für den zur Erörterung stehenden Programmpunkt, so treffend, daß die „sich ihrer Herkunft nicht erinnernden“ Kritiker unseres Programms sie nicht umsonst stets ängstlich umgingen und umgehen. Ein Verzicht auf diesen Programmpunkt, welche Motive man dafür auch vorschützen möge, bedeutet *in Wirklichkeit* ein „schändliches“ Zugeständnis an den *großrussischen* Nationalismus. Warum an den großrussischen, wo doch vom Selbstbestimmungsrecht *aller* Nationen die Rede ist? Weil es sich um die Lostrennung *von* den Großrussen handelt. Um der *Vereinigung der Proletarier* willen, um ihrer Klassen-solidarität willen ist die Anerkennung des Rechtes *der Nationen* auf *Lostrennung* erforderlich — das ist es, was Plechanow vor vierzehn Jahren in den zitierten Worten anerkannt hat; hätten unsere Opportunisten sich darüber Gedanken gemacht, so hätten sie wahrscheinlich nicht so viel Unsinn über die Selbstbestimmung geredet.

Auf dem Parteitag von 1903, wo dieser von Plechanow verteidigte Programmwurf bestätigt wurde, konzentrierte sich die Hauptarbeit in der *Programmkommission*. In ihr wurde leider kein Protokoll geführt. Und gerade in diesem Punkte wäre das Protokoll besonders interessant, denn *nur* in der Kommission versuchten die Vertreter der polnischen Sozialdemokraten, Warszewski und Hanecki, ihre Auffassungen zu vertreten und die „Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes“ anzufechten. Wollte ein Leser ihre Argumente (dargelegt in der Rede Warszewskis sowie in seiner und Haneckis Erklärung, S. 134—136 und S. 388—390 des Parteitagsprotokolls) mit den Argumenten Rosa Luxemburgs in ihrem von uns untersuchten polnischen Artikel vergleichen, so würde er finden, daß sie vollkommen identisch sind.

Wie wurden diese Argumente von der Programmkommission des II. Parteitags bewertet, in der vor allem Plechanow den polnischen Marxisten entgegentrat? Man hat diese Argumente grausam verspottet! Wie töricht das Ansinnen an die *russischen* Marxisten war, die Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung zu streichen, das wurde so klar und einleuchtend dargetan, daß die polnischen Marxisten *sich nicht einmal entschlossen, ihre Argumente vor dem Plenum des Parteitags zu wiederholen!!* Nachdem sie sich von der Hoffungslosigkeit ihrer Stellung vor dem höchsten Forum der Marxisten, der großrussischen wie jüdischen, georgischen und armenischen, überzeugt hatten, verließen sie den Parteitag.

Diese historische Episode ist selbstverständlich für jeden von sehr großer Bedeutung, der sich für *sein* Programm ernsthaft interessiert. Die vernichtende Widerlegung der Argumente der polnischen Marxisten in der Programmkommission des Parteitags und ihr Verzicht auf jeden Versuch, ihre Ansichten vor dem Plenum des Parteitags zu vertreten, sind eine außerordentlich kennzeichnende Tatsache. Nicht ohne Grund hat sich Rosa Luxemburg in ihrem Aufsatz vom Jahre 1908 darüber „bescheiden“ ausgeschwiegen — die Erinnerung an den Parteitag war offensichtlich allzu peinlich! Sie schwieg auch von dem bis zur Lächerlichkeit verunglückten „Verbesserungs“-Antrag zu Paragraph neun des Programms, den Warszewski und Hanecki 1903 im Namen aller polnischen Marxisten gestellt hatten und den zu wiederholen sich weder Rosa Luxemburg noch andere polnische Sozialdemokraten je entschlossen haben (noch entschließen werden).

Hat aber Rosa Luxemburg, um ihre Niederlage vom Jahre 1903 zu verbergen, von diesen Tatsachen geschwiegen, so werden es sich diejenigen, die sich für die Geschichte ihrer Partei interessieren, an-

gelegen sein lassen, diese Tatsachen zu erfahren und ihre Bedeutung zu erfassen.

„... Wir beantragen“, schrieben Rosa Luxemburgs Freunde an den Parteitag von 1903, als sie ihn verließen, „dem 7. (jetzt 9.) Punkt des Programmwurfes folgende Fassung zu geben: Paragraph 7: *Einrichtungen, die allen dem Staatsverband angehörenden Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren.*“ (Protokoll, S. 390.)

Die polnischen Marxisten vertraten also damals derartig unbestimmte Auffassungen von der nationalen Frage, daß sie *statt* der Selbstbestimmung im Grunde genommen nichts anderes vorschlugen als ein Pseudonym für die berüchtigte „kulturell-nationale Autonomie“!

Das klingt fast unglaublich, ist aber leider eine Tatsache. Auf dem Parteitag selbst fand sich, obwohl es auf ihm 5 Bundisten mit 5 Stimmen und 3 Kaukasier mit 6 Stimmen gab, ohne die beratende Stimme Kostrows¹⁷⁹ zu rechnen, *nicht eine einzige* Stimme für die *Streichung* des Punktes über die Selbstbestimmung. Für eine Ergänzung dieses Punktes durch die „kulturell-nationale Autonomie“ (für die Formel Goldblatts: „Schaffung von Einrichtungen, die den Nationen volle Freiheit der kulturellen Entwicklung garantieren“) sprachen sich 3 und für die Libersche Formel („Recht auf Freiheit ihrer — der Nationen — kulturellen Entwicklung“) 4 Delegierte aus.

Jetzt, da eine russische liberale Partei, die Partei der Konstitutionellen Demokraten, auf der Bildfläche erschienen ist, wissen wir, daß in *ihrem* Programm die politische Selbstbestimmung der Nationen durch die „kulturelle Selbstbestimmung“ ersetzt ist. Die polnischen Freunde Rosa Luxemburgs, die gegen den Nationalismus der PPS „kämpften“, taten das also mit derartigem Erfolg, daß sie beantragten, das marxistische Programm durch ein *liberales* Programm zu ersetzen! Und dabei klagten sie unser Programm noch des Opportunismus an — ist es da verwunderlich, daß diese Anklage in der Programmkommission des II. Parteitags nur Gelächter hervorrief?!

In welchem Sinne wurde die „Selbstbestimmung“ von den Delegierten des II. Parteitags verstanden, unter denen sich, wie wir gesehen haben, *kein einziger* fand, der gegen die „Selbstbestimmung der Nationen“ gewesen wäre?

Davon legen die nachstehenden drei Zitate aus dem Protokoll Zeugnis ab:

„*Martynow* ist der Ansicht, daß man das Wort ‚Selbstbestimmung‘ nicht in weitem Sinne auslegen darf; es bedeutet nur das Recht der

Nationen auf Absonderung zu einer besonderen politischen Einheit, keineswegs aber eine Gebiets-Selbstverwaltung.“ (S. 171.) Martynow war Mitglied der Programmkommission, in der die Argumente der Freunde Rosa Luxemburgs widerlegt und verlacht worden sind. Seinen Auffassungen nach war Martynow damals „Ökonomist“, heftiger Gegner der „Iskra“, und ihm wäre, falls er eine von der Mehrheit der Programmkommission nicht geteilte Meinung geäußert hätte, natürlich widersprochen worden.

Als nach der Kommissionsarbeit der Paragraph 8 (jetzt Paragraph 9) des Programms auf dem Parteitag erörtert wurde, nahm als erster der Bundist Goldblatt das Wort.

„Gegen das ‚Selbstbestimmungsrecht‘“, sagte Goldblatt, „kann nichts eingewendet werden. Falls irgendeine Nation für die Selbstständigkeit kämpft, darf man sich dem nicht widersetzen. Wenn Polen keine Lust hat, eine gesetzliche Ehe mit Rußland einzugehen, so soll man es in Ruhe lassen, wie sich Genosse Plechanow ausgedrückt hat. In diesem Rahmen stimme ich dieser Meinung zu.“ (S. 175/76.)

Plechanow hat in der Plenarsitzung des Parteitags zu diesem Punkte überhaupt nicht das Wort genommen. Goldblatt bezieht sich auf Äußerungen Plechanows in der Programmkommission, wo das „Selbstbestimmungsrecht“ ausführlich und populär im Sinne des Rechts auf Lostrennung erläutert worden war. Liber, der nach Goldblatt sprach, bemerkte:

„Natürlich, wenn es für irgendeine Nationalität unerträglich ist, innerhalb der Grenzen Rußlands zu leben, so wird ihr die Partei keine Hindernisse bereiten.“ (S. 176.)

Der Leser sieht, daß es auf dem II. Parteitag, der das Programm angenommen hat, nur die eine Meinung gab, daß Selbstbestimmung „nur“ das Recht auf Lostrennung bedeutet. Sogar die Bundisten machten sich damals diese Wahrheit zu eigen, und nur in unserer traurigen Zeit der fortdauernden Konterrevolution und des „Los-sagens“ aller Art haben sich Leute gefunden, die mit dreister Ignoranz das Programm als „unklar“ bezeichnen. Aber bevor wir auf diese traurigen „Auch-Sozialdemokraten“ Zeit verwenden, wollen wir mit dem Verhalten der Polen zum Programm zu Ende kommen.

Zum II. Parteitag (1903) kamen sie mit einer Erklärung über die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Vereinigung. Sie verließen jedoch nach ihrem „Mißerfolg“ in der Programmkommission den Parteitag, und ihr *letztes Wort* war die schriftliche Erklärung, die im Parteitagprotokoll abgedruckt ist und den obenerwähnten Vorschlag

enthält, die Selbstbestimmung durch die kulturell-nationale Autonomie zu ersetzen.

Im Jahre 1906 traten die polnischen Marxisten in die Partei ein, dabei haben sie *niemals*, weder bei ihrem Eintritt noch später (weder auf dem Parteitag von 1907 noch auf den Konferenzen von 1907 und 1908 noch auf dem Plenum von 1910), auch nur einen einzigen Antrag auf Abänderung des Paragraphen neun des russischen Programms *eingebracht!!*

Das ist Tatsache.

Und diese Tatsache beweist deutlich, entgegen allen Phrasen und Beteuerungen, daß die Freunde Rosa Luxemburgs mit den Debatten in der Programmkommission des II. Parteitags und dem Beschluß dieses Parteitags die Frage als erschöpft betrachteten, daß sie schweigend ihren Fehler eingestanden und ihn wiedergutmachten, als sie im Jahre 1906, nachdem sie im Jahre 1903 den Parteitag verlassen hatten, in die Partei einträten, ohne jemals den Versuch zu machen, auf dem *Parteiwege* die Frage einer Revision des Paragraphen neun aufzurollen.

Rosa Luxemburgs Artikel, von ihr gezeichnet, ist im Jahre 1908 erschienen — selbstverständlich ist es keinem Menschen je in den Sinn gekommen, den Parteischriftstellern das Recht zur Kritik des Programms abzuspreehen —, und auch *nach* diesem Aufsatz hat *keine einzige* offizielle Instanz der polnischen Marxisten die Frage einer Revision des Paragraphen neun aufgeworfen.

Daher erweist Trotzki manchen Verehrern Rosa Luxemburgs einen wahren Bären dienst, wenn er in Nr. 2 der „Borba“ (März 1914) im Namen der Redaktion schreibt:

„... Die polnischen Marxisten sind der Ansicht, daß das ‚Recht auf nationale Selbstbestimmung‘ jedes politischen Gehalts bar und aus dem Parteiprogramm zu entfernen ist.“ (S. 25.)

Der dienstbeflissene Trotzki ist gefährlicher als ein Feind! *Nichts* anderem als „Privatgesprächen“ (d. h. einfach dem Klatsch, von dem Trotzki stets lebt) *konnte* er Beweise dafür entnehmen, daß die „polnischen Marxisten“ schlechthin für jeden Artikel Rosa Luxemburgs eintreten. Trotzki hat die „polnischen Marxisten“ als Leute ohne Ehre und Gewissen hingestellt, die nicht einmal ihre eigene Überzeugung und das Programm ihrer Partei zu achten wissen. Der dienstbeflissene Trotzki!

Als die Vertreter der polnischen Marxisten im Jahre 1903 *wegen* des Selbstbestimmungsrechtes den II. Parteitag verließen, *damals* hätte Trotzki sagen können, daß sie der Auffassung waren, dieses Recht sei jedes Gehalts bar und aus dem Programm zu entfernen.

Hernach aber sind die polnischen Marxisten in die Partei eingetreten, die ein solches Programm hat, und haben niemals einen Antrag auf seine Revision eingebracht.*

Warum hat Trotzki diese Tatsachen den Lesern seiner Zeitschrift verschwiegen? Nur weil es für ihn vorteilhaft ist, auf die Schürung der Meinungsverschiedenheiten zwischen den polnischen und russischen Gegnern des Liquidatorentums zu spekulieren und die russischen Arbeiter in der Programmfrage zu betrügen.

Noch niemals, in keiner einzigen bedeutsamen Frage des Marxismus, hatte Trotzki feste Meinungen, stets „kroch er in die Spalten“ zwischen den verschiedenen Meinungen und pendelte von einer Seite zur andern. Gegenwärtig befindet er sich in der Kumpanei der Bundisten und Liquidatoren. Nun, und diese Herren machen mit der Partei nicht viel Umstände.

Man höre den Bundisten Libman:

„Als die russische Sozialdemokratie“, schreibt dieser Gentleman, „vor 15 Jahren den Punkt über das Recht jeder Nationalität auf ‚Selbstbestimmung‘ in ihr Programm aufnahm, da fragte sich jedermann (!), was denn eigentlich dieser Mode(!)ausdruck bedeute? Darauf gab es keine Antwort (!). Dies Wort blieb (!) nebelhaft. In der Tat war es damals schwer, diesen Nebel zu zerstreuen. Die Zeit, da man diesen Punkt konkretisieren könnte, ist noch nicht gekommen — sagte man uns damals —, soll er jetzt nebelhaft (!) bleiben, das Leben selbst wird zeigen, welcher Inhalt in diesen Punkt hineinzulegen ist.“

Ist es nicht großartig, wie dieser „Junge ohne Hosen“¹⁸⁰ mit dem Parteiprogramm seinen Spott treibt?

Und warum treibt er seinen Spott?

Nur weil er ein völliger Ignorant ist, der nichts gelernt, nicht einmal etwas über die Parteigeschichte gelesen hat, sondern einfach unter die Liquidatoren geraten ist, wo es „zum guten Ton gehört“, in Fragen der Partei und der Parteiidee durch nichts beschwert zu sein.

Bei Pomjalowski prahlt der Schüler des Priesterseminars¹⁸¹ damit, daß er „in ein Krautfaß gespuckt!“ habe. Die Herren Bundisten haben es weiter gebracht. Sie lassen die Libmänner los, damit besagte Gentlemen öffentlich in das eigene Faß spucken. Daß es einen Be-

* Man teilt uns mit, daß die polnischen Marxisten an der Beratung der russischen Marxisten im Sommer 1913 *nur* mit beratender Stimme teilgenommen und sich an der Abstimmung in der Frage des Rechtes auf Selbstbestimmung (auf Lostrennung) überhaupt nicht beteiligt haben, wobei sie sich im allgemeinen gegen dieses Recht aussprachen. Selbstverständlich hatten sie das volle Recht, so vorzugehen und nach wie vor in Polen gegen dessen Lostrennung zu agitieren. Aber das ist nicht ganz dasselbe, wovon Trotzki spricht, denn die polnischen Marxisten haben nicht gefordert, den Paragraphen neun „aus dem Programm zu entfernen“.

schluß eines internationalen Kongresses gegeben hat, daß auf dem Parteitag der eigenen Partei zwei Vertreter des eigenen „Bund“ vollauf die Fähigkeit an den Tag legten (und was waren das doch für „strenge“ Kritiker und entschiedene Gegner der „Iskra“!), den Sinn der „Selbstbestimmung“ zu begreifen, und ihr sogar zugestimmt haben — was geht das alles die Herren Libmänner an? Und wird es nicht leichter sein, die Partei zu liquidieren, wenn die „Parteischriftsteller“ (ohne Spaß!) mit der Geschichte und dem Programm der Partei auf Seminaristenart umgehen werden?

Da ist der zweite „Junge ohne Hosen“, Herr Jurkewitsch von dem „Dswin“. Herr Jurkewitsch hatte wahrscheinlich das Protokoll des II. Parteitags in Händen, denn er zitiert die von Goldblatt wiedergegebenen Worte Plechanows und zeigt sich mit der Tatsache vertraut, daß Selbstbestimmung nur das Recht auf Lostrennung bedeuten kann. Aber das hindert ihn nicht, unter dem ukrainischen Kleinbürgertum die Verleumdung gegen die russischen Marxisten zu verbreiten, sie träten für die „staatliche Unversehrtheit“ Rußlands ein („Dswin“ Nr. 7/8, 1913, S. 83 u. a.). Gewiß, um die ukrainische Demokratie der großrussischen zu entfremden, hätten sich die Herren Jurkewitsch keine bessere Methode ausdenken können als diese Verleumdung. Diese Entfremdung aber liegt in der Linie der ganzen Politik der Literatengruppe um den „Dswin“, die eine *Absonderung* der ukrainischen Arbeiter zu einer *besonderen* nationalen Organisation propagiert!*

Einer Gruppe nationalistischer Kleinbürger, die das Proletariat spalten — eben das ist die objektive Rolle des „Dswin“ —, steht es natürlich durchaus an, heillose Konfusion in der nationalen Frage zu verbreiten. Es versteht sich von selbst, daß die Herren Jurkewitsch und Libman — die „furchtbar“ gekränkt sind, wenn man von ihnen sagt, daß sie „neben der Partei“ stehen — kein Wort, buchstäblich kein Sterbenswörtchen darüber gesagt haben, wie sie denn im Programm die Frage des Rechtes auf Lostrennung lösen möchten.

Und nun der dritte und wichtigste „Junge ohne Hosen“, Herr Semkowski, der in den Spalten der Liquidatoren-Zeitung vor dem großrussischen Publikum den Paragraphen neun des Programms „zerpflückt“ und gleichzeitig erklärt, daß er „aus gewissen Erwägungen nicht für den Vorschlag ist“, diesen Paragraphen zu streichen!!

Unglaublich, aber Tatsache.

* Vgl. besonders die Vorrede des Herrn Jurkewitsch zu dem Buch von Herrn Lewinski, „Nariss roswitku ukrainskoho robotnitschoho ruchu w Galitschini, Kiiw 1914.“ (Abriß der Entwicklung der ukrainischen Arbeiterbewegung in Galizien, Kiew 1914. *Der Übers.*)

Im August 1912 rollte die Liquidatorenkonferenz offiziell die nationale Frage auf. In eineinhalb Jahren erscheint, außer dem Artikel des Herrn Semkowski, kein einziger Artikel über die Frage des Paragraphen neun. Und in diesem Artikel *bekämpft* sein Verfasser das Programm, ist aber „aus gewissen“ (wohl eine geheimzuhaltende Krankheit?) „Erwägungen nicht für“ den Vorschlag, es zu verbessern!! Man kann garantieren, daß sich auf der ganzen Welt nicht leicht Beispiele eines ähnlichen Opportunismus, ja schlimmer als Opportunismus, des Lossagens von der Partei, der Liquidierung der Partei finden lassen.

Welcher Art die Argumente Semkowskis sind, dafür genügt ein Beispiel:

„Was wäre“, schreibt er, „wenn das polnische Proletariat gewillt wäre, im Rahmen *eines* Staates gemeinsam mit dem ganzen russischen Proletariat den Kampf zu führen, die reaktionären Klassen der polnischen Gesellschaft dagegen Polen von Rußland trennen wollten und bei einem Referendum (allgemeiner Volksbefragung) dafür die Mehrheit der Stimmen bekämen: müßten wir russischen Sozialdemokraten im zentralen Parlament gemeinsam mit unseren polnischen Genossen *gegen* die Lostrennung oder, um das ‚Selbstbestimmungsrecht‘ nicht zu verletzen, *für* die Lostrennung stimmen?“ („Nowaja Rabotschaja Gaseta“ Nr. 71.)

Daraus ist ersichtlich, daß Herr Semkowski nicht einmal begreift, *wovon die Rede ist!* Er hat nicht bedacht, daß das Recht auf Lostrennung voraussetzt, daß die Frage gerade *nicht* durch das zentrale Parlament, sondern nur durch das Parlament (Landtag, Referendum u. dgl.) des *sich lostrennenden* Gebietes entschieden wird.

Durch das kindische Bedenken „was wäre“, wenn in der Demokratie die Mehrheit für die Reaktion wäre, wird die Frage der wirklichen, echten, lebendigen Politik verschleiert, wo *sowohl* die Purischkewitsch *als auch* die Kokoschkin schon den bloßen Gedanken an Lostrennung für verbrecherisch halten! Wahrscheinlich muß das Proletariat *ganz* Rußlands heute nicht gegen die Purischkewitsch und Kokoschkin, sondern über sie hinweg gegen die reaktionären Klassen Polens den Kampf führen!!

Und dergleichen unglaublicher Unsinn wird im Organ der Liquidatoren verzapft, in dem Herr L. Martow einer der ideologischen Führer ist. Derselbe L. Martow, der den Programmentwurf verfaßt und ihn im Jahre 1903 durchgebracht hat, der auch später noch die Freiheit der Lostrennung schriftlich verteidigt hat.

L. Martow urteilt jetzt offenbar nach der Regel:

Dafür ist kein Kluger nötig,
Read, der ist zu gehn erbötig.
Lasset ihn nur ziehn.¹⁸²

Er läßt Read-Semkowski ziehen und erlaubt ihm, in einer Tageszeitung, vor neuen Leserschichten, die unser Programm nicht kennen, es zu verdrehen und endlos Verwirrung zu stiften!

Ja, ja, das Liquidatorentum hat es weit gebracht — vom Parteigeist ist bei sehr vielen sogar angesehenen früheren Sozialdemokraten nicht die Spur mehr geblieben.

Rosa Luxemburg darf man natürlich nicht mit Libman, Jurkewitsch oder Semkowski auf eine Stufe stellen, aber die Tatsache, daß sich gerade derartige Leute an ihren Fehler klammern, beweist mit besonderer Deutlichkeit, welchem Opportunismus sie verfallen ist.

10. SCHLUSS

Ziehen wir das Fazit.

Vom Standpunkt der marxistischen Theorie im allgemeinen bietet die Frage des Selbstbestimmungsrechts keine Schwierigkeiten. Ernsthaft kann die Rede weder davon sein, die Londoner Resolution von 1896 anzufechten, noch die Tatsache zu bestreiten, daß unter Selbstbestimmung nur das Recht auf Lostrennung zu verstehen ist, oder die Tatsache, daß die Bildung selbständiger Nationalstaaten eine Tendenz aller bürgerlich-demokratischen Umwälzungen ist.

Schwierigkeiten entstehen bis zu einem gewissen Grade dadurch, daß in Rußland das Proletariat der unterdrückten Nationen und das Proletariat der unterdrückenden Nation Seite an Seite kämpfen und kämpfen müssen. Die Einheit des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus zu wahren, allen von der Bourgeoisie und den Schwarzhundertern ausgehenden Einflüssen des Nationalismus zu widerstehen — darin besteht die Aufgabe. Bei den unterdrückten Nationen führt die Formierung des Proletariats zu einer selbständigen Partei mitunter zu einem so erbitterten Kampf gegen den Nationalismus der betreffenden Nation, daß sich die Perspektive verzerrt und der Nationalismus der unterdrückenden Nation vergessen wird.

Aber eine solche Verzerrung der Perspektive ist nur auf kurze Zeit möglich. Die Erfahrung des gemeinsamen Kampfes der Proletarier verschiedener Nationen zeigt nur zu klar, daß wir die politischen Fragen nicht vom „Krakauer“, sondern vom gesamtrussischen Gesichtspunkt aus stellen müssen. In der gesamtrussischen Politik aber herrschen die Purischkewitsch und Kokoschkin. Ihre Ideen herrschen, ihre Hetze gegen die Fremdstämmigen wegen des „Separatismus“, wegen der Gedanken an eine Lostrennung wird in der Duma, in den Schulen, in den Kirchen, in den Kasernen, in Hunderten und Tausenden von Zeitungen propagiert und betrieben. Und dieses großrussische Gift

des Nationalismus durchdringt die gesamte politische Atmosphäre Rußlands. Es ist das Unglück des Volkes, daß es, indem es andere Völker unterjocht, die Reaktion in ganz Rußland stärkt. Die Erinnerungen an die Jahre 1849 und 1863¹⁸³ stellen eine lebendige politische Tradition dar, die, sollten nicht Stürme von sehr großem Ausmaß hereinbrechen, noch lange Jahrzehnte jede demokratische und insbesondere jede sozialdemokratische Bewegung zu erschweren droht.

Wie natürlich mitunter der Standpunkt mancher Marxisten der unterdrückten Nationen auch scheinen mag (deren „Pech“ zuweilen darin besteht, daß die Bevölkerungsmassen durch die Idee „ihrer“ nationalen Befreiung verblendet sind), so steht es *in der Tat*, auf Grund des objektiven Verhältnisses der Klassenkräfte in Rußland, doch außer Zweifel, daß der Verzicht auf die Verfechtung des Selbstbestimmungsrechts dem schlimmsten Opportunismus, einer Infizierung des Proletariats mit den Ideen der Kokoschkin gleichkommt. Diese Ideen aber sind im Grunde die Ideen und die Politik der Purischkewitsch.

Könnte also der Gesichtspunkt Rosa Luxemburgs anfänglich noch als ein für Polen, für „Krakau“ spezifischer enger Horizont* entschuldigt werden, so wird heute, wo der Nationalismus, und besonders der großrussische Regierungsnationalismus, überall erstarkt, wo er die Politik bestimmt, ein derart enger Horizont bereits unverzeihlich. In der Tat klammern sich an ihn die Opportunisten aller Nationen, denen die Idee der „Stürme“ und „Sprünge“ fremd ist, die die bürgerlich-demokratische Umwälzung als abgeschlossen anerkennen und die zum Kokoschkinschen Liberalismus neigen.

Der großrussische Nationalismus durchläuft wie jeder Nationalismus verschiedene Phasen, je nach der Vorherrschaft dieser oder jener Klassen in einem bürgerlichen Lande. Bis 1905 kannten wir fast nur Nationalreaktionäre. Nach der Revolution kamen bei uns die *Nationalliberalen* auf.

Auf diesem Standpunkte stehen faktisch bei uns sowohl die Okto-bristen als auch die Kadetten (Kokoschkin), d. h. die ganze heutige Bourgeoisie.

Im weiteren aber ist das Aufkommen von großrussischen Nationaldemokraten *unvermeidlich*. Einer der Gründer der „volkssozialistischen“

* Es ist nicht schwer zu begreifen, daß die Anerkennung des *Rechtes* der Nationen auf Lostrennung durch die Marxisten *ganz Rußlands* und in erster Linie durch die großrussischen keineswegs ausschließt, daß die Marxisten dieser oder jener *unterdrückten* Nation gegen die Lostrennung *agitieren*, so wie die Anerkennung des Rechtes auf Ehescheidung die Agitation gegen die Scheidung in diesem oder jenem Falle nicht ausschließt. Wir glauben daher, daß unvermeidlich die Zahl der polnischen Marxisten zunehmen wird, die über den nichtbestehenden „Widerspruch“ lachen werden, der von Semkowski und Trotzki jetzt „aufgewärmt“ wird.

Partei, Herr Peschechonow, brachte diesen Standpunkt schon zum Ausdruck, als er (im Augustheft des „Russkoje Bogatstwo“, Jahrgang 1906) zur Vorsicht gegenüber den nationalistischen Vorurteilen des Bauern ermahnte. Wie sehr man uns Bolschewiki auch wegen der angeblichen „Idealisierung“ des Bauern verleumden möge, so haben wir doch stets streng unterschieden und werden unterscheiden zwischen dem bäuerlichen Urteil und dem bäuerlichen Vorurteil, zwischen dem Demokratismus der Bauern, der gegen Purischkewitsch gerichtet ist, und dem Bestreben der Bauern, mit den Pfaffen und Gutsbesitzern in Frieden zu leben.

Mit dem Nationalismus der großrussischen Bauern muß die proletarische Demokratie schon jetzt rechnen (nicht im Sinne von Zugeständnissen, sondern im Sinne des Kampfes), und sie wird vermutlich noch ziemlich lange mit ihm zu rechnen haben.* Das Erwachen des Nationalismus bei den unterdrückten Nationen, das sich nach 1905 so stark geltend machte (wir erinnern nur an die Gruppe der „Autonomisten-Föderalisten“ in der I. Duma, an das Anwachsen der ukrainischen Bewegung, der muselmanischen Bewegung usw.), wird unvermeidlich ein Erstarken des Nationalismus beim großrussischen Kleinbürgertum in Stadt und Land hervorrufen. Je langsamer die demokratische Umgestaltung Rußlands vor sich geht, um so hartnäckiger, gröber und erbitterter werden die nationale Hetze und der nationale Hader zwischen den Bourgeoisien der verschiedenen Nationen. Dabei wird der besonders reaktionäre Charakter der russischen Purischkewitsch bei diesen oder jenen unterdrückten Nationen, die sich manchmal in den Nachbarstaaten weit größerer Freiheit erfreuen, „separatistische“ Bestrebungen hervorrufen (bzw. verstärken).

Diese Lage der Dinge stellt das Proletariat Rußlands vor eine zweifache oder, richtiger, zweiseitige Aufgabe: Kampf gegen jeden Nationalismus und in erster Linie gegen den großrussischen Nationa-

* Es wäre interessant zu verfolgen, wie sich z. B. der Nationalismus in Polen modifiziert, der sich aus einem Nationalismus der Schlachta in einen bürgerlichen und dann in einen bäuerlichen verwandelt. Ludwig Bernhard, der selbst auf dem Standpunkt eines deutschen Kokoschkin steht, beschreibt in seinem Buch „Das polnische Gemeinwesen im preussischen Staate“ eine außerordentliche charakteristische Erscheinung: die Bildung einer Art von „Bauernrepublik“ der Polen in Deutschland in Form eines engen Zusammenschlusses aller möglichen genossenschaftlichen und sonstigen Verbände der *polnischen* Bauern im Kampfe für die Nationalität, die Religion, für die „polnische“ Erde. Die deutsche Unterdrückung schloß die Polen zusammen, sonderte sie ab und erzeugte den Nationalismus zuerst der Schlachta, dann des Bourgeois, zuletzt der Bauernmasse (besonders seit dem 1873 begonnenen Feldzug der Deutschen gegen die polnische Sprache in den Schulen). Dahin treiben die Dinge auch in Rußland, und zwar nicht nur in bezug auf Polen allein.

lismus; Anerkennung nicht nur der vollen Gleichberechtigung aller Nationen im allgemeinen, sondern auch der Gleichberechtigung hinsichtlich der staatlichen Konstituierung, d. h. des Rechtes der Nationen auf Selbstbestimmung, auf Lostrennung; und gleichzeitig damit, eben im Interesse des erfolgreichen Kampfes gegen allen Nationalismus aller Nationen, Verteidigung der Einheit des proletarischen Kampfes und der proletarischen Organisationen, ihrer engsten Verschmelzung in einer internationalen Gemeinschaft, entgegen den bürgerlichen Bestrebungen nach nationaler Absonderung.

Volle Gleichberechtigung der Nationen; Recht der Nationen auf Selbstbestimmung; Verschmelzung der Arbeiter aller Nationen — dieses nationale Programm lehrt die Arbeiter der Marxismus, lehrt die Erfahrung der ganzen Welt und die Erfahrung Rußlands.

Der Artikel war schon gesetzt, als ich Nr. 3 der „Nascha Rabotschaja Gaseta“ erhielt, in der Herr Wl. Kossowski über die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung für alle Nationen schreibt:

„Mechanisch aus der Resolution des I. Parteitags (1898) übernommen, der es seinerseits den Resolutionen der internationalen sozialistischen Kongresse entlehnt hatte, wurde es vom Parteitag 1903, wie aus den Debatten ersichtlich ist, in dem gleichen Sinne aufgefaßt, den die sozialistische Internationale ihm gegeben hatte: im Sinne der politischen Selbstbestimmung, d. h. der Selbstbestimmung der Nationen in der Richtung der politischen Selbständigkeit. Die Formel nationale Selbstbestimmung, die das Recht auf territoriale Absonderung bedeutet, berührt also überhaupt nicht die Frage, wie *innerhalb* eines bestimmten Staatsorganismus die nationalen Beziehungen für jene Nationalitäten zu regeln sind, die aus dem bestehenden Staate nicht austreten wollen oder können.“

Hieraus ist ersichtlich, daß Herr Wl. Kossowski das Protokoll des II. Parteitags von 1903 in Händen hatte und den wirklichen (und einzigen) Sinn des Begriffes der Selbstbestimmung sehr wohl kennt. Dem stelle man die Tatsache gegenüber, daß die Redaktion der bundistischen Zeitung „Zait“ Herrn Libman vorschickt, damit er mit dem Programm seinen Spott treibe und es als unklar bezeichne!! Merkwürdige „Partei“-Sitten haben die Herren Bundisten ... Weshalb Kossowski die Annahme der Selbstbestimmung durch den Parteitag ein *mechanisches* Übernehmen nennt, das „weiß Allah“. Es gibt eben Leute, die „das Bedürfnis haben, zu widersprechen“: was, wie, warum, wozu, das wissen sie selbst nicht.

Veröffentlicht in der
Zeitschrift „Prosweschtschenije“
Nr. 4, 5, 6, 1914.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII,
S. 539—602.

OBJEKTIVE ANGABEN ÜBER DIE STÄRKE DER VERSCHIEDENEN STRÖMUNGEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG

Es gibt für die klassenbewußten Arbeiter keine wichtigere Aufgabe als die, die Bewegung ihrer Klasse, ihr Wesen, ihr Ziel und ihre Aufgaben, ihre Bedingungen und praktischen Formen zu *erkennen*. Denn die ganze Stärke der Arbeiterbewegung liegt in ihrer Bewußtheit und in ihrem *Massencharakter*: der Kapitalismus vermehrt mit jedem Schritt seiner Entwicklung die Zahl der Proletarier, der Lohnarbeiter, schweißt sie zusammen, organisiert sie, klärt sie auf, wobei er auf diese Weise eine Klassenkraft heranbildet, die unvermeidlich ihren Zielen entgegenschreiten muß.

Das Programm der Marxisten und ihre taktischen Beschlüsse, die in der Presse unaufhörlich erläutert werden, tragen zur Herausbildung der Erkenntnis der Arbeitermassen vom Wesen, von den Zielen und von den Aufgaben der Bewegung bei.

Der Kampf der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung Rußlands hat tiefe klassenmäßige Wurzeln. Die beiden „Strömungen“, die in der Arbeiterbewegung Rußlands gegen den Marxismus (die „Prawda“-Richtung) kämpfen und die (nach ihrem Massencharakter und ihren Wurzeln in der Geschichte) die Bezeichnung von „Strömungen“ verdienen — die Volkstümlerrichtung und das Liquidatoren-tum — bringen den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat zum Ausdruck. Das ist von den Marxisten viele Male erläutert und in einer Reihe von Beschlüssen der Marxisten festgestellt worden, sowohl in bezug auf die Volkstümmler (der Kampf mit ihnen dauert schon 30 Jahre) als auch in bezug auf die Liquidatoren (die Geschichte des Liquidatoren-tums zählt etwa 20 Jahre, denn das Liquidatoren-tum ist die direkte Fortsetzung des „Ökonomismus“ und des Menschewismus).

Gegenwärtig häufen sich immer mehr die bereits *objektiven* Angaben über die Stärke der verschiedenen Strömungen in der Arbeiterbewegung Rußlands. Diese objektiven Angaben, die die Haltung und Stimmung nicht einzelner Personen und Gruppen, sondern der *Massen*

betreffen, Angaben, die verschiedenen, *feindlichen* Zeitungen entnommen sind, Angaben, die von jedem des Lesens und Schreibens kundigen Menschen *überprüft* werden können — diese Angaben müssen aus allen Kräften gesammelt, überprüft und studiert werden.

Nur an Hand solcher Angaben kann man die Bewegung seiner Klasse kennenlernen und studieren. Einer der wichtigsten, wenn nicht der wichtigste Mangel (oder ein Verbrechen an der Arbeiterklasse) sowohl der Volkstümler als auch der Liquidatoren sowie der verschiedenen Intellektuellengröppchen, der „Wperjod“-Leute, der Plechanowianer, der Trotzlisten, ist ihr *Subjektivismus*. Ihre Wünsche, ihre „Meinungen“, ihre Urteile, ihre „Absichten“ geben sie auf Schritt und Tritt für den Willen der Arbeiter, für Erfordernisse der Arbeiterbewegung aus. Wenn sie z. B. von der „Einheit“ sprechen, ignorieren sie hochmütig die *Erfahrung* bei der Schaffung einer tatsächlichen Einheit durch die *Mehrheit* der klassenbewußten Arbeiter Rußlands im Laufe von zweieinhalb Jahren, von Anfang 1912 bis Mitte 1914.

Machen wir nun eine Zusammenstellung der vorhandenen *objektiven* Angaben über die Stärke der verschiedenen Richtungen in der Arbeiterbewegung. Wer den subjektiven Beurteilungen und Verheißungen glauben will, der möge zu den „Gröppchen“ gehen, wir aber wenden uns nur an diejenigen, die den Wunsch haben, die objektiven Tatsachen zu studieren. Hier die Tatsachen (siehe Seite 732):

Wir wollen die angeführten Angaben zunächst mit einigen kurzen Erläuterungen versehen und werden dann zu den Schlußfolgerungen übergehen.

Die Erläuterungen lassen sich am bequemsten nach Punkten anbringen. Punkt 1. Angaben über die Wahlmänner und die Bevollmächtigten *gibt es nicht*. Wer sich über die Verwendung der „Kurial“-Angaben beklagt, macht sich einfach lächerlich, denn andere Angaben gibt es nicht. Die deutschen Sozialdemokraten messen ihre Erfolge nach dem Bismarckschen Wahlgesetz, das die Frauen ausschließt und eine „Männer“-Kurie ergibt!

Punkt 2. Die Zahl der Arbeitergruppen, die Geldbeiträge leisten und nicht nur „Resolutionen unterschreiben“, ist das zuverlässigste und sicherste Kennzeichen der Stärke nicht nur der Strömung, sondern auch der Organisiertheit, des Parteicharakters.

Deshalb legen die Liquidatoren und die „Gröppchen“ eine subjektive Abneigung gegen dieses Merkmal an den Tag.

Die Liquidatoren haben eingewendet: wir haben noch eine jüdische und eine georgische Zeitung, während die „Prawda“ allein steht. Das stimmt nicht. Erstens gehören die estnische und die litauische

Zeitung zur „Prawda“-Richtung. Zweitens darf man, wenn man die Provinz nimmt, Moskau vergessen? Das Moskauer Arbeiterblatt hat im Laufe des Jahres 1913 390 Arbeitergruppen zusammengeschlossen, vereinigt („Rabotschij“ Nr. 1, S. 19), während die jüdische Zeitung „Zait“ seit ihrer zweiten Nummer (29. Dezember 1912) bis zum 1. Juni 1914 296 Arbeitergruppen vereinigt hat (davon 190 bis 20. März 1914 und 106 vom 20. März bis 1. Juni 1914). Also hat Moskau allein die subjektive Berufung der Liquidatoren auf die „Zait“ mehr als „aufgehoben“!

Wir laden die georgischen und armenischen Genossen ein, Angaben über die kaukasischen Zeitungen der Liquidatoren zu sammeln. Wie viele Arbeitergruppen gibt es dort? Es sind allseitige objektive Angaben notwendig.

Bei der Berechnung der Gruppen sind Fehler möglich, jedoch nur einzelne. Wir laden alle ein, sie zu überprüfen und zu korrigieren.

Punkt 3 und 4 bedürfen keiner Erläuterungen. Wünschenswert ist eine Erhebung zwecks Sammlung *neuer* Angaben über die Provinz.

Punkt 5. In den 2985 Unterschriften zugunsten der Liquidatoren sind 1086 der Bundisten und 719 der Kaukasier *enthalten*. Wünschenswert ist eine Überprüfung dieser Ziffern durch die Genossen an Ort und Stelle.

Punkt 6. Die Kassierer beider Fraktionen veröffentlichen die Abrechnungen *über sämtliche* Beträge, die für verschiedene Zwecke bei der Fraktion eingehen. Ein genauer, objektiver Maßstab für die Verbindungen mit den Arbeitern.

Punkt 7. Die Auflage der Zeitungen. Angaben, gesammelt und veröffentlicht von E. Vandervelde, aber verschwiegen von den Liquidatoren und den Liberalen („Kiewskaja Mysl“). „Subjektivismus“. Es ist wünschenswert, wenigstens für die Zeit von einem Monat vollständigere Angaben zu sammeln.

Punkt 8 und 9. Eine der objektiven Illustrationen für die Lossage der Liquidatoren von der „illegalen Arbeit“, d. h. von der Partei. Das Ausland aber gab vom 1. Januar bis zum 13. Mai 1914 den „Prawda“-Anhängern 49 Rbl. 79 Kop. ($\frac{1}{3}$ Prozent), den Liquidatoren dagegen 1709 Rbl. 17 Kop. (14 Prozent). Sage nicht: „Ich kann nicht“, sondern sage: „Ich will nicht“!

Punkt 10 bis 14. Objektive Kennzeichen der Abhängigkeit der Liquidatoren und Volkstümmler von der Bourgeoisie, ihres bürgerlichen Charakters. *Subjektiv* sind die Liquidatoren und die Volkstümmler — „Sozialisten“ und „Sozialdemokraten“. *Objektiv*, sowohl nach dem Inhalt ihrer *Ideen* als auch nach der *Erfahrung* der Massenbewegung,

	„Prawda“- Anhänger	Liquidatoren	in Prozenten		linke Narodniki
			„Prawda“- Anhänger	Liquidato- ren	
<i>Wahlen in die Reichsduma:</i>					
1. Zahl der Abgeordneten der Arbeiterkurie					
{ II. Duma, 1907	11	12	47	53	—
{ III. Duma, 1907—1912	4	4	50	50	Boykott
{ IV. Duma, 1912 . . .	6	3	67	33	„
<i>Zahl der Beiträge leistenden Arbeitergruppen:</i>					
2. Zahl der Beiträge von Arbeitergruppen an Petersburger Zeitungen					
{ Jahr 1912	620	89	—	—	—
{ Jahr 1913	2181	661	76,9	23,1	264
{ bis 13. Mai 1914 .	2873	671	81,1	18,9	524
<i>Arbeiterwahlen in die Versicherungsbehörden:</i>					
3. Zahl der Bevollmächtigten bei den Wahlen in die Reichs-Versicherungsanstalt .	47	10	82,4	17,6	?1—2?
4. Dito bei den Wahlen in die Versicherungsanstalt der Hauptstadt	37	7	84,1	15,9	4
<i>Unterschriften auf den Resolutionen für die Dumafraktionen:</i>					
5. Unterschriften in den beiden Zeitungen für die „Sechs“ („Prawda“-Anhänger) und für die „Sieben“ (Liquidatoren) .	6722	2985	69,2	30,8	—
<i>Verbindungen mit Arbeitergruppen:</i>					
6. Zahl der Zuschriften mit verschiedenen Beiträgen von Arbeitergruppen an die eine oder andere Fraktion (von Oktober 1913 bis 6. Juni 1914)	1295	215	85,7	14,3	—
<i>Auflage der Petersburger Zeitungen:</i>					
7. Anzahl der gedruckten Exemplare (von E. Vanderveelde gesammelte und veröffentlichte Angaben)	40000	16000	71,4	28,6	12000 (dreimal wöchentl.)
<i>Im Ausland erscheinende Presse:</i>					
8. Zahl der nach der August-Konferenz (1912) der Liquidatoren bis Juli 1914 erschienenen Nummern der führenden Zeitung	5	0	—	—	9

ANGABEN ÜBER DIE STRÖMUNGEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG 733

	„Prawda“- Anhänger	Liquidatoren	in Prozenten		linke Narodniki
			„Prawda“- Anhänger	Liquidato- ren	
9. Zahl der in diesen Nummern angegebenen <i>nicht</i> legalen Organisationen (jeder Ort gilt als eine Angabe)	44	0	—	—	21
<i>Abhängigkeit von der Bourgeoisie:</i>					
10. Geldsammlungen für Petersburger Zeitungen (vom 1. Januar bis 13. Mai 1914). Prozentsatz der Sammlungen von <i>Nicht</i> -Arbeitern	—	—	13	50	50
11. Zahl der während der ganzen Zeit von den Zeitungen veröffentlichten Abrechnungen	3	1	—	—	?(0?)
12. Davon Prozentsatz der Abrechnungen mit einem Defizit, das ans unbekanntes, d. h. bürgerlichen Quellen gedeckt wird	—	—	0	100	?
13. Geldbeträge, die durch die eine oder andere Dumafraktion gingen (von Oktober 1913 bis 6. Juni 1914). Prozentsatz der <i>nicht</i> von Arbeitern stammenden Beträge	—	—	6	46	—
14. Zahl der Korrespondenzen, die stillschweigend für Arbeiterkorrespondenzen ausgegeben wurden, tatsächlich aber bürgerlichen Zeitungen ohne Quellenangabe entnommen wurden	—	—	—	—	0
			5 (in den zwei Nummern 17 und 19 der „Nowaja Rabotschaja Gaseta“)		
<i>Die Gewerkschaften:</i>					
15. Zahl der Gewerkschaften in St. Petersburg, in denen die Mehrheit der Mitglieder (nach der Mehrheit der Mitglieder des Vorstandes zu urteilen) mit dieser oder jener Richtung sympathisiert . .	14½*	3½*	—	—	2

* In einer Gewerkschaft bilden die Anhänger der „Prawda“ und der Liquidatoren zwei gleiche Teile.

sind sie bürgerliche Intellektuellengruppen, die eine Minderheit der Arbeiter von der Arbeiterpartei abspalten.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Leser besonders auf die Fälschung von Arbeiterkorrespondenzen durch die Liquidatoren. Ein unerhörter, himmelschreiender Betrug! Mögen alle Marxisten an Ort und Stelle ihn entlarven und objektive Angaben sammeln (siehe „Trudowaja Prawda“ Nr. 12 vom 11. Juni 1914).

Punkt 15. Besonders wichtige Angaben, die durch eine besondere Erhebung ergänzt und nachgeprüft werden sollten. Wir haben die Angaben des „Sputnik Rabotschewo“ (Verlag „Priboj“, St. Petersburg 1914) genommen. Zu den liquidatorischen Gewerkschaften haben wir die Büroangestellten, Zeichner und Pharmazeuten gezählt (bei der letzten Wahl des Vorstandes der Buchdrucker vom 27. April 1914 wurden zu Vorstandsmitgliedern zur Hälfte, und zu Ersatzmännern für Vorstandsmitglieder mehr als zur Hälfte Anhänger der „Prawda“-Richtung gewählt). Zu den Volkstümler-Gewerkschaften haben wir die Bäcker und die Futteralmacher gezählt. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt etwa 22000.

In Moskau sind von 13 Gewerkschaften 10 auf der Seite der „Prawda“-Richtung, 3 unbestimmter, aber der „Prawda“ nächststehender Richtung. Auf der Seite der Liquidatoren und der Volkstümler steht nicht eine.

Die Schlußfolgerungen aus den objektiven Angaben zeigen, daß wir nur in der „Prawda“-Richtung eine von der Bourgeoisie tatsächlich unabhängige, marxistische, proletarische Strömung vor uns haben, die über $\frac{4}{5}$ der Arbeiter organisiert, vereinigt (81,1 Prozent der Arbeitergruppen im Jahre 1914, verglichen mit den Liquidatoren). Das Liquidatorentum und die Volkstümlerrichtung sind ohne Zweifel bürgerlich-demokratische und keine proletarischen Strömungen.

Die Erfahrungen der Massenbewegung in den Jahren 1912, 1913 und in der ersten Hälfte 1914 haben restlos und glänzend sowohl die programmatischen als auch die taktischen sowie die organisatorischen Ideen und Beschlüsse und die Linie der „Prawda“-Anhänger bestätigt. Aus der Gewißheit, daß wir auf dem richtigen Wege sind, müssen wir die Energie für eine noch mehr verstärkte Arbeit schöpfen.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Trudowaja Prawda“ Nr. 25,
9. Juli (26. Juni) 1914.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVII,
S. 671—677.

**Die Periode
des imperialistischen Krieges**

**Die zweite Revolution
in Rußland**

DER KRIEG UND DIE RUSSISCHE SOZIALDEMOKRATIE

Der europäische Krieg, im Verlauf von Jahrzehnten vorbereitet von den Regierungen und bürgerlichen Parteien aller Länder, ist da. Das Anwachsen der Rüstungen, die äußerste Zuspitzung des Kampfes um die Märkte in der Epoche des jüngsten, des imperialistischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus in den vorgeschrittenen Ländern, die dynastischen Interessen der rückständigsten osteuropäischen Monarchien mußten mit Unvermeidlichkeit diesen Krieg herbeiführen, und sie haben ihn herbeigeführt. Territoriale Annexionen und Unterjochung fremder Nationen, Niederkämpfung der Konkurrenz machenden Nation, Plünderung ihrer Reichtümer, Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den inneren politischen Krisen in Rußland, Deutschland, England und in anderen Ländern, Spaltung und nationalistische Verdummung der Arbeiterschaft und Vernichtung ihrer Avantgarde zum Zwecke der Schwächung der revolutionären Bewegung des Proletariats, — dies ist der einzige wirkliche Inhalt, die Bedeutung und der Sinn des gegenwärtigen Kriegs.

Der Sozialdemokratie obliegt vor allem die Pflicht, diese eigentliche Bedeutung des Kriegs aufzudecken und die von den herrschenden Klassen, den Gutsbesitzern und der Bourgeoisie, zur Verteidigung des Krieges verbreiteten Lügen, Sophismen und „patriotischen“ Phrasen schonungslos zu entlarven.

Die eine Gruppe der kriegführenden Nationen wird angeführt von der deutschen Bourgeoisie. Diese beschwindelt die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen mit der Behauptung, sie führe den Krieg zur Verteidigung der Heimat, der Freiheit und der Kultur, sie führe ihn um die Befreiung der vom Zarismus unterdrückten Völker und um die Vernichtung des reaktionären Zarismus. In Wirklichkeit war aber gerade diese Bourgeoisie, vor den preußischen Junkern mit Wilhelm II. an der Spitze katzbuckelnd, stets der treueste Bundesgenosse des Zarismus und Feind der revolutionären Arbeiter- und Bauernbewegung

in Rußland. In der Tat wird diese Bourgeoisie, wie immer der Krieg ausgehen möge, gemeinsam mit den Junkern alle Anstrengungen machen, um die Zarenmonarchie gegen die Revolution in Rußland zu unterstützen.

In der Tat unternahm die deutsche Bourgeoisie einen Raubfeldzug gegen Serbien, weil sie dieses Land unterwerfen und die nationale Revolution der Südslawen ersticken wollte, und gleichzeitig warf sie die Hauptmasse ihrer Streitkräfte gegen die freieren Länder, Belgien und Frankreich, um den reicheren Konkurrenten auszurauben. Während sie Legenden von einem Verteidigungskrieg in die Welt setzte, in dem sie sich angeblich befinde, wählte die deutsche Bourgeoisie in Wirklichkeit den von ihrem Standpunkt günstigsten Moment für den Krieg, die letzten Errungenschaften der Kriegstechnik ausnutzend und den von Rußland und Frankreich bereits vorgesehenen und beschlossenen neuen Rüstungen zuvorkommend.

Die andere Gruppe der kriegführenden Nationen wird angeführt von der englischen und französischen Bourgeoisie, die die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen mit der Behauptung beschwindelt, sie führe den Krieg zur Verteidigung der Heimat, der Freiheit und der Kultur gegen den deutschen Militarismus und Despotismus. In der Tat aber war diese Bourgeoisie schon längst daran, vermittels ihrer Milliarden die Heere des russischen Zarismus, dieser reaktionärsten und barbarischsten Monarchie Europas, zu ihren Soldtruppen zu machen und sie zum Angriff auf Deutschland vorzubereiten.

In der Tat stellt das Kampfziel der englischen und französischen Bourgeoisie nichts anderes dar als die Annexion der deutschen Kolonien und die Ruinierung der konkurrierenden Nation, die sich durch rapidere ökonomische Entwicklung auszeichnet. Um dieses edlen Zieles willen reichen die „fortschrittlichen“ demokratischen Nationen dem barbarischen Zarismus die Hand zu noch schärferer Unterdrückung Polens, der Ukraine usw. und zu noch schärferer Niederhaltung der Revolution in Rußland.

Die beiden kriegführenden Ländergruppen stehen einander durchaus nicht nach in ihren Räubereien, Bestialitäten und endlosen Kriegsgreueln, aber um das Proletariat zum Narren zu halten und seine Aufmerksamkeit abzulenken von dem einzig wirklichen Befreiungskrieg, nämlich vom Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie des „eigenen“ Landes wie der „fremden“ Länder, um dieses hohen Zieles willen bemüht sich die Bourgeoisie eines jeden Landes, mit verlogenen patriotischen Phrasen die Bedeutung „ihres“ nationalen Kriegs zu preisen und glauben zu machen, daß sie ihren Gegner nicht zum Zwecke der Ausraubung

und Annexion von Territorien niederschlagen wolle, sondern zum Zwecke der „Befreiung“ aller anderen Völker, wobei nur das eigene angenommen ist.

Je eifriger jedoch in allen Ländern Regierung und Bourgeoisie bestrebt sind, die Einheit der Arbeiter zu zerschlagen und sie gegeneinander zu hetzen, je heftiger um dieses hehren Zieles willen das Regime des Kriegszustands und der Militärzensur wütet (diese richtet sich sogar jetzt, im Kriege, mit viel größerer Schärfe gegen den „inneren“ Feind als gegen den äußeren) — um so dringlicher ist es Pflicht des klassenbewußten Proletariats, seine Klasseneinheit, seinen Internationalismus, seine sozialistische Überzeugung zu verteidigen gegen den zügellos wilden Chauvinismus der „patriotischen“ Bourgeoisie in allen Ländern. Wollten die klassenbewußten Arbeiter auf die Ausführung dieser Aufgabe verzichten, so hieße das Verzicht leisten auf alle ihre Emanzipationsziele und demokratischen Bestrebungen, gar nicht zu reden von den sozialistischen Bestrebungen.

Mit dem Gefühl tiefster Bitterkeit muß man konstatieren, daß die sozialistischen Parteien der bedeutendsten europäischen Länder diese ihre Aufgabe nicht erfüllt haben und daß die Haltung der Führer dieser Parteien, insbesondere der deutschen Partei, an direkten Verrat an der Sache des Sozialismus grenzt. In einem Moment von höchster weltgeschichtlicher Bedeutung versuchen die Führer der jetzigen, der Zweiten sozialistischen Internationale (1889—1914) in ihrer Mehrheit, den Sozialismus durch den Nationalismus zu ersetzen. Ihrem Verhalten ist es zu verdanken, daß die Arbeiterparteien dieser Länder sich dem verbrecherischen Vorgehen der Regierung nicht in den Weg stellten, sondern die Arbeiterklasse aufforderten, ihren Standpunkt mit dem der imperialistischen Regierungen *in Übereinstimmung zu bringen*. Mit ihrer Zustimmung zu den Kriegskrediten, mit dem Aufgreifen der chauvinistischen („patriotischen“) Losungen der Bourgeoisie „ihrer“ Länder, mit der Rechtfertigung und Verteidigung des Kriegs, mit dem Eintritt in die bürgerlichen Ministerien der kriegführenden Länder usw. haben die Führer der Internationale am Sozialismus Verrat geübt. Die einflußreichsten sozialistischen Führer und die einflußreichsten sozialistischen Presseorgane im heutigen Europa stehen auf dem chauvinistisch-bürgerlichen und liberalen, nicht im mindesten aber auf dem sozialistischen Standpunkt. Die Verantwortung für diese Schändung des Sozialismus liegt in erster Linie auf den deutschen Sozialdemokraten, die die stärkste und einflußreichste Partei der II. Internationale darstellten. Ebenso wenig aber kann auch das Verhalten der französischen Sozialisten gerechtfertigt werden, die Ministerposten annehmen in der

Regierung derselben Bourgeoisie, die ihre Heimat verraten und sich mit Bismarck zur Niederwerfung der Kommune vereinigt hatte.

Die deutschen und österreichischen Sozialdemokraten suchen die Unterstützung, die sie dem Krieg angeeignet lassen, mit der Vorspiegelung zu rechtfertigen, daß eben dies ihren Kampf gegen den russischen Zarismus bedeute. Wir russischen Sozialdemokraten erklären, daß wir einen solchen Rechtfertigungsversuch als einen bloßen Sophismus betrachten. Die revolutionäre Bewegung gegen den Zarismus hat in unserem Lande in den letzten Jahren erneut gewaltige Dimensionen angenommen. An der Spitze dieser Bewegung schritt während all dieser Zeit die russische Arbeiterklasse. Die Millionen erfassenden politischen Streiks der letzten Jahre wurden unter der Losung: Sturz des Zarismus, und mit der Forderung der demokratischen Republik durchgeführt. Noch gerade am Vorabend des Kriegs hatte Poincaré, der Präsident der französischen Republik, während seines Besuches bei Nikolaus II. selbst Gelegenheit, auf den Straßen von Petersburg die Barrikaden zu sehen, die die russischen Arbeiter mit ihren Händen errichtet hatten. Das russische Proletariat schreckte vor keinem Opfer zurück, um die ganze Menschheit von dem Schandfleck der Zarenmonarchie zu befreien. Wir müssen aber erklären: wenn irgend etwas dazu angetan ist, den Untergang des Zarismus unter bestimmten Bedingungen aufzuhalten, wenn etwas imstande ist, dem Zarismus im Kampf gegen die gesamte russische Demokratie Unterstützung zu bringen, so ist das gerade der heutige Krieg, der dem Zarismus für seine reaktionären Zwecke den Geldsack der englischen, französischen und russischen Bourgeoisie zur Verfügung gestellt hat. Und wenn etwas den revolutionären Kampf der russischen Arbeiterklasse gegen den Zarismus zu erschweren vermag, so ist es gerade das Verhalten der Führer der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie, das die chauvinistische Presse in Rußland nicht aufhört, uns als Muster vor Augen zu halten.

Selbst wenn angenommen werden könnte, das Kräfteverhältnis habe so sehr zuungunsten der deutschen Sozialdemokratie gestanden, daß es sie in die Zwangslage versetzt habe, auf jede Art von revolutionärer Aktion zu verzichten, so durfte sie sich auch in diesem Falle nicht mit dem chauvinistischen Lager vereinigen, durfte sie nicht Schritte tun, die die italienischen Sozialisten zu der berechtigten Erklärung veranlaßt haben: die Führer der deutschen Sozialdemokraten entehren das Banner der proletarischen Internationale.

Unsere Partei, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, hat aus Anlaß des Kriegs bereits ungeheure Opfer gebracht und wird

sie noch weiter bringen. Unsere gesamte legale Arbeiterpresse ist vernichtet. Die Mehrzahl der Gewerkschaftsverbände ist aufgelöst, eine Unmenge von Genossen ist verhaftet und verbannt. Und dennoch hielt es unsere parlamentarische Vertretung — die Russische Sozialdemokratische Arbeiterfraktion in der Reichsduma — für ihre unbedingte sozialistische Pflicht, nicht für die Kriegskredite zu stimmen und sogar, zu noch energischerer Bekundung ihres Protestes, den Sitzungssaal der Duma zu verlassen, hielt sie es für ihre Pflicht, die Politik der europäischen Regierungen als imperialistische Politik an den Pranger zu stellen. Und trotz verzehnfachter Bedrückung durch die zaristische Regierung geben unsere proletarischen Genossen in Rußland bereits die ersten illegalen Aufrufe gegen den Krieg heraus, in Erfüllung der Pflicht, die sie der Demokratie und der Internationale schulden.

Wenn die Vertreter der revolutionären Sozialdemokratie in Gestalt der deutschen Parteiminderheit und der besten Sozialdemokraten in den neutralen Ländern ein brennendes Gefühl der Scham über diesen Zusammenbruch der II. Internationale¹⁸⁴ empfinden; wenn in England wie in Frankreich gegen den Chauvinismus der Mehrheit der sozialdemokratischen Parteien Stimmen von Sozialisten laut werden; wenn der Opportunismus z. B. in Gestalt der längst auf national-liberalem Boden stehenden „Sozialistischen Monatshefte“ in Deutschland ganz zu Recht seinen Sieg über den europäischen Sozialismus feiert, — so erfährt das Proletariat den allerübelsten Dienst, den man ihm antun kann, von seiten der zwischen Opportunismus und revolutionärer Sozialdemokratie hin und her schwankenden Elemente (wie das „Zentrum“ in der deutschen Sozialdemokratie), die mit diplomatischen Phrasen den Zusammenbruch der II. Internationale zu verschweigen oder zu verdecken bestrebt sind.

Man muß diesen Zusammenbruch, im Gegenteil, offen zugeben und seine Ursachen begreifen, um die Möglichkeit zur Errichtung einer neuen, festeren sozialistischen Vereinigung der Arbeiter aller Länder zu gewinnen.

Die Opportunisten haben sich hinweggesetzt über die Beschlüsse des Stuttgarter, des Kopenhagener und des Basler Kongresses, die die Sozialisten aller Länder verpflichtet hatten, den Chauvinismus unter allen und jeden Umständen zu bekämpfen, die die Sozialisten verpflichtet hatten, jeden von der Bourgeoisie und den Regierungen begonnenen Krieg mit verstärkter Propagierung des Bürgerkriegs und der sozialen Revolution zu beantworten. Der Zusammenbruch der II. Internationale ist der Zusammenbruch des Opportunismus, für den die besondern Verhältnisse der abgelaufenen (der sogenannten „fried-

lichen“) Geschichteperode die Basis gegeben hatten und der in den letzten Jahren zur faktischen Herrschaft in der Internationale gelangt war. Die Opportunisten haben diesen Zusammenbruch schon lange vorbereitet, indem sie die sozialistische Revolution preisgaben und durch den bürgerlichen Reformismus ersetzten; — indem sie den Klassenkampf mit seiner zu bestimmten Zeitpunkten notwendig werdenden Verwandlung in den Bürgerkrieg preisgaben und die Arbeitsgemeinschaft der Klassen predigten; — indem sie den bürgerlichen Chauvinismus unter dem Titel des Patriotismus und der Vaterlandsverteidigung predigten und den schon im Kommunistischen Manifest dargelegten Grundsatz ignorierten oder verleugneten: daß die Arbeiter kein Vaterland haben; — indem sie sich bei der Bekämpfung des Militarismus auf einen spießbürgerlich-sentimentalen Standpunkt festrannten, statt den revolutionären Krieg der Proletarier aller Länder gegen die Bourgeoisie aller Länder als Notwendigkeit anzuerkennen; — indem sie die unerläßliche Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus und der bürgerlichen Legalität in den Legalitätsfetisch verkehrten und die Verpflichtung zur Schaffung von illegalen Organisations- und Agitationsformen in Epochen der Krise der Vergessenheit anheimfallen ließen. Die natürliche „Ergänzung“ des Opportunismus, die — nicht minder bürgerliche und dem proletarischen, d. h. marxistischen Standpunkt nicht minder feindliche — anarcho-syndikalistische Richtung, tat sich hervor durch ein nicht minder schmähliches, selbstzufriedenes Nachplappern der Losungen des Chauvinismus während der gegenwärtigen Krise.

Man kann in gegenwärtiger Zeit die Aufgaben des Sozialismus nicht erfüllen, den wirklichen internationalen Zusammenschluß der Arbeiter nicht verwirklichen, ohne den entschiedenen Bruch mit dem Opportunismus zu vollziehen und ohne die Massen über die Unvermeidlichkeit seines Fiaskos aufzuklären.

Die Aufgabe der Sozialdemokratie eines jeden Landes muß in erster Linie der Kampf gegen den Chauvinismus des betreffenden Landes sein. In Rußland hat dieser Chauvinismus den bürgerlichen Liberalismus (die „Kadetten“) restlos, zum Teil auch die Volkstümmer samt den Sozialrevolutionären und „rechten“ Sozialdemokraten erfaßt. Insbesondere muß das chauvinistische Auftreten von Leuten wie J. Smirnow, P. Maslow und G. Plechanow angeprangert werden — ein Auftreten, auf das sich die „patriotische“ Bourgeoispresse alsbald stürzte, um es ausgiebig auszunutzen.

In der vorliegenden Situation kann vom Standpunkt des internationalen Proletariats nicht bestimmt werden, auf welcher Seite bei

den zwei Gruppen von kriegführenden Nationen eine Niederlage das kleinere Übel für den Sozialismus darstellen würde. Allein es kann für uns russische Sozialdemokraten keinem Zweifel unterliegen, daß die Niederlage der Zarenmonarchie, die von allen Regierungen die reaktionärste und barbarischste ist, die die größte Zahl von Nationen und die größten Bevölkerungsmassen Europas und Asiens unter ihrem Joch hält, vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen aller in Rußland lebenden Völker das geringste Übel wäre.

Die nächste politische Losung der europäischen Sozialdemokratie muß die Gründung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa sein*, wobei die Sozialdemokraten im Unterschied zur Bourgeoisie, die alles mögliche zu „versprechen“ bereit ist, nur um das Proletariat in den allgemeinen Strom des Chauvinismus hineinzureißen, die Arbeiter darüber aufzuklären werden, daß diese Losung ganz und gar verlogen und sinnlos ist ohne die revolutionäre Beseitigung der deutschen, österreichischen und russischen Monarchie.

In Rußland muß sich die Sozialdemokratie angesichts der größten Rückständigkeit dieses Landes, das seine bürgerliche Revolution noch nicht vollendet hat, nach wie vor die drei Grundbedingungen einer konsequenten demokratischen Umwälzung zur Aufgabe setzen: demokratische Republik (bei voller Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Nationen), Konfiskation des Großgrundbesitzes und Achtstundentag. In allen fortgeschrittenen Ländern aber stellt der Krieg die Losung der sozialistischen Revolution auf die Tagesordnung; diese Losung wird um so dringlicher, je größer die Lasten sind, die der Krieg auf die Schultern des Proletariats wälzt, und je aktiver dessen Rolle werden muß bei der Neuschaffung Europas, nach den Schrecken der modernen „patriotischen“ Barbarei, angesichts der gigantischen technischen Errungenschaften des Großkapitalismus. Die Tatsache, daß die Bourgeoisie die Gesetze der Kriegszeit dazu benutzt, das Proletariat vollkommen mundtot zu machen, stellt das Proletariat vor die un-

* „Die Forderung der Vereinigten Staaten von Europa, wie sie das Manifest des Zentralkomitees aufstellte — begleitet von seinem Aufruf zum Sturze der Monarchien Rußlands, Österreichs, Deutschlands —, unterscheidet sich von der pazifistischen Ansetzung dieser Losung durch Kautsky und andere. In Nr. 44 des Zentralorgans unserer Partei ‚Der Sozialdemokrat‘ ist ein Artikel von der Redaktion veröffentlicht, in dem die ökonomische Unrichtigkeit der Losung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ bewiesen ist; entweder ist diese Forderung undurchführbar unter dem Kapitalismus, da sie die Herstellung einer Planmäßigkeit der Weltwirtschaft unter Aufteilung der Kolonien, Einflußsphären usw. unter den einzelnen Ländern voraussetzt, oder sie ist eine reaktionäre Losung, die ein zeitweiliges Bündnis der Großmächte Europas zur erfolgreicherer Unterdrückung der Kolonien und zur Ausraubung des sich schneller entwickelnden Japans und Amerikas bedeutet.“¹⁸⁵

bedingte Aufgabe, illegale Formen der Agitation und Organisation zu schaffen. Mögen die Opportunisten den „Schutz“ ihrer legalen Organisationen um den Preis des Verrats an ihren Überzeugungen erstreben, die revolutionären Sozialdemokraten werden die organisatorische Schulung und die Verbindungen der Arbeiterklasse dazu benutzen, die der Krisenepoche entsprechenden illegalen Formen des Kampfes für den Sozialismus zu schaffen und die Arbeiterschaft statt mit der chauvinistischen Bourgeoisie ihres Landes mit den Arbeitern aller Länder zu vereinigen. Die proletarische Internationale ist nicht untergegangen, und sie wird nicht untergehen. Die Arbeitermassen werden über alle Hindernisse hinweg die neue Internationale schaffen. Der heutige Triumph des Opportunismus wird nicht von langer Dauer sein. Je mehr Opfer der Krieg heischen wird, desto klarer werden die Arbeitermassen den von den Opportunisten an der Arbeitersache geübten Verrat begreifen, desto besser werden sie die Notwendigkeit einsehen, daß man die Waffe gegen die Regierungen und gegen die Bourgeoisie eines jeden Landes kehren muß.

Die Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Kriegs in den Bürgerkrieg ist die einzig richtige proletarische Losung, wie sie aus der Erfahrung der Kommune hervorgeht, wie sie in der Basler Resolution (1912) niedergelegt ist und wie sie sich aus allen Bedingungen des imperialistischen Kriegs zwischen hochentwickelten bürgerlichen Ländern ergeben muß. Wie groß die Schwierigkeiten dieser Umwandlung zur gegebenen Zeit auch sein mögen, — die Sozialisten werden niemals ablehnen, die Vorarbeiten in der bezeichneten Richtung systematisch, unbeugsam und energisch auszuführen, falls der Krieg zur Tatsache geworden ist.

Nur auf diesem Wege wird das Proletariat imstande sein, sich aus seiner Abhängigkeit von der chauvinistischen Bourgeoisie loszureißen und in dieser oder jener Form, mehr oder minder rasch, entschlossene Schritte zu tun auf der Bahn zur wirklichen Freiheit der Völker und auf der Bahn zum Sozialismus.

Es lebe die internationale Verbrüderung der Arbeiter gegen den Chauvinismus und Patriotismus der Bourgeoisie aller Länder!

Es lebe die vom Opportunismus befreite proletarische Internationale!

*Das Zentralkomitee
der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands*

Veröffentlicht in der Zeitung
„Sozialdemokrat“ Nr. 33,
1. November 1914.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVIII,
S. 76—84.

ÜBER DEN NATIONALSTOLZ DER GROSSRUSSEN

Wieviel redet, erläutert, schreit man jetzt über Nationalität und Vaterland! Liberale und radikale Minister Englands, eine Unmenge „fortschrittlicher“ Publizisten Frankreichs (die sich als völlig solidarisch mit den Publizisten der Reaktion erwiesen haben), eine Unmasse amtlicher, kadettischer und progressiver Federhelden Rußlands (ja selbst gewisse Volkstümler und „Marxisten“), — sie alle beweihräuchern auf tausenderlei Art die Freiheit und Unabhängigkeit des „Vaterlands“, die Erhabenheit des Prinzips nationaler Selbständigkeit. Man kann nicht unterscheiden, wo hier der käufliche Barde des Henkers Nikolaus Romanow oder der Inder- und Negerschinder endet und wo der Durchschnittsspießer anfängt, der aus Stumpfsinn oder Charakterlosigkeit „mit dem Strom“ schwimmt. Es hat auch keinen Wert, da Unterschiede zu machen. Wir haben es mit einer sehr breiten und tiefen Geistesströmung zu tun, deren Wurzeln mit den Interessen der Herren Gutsbesitzer und Kapitalisten der Großmächte sehr fest verwachsen sind. Für die Propaganda der Ideen, die für diese Klassen von Vorteil sind, werden jährlich Millionen und aber Millionen ausgegeben: eine gewaltige Mühle, die ihr Wasser von überallher nimmt, angefangen von dem überzeugten Chauvinisten Menschikow bis zu den Chauvinisten aus Opportunismus oder aus Charakterlosigkeit, den Plechanow und Maslow, Rubanowitsch und Smirnow, Kropotkin und Burzew.

Auch wir, großrussische Sozialdemokraten, wollen nun versuchen, unsere Stellungnahme zu dieser geistigen Strömung festzulegen. Uns, den Vertretern der eine Großmacht bildenden Nation im äußersten Osten Europas und in einem guten Teile Asiens, würde es nicht geziemen, die ungeheure Bedeutung der nationalen Frage zu vergessen; — besonders in einem solchen Lande, das man mit Recht ein „Völkergefängnis“ nennt; — zu einer Zeit, da gerade im äußersten Osten Europas und in Asien der Kapitalismus eine ganze Reihe von „neuen“, großen und kleinen Nationen zum Leben und zum Bewußtsein erweckt;

— in einem Moment, da die Zarenmonarchie Millionen von Großrussen und „Fremdstämmigen“ unter die Waffen gestellt hat, um eine ganze Reihe von nationalen Fragen entsprechend den Interessen des Rates des vereinigten Adels und der Gutschkow und Krestownikow, der Dolgorukow, Kutler und Roditschew zu „lösen“.

Ist denn uns großrussischen klassenbewußten Proletariern das Gefühl des nationalen Stolzes fremd? Gewiß nicht! Wir lieben unsere Sprache und unsere Heimat, wir wirken am meisten dafür, daß ihre werktätigen Massen (d. h. neun Zehntel ihrer Bevölkerung) zum bewußten demokratischen und sozialistischen Leben erhoben werden. Es schmerzt uns am meisten, zu sehen und zu fühlen, welchen Gewalttaten, welcher Unterdrückung, welchem Joch die Zarenschergen, Gutsbesitzer und Kapitalisten unsere schöne Heimat unterwerfen. Wir sind stolz darauf, daß diese Gewalttaten Widerstand in unserer Mitte, im Lager der Großrussen hervorgerufen haben, daß aus diesem Lager Radischtschew, die Dekabristen, die Rasnotschinzky-Revolutionäre der siebziger Jahre hervorgegangen sind, daß die großrussische Arbeiterklasse im Jahre 1905 eine mächtige revolutionäre Massenpartei geschaffen, daß der großrussische Mushik zur selben Zeit Demokrat zu werden und den Popen und den Gutsbesitzer davonzujagen begonnen hat.

Wir haben nicht vergessen, daß vor einem halben Jahrhundert der großrussische Demokrat Tschernyschewski, der sein Leben der Sache der Revolution hingab, gesagt hat: „Eine erbärmliche Nation, eine Nation von Sklaven, von oben bis unten — alles Sklaven.“ Die offenen und versteckten großrussischen Sklaven (Sklaven im Verhältnis zur Zarenmonarchie) lieben es nicht, an diese Worte erinnert zu werden. Aber nach unserer Meinung waren das Worte wahrer Heimatliebe, einer Liebe, die unter dem Mangel an revolutionärem Geist bei den Massen der großrussischen Bevölkerung litt. Damals gab es diesen revolutionären Geist nicht. Jetzt ist er, obwohl in geringem Maße, doch vorhanden: Wir sind erfüllt vom Gefühl nationalen Stolzes, denn die großrussische Nation hat *gleichfalls* eine revolutionäre Klasse hervorgebracht, hat *gleichfalls* bewiesen, daß sie imstande ist, der Menschheit gewaltige Vorbilder des Kampfes für die Freiheit und den Sozialismus zu geben und nicht nur gewaltige Pogrome, Reihen von Galgen, Folterkammern, gewaltige Hungersnöte und gewaltige Kriecherei vor den Popen, den Zaren, den Gutsbesitzern und Kapitalisten zu liefern.

Wir sind erfüllt vom Gefühl nationalen Stolzes, und gerade deshalb hassen wir *ganz besonders unsere* sklavische Vergangenheit (in der adlige

Gutsbesitzer die Mushiks in den Krieg führten, um die Freiheit Ungarns, Polens, Persiens, Chinas zu erdrosseln) und unsere sklavische Gegenwart, in der dieselben Gutsbesitzer, unterstützt von den Kapitalisten, uns in den Krieg führen, um Polen und die Ukraine zu erdrosseln, um die demokratische Bewegung in Persien und China zu erdrücken, um die unsere großrussische Nationalwürde schändende Bande der Romanow, Bobrinski und Purischkewitsch zu stärken. Niemand ist schuld daran, daß er als Sklave geboren wurde; aber ein Sklave, dem nicht nur alle Freiheitsbestrebungen fremd sind, sondern der seine Sklaverei noch rechtfertigt und beschönigt (der z. B. die Erdrosselung Polens, der Ukraine usw. als „Vaterlandsverteidigung“ der Großrussen bezeichnet), — ein solcher Sklave ist ein Lump und ein Schuft, der ein berechtigtes Gefühl der Empörung, der Verachtung und des Ekels hervorruft. „Ein Volk, das andere unterdrückt, kann sich nicht selbst emanzipieren“ (Engels im „Volksstaat“, 1874, Nr. 69) — so sprachen die größten Vertreter der konsequenten Demokratie des 19. Jahrhunderts, Marx und Engels, die die Lehrer des revolutionären Proletariats geworden sind. Und wir, die großrussischen Arbeiter, die wir vom Gefühl nationalen Stolzes erfüllt sind, wollen um jeden Preis ein freies und unabhängiges, ein selbständiges, demokratisches, republikanisches, stolzes Großrußland, das seine Beziehungen zu den Nachbarn auf dem menschlichen Prinzip der Gleichheit aufbaut und nicht auf dem jede große Nation entwürdigenden Prinzip der Hörigkeit und der Privilegien. Gerade weil wir das wollen, sagen wir: Man kann im 20. Jahrhundert in Europa (und sei es auch im fernen Osteuropa) nicht anders das „Vaterland verteidigen“, als indem man mit allen revolutionären Mitteln gegen die Monarchie, die Grundbesitzer und Kapitalisten des *eigenen* Vaterlandes, d. h. gegen die *schlimmsten* Feinde seiner Heimat kämpft; — die Großrussen können „das Vaterland“ nicht anders „verteidigen“, als indem sie dem Zarismus in jedem Kriege die Niederlage wünschen, — als das kleinste Übel für neun Zehntel der Bevölkerung Großrußlands; denn der Zarismus unterdrückt nicht nur diese neun Zehntel der Bevölkerung ökonomisch und politisch, sondern er demoralisiert, erniedrigt, entehrt und prostituiert sie auch, indem er sie lehrt, fremde Völker zu unterdrücken und ihre Schmach mit heuchlerischen, angeblich patriotischen Phrasen zu bemänteln.

Man wird uns vielleicht erwidern, daß neben dem Zarismus und unter seinen Fittichen bereits eine andere historische Macht entstanden und erstarkt ist, — der großrussische Kapitalismus, der fortschrittliche Arbeit leistet, indem er gewaltige Gebiete ökonomisch zentralisiert

und zusammenfaßt. Aber ein solcher Einwand ist keine Freisprechung, vielmehr eine noch stärkere Anklage gegen unsere chauvinistischen Sozialisten, — sie, die man einfach zaristische Purischkewitsch-Sozialisten nennen müßte (wie Marx die Lassalleaner „königlich preußische Sozialisten“ genannt hat). Nehmen wir sogar an, daß die Geschichte die Frage zugunsten des großrussischen Großmacht-Kapitalismus gegen hundert und eine kleine Nation entscheiden würde. Das ist nicht unmöglich, denn die ganze Geschichte des Kapitals ist eine Geschichte von Gewalttaten und Plünderung, von Blut und Schmutz. Auch sind wir keineswegs unbedingte Verfechter der kleinen Nationen; wir sind, *bei sonst gleichen Bedingungen*, unbedingte für die Zentralisation und gegen das kleinbürgerliche Ideal der Föderativbeziehungen. Doch selbst in einem solchen Fall ist es erstens nicht unsere Sache, nicht Sache der Demokraten (geschweige denn der Sozialisten), den Romanow-Bobriniski-Purischkewitsch bei der Erdrosselung der Ukraine usw. zu helfen. Bismarck hat in seiner Art, auf junkerliche Weise, eine historisch fortschrittliche Sache vollbracht, aber der wäre ein schöner „Marxist“, der auf Grund dessen die Unterstützung Bismarcks durch Sozialisten zu rechtfertigen gedächte! Dabei förderte Bismarck die ökonomische Entwicklung, indem er das zersplitterte Deutschland, das unter dem Druck fremder Nationen litt, vereinigte. Der ökonomische Aufschwung und die rasche Entwicklung Großrußlands aber erfordern die Befreiung des Landes von der Vergewaltigung anderer Nationen durch die Großrussen, — diesen Unterschied vergessen unsere Verehrer der echt-russischen quasi-Bismarcks.

Wenn die Geschichte die Frage zugunsten des großrussischen Großmacht-Kapitalismus entscheiden wird, so folgt daraus zweitens, daß die *sozialistische* Rolle des großrussischen Proletariats, als der Haupttriebkraft der — vom Kapitalismus erzeugten — kommunistischen Revolution um so größer sein wird. Für die Revolution des Proletariats bedarf es aber einer langwierigen Erziehung der Arbeiter im Geiste der *vollsten* nationalen Gleichheit und Brüderlichkeit. Also gerade vom Standpunkt der Interessen des großrussischen Proletariats ist eine langwierige Erziehung der Massen im Sinne des entschlossensten, konsequentesten, kühnsten und revolutionärsten Eintretens für die völlige Gleichberechtigung und für das Selbstbestimmungsrecht aller von den Großrussen unterdrückten Nationen erforderlich. Das Interesse des (nicht knechtisch aufgefaßten) Nationalstolzes der Großrussen fällt zusammen mit dem *sozialistischen* Interesse der großrussischen (und aller übrigen) Proletarier. Unser Vorbild wird Marx bleiben, der, nach jahrzehntelangem Leben in England ein halber Engländer ge-

worden, die Freiheit und nationale Unabhängigkeit Irlands im Interesse der sozialistischen Bewegung der englischen Arbeiter forderte.

Aber unsere hausbackenen sozialistischen Chauvinisten, Plechanow usw. usw., werden sich in dem zuletzt betrachteten, von uns vorausgesetzten Falle nicht allein an ihrer Heimat, dem freien und demokratischen Großrußland, als Verräter erweisen, sondern auch an der proletarischen Verbrüderung aller Völker Rußlands, d. h. an der Sache des Sozialismus.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Sozialdemokrat“ Nr. 35,
12. Dezember 1914.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVIII,
S. 103—107.

ÜBER DIE LOSUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA

In Nr. 40 des „Sozialdemokrat“ haben wir mitgeteilt, daß die Konferenz der Auslandssektionen unserer Partei beschlossen hat, die Frage der Losung „Vereinigte Staaten von Europa“ bis zur Erörterung der *ökonomischen* Seite der Sache in der Presse zu vertagen.*

Die Diskussion über diese Frage hatte auf unserer Konferenz einseitig-politischen Charakter angenommen. Das war zum Teil vielleicht dadurch hervorgerufen, daß diese Losung im Manifest des Zentralkomitees direkt als politische formuliert ist („die nächste *politische* Losung...“ — heißt es dort), wobei nicht nur von republikanischen Vereinigten Staaten von Europa gesprochen, sondern noch speziell betont wird, daß diese Losung „ohne den revolutionären Sturz der deutschen, österreichischen und russischen Monarchie“ sinnlos und verlogen sei.

Gegen eine solche Fragestellung innerhalb der *Grenzen* der politischen Beurteilung dieser Losung zu polemisieren, — z. B. von dem Standpunkt aus, daß sie die Parole der sozialistischen Revolution verdunkle oder abschwäche u. a. m., wäre vollkommen falsch. Politische Umgestaltungen in wahrhaft demokratischer Richtung, erst recht aber politische Revolutionen können auf keinen Fall, niemals, unter keinen Umständen die Losung der sozialistischen Revolution verdunkeln oder abschwächen. Im Gegenteil, stets bringen sie diese näher, erweitern die Basis für sie, ziehen neue Schichten des Kleinbürgertums und der halbproletarischen Massen in den sozialistischen Kampf. Andererseits aber sind politische Revolutionen unvermeidlich im Verlauf der sozialistischen Revolution, die man nicht als einzelnen Akt betrachten darf, sondern als eine Epoche stürmischer politischer und ökonomischer Erschütterungen, des schärfsten Klassenkampfes,

* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVIII, S. 159. *Der Übers.*

des Bürgerkriegs, der Revolutionen und Gegenrevolutionen betrachten muß.

Aber wenn die Losung der republikanischen Vereinigten Staaten von Europa, in Zusammenhang gebracht mit dem revolutionären Sturz der drei reaktionärsten Monarchien Europas, mit der russischen an der Spitze, als politische Losung völlig unantastbar ist, so bleibt doch noch die sehr wichtige Frage nach dem ökonomischen Inhalt und der ökonomischen Bedeutung dieser Parole. Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d. h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt unter den „fortgeschrittenen“ und „zivilisierten“ Kolonialmächten, sind die Vereinigten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär.

Das Kapital ist international und monopolistisch geworden. Die Welt ist aufgeteilt unter ein Häuflein von Großmächten, d. h. von Staaten, die in der großangelegten Plünderung und Unterdrückung der Nationen die größten Erfolge zu verzeichnen haben. Die vier Großmächte Europas: England, Frankreich, Rußland und Deutschland, mit einer Bevölkerung von 250—300 Millionen und einem Territorium von zirka 7 Millionen Quadratkilometern, verfügen über Kolonien mit einer Bevölkerung von *fast einer halben Milliarde* (494,5 Millionen) und einem Territorium von 64,6 Millionen Quadratkilometern, d. h. fast über den halben Erdball (133 Millionen Quadratkilometer ohne die Polargebiete). Man nehme noch die drei asiatischen Staaten: China, die Türkei und Persien hinzu, die jetzt von den im „Befreiungskrieg“ stehenden Räubern, nämlich von Japan, Rußland, England und Frankreich, in Stücke gerissen werden. Diese drei asiatischen Staaten, die man als Halbkolonien bezeichnen kann (in Wirklichkeit sind sie jetzt zu neun Zehnteln Kolonien), haben eine Bevölkerungszahl von 360 Millionen und eine Gesamtfläche von 14,5 Millionen Quadratkilometern (d. h. fast eineinhalbmal soviel als die Gesamtfläche von ganz Europa).

Ferner haben England, Frankreich und Deutschland im Auslande mindestens 70 Milliarden Rubel Kapital investiert. Um das „legitime“ Einkommen aus dieser netten Summe — eine Jahreseinnahme von über 3 Milliarden Rubel — in Empfang zu nehmen, sind die nationalen Millionärausschüsse da, Regierungen genannt, die über Armee und Kriegsflotte verfügen und in den Kolonien und Halbkolonien die Söhnchen und Brüderchen von „Monsieur Kapital“ in der Eigenschaft von Vizekönigen, Konsuln, Botschaftern, Beamten jeder Art, Pfaffen und anderen Blutegeln „unterbringen“.

So ist im Zeitalter der höchsten kapitalistischen Entwicklung die Ausräuberung von rund einer Milliarde Erdbewohnern durch ein Häuflein von Großmächten organisiert. Und unter dem Kapitalismus ist jede andere Organisation unmöglich. Auf Kolonien, auf „Einflußsphären“, auf Kapitalexpert verzichten? Daran denken, hieße auf das Niveau des Pfäffleins herabsteigen, das jeden Sonntag den Reichen die Erhabenheit des Christentums predigt und ihnen anrät, den Armen zu geben ... nun, wenn nicht ein paar Milliarden, so doch wenigstens ein paar hundert Rubel im Jahr.

Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen ist jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich. Der Milliardär kann das „Nationaleinkommen“ des kapitalistischen Landes mit jemand anderem nur in einer bestimmten Proportion teilen: „nach Kapitalhöhe“ (außerdem noch mit einem Zuschlag, damit das größte Kapital mehr bekommt, als ihm gebührt). Kapitalismus bedeutet Privateigentum an den Produktionsmitteln und Anarchie der Produktion. Auf solcher Basis eine „gerechte“ Verteilung des Einkommens predigen, ist Proudhonismus, ist kleinbürgerlicher, philiströser Stumpfsinn. Es kann nicht anders geteilt werden als „der Macht entsprechend“. Die Machtverhältnisse ändern sich aber mit dem Gang der ökonomischen Entwicklung. Nach 1871 erstarkte Deutschland drei- bis viermal rascher als England und Frankreich. Japan zehnmal rascher als Rußland. Um die tatsächliche Macht eines kapitalistischen Staats zu prüfen, gibt es und kann es kein anderes Mittel geben als den Krieg. Der Krieg ist kein Widerspruch zu den Grundlagen des Privateigentums, sondern er ist das direkte und unvermeidliche Entwicklungsergebnis dieser Grundlagen. Unter dem Kapitalismus ist gleichmäßiges Wachstum in der ökonomischen Entwicklung der einzelnen Wirtschaften und der einzelnen Staaten unmöglich. Unter dem Kapitalismus gibt es keine andern Mittel zur zeitweiligen Wiederherstellung des gestörten Gleichgewichts als Krisen in der Industrie und Kriege in der Politik.

Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Übereinkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, mit vereinten Kräften den Sozialismus in Europa zu unterdrücken, mit vereinten Kräften die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika zu verteidigen, welche letztere durch die jetzige Aufteilung der Kolonien in

höchstem Maße benachteiligt und in den letzten 50 Jahren unvergleichlich rascher erstarkt sind als das rückständige, monarchistische, vor Alter faulende Europa. Im Vergleich zu den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet Europa im ganzen genommen den ökonomischen Stillstand. Auf der heutigen ökonomischen Basis, d. h. unter kapitalistischen Verhältnissen, würden die Vereinigten Staaten von Europa die Organisation der Reaktion zur Hemmung der rascheren Entwicklung Amerikas bedeuten. Jene Zeiten, in denen die Sache der Demokratie und die Sache des Sozialismus nur mit Europa verknüpft war, sind unwiderruflich entschwunden.

Die Vereinigten Staaten der Welt (nicht aber Europas) sind jene staatliche Form der Vereinigung und der Freiheit der Nationen, die wir mit dem Sozialismus verknüpfen, — solange nicht der vollständige Sieg des Kommunismus zum endgültigen Verschwinden eines jeden, darunter auch des demokratischen Staats geführt haben wird. Als selbständige Losung wäre jedoch die Losung Vereinigte Staaten der Welt kaum richtig, denn erstens fällt sie mit dem Sozialismus zusammen; zweitens könnte sie die falsche Auffassung von der Unmöglichkeit des Sieges des Sozialismus in einem Lande und eine falsche Auffassung von den Beziehungen eines solchen Landes zu den übrigen entstehen lassen.

Die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ist ein unbedingtes Gesetz des Kapitalismus. Hieraus folgt, daß der Sieg des Sozialismus ursprünglich in wenigen kapitalistischen Ländern oder sogar in einem einzeln genommenen Lande möglich ist. Das siegreiche Proletariat dieses Landes würde sich nach Enteignung der Kapitalisten und nach Organisierung der sozialistischen Produktion im eigenen Lande der übrigen, der kapitalistischen Welt *entgegenstellen* und würde die unterdrückten Klassen der anderen Länder auf seine Seite ziehen, in ihnen den Aufstand gegen die Kapitalisten entfachen und im Notfall sogar mit Waffengewalt gegen die Ausbeuterklassen und ihre Staaten vorgehen. Die politische Form der Gesellschaft, in der das Proletariat siegt, indem es die Bourgeoisie niederwirft, wird die demokratische Republik sein, die die Kräfte des Proletariats der betreffenden Nation oder der betreffenden Nationen immer mehr zentralisiert im Kampfe gegen die Staaten, die noch nicht zum Sozialismus übergegangen sind. Die Aufhebung der Klassen ist unmöglich ohne die Diktatur der unterdrückten Klasse, des Proletariats. Die freie Vereinigung der Nationen im Sozialismus ist unmöglich ohne einen mehr oder weniger langwierigen, hartnäckigen Kampf der sozialistischen Republiken gegen die rückständigen Staaten.

Aus eben diesen Erwägungen heraus, im Ergebnis vielfacher Erörterung der Frage auf der Konferenz der Auslandssektionen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und nach dieser Konferenz, ist die Redaktion des Zentralorgans zu dem Schlusse gelangt, daß die Losung der Vereinigten Staaten von Europa falsch ist.

Veröffentlicht in der Zeitung
„Sozialdemokrat“ Nr. 44,
23. August 1915.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVIII,
S. 306—310.

DER OPPORTUNISMUS UND DER ZUSAMMENBRUCH DER II. INTERNATIONALE

I

Ist die II. Internationale wirklich zusammengebrochen? Das leugnen hartnäckig ihre autoritativsten Vertreter wie Kautsky und Vandervelde. Es ist nichts passiert, als daß die Verbindungen unterbrochen wurden; alles ist in Ordnung; das ist ihr Standpunkt.

Um die Wahrheit zu finden, wollen wir uns zum *Manifest des Basler Kongresses* vom Jahre 1912 wenden, das sich eben auf den gegebenen imperialistischen Weltkrieg bezieht und durch alle sozialistischen Parteien der Welt angenommen wurde. Bemerkenswert ist es, daß kein einziger Sozialist in der Theorie zu leugnen wagt, daß es notwendig ist, jeden Krieg konkret historisch zu würdigen.

Jetzt, da der Krieg ausgebrochen ist, wagen die offenen Opportunisten wie die Kautskysten nicht, weder das Manifest von Basel zu leugnen noch an ihm das Verhalten der sozialistischen Parteien im Kriege zu prüfen. Weswegen? Weil das Manifest die einen wie die andern völlig bloßstellt.

Es spricht mit keinem Sterbensworte weder von der Verteidigung des Vaterlandes noch von dem Unterschied zwischen dem Angriffs- und Verteidigungskriege; kein Wort über alles das, was jetzt die Opportunisten und Kautskysten* Deutschlands und der Entente an allen Straßenecken in die Welt hinaustrompeten. Das Manifest konnte darüber nicht sprechen, weil das, was es sagt, absolut die Anwendung solcher Begriffe ausschließt. Es nennt ganz konkret eine Reihe ökonomischer und politischer Konflikte, die diesen Krieg jahrzehntelang vorbereiteten, die sich im Jahre 1912 völlig und definitiv offenbart

* Es handelt sich nicht um den persönlichen Anhang Kautskys in Deutschland, sondern um den internationalen Typus von angeblichen Marxisten, die zwischen Opportunismus und Radikalismus schwanken und in Wirklichkeit als Feigenblatt für den Opportunismus dienen.

haben und die den Krieg im Jahre 1914 herbeiführten. Das Manifest nennt nämlich den österreichisch-russischen Konflikt über die „Vorrherrschaft am Balkan“, den Konflikt „Englands, Frankreichs und Deutschlands“ (*aller dieser Länder!*) wegen ihrer „Eroberungspolitik in Vorderasien“, den österreichisch-italienischen über die „Herrschaftsgelüste“ in Albanien usw. Das Manifest charakterisiert mit einem Worte alle diese Konflikte als Konflikte auf dem Boden des „kapitalistischen Imperialismus“. Das Manifest erkennt also sonnenklar den erobertungslustigen, imperialistischen, reaktionären, sklavenhalterischen Charakter des gegebenen Krieges an, d. h. einen solchen Charakter, der die Zulässigkeit der Vaterlandsverteidigung zum theoretischen Unsinn und praktischer Lächerlichkeit macht. Es kämpfen miteinander große Haifische, um fremde „Vaterländer“ zu verschlingen. Das Manifest zieht die unvermeidlichen Schlüsse aus den unstreitbaren historischen Tatsachen: dieser Krieg kann nicht „gerechtfertigt werden auch nur durch den geringsten Vorwand eines Volksinteresses“; er wird vorbereitet „zum Vorteile des Profits der Kapitalisten, des Ehrgeizes der Dynastien“. Es wäre „ein Verbrechen“, wenn die Arbeiter „aufeinander schießen“ würden. So das Manifest.

Die Epoche des kapitalistischen Imperialismus ist die des reifen und überreifen Kapitalismus, der vor dem Zusammenbruch steht, reif ist, dem Sozialismus Platz zu machen. Die Epoche 1789—1871 war die des fortschrittlichen Kapitalismus, als auf der Tagesordnung der Geschichte die Niederringung des Feudalismus, des Absolutismus, die Abschüttelung des fremden Joches stand. Auf diesem Boden und *nur* auf diesem war die „Vaterlandsverteidigung“ zulässig, d. h. eine Verteidigung gegen die Unterdrückung. Im Kriege gegen die imperialistischen Großmächte könnte dieser Begriff auch jetzt angewandt werden, aber es ist eine Absurdität, ihn auf den Krieg *zwischen* den imperialistischen Großmächten anzuwenden, auf einen Krieg, in dem es darum geht, wer mehr die Balkanländer, Kleinasien usw. ausplündern kann. Deswegen ist es nicht wunderlich, daß die „Sozialisten“, die die „Vaterlandsverteidigung“ in diesem gegebenen Kriege anerkennen, das Basler Manifest umgehen, wie ein Dieb die Stelle meidet, wo er gestohlen hat. Das Manifest beweist doch, daß sie Sozialchauvinisten sind, d. h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in Wirklichkeit, die „ihrer“ Bourgeoisie helfen, fremde Länder zu berauben, andere Nationen zu unterjochen. Das ist eben das Wesentliche in dem Begriffe des Chauvinismus, daß man „sein“ Vaterland verteidigt, selbst wenn dessen Aktion auf Unterjochung fremder Vaterländer gerichtet ist.

Aus der Anerkennung des Krieges für einen nationalen Befreiungs-

krieg ergibt sich eine Taktik, aus der Kennzeichnung desselben als eines imperialistischen die zweite. Das Manifest weist auf diese zweite Taktik klar hin. Der Krieg wird „eine wirtschaftliche und politische Krise herbeiführen“, die man „ausnützen“ muß: nicht zur Milderung der Krise, nicht zur Vaterlandsverteidigung, sondern umgekehrt, zur „Aufrüttelung“ der Massen, zur „Beschleunigung der Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft“. Man kann nicht das beschleunigen, wozu die historischen Bedingungen noch nicht reif sind. Das Manifest anerkannte, daß die soziale Revolution *möglich*, ihre Vorbedingungen *reif* sind, daß sie eben *im Zusammenhang* mit dem Kriege kommt: „die herrschenden Klassen“ haben Furcht „vor einer proletarischen Revolution im Gefolge eines Weltkrieges“, erklärt das Manifest unter Berufung auf das Beispiel der Pariser *Kommune*, der *Revolution* im Jahre 1905 in Rußland, d. h. der Massenstreiks, des Bürgerkrieges. Es ist eine Lüge, wenn man wie Kautsky behauptet, daß das Verhältnis des Sozialismus zu *diesem* Kriege nicht geklärt war. Diese Frage wurde nicht nur debattiert, sondern auch in Basel gelöst, wo die Taktik der proletarisch-revolutionären Massenkämpfe angenommen wurde.

Es ist eine empörende Unwahrheit, wenn man das Basler Manifest ganz oder in seinen wesentlichsten Teilen umgeht und statt dessen Führerreden oder Resolutionen einzelner Parteien zitiert, die erstens *vor* Basel gehalten wurden, zweitens keine Entscheidungen der Parteien der ganzen Welt darstellen, drittens sich auf verschiedene *mögliche* Kriege, nur nicht eben auf diesen gegebenen Krieg beziehen. Der Kern der Frage besteht darin, daß die Epoche der nationalen Kriege zwischen europäischen Großmächten durch die Epoche der imperialistischen Kriege zwischen denselben ersetzt worden ist und daß das Basler Manifest diese Tatsache zuerst offiziell anerkennen mußte.

Es wäre verfehlt anzunehmen, das Basler Manifest könne nicht so bewertet werden, es sei eine Festtagsdeklamation, eine bombastische Drohung gewesen. So möchten die die Frage stellen, die von diesem Manifest bloßgestellt werden. Das ist aber unwahr. Das Manifest ist nur ein Resultat der großen propagandistischen Arbeit der ganzen Epoche der II. Internationale, nur eine Zusammenfassung dessen, was die Sozialisten in Hunderttausenden von Reden, Artikeln, Aufrufen in allen Sprachen in die Massen geworfen haben. Es wiederholt nur, was z. B. *Jules Guesde* im Jahre 1899 schrieb, als er den sozialistischen Ministerialismus im Falle eines Krieges geißelte: er sprach von einem durch das „kapitalistische Brigantentum“ angezettelten Kriege („*En garde*“, S. 175); was *Kautsky* im Jahre 1908 im „Weg zur Macht“

schrieb, als er das Ende der „friedlichen Epoche“, den Anfang der Epoche der Kriege und Revolutionen anerkannte. Das Basler Manifest als Phrase oder als Irrtum darzustellen, bedeutet, als Phrase oder Irrtum die ganze sozialistische Arbeit der letzten 25 Jahre darzustellen. Der Widerspruch zwischen dem Manifest und seiner Nichtanwendung ist eben deswegen unerträglich für die Opportunisten und Kautskysten, weil er den tiefsten Widerspruch in der Arbeit der II. Internationale aufdeckt. Der verhältnismäßig „friedliche“ Charakter der Epoche 1871—1914 nährte den Opportunismus anfangs als *Stimmung*, dann als *Richtung*, schließlich als *Gruppe oder Schicht* der Arbeiterbürokratie und der kleinbürgerlichen Mitläufer. Diese Elemente konnten die Arbeiterbewegung nur beherrschen, indem sie in Worten die revolutionären Ziele und die revolutionäre Taktik anerkannten. Sie konnten bei den Massen das Vertrauen erringen, indem sie schworen, daß die ganze „friedliche“ Arbeit nur eine *Vorbereitung* der proletarischen Revolution sei. Dieser Widerspruch war eine Geschwulst, die einmal platzen mußte; und sie ist geplatzt. Die ganze Frage besteht darin, ob man — wie Kautsky und Konsorten — den Eiter zurück in den Organismus hineinzupressen sucht wegen „Einigkeit“ (mit dem Eiter) — oder ob man den Eiter recht schnell und sauber beseitigen soll trotz des momentanen akuten Schmerzes, den dies verursacht, um dem Organismus der Arbeiterbewegung zur völligen Gesundheit zu verhelfen.

Der Verrat des Sozialismus seitens derjenigen, die die Kriegskredite angenommen haben, in die Ministerien eingetreten sind, die Idee der Vaterlandsverteidigung im Jahre 1914/15 verfechten, ist offenkundig. Leugnen können diese Tatsachen nur Heuchler. Es gilt, sie zu erklären.

II

Es wäre lächerlich, die ganze Frage als persönliche aufzufassen. Was hat die Sache mit dem Opportunismus zu tun, wenn solche Männer wie *Plechanow* und *Guesde* usw.? — fragt *Kautsky* („*Neue Zeit*“, 18. Mai 1915). Was hat die Sache mit dem Opportunismus zu tun, wenn *Kautsky* usw.? — antwortete im Namen der Opportunisten der Entente *Axelrod* („*Die Krise der Sozialdemokratie*“, Zürich, 1915, S. 21). Das ist eine Komödie. *Um die Krise der ganzen Bewegung zu erklären, ist es nötig, erstens die ökonomische Bedeutung der gegebenen Politik, zweitens ihre grundlegenden Ideen, drittens ihren Zusammenhang mit der Geschichte der Richtungen im Sozialismus zu prüfen.*

Worin besteht das ökonomische Wesen der „Vaterlandsverteidigung“ im Kriege des Jahres 1914/15? Die Bourgeoisie aller Großmächte führt den Krieg wegen der Aufteilung und Ausbeutung der Welt, wegen der Unterjochung der Völker. Einem kleinen Kreis der Arbeiterbürokratie, Arbeiteraristokratie und den kleinbürgerlichen Mitläufern können Brocken von den großen Profiten der Bourgeoisie zufallen. Die Klassengrundlage des Sozialchauvinismus und Opportunismus ist dieselbe: das Bündnis einer kleinen bevorrechteten Arbeiterschicht mit „ihrer“ nationalen Bourgeoisie gegen die Masse der Arbeiterklasse, das Bündnis der Lakaiaen der Bourgeoisie mit ihr gegen die von ihr ausgebeutete Klasse.

Der politische Inhalt des Opportunismus und des Sozialchauvinismus ist derselbe: Zusammenarbeit der Klassen, Verzicht auf die Diktatur des Proletariats, Verzicht auf die revolutionäre Aktion, die rücksichtslose Anerkennung der bürgerlichen Legalität, das Mißtrauen dem Proletariat, Vertrauen der Bourgeoisie gegenüber. Der Sozialchauvinismus ist die direkte Weiterführung und Vollendung der englischen liberalen Arbeiterpolitik, des Millerandismus und Bernsteinismus.

Der Kampf der zwei Grundtendenzen in der Arbeiterbewegung, des revolutionären und opportunistischen Sozialismus, füllt die ganze Zeit von 1889—1914 aus. Zwei Hauptrichtungen in der Frage des Verhältnisses zum Kriege sind auch jetzt in allen Ländern vorhanden. Lassen wir die bürgerliche und opportunistische Manier, sich auf Personen zu berufen, beiseite. Nehmen wir die *Richtungen*, und dies in einer Reihe von Ländern. Wir nehmen zehn europäische Staaten: Deutschland, England, Rußland, Italien, Holland, Schweden, Bulgarien, Schweiz, Belgien, Frankreich. In den ersten acht Ländern entspricht die Teilung in* Opportunisten und Radikale der Teilung in* Sozialchauvinisten und Internationalisten. Die Stützpunkte des Sozialchauvinismus sind in Deutschland die „Sozialistischen Monatshefte“ und Legien und Co.; in England die Fabier und die Labour Party (die ILP befand sich immer im Blocke mit ihnen, unterstützte ihr Tageblatt und war in diesem Blocke immer schwächer als die Sozialchauvinisten, während in der BSP die Internationalisten drei Siebentel ausmachen); in Rußland die Richtung der „Nascha Sarja“ (jetzt „Nasche Djelo“), das Organisationskomitee, die Dumafraktion unter der Führung Tschcheidses; in Italien die Reformisten unter der Führung Bissolatis; in Holland die Partei Troelstras; in Schweden die von Branting geführte Mehrheit der Partei; in Bulgarien die Partei der Weitherzing;

* Im „Vorboten“: „auf“. *Der Übers.*

in der Schweiz Greulich und Co. Dagegen ist in *allen* diesen Ländern aus dem entgegengesetzten, dem radikalen Lager ein mehr oder weniger konsequenter Protest gegen den Sozialchauvinismus ertönt. Die Ausnahme bilden nur zwei Länder: Frankreich und Belgien, in denen aber der Internationalismus auch existiert, nur sehr schwach ist.

Der Sozialchauvinismus ist der vollendete Opportunismus. Er ist reif geworden zu einem offenen, oft ordinären Bündnis mit der Bourgeoisie und Generalstäben. Es ist eben dieses Bündnis, das ihm eine große Macht und das Monopol des legal gedruckten Wortes, der Irreführung der Massen gibt. *Es ist lächerlich, jetzt noch den Opportunismus für eine Erscheinung im Innern unserer Partei zu halten.* Es ist lächerlich, die Basler Resolution zusammen mit David-Legien, Hyndman, Plechanow, Webb durchführen zu wollen. Die Einheit mit den Sozialchauvinisten ist die Einheit mit der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie, die andere Nationen ausbeutet, ist die Spaltung des internationalen Proletariats. Das bedeutet nicht, daß der Bruch mit den Opportunisten überall sofort möglich sei, es bedeutet nur, daß er historisch reif, für den revolutionären Kampf des Proletariats notwendig und unumgänglich ist, daß die Geschichte, die vom „friedlichen“ zum imperialistischen Kapitalismus geführt hat, diese Spaltung vorbereitet. *Volentem ducunt fata, nolentem trahunt.**

III

Die klugen Vertreter der Bourgeoisie haben dies ausgezeichnet verstanden. Deswegen loben sie so die jetzigen sozialistischen Parteien, an deren Spitze die „Verteidiger des Vaterlandes“, d. h. des imperialistischen Raubes, stehen. Deswegen belohnen die Regierungen die sozialchauvinistischen Führer, sei es durch ministerielle Posten (in Frankreich und England), sei es durch das Monopol der legalen ungestörten Existenz (in Deutschland und Rußland). Deswegen gedieh die Sache in Deutschland, wo die sozialdemokratische Partei am stärksten, ihre Verwandlung in eine nationalliberale, eine *konterrevolutionäre* Arbeiterpartei am anschaulichsten war, — so weit, daß die Staatsanwaltschaft den Kampf zwischen „Minderheit“ und „Mehrheit“ als „Aufreizung zum Klassenhasse“ behandelt! Deswegen sind die klugen Opportunisten am meisten um die Erhaltung der alten „Einigkeit“ der alten Parteien bekümmert, die so große Dienste der Bourgeoisie 1914/15 geleistet haben. Die Auffassung dieser Opportunisten

* Den Wollenden führen die Geschicke, den Nichtwollenden ziehen sie mit sich. *Der Übers.*

in allen Ländern der Welt drückt mit dankenswerter Offenheit ein Mitglied der deutschen Sozialdemokratie in einem im April 1915, in der reaktionären Revue „*Preußische Jahrbücher*“, unter dem Decknamen *Monitor* veröffentlichten Artikel aus. *Monitor* ist der Meinung, daß es für die Bourgeoisie sehr gefährlich wäre, wenn die Sozialdemokratie sich *noch* nach *rechts* entwickeln würde: „Ihr (der Sozialdemokratie) Charakter als Arbeiterpartei mit sozialistischen Idealen muß von ihr behütet werden, denn an dem Tage, an dem sie diesen aufgeben würde, entstünde eine neue Partei, die das verleugnete Programm in radikalerer Fassung zu dem ihrigen machen würde.“ (*Preußische Jahrbücher*, 1915, Nr. 4, S. 51.)

Monitor hat den Nagel auf den Kopf getroffen. Die englischen Liberalen und französischen Radikalen haben dies eben immer gewollt: revolutionär klingende Phrasen, um die Massen irrezuführen, damit diese den Lloyd Georges, Sembats, Renaudels, Legiens und Kautskys Vertrauen schenken, den Männern, die fähig sind, die „Vaterlandsverteidigung“ im Raubkriege zu predigen.

Aber *Monitor* stellt nur eine Abart des Opportunismus dar: die offene, grobe, zynische. Die andere ist versteckt, fein, „ehrlich“. (Engels sagte einmal: Die „ehrlichen“ Opportunisten sind die der Arbeiterklasse gefährlichsten ...) Hier ein Beispiel.

Kautsky schreibt in der „*Neuen Zeit*“ (26. November 1915): „Die Opposition gegen die Mehrheit ist im Wachsen; die Massen sind oppositionell ... Nach dem Kriege (nur nach dem Kriege? N. L.) werden die Klassengegensätze sich so verschärfen, daß der Radikalismus in den Massen die Oberhand gewinnt ...“ Es „droht uns nach dem Kriege (nur nach dem Kriege? N. L.) die Flucht der radikalen Elemente aus der Partei und ihr Zustrom zu einer Richtung antiparlamentarischer“ (?? soll heißen außerparlamentarischer) „Massenaktionen ... So zerfällt unsere Partei in zwei Extreme, die nichts Gemeinsames haben.“ Zur Rettung der Einheit sucht *Kautsky* die Reichstagsmehrheit zu überreden, der Minderheit die Erlaubnis für ein paar radikale Parlamentsreden zu erteilen. Das bedeutet, daß *Kautsky* vermittelt ein paar radikaler Parlamentsreden die revolutionären Massen mit den Opportunisten aussöhnen will, die „nichts Gemeinsames“ mit der Revolution haben, die seit langem die Leitung der Gewerkschaften in den Händen halten und jetzt, auf das direkte Bündnis mit der Bourgeoisie und mit der Regierung gestützt, die Leitung der Partei beherrschen. Wodurch unterscheidet sich das in der Sache selbst von dem „Programm“ *Monitors*? Durch nichts als süßliche Phrasen, die den Marxismus prostituieren.

In der Sitzung der Reichstagsfraktion vom 18. März 1915 „warnte“ der Kautskyaner *Wurm* „die Fraktion, den Bogen zu überspannen; in den Arbeitermassen wachse die Opposition gegen die Fraktionsmehrheit; es gelte, beim marxistischen“ (?! wohl ein Druckfehler: soll heißen „monitorischen“) „Zentrum zu verharren“. („Klassenkampf gegen den Krieg. Material zum Fall Liebknecht.“ Als Manuskript gedruckt. S. 67.) Wir sehen also, daß *noch im März 1915* im Namen *aller* Kautskyaner (das sogenannte „Zentrum“) die *Tatsache* anerkannt wurde, daß *die Massen* revolutionär sind!! Und achteinhalb Monate später schlägt Kautsky noch einmal vor, diese Massen, die kämpfen wollen, mit der opportunistischen, konterrevolutionären Partei „auszusöhnen“, und zwar mit Hilfe einiger revolutionär klingender Phrasen!!

Der Krieg ist oft dadurch nützlich, daß er das Faule aufweist, das Konventionelle wegfegt. Vergleichen wir die englischen Fabier mit den deutschen Kautskysten. Über die ersten schrieb ein *wirklicher* „Marxist“, Friedrich Engels, am 18. Januar 1893: „... eine Bande von Strebern, die Verstand genug haben, die Unvermeidlichkeit der sozialen Umwälzung einzusehen, die aber dem rohen Proletariat unmöglich diese Riesenarbeit allein anvertrauen und deshalb die Gewogenheit haben, sich an die Spitze zu stellen. Angst vor der Revolution ist ihr Grundprinzip“ (Briefwechsel mit Sorge, S. 390).

Und am 11. November 1893: „... diese hochnäsigen Bourgeois, die sich in Gnaden herbeilassen wollen, das Proletariat von oben herab zu befreien, wenn es nur so einsichtig sein will, daß so eine rohe, ungebildete Masse sich nicht selbst befreien kann und zu nichts kommt außer durch die Gnade dieser gescheiterten Advokaten, Literaten und sentimentalen Weibsleute.“ (Ebenda S. 401.)

In der Theorie blickt Kautsky mit einer Verachtung auf die Fabier wie der Pharisäer auf den armen Sünder. Denn er schwört doch auf den „Marxismus“. Aber welcher Unterschied besteht zwischen ihnen praktisch? Beide haben das Basler Manifest unterzeichnet und beide haben es so behandelt wie Wilhelm II. die belgische Neutralität. Marx hat aber sein ganzes Leben lang die Leute gegeißelt, die die revolutionäre Flamme der Arbeiter auszulöschen suchten.

Kautsky hat gegen die revolutionären Marxisten eine neue Theorie des „Ultraimperialismus“ aufgestellt. Er versteht darunter die Verdrängung des „Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander“ durch „die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“. („Neue Zeit“, 30. April 1915.) Er fügt aber bei: „Ob eine solche neue Phase des Kapitalismus realisierbar ist, das zu entscheiden, fehlen noch die genügenden Voraussetzungen.“

Also auf Grund von Vermutungen über eine „neue Phase“ leugnet der Erfinder dieser „Phase“ — obwohl er selbst nicht wagt, sie direkt für „realisierbar“ zu erklären, — die gestern von ihm selbst gemachten revolutionären Erklärungen, leugnet er die revolutionären Aufgaben und die revolutionäre Taktik des Proletariats *jetzt*, in der „Phase“ der *schon begonnenen* Krise, des Krieges, einer unerhörten Verschärfung der Klassengegensätze! Ist dies nicht der schäbigste Fabianismus?

Der Führer der russischen Kautskysten, *Axelrod*, sieht den „Schwerpunkt des Internationalisierungsproblems der proletarischen Befreiungsbewegung“ in der „Internationalisierung der Alltagspraxis“: z. B. muß „die Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetzgebung zum Objekt der internationalen Aktion und Organisation der Arbeiter werden“. (*Axelrod*, „Die Krise der Sozialdemokratie“, Zürich 1915, S. 39 und 40.) Es ist klar, daß nicht nur *Legien*, *David*, die *Webbs*, sondern selbst *Lloyd George*, *Naumann*, *Briaud* und *Miljukow* diesem „Internationalismus“ vollkommen beipflichten werden. Für die ferne, ferne Zukunft ist *Axelrod*, wie im Jahre 1912, bereit, auch die revolutionärsten Phrasen zu dreschen: Die zukünftige Internationale „wird entgegentreten (den Regierungen im Falle der Kriegsgefahr) mit der Entfaltung eines revolutionären Sturmes“. Schaut mal her, wie tapfer wir sind! Handelt es sich aber darum, *jetzt* die beginnende revolutionäre Gärung in den Massen zu unterstützen und zu fördern, so antwortet *Axelrod*, diese Taktik der revolutionären Massenaktionen „hätte noch eine gewisse Berechtigung, wenn wir unmittelbar am Vorabend der sozialen Revolution ständen, ähnlich wie es etwa in Rußland seit den Studentendemonstrationen des Jahres 1901 der Fall war, die das Herannahen entscheidender Kämpfe gegen den Absolutismus ankündigten“. Jetzt aber sind das „Utopien“, „Bakunismus“ usw., ganz im Sinne *Kolbs*, *Dauids*, *Südekums* und *Legiens*.

Der gute *Axelrod* vergißt nur, daß im Jahre 1901 niemand in Rußland wußte und wissen konnte, daß der erste „entscheidende Kampf“ in vier Jahren — sage und schreibe: vier Jahren — eintreten und „unentschieden“ bleiben wird. Und trotzdem waren damals nur wir revolutionären Marxisten im Recht: wir haben die *Kritschewski* und *Martynow* ausgelacht, die unmittelbar zum Sturme riefen. Wir rieten nur den Arbeitern, die Opportunisten überall zum Teufel zu jagen und mit allen Kräften die Demonstrationen und alle andern revolutionären Massenaktionen zu unterstützen, zu verschärfen und auszubreiten. Ganz analog ist die jetzige Lage Europas. Es wäre unsinnig, „unmittelbar“ Sturm zu blasen. Es wäre aber schändlich, den Namen Sozialdemokrat zu tragen und den Arbeitern nicht zu

raten, mit den Opportunisten zu brechen und mit allen Mitteln die beginnende revolutionäre Gärung und die Demonstrationen zu unterstützen, vertiefen, ausbreiten und verschärfen: Die Revolution fällt niemals ganz fertig vom Himmel, und man weiß niemals beim Beginn der revolutionären Gärung, ob und wann aus ihr die „wahre“, „echte“ Revolution entstehen wird. Kautsky und Axelrod geben den Arbeitern alte, abgebrauchte, konterrevolutionäre Ratschläge. Kautsky und Axelrod speisen die Massen mit der Hoffnung ab, die *zukünftige* Internationale werde schon sicher revolutionär sein — nur um *jetzt* die Herrschaft der konterrevolutionären Elemente, der Legiens, Davids, Vanderveldes, Hyndmans zu verteidigen, zu verschönern, zu verdecken. Ist es nicht klar, daß die „Einigkeit“ mit Legien und Co. das sicherste Mittel ist, die „zukünftige“ revolutionäre Internationale vorzubereiten?

„Den Weltkrieg in einen Bürgerkrieg umwandeln zu wollen, wäre Wahnsinn gewesen“, erklärt der Führer der deutschen Opportunisten, David („Die Sozialdemokratie und der Weltkrieg“, 1915, S. 172), indem er auf das Manifest des Zentralkomitees unserer Partei, vom 1. November 1914, antwortet. In diesem Manifest hieß es unter anderm:

„Wie groß die Schwierigkeiten dieser Umwandlung zur gegebenen Zeit auch sein mögen, — die Sozialisten werden niemals ablehnen, die Vorarbeiten in der bezeichneten Richtung systematisch, unbeugsam und energisch auszuführen, falls der Krieg zur Tatsache geworden ist.“*

(Zitiert auch bei David, S. 171.) Einen Monat vor dem Erscheinen des Buches Davids veröffentlichte unsere Partei Resolutionen, in denen diese „systematische Vorbereitung“ folgendermaßen erklärt wurde: 1. die Ablehnung der Kredite; 2. Bruch des Burgfriedens; 3. Bildung illegaler Organisationen; 4. die Unterstützung der Solidaritätskundgebungen in den Schützengräben; 5. die Unterstützung aller revolutionären Massenkundgebungen.**

David ist fast ebenso tapfer wie Axelrod: Im Jahre 1912 hielt er die Berufung auf die Pariser Kommune im Falle des Krieges nicht für „Wahnsinn“...

Plechanow, der typische Vertreter der Quadrupelentesozialchauvinisten, beurteilt in derselben Weise wie David die revolutionäre Taktik. Er nannte sie ein „Mittelding zwischen Traum und Farce“. Aber hören wir *Kolb*, den offenen Opportunisten, der schrieb:

„Die Folge der Taktik derer um Liebknecht wäre ein bis zur Siede-

* Siehe vorl. Band, S. 744. *Der Übers.*

** *W. I. Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XVIII, S. 76. *Der Übers.*

hitze gesteigerter innerer Kampf unter der deutschen Nation.“ („Die Sozialdemokratie am „Scheidewege“, S. 50.)

Was ist aber ein bis zur Siedehitze gesteigerter Kampf, wenn nicht der Bürgerkrieg?

Wäre die Taktik unseres Zentralkomitees, die in den Hauptsachen der Taktik der Zimmerwalder Linken gleicht, ein „Wahnsinn“, „Traum“, „Abenteuer“, „Bakunismus“ — wie es David, Plechanow, Axelrod, Kautsky usw. behaupten —, sie könnte niemals zum „inneren Kampfe unter einer Nation“ führen, geschweige denn zu einem gesteigerten. Nirgends in der Welt hat die anarchistische Phrase zu einem inneren Kampfe in der Nation geführt. Die Tatsachen sagen aber, daß eben im Jahre 1915, eben auf der Basis der durch den Krieg herbeigeführten Krise die revolutionäre Gärung in den Massen wächst, wachsen die Streiks und politischen Demonstrationen in Rußland, die Streiks in Italien und England, die Hunger- und politischen Demonstrationen in Deutschland. Was ist das anders als der Beginn revolutionärer Massenkämpfe?

Die Unterstützung, Entwicklung, Ausbreitung, Verschärfung der revolutionären Massenaktionen, die Bildung der illegalen Organisationen, ohne welche selbst in den „freien“ Ländern man den Volksmassen die Wahrheit nicht sagen darf: das ist das ganze praktische Programm der Sozialdemokratie in diesem Kriege. Alles andere ist Lüge oder Phrase, wie es auch mit opportunistischen oder pazifistischen Theorien ausgeschmückt werden mag.*

Wenn man uns sagt, daß diese „russische Taktik“ (ein Ausdruck Davids) auf Europa nicht paßt, dann antworten wir mit einem gewöhnlichen Hinweis auf Tatsachen. In Berlin fand sich am 30. November eine Deputation der Berliner Genossinnen beim Parteivorstand ein und erklärte, „die Verbreitung unzensurierter Druckschriften und Flugblätter und die Abhaltung ‚nicht genehmigter‘ Versammlungen wäre bei dem großen Organisationsapparate heute leichter möglich als zur Zeit des Sozialistengesetzes ... Es fehlt nicht an Mitteln und Wegen, sondern offensichtlich an dem Willen.“ („Berner Tagwacht“, 1915, Nr. 271.)

* Auf der Berner internationalen Frauenkonferenz im März 1915 wiesen die Vertreterinnen des Zentralkomitees unserer Partei auf die unbedingte Notwendigkeit, illegale Organisationen zu schaffen. Man lehnte dies ab. Die Engländerinnen spotteten über diesen Vorschlag, indem sie die englische „Freiheit“ priesen. Nach einigen Monaten bekam man aber englische Zeitungen, wie „Labour Leader“, mit weißen Flecken und dann Nachrichten über polizeiliche Haussuchungen, Konfiskationen der Broschüren, Verhaftungen und drakonische Urteile gegen die vom Frieden — nur vom Frieden — sprechenden Genossen in England!

Wurden diese schlechten Genossinnen durch russische „Sektierer“ usw. irreführt? Oder stellen nicht diese Genossinnen die wirklichen Massen dar, sondern Legien und Kautsky? — Legien, der in seinem Referat am 27. Januar 1915 die „anarchistische“ Idee der Bildung geheimer Organisationen verdonnerte; Kautsky, der so konterrevolutionär wurde, daß er am 26. November, vier Tage vor der Demonstration von 10000 Menschen in Berlin, die Straßendemonstrationen als „Abenteuer“ denunzierte!!

Genug der Phrasen, genug des prostituierten „Marxismus“ à la Kautsky! Nach 25 Jahren der II. Internationale, nach dem Basler Manifest werden die Arbeiter den Phrasen keinen Glauben mehr schenken. Der Opportunismus ist überreif geworden, er ging definitiv als Sozialchauvinismus in das Lager der Bourgeoisie über: Geistig und politisch hat er mit der Sozialdemokratie gebrochen. Er wird mit ihr auch organisatorisch brechen. Die Arbeiter fordern schon „unzensurierte“ Druckschriften und „nichtgenehmigte“ Versammlungen, d. h. geheime Organisationen zur Unterstützung der revolutionären Bewegung der Massen. Nur ein solcher „Krieg dem Krieg“ ist sozialdemokratische Arbeit, keine Phrase. Und diese Arbeit wird die Menschheit, wie groß auch die Schwierigkeiten, zeitweiligen Niederlagen, Irrtümer, Abirrungen, Unterbrechungen sein mögen, zur siegreichen proletarischen Revolution führen.

Veröffentlicht in deutscher Sprache
in der Zeitschrift „Vorboten“ Nr. 1,
Januar 1916.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX,
S. 1—16.

DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS

(Gemeinverständlicher Abriss)

VORWORT

Die Schrift, die ich hiermit dem Leser vorlege, ist im Frühjahr 1916 in Zürich geschrieben worden. Bei den dortigen Arbeitsverhältnissen litt ich natürlich unter einem gewissen Mangel an französischer und englischer und einem sehr großen Mangel an russischer Literatur. Das englische Hauptwerk über den Imperialismus, das Buch von J. A. Hobson, habe ich jedoch mit der Aufmerksamkeit verwertet, die diese Arbeit meiner Überzeugung nach verdient.

Die Schrift ist im Hinblick auf die zaristische Zensur abgefaßt. Aus diesem Grunde war ich nicht nur gezwungen, mich ausschließlich auf die theoretische — insbesondere ökonomische — Analyse zu beschränken, sondern auch die wenigen notwendigen Bemerkungen über Politik mit der größten Vorsicht zu formulieren, in Andeutungen, gewissermaßen durch die Blume zu sprechen, in jener verfluchten Sprache, zu der der Zarismus alle Revolutionäre nötigte, sobald sie die Feder in die Hand nahmen, um ein „legales“ Werk zu schreiben.

Es fällt schwer, jetzt, in den Tagen der Freiheit, diese durch die Rücksicht auf die zaristische Zensur entstellten, zusammengedrückten, gleichsam in einen eisernen Schraubstock gepreßten Stellen der Broschüre wieder zu lesen. Daß der Imperialismus der Vorabend der sozialistischen Revolution ist, daß der Sozialchauvinismus (Sozialismus in Worten, Chauvinismus in Taten) gleichbedeutend ist mit dem völligen Verrat am Sozialismus, mit dem vollständigen Übergang auf die Seite der Bourgeoisie, daß diese Spaltung der Arbeiterbewegung im Zusammenhang steht mit den objektiven Bedingungen des Imperialismus u. a. m. — darüber mußte ich in einer „Sklavensprache“ reden, und so bin ich genötigt, den Leser, der sich für die Frage inter-

essiert, auf den bald erscheinenden Neudruck meiner im Ausland geschriebenen Artikel aus den Jahren 1914—1917 zu verweisen. Es sei besonders eine Stelle auf S. 119—120* hervorgehoben: um in zensurfähiger Form dem Leser klarzumachen, wie schamlos die Kapitalisten und die auf ihre Seite übergegangenen Sozialchauvinisten (gegen die Kautsky so inkonsequent kämpft) in der Frage der Annexionen lügen, wie schamlos sie die Annexionen *ihrer* Kapitalisten *bemühteln*, war ich gezwungen, als Beispiel — Japan zu wählen! Der aufmerksame Leser wird mit Leichtigkeit an Stelle Japans — Rußland setzen und an Stelle Koreas — Finnland, Polen, Kurland, die Ukraine, Chiwa, Buchara, Estland und die anderen nicht von Großrussen besiedelten Gebiete.

Ich will hoffen, daß meine Schrift dazu beitragen wird, sich in jener ökonomischen Grundfrage zurechtzufinden, ohne deren Studium man nicht im geringsten verstehen kann, wie der jetzige Krieg und die jetzige Politik einzuschätzen sind, nämlich in der Frage nach dem ökonomischen Wesen des Imperialismus.

Petrograd, 26. April 1917.

Der Verfasser

* Siehe vorl. Band, S. 869. *Der Übers.*

VORWORT ZUR FRANZÖSISCHEN UND DEUTSCHEN AUSGABE

I

Die vorliegende Schrift ist, wie im Vorwort zur russischen Ausgabe erwähnt, im Jahre 1916 im Hinblick auf die zaristische Zensur geschrieben worden. Ich habe nicht die Möglichkeit, gegenwärtig den ganzen Text umzuarbeiten, überdies dürfte das wohl auch unzweckmäßig sein, denn die Hauptaufgabe des Buches bleibt nach wie vor, an Hand von zusammenfassenden Daten einer unbestrittenen bürgerlichen Statistik und von Geständnissen bürgerlicher Gelehrter aller Länder zu zeigen, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, am Vorabend des ersten imperialistischen Weltkrieges, das *Gesamtbild* der kapitalistischen Weltwirtschaft in ihren internationalen Wechselbeziehungen war.

Zum Teil dürfte es für viele Kommunisten in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern sogar von Nutzen sein, sich an dem Beispiel dieses *vom Standpunkt der zaristischen Zensur legalen* Büchleins davon zu überzeugen, daß es möglich — und notwendig — ist, selbst die geringen Überreste von Legalität, die den Kommunisten beispielsweise im heutigen Amerika oder in Frankreich nach den jüngsten Verhaftungen fast aller Kommunisten noch verbleiben, dazu auszunutzen, die ganze Verlogenheit der sozialpazifistischen Ansichten und Hoffnungen auf die „Weltdemokratie“ klarzustellen. In diesem Vorwort will ich versuchen, die notwendigsten Ergänzungen zu diesem zensurpflichtigen Büchlein zu geben.

II

In dem Büchlein wird der Beweis erbracht, daß der Krieg von 1914—1918 auf beiden Seiten ein imperialistischer Krieg (d. h. ein Eroberungskrieg, ein Raub- und Plünderungskrieg) war, ein Krieg um die Aufteilung der Welt, um die Teilung und Neuverteilung der Kolonien, der „Einfußsphären“ des Finanzkapitals usw.

Denn der Beweis für den wirklichen sozialen oder, richtiger, den wirklichen Klassencharakter eines Krieges ist selbstverständlich nicht aus der diplomatischen Geschichte des Krieges zu erhalten, sondern aus der Analyse der *objektiven* Lage der herrschenden *Klassen* in *allen* kriegführenden Staaten. Um diese objektive Lage darstellen zu können, darf man nicht Einzelbeispiele und einzelne Daten herausgreifen (bei der ungeheuren Kompliziertheit der Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens kann man immer eine beliebige Zahl von Beispielen oder Einzeldaten ausfindig machen, um jede beliebige These zu erhärten), sondern muß man unbedingt die *Gesamtheit* der Daten über die *Grundlagen* des Wirtschaftslebens *aller* kriegführenden Mächte und der *ganzen Welt* nehmen.

Gerade solche unwiderlegbaren zusammenfassenden Daten habe ich bei der Schilderung der *Verteilung der Welt* in den Jahren 1876 und 1914 (im Kapitel VI) und der Verteilung der *Eisenbahnen* der ganzen Welt in den Jahren 1890 und 1913 (im Kapitel VII) angeführt. Die Eisenbahnen sind Ergebnisse der Hauptzweige der kapitalistischen Industrie, der Kohlen- und Eisenindustrie — Ergebnisse und zugleich die anschaulichsten Gradmesser der Entwicklung des Welthandels und der bürgerlich-demokratischen Zivilisation. Wie die Eisenbahnen mit der Großindustrie, mit den Monopolen, den Syndikaten, den Kartellen, den Trusten, den Banken, mit der Finanzoligarchie verbunden sind, das ist in den vorhergehenden Kapiteln des Buches gezeigt. Die Verteilung des Eisenbahnnetzes, die Ungleichmäßigkeit dieser Verteilung, die Ungleichmäßigkeit seiner Entwicklung — das sind Ergebnisse des modernen Monopolkapitalismus im Weltmaßstabe. Und diese Ergebnisse zeigen, daß auf einer *solchen* wirtschaftlichen Grundlage, *solange* das Privateigentum an den Produktionsmitteln besteht, imperialistische Kriege absolut unvermeidlich sind.

Der Bau von Eisenbahnen scheint ein einfaches, natürliches, demokratisches, kulturelles, zivilisatorisches Unternehmen zu sein: ein solches ist er in den Augen der bürgerlichen Professoren, die für die Beschönigung der kapitalistischen Sklaverei bezahlt werden, und in den Augen der kleinbürgerlichen Philister. In Wirklichkeit haben die kapitalistischen Fäden, durch die diese Unternehmungen in tausendfältigen Verschlingungen mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln überhaupt verknüpft sind, diesen Bau in ein Werkzeug verwandelt zur Unterdrückung von *einer Milliarde* Menschen (in den Kolonien und Halbkolonien); d. h. von mehr als der Hälfte der Bevölkerung der Erde in den abhängigen Ländern und der Lohnsklaven des Kapitals in den „zivilisierten“ Ländern.

Auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhendes Privateigentum, freie Konkurrenz, Demokratie — all diese Schlagworte, mit denen die Kapitalisten und ihre Presse die Arbeiter und Bauern betrügen, liegen weit zurück. Der Kapitalismus ist zu einem Weltsystem kolonialer Unterdrückung und finanzieller Abwürgung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung der Erde durch eine Handvoll „fortgeschrittener“ Länder geworden. Und in diese „Beute“ teilen sich zwei, drei weltbeherrschende, bis an die Zähne bewaffnete Räuber (Amerika, England, Japan), die die ganze Welt in *ihren* Krieg um die Teilung *ihrer* Beute mit hineinreißen.

III

Der Friede von Brest-Litowsk, von dem monarchistischen Deutschland diktiert, und dann der weitaus bestialischere und niederträchtigere Friede von Versailles, von „demokratischen“ Republiken, von Amerika und Frankreich sowie vom „freien“ England diktiert, haben der Menschheit den nützlichsten Dienst geleistet, indem sie sowohl die gedungenen Tintenkulis des Imperialismus entlarvten wie auch die reaktionären Kleinbürger — mögen diese sich auch Pazifisten und Sozialisten nennen —, die den „Wilsonismus“ priesen und zu beweisen suchten, daß unter dem Imperialismus Frieden und Reformen möglich seien.

Dutzende Millionen von Leichen und Krüppeln, die der Krieg hinterließ — ein Krieg, der darum geführt wurde, ob die englische oder die deutsche Gruppe von Finanzräubern einen größeren Teil der Beute erhalten soll —, und dann diese beiden „Friedensverträge“ öffnen mit einer bisher ungekannten Schnelligkeit Millionen und aber Millionen durch die Bourgeoisie eingeschüchterter, niedergehaltener, betrogener und betörter Menschen die Augen. Auf dem Boden des durch den Krieg hervorgerufenen Ruins in der ganzen Welt erwächst somit die revolutionäre Weltkrise, die — mag sie auch noch so lange und schwere Wandlungen durchmachen — nicht anders enden kann als mit der proletarischen Revolution und deren Sieg.

Das Basler Manifest der II. Internationale, das im Jahre 1912 eine Einschätzung nicht des Krieges überhaupt (es gibt verschiedene Kriege, es gibt auch revolutionäre Kriege), sondern gerade desjenigen Krieges gab, der im Jahre 1914 ausbrach, dieses Manifest ist uns als Denkmal des ganzen schmachvollen Bankrotts, des ganzen Renegatentums der Helden der II. Internationale verblieben.

Ich bringe deshalb dieses Manifest im Anhang zur vorliegenden

Auflage zum Nachdruck und mache die Leser eindringlich darauf aufmerksam, daß die Helden der II. Internationale alle jene Stellen des Manifestes geflissentlich umgehen, wo von dem Zusammenhang gerade dieses kommenden Krieges mit der proletarischen Revolution präzisiert, klar und direkt die Rede ist, — ebenso geflissentlich umgehen, wie ein Dieb die Stelle umgeht, wo er den Diebstahl beging.

IV

Besondere Aufmerksamkeit wird in dem vorliegenden Büchlein der Kritik des „Kautskyanertums“ zugewendet, jener internationalen geistigen Strömung, die in allen Ländern der Welt von den „angesehensten Theoretikern“, den Führern der II. Internationale (Otto Bauer und Konsorten in Österreich, Ramsay Macdonald und andere in England, Albert Thomas in Frankreich usw. usf.) samt einer Unmenge von Sozialisten, Reformisten, Pazifisten, bürgerlichen Demokraten und Pfaffen vertreten wird.

Diese geistige Strömung ist einerseits ein Produkt der Zersetzung, des Fäulnisprozesses der II. Internationale und andererseits die unvermeidliche Frucht der Ideologie von Kleinbürgern, die durch ihre ganze Lebenslage im Banne bürgerlicher und demokratischer Vorurteile befangen sind.

Bei Kautsky und seinesgleichen sind derartige Ansichten gleich dem vollständigen Verzicht gerade auf die revolutionären Grundlagen des Marxismus, die dieser Schriftsteller jahrzehntelang, unter anderm besonders im Kampfe gegen den sozialistischen Opportunismus (der Bernstein, Millerand, Hyndman, Gompers u. a.) verteidigt hat. Es ist deshalb kein Zufall, daß die „Kautskyaner“ in der ganzen Welt sich jetzt praktisch-politisch mit den extremen Opportunisten (durch die II. oder gelbe Internationale) und mit den bürgerlichen Regierungen (durch die bürgerlichen Koalitionsregierungen unter Teilnahme von Sozialisten) vereinigt haben.

Die in der ganzen Welt anwachsende proletarische revolutionäre Bewegung im allgemeinen und die kommunistische Bewegung im besonderen kann der Analyse und Aufdeckung der theoretischen Fehler des „Kautskyanertums“ nicht entraten. Das gilt um so mehr, da der Pazifismus und der „Demokratismus“ schlechthin, die nicht im geringsten den Anspruch erheben, Marxismus zu sein, die aber genau so wie Kautsky und Konsorten die Tiefe der Widersprüche des Imperialismus und die Unvermeidlichkeit der durch ihn erzeugten revolutionären Krise verkleistern — da diese Strömungen in der ganzen

Welt noch außerordentlich stark verbreitet sind. Und der Kampf gegen diese Strömungen ist Pflicht der Partei des Proletariats, die der Bourgeoisie die von ihr betörten Kleinproduzenten und die Millionen der in mehr oder weniger kleinbürgerliche Lebensverhältnisse versetzten Werktätigen entreißen muß.

V

Einige Worte müssen über das Kapitel VIII: „Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus“ gesagt werden. Wie schon im Text des Buches vermerkt worden ist, hat Hilferding, der ehemalige „Marxist“ und jetzige Mitstreiter Kautskys und einer der Hauptrepräsentanten der bürgerlichen, reformistischen Politik in der „Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“, in dieser Frage im Vergleich zu dem *offenen* Pazifisten und Reformisten, dem Engländer Hobson, einen Schritt zurück getan. Die internationale Spaltung der gesamten Arbeiterbewegung ist jetzt schon ganz offenzutage getreten (II. und III. Internationale). Auch die Tatsache des bewaffneten Kampfes und des Bürgerkrieges zwischen den beiden Richtungen ist zutage getreten: in Rußland — Unterstützung Koltschaks und Denikins durch die Menschewiki und „Sozialrevolutionäre“ gegen die Bolschewiki, in Deutschland — Scheidemann, Noske und Konsorten mit der Bourgeoisie gegen die Spartakisten, desgleichen in Finnland, Polen, Ungarn usw. Was ist nun die ökonomische Grundlage dieser weltgeschichtlichen Erscheinung?

Es ist eben der Parasitismus und die Fäulnis des Kapitalismus, die seinem höchsten geschichtlichen Stadium, d. h. dem Imperialismus, eigen sind. Wie im vorliegenden Buch nachgewiesen ist, hat der Kapitalismus jetzt eine *Handvoll* (weniger als ein Zehntel der Bevölkerung der Erde, reichlich und übertrieben gerechnet, weniger als ein Fünftel) besonders reicher und mächtiger Staaten hervorgebracht, die — durch einfaches „Kuponschneiden“ — die ganze Welt plündern. Der Kapitalexpert ergibt Einkünfte von 8—10 Milliarden Frank jährlich, und zwar nach den Vorkriegspreisen und der bürgerlichen Vorkriegsstatistik. Gegenwärtig ist es natürlich viel mehr.

Es ist begreiflich, daß man aus solchem gigantischen *Extraprofit* (denn diesen Profit heimsen die Kapitalisten extra ein, über den Profit hinaus, den sie aus den Arbeitern ihres „eigenen“ Landes herauspressen) die Arbeiterführer und die Oberschicht der Arbeiteraristokratie *bestechen kann*. Sie wird denn auch von den Kapitalisten der „fort-

geschrittenen“ Länder bestochen — durch tausenderlei Methoden, direkte und indirekte, offene und versteckte.

Diese Schicht der verbürgerlichten Arbeiter oder der „Arbeiteraristokratie“, in ihrer Lebensart, durch ihr Einkommen, durch ihre ganze Weltanschauung vollkommen verspießert, ist die Hauptstütze der II. Internationale und in unseren Tagen die *soziale* (nicht militärische) *Hauptstütze der Bourgeoisie*. Denn sie sind die wirklichen *Agenten der Bourgeoisie innerhalb der Arbeiterbewegung*, die Arbeiterkommis der Kapitalistenklasse (labour lieutenants of the capitalist class), die wirklichen Schrittmacher des Reformismus und Chauvinismus. Im Bürgerkrieg zwischen Proletariat und Bourgeoisie stellen sie sich in nicht geringer Zahl unvermeidlich auf die Seite der Bourgeoisie, auf die Seite der „Versäiller“ gegen die „Communards“¹⁸⁶.

Ohne die ökonomischen Wurzeln dieser Erscheinung begriffen zu haben, ohne ihre politische und soziale Bedeutung abgewogen zu haben, ist es unmöglich, auch nur einen Schritt zur Lösung der praktischen Aufgaben der kommunistischen Bewegung und der kommenden sozialen Revolution zu machen.

Der Imperialismus ist der Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats. Das hat sich seit 1917 im Weltmaßstabe bestätigt.

N. Lenin

6. Juli 1920.

In den letzten 15—20 Jahren, besonders nach dem Spanisch-Amerikanischen Kriege (1898) und dem Burenkriege (1899—1902), verweilt die ökonomische sowie die politische Literatur der Alten und der Neuen Welt immer häufiger bei dem Begriff „Imperialismus“, um die Epoche, in der wir leben, zu charakterisieren. Im Jahre 1902 erschien in London und New York das Werk des englischen Ökonomen J. A. Hobson: „Der Imperialismus“. Der Verfasser, der den Standpunkt des bürgerlichen Sozialreformismus und Pazifismus vertritt — einen Standpunkt, der im Grunde genommen mit der jetzigen Stellungnahme des ehemaligen Marxisten K. Kautsky übereinstimmt —, gibt eine sehr gute und ausführliche Beschreibung der grundlegenden ökonomischen und politischen Besonderheiten des Imperialismus. Im Jahre 1910 erschien in Wien das Werk des österreichischen Marxisten Rudolf Hilferding: „Das Finanzkapital“. Obwohl der Autor in der Geldtheorie irrt und eine gewisse Neigung zeigt, den Marxismus mit dem Opportunismus zu versöhnen, ist dieses Werk eine höchst wertvolle theoretische „Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus“, wie der Untertitel des Hilferdingschen Buches lautet. Im Grunde genommen geht das, was in den letzten Jahren über den Imperialismus gesagt wurde — insbesondere in sehr zahlreichen Zeitschriften- und Zeitungsartikeln zu diesem Thema und ebenso z. B. in den Resolutionen der im Herbst 1912 abgehaltenen Kongresse von Chemnitz und Basel —, kaum über den Kreis der Ideen hinaus, die die beiden genannten Autoren dargelegt oder, richtiger, zusammengefaßt haben ...

Im folgenden wollen wir versuchen, den Zusammenhang und die Wechselbeziehungen der *grundlegenden* ökonomischen Besonderheiten des Imperialismus in aller Kürze und in möglichst gemeinverständlicher Form darzustellen. Auf die nichtökonomische Seite der Frage so einzugehen, wie sie es verdient hätte, werden wir keine Gelegenheit haben. Literaturangaben und andere Anmerkungen, für die nicht alle Leser Interesse haben dürften, befinden sich am Schlusse unserer Schrift.

I. KONZENTRATION DER PRODUKTION UND MONOPOLE

Das ungeheure Wachstum der Industrie und der auffallend rasche Prozeß der Konzentration der Produktion in immer größeren Betrieben ist eine der charakteristischsten Besonderheiten des Kapitalismus. Die modernen Betriebszählungen liefern uns über diesen Prozeß die vollkommensten und genauesten Daten.

In Deutschland z. B. waren von je tausend Industrieunternehmungen Großbetriebe, d. h. Betriebe mit mehr als 50 Lohnarbeitern: im Jahre 1882 3, im Jahre 1895 6 und im Jahre 1907 9. Von je hundert Arbeitern entfielen auf diese: 22, 30 und 37. Aber die Konzentration der Produktion ist viel stärker als die Konzentration der Arbeiter, denn die Arbeit ist in den Großbetrieben viel produktiver. Darauf weisen die Daten über Dampfmaschinen und elektrische Motoren hin. Ziehen wir in Betracht, was man in Deutschland als Industrie im weiteren Sinne bezeichnet, d. h. auch den Handel, das Verkehrswesen usw., so erhalten wir folgendes Bild: Von den 3265623 Unternehmungen Deutschlands sind 30588, d. h. nur 0,9 Prozent, Großbetriebe. Auf letztere entfallen: von 14,4 Millionen Arbeitern 5,7 Millionen, d. h. 39,4 Prozent; von den 8,8 Millionen Pferdestärken der Dampfmaschinen 6,6 Millionen, d. h. 75,3 Prozent; von den 1,5 Millionen Kilowatt elektrischer Energie 1,2 Millionen Kilowatt, d. h. 77,2 Prozent.

Weniger als ein Hundertstel der Betriebe verfügt über *mehr* als drei Viertel der gesamten Dampf- und Elektrizitätskraft! Auf die 2,97 Millionen Kleinbetriebe (mit höchstens fünf Lohnarbeitern), die 91 Prozent der Gesamtzahl der Betriebe ausmachen, entfallen im ganzen 7 Prozent der Dampf- und Elektrizitätskraft! Einige zehntausend Großbetriebe sind alles; Millionen von Kleinbetrieben sind nichts.

Betriebe mit tausend und mehr Arbeitern gab es 1907 in Deutschland 586. Diese beschäftigten fast *ein Zehntel* (1,38 Millionen) der Gesamtzahl der Arbeiter und verfügten über *nahezu ein Drittel* (32 Prozent) aller Dampf- und Elektrizitätskraft*. Das Geldkapital und die Banken machen, wie wir sehen werden, dieses Übergewicht eines Häufleins von Großbetrieben noch erdrückender, und zwar im buchstäblichen Sinne des Wortes, d. h. Millionen kleiner, mittlerer und sogar ein Teil der Groß-, „unternehmen“ sind in Wirklichkeit von wenigen hundert Millionären der Hochfinanz völlig unterjocht.

* Zahlenangaben nach den „Annalen des Deutschen Reiches“, 1911, Zahn, S. 165—169.

In einem anderen fortgeschrittenen Lande des modernen Kapitalismus, den Vereinigten Staaten von Nordamerika, ist das Wachstum der Produktionskonzentration noch stärker. Hier sondert die Statistik die Industrie im engeren Sinne aus und gruppiert die Betriebe nach dem Wert ihrer Jahresproduktion. 1904 gab es an Großbetrieben mit einer Jahresproduktion von 1 Million Dollar und darüber 1900 (von 216180, d. h. 0,9 Prozent); auf sie entfielen 1,4 Millionen Arbeiter (von 5,5 Millionen, d. h. 25,6 Prozent) und 5,6 Milliarden der Jahresproduktion (von 14,8 Milliarden, d. h. 38 Prozent). Fünf Jahre später, im Jahre 1909, lauteten die entsprechenden Zahlen: 3060 Betriebe (von 268491, d. h. 1,1 Prozent) mit 2 Millionen Arbeitern (von 6,6 Millionen, d. h. 30,5 Prozent) und 9 Milliarden Jahresproduktion (von 20,7 Milliarden, d. h. 43,8 Prozent)*.

Fast die Hälfte der Gesamtproduktion aller Betriebe des Landes liegt in den Händen *eines Hundertstels* der Gesamtzahl der Betriebe! Und diese dreitausend Riesenbetriebe umfassen 268 Industriezweige. Daraus erhellt, daß die Konzentration auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung sozusagen von selbst dicht an das Monopol heranzuführt. Denn einigen Dutzend Riesenbetrieben fällt es leicht, sich untereinander zu verständigen, während andererseits gerade durch das Riesenausmaß der Betriebe die Konkurrenz erschwert und die Tendenz zum Monopol erzeugt wird. Diese Verwandlung der Konkurrenz in das Monopol ist eine der wichtigsten Erscheinungen — wenn nicht die wichtigste — in der Ökonomie des neuesten Kapitalismus, und wir müssen daher auf sie ausführlicher eingehen. Doch muß zuerst ein mögliches Mißverständnis beseitigt werden.

Die amerikanische Statistik besagt: 3000 Riesenbetriebe in 250 Industriezweigen. Demnach kämen im ganzen je 12 Betriebe größten Ausmaßes auf jeden Industriezweig.

Dem ist aber nicht so. Nicht in jedem Industriezweig gibt es Großbetriebe; und andererseits ist eine äußerst wichtige Besonderheit des Kapitalismus, der die höchste Entwicklungsstufe erreicht hat, die sogenannte *Kombination*, d. h. die Vereinigung verschiedener Industriezweige in einem einzigen Unternehmen; diese Industriezweige bilden entweder aufeinanderfolgende Stufen der Verarbeitung des Rohstoffes (z. B. Gewinnung des Roheisens aus dem Erz, seine Verarbeitung zu Stahl und unter Umständen auch die Erzeugung dieser oder jener Stahlfabrikate), oder spielen in bezug aufeinander eine

* „Statistical Abstract of the United States“ (Statistisches Jahrbuch der Vereinigten Staaten. *Der Übers.*), 1912, S. 202.

Hilfsrolle (z. B. Verarbeitung von Abfällen oder Nebenprodukten; Herstellung von Verpackungsmaterial usw.).

„... die Kombination“, schreibt Hilferding, „gleichet Konjunkturschwankungen aus und bewirkt daher für das kombinierte Werk eine größere Stetigkeit der Profitrate. Zweitens bewirkt die Kombination Ausschaltung des Handels. Drittens bewirkt sie die Möglichkeit technischer Fortschritte und damit die Erlangung von Extraprofit gegenüber dem reinen Werk. Viertens stärkt sie die Stellung des kombinierten Werkes gegenüber dem reinen im Konkurrenzkampf zur Zeit einer starken Depression, wenn die Senkung der Rohmaterialpreise nicht Schritt hält mit der Senkung der Fabrikatspreise.“*

Der deutsche bürgerliche Ökonom Heymann, der der Schilderung der „gemischten“, d. h. kombinierten Werke in der deutschen Eisenindustrie eine besondere Schrift gewidmet hat, sagt: „Die ‚reinen‘ Werke werden zwischen hohen Material- und niedrigen Fabrikatspreisen zerquetscht ...“ Es ergibt sich folgendes Bild: „Übriggeblieben sind auf der einen Seite die großen Kohlengesellschaften mit einer Förderung, die in die Millionen Tonnen Kohle geht, fest organisiert in ihrem Kohlensyndikat und eng verbunden mit ihnen die großen Stahlwerke und ihr Stahlsyndikat. Diese Riesenunternehmungen mit 400 000 Tonnen Stahlproduktion im Jahr, entsprechender Ausdehnung der Kohlen-, Erz- und Hochofenbetriebe wie der Fertigfabrikation, mit 10 000 Arbeitern, die in Werkkolonien kaserniert sind, ja, zum Teil mit eigenen Bahnen und Häfen, diese Riesenunternehmungen sind heute der rechte Typus des deutschen Eisenwerks. Und immer weiter schreitet die Konzentration vorwärts. Der einzelne Betrieb wird stetig größer; immer mehr Betriebe der gleichen oder verschiedener Art ballen sich zu Riesenunternehmungen zusammen, die in einem halben Dutzend Berliner Großbanken ihre Stützen und ihre Leiter finden. Für die Montanindustrie ist die Richtigkeit der Konzentrationslehre von Karl Marx exakt nachgewiesen, jedenfalls in einem Land, in dem sie, wie bei uns, durch Zölle und Frachttarife geschützt wird. Die Montanindustrie Deutschlands ist reif zur Expropriation.“**

Zu diesem Schluß mußte ein ausnahmsweise gewissenhafter bürgerlicher Ökonom kommen. Es sei bemerkt, daß er Deutschland in Anbetracht der hohen Industrieschutzzölle eine gewisse Sonderstellung einräumt. Aber dieser Umstand konnte die Konzentration und die Bildung von monopolistischen Unternehmerverbänden, Kartellen,

* Rudolf Hilferding, „Das Finanzkapital“, 2. Aufl., S. 254.

** Hans Gideon Heymann, „Die gemischten Werke im deutschen Großesisen-gewerbe“, Stuttgart 1904, S. 256 u. 278.

Syndikaten usw. nur beschleunigen. Es ist außerordentlich wichtig, daß im Lande des Freihandels, in England, die Konzentration *ebenfalls* zum Monopol führt, wenn auch etwas später und vielleicht in anderer Form. Prof. Hermann Levy schreibt in einer Spezialuntersuchung „Monopole, Kartelle und Trusts“ auf Grund der Daten über die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens:

„In Großbritannien ist es die Größe der Unternehmungen und ihre Leistungsfähigkeit, welche eine monopolistische Tendenz in sich trägt. Dies einmal dadurch, daß die großen Kapitalinvestitionen pro Unternehmung, sobald einmal die Konzentrationsbewegung eingesetzt hat, wachsende Anforderungen an die Kapitalbeschaffung neuer Unternehmungen stellen und damit ihr Aufkommen erschweren. Weiter aber (und dies scheint uns der wichtigere Punkt zu sein) repräsentiert jede neue Unternehmung, welche mit den auf Grund des Konzentrationsprozesses entstandenen Riesenunternehmungen Schritt halten will, ein so großes Mehrangebot von Produkten, daß sie, um diese abzusetzen, entweder nur bei einer enorm wachsenden Nachfrage mit Nutzen verkaufen könnte oder aber sofort die Preise auf ein für sie wie für die Monopolvereinigungen unrentables Niveau drücken würde.“ Zum Unterschied von anderen Ländern, wo die Schutzzölle die Kartellbildung erleichtern, „kann die Ausnützung monopolistischer Vorteile durch Kartelle und Trusts in Großbritannien ... im allgemeinen nur dann erfolgen, wenn die konkurrierenden Unternehmungen eine geringe Zahl, in der Regel nicht mehr als ein paar Dutzend Einzelunternehmen repräsentieren ... Hier allein tritt für ein ganzes Wirtschaftsgebiet der Einfluß der Konzentrationsbewegung auf die großindustrielle Monopolvergängerorganisation in kristallisierter Reinheit zutage.“*

Vor einem halben Jahrhundert, als Marx sein „Kapital“ schrieb, erschien der überwiegenden Mehrheit der Ökonomen die freie Konkurrenz als ein „Naturgesetz“. Die offizielle Wissenschaft versuchte das Werk von Marx totzuschweigen, der durch seine theoretische und geschichtliche Analyse des Kapitalismus bewies, daß die freie Konkurrenz die Konzentration der Produktion erzeugt, diese Konzentration aber auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung zum Monopol führt. Das Monopol ist jetzt zur Tatsache geworden. Die Ökonomen schreiben Berge von Büchern, beschreiben die einzelnen Erscheinungen des Monopols und verkünden nach wie vor einstimmig, daß der „Marxismus widerlegt“ sei. Aber Tatsachen sind ein hartnäckiges Ding, sagt ein englisches Sprichwort, und man muß ihnen wohl oder übel Rechnung

* Hermann Levy, „Monopole, Kartelle und Trusts“, Jena 1909, S. 286, 290, 298.

tragen. Die Tatsachen zeigen, daß die Unterschiede zwischen den einzelnen kapitalistischen Ländern, z. B. in bezug auf Schutzzoll oder Freihandel, bloß unwesentliche Unterschiede in der Form der Monopole oder in der Zeit ihres Aufkommens bedingen, während die Entstehung der Monopole infolge der Konzentration der Produktion überhaupt ein allgemeines Grundgesetz des Kapitalismus in seinem heutigen Entwicklungsstadium ist.

Für Europa läßt sich die Zeit der *endgültigen* Ablösung des alten Kapitalismus durch den neuen ziemlich genau feststellen: es ist der Anfang des 20. Jahrhunderts. In einer der neuesten zusammenfassenden Arbeiten über die Geschichte der „Monopolbildung“ lesen wir:

„Man kann aus der Zeit vor 1860 einzelne Beispiele kapitalistischer Monopole anführen; man kann in ihnen den Ansatz zu den Formen entdecken, die uns heute so geläufig geworden sind; aber all das ist durchaus Vorgeschichte. Der eigentliche Beginn der modernen Monopole liegt allerfrühestens in den sechziger Jahren. Ihre erste große Entwicklungsperiode hebt mit der internationalen Depression der siebziger Jahre an und reicht bis zum Beginn der neunziger Jahre ... Europäisch betrachtet, kulminiert die freie Konkurrenz in den sechziger und siebziger Jahren. Damals beendete England den Ausbau seiner kapitalistischen Organisation alten Stils. In Deutschland drang sie kräftig vor gegen Handwerk und Hausindustrie und begann, sich ihre Daseinsform zu schaffen ...

Die große Umwälzung beginnt mit dem Krach von 1873 oder, richtiger, mit der ihm folgenden Depression, die mit einer kaum merklichen Unterbrechung anfangs der achtziger Jahre und einem ungewöhnlich heftigen, aber kurzen „boom“ (Aufschwung) „um das Jahr 1889 herum 22 Jahre europäischer Wirtschaftsgeschichte ausmacht ... In der kurzen Hausseperiode von 1889/90 bediente man sich in starkem Maße der Kartellordnung zur Ausnutzung der Konjunktur. Eine wenig überlegte Politik trieb die Preise noch schneller und noch stärker in die Höhe, als es vielleicht schon sonst geschehen wäre, und fast alle diese Verbände endeten ruhmlos im ‚Graben des Kraches‘. Noch ein weiteres Lustrum“ (weitere fünf Jahre) „schlechter Beschäftigung und niedriger Preise folgte, aber es war nicht mehr dieselbe Stimmung, die in der Industrie herrschte. Man sah die Depression nicht mehr wie etwas Selbstverständliches an, sondern hielt sie nur für eine Ruhepause vor einer neuen günstigen Konjunktur.

So trat die Kartellbewegung in ihre zweite Epoche. Statt einer vorübergehenden Erscheinung werden die Kartelle eine der Grundlagen des gesamten Wirtschaftslebens. Sie erobern sich ein Gebiet

nach dem anderen, vor allem aber die Rohstoffindustrie. Schon zu Anfang der neunziger Jahre fanden sie in der Organisation des Koks-syndikats, dem dann das Kohlensyndikat nachgebildet wird, eine Verbandstechnik, über die man kaum wesentlich herausgekommen ist. Der große Aufschwung zu Ende des Jahrhunderts und die Krisis von 1900—1903 stehen wenigstens in der Montan- und Hüttenindustrie zum ersten Male ganz im Zeichen der Kartelle. Und wenn man das damals noch als etwas Neuartiges ansah, so ist es dem Allgemeinbewußtsein inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden, daß große Teile des Wirtschaftslebens der freien Konkurrenz regelmäßig entzogen sind.**

Die wichtigsten Ergebnisse der Geschichte der Monopole sind demnach:

1. In den sechziger und siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts — die höchste Stufe der Entwicklung der freien Konkurrenz; kaum merkbare Ansätze zu Monopolen.

2. Nach der Krise von 1873 weitgehende Entwicklung von Kartellen, die aber noch Ausnahmen, keine dauernden, sondern vorübergehende Erscheinungen sind.

3. Aufschwung am Ende des 19. Jahrhunderts und Krise von 1900—1903: die Kartelle werden zu einer der Grundlagen des ganzen Wirtschaftslebens. Der Kapitalismus ist zum Imperialismus geworden.

Die Kartelle vereinbaren Verkaufsbedingungen, Zahlungstermine u. a. Sie verteilen die Absatzgebiete untereinander. Sie bestimmen die Menge der zu erzeugenden Produkte. Sie setzen die Preise fest. Sie verteilen den Profit unter die einzelnen Unternehmungen usw.

Die Zahl der Kartelle in Deutschland wurde 1896 ungefähr auf 250, 1905 auf 385 mit etwa 12000 Betrieben geschätzt.** Allgemein wird jedoch anerkannt, daß diese Zahlen zu niedrig angesetzt sind. Aus den oben angeführten Daten der deutschen Betriebszählung von 1907 geht hervor, daß schon die 12000 größten Betriebe sicherlich mehr als die Hälfte der gesamten Dampf- und Elektrizitätskraft in sich vereinigen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika wurde die Zahl der Truste

* Th. Vogelstein, „Die finanzielle Organisation der kapitalistischen Industrie und die Monopolbildungen“ in „Grundriß der Sozialökonomik“, Tübingen 1914, VI. Abteilung, S. 222f.; vergleiche auch desselben Autors „Kapitalistische Organisationsformen in der modernen Großindustrie“, Bd. I, „Organisationsformen der Eisenindustrie und der Textilindustrie in England und Amerika“, Leipzig 1910.

** Dr. Rießer, „Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhange mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland“, 4. Aufl., 1912, S. 148 u. 149; siehe auch Robert Liefmann, „Kartelle und Trusts und die Weiterbildung der volkswirtschaftlichen Organisation“, 2. Aufl., 1910, S. 25.

im Jahre 1900 auf 185, im Jahre 1907 auf 250 geschätzt. Die amerikanische Statistik teilt die Industriebetriebe in solche ein, die Einzelpersonen, und in solche, die Firmen und Gesellschaften gehören. Letzteren gehörten 1904 23,6 Prozent und 1909 25,9 Prozent, d. h. mehr als ein Viertel aller Betriebe. In diesen Werken waren 1904 70,6 Prozent und 1909 75,6 Prozent aller Arbeiter, drei Viertel der Gesamtzahl, beschäftigt; die Produktion belief sich auf 10,9 bzw. 16,3 Milliarden Dollar, d. h. 73,7 Prozent bzw. 79 Prozent der Gesamtproduktion.

Die Kartelle und Truste vereinigen vielfach 7—8 Zehntel der Gesamtproduktion des betreffenden Industriezweiges in ihren Händen. Im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat waren bei seiner Gründung im Jahre 1893 86,7 Prozent und im Jahre 1910 bereits 95,4 Prozent der gesamten Kohlenförderung des Gebietes konzentriert.* Das auf diese Weise entstehende Monopol gewährleistet Riesengewinne und führt zur Bildung technischer Produktionseinheiten von unermeßlichem Umfang. Der berühmte Petroleumtrust in den Vereinigten Staaten (die Standard Oil Company) wurde 1900 gegründet. „Ihr autorisiertes Kapital beträgt 150 Millionen Dollar, ausgegeben sind 100 Millionen Dollar common (einfache) und 106 Millionen Dollar preferred (Vorzugs-) Aktien; und es sind darauf von 1900—1907 folgende Dividenden bezahlt worden: 48, 48, 45, 44, 36, 40, 40, 40 Prozent, im ganzen 367 Millionen Dollar. Seit 1882 bis Ende 1907 wurden aus 889 Millionen Dollar erzielten Reingewinns 606 Millionen Dollar Dividenden verteilt, der Rest den Reserven zugeführt.“** „1907 waren auf sämtlichen Werken der Gesellschaft (United States Steel Corporation) nicht weniger als 210 180 Arbeiter und Angestellte beschäftigt... (Das größte Unternehmen der deutschen Montanindustrie, die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft, hatte 1908 46048 Arbeiter und Angestellte.)“*** Schon 1902 produzierte der Stahltrust 9 Millionen Tonnen Stahl.**** Seine Stahlproduktion belief sich 1901 auf 66,3 Prozent und 1908 auf 56,1 Prozent der gesamten Stahlproduktion der Vereinigten Staaten†; seine Erzförderung war in den gleichen Jahren 43,9 bzw. 46,3 Prozent.

Ein Bericht der amerikanischen Regierungskommission zur Kon-

* Dr. Fritz Kestner, „Der Organisationszwang. Eine Untersuchung über die Kämpfe zwischen Kartellen und Außenseitern“, Berlin 1912, S. 11.

** Robert Liefmann, „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Eine Studie über den modernen Kapitalismus und das Effektenwesen“, I. Aufl., Jena 1909, S. 212.

*** Ebenda S. 218.

**** Dr. S. Tschierschky, „Kartelle und Trusts“, Göttingen 1903, S. 13.

† Vogelstein, „Organisationsformen“, S. 275.

trolle der Truste besagt: „Die Überlegenheit der Stellung des Trusts gegenüber seinen Wettbewerbern beruht auf der Größe seiner Betriebe und ihrer vortrefflichen technischen Ausstattung. Seit seiner Gründung hat der Tabak-Trust es sich angelegen sein lassen, alle Handarbeit im weitestgehenden Maße durch Maschinen zu ersetzen. Er hat zu diesem Zweck alle Patente erworben, welche irgendwie auf die Tabak-aufbereitung Bezug hatten, und ungeheure Summen dafür aufgewendet. Viele Patente waren anfangs nicht brauchbar und mußten erst durch die Ingenieure des Trusts entwickelt werden. Ende 1906 wurden zwei Tochtergesellschaften ins Leben gerufen, welche lediglich die Aufgabe haben, Patente zu erwerben. Zum nämlichen Zweck hat der Trust eigene Gießereien, Maschinenfabriken und Reparaturwerkstätten angelegt. Eines dieser Werke, in Brooklyn, beschäftigt durchschnittlich 300 Arbeiter; hier werden Erfindungen zur Herstellung von Zigaretten, kleinen Zigarren, Schnupftabak, Stanniolpackungen, Zigarettenhülsen, Schachteln usw. geprüft und wenn nötig verbessert.“* „Auch andere als die oben genannten Trusts beschäftigen sog. *developing engineers*“ (Ingenieure für Entwicklung der Technik), „welche die Aufgabe haben, neue Herstellungsverfahren zu erdenken und technische Verbesserungen auszuprobieren. Der Stahltrust zahlt seinen Ingenieuren und Arbeitern hohe Prämien für Erfindungen, welche geeignet sind, den technischen Gütegrad eines Betriebes zu steigern oder die Gestehungskosten zu erniedrigen.“**

Ähnlich ist auch das technische Vervollkommnungswesen in der deutschen Großindustrie organisiert, z. B. in der chemischen Industrie, die sich in den letzten Jahrzehnten so riesenhaft entwickelt hat. Der Prozeß der Konzentration der Produktion hat in dieser Industrie bereits 1908 zwei ausschlaggebende „Gruppen“ geschaffen, die sich in ihrer Art ebenfalls dem Monopol näherten. Zuerst waren diese Gruppen „Zweibünde“ zweier Paare von Großbetrieben mit einem Kapital von je 20—21 Millionen Mark; einerseits die Höchster Farbwerke, vorm. Meister, Lucius & Brüning in Höchst am Main und Leopold Cassella & Co. in Frankfurt am Main; andererseits die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. und die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. in Elberfeld. Darauf schloß 1905 die eine Gruppe und 1908 die andere eine Konvention mit noch je einem Groß-

* „Report of the Commission of Corporation on the Tobacco-Industry“ (Bericht der Kommission zur Frage der Vereinigungen in der Tabakindustrie. *Der Übers.*), Washington 1909, S. 266, zitiert nach Dr. Paul Tafel, „Die nordamerikanischen Trusts und ihre Wirkungen auf den Fortschritt der Technik“, Stuttgart 1913, S. 48.

** Ebenda S. 48 u. 49.

betrieb. So entstanden zwei „Dreibünde“ mit einem Kapital von je 40—50 Millionen Mark, und zwischen diesen „Bünden“ haben bereits „Annäherungen“, „Verträge“ über die Preise usw.* begonnen.

Die Konkurrenz wandelt sich zum Monopol. Die Folge ist ein riesenhaftes Fortschreiten der Vergesellschaftung der Produktion. Im besonderen wird auch der Prozeß der technischen Erfindungen und Vervollkommnungen vergesellschaftet.

Das ist schon etwas ganz anderes als die alte freie Konkurrenz zersplitterter Unternehmer, die nichts voneinander wissen und für den Absatz auf unbekanntem Markte produzieren. Die Konzentration ist so weit fortgeschritten, daß man einen ungefähren Überschlag aller Rohstoffquellen (beispielsweise der Eisenerzvorkommen) in dem betreffenden Lande und sogar, wie wir weiterhin sehen werden, in einer Reihe von Ländern, ja in der ganzen Welt machen kann. Ein solcher Überschlag wird nicht nur gemacht, sondern die gigantischen Monopolverbände bemächtigen sich dieser Quellen und fassen sie in einer Hand zusammen. Es wird eine annähernde Berechnung der Größe des Marktes vorgenommen, der durch vertragliche Übereinkommen unter diese Verbände „aufgeteilt“ wird. Die qualifizierten Arbeitskräfte werden monopolisiert, die besten Ingenieure angestellt, man bemächtigt sich der Verkehrswege und -mittel — der Eisenbahnen in Amerika, der Schiffahrtsgesellschaften in Europa und in Amerika. In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und Wollen in eine Art neue Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet.

Die Produktion wird vergesellschaftet, die Aneignung jedoch bleibt privat. Die gesellschaftlichen Produktionsmittel bleiben Privateigentum einer kleinen Anzahl von Personen. Der allgemeine Rahmen der formal anerkannten freien Konkurrenz bleibt bestehen, und der Druck der wenigen Monopolinhaber auf die übrige Bevölkerung wird hundertfach schwerer, fühlbarer, unerträglicher.

Der deutsche Nationalökonom Kestner hat ein spezielles Werk dem „Kampf zwischen Kartellen und Außenseitern“, d. h. Unternehmern, die dem Kartell nicht angehören, gewidmet. Er betitelt sein Werk „Der Organisationszwang“, während man natürlich, um nicht den Kapitalismus zu beschönigen, von einem Zwang zur Unter-

* Rießer, a. a. O., 3. Aufl., 1910, S. 547 u. 548. Die Zeitungen berichten (Juni 1916) von einem neuen Riesentrust, der die chemische Industrie Deutschlands zusammenfassen soll.

werfung unter die Monopolverbände sprechen müßte. Es ist lehrreich, einfach nur einen flüchtigen Blick auf die Liste der Mittel des gegenwärtigen, modernen, zivilisierten Kampfes um die „Organisation“ zu werfen, zu denen die Monopolverbände greifen: 1. Die Materialsperre... („eine der wichtigsten Methoden des Kartellzwanges“); 2. Sperrung der Arbeitskräfte durch „Allianzen“ (d. h. Vereinbarungen zwischen Kapitalisten und Arbeiterverbänden derart, daß die Arbeiter nur in kartellierten Betrieben arbeiten dürfen); 3. Sperrung der Zufuhr; 4. Sperrung des Absatzes; 5. Verträge mit den Abnehmern, wonach sie ausschließlich mit kartellierten Firmen geschäftlich verkehren dürfen; 6. planmäßige Preisunterbietung (um die „Außenseiter“, d. h. Betriebe, die sich den Monopolinhabern nicht unterordnen, zu ruinieren; es werden Millionen ausgegeben, um eine Zeitlang unter dem Selbstkostenpreis zu verkaufen, in der Benzinindustrie wurden zuweilen die Preise von 40 auf 22 Mark, d. h. fast auf die Hälfte herabgesetzt!); 7. Sperrung des Kredits; 8. Verrufserklärung.

Wir haben es nicht mehr mit dem Konkurrenzkampf kleiner und großer, technisch rückständiger und technisch fortgeschrittener Betriebe zu tun. Durch die Monopolinhaber werden alle diejenigen abgewürgt, die sich dem Monopol, seinem Druck, seiner Willkür nicht unterwerfen. Im Bewußtsein eines bürgerlichen Ökonomen spiegelt sich dieser Prozeß folgendermaßen wider:

„Auch innerhalb der rein wirtschaftlichen Tätigkeit“, schreibt Kestner, „tritt eine Verschiebung vom Kaufmännischen im früheren Sinne zum Organisatorisch-Spekulativen ein. Nicht der Kaufmann kommt am besten vorwärts, der auf Grund seiner technischen und Handelserfahrungen die Bedürfnisse der Kunden am genauesten versteht, der eine latente Nachfrage zu finden und wirksam zu erwecken vermag, sondern das spekulative Genie (?!), das die organisatorische Entwicklung, die Möglichkeit der Beziehungen zwischen den einzelnen Unternehmungen und zu den Banken vorauszuberechnen oder auch vorauszufühlen vermag.“

In eine menschliche Sprache übertragen, bedeutet dies: der Kapitalismus ist so weit entwickelt, daß die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor „herrscht“ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den „Genies“ der Finanzmächenschaften zufallen. Diesen Mächenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den — Spekulanten zugute. Wir werden weiter unten sehen, wie „auf dieser Grundlage“

die kleinbürgerlich-reaktionäre Kritik des kapitalistischen Imperialismus von einer *Rückkehr* zur „freien“, „friedlichen“, „ehrlichen“ Konkurrenz träumt.

„Eine dauernde Erhöhung der Preise als Kartellwirkung“, sagt Kestner, „ist bisher nur bei den wichtigen Produktionsmitteln, insbesondere bei Kohle, Eisen, Kali, dagegen auf die Dauer niemals bei den Fertigwaren zu verzeichnen gewesen. Die damit zusammenhängende Erhöhung der Rentabilität ist gleichfalls auf die Produktionsmittelindustrie beschränkt geblieben. Die Beobachtung muß man dahin erweitern, daß die Rohstoffindustrie nicht nur hinsichtlich Einkommensbildung und Rentabilität durch die bisherige Kartellbildung zuungunsten der weiterverarbeitenden Industrie Vorteile erzielt, sondern daß sie über diese ein bei freier Konkurrenz nicht gekanntes *Herrschaftsverhältnis* gewonnen hat.“*

Das von uns hervorgehobene Wort deckt das Wesen der Sache auf, das von den bürgerlichen Ökonomen so ungerne und selten zugegeben wird und über das sich die heutigen Verteidiger des Opportunismus mit Karl Kautsky an der Spitze so eifrig mit Worten hinwegzusetzen suchen. Das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt — das ist das Typische für die „jüngste Phase in der Entwicklung des Kapitalismus“, das ist es, was aus der Bildung allmächtiger wirtschaftlicher Monopole unvermeidlich hervorgehen mußte und hervorgegangen ist.

Noch ein Beispiel für das Wirtschaften der Kartelle. Dort, wo man auf alle oder die wichtigsten Rohstoffquellen die Hand legen kann, geht die Entstehung von Kartellen und die Bildung von Monopolen besonders leicht vonstatten. Es wäre jedoch falsch zu glauben, daß Monopole nicht ebenso in anderen Industriezweigen entstehen; in denen es unmöglich ist, sich der Rohstoffquellen zu bemächtigen. Die Zementindustrie findet ihr Rohmaterial überall. Aber auch diese Industrie ist in Deutschland stark kartelliert. Die Werke sind in Gebietssyndikaten: im Süddeutschen, Rheinisch-Westfälischen usw. zusammengeschlossen; es sind Monopolpreise festgesetzt: 230 bis 280 Mark pro Waggon bei einem Selbstkostenpreis von 180 Mark! Die Betriebe werfen 12 bis 16 Prozent Dividende ab, wobei nicht vergessen werden darf, daß die „Genies“ der modernen Spekulation es verstehen, große Summen außer den als Dividende verteilten Gewinnen in ihren Taschen verschwinden zu lassen. Um die Konkurrenz aus einer derart einträglichen Industrie auszuschalten, wenden die Monopolinhaber sogar

* Kestner, a. a. O., S. 254.

allerlei Tricks an: es werden Lügennachrichten über die schlechte Lage der Industrie verbreitet; anonyme Anzeigen erscheinen in den Zeitungen: „Kapitalisten werden dringend gewarnt, sich an Zementfabriken zu beteiligen.“ Schließlich werden die Werke der „Außenseiter“ (d. h. der nicht an Syndikaten Beteiligten) aufgekauft und ihnen „Abstandssummen“ von 60 000, 80 000 und 150 000 Mark gezahlt*. Das Monopol bricht sich überall und mit jeglichen Mitteln Bahn, angefangen von „bescheidenen“ Abstandszahlungen bis zur amerikanischen „Anwendung“ von Dynamit gegen den Konkurrenten.

Die Ausschaltung der Krisen durch die Kartelle ist ein Märchen bürgerlicher Ökonomen, die den Kapitalismus um jeden Preis beschönigen wollen. Im Gegenteil, das Monopol, das in *einigen* Industriezweigen entsteht, verstärkt und verschärft den chaotischen Charakter, der der *ganzen* kapitalistischen Produktion in ihrer Gesamtheit eigen ist. Das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Landwirtschaft und der der Industrie, das für den Kapitalismus überhaupt charakteristisch ist, wird noch größer. Die privilegierte Stellung, die die am stärksten kartellierte, sogenannte *Schwerindustrie*, besonders die Kohlen- und Eisenindustrie, einnimmt, führt in den übrigen Industriezweigen zu einer „gesteigerten Planlosigkeit“, wie das Jeidels, der Verfasser einer der besten Arbeiten über „das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie“, zugibt.**

„Je entwickelter eine Volkswirtschaft ist“, schreibt Liefmann, ein vorbehaltloser Verteidiger des Kapitalismus, „um so mehr wendet sie sich riskanteren oder ausländischen Unternehmungen zu, solchen, die eine sehr lange Zeit zu ihrer Entwicklung bedürfen, oder endlich solchen, die von nur lokaler Bedeutung sind.“*** Das gesteigerte Risiko ist schließlich und endlich an das ungeheure Wachstum des Kapitals geknüpft, das sozusagen überschäumt, ins Ausland strömt usw. Und zu gleicher Zeit bringt das immer schnellere Wachsen der Technik immer mehr Elemente des Mißverhältnisses zwischen den verschiedenen Teilen der Volkswirtschaft, immer mehr Chaos und Krisen mit sich. Derselbe Liefmann ist gezwungen einzugestehen: „Wahrscheinlich stehen der Menschheit in nicht zu ferner Zeit wieder einmal große Umwälzungen auf technischem Gebiet bevor, die ihre Wirkung auch auf die volkswirtschaftliche Organisation äußern werden.“ (Elektrizität, Luftschiffahrt.) „In solchen Zeiten grundlegender wirtschaftlicher

* L. Eschwege, „Zement“ in „Die Bank“, 1909, Bd. 1, S. 115 ff.

** Jeidels, „Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie, mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie“, Leipzig 1905, S. 271.

*** Liefmann, „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften“, S. 434.

Veränderungen pflegt sich auch in der Regel eine starke Spekulation zu entwickeln.“*

Die Krisen — jeder Art, am häufigsten ökonomische Krisen, aber nicht nur diese allein — verstärken ihrerseits aber in ungeheuren Maße die Tendenz zur Konzentration und zum Monopol. Man lese die höchst lehrreiche Betrachtung von Jeidels über die Bedeutung der Krise von 1900, der Krise, die bekanntlich die Rolle eines Wendepunktes in der Geschichte der modernen Monopole spielte.

„Die Krise von 1900 fand neben den Riesenbetrieben der grundlegenden Industrien viele Betriebe von nach heutigen Begriffen veralteter Organisation, die ‚reinen‘“ (d. h. nicht kombinierten) „Werke, die von der Welle der Hochkonjunktur mit auf die Höhe gehoben waren. Der Preisfall, der Rückgang des Bedarfs brachten diese ‚reinen‘ Werke in eine Not, von der bei den kombinierten Riesenbetrieben zum Teil überhaupt nicht, zum Teil nur ganz kurze Zeit die Rede war. Dadurch führte die jüngste Krisis in ganz anderem Maße zur industriellen Konzentration als die früheren, als die von 1873, die zwar eine Auslese schuf, aber bei dem Stand der Technik keine derartige, daß ein Monopol der siegreich hervorgegangenen Unternehmungen geschaffen wurde. Ein solches dauerndes Monopol haben aber in hohem Grade die Riesenwerke der heutigen Großeisen- und Elektroindustrie, in geringerem die der Maschinenbranche und gewisser Metall-, Verkehrs- und anderer Gewerbe durch ihre komplizierte Technik, ihre großangelegte Organisation und ihre Kapitalstärke.“**

Das Monopol ist das letzte Wort der „jüngsten Phase in der Entwicklung des Kapitalismus“. Doch würde unsere Vorstellung von der tatsächlichen Macht und Bedeutung der modernen Monopole höchst ungenügend, lückenhaft und verkleinert sein, wenn wir die Rolle der Banken außer acht ließen.

II. DIE BANKEN UND IHRE NEUE ROLLE

Die grundlegende und ursprüngliche Operation der Banken ist die Zahlungsvermittlung. Im Zusammenhang damit verwandeln die Banken brachliegendes Geldkapital in funktionierendes, d. h. profitbringendes Kapital, sie sammeln Geldeinkünfte aller Art und stellen sie der Kapitalistenklasse zur Verfügung.

In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in

* Liefmann, „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften“, S. 466.

** Jeidels, a. a. O., S. 108.

wenigen Instituten entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopolinhaber bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus, und darum müssen wir in erster Linie bei der Konzentration des Bankwesens verweilen.

Im Jahre 1907/08 betragen die Einlagen aller Aktienbanken Deutschlands, die über ein Kapital von mehr als je einer Million Mark verfügten, 7 Milliarden Mark; 1912/13 bereits 9,8 Milliarden. Das ergibt eine Zunahme um 40 Prozent in fünf Jahren; dabei entfallen von diesen 2,8 Milliarden Zunahme 2,75 Milliarden auf 57 Banken, die über ein Kapital von mehr als je 10 Millionen Mark verfügten. Die Verteilung der Einlagen unter den Groß- und Kleinbanken war folgende*:

PROZENTSATZ ALLER EINLAGEN

	Bei den 9 Berliner Großbanken	Bei den übrigen 48 Banken mit mehr als je 10 Mill. Kapital	Bei 115 Ban- ken mit 1—10 Mill. Kapital	Bei Kleinban- ken (weniger als 1 Mill. Kapital)
1907/08	47	32,5	16,5	4
1912/13	49	36	12	3

Die Kleinbanken sind von den Großbanken verdrängt, von denen allein neun fast die Hälfte aller Einlagen zusammenfassen. Dabei ist aber noch allerlei außer acht gelassen, z. B. die Verwandlung einer ganzen Reihe von Kleinbanken in faktische Zweigstellen der Großbanken usw., wovon weiter unten die Rede sein wird.

Die fremden Gelder bei den 9 Berliner Großbanken schätzte Schulze-Gaevernitz Ende 1913 auf 5,1 Milliarden Mark von insgesamt zirka 10 Milliarden Mark. Im Hinblick nicht allein auf die Einlagen, sondern auf das gesamte Bankkapital, schreibt derselbe Autor: „Die 9 Berliner Großbanken mit den ihnen angegliederten Instituten verwalteten Ende 1909 11,276 Milliarden Mark, damit rund 83 Prozent des gesamten deutschen Bankkapitals. Die Deutsche Bank, welche mit ihren Konzern-

* Alfred Lansburgh, „Fünf Jahre deutsches Bankwesen“ in „Die Bank“, 1913. II, S. 726—728.

banken an 3 Milliarden Mark verwaltet, ist neben dem preußischen Eisenbahnfiskus die größte — dabei höchst dezentralisierte — Kapitalzusammenfassung der alten Welt.*“

Wir haben den Hinweis auf die „angegliederten“ Banken hervorgehoben, denn dies gehört zu einem der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der modernen kapitalistischen Konzentration. Die Großbetriebe, besonders die Banken, verschlingen nicht nur unmittelbar die Kleinbetriebe, sondern „gliedern“ sie sich an, unterwerfen sie, schließen sie in „ihre“ Gruppe, ihren „Konzern“ — wie der technische Ausdruck lautet — ein durch „Beteiligung“ an ihrem Kapital, durch Aufkauf oder Austausch von Aktien, durch ein System von Schuldverhältnissen usw. usf. Prof. Liefmann hat ein großes „Werk“ von beinahe einem halben Tausend Seiten der Beschreibung der modernen „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften“** gewidmet, wobei er leider dem vielfach unverdauten Rohmaterial seines Buches recht minderwertige „theoretische“ Betrachtungen beifügt. Zu welchem Ergebnis im Sinne der Konzentration dieses System der „Beteiligungen“ führt, zeigt am besten das Werk des Bankmannes Rießer über die deutschen Großbanken. Bevor wir jedoch zu seinen Daten übergehen, wollen wir ein konkretes Beispiel des „Beteiligungs“systems anführen.

Die „Gruppe“ der „Deutschen Bank“ ist eine der größten, wenn nicht die größte Gruppe von Großbanken. Um die wichtigsten Fäden, die alle Banken dieser Gruppe miteinander verbinden, in Betracht zu ziehen, muß man „Beteiligungen“ ersten, zweiten und dritten Grades unterscheiden, oder, was dasselbe ist, eine Abhängigkeit (der kleineren Banken von der Deutschen Bank) ersten, zweiten und dritten Grades. Es ergibt sich folgendes Bild***:

Die Deutsche Bank ist beteiligt	Abhängigkeit ersten Grades	Abhängigkeit zweiten Grades	Abhängigkeit dritten Grades
Dauernd	an 17 Banken,	davon 9 an 34,	davon 4 an 7
Auf unbekannte Dauer	„ 5 „	„ — „ —	„ — „ —
Mit wechselndem Interesse	„ 8 „	„ 5 „ 14	„ 2 „ 2
Zusammen	an 30 Banken,	davon 14 an 48,	davon 6 an 9

* Schulze-Gaevernitz, „Die deutsche Kreditbank“ in „Grundriß der Sozialökonomik“, 2. Teil, V. Abteilung, Tübingen 1915, S. 12 u. 137.

** R. Liefmann, „Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Eine Studie über den modernen Kapitalismus und das Effektenwesen“, 1. Aufl., Jena 1909, S. 212.

*** Alfred Lansburgh, „Das Beteiligungssystem im deutschen Bankwesen“ in „Die Bank“, 1910, I, S. 500 ff.

Zu den acht der Deutschen Bank „mit wechselndem Interesse“ untergeordneten Banken des „ersten Abhängigkeitsgrades“ gehören drei ausländische Banken: eine österreichische (der Wiener Bankverein) und zwei russische (die Sibirische Handelsbank und die Russische Bank für auswärtigen Handel). Im ganzen gehören zur Gruppe der Deutschen Bank direkt und indirekt, ganz und teilweise 87 Banken, und der Gesamtbetrag des eigenen und fremden Kapitals, über das die Gruppe verfügt, beläuft sich auf 2—3 Milliarden Mark.

Es ist klar, daß eine Bank, die an der Spitze einer solchen Gruppe steht und mit einem halben Dutzend anderer ihr wenig nachstehender Banken zum Zwecke besonders großer und vorteilhafter Finanzoperationen, wie z. B. Staatsanleihen, eine Verbindung eingeht, bereits über die bloße „Vermittlerrolle“ hinausgewachsen ist und sich in eine Organisation eines Häufleins von Monopolinhabern verwandelt hat.

Mit welcher Schnelligkeit sich gerade Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Konzentration des Bankwesens in Deutschland vollzog, ist aus folgenden, hier gekürzt wiedergegebenen Daten Rießers zu ersehen:

6 BERLINER GROSSBANKEN HATTEN

J a h r	Niederlassungen (Sitz und Filialen) im Deutschen Reich	Depositenkassen und Wechselstuben im Deutschen Reich	Ständige Beteiligungen an deutschen Aktienbanken	Summe der Anstalten
1895	16	14	1	42
1900	21	40	8	80
1911	104	276	63	450

Wir sehen, wie schnell ein dichtes Netz von Kanälen entsteht, die das ganze Land überziehen, sämtliche Kapitalien und Geldeinkünfte zentralisieren und Tausende und aber Tausende von zersplitterten Wirtschaften in eine einzige gesamt-nationale kapitalistische Wirtschaft und schließlich in die kapitalistische Weltwirtschaft verwandeln. Jene „Dezentralisation“, von der Schulze-Gaevernitz als Vertreter der bürgerlichen politischen Ökonomie unserer Tage in dem oben angeführten Zitat spricht, besteht in Wirklichkeit darin, daß eine immer größere Anzahl früher verhältnismäßig „selbständiger“ oder, richtiger gesagt, lokal begrenzter Wirtschaftseinheiten einem einzigen Zentrum unterworfen werden. In Wirklichkeit ist dies also — eine *Zentralisation*, Steigerung der Rolle, der Bedeutung, der Macht der Monopolriesen.

In den älteren kapitalistischen Ländern ist dieses „Banknetz“

noch dichter. In England einschließlich Irland belief sich im Jahre 1910 die Zahl der Niederlassungen aller Banken auf 7151. Vier Großbanken hatten je über 400 Filialen (von 447 bis 689), weitere vier je über 200 und elf je über 100.

In Frankreich entwickelten *drei* Großbanken: Crédit Lyonnais, Comptoir National d'Escompte de Paris und Société Générale ihre Operationen und ihr Filialnetz wie folgt*:

	Niederlassungen in der Provinz	Depositenkassen in Paris und Bannmeile	Total	Bilanzmäßig ausgewiesene eigene Betriebsmittel in Millionen Frank	Fremde Gelder in Millionen Frank
1870 . . .	47	17	64	200 (für 1872)	427
1890 . . .	192	66	258	265	1245
1909 . . .	1033	196	1229	887	4363

Zur Charakteristik der „Verbindungen“, die eine moderne Großbank hat, führt Rießer Zahlen über die einlaufenden und abgesandten Briefe bei der Disconto-Gesellschaft an, einer der größten Banken Deutschlands und der ganzen Welt (1914 erreichte ihr Kapital 300 Millionen Mark):

	Einlaufende Briefe	Abgesandte Briefe
1852	6135	6292
1870	85800	87513
1900	533102	626043

Bei der Pariser Großbank Crédit Lyonnais stieg die Zahl der Konten von 28535 im Jahre 1875 auf 633539 im Jahre 1912.**

Diese einfachen Zahlen zeigen wohl anschaulicher als langatmige Betrachtungen, wie mit der Konzentration des Kapitals und dem Wachstum des Umsatzes die Bedeutung der Banken sich von Grund aus ändert. Aus den zersplitterten Kapitalisten entsteht ein einziger Kollektivkapitalist. Die Bank, die das Kontokorrent für bestimmte Kapitalisten führt, übt scheinbar eine rein technische, eine bloße Hilfsoperation aus. Sobald aber diese Operation Riesendimensionen annimmt, zeigt sich, daß eine Handvoll Monopolinhaber sich die Handels- und Industrieoperationen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft

* Eugen Kaufmann, „Das französische Bankwesen, mit besonderer Berücksichtigung der drei Depositen-Großbanken“, Tübingen 1911, S. 356 u. 362.

** Jean Lescure, „L'épargne en France“ („Sparanlagen in Frankreich“, *Der Übers.*), Paris 1914, S. 52.

unterwirft, indem sie — durch ihre Bankverbindungen, Kontokorrente und andere Finanzoperationen — die Möglichkeit erhält, zunächst sich über die Geschäftslage der einzelnen Kapitalisten *genau zu informieren*, dann sie zu *kontrollieren*, sie durch Erweiterung oder Schmälerung, Erleichterung oder Erschwerung des Kredits zu beeinflussen und schließlich ihr Schicksal *restlos zu bestimmen*, ihre Rentabilität zu bestimmen, ihnen Kapital zu entziehen oder ihnen die Möglichkeit zu geben, rasch und in großem Umfange ihr Kapital zu erhöhen usw.

Wir erwähnten soeben das Dreihundertmillionenkapital der Berliner Disconto-Gesellschaft. Diese Kapitalerhöhung der Disconto-Gesellschaft war eine der Episoden im Kampfe um die Hegemonie zwischen den beiden größten Berliner Banken: der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft.

Im Jahre 1870 war die Deutsche Bank noch ein Neuling und besaß im ganzen ein Kapital von 15 Millionen Mark, die Disconto-Gesellschaft 30 Millionen. 1908 hatte erstere ein Kapital von 200 Millionen, letztere 170 Millionen. 1914 erhöhte die Deutsche Bank ihr Kapital auf 250 Millionen Mark, die Disconto-Gesellschaft brachte es durch Fusion mit einer anderen erstklassigen Großbank, dem Schaaffhausenschen Bankverein, auf 300 Millionen. Und natürlich geht dieser Kampf um die Hegemonie Hand in Hand mit immer häufigeren und festeren „Vereinbarungen“ zwischen den beiden Banken. Hier die Schlußfolgerungen, die sich durch diesen Entwicklungsgang Bankfachleuten aufdrängen, welche Wirtschaftsfragen unter einem Gesichtspunkt betrachten, der keineswegs über den Rahmen eines höchst gemäßigten und ordnungsliebenden bürgerlichen Reformertums hinausgeht:

„Weitere Banken werden auf dem beschrittenen Wege nachfolgen“, schrieb die deutsche Zeitschrift „Die Bank“ anlässlich der Kapitalerhöhung der Disconto-Gesellschaft auf 300 Millionen Mark, „und aus den 300 Personen, die heute Deutschland wirtschaftlich regieren, werden mit der Zeit 50, 25 oder noch weniger werden. Es ist auch nicht zu erwarten, daß die neueste Konzentrationsbewegung sich auf das Bankwesen beschränken wird. Die engeren Beziehungen zwischen einzelnen Banken führen naturgemäß auch eine Annäherung zwischen den von ihnen patronisierten Industriekonzernen herbei... und eines Tages werden wir aufwachen und uns die Augen reiben: Neben uns lauter Trusts, vor uns die Notwendigkeit, die Privatmonopole durch Staatsmonopole abzulösen. Und doch haben wir uns im Grunde nichts anderes vorzuwerfen, als daß wir der Entwicklung der Dinge

ihren freien, durch die *Aktie* ein wenig beschleunigten Gang gelassen haben.“*

Das ist ein Musterbeispiel für die Hilflosigkeit der bürgerlichen Publizistik, von der sich die bürgerliche Wissenschaft nur durch einen geringeren Grad von Aufrichtigkeit und durch das Bestreben unterscheidet, das Wesen der Dinge zu vertuschen, den Wald durch Bäume zu verdecken. Man ist „bestürzt“ über die Folgen der Konzentration, man macht der Regierung des kapitalistischen Deutschland oder der kapitalistischen „Gesellschaft“ („uns“) „Vorwürfe“, man fürchtet die „Beschleunigung“ der Konzentration durch die Einführung von Aktien, wie der deutsche Kartellspezialist Tschierschky, der die amerikanischen Truste fürchtet und die deutschen Kartelle „vorzieht“, weil sie angeblich „den technischen und ökonomischen Fortschritt nicht so überstürzen wie die Truste“** — ist das nicht Hilflosigkeit?

Aber Tatsachen bleiben Tatsachen. Deutschland kennt zwar keine Truste, sondern „nur“ Kartelle, wird aber dennoch von höchstens 300 Kapitalmagnaten *regiert*, und ihre Zahl wird immer geringer. In jedem Fall, in allen kapitalistischen Ländern, bei aller Verschiedenartigkeit der Bankgesetzgebung wird der Prozeß der Kapitalkonzentration und der Monopolbildung durch die Banken gewaltig verstärkt und beschleunigt.

Vor einem halben Jahrhundert schrieb Marx im „Kapital“, daß durch die Banken „die Form einer allgemeinen Buchführung und Verteilung der Produktionsmittel auf gesellschaftlicher Stufenleiter gegeben ist, aber auch nur die Form“ („Das Kapital“, Bd. III, 2. Teil, S. 144***). Die von uns angeführten Daten über das Wachstum des Bankkapitals, über die Zunahme der Zahl der Filialen und Zweigstellen der Großbanken, der Zahl ihrer Konten usw. zeigen uns konkret diese „allgemeine Buchführung“ der *ganzen* Kapitalistenklasse und sogar nicht nur der Kapitalisten allein, denn die Banken sammeln — sei es auch nur vorübergehend — alle möglichen Geldeinkünfte, sowohl der kleinen Unternehmer als auch der Angestellten und einer winzigen Oberschicht der Arbeiter. Eine „allgemeine Verteilung der Produktionsmittel“ — das ist es, was formal geschehen aus den modernen Banken — den drei bis sechs größten Banken Frankreichs, den sechs bis acht in Deutschland mit ihrer Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden — *erwächst*. Ihrem *Inhalt* nach ist aber diese

* A. Lansburgh, „Die Bank mit den 300 Millionen“ in „Die Bank“, 1914, I, S. 426.

** S. Tschierschky, a. a. O., S. 128.

*** „Das Kapital“, Volksausgabe 1934, III. Bd., 2. Teil, S. 655. (*Der Übers.*)

Verteilung der Produktionsmittel keineswegs „allgemein“, sondern privat, d. h. sie ist den Interessen des großen — in erster Linie des allergrößten, monopolistischen — Kapitals angepaßt, das unter Verhältnissen operiert, wo die Masse der Bevölkerung ein Hungerdasein fristet, die ganze Entwicklung der Landwirtschaft hinter der der Industrie hoffnungslos zurückbleibt und die „Schwerindustrie“ sich alle übrigen Zweige der Industrie tributpflichtig macht.

Bei der Vergesellschaftung der kapitalistischen Wirtschaft beginnen die Sparkassen und Postanstalten mit den Banken zu konkurrieren, weil sie „dezentralisierter“ als die Banken sind, d. h. mit ihrem Einfluß in immer mehr Gebiete, in entlegene Orte und breitere Bevölkerungsschichten eindringen. Nachfolgend Vergleichsdaten, die eine amerikanische Kommission über die Entwicklung der Einlagen in den Banken und den Sparkassen gesammelt hat.*

EINLAGEN (IN MILLIARDEN MARK)

	England		Frankreich		Deutschland		
	Bank-depositen	Sparkas-sengelder	Bank-depositen	Sparkas-sengelder	Bank-depo-siten	Depositen der Kredit-genossen-schaften	Sparkas-sengelder
1880 . .	8,4	1,6	—	0,9	0,5	0,4	2,6
1888 . .	12,4	2,0	1,5	2,1	1,1	0,4	4,5
1908 . .	23,2	4,2	3,7	4,2	7,1	2,2	13,9

Die Sparkassen, die für Einlagen 4 und 4 1/4 Prozent zahlen, müssen eine „rentable“ Anlagemöglichkeit für ihre Kapitalien suchen, sich in Wechsel-, Hypotheken- und andere Operationen einlassen. Die Grenzen zwischen Banken und Sparkassen „verwischen sich immer mehr“. Die Handelskammern von Bochum und Erfurt z. B. fordern, daß den Sparkassen „reine“ Bankoperationen wie z. B. Wechseldiskont „verboten“ werden und die „Banktätigkeit“ der Postämter eingeschränkt werde.** Es ist, als ob die Bankmagnaten Angst hätten, das Staatsmonopol könnte sich von unerwarteter Seite her an sie heranschleichen. Aber diese Angst geht selbstverständlich nicht über den Rahmen einer Konkurrenz zwischen zwei Abteilungschefs in ein und derselben Kanzlei hinaus. Denn einerseits verfügen über die Milliarden-einlagen der Sparkassen in Wirklichkeit zu guter Letzt dieselben

* Angaben der amerikanischen National Monetary Commission in „Die Bank“, 1910, I, S. 1200.

** „Die Bank“, 1913, II, S. 811, 1022; 1914, S. 743.

Magnaten des Bankkapitals; und andererseits ist ein Staatsmonopol in der kapitalistischen Gesellschaft lediglich ein Mittel zur Erhöhung und Sicherung der Einnahmen für Millionäre aus diesem oder jenem Industriezweig, die dem Bankrott nahe sind.

Die Ablösung des alten Kapitalismus mit der Herrschaft der freien Konkurrenz durch den neuen Kapitalismus mit der Herrschaft des Monopols findet unter anderem ihren Ausdruck in der sinkenden Bedeutung der Börse. „Die Börse“, lesen wir in der Zeitschrift „Die Bank“, „hat längst aufgehört, der unentbehrliche Umsatzvermittler zu sein, der sie früher war, als die Banken noch nicht die meisten Emissionen in ihrer Kundschaft unterbringen konnten.“*

„Jede Bank ist eine Börse“, ist ein Ausspruch, der einen um so größeren Grad von Wahrheit enthält, je größer die Bank ist und je mehr die Konzentration im Bankgewerbe Fortschritte macht.** „Hatte einst in den siebziger Jahren eine jugendlich ausschweifende Börse“ (eine „zarte“ Anspielung auf den Börsenkrach von 1873, auf die Gründerskandale usw.) „die Industrialisierung Deutschlands eingeleitet... so können heute Banken und Industrie ‚allein reiten‘. Die Börsenherrschaft unserer Großbanken... ist nichts als ein Ausdruck des voll organisierten deutschen Industriestaates. Wird damit das Gebiet der automatisch wirkenden Wirtschaftsgesetze beschnitten und das Gebiet bewußter Regelung durch die Banken außerordentlich erweitert, so wächst damit die volkswirtschaftliche Verantwortung weniger leitender Köpfe ins Ungemessene.“*** So schreibt der deutsche Professor Schulze-Gaevernitz, ein Apologet des deutschen Imperialismus, eine Autorität für die Imperialisten aller Länder, ein Mann, der nur „eine Kleinigkeit“ zu vertuschen sucht, nämlich, daß diese „bewußte Regelung“ durch die Banken im Schröpfen des Publikums durch ein Häuflein „voll organisierter“ Monopolinhaber besteht. Die Aufgabe eines bürgerlichen Professors besteht eben nicht darin, diese ganze Mechanik aufzudecken und die Machenschaften der Bankmonopolisten zu enthüllen, sondern vielmehr darin, sie zu beschönigen.

Genau so macht es Rießler, ein Bankmann und Ökonom mit noch größerer Autorität, der Tatsachen, die sich nicht leugnen lassen, mit ein paar nichtssagenden Phrasen abtut: „Daraus ergibt sich dann auch, daß die Börse die für die Gesamtwirtschaft und den Wertpapierverkehr unerläßliche Eigenschaft immer mehr verliert, nicht nur das feinste

* „Die Bank“, 1914, I, S. 316.

** Dr. Oskar Stillich, „Geld- und Bankwesen“, Berlin 1907, S. 169.

*** Schulze-Gaevernitz, „Die deutsche Kreditbank“ in „Grundriß der Sozialökonomik“, Tübingen 1915, S. 12 u. 137.

Meßinstrument, sondern auch ein beinahe automatisch wirkender Regulator der an ihr zusammenströmenden wirtschaftlichen Bewegungen zu sein ...“*

Mit anderen Worten: der alte Kapitalismus, der Kapitalismus der freien Konkurrenz mit der Börse als unbedingt notwendigem Regulator, schwindet dahin. Er wird von einem neuen Kapitalismus abgelöst, dem deutliche Züge einer Übergangserscheinung, einer Mischform von freier Konkurrenz und Monopol anhaften. Natürlich drängt sich die Frage auf, in was dieser neueste Kapitalismus „übergeht“, aber die bürgerlichen Gelehrten schrecken vor dieser Fragestellung zurück.

„Vor dreißig Jahren verrichteten frei konkurrierende Unternehmer neun Zehntel derjenigen wirtschaftlichen Arbeit, welche nicht als Handfertigkeit dem ‚Arbeiter‘ zufiel. Heute leisten *Beamte* neun Zehntel jener wirtschaftlichen Kopfarbeit. Das Bankwesen steht an der Spitze dieser Entwicklung.“** Dieses Geständnis Schulze-Gaevernitz' stößt immer und immer wieder auf die Frage, in was der moderne Kapitalismus, der Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, übergeht.

Unter den wenigen Banken, die infolge des Konzentrationsprozesses an der Spitze der gesamten kapitalistischen Wirtschaft übrigbleiben, macht sich natürlich immer stärker das Bestreben geltend, monopolistische Abmachungen miteinander zu treffen, einen *Banktrust* zu bilden. In Amerika beherrschen nicht neun, sondern zwei Großbanken, die der Milliardäre Rockefeller und Morgan, ein Kapital von 11 Milliarden Mark***. In Deutschland veranlaßte die oben von uns erwähnte Aufsaugung des Schaaffhausenschen Bankvereins durch die Disconto-Gesellschaft die „Frankfurter Zeitung“, das Blatt der Börseninteressenten, zu folgendem Kommentar:

„Mit der fortschreitenden Konzentrationsbewegung engt sich der Kreis, an den man mit den großen Kreditansprüchen herantreten kann, ständig ein, so daß die Abhängigkeit der Großindustrie von einigen wenigen Bankkonzernen zunimmt. Bei den inneren Zusammenhängen zwischen Industrie und Finanz wird die Bewegungsfreiheit der auf Bankkapital angewiesenen Industriegesellschaften eingeschränkt. Deshalb begleitet die Großindustrie die zunehmende Vertrustung der Banken mit gemischten Gefühlen; zeigen sich doch schon mehrfach Ansätze zu gewissen Abmachungen zwischen den einzelnen Groß-

* Rießer, a. a. O., 4. Aufl., S. 630.

** „Die Bank“, 1912, I, S. 435.

*** Schulze-Gaevernitz, „Die deutsche Kreditbank“ in „Grundriß der Sozialökonomik“, Tübingen 1915, S. 12 u. 137.

bankkonzernen, die auf eine Beschränkung des Wettbewerbs hinauslaufen.“*

Das letzte Wort in der Entwicklung des Bankwesens ist immer wieder das Monopol.

Was den engen Zusammenhang zwischen Banken und Industrie betrifft, so tritt gerade hier die neue Rolle der Banken vielleicht am anschaulichsten zutage. Wenn die Bank die Wechsel irgendeines Unternehmers diskontiert, ihm ein Kontokorrent eröffnet usw., so vermindern diese Operationen, einzeln betrachtet, die Selbständigkeit dieses Unternehmers um keinen Deut, und die Bank bleibt in der bescheidenen Rolle eines Vermittlers. Sobald aber diese Operationen sich häufen und konsolidieren, sobald die Bank Kapitalien von ungeheuren Dimensionen in ihrer Hand „ansammelt“, sobald die Führung des Kontokorrents eines Unternehmens die Bank in die Lage versetzt — und das ist ja der Fall —, die wirtschaftliche Lage ihres Kunden immer genauer und vollkommener kennenzulernen, ergibt sich eine immer vollständigere Abhängigkeit des Industriekapitalisten von der Bank.

Zugleich entwickelt sich sozusagen eine Personalunion der Banken mit den größten Industrie- und Handelsunternehmungen, eine Verschmelzung der beiden durch Aktienbesitz, durch Eintritt der Bankdirektoren in den Aufsichtsrat (oder den Vorstand) der Handels- und Industrieunternehmungen und umgekehrt. Der deutsche Ökonom Jeidels hat über diese Art der Konzentration von Kapitalien und Unternehmungen genaue Daten gesammelt. Die sechs größten Berliner Banken waren durch ihre Direktoren in 344 Industriegesellschaften und durch ihre Vorstandsmitglieder in weiteren 407, also im ganzen in 751 Gesellschaften vertreten. In 289 Gesellschaften hatten sie entweder je zwei Mitglieder im Aufsichtsrat oder den Posten des Vorsitzenden. Unter diesen Handels- und Industriegesellschaften finden wir die mannigfachsten Industriezweige, Versicherungswesen wie Verkehrswesen, Restaurationsbetriebe, Theater, Kunstgewerbe usw. Andererseits saßen (1910) in den Aufsichtsräten dieser sechs Banken 51 Großindustrielle, darunter ein Direktor von Krupp, einer der großen Schiffahrtsgesellschaft Hapag (Hamburg-Amerika-Linie) usw. usf. Jede dieser sechs Banken hat von 1895 bis 1910 an der Emission von Aktien und Obligationen mehrerer hundert Industriegesellschaften, und zwar zwischen 281 und 419, teilgenommen.**

* Zitiert bei Schulze-Gaevernitz, a. a. O., S. 155.

** Jeidels, a. a. O.; Rießler, a. a. O.

Die „Personalunion“ der Banken mit der Industrie findet ihre Ergänzung in der „Personalunion“ der einen wie der anderen Gesellschaften mit der Regierung. Jeidels schreibt: „Freiwillig werden Aufsichtsratsstellen gewährt an Personen mit gutklingenden Namen, auch ehemaligen Staatsbeamten, die im Verkehr mit den Behörden manche Erleichterung (!) schaffen können ...“ Im Aufsichtsrat einer Großbank finden wir gewöhnlich „ein Parlamentsmitglied oder ein Mitglied der Berliner Stadtverwaltung“.

Die Entstehung und Gestaltung der großkapitalistischen Monopole geht also auf „natürlichem“ und „übernatürlichem“ Wege mit Vollauf weiter. Es bildet sich systematisch eine gewisse Arbeitsteilung unter den paar hundert Finanzkönigen der modernen kapitalistischen Gesellschaft heraus:

„Dieser Erweiterung des Tätigkeitsgebiets einzelner Großindustrieller“ (die den Verwaltungen der Banken beitreten usw.) „und der Beschränkung von Provinzdirektoren auf einen bestimmten Industriebezirk geht eine gewisse zunehmende Spezialisierung der Leiter der Großbanken auf besondere Geschäftszweige zur Seite. Sie ist erst denkbar bei großem Umfang des gesamten Bankgeschäfts und der Industriebeziehungen im besonderen. Diese Arbeitsteilung vollzieht sich in der doppelten Richtung, daß der Verkehr mit der Industrie als Ganzes einem der Direktoren als Spezialgebiet überwiesen wird, und daß daneben jeder Direktor einzelne isolierte oder mehrere nach Gewerbe und Interessen verwandte Unternehmungen zur Überwachung als Aufsichtsratsmitglied übernimmt“ (der Kapitalismus ist bereits zu einer organisierten *Kontrolle* über einzelne Unternehmungen herangereift). „Die inländische Industrie, mitunter auch die westdeutsche allein“ (Westdeutschland ist industriell am entwickeltsten), „werden die Domäne des einen, — die Beziehungen zu Staaten und Industrie des Auslands, die Personalien, das Börsengeschäft usw. die Spezialität der anderen. Daneben hat dann von den einzelnen Bankdirektoren oft jeder noch ein besonderes Gewerbe oder eine besondere Gegend, wo er als Aufsichtsratsmitglied etwas zu sagen hat; der eine ist vorwiegend im Aufsichtsrat von Elektrizitätsgesellschaften, der andere in dem chemischer Fabriken, Brauereien oder Zuckerfabriken, wieder andere findet man nur bei wenigen isolierten Industrieunternehmungen, dafür um so mehr bei nichtindustriellen Gesellschaften, etwa der Versicherungsbranche, im Aufsichtsrat ... Sicher ist, daß bei den Großbanken in gleichem Maße wie Umfang und Vielseitigkeit des Geschäfts wachsen, eine zunehmende Arbeitsteilung unter den Leitern um sich greift mit dem Zweck und Erfolg, sie gewissermaßen aus dem

reinen Bankgeschäft etwas herauszuheben und für die allgemeinen Fragen der Industrie und die speziellen der einzelnen Gewerbe urteilsfähiger und sachverständiger und dadurch innerhalb der industriellen Einflußsphäre der Bank aktionsfähiger zu machen. Ergänzt wird dieses System der Banken durch das Streben, in Dingen der Industrie sachverständige Personen in ihren eigenen Aufsichtsrat oder den ihrer Unterbanken zu wählen, Industrielle, ehemalige Beamte, namentlich solche des Eisenbahndienstes und Bergwesens“ usw.*

Einrichtungen gleicher Art, nur in etwas anderer Form, finden wir auch im französischen Bankwesen. Eine der drei größten Banken Frankreichs, Crédit Lyonnais, hat z. B. ein besonderes „Finanzstudienbüro“ (*Service des études financières*) eingerichtet. Dort arbeiten ständig über fünfzig Personen — Ingenieure, Statistiker, Ökonomen, Juristen usw. Die Kosten dieses Büros belaufen sich auf sechs- bis siebenhunderttausend Franken jährlich. Es zerfällt seinerseits in acht Abteilungen: die eine sammelt Auskünfte speziell über Industrieunternehmen, die andere verfolgt die allgemeine Statistik, die dritte studiert die Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsgesellschaften, die vierte Wertpapiere, die fünfte Finanzberichte usw.**

Die Folge ist einerseits eine immer größere Verschmelzung oder, nach einem treffenden Ausdruck von N. I. Bucharin, ein Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital, und andererseits ein Hinüberwachsen der Banken in Institutionen von wahrhaft „universalem Charakter“. Wir halten es für notwendig, genau die Formulierungen von Jeidels über diese Frage anzuführen, eines Schriftstellers, der diese Dinge am eingehendsten studiert hat.

„Als Resultat der Betrachtung der Industriebeziehungen in ihrer Gesamtheit ergibt sich der *universale Charakter* der für die Industrie tätigen Finanzinstitute. Im Gegensatz zu anderen Bankformen und im Gegensatz zu der zuweilen von der Literatur aufgestellten Forderung, die Banken sollten sich auf ein bestimmtes Gebiet oder Gewerbe spezialisieren, um den Boden nicht unter den Füßen zu verlieren, — suchen die Großbanken ihre Verbindungen mit industriellen Unternehmen nach Ort und Gewerbeart möglichst vielseitig zu gestalten, die Ungleichheiten in der örtlichen und gewerblichen Verteilung, die sich aus der Geschichte der einzelnen Institute erklärt, mehr und mehr zu beseitigen ... Die Verbindung mit der Industrie allgemein zu machen, ist die eine, sie dauernd und intensiv zu machen, die andere

* Jeidels, a. a. O., S. 156 u. 157.

** Eugen Kaufmann, „Die Organisation der französischen Depositen-Großbanken“ in „Die Bank“, 1909, II, S. 854 u. 855.

Tendenz; beide sind in den sechs Großbanken in nicht ganz, aber im wesentlichen in gleichem Maße bereits stark verwirklicht.“

Aus Handels- und Industriekreisen hört man oft Klagen über den „Terrorismus“ der Banken. Es ist nicht verwunderlich, daß derartige Klagen laut werden, wenn die Großbanken so „kommandieren“, wie folgendes Beispiel zeigt. Am 19. November 1901 wandte sich eine der sogenannten Berliner D-Banken (die Namen der vier größten Banken Berlins fangen mit dem Buchstaben D an) an den Vorstand des Nordwest-Mitteldeutschen Zement-Syndikats mit folgendem Brief: „Nach der im Reichsanzeiger vom 18. ds. veröffentlichten Bekanntmachung Ihrer Gesellschaft müssen wir mit der Möglichkeit rechnen, daß in der am 30. des Monats stattfindenden Generalversammlung Beschlüsse gefaßt werden, die geeignet sein können, Veränderungen uns nicht genehmer Art in Ihrem Geschäftsbetrieb herbeizuführen. Aus diesem Grunde müssen wir zu unserem lebhaften Bedauern den Ihnen eingeräumten Kredit hiermit zurückziehen ... Wenn indes in der angegebenen Generalversammlung nichts beschlossen wird, was uns nicht genehm ist, und wir in dieser Beziehung durch uns konvenierende Garantien auch für die Zukunft geschützt sind, so erklären wir uns gern bereit, wegen Gewährung eines neuen Kredits mit Ihnen in Verhandlung zu treten.“*

Im Grunde genommen sind es die gleichen Klagen des Kleinkapitals über den Druck des Großkapitals, nur ist hier in die Kategorie der „Kleinen“ ein ganzes Syndikat geraten! Der alte Kampf zwischen Klein- und Großkapital wiederholt sich auf einer neuen, unvergleichlich höheren Entwicklungsstufe. Selbstverständlich können die Milliardenunternehmungen der Großbanken auch den technischen Fortschritt mit Mitteln fördern, mit denen sich die früheren in keiner Weise vergleichen lassen. Die Banken errichten zum Beispiel besondere Gesellschaften für technische Forschungen, deren Ergebnisse natürlich nur „befreudeten“ Industrieunternehmungen zugute kommen. Hierher gehören die „Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen“, das „Zentralbüro für wissenschaftlich-technische Forschungen“ u. a. m.

Selbst die Leiter der Großbanken können sich nicht der Einsicht verschließen, daß neue Verhältnisse der Volkswirtschaft im Entstehen begriffen sind, aber sie stehen ihnen hilflos gegenüber:

„Wer den Personalwechsel in Direktion und Aufsichtsrat der Großbanken in den letzten Jahren beobachtet hat“, schreibt Jeidels, „mußte merken, wie allmählich Personen ans Ruder kamen, die ein

* Dr. Oskar Stille, „Geld- und Bankwesen“, Berlin 1907, S. 147.

aktives Eingreifen in die Gesamtentwicklung der Industrie für die notwendige, immer aktueller werdende Aufgabe der Großbanken halten, wie sich zwischen ihnen und den älteren Direktoren der Banken daraus ein sachlicher und oft persönlicher Gegensatz entwickelt. Es handelt sich bei diesem im Grunde darum, ob nicht mit dem Hinübergreifen der Banken in den industriellen Produktionsprozeß ihr Geschäft als Kreditinstitut leidet, die soliden Grundsätze und der sichere Gewinn geopfert werden zugunsten einer Tätigkeit, die mit der Kreditvermittlung nichts zu tun habe und die Bank auf ein Gebiet führe, wo sie dem blinden Walten industrieller Konjunktur noch mehr ausgesetzt sei als bisher. Während viele der älteren Bankleiter dies behaupten, sieht die Mehrzahl der jüngeren in dem aktiven Eingreifen in die Fragen der Industrie dieselbe Notwendigkeit, die mit der modernen großindustriellen Entwicklung die Großbanken und das heutige industrielle Bankgeschäft hervorgerufen hat. Nur darin sind sich beide Teile einig, daß feste Grundsätze und ein konkretes Ziel für die neue Tätigkeit der Großbanken noch nicht existieren.“*

Der alte Kapitalismus hat sich überlebt. Der neue ist ein Übergang zu etwas anderem. „Feste Grundsätze und ein konkretes Ziel“ für die „Versöhnung“ des Monopols mit der freien Konkurrenz finden zu wollen, ist selbstverständlich eine hoffnungslose Sache. Das Eingeständnis der Männer der Praxis klingt ganz anders als die amtliche Verherrlichung der Reize des „organisierten“ Kapitalismus durch seine Apologeten vom Schlage eines Schulze-Gaevernitz, Liefmann und ähnlicher „Theoretiker“.

In welche Zeit fällt die endgültige Konsolidierung der „neuen Tätigkeit“ der Großbanken? Auf diese wichtige Frage finden wir eine ziemlich genaue Antwort bei Jeidels:

„Die Industriebeziehungen mit ihrem neuen Gegenstand, ihren neuen Formen und ihren neuen Organen, das ist den gleichzeitig zentralistisch und dezentralistisch organisierten Großbanken, bilden sich als charakteristische volkswirtschaftliche Erscheinungen kaum vor den neunziger Jahren; in gewissem Sinne kann man diesen Anfangspunkt sogar erst in das Jahr 1897 mit seinen großen Fusionen, welche die neue Form dezentralistischer Organisation erstmalig aus Gründen industrieller Bankpolitik einführen, oder man kann ihn vielleicht deshalb auf einen noch späteren Termin verlegen, weil die Krise den Konzentrationsprozeß wie in der Industrie so im Bankwesen enorm beschleunigt und verstärkt und den Verkehr mit der Industrie erst recht zu einem

* Jeidels, a. a. O., S. 183 u. 184.

Monopol der Großbanken und ihn im einzelnen bedeutend enger und intensiver gemacht hat.“*

Das 20. Jahrhundert ist also der Wendepunkt vom alten zum neuen Kapitalismus, von der Herrschaft des Kapitals schlechthin zu der Herrschaft des Finanzkapitals.

III. FINANZKAPITAL UND FINANZOLIGARCHIE

„Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie“, schreibt Hilferding, „gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfange industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.“ Das Finanzkapital ist also „Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen“.**

Diese Definition ist insofern unvollständig, als ihr der Hinweis auf eines der wichtigsten Momente fehlt, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in einem so hohen Grade, daß die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat. Doch wird in der ganzen Darstellung Hilferdings überhaupt und insbesondere in den zwei Kapiteln, die demjenigen, dem diese Definition entnommen ist, vorangehen, die Rolle der *kapitalistischen Monopole* hervorgehoben.

Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie — das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffes.

Wir haben jetzt zu schildern, wie das „Wirtschaften“ der kapitalistischen Monopole im allgemeinen Milieu der Warenproduktion und des Privateigentums unvermeidlich zur Herrschaft der Finanzoligarchie wird. Zu bemerken ist, daß die Vertreter der deutschen — und nicht allein der deutschen — bürgerlichen Wissenschaft, wie Rießer, Schulze-Gaevernitz, Liefmann u. a., ausnahmslos Apologeten des Imperialismus und des Finanzkapitals sind. Sie enthüllen nicht die „Mechanik“ der Entstehung der Oligarchie, ihre Methoden, den Umfang ihrer Einkünfte,

* Ebenda, S. 181.

** Rudolf Hilferding, „Das Finanzkapital“, 2. Aufl., S. 301.

der „erlaubten“ wie der „unerlaubten“, ihre Verbindungen mit den Parlamenten usw. usf., sondern vertuschen und beschönigen sie. Sie tun diese „verdammten Fragen“ mit wichtigtuerischen dunklen Phrasen ab, indem sie an das „Verantwortungsgefühl“ der Bankdirektoren appellieren, das „Pflichtgefühl“ der preußischen Beamten in den Himmel heben, sich ernsthaft mit Kleinigkeiten, mit ganz unernten Gesetzentwürfen über „Aufsicht“ und „Reglementierung“ beschäftigen, sich mit theoretischer Tändelei abgeben in der Art z. B. folgender „wissenschaftlicher“ Definition, zu der sich Professor Liefmann versteigt: „... *Handel ist die Erwerbstätigkeit mittelst Sammelns, Vorrathaltens und zur Verfügungstellens von Gütern ...*“* (Doppelt hervorgehoben in dem Werk des Professors.) Demnach hätte es Handel schon beim Urmenschen gegeben, dem Tausch noch unbekannt war, und es müßte ihn auch in der sozialistischen Gesellschaft geben!

Aber die ungeheuerlichen Tatsachen, die die ungeheuerliche Herrschaft der Finanzoligarchie betreffen, springen dermaßen in die Augen, daß in allen kapitalistischen Ländern, in Amerika wie in Frankreich und Deutschland, eine Literatur entstanden ist, die vom *bürgerlichen* Standpunkt ausgeht und dennoch ein annähernd wahres Bild sowie eine — natürlich kleinbürgerliche — Kritik der Finanzoligarchie gibt.

Die Hauptaufmerksamkeit ist dem „Beteiligungssystem“ zuzuwenden, von dem bereits die Rede war. Der deutsche Ökonom Heymann, der diesem System wohl als erster Beachtung geschenkt hat, beschreibt das Wesen der Sache folgendermaßen:

„Der Leiter kontrolliert die Muttergesellschaft, diese die Tochtergesellschaften, diese wieder die Enkel usw., so daß man mit nicht allzu großem Kapital Riesengebiete der Produktion beherrschen kann; denn wenn immer die Herrschaft über 50 Prozent des Kapitals zur Kontrolle genügt, so braucht der Leiter nur 1 Million zu besitzen, um schon 8 Millionen Kapital bei den Enkelgesellschaften kontrollieren zu können. Schachtelt er noch weiter, so kommt er auf 16 Mill., 32 Mill. usw.“**

In Wirklichkeit zeigt aber die Erfahrung, daß es genügt, 40 Prozent aller Aktien zu besitzen, um den Geschäftsgang einer Aktiengesellschaft zu bestimmen***, denn ein gewisser Teil der zersplitterten Kleinaktionäre hat in der Praxis gar nicht die Möglichkeit, an den Generalversammlungen teilzunehmen usw. Die „Demokratisierung“

* R. Liefmann, „Beteiligungsgesellschaften ...“, S. 476.

** Hans Gideon Heymann, „Die gemischten Werke im deutschen Großisen-gewerbe“, Stuttgart 1904, S. 269.

*** R. Liefmann, „Beteiligungsgesellschaften ...“, S. 258.

des Aktienbesitzes, von der bürgerliche Sophisten und opportunistische „Auch-Sozialdemokraten“ eine „Demokratisierung des Kapitals“, eine zunehmende Rolle und Bedeutung der Kleinproduktion usw. erwarten (oder zu erwarten vorgeben), ist in Wirklichkeit eines der Mittel, die Macht der Finanzoligarchie zu vermehren. Aus diesem Grunde läßt übrigens in den fortgeschritteneren oder älteren und „erfahreneren“ kapitalistischen Ländern die Gesetzgebung kleinere Aktien zu. In Deutschland sind Aktien unter 1000 Mark gesetzlich unzulässig, und die deutschen Finanzmagnaten blicken neidvoll auf England, wo das Gesetz Aktien sogar von 1 Pfund Sterling (20 Mark) gestattet. Siemens, einer der größten Industriellen und „Finanzkönige“ Deutschlands, erklärte in der Reichstagssitzung vom 7. Juni 1900 die „Ein-Pfund-Aktie für die Grundlage des britischen Imperialismus“.* Bei diesem Geschäftsmann ist ein tieferes, „marxistischeres“ Verständnis für das Wesen des Imperialismus festzustellen als bei einem gewissen anmaßenden Schriftsteller, der zwar als Begründer des russischen Marxismus gilt, jedoch glaubt, daß der Imperialismus die schlechte Eigenschaft eines einzigen Volkes sei ...

Aber das „Beteiligungssystem“ dient nicht nur dazu, die Macht der Monopolinhaber ins Riesenhafte zu vermehren, es ermöglicht außerdem, allerhand dunkle und schmutzige Geschäfte straflos zu betreiben, das Publikum zu schröpfen, denn formell, nach dem Gesetz, sind die Leiter der „Muttergesellschaft“ für die „Tochtergesellschaft“ nicht verantwortlich, die als „selbständig“ gilt und *mit deren Hilfe* sich *alles* „drehen“ läßt. Folgendes Beispiel entnehmen wir dem Maiheft 1914 der deutschen Zeitschrift „Die Bank“:

„So war beispielsweise die Aktiengesellschaft für Federstahlindustrie in Kassel, bis vor einigen Jahren eines der bestrentierenden Unternehmen Deutschlands, durch verkehrte Maßnahmen der Verwaltung so heruntergewirtschaftet worden, daß die Dividenden innerhalb weniger Jahre von 15 auf 0 Prozent zurückgingen. Die Verwaltung hatte einem Tochterunternehmen, der Hassia G. m. b. H., deren nominelles Kapital nur einige hunderttausend Mark betrug, ohne Wissen der Aktionäre 6 Mill. M. vorgestreckt. Von diesem Engagement, das fast das Dreifache des Aktienkapitals der Muttergesellschaft ausmachte, war in den Bilanzen der letzteren nichts enthalten; eine Verschleierung, gegen die sich juristisch nicht das mindeste sagen ließ und die zwei Jahre hindurch fortgesetzt werden konnte, weil sie keine Bestimmung des Handelsgesetzbuches verletzte. Der Aufsichtsratsvor-

* Schulze-Gaevernitz, a. a. O., S. 110.

sitzende, der diese irreführenden Bilanzen verantwortlich zeichnete, war und ist Vorsitzender der Kasseler Handelskammer. Die Aktionäre wurden von dem Hassia-Engagement erst in Kenntnis gesetzt, nachdem es sich längst als ein Fehlschlag“ (dieses Wort hätte der Verfasser in Anführungszeichen setzen sollen) „erwiesen hatte und die Federstahl-Aktien infolge von Verkäufen Wissender etwa 100 Prozent im Kurse zurückgegangen waren.

... *Dieses Musterbeispiel einer im Aktienwesen ganz alltäglichen Bilanz-Äquilibristik* macht es verständlich, warum die Verwaltungen von Aktiengesellschaften Risiken im allgemeinen viel leichteren Herzens auf sich nehmen als Privatunternehmer. Die moderne Bilanztechnik macht es ihnen nicht nur leicht, das eingegangene Risiko dem Auge des Durchschnittsaktionärs zu verhüllen, sondern sie gestattet den Hauptinteressenten auch, sich den Folgen eines verfehlten Experiments durch rechtzeitige Fortgabe ihres Aktienbesitzes zu entziehen, während der Privatunternehmer bei allem, was er tut, seine eigene Haut zu Markt trägt.

Die Bilanzen zahlreicher Aktiengesellschaften gleichen jenen aus dem Mittelalter bekannten Palimpsesten“ (ein Palimpsest ist ein Pergament, auf dem die ursprüngliche Schrift ausgekratzt und darüber ein anderer Text geschrieben ist), „bei denen man erst die Schrift auslöschten mußte, um die hinter ihr stehenden Zeichen mit dem wirklichen Sinn entziffern zu können ...

Das einfachste und darum am häufigsten angewandte Mittel, um eine Bilanz undurchsichtig zu machen, besteht in der Spaltung des einheitlichen Betriebes in mehrere Teile in Form einer Errichtung oder Angliederung von Tochtergesellschaften. Die Vorzüge dieses Systems sind im Hinblick auf die verschiedensten Zwecke — legale und illegale — so einleuchtend, daß man größere Gesellschaften, die das System nicht akzeptiert haben, heute schon als Ausnahmen bezeichnen muß.**

Als Beispiel einer großen Monopolgesellschaft, die dieses System in weitestem Ausmaße anwendet, nennt der Verfasser die berühmte „Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft“ (AEG, von der noch im weiteren die Rede sein wird). Im Jahre 1912 nahm man an, daß die AEG an 175—200 Gesellschaften beteiligt ist, diese natürlich beherrscht und über ein Nominalkapital von ca. 1½ Milliarden Mark verfügt.**

Alle Vorschriften der Kontrolle, der Veröffentlichung der Bilanzen, der Ausarbeitung eines bestimmten Bilanzschemas, der Einsetzung von Aufsichtsinstanzen und ähnliches, womit wohlgesinnte Professoren

* Ludwig Eschwege, „Tochtergesellschaften“ in „Die Bank“, 1914, I, S. 544—546.

** Kurt Heinig, „Der Weg des Elektrottrusts“ in „Die Neue Zeit“, 1912, II, S. 484.

und Beamte in guter Absicht — d. h. in der Absicht, den Kapitalismus zu verteidigen und zu beschönigen — die Aufmerksamkeit des Publikums in Anspruch nehmen, können hier keinerlei Bedeutung haben. Denn das Privateigentum ist heilig und man kann niemandem verwehren, Aktien zu kaufen, zu verkaufen, umzutauschen, zu verpfänden usw.

Welche Dimensionen das „Beteiligungssystem“ in den russischen Großbanken angenommen hat, kann man nach den Angaben von E. Agahd beurteilen, der fünfzehn Jahre in der Russisch-Chinesischen Bank tätig war und im Mai 1914 ein Werk unter dem nicht ganz zutreffenden Titel „Großbanken und Weltmarkt“* veröffentlichte. Der Verfasser teilt die russischen Großbanken in zwei Hauptgruppen ein: a) solche, die „unter dem Modus der Partizipationen“ arbeiten, und b) solche, die „unabhängig“ sind, wobei jedoch unter „Unabhängigkeit“ ganz willkürlich Unabhängigkeit von ausländischen Banken verstanden wird. Die erste Gruppe teilt der Verfasser wieder in drei Untergruppen: 1. deutsche, 2. englische und 3. französische Beteiligung, wobei er „Beteiligung“ und Herrschaft ausländischer Großbanken der betreffenden Nation im Auge hat. Die Kapitalien der Banken teilt der Verfasser in „produktiv“ (in Handel und Industrie) und „spekulativ“ (in Börsen- und Finanzoperationen) angelegte ein; dabei glaubt er von dem ihm eigenen kleinbürgerlich-reformistischen Standpunkt aus, man könnte unter Beibehaltung des Kapitalismus die erstere Art der Kapitalanlage von der anderen trennen und letztere ganz beseitigen.

Agahds Daten sind die folgenden:

BANKAKTIVA IN MILLIONEN RUBEL
(per Oktober-November 1913)

Russische Banken	Aktiva		
	produktiv	spekulativ	Summa
a) Unter dem „Modus der Partizipationen“			
1. <i>Deutsche Beteiligung</i> 4 Banken: Sibirische Handelsbank, Russenbank, Internationale Bank, Diskontobank	413,7	859,1	1272,8
2. <i>Englische Beteiligung</i> 2 Banken: Russische Handels- und Industriebank, Russisch-Englische Bank	239,3	169,1	408,4
3. <i>Französische Beteiligung</i> 5 Banken: Russisch-Asiatische Bank, Privatbank, Asow-Don-Bank, Moskauer Union-Bank, Russisch-Französische Handelsbank	711,8	661,2	1373,0
11 Banken insgesamt	1364,8	1689,4	3054,2

* E. Agahd, „Großbanken und Weltmarkt. Die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Großbanken im Weltmarkt, unter Berücksichtigung ihres Einflusses auf Rußlands Volkswirtschaft und die deutsch-russischen Beziehungen“, Berlin 1914.

b) Unabhängige russische Banken

8 Banken: Moskauer Kaufmannsbank, Wolga-Kama-Kommerzbank, I. W. Junker & Co., Akt.-Ges., St. Petersburger Handelsbank (früher Wawelberg), Moskauer Bank (früher Rjabuschinski), Moskauer Diskontobank, Moskauer Handelsbank und Moskauer Privatbank	504,2	391,1	895,3
19 Banken insgesamt	1869,0	2080,5	3949,5

Nach diesen Daten entfallen von den fast 4 Milliarden Rubel „arbeitenden“ Kapitals der Großbanken mehr als drei Viertel, über 3 Milliarden, auf Banken, die im Grunde genommen Tochtergesellschaften von ausländischen, vor allen Dingen von Pariser Banken (das berühmte Banktrio: Banque de l'Union Parisienne; Banque de Paris et des Pays-Bas; Société Générale) und von Berliner Banken (besonders Deutsche Bank sowie Disconto-Gesellschaft) sind. Zwei russische Großbanken, die „Russenbank“ (Russische Bank für auswärtigen Handel) und die „Internationale Bank“ (St. Petersburger Internationale Handelsbank) haben ihr Kapital von 1906 bis 1912 von 44 auf 98 Millionen Rubel und ihre Reserven von 15 Millionen auf 39 Millionen erhöht, wobei sie „zu drei Vierteln mit deutschem Kapital arbeiten“. Die erstere gehört zum „Konzern“ der Berliner Deutschen Bank, die zweite zu dem der Disconto-Gesellschaft in Berlin. Der gute Agahd ist zutiefst empört darüber, daß die Berliner Banken die Aktienmehrheit in ihren Händen haben und die russischen Aktionäre daher machtlos sind. Natürlich schöpft das Land, das Kapital exportiert, den Rahm ab; z. B. ließ die Berliner Deutsche Bank, als sie die Aktien der Sibirischen Handelsbank in Berlin einfuhrte, diese ein Jahr lang in ihrem Portefeuille liegen, um sie nachher zum Kurs 193 zu 100, d. h. zu einem nahezu doppelten Kurs zu verkaufen; sie „verdiente“ dabei ca. 6 Millionen Rubel, ein Profit, den Hilferding „Gründergewinn“ genannt hat.

Die ganze „Kapitalkraft“ der Petersburger Großbanken schätzt der Verfasser auf 8235 Millionen Rubel oder nahezu $8\frac{1}{4}$ Milliarden; dabei verteilt er die „Beteiligung“ oder richtiger die Herrschaft der ausländischen Banken folgendermaßen: die französischen Banken 55 Prozent, die englischen 10 Prozent, die deutschen 35 Prozent. Von der Summe des funktionierenden Kapitals in Höhe von 8235 Millionen entfallen 3687 Millionen, d. h. mehr als 40 Prozent, laut Berechnung des Verfassers auf die Syndikate: Prodigol, Prodameta¹⁸⁷ sowie auf die Syndikate der Petroleum-, Metall- und Zementindustrie. Die Verschmelzung der Banken mit dem Industriekapital im Zusammenhang

mit der Bildung kapitalistischer Monopole hat also auch in Rußland ungeheure Fortschritte gemacht.

Das Finanzkapital, das in einer Hand konzentriert und faktisch Monopolinhaber ist, zieht kolossale und stets zunehmende Profite aus Gründungen, aus dem Emissionsgeschäft, aus Staatsanleihen usw., verankert die Herrschaft der Finanzoligarchien und legt der gesamten Gesellschaft einen Tribut zugunsten der Monopolinhaber auf. Hier eines der zahllosen von Hilferding angeführten Beispiele für das „Wirtschaften“ der amerikanischen Truste: im Jahre 1887 gründete Havemeyer den Zuckertrust durch Fusion von 15 kleinen Gesellschaften mit einem Gesamtkapital von $6\frac{1}{2}$ Millionen Dollar. Das Kapital des Trusts wurde aber, wie der amerikanische Ausdruck lautet, „verwässert“ und auf 50 Millionen festgesetzt. Diese „Überkapitalisierung“ rechnete mit den künftigen Monopolprofiten, ebenso wie der Stahltrust — ebenfalls in Amerika — mit künftigen Monopolprofiten rechnet, wenn er immer neue Eisenerzvorkommen aufkauft. Und in der Tat führte der Zuckertrust Monopolpreise ein und erzielte derartige Erträge, daß er für das *siebenfach* „verwässerte“ Kapital 10 Prozent Dividende auszahlen konnte, d. h. *fast 70 Prozent für das bei der Gründung des Trustes tatsächlich eingezahlte Kapital!* 1909 hatte der Trust ein Kapital von 90 Millionen Dollar. Also in 22 Jahren mehr als eine Verzehnfachung des Kapitals.

In Frankreich hat die Herrschaft der „Finanzoligarchie“ („Gegen die Finanzoligarchie in Frankreich“ heißt das bekannte Buch von Lysis, das 1908 in fünfter Auflage erschien) eine nur wenig abgeänderte Form angenommen. Die vier größten Banken besitzen nicht ein relatives, sondern ein „absolutes Monopol“ bei der Emission von Wertpapieren. Tatsächlich ist das ein „Trust der Großbanken“. Das Monopol sichert Monopolprofite bei den Emissionen. Bei der Aufnahme von Anleihen erhält ein Land gewöhnlich nicht mehr als 90 Prozent des Nominalbetrages; 10 Prozent fallen den Banken und den übrigen Vermittlern zu. Bei der russisch-chinesischen Anleihe von 400 Millionen Frank profitierten die Banken 8 Prozent; bei der russischen von 800 Millionen (1904) 10 Prozent; bei der Marokkoanleihe von $62\frac{1}{2}$ Millionen Frank (1904) $18\frac{3}{4}$ Prozent. Der Kapitalismus, der seine Entwicklung als kleines Wucherkapital begann, beendet diese als Wucherkapital von gigantischem Ausmaß. „Die Franzosen sind die Wucherer Europas“, sagt Lysis. Alle Verhältnisse des Wirtschaftslebens erfahren infolge dieser Wandlung des Kapitalismus eine tiefgehende Veränderung. Bei Stagnation der Bevölkerungszunahme, der Industrie, des Handels und der Schifffahrt kann das „Land“ sich durch Wucher

bereichern. „Fünfzig Personen, die ein Kapital von nur 8 Millionen Frank repräsentieren, können über zwei Milliarden in vier Banken verfügen.“ Das uns bereits bekannte „Beteiligungssystem“ führt zu denselben Folgen: eine der größten Banken Frankreichs, die Société Générale, emittiert 64000 Obligationen der „Tochtergesellschaft“ Sucreries et Raffineries d’Égypte (Zuckerfabriken in Ägypten). Der Emissionskurs ist 150 Prozent, d. h. die Bank verdient an jedem Rubel 50 Kopeken. Die Dividenden dieser Gesellschaft erwiesen sich als fiktiv, das „Publikum“ verlor 90—100 Millionen Frank; „einer der Direktoren der Société Générale war Vorstandsmitglied der Raffineries d’Égypte“. Es ist nicht verwunderlich, daß Lysis den Schluß zu ziehen gezwungen ist: „Die französische Republik ist eine Finanzmonarchie“, „vollkommene Herrschaft der Finanzoligarchie; diese beherrscht die Presse wie die Regierung.“*

Bei der Entwicklung und Festigung der Finanzoligarchie spielt die außerordentlich hohe Rentabilität der Emission von Wertpapieren als eine der wichtigsten Transaktionen des Finanzkapitals eine sehr wichtige Rolle. „Es gibt im Inlande kein Geschäft dieser Art, das auch nur annähernd einen solchen Nutzen abwirft wie die Übernahme und Weiterbegebung einer fremden Anleihe“, schreibt die deutsche Zeitschrift „Die Bank“.**

„Es gibt kein Bankgeschäft, welches so große Gewinne mit sich brächte wie das Emissionsgeschäft.“ Der Gewinn bei der Emission von Industrieaktien betrug nach der Zusammenstellung der Zeitschrift „Der deutsche Ökonomist“ im Durchschnitt der Jahre:

1895: 38,6 Prozent	1898: 67,7 Prozent
1896: 36,1 „	1899: 66,9 „
1897: 66,7 „	1900: 55,2 „

„In dem Jahrzehnt von 1891—1900 sind an deutschen Industrieunternehmen allein über eine Milliarde Agio ‚verdient‘ worden.“***

Während zur Zeit des industriellen Aufschwungs die Profite des Finanzkapitals ungeheuer anwachsen, gehen in Zeiten des Niederganges die kleinen und schwachen Unternehmungen zugrunde; die Großbanken aber „beteiligen sich“ dann an deren Aufkauf zu Spottpreisen oder an profitablen „Sanierungen“ und „Reorganisierungen“. Bei den

* Lysis, „Contre l’oligarchie financière en France“, 5. édition („Gegen die Finanzoligarchie in Frankreich“, 5. Aufl. *Der Übers.*), Paris 1908, S. 11, 12, 26, 39, 40, 48.

** „Die Bank“, 1913, Nr. 7, S. 630.

*** Stillich, a. a. O., S. 143, und Werner Sombart, „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert und im Anfang des 20. Jahrhunderts“, 2. Aufl., 1909, S. 526, Anlage 8.

„Sanierungen“ der mit Verlust arbeitenden Unternehmungen wird „das Aktienkapital herabgesetzt; das heißt, das Erträgnis verteilt sich auf ein geringes Kapital, ist diesem alsdann angemessen. Oder wenn kein Erträgnis da ist, so wird neues Kapital aufgebracht, das, mit dem minderbewerteten alten zusammengenommen, nunmehr genügenden Ertrag abwirft ... Nebenbei“, fügt Hilferding hinzu, „sei bemerkt, daß diese Sanierungen und Reorganisationen für die Banken von doppelter Bedeutung sind: erstens als gewinnbringendes Geschäft und zweitens als eine Gelegenheit, solche notleidenden Gesellschaften von sich in Abhängigkeit zu bringen.“*

Ein Beispiel: die Bergbau-Aktiengesellschaft „Union“ in Dortmund ist im Jahre 1872 gegründet worden. Es wurden Aktien in Höhe von fast 40 Millionen Mark aufgelegt, und als im ersten Jahre eine Dividende von 12 Prozent ausgeschüttet wurde, stieg der Kurs bis auf 170 Prozent. Das Finanzkapital schöpfte für sich den Rahm ab, indem es die Kleinigkeit von etwa 28 Millionen einsteckte. Bei der Gründung dieser Gesellschaft spielte die Hauptrolle die Disconto-Gesellschaft, dieselbe deutsche Großbank, die es glücklich auf ein Kapital von 300 Millionen Mark gebracht hat. Später sinken die Dividenden der Union auf Null. Die Aktionäre müssen sich damit einverstanden erklären, daß Kapital „abgeschrieben“ wird, d. h. daß sie, um nicht das Ganze einzubüßen, einen Teil des Geldes verlieren. Und als Resultat einer Kette von „Sanierungen“ verschwinden aus den Büchern der Union im Laufe von 30 Jahren über 73 Millionen Mark. „Heute hat der ursprüngliche Aktionär dieser Gesellschaft nur noch 5 Prozent des Nominalwertes seiner Unionaktien in der Hand“**, und bei jeder „Sanierung“ „verdient“ die Banken weiter.

Eine besonders rentable Operation des Finanzkapitals ist auch die Spekulation mit Grundstücken in der Umgebung schnell wachsender Großstädte. Das Bankmonopol verschmilzt hier mit dem Monopol der Grundrente und des Verkehrswesens, denn das Steigen der Grundstückspreise, die Möglichkeit, sie in Parzellen günstig zu verkaufen u. a. m., hängt vor allem von der guten Verkehrsverbindung mit dem Zentrum der Stadt ab, und diese Verkehrsmittel befinden sich in den Händen großer Gesellschaften, die durch das Beteiligungssystem und die Verteilung von Direktorenposten mit denselben Banken verbunden sind. So entsteht das, was der deutsche Schriftsteller L. Eschwege, ein Mitarbeiter der Zeitschrift „Die Bank“, der den Terrainhandel, die Verpfändung von Grundstücken usw. speziell studiert hat,

* Rudolf Hilferding, „Das Finanzkapital“, 2. Aufl., S. 152.

** Stille, a. a. O., S. 138, Liefmann, S. 51.

den „Sumpf“ genannt hat: wahnwitzige Spekulation mit Vorortgrundstücken, Krachs von Baufirmen, wie der Berliner Firma Boswau & Knauer, die ein Kapital von ungefähr 100 Millionen Mark zusammengepöckelt hatte, und zwar durch Vermittlung der „höchst soliden und großen“ Deutschen Bank, die natürlich nach dem „Beteiligungssystem“, d. h. geheim, hinterrücks, tätig war und nach Einbuße von „bloß“ 12 Millionen Mark sich aus der Affäre zog; ferner Ruin von kleinen Unternehmern und Arbeitern, die von den Schwindelfirmen des Baugewerbes nichts erhalten; dazu betrügerische Abmachungen mit der „ehrlichen“ Berliner Polizei und den Verwaltungsorganen, um sich des baugewerblichen Auskunftswesens und der Baubewilligung der Stadtverwaltung zu bemächtigen usw.*

Die „amerikanischen Sitten“, vor denen europäische Professoren und gutgesinnte Bürger so heuchlerisch die Augen verdrehen, sind in der Epoche des Finanzkapitals buchstäblich zu Sitten einer jeden Großstadt in jedem Lande geworden.

In Berlin war Anfang 1914 davon die Rede, einen „Verkehrstrust“ zu bilden, d. h. eine „Interessengemeinschaft“ zwischen den drei Berliner Verkehrsunternehmen: Hochbahn, Straßenbahn und Omnibusgesellschaft. „Daß eine solche Absicht besteht“, schrieb „Die Bank“, „weiß man schon seit dem Tage, wo es bekannt wurde, daß die Aktienmehrheit des Omnibusunternehmens in den Besitz der beiden anderen Verkehrsgesellschaften übergegangen war ... Man kann den Betreibern dieser Pläne ohne weiteres glauben, daß sie durch eine einheitliche Regelung des Verkehrswesens Ersparnisse zu erzielen hofften, von denen ein Teil schließlich auch dem Publikum zugute kommen könnte. Die Frage wird aber dadurch kompliziert, daß hinter dem sich bildenden Verkehrstrust Banken stehen, die, wenn sie wollen, den von ihnen monopolisierten Verkehr in den Dienst ihrer Terraininteressen stellen können. Daß dieser Gedanke sehr naheliegt, leuchtet ein, wenn man sich erinnert, daß schon bei der Gründung der Hochbahngesellschaft eine Verquickung von Verkehrsinteressen mit den Terraininteressen der die Hochbahn patronisierenden Großbank stattgefunden, ja sogar eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung dieses Verkehrsunternehmens gebildet hat. Die östliche Linie der Hochbahn sollte die Terrains erschließen, welche die Bank, nachdem die Bahn gesichert war, mit hohem Nutzen für sich und einige Mitbeteiligte an die Terraingesellschaft am Bahnhof Schönhauser Allee verkauft hat.“**

* Ludwig Eschwege, „Der Sumpf“ in „Die Bank“, 1913, II, S. 952ff., ebenda 1912, I, S. 223 ff.

** „Verkehrstrust“ in „Die Bank“, 1914, I, S. 89 u. 90.

Ist einmal das Monopol zustande gekommen und schaltet und waltet es mit Milliarden, so durchdringt es mit absoluter Unvermeidlichkeit *alle* Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur und beliebigen anderen „Details“. Die deutsche ökonomische Literatur liebt es, die Ehrlichkeit des preußischen Beamtentums lakaienhaft über den grünen Klee zu loben, mit deutlichen Seitenhieben auf den französischen Panamaskandal und die amerikanische politische Korruption. Aber es ist eine Tatsache, daß *sogar* die bürgerliche Literatur über das deutsche Bankwesen fortwährend gezwungen ist, weit über die Behandlung der reinen Bankoperationen hinauszugehen und beispielsweise aus Anlaß der sich häufenden Fälle des Übertritts von Regierungsbeamten in den Bankdienst über einen „Zug zur Bank“ zu schreiben: „Wie steht es aber um die Unbefangtheit eines Staatsbeamten, dessen stilles Sehnen ein warmes Plätzchen in der Behrenstraße ist?“* (Die Deutsche Bank hat ihren Hauptsitz in Berlin in dieser Straße.) Der Herausgeber der Zeitschrift „Die Bank“, Alfred Lansburgh, schrieb 1909 in einem Artikel: „Die wirtschaftliche Bedeutung des Byzantinismus“ u. a. über die Palästina- und Bagdadreise Wilhelms II. und „ihre unmittelbare Folge, die Bagdadbahn, dieses verhängnisvolle ‚Standardwerk deutschen Unternehmergeistes‘, das an der ‚Einkreisung‘ mehr schuld ist als alle unsere politischen Fehler zusammengenommen“**. (Unter Einkreisung wird die Politik Eduards VII. verstanden, der bestrebt war, Deutschland zu isolieren und es mit dem Ring eines imperialistischen deutschfeindlichen Bündnisses zu umgeben.) Der von uns bereits erwähnte Mitarbeiter derselben Zeitschrift, Eschwege, schrieb 1912 einen Artikel „Plutokratie und Beamtschaft“, in dem er Enthüllungen u. a. über den Fall des deutschen Regierungsrats Völker brachte, der sich als Mitglied der Kartellkommission durch seine Energie hervorgetan hatte, um kurze Zeit darauf bei dem größten Kartell — dem Deutschen Stahlwerksverband — eine einträgliche Stellung einzunehmen. Ähnliche Fälle, die durchaus nicht zufällig sind, zwangen denselben bürgerlichen Schriftsteller einzugestehen, daß „schon heute die von der Verfassung gewährleistete wirtschaftliche Freiheit auf vielen Gebieten des heimischen Erwerbslebens zu einer inhaltlosen Phrase geworden ist“ und daß bei der bestehenden Herrschaft der Plutokratie „selbst die weitgehendste politische Freiheit uns nicht mehr davor retten kann, daß wir zu einem Volk von Unfreien werden“***.

* Lansburgh, A., „Der Zug zur Bank“ in „Die Bank“, 1909, I. S. 79.

** Ebenda S. 301.

*** Ebenda 1912, II, S. 825; 1913, II, S. 962.

Was Rußland betrifft, so wollen wir uns auf ein Beispiel beschränken: Vor einigen Jahren ging durch alle Zeitungen die Nachricht, daß der Direktor der Kreditkanzlei, Dawydow, den Staatsdienst quittiere und einen Posten in einer Großbank übernehme, mit einem Gehalt, das laut Vertrag in wenigen Jahren über eine Million Rubel betragen solle. Die Kreditkanzlei ist eine Institution, deren Aufgabe die „Vereinheitlichung der Tätigkeit aller Kreditinstitutionen des Reiches“ ist und die den hauptstädtischen Banken Subsidien bis zu 800 und 1000 Millionen Rubel gewährt.*

Die Trennung des Kapitaleigentums von der Anwendung des Kapitals in der Produktion, die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich vom Ertrag des Geldkapitals lebt, vom Unternehmer und allen unmittelbar über das Kapital verfügenden Personen ist dem Kapitalismus überhaupt eigen. Der Imperialismus oder die Herrschaft des Finanzkapitals ist jene höchste Stufe des Kapitalismus, wo diese Trennung gewaltige Ausdehnung erreicht. Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle übrigen Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie, bedeutet die Aussonderung weniger Staaten, die finanzielle „Macht“ besitzen. In welchen Ausmaßen dieser Prozeß vor sich geht, läßt sich beurteilen an Hand der Statistik der Emissionen, d. h. der Ausgabe von Wertpapieren aller Art.

Im Bulletin des Internationalen Statistischen Instituts veröffentlichte A. Neymarck** sehr ausführliche, vollständige und gut vergleichbare Daten über die Emissionen in der ganzen Welt, Daten, die später wiederholt in der ökonomischen Literatur in Auszügen angeführt wurden. Hier die Resultate von vier Jahrzehnten:

SUMME DER EMISSIONEN IN MILLIARDEN FRANK
NACH JAHRZEHNTE

1871—1880	76,1
1881—1890	64,5
1891—1900	100,4
1901—1910	197,8

In den siebziger Jahren erhöhte sich die Gesamtsumme der Emissionen in der ganzen Welt besonders durch Anleihen im Zusammenhang

* E. Agahd, a. a. O., S. 201 u. 202.

** „Bulletin de l'institut international de statistique“, t. XIX, livre II, La Haye (Bulletin des Internationalen Instituts für Statistik, Bd. XIX, Folge II, Haag. Der Übers.), 1912. Die Daten über die Kleinstaaten, zweite Spalte, sind annähernd berechnet, und zwar nach den Zahlen von 1902, vermehrt um 20 Prozent.

mit dem Deutsch-Französischen Krieg und der darauffolgenden Gründerperiode in Deutschland. Im großen ganzen geht die Vermehrung im Laufe der letzten drei Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts verhältnismäßig nicht sehr rasch vor sich, und erst das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts bringt eine gewaltige Vermehrung, fast eine Verdoppelung in zehn Jahren. Der Anfang des 20. Jahrhunderts bildet also den Wendepunkt nicht nur in bezug auf das Wachstum der Monopole (Kartelle, Syndikate und Truste), wovon bereits die Rede war, sondern auch in bezug auf das Anwachsen des Finanzkapitals.

Die Gesamtsumme der Wertpapiere in der ganzen Welt schätzt Neymarck für das Jahr 1910 ungefähr auf 815 Milliarden Frank. Nach annähernder Berechnung der Doppelzählungen reduziert er die Summe auf 575 bis 600 Milliarden. Sie verteilen sich nach Ländern (unter Zugrundelegung von 600 Milliarden) wie folgt:

SUMME DER WERTPAPIERE 1910

(in Milliarden Frank)

England	142		Holland	12,5
Vereinigte Staaten	132	} 479	Belgien	7,5
Frankreich	110		Spanien	7,5
Deutschland	95		Schweiz	6,25
Rußland	31		Dänemark	3,75
Österreich-Ungarn	24		Schweden, Norwegen, Ru-	
Italien	14		mänien u. a.	2,5
Japan	12		Summa	600,0

Aus diesen Daten ist sofort ersichtlich, wie scharf sich vier besonders reiche kapitalistische Länder abheben, von denen jedes einzelne Wertpapiere von ungefähr 100—150 Milliarden Frank besitzt. Von diesen vier Ländern sind zwei — England und Frankreich — die ältesten und, wie wir weiter sehen werden, an Kolonien reichsten kapitalistischen Länder; die beiden anderen — die Vereinigten Staaten und Deutschland — sind fortgeschrittene kapitalistische Länder in bezug auf das Entwicklungstempo und den Verbreitungsgrad der kapitalistischen Monopole in der Produktion. Diese vier Länder zusammen besitzen 479 Milliarden Frank, d. h. nahezu 80 Prozent des Weltfinanzkapitals. Fast die ganze übrige Welt spielt in der einen oder der anderen Form die Rolle des Schuldners und Tributpflichtigen dieser Länder — der internationalen Bankiers, dieser vier „Säulen“ des Weltfinanzkapitalismus.

Ganz besonders muß auf die Rolle eingegangen werden, die bei der Schaffung des internationalen Netzes der Abhängigkeit und der Verbindungen des Finanzkapitals der Kapitalexport spielt.

IV. DER KAPITALEXPORT

Für den alten Kapitalismus, mit der vollen Herrschaft der freien Konkurrenz, war der Export von *Waren* kennzeichnend. Für den neuesten Kapitalismus, mit der Herrschaft der Monopole, ist der Export von *Kapital* kennzeichnend geworden.

Kapitalismus ist Warenproduktion auf der höchsten Stufe ihrer Entwicklung, auf der auch die Arbeitskraft zur Ware wird. Die Zunahme des Warenaustausches sowohl innerhalb des Landes wie auch insbesondere des internationalen Warenaustausches ist ein charakteristisches Merkmal des Kapitalismus. Die Ungleichmäßigkeit und Sprunghaftigkeit in der Entwicklung einzelner Unternehmungen, einzelner Industriezweige und einzelner Länder ist im Kapitalismus unvermeidlich. Zuerst wurde England vor den anderen Ländern ein kapitalistisches Land; um die Mitte des 19. Jahrhunderts, als es den Freihandel einführte, nahm es für sich in Anspruch, die „Werkstätte der Welt“ zu sein, alle Länder mit Fertigfabrikaten zu versorgen, die ihm im Austausch Rohstoffe liefern sollten. Aber dieses Monopol Englands war bereits im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts durchbrochen, denn eine Reihe anderer Länder, durch „Schutzzölle“ gesichert, hatten sich zu selbständigen kapitalistischen Staaten entwickelt. An der Schwelle des 20. Jahrhunderts sehen wir die Bildung von Monopolen anderer Art: erstens Monopolverbände der Kapitalisten in allen Ländern des entwickelten Kapitalismus; zweitens Monopolstellung der wenigen überaus reichen Länder, in denen die Akkumulation des Kapitals gewaltige Dimensionen erreicht hat. Es entstand ein ungeheurer „Kapitalüberschuß“ in den fortgeschrittenen Ländern.

Freilich, wäre der Kapitalismus imstande, die Landwirtschaft zu heben, die jetzt überall weit hinter der Industrie zurückgeblieben ist, könnte er die Lebenshaltung der Massen der Bevölkerung heben, die trotz des schwindelerregenden technischen Fortschritts überall ein Hunger- und Bettlerdasein fristen — dann könnte von einem Kapitalüberschuß nicht die Rede sein. Und das ist auch der „Einwand“, der allgemein von kleinbürgerlichen Kritikern des Kapitalismus erhoben wird. Aber dann wäre der Kapitalismus nicht Kapitalismus, denn die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung wie das Hungerdasein der Massen sind wesentliche, unvermeidliche Bedingungen und Voraussetzungen dieser Produktionsweise. Solange der Kapitalismus Kapitalismus bleibt, wird der Kapitalüberschuß nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen in dem betreffenden Lande verwendet — denn das würde eine Verminderung der Profite der Kapitalisten bedeuten —, sondern

zur Steigerung der Profite durch Kapitalexport ins Ausland, in rückständige Länder. In diesen rückständigen Ländern ist der Profit gewöhnlich hoch, denn es gibt da wenig Kapital, die Bodenpreise sind verhältnismäßig nicht hoch, die Löhne niedrig und die Rohstoffe billig. Die Möglichkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß eine Reihe rückständiger Länder bereits in den Kreislauf des Weltkapitalismus hineingezogen ist, die Hauptlinien der Eisenbahnen bereits gelegt oder in Angriff genommen, die elementaren Bedingungen der industriellen Entwicklung gesichert sind usw. Die Notwendigkeit der Kapitalausfuhr wird dadurch geschaffen, daß in einigen Ländern der Kapitalismus „überreif“ geworden ist und dem Kapital (unter der Voraussetzung der Unentwickeltheit der Landwirtschaft und der Armut der Massen) ein Spielraum für „rentable“ Betätigung fehlt.

Folgende annähernde Zahlen zeigen, welche Kapitalien die drei Hauptländer im Ausland investiert haben.*

IM AUSLANDE INVESTIERTES KAPITAL

(in Milliarden Frank)

Jahr	England	Frankreich	Deutschland
1862	3,6	—	—
1872	15	10 (1869)	—
1882	22	15 (1880)	?
1893	42	20 (1890)	?
1902	62	27—37	12,5
1914	75—100	60	44

Daraus ersehen wir, daß die Kapitalausfuhr erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts Riesendimensionen angenommen hat. Vor dem Kriege erreichte das im Ausland investierte Kapital der drei Hauptländer 175—200 Milliarden Frank. Der Ertrag aus diesem Kapital, bescheiden zu fünf Prozent gerechnet, muß etwa 8 bis 10 Milliarden

* Hobson, „Imperialism“, London 1902, S. 58; Rießer, a. a. O., S. 395 u. 404; P. Arndt in „Weltwirtschaftliches Archiv“, Bd. 7, 1916, S. 35; Neymarck im „Bulletin de l'institut international de statistique“; Hilferding, „Das Finanzkapital“, S. 437; Lloyd George, Unterhausrede vom 4. Mai 1915 nach dem „Daily Telegraph“ vom 5. Mai 1915; B. Harms, „Probleme der Weltwirtschaft“, Jena 1912, S. 235 u. a.; Dr. Siegmund Schilder, „Entwicklungstendenzen der Weltwirtschaft“, Berlin 1912, Bd. I, S. 150; George Paish, „Great Britain's Capital Investments etc.“ im „Journal of the Royal Statistical Society“ („Kapitalanlagen Großbritanniens usw.“ im „Journal der Königl. Statistischen Gesellschaft“, *Der Übers.*), vol. LXXIV, 1910/11, S. 167 ff.; George Diouritch, „L'expansion des banques allemandes à l'étranger, ses rapports avec le développement économique de l'Allemagne“ („Die Expansion der deutschen Banken im Ausland, ihr Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands“, *Der Übers.*), Paris 1909, S. 84.

Frank im Jahre erreicht haben. Welch solide Basis für imperialistische Unterdrückung und Ausbeutung der meisten Nationen und Länder der Welt für den kapitalistischen Parasitismus einiger reicher Staaten!

Wie verteilt sich dieses im Ausland investierte Kapital auf die verschiedenen Länder, wo ist es angelegt? Auf diese Frage kann man nur eine annähernde Antwort geben, die jedoch geeignet ist, gewisse allgemeine Wechselbeziehungen und Zusammenhänge des modernen Imperialismus zu beleuchten:

WELTTEILE, AUF DIE SICH DIE EXPORTIERTEN KAPITALIEN
(ANNÄHERND) VERTEILEN (um 1910)

	England	Frankreich	Deutschland	Insgesamt
	(in Milliarden Mark)			
Europa	4	23	18	45
Amerika	37	4	10	51
Asien, Afrika, Australien	29	8	7	44
Summa	70	35	35	140

In England steht an erster Stelle sein Kolonialbesitz, der auch in Amerika sehr groß ist (z. B. Kanada), von Asien usw. gar nicht zu reden. Die riesige Ausfuhr von Kapital ist hier aufs engste mit den gigantischen Kolonien verknüpft, von deren Bedeutung für den Imperialismus weiter unten noch die Rede sein soll. Anders in Frankreich. Frankreich hat sein exportiertes Kapital hauptsächlich in Europa und vor allem in Rußland (nicht weniger als 10 Milliarden Frank) investiert; dabei handelt es sich vorwiegend um *Anleihekaptal*, um Staatsanleihen, und nicht um Kapital, das in Industriebetrieben angelegt ist. Zum Unterschied vom kolonialen englischen Imperialismus könnte man den französischen einen Wucherimperialismus nennen. In Deutschland finden wir eine dritte Abart: Deutschlands Kolonialbesitz ist nicht groß und sein Exportkapital verteilt sich am gleichmäßigsten auf Europa und Amerika.

Der Kapitalexport beeinflusst in den Ländern, in die er sich ergießt, die kapitalistische Entwicklung, indem er sie außerordentlich beschleunigt. Wenn daher dieser Export bis zu einem gewissen Grade die Entwicklung in den exportierenden Ländern zu hemmen geeignet ist, so kann dies nur um den Preis einer Ausdehnung und Vertiefung der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in der ganzen Welt geschehen.

Die kapitalexportierenden Länder gewinnen fast immer gewisse „Vorteile“, deren Charakter die Eigenart der Epoche des Finanzkapitals und der Monopole ins rechte Licht setzt. Die Berliner Zeitschrift „Die Bank“ schrieb z. B. im Oktober 1913 folgendes:

„Am internationalen Kapitalmarkt spielt sich seit kurzem eine Komödie ab, die des Griffels eines Aristophanes würdig ist. Zahlreiche Fremdstaaten, von Spanien bis zu den Balkanländern, von Rußland bis zu Argentinien, Brasilien und China, treten offen oder heimlich an die großen Geldmärkte mit ihren Anleiheforderungen heran, von denen einige außerordentlich dringlich sind. Die Geldmärkte sind zwar in keiner sonderlich guten Verfassung, und auch die politischen Aspekte sind noch immer nicht rosenfarbig. Aber dennoch wagt keiner der Geldmärkte, sich den fremden Ansprüchen zu versagen, aus Furcht, der Nachbar könne ihm zuvorkommen, die Anleihe bewilligen, und sich damit ein Anrecht auf gewisse kleine Gegendienste sichern. Es fällt ja bei solchen internationalen Geschäften immer etwas für den Geldgeber ab, sei es ein handelspolitischer Vorteil oder eine Kohlenstation, sei es ein Hafenbau, eine fette Konzession oder ein Kanonenauftrag.“*

Das Finanzkapital erzeugte die Epoche der Monopole. Die Monopole sind aber überall Träger monopolistischer Prinzipien: an Stelle der Konkurrenz auf offenem Markt tritt die Ausnutzung der „Verbindungen“ zum Zweck eines rentablen Geschäftes. Die gewöhnlichste Erscheinung ist: bei einer Anleihe wird zur Bedingung gemacht, daß ein Teil der Anleihe zum Kauf von Produkten des kreditgebenden Landes, vor allem von Rüstungsmaterial, Schiffen usw. verausgabt wird. Frankreich hat in den letzten zwei Jahrzehnten (1890—1910) sehr oft zu diesem Mittel gegriffen. Die Kapitalausfuhr wird zu einem Mittel, den Warenexport zu fördern. Die Abmachungen, besonders zwischen den großen Unternehmungen, sind dabei derart, daß sie, wie sich Schilder** „mild“ ausdrückte, „an Korruption gemahnen“. Krupp in Deutschland, Schneider in Frankreich, Armstrong in England — das sind Musterbeispiele von Firmen, die mit den Riesenbanken und der Regierung in enger Verbindung stehen und beim Abschluß von Anleihen nicht so leicht „umgangen“ werden können.

Frankreich gewährte Rußland eine Anleihe, hat aber Rußland bei dem Handelsvertrag vom 16. September 1905 „übers Ohr gehauen“, indem es sich gewisse Zugeständnisse bis 1917 ausbedingte; dasselbe geschah bei dem Handelsvertrag mit Japan vom 19. August 1911. Der Zollkrieg zwischen Österreich und Serbien, der mit siebenmonatiger Unterbrechung von 1906—1911 dauerte, war zum Teil durch die Konkurrenz Österreichs und Frankreichs bei der Lieferung von Kriegsmaterial für Serbien hervorgerufen worden. Paul Deschanel erklärte

* „Die Bank“, 1913, II, S. 1024 v. 1025.

** Schilder, a. a. O., Bd. I, S. 346, 349, 350 u. 371.

im Januar 1912 in der Kammer, daß französische Firmen 1908—1911 Serbien für 45 Millionen Franken Kriegsmaterial geliefert haben.

In einem Bericht des österreichisch-ungarischen Konsuls in São Paulo (Brasilien) heißt es: „Der Ausbau der brasilianischen Eisenbahnen erfolgt zumeist mittels französischer, belgischer, britischer und deutscher Kapitalien; die betreffenden Länder sichern sich bei dem mit dem Bahnbau zusammenhängenden finanziellen Operationen auch die Lieferungen für das nötige Eisenbahnmaterial.“

Auf diese Weise wirft das Finanzkapital im buchstäblichen Sinne des Wortes seine Netze über alle Länder der Welt aus. Eine große Rolle spielen dabei die in den Kolonien gegründeten Banken und ihre Zweigstellen. Die deutschen Imperialisten betrachten voller Neid die „alten“ Kolonialländer, die sich in dieser Hinsicht besonders „erfolgreich“ versorgt haben: im Jahre 1904 besaß England 50 Kolonialbanken mit 2279 Zweigstellen (1910 aber 72 mit 5449 Zweigstellen); Frankreich 20 mit 136 Zweigstellen; Holland 16 mit 68 und Deutschland „im ganzen nur“ 13 mit 70 Zweigstellen*. Die amerikanischen Kapitalisten beneiden ihrerseits die englischen und die deutschen. „In Südamerika“, klagten sie 1915, „haben 5 deutsche Banken 40 Zweigstellen und 5 englische 70 ... England und Deutschland haben in den letzten 25 Jahren in Argentinien, Brasilien und Uruguay annähernd 4 Milliarden Dollar investiert und sind im Ergebnis dessen zu 46 Prozent an dem gesamten Handel dieser drei Länder beteiligt.“**

Die Kapital exportierenden Länder haben in übertragenem Sinne die Welt unter sich verteilt. Aber das Finanzkapital führte auch zur *direkten* Aufteilung der Welt.

V. DIE AUFTEILUNG DER WELT UNTER DIE KAPITALISTENVERBÄNDE

Die Monopolverbände der Kapitalisten — die Kartelle, Syndikate und Truste — teilen vor allem den ganzen Inlandsmarkt unter sich auf, indem sie die Produktion des betreffenden Landes mehr oder weniger vollständig an sich reißen. Aber der Inlandsmarkt hängt

* Rießer, a. a. O., 4. Aufl., S. 374 u. 375; Diouritch, S. 283.

** „The Annals of the American Academy of Political and Social Science“, vol. LIX, May 1915 („Jahrbücher der Amerikanischen Akademie für Politische und Gesellschaftswissenschaften“, Bd. 59, Mai 1915. *Der Übers.*), S. 301; ebenda S. 131 lesen wir, daß der bekannte Statistiker Paish im letzten Heft der Finanzzeitschrift „Statist“ („Der Statistiker“. *Der Übers.*) die Summe des von England, Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland ausgeführten Kapitals auf 40 Milliarden Dollar, d. h. 200 Milliarden Frank, bezifferte.

unter dem Kapitalismus untrennbar mit dem Außenmarkt zusammen. Der Kapitalismus hat längst den Weltmarkt geschaffen. Und in dem Maße, wie der Kapitalexport wuchs und die ausländischen und kolonialen Verbindungen und „Einflußsphären“ der riesigen Monopolverbände sich in jeder Weise erweiterten, kam es „natürlicherweise“ unter ihnen zu Abmachungen im Weltmaßstabe, zur Bildung von internationalen Kartellen.

Das ist eine neue Stufe der Weltkonzentration des Kapitals und der Produktion, eine unvergleichlich höhere Stufe als die vorangegangenen. Wir wollen sehen, wie dieses Übermonopol hervorwächst.

Am typischsten für die neuesten Fortschritte der Technik, für den Kapitalismus am *Ende* des 19. und am *Anfang* des 20. Jahrhunderts ist die Elektroindustrie. Sie entwickelte sich am stärksten in den zwei fortgeschrittensten der neuen kapitalistischen Länder — in den Vereinigten Staaten und Deutschland. In Deutschland wurde das Anwachsen der Konzentration in diesem Industriezweig besonders stark beeinflußt durch die Krise vom Jahre 1900. Die Banken, die damals schon fest genug mit der Industrie verwachsen waren, beschleunigten und vertieften während dieser Krise in höchstem Grade den Untergang der verhältnismäßig kleinen Unternehmungen und ihre Aufsaugung durch die Großbetriebe. „Indem sie (die Banken)“, schreibt Jeidels, „gerade von den kapitalbedürftigsten Unternehmungen ihre Hand zurückziehen, befördern sie erst eine schwindelhafte Hausse, dann den rettungslosen Ruin der Gesellschaften, die nicht dauernd eng mit ihnen liiert sind.“*

Die Folge davon war, daß nach 1900 die Konzentration mit Riesenschritten vorwärtsging. Vor 1900 gab es in der Elektroindustrie sieben oder acht „Gruppen“, wobei jede aus mehreren Gesellschaften (im ganzen 28) bestand, und hinter jeder standen je 2—11 Banken. In den Jahren 1908—1912 verschmolzen alle diese Gruppen zu zwei oder zu einer einzigen. Dieser Prozeß ging folgendermaßen vor sich:

GRUPPEN IN DER ELEKTROINDUSTRIE								
Vor 1900:	Felten	Lahmeyer	Union	AEG	Siemens	Schuckert	Bergmann	Kummer 1900 zusammengebrochen
	u. Guillaume				u. Halske	u. Co.		
	Felten u. Lahmeyer		AEG		Siemens u. Halske-Schuckert		Bergmann	
	AEG				Siemens u. Halske-Schuckert			
1912:	<hr/> (Enge „Kooperation“ seit 1908)							

* Jeidels, a. a. O., S. 232.

Die berühmte AEG (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft), die auf diese Weise entstanden ist, beherrscht (durch das „Beteiligungssystem“) 175—200 Gesellschaften und verfügt über ein Kapital von ungefähr 1,5 Milliarden Mark. Sie hat allein 34 direkte Auslandsvertretungen, davon 12 Aktiengesellschaften, in mehr als 10 Staaten. Schon 1904 berechnete man die Kapitalanlagen der deutschen Elektroindustrie im Auslande auf 233 Millionen Mark, davon 62 Millionen in Rußland. Es erübrigt sich zu sagen, daß die AEG ein riesiges „kombiniertes“ Unternehmen darstellt — allein die Zahl ihrer Fabrikationsgesellschaften beträgt 16 —, das verschiedenartige Erzeugnisse, von Kabeln und Isolatoren bis zu Automobilen und Flugzeugen, herstellt.

Die Konzentration in Europa war aber auch ein Bestandteil des Konzentrationsprozesses in Amerika. Das ging folgendermaßen vor sich:

General Electric Co.		
Amerika:	Thomson-Houston Co. gründet eine Firma für Europa	Edison Co. gründet für Europa die Firma: „Französische Edison Co.“, die Patente einer deutschen Firma übergibt
Deutschland:	Union Elektrizitäts- gesellschaft	AEG
Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft (AEG)		

Auf diese Weise entstanden zwei „Elektromächte“. „Andere Elektromächte, wenigstens von diesen beiden völlig unabhängig, gibt es auf der Erde nicht“, schreibt Heinig in seinem Aufsatz: „Der Weg der Elektrotrusts“. Über den Umsatz und den Umfang der Betriebe beider Truste geben folgende Zahlen eine ungefähre, bei weitem nicht erschöpfende Vorstellung:

	Warenumsatz (in Millionen Mark)	Zahl der Beschäftigten	Reingewinn (in Millionen Mark)
Amerika: GEC (General Electric Co.)	1907: 252 1910: 298	28000 32000	35,4 45,6
Deutschland: AEG (Allg. Elektr.-Ges.)	1907: 216 1911: 362	30700 60800	14,5 21,7

Und nun schließen 1907 der amerikanische und der deutsche Trust einen Vertrag über die Aufteilung der Welt. Die Konkurrenz wird ausgeschaltet. Die GEC „erhält“ die Vereinigten Staaten und Kanada; der AEG werden Deutschland, Österreich, Rußland, Holland, Däne-

mark, die Schweiz, die Türkei und der Balkan „zugeteilt“. Besondere — natürlich geheime — Verträge werden über die „Tochtergesellschaften“ abgeschlossen, die in neue Industriezweige eindringen und „neue“, formell noch unverteilte Länder erschließen. Erfindungen und Erfahrungen werden gegenseitig ausgetauscht.*

Es versteht sich von selbst, wie schwierig die Konkurrenz gegen diesen faktisch einheitlichen, die gesamte Welt umfassenden Trust ist, der über ein Kapital von mehreren Milliarden verfügt und seine „Zweigstellen“, Vertretungen, Agenturen, Verbindungen usw. an allen Ecken und Enden der Welt hat. Aber eine Aufteilung der Welt unter zwei mächtige Truste schließt natürlich eine *Neuverteilung* nicht aus, sobald das Kräfteverhältnis — infolge der ungleichmäßigen Entwicklung, von Kriegen, Bankrotten usw. — sich ändert.

Ein lehrreiches Beispiel dafür, wie eine solche Neuverteilung versucht wird und wie um sie gekämpft wird, bietet die Petroleumindustrie.

„Der Petroleummarkt der Welt“, schreibt Jeidels 1905, „ist im wesentlichen auch noch heute unter zwei große Finanzgruppen aufgeteilt: die amerikanische Standard Oil Co. Rockefellers und die Beherrscher des russischen Baku-Öls, Rothschild und Nobel. Beide Gruppen stehen in enger Verbindung, sind aber in ihrer Monopolstellung seit einer Reihe von Jahren von fünf Feinden bedroht...“**

1. dem Versiegen der Petroleumquellen in Amerika; 2. der Konkurrenz der Firma Mantaschow in Baku; 3. der Erschließung von Petroleumquellen in Österreich und 4. in Rumänien; 5. den überseeischen Ölquellen, namentlich in den holländischen Kolonien (die steinreichen Firmen von Samuel und Shell, die auch mit dem englischen Kapital verbunden sind). Die drei letzten Gruppen von Unternehmungen sind mit deutschen Großbanken, mit der größten, der Deutschen Bank an der Spitze, verbunden. Diese Banken haben selbständig und planmäßig die Petroleumindustrie gefördert, so z. B. in Rumänien, um einen „eigenen“ Stützpunkt zu haben. In der rumänischen Petroleumindustrie schätzte man 1907 das fremde Kapital auf 185 Millionen Frank, wovon auf Deutschland 74 Millionen entfielen.***

Es begann ein Kampf, der denn auch in der ökonomischen Literatur Kampf um „die Teilung der Welt“ genannt wird. Einerseits Rockefellers Petroleumtrust, der, um *alles* an sich zu reißen, in Holland *selbst* eine „Tochtergesellschaft“ gründete und Petroleumquellen in Hollän-

* Kurt Heinig im erwähnten Aufsatz, S. 474ff.; siehe auch Rießler, a. a. O., ebenso Diouritch, a. a. O., S. 239.

** Jeidels, a. a. O., S. 192 u. 193.

*** Diouritch, a. a. O., S. 275.

disch-Indien aufkaufte, um so seinem Hauptfeind, dem holländisch-englischen Shell-Trust, einen Schlag zu versetzen. Andererseits suchten die Deutsche Bank und andere Berliner Banken Rumänien „für sich zu behaupten“ und es mit Rußland gegen Rockefeller zu vereinigen. Dieser verfügte über ein unvergleichlich größeres Kapital und einen ausgezeichnet organisierten Apparat für den Transport und die Zustellung des Petroleums an die Verbraucher. Der Kampf mußte mit der völligen Niederlage der Deutschen Bank enden, was 1907 auch der Fall war. Der Deutschen Bank blieben nur zwei Möglichkeiten: entweder mit Millionenverlusten ihre „Petroleuminteressen“ zu liquidieren oder sich zu unterwerfen. Man wählte das letztere und schloß mit dem Petroleumtrust Standard Oil Co. einen für die Deutsche Bank sehr ungünstigen Vertrag. Nach diesem Vertrag verpflichtete sich die Deutsche Bank, „nichts zuungunsten der amerikanischen Interessen zu unternehmen“; dabei war jedoch vorgesehen, daß der Vertrag seine Gültigkeit verliere, falls Deutschland durch Gesetz ein staatliches Petroleummonopol einführen sollte.

Nun beginnt die „Petroleumkomödie“. Einer der Finanzkönige Deutschlands, von Gwinner, Direktor der Deutschen Bank, entfaltet durch seinen Privatsekretär Stauß eine Agitation für ein Petroleummonopol. Der ganze Riesenapparat der größten Berliner Bank, alle umfangreichen „Verbindungen“ werden in Bewegung gesetzt, die Presse überschreit sich in „patriotischer“ Empörung gegen „das Joch“ des amerikanischen Trusts, und am 15. März 1911 faßt der Reichstag beinahe einstimmig einen Beschluß, der die Regierung auffordert, einen Gesetzentwurf über ein Petroleummonopol auszuarbeiten. Die Regierung griff diese „populäre“ Idee auf, und die Deutsche Bank, die ihren amerikanischen Kontrahenten hinteres Licht führen und ihre eigenen Geschäfte durch das Staatsmonopol verbessern wollte, schien gewonnenes Spiel zu haben. Die deutschen Petroleumkönige schwelgten schon im Vorgenuß der Riesenprofite, die den Profiten der russischen Zuckerfabrikanten nicht nachstehen würden ... Aber da gerieten sich erstens die deutschen Großbanken in die Haare wegen der Teilung der Beute, und die Disconto-Gesellschaft enthüllte die eigennützigen Interessen der Deutschen Bank; zweitens bekam die Regierung Angst vor dem Kampf mit Rockefeller, denn es schien recht zweifelhaft, ob Deutschland ohne ihn Petroleum bekommen würde (Rumäniens Ausbeute ist gering), und drittens wurde die Bewilligung des Milliardenetats von 1913 für die Kriegsrüstungen fällig. Das Monopolprojekt wurde vertagt. Rockefellers „Petroleumtrust“ ging einstweilen als Sieger aus dem Kampfe hervor.

Die Berliner Zeitschrift „Die Bank“ schrieb aus diesem Anlaß, daß Deutschland den „Petroleumtrust“ nur bekämpfen könnte durch ein Elektrizitätsmonopol und Umsetzung der Wasserkräfte in billige Elektrizität. Aber — fügte der Verfasser hinzu — „das Strommonopol wird in dem Momente kommen, in dem die Produzenten es brauchen werden: nämlich dann, wenn der nächste große Krach in der Elektrizitätsindustrie vor der Tür stehen wird, wenn die gewaltigen, teuren Stromwerke, die von den Privatkonzernen der Elektrizitätsindustrie jetzt allenthalben gebaut werden und für die ihnen Staaten, Kommunen und andere Verbände schon jetzt partielle Monopole gewähren, nicht mehr rentabel zu arbeiten in der Lage sind. Dann wird man mit den Wasserkraften herausrücken müssen; aber man wird sie nicht von Staats wegen in billige Elektrizität umsetzen können, sondern man wird sie wieder einem „staatlich kontrollierten Privatmonopol“ überantworten müssen, weil die gewaltigen Abfindungen und Entschädigungen, die man der Privatindustrie zahlen müßte, die Grundrente eines Strommonopols zu stark belasten würden. So war es beim Kalimonopol, so ist es beim Petroleummonopol, so wird es beim Strommonopol sein. Mögen doch unsere Staatssozialisten, die sich durch ein schönes Prinzip blenden lassen, endlich einsehen, daß in Deutschland Monopole nie den Zweck und den Erfolg gehabt haben, dem Konsum zu nützen oder auch nur dem Staat Anteil an dem Unternehmergewinn zu gewähren, sondern immer nur dazu gedient haben, verfahrenere Privatindustrien mit Staatshilfe zu sanieren.“*

Zu solchen wertvollen Geständnissen sehen sich bürgerliche deutsche Ökonomen genötigt. Hier sehen wir anschaulich, wie in der Epoche des Finanzkapitals private und staatliche Monopole sich verflechten und die einen wie die anderen in Wirklichkeit bloß einzelne Glieder in der Kette des imperialistischen Kampfes der größten Monopolinhaber um die Teilung der Welt sind.

Auch in der Handelsschifffahrt hat das riesige Anwachsen der Konzentration zur Aufteilung der Welt geführt. In Deutschland entstanden zwei riesige Gesellschaften: die Hamburg-Amerika-Linie und der Norddeutsche Lloyd mit einem Kapital von je 200 Millionen Mark (in Aktien und Obligationen) und Schiffen im Werte von 185—189 Millionen Mark. Auf der anderen Seite bildete sich am 1. Januar 1903 in Amerika der sogenannte Morgan-Trust, die „Internationale Gesellschaft für Seehandel“, die neun amerikanische und englische Schiffahrtsgesellschaften vereinigt und über ein Kapital von 120 Millionen

* „Die Bank“, 1912, I, S. 1036; 1912, II, S. 629; 1913, I, S. 388.

Dollar (480 Millionen Mark) verfügt. Bereits 1903 schlossen die deutschen Riesengesellschaften mit diesem amerikanisch-englischen Trust einen Vertrag über die Aufteilung der Welt in Verbindung mit der Verteilung des Profits. Die deutschen Gesellschaften verzichteten auf die Konkurrenz im englisch-amerikanischen Frachtgeschäft. Es wurde genau festgelegt, welche Häfen einem jeden „überlassen“ werden, ein gemeinsamer Überwachungsausschuß wurde geschaffen usw. Der Vertrag wurde auf 20 Jahre geschlossen, mit der Klausel, daß er im Kriegsfall außer Kraft tritt.*

Höchst lehrreich ist auch die Entstehungsgeschichte des internationalen Schienenkartells. Zum erstenmal unternahmen die englischen, belgischen und deutschen Schienenwerke den Versuch, ein solches Kartell zu bilden, bereits im Jahre 1884, während einer starken industriellen Depression. Man einigte sich, auf dem Inlandsmarkt der vertragschließenden Länder einander keine Konkurrenz zu machen und die Auslandsmärkte nach folgendem Schlüssel zu verteilen: England 66 Prozent, Deutschland 27 Prozent und Belgien 7 Prozent. Indien blieb restlos England vorbehalten. Gegen eine englische Firma, die außerhalb der Vereinbarung blieb, wurde ein gemeinsamer Kampf geführt, dessen Kosten durch einen bestimmten Prozentsatz aus den gemeinsamen Verkäufen gedeckt wurden. Das Kartell fiel aber 1886 auseinander, als zwei englische Firmen aus ihm austraten. Es ist bezeichnend, daß während der darauffolgenden Perioden des industriellen Aufschwungs keine Konvention zustande kommen konnte.

Anfang 1904 wurde das deutsche Stahlsyndikat gegründet. Im November 1904 wurde das internationale Schienenkartell erneuert auf der Basis: England 53,5 Prozent, Deutschland 28,83 Prozent, Belgien 17,67 Prozent. Darauf schloß sich Frankreich an mit 4,8 Prozent, 5,8 Prozent und 6,4 Prozent für das erste, zweite und dritte Jahr über 100 Prozent hinaus, d. h. bei einer Gesamtsumme von 104,8 Prozent usw. Im Jahre 1905 trat der Stahltrust der Vereinigten Staaten (United States Steel Corporation) bei und später Österreich und Spanien. „Für den Augenblick“, schrieb Vogelstein 1910, „ist die Teilung der Erde vollendet und die großen Konsumenten, vor allem die Staatsbahnen, können jetzt, da die Welt hingegeben ist, ohne daß ihre Interessen gewahrt wurden, wie der Dichter im Himmel des Zeus wohnen.“**

Erwähnt sei ferner das internationale Zinksyndikat, das 1909 gegründet wurde und die Produktion auf drei Werkgruppen genau

* Rießer, a. a. O., 3. Aufl., S. 114—116.

** Th. Vogelstein, „Organisationsformen ...“, S. 100.

verteilte: die deutschen, belgischen, französischen, spanischen und englischen Werke; ferner der internationale Pulvertrust, diese, nach Liefmanns Worten, „ganz moderne enge Verbindung aller Sprengstoff herstellenden deutschen Unternehmungen, die alsdann mit den ähnlich organisierten französischen und amerikanischen Sprengstoffabriken sozusagen die ganze Welt unter sich verteilen“*.

Im ganzen zählt Liefmann für das Jahr 1897 gegen 40 internationale Kartelle, an denen Deutschland teilnimmt, und für 1910 schon etwa 100.

Manche bürgerliche Schriftsteller (denen sich jetzt auch K. Kautsky angeschlossen hat, der seiner marxistischen Einstellung z. B. von 1909 völlig untreu geworden ist) gaben der Meinung Ausdruck, daß die internationalen Kartelle, als eine der plastischsten Ausdrucksformen der Internationalisierung des Kapitals, die Erhaltung des Friedens zwischen den Völkern im Kapitalismus erhoffen lassen. Diese Ansicht ist theoretisch vollkommen unsinnig und praktisch ein Sophismus, eine unehrliche Methode, den schlimmsten Opportunismus zu verteidigen. Die internationalen Kartelle zeigen, bis zu welchem Grade die kapitalistischen Monopole jetzt angewachsen sind und *worum* der Kampf zwischen den Kapitalistenverbänden geht. Dieser letzte Umstand ist der wichtigste; nur er allein macht uns den historisch-ökonomischen Sinn der Geschehnisse klar, denn die *Form* des Kampfes kann wechseln und wechselt beständig aus verschiedenen, verhältnismäßig beschränkten und zeitlich bestimmten Gründen, aber das *Wesen* des Kampfes, sein *Klasseninhalt*, kann sich durchaus *nicht* ändern, solange es Klassen gibt. Gewiß liegt es im Interesse z. B. der deutschen Bourgeoisie, auf deren Seite dem Wesen der Sache nach Kautsky in seinen theoretischen Darlegungen übergegangen ist (wovon noch die Rede sein wird), den *Inhalt* des heutigen ökonomischen Kampfes (Teilung der Welt) zu vertuschen und bald diese, bald jene *Form* des Kampfes hervorzukehren. Denselben Fehler begeht Kautsky. Nun handelt es sich natürlich nicht um die deutsche, sondern um die internationale Bourgeoisie. Die Kapitalisten teilen die Welt unter sich auf nicht etwa aus besonderer Boshaftigkeit, sondern weil die erreichte Stufe der Konzentration sie zwingt, diesen Weg zu beschreiten, um Profite zu erzielen; dabei wird die Teilung „nach dem Kapital“, „nach der Macht“ vorgenommen — eine andere Teilungsmethode kann es im System der Warenproduktion und des Kapitalismus nicht geben. Die Macht aber wechselt mit der ökonomischen und politischen Entwicklung; um die Vorgänge zu

* R. Liefmann, „Kartelle und Trusts“, 2. Aufl., S. 161.

begreifen, muß man wissen, welche Fragen durch Machtverschiebungen entschieden werden; ob diese Verschiebungen nun „rein“ ökonomischer Natur oder *außerökonomischer* (z. B. militärischer) Art sind, ist eine nebensächliche Frage, die an den grundlegenden Anschauungen über die jüngste Epoche des Kapitalismus nichts zu ändern vermag. An die Stelle der Frage nach dem *Inhalt* des Kampfes und der Vereinbarungen zwischen den Kapitalistenverbänden die Frage nach der *Form* des Kampfes und der Vereinbarungen (heute friedlich, morgen unfriedlich, übermorgen wieder unfriedlich) setzen, heißt zum Sophisten herabsinken.

Die Epoche des jüngsten Kapitalismus zeigt uns, daß unter den Kapitalistenverbänden sich gewisse Beziehungen bilden *auf dem Boden* der ökonomischen Aufteilung der Welt, daß sich aber daneben und im Zusammenhang damit zwischen den politischen Verbänden, den Staaten, bestimmte Beziehungen herausbilden auf dem Boden der territorialen Aufteilung der Welt, des Kampfes um die Kolonien, „des Kampfes um das Wirtschaftsgebiet“.

VI. DIE AUFTEILUNG DER WELT UNTER DIE GROSSMÄCHTE

In seinem Werk „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien“ gibt der Geograph A. Supan* die folgende kurze Zusammenfassung dieser Entwicklung am Ende des 19. Jahrhunderts.

Von 100 Prozent der Fläche gehörten den europäischen Kolonialmächten (die Vereinigten Staaten mit inbegriffen):

	1876	1900	Zunahme um:
In Afrika	10,8 %	90,4 %	+ 79,6 %
„ Polynesien	56,8 %	98,9 %	+ 42,1 %
„ Asien	51,5 %	56,6 %	+ 5,1 %
„ Australien	100,0 %	100,0 %	—
„ Amerika	27,5 %	27,2 %	— 0,3 %

„Das Charakteristische dieser Periode“, folgert Supan, „ist also die Aufteilung Afrikas und Polynesiens.“ Da es in Asien und Amerika keine unbesetzten Länder gibt, d. h. solche, die keinem Staate gehören, so muß Supans Schlußfolgerung dahingehend erweitert werden, daß das Charakteristische dieser Periode die endgültige Aufteilung der Erde ist, endgültig nicht etwa in dem Sinne, daß eine *Neuverteilung*

* A. Supan, „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien“, 1906, S. 254.

unmöglich wäre — im Gegenteil, Neuverteilungen sind möglich und unvermeidlich —, sondern in dem Sinne, daß die Kolonialpolitik der kapitalistischen Länder die Besitzergreifung unbesetzter Länder auf unserem Planeten *beendet* hat. Die Welt erwies sich zum erstenmal als bereits aufgeteilt, so daß in der Folge *nur noch* Neuverteilungen in Frage kommen, d. h. der Übergang von einem „Besitzer“ auf den anderen, nicht aber die Besitzergreifung herrenlosen Landes.

Wir leben folglich in einer eigenartigen Epoche der kolonialen Weltpolitik, die aufs engste verknüpft ist mit „der jüngsten Entwicklungsstufe des Kapitalismus“, dem Finanzkapital. Es ist daher notwendig, vor allem eingehender bei dem Tatsachenmaterial zu verweilen, um sowohl den Unterschied dieser Epoche von allen vorhergehenden als auch die gegenwärtige Sachlage so genau wie möglich zu klären. Zunächst tauchen hier zwei konkrete Fragen auf: ob eine Verstärkung der Kolonialpolitik, eine Verschärfung des Kampfes um die Kolonien gerade im Zeitalter des Finanzkapitals zu beobachten ist und wie gerade in dieser Hinsicht die Welt augenblicklich verteilt ist.

Der amerikanische Schriftsteller Morris versucht in seinem Buch über die Geschichte der Kolonisation* die Daten über die Größe des englischen, französischen und deutschen Kolonialbesitzes für verschiedene Zeitabschnitte des 19. Jahrhunderts zusammenzutragen. Nachstehend — gekürzt — seine Ergebnisse:

GRÖSSE DES KOLONIALBESITZES

Jahre	England		Frankreich		Deutschland	
	Fläche (Millionen Quadrat- meilen)	Bevöl- kerung (Millionen)	Fläche (Millionen Quadrat- meilen)	Bevöl- kerung (Millionen)	Fläche (Millionen Quadrat- meilen)	Bevöl- kerung (Millionen)
1815—1830 . .	?	126,4	0,02	0,5	—	—
1860 . .	2,5	145,1	0,2	3,4	—	—
1880 . .	7,7	267,9	0,7	7,5	—	—
1899 . .	9,3	309,0	3,7	56,4	1,0	14,7

Die kolonialen Eroberungen Englands nehmen am gewaltigsten in den Jahren 1860—1880 zu und sind auch in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sehr beträchtlich. Die kolonialen Eroberungen Frankreichs und Deutschlands fallen hauptsächlich gerade in diese zwei Jahrzehnte. Wir haben bereits gesehen, daß die Periode der höchsten Entwicklung des vormonopolistischen Kapitalismus, des Kapitalismus mit vorwiegend freier Konkurrenz, in die sechziger

* Henry C. Morris, „The History of Colonization“ („Geschichte der Kolonisation“.
Der Übers.), New York 1900, II, S. 88; I, S. 419; II, S. 304.

und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fällt. Jetzt sehen wir, daß gerade nach dieser Periode ein ungeheurer „Aufschwung“ der kolonialen Eroberungen beginnt und der Kampf um die territoriale Aufteilung der Welt sich in höchstem Grade verschärft. Unzweifelhaft ist daher die Tatsache, daß der Übergang des Kapitalismus zur Stufe des Monopolkapitalismus, zum Finanzkapital, mit einer Verschärfung des Kampfes um die Teilung der Welt verknüpft ist.

In seinem Werk über den Imperialismus hebt Hobson die Periode von 1884—1900 als Periode verstärkter „Expansion“ (Erweiterung des Territorialbesitzes) der wichtigsten europäischen Staaten hervor. Seiner Berechnung nach erwarb England während dieser Zeit 3,7 Millionen Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 57 Millionen; Frankreich 3,6 Millionen Quadratmeilen mit einer Bevölkerung von 36 ½ Millionen; Deutschland 1 Million Quadratmeilen mit 16,7 Millionen; Belgien 900 000 Quadratmeilen mit 30 Millionen und Portugal 800 000 Quadratmeilen mit 9 Millionen Einwohnern. Die Jagd aller kapitalistischen Staaten nach Kolonien gegen Ende des 19. Jahrhunderts und besonders seit den achtziger Jahren ist eine allbekannte Tatsache in der Geschichte der Diplomatie und der Außenpolitik.

Zur Zeit der höchsten Blüte der freien Konkurrenz in England in den Jahren 1840—1860 waren die führenden bürgerlichen Politiker Englands Gegner der Kolonialpolitik und hielten die Befreiung der Kolonien und ihre völlige Lostrennung von England für unvermeidlich und nützlich. M. Beer weist in seinem 1898 erschienenen Artikel über „den modernen englischen Imperialismus“* darauf hin, daß 1852 ein solcher englischer Staatsmann wie Disraeli, der im allgemeinen durchaus imperialistisch eingestellt war, geäußert hat: „Die Kolonien sind Mühlsteine um unseren Hals.“ Gegen Ende des 19. Jahrhunderts aber waren in England die Helden des Tages Cecil Rhodes und Joseph Chamberlain, die offen den Imperialismus predigten und mit dem größten Zynismus imperialistische Politik betrieben!

Nicht uninteressant ist es, daß der Zusammenhang der sozusagen rein ökonomischen und der sozialen und politischen Wurzeln des modernen Imperialismus schon damals für diese führenden Politiker der englischen Bourgeoisie klar war. Chamberlain predigte den Imperialismus als die „wahre, weise und sparsame Politik“ und verwies besonders auf die Konkurrenz Deutschlands, Amerikas und Belgiens, der England jetzt auf dem Weltmarkt begegnet. Die Rettung liegt im Monopol, — sagten die Kapitalisten und gründeten Kartelle, Syn-

* „Die Neue Zeit“, 1898, I, S. 302.

dikate und Truste; die Rettung liegt im Monopol, — wiederholten die politischen Führer der Bourgeoisie und beeilten sich, die noch unverteilten Gebiete der Welt an sich zu reißen. Cecil Rhodes hat, wie sein intimer Freund, der Journalist Stead, erzählt, 1895 über seine imperialistischen Ideen gesagt: „Ich war gestern im Ostende von London (Arbeiterviertel) und besuchte eine Arbeitslosenversammlung. Und als ich nach den dort gehörten wilden Reden, die nur ein Schrei nach Brot waren, nach Hause ging, da war ich von der Wichtigkeit des Imperialismus mehr denn je überzeugt ... Meine große Idee ist die Lösung des sozialen Problems, d. h. um die vierzig Millionen Einwohner des Vereinigten Königreichs vor einem mörderischen Bürgerkrieg zu schützen, müssen wir Kolonialpolitiker neue Ländereien erschließen, um den Überschuß an Bevölkerung aufzunehmen, und neue Absatzgebiete schaffen für die Waren, die sie in ihren Fabriken und Minen erzeugen. Das Empire, das habe ich stets gesagt, ist eine Magenfrage. Wenn Sie den Bürgerkrieg nicht wollen, müssen Sie Imperialisten werden.“*

So sprach im Jahre 1895 Cecil Rhodes, Millionär, Finanzkönig und Hauptschuldiger am Burenkrieg. Ist seine Verteidigung des Imperialismus auch nur grob und zynisch, so unterscheidet sie sich im Grunde genommen in nichts von der „Theorie“ der Herren Maslow, Südekum, Potressow, David, der des Begründers des russischen Marxismus usw. usf. Cecil Rhodes war nur ein etwas ehrlicherer Sozialchauvinist ...

Um ein möglichst genaues Bild von der territorialen Aufteilung der Welt und den in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten erfolgten Veränderungen zu erhalten, wollen wir die Daten benutzen, die Supan in dem oben zitierten Werk über den Kolonialbesitz aller Staaten der Welt liefert. Supan nimmt die Jahre 1876 und 1900; wir wollen das Jahr 1876 nehmen, einen gut gewählten Zeitpunkt, denn gerade zu dieser Zeit kann man die Entwicklung des westeuropäischen Kapitalismus in seinem vormonopolistischen Stadium im großen und ganzen als beendet betrachten, ferner das Jahr 1914, indem wir Supans Ziffern durch neuere Daten aus Hübners „Geographisch-Statistischen Tabellen“ ersetzen. Supan befaßt sich nur mit den Kolonien; wir halten es für nützlich, zur Vervollständigung des Bildes über die Aufteilung der Welt kurz auch die Zahlen über die nichtkolonialen Länder hinzuzufügen sowie über die Halbkolonien, zu denen wir Persien, China und die Türkei zählen: Persien ist beinahe schon vollständig zur Kolonie geworden, China und die Türkei sind im Begriff, es zu werden.

* „Die Neue Zeit“, 1898, I, S. 304.

Wir erhalten folgende Ergebnisse:

KOLONIALBESITZ DER GROSSMÄCHTE
(Millionen Quadratkilometer und Millionen Einwohner)

	Kolonien				Mutterländer		Im ganzen	
	1876		1914		1914		1914	
	qkm	Einw.	qkm	Einw.	qkm	Einw.	qkm	Einw.
England	22,5	251,9	33,5	393,5	0,3	46,5	33,8	440,0
Rußland	17,0	15,9	17,4	33,2	5,4	136,2	22,8	169,4
Frankreich	0,9	6,0	10,6	55,5	0,5	39,6	11,1	95,1
Deutschland	—	—	2,9	12,3	0,5	64,9	3,4	77,2
Vereinigte Staaten	—	—	0,3	9,7	9,4	97,0	9,7	106,7
Japan	—	—	0,3	19,2	0,4	53,0	0,7	72,2
6 Großmächte zusammen	40,4	273,8	65,0	523,4	16,5	437,2	81,5	960,6
Kolonialbesitz der übrigen Staaten (Belgien, Holland usw.)							9,9	45,3
Halbkolonien (Persien, China, Türkei)							14,5	361,2
Die übrigen Länder							28,0	289,9
Die ganze Erde							133,9	1657,0

Wir sehen hier anschaulich, wie „vollendet“ die Teilung der Welt um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts war. Der Kolonialbesitz hat nach 1876 ungeheuer zugenommen: er wuchs bei den sechs Großmächten von 40 auf 65 Millionen Quadratkilometer, auf mehr als das Anderthalbfache; der Zuwachs beträgt 25 Millionen Quadratkilometer, anderthalbmal soviel wie die Bodenfläche der Mutterländer (16,5 Millionen). Drei Mächte hatten 1876 überhaupt keine und die vierte, Frankreich, hatte fast keine Kolonien. Bis zum Jahre 1914 hatten diese vier Staaten Kolonien mit einer Fläche von 14,1 Millionen Quadratkilometer erworben, was ungefähr das Anderthalbfache der Gesamtfläche Europas ausmacht, mit einer Bevölkerung von fast 100 Millionen Menschen. Die Erweiterung des Kolonialbesitzes geht höchst ungleichmäßig vor sich. Vergleicht man z. B. Frankreich, Deutschland und Japan miteinander, die sich ihrer Bodenfläche und Einwohnerzahl nach nicht allzusehr voneinander unterscheiden, so stellt sich heraus, daß Frankreich beinahe dreimal soviel Kolonien erworben hat (der Fläche nach) wie Deutschland und Japan zusammen. Das französische Finanzkapital war aber zu Beginn dieser Periode vielleicht ebenfalls um ein Mehrfaches größer als das Deutschlands und Japans zusammengekommen. Auf die Größe des Kolonialbesitzes haben außer den rein

ökonomischen Bedingungen und auf ihrer Basis auch die geographischen und sonstigen Verhältnisse Einfluß. Eine wie starke Nivellierung der Welt, ein wie großer Ausgleich der Wirtschafts- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Ländern unter dem Druck der Großindustrie, des Austausches und des Finanzkapitals in den letzten Jahrzehnten auch vor sich gegangen sein mag, ein beträchtlicher Unterschied bleibt dennoch bestehen, und unter den genannten sechs Ländern finden wir einerseits junge kapitalistische Länder (Amerika, Deutschland, Japan), die ungewöhnlich rasch fortschritten; andererseits Länder alter kapitalistischer Entwicklung, die sich in der letzten Zeit viel langsamer entwickelten als die ersteren (England und Frankreich); und schließlich ein Land, das in ökonomischer Hinsicht am meisten zurückgeblieben ist (Rußland), in dem der jüngste kapitalistische Imperialismus sozusagen mit einem besonders dichten Netz vorkapitalistischer Verhältnisse überzogen ist.

Neben den Kolonialbesitz der Großmächte haben wir die kleinen Kolonien der kleinen Staaten gesetzt, die sozusagen das nächste Objekt einer möglichen und wahrscheinlichen „Neuverteilung“ der Kolonien bilden. Die meisten dieser kleinen Staaten behalten ihre Kolonien nur dank dem Umstand, daß unter den Großstaaten Interessengegensätze, Reibungen usw. bestehen, die sie daran hindern, sich über die Teilung der Beute zu verständigen. Die „halbkolonialen“ Staaten sind ihrerseits ein Beispiel für jene Übergangsformen, die uns auf allen Gebieten der Natur und der Gesellschaft begegnen. Das Finanzkapital ist eine so gewaltige, man darf wohl sagen, entscheidende Macht in allen ökonomischen und internationalen Beziehungen, daß es imstande ist, sich sogar Länder zu unterwerfen, und auch tatsächlich unterwirft, die die vollste politische Unabhängigkeit besitzen; wir werden sogleich Beispiele dafür sehen. Aber selbstverständlich bietet dem Finanzkapital die meisten „Annehmlichkeiten“ und die größten Vorteile eine *solche* Unterwerfung, die mit dem Verlust der politischen Unabhängigkeit der unterworfenen Länder und Völker verbunden ist. Die halbkolonialen Länder sind als „Mittelding“ in dieser Hinsicht typisch. Der Kampf um diese halbabhängigen Länder mußte begreiflicherweise besonders akut werden im Zeitalter des Finanzkapitals, als die übrige Welt bereits aufgeteilt war.

Kolonialpolitik und Imperialismus hat es auch vor dem jüngsten Stadium des Kapitalismus; ja vor dem Kapitalismus selbst gegeben. Das auf Sklaverei beruhende Rom trieb Kolonialpolitik und verwirklichte einen Imperialismus. Aber „allgemeine“ Betrachtungen über den Imperialismus, die den radikalen Unterschied in den ökonomischen

Gesellschaftsformationen vergessen oder in den Hintergrund schieben, arten unvermeidlich in leere Banalitäten oder Flunkereien aus, wie etwa der Vergleich des „großen Rom“ mit dem „großen Britannien“*. Selbst die kapitalistische Kolonialpolitik der früheren Stadien des Kapitalismus unterscheidet sich wesentlich von der Kolonialpolitik des Finanzkapitals.

Die grundlegende Besonderheit des jüngsten Kapitalismus ist die Herrschaft der Monopolverbände der Großunternehmer. Derartige Monopole sind am festesten, wenn *alle* Rohstoffquellen in einer Hand zusammengefaßt werden, und wir haben gesehen, mit welchem Eifer die internationalen Kapitalistenverbände ihre Anstrengungen darauf richten, dem Gegner jede Konkurrenz unmöglich zu machen, z. B. Eisenerzlager oder Petroleumquellen usw. aufzukaufen. Einzig und allein der Kolonialbesitz bietet volle Gewähr für den Erfolg der Monopole gegenüber allen Zufälligkeiten im Kampfe mit dem Gegner — bis zu der Zufälligkeit, daß der Gegner auf den Wunsch verfallen könnte, sich hinter ein Gesetz über das Staatsmonopol zu verschanzen. Je entwickelter der Kapitalismus, je fühlbarer der Rohstoffmangel, je akuter die Konkurrenz und die Jagd nach Rohstoffquellen in der ganzen Welt ist, desto verzweifelter ist der Kampf um die Erwerbung von Kolonien.

„Es kann sogar“, schreibt Schilder, „die manchen vielleicht paradox erscheinende Behauptung gewagt werden, daß das Wachstum der städtisch-industriellen Bevölkerung in irgendwie absehbarer Zeit weit eher durch nicht genügende Mengen der zur Verfügung stehenden industriellen Rohstoffe, als durch irgendeinen Mangel an Nahrungsmitteln aufgehalten werden könnte.“ Es fehlt z. B. immer an Holz, das immer teurer wird, an Leder, an Rohstoffen für die Textilindustrie. „Als Beispiele für die Bemühungen industrieller Verbände, den Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie innerhalb der gesamten Weltwirtschaft durchzuführen, wären zu erwähnen: der seit 1904 bestehende internationale Verband der Baumwollspinner-Vereine in den wichtigsten Industriestaaten, der nach diesem Muster im Jahre 1910 begründete Verband der europäischen Leinenspinner-Vereine.“**

Freilich sind bürgerliche Reformpolitiker, darunter besonders die Kautskyaner von heute, bestrebt, die Bedeutung derartiger Tat-

* C. P. Lucas, „Greater Rome and Greater Britain“ („Das große Rom und das große Britannien“, *Der Übers.*), Oxford 1912, oder Earl of Cromer, „Ancient and Modern Imperialism“ („Antiker und moderner Imperialismus“, *Der Übers.*), London 1910.

** Schilder, a. a. O., S. 38 u. 42.

sachen durch den Hinweis abzuschwächen, daß man Rohstoffe auf dem freien Markt erhalten „könnte“ ohne die „kostspielige und gefährliche“ Kolonialpolitik, daß man das Angebot an Rohstoffen gewaltig steigern „könnte“ durch „einfache“ Hebung der Landwirtschaft überhaupt. Aber derartige Hinweise verwandeln sich in eine Apologie des Imperialismus, in dessen Beschönigung, denn sie beruhen auf der Außerachtlassung der wichtigsten Besonderheit des jüngsten Kapitalismus: der Monopole. Der freie Markt rückt immer mehr in die Vergangenheit, monopolistische Syndikate und Truste engen ihn von Tag zu Tag mehr ein, die „einfache“ Hebung der Landwirtschaft aber läuft auf eine Hebung der Lage der Massen, Erhöhung der Löhne und Verminderung des Profites hinaus. Wo existieren jedoch, außer in der Phantasie süßlicher Reformisten, Truste, die fähig wären, sich um die Lage der Massen zu kümmern, anstatt Kolonien zu erobern?

Nicht allein die bereits entdeckten Rohstoffquellen sind für das Finanzkapital von Bedeutung, sondern auch die eventuell noch zu erschließenden, denn die Technik entwickelt sich in unseren Tagen mit unglaublicher Geschwindigkeit, und Ländereien, die heute unbrauchbar sind, können morgen brauchbar gemacht werden, sobald neue Methoden gefunden (dazu kann eine Großbank eine besondere Expedition von Ingenieuren, Agronomen usw. ausrüsten) und größere Kapitalien aufgewandt werden. Dasselbe läßt sich über das Aufsuchen von Minerallagerstätten, über neue Methoden der Bearbeitung und Nutzbarmachung dieser oder jener Rohstoffe usw. usf. sagen. Daher das unvermeidliche Bestreben des Finanzkapitals nach Erweiterung des Wirtschaftsgebietes, ja sogar des Gebietes schlechthin. Wie die Truste ihr Vermögen auf Grund einer doppelten oder dreifachen Schätzung kapitalisieren, indem sie die in Zukunft „möglichen“ (aber gegenwärtig nicht vorhandenen) Profite und die weiteren Erträge des Monopols in Rechnung ziehen, so ist auch das Finanzkapital im allgemeinen bestrebt, möglichst viel Ländereien an sich zu reißen, gleichviel welche, gleichviel wo, gleichviel wie, nur auf mögliche Rohstoffquellen ausgehend, aus Angst, in dem tollen Kampf um die letzten Brocken der unverteilter Welt oder bei der Neuverteilung der bereits verteilten Stücke zu kurz zu kommen.

Die englischen Kapitalisten bemühen sich, auf jede Art und Weise die Baumwollproduktion in ihrer Kolonie Ägypten zu fördern — im Jahre 1904 waren von 2,3 Millionen Hektar Kulturland in Ägypten bereits 0,6 Millionen, d. h. mehr als ein Viertel, mit Baumwolle bepflanzt —, die Russen in ihrer Kolonie Turkestan, denn auf diese Weise können sie am besten ihre ausländischen Konkurrenten schlagen, können sie

die Rohstoffquellen leichter monopolisieren und einen möglichst ökonomischen und rentablen Textiltrust schaffen mit „kombinierter“ Produktion, mit der Konzentrierung *aller* Stufen der Baumwollerzeugung und -verarbeitung in einer Hand.

Die Interessen des Kapitalexports drängen ebenfalls zur Eroberung von Kolonien, denn auf den kolonialen Märkten ist es leichter (und mitunter einzig und allein auch möglich), durch monopolistische Mittel den Konkurrenten auszuschalten, sich diese oder jene Lieferung zu sichern, die entsprechende „Verbindung“ zu festigen u. a. m.

Der außerökonomische Überbau, der sich auf der Grundlage des Finanzkapitals erhebt, seine Politik, seine Ideologie steigern den Drang nach kolonialen Eroberungen. „Das Finanzkapital will nicht Freiheit, sondern Herrschaft“, sagt Hilferding mit Recht. Und gleichsam als Ergänzung und Erweiterung des oben zitierten Gedankens von Cecil Rhodes* schreibt ein bürgerlicher französischer Schriftsteller, daß den ökonomischen Ursachen der modernen Kolonialpolitik soziale hinzugefügt werden müssen: „Infolge der zunehmenden Kompliziertheit des Lebens, der Kompliziertheit und Schwierigkeit, die nicht nur auf den Arbeitermassen, sondern auch auf den Mittelklassen lasten, sieht man, wie sich in allen Ländern der alten Zivilisation Ungeduld, Geiztheit und Haß sammeln, die die öffentliche Ruhe bedrohen; die Energie, die aus einem bestimmten Klassengeleise geschleudert wird ... muß eine Anwendung finden und eine Betätigung außerhalb des Landes haben, damit nicht eine Explosion im Innern erfolgt.“**

Spricht man von der Kolonialpolitik der Epoche des kapitalistischen Imperialismus, dann muß bemerkt werden, daß das Finanzkapital und die ihm entsprechende internationale Politik, die auf einen Kampf der Großmächte und die ökonomische und politische Teilung der Welt hinausläuft, eine ganze Reihe von *Übergangsformen* der staatlichen Abhängigkeit schaffen. Typisch für diese Epoche sind nicht nur die beiden Hauptgruppen von Ländern — Kolonien besitzende und die Kolonien selber —, sondern auch die verschiedenartigsten Formen der abhängigen Länder, die politisch formell selbständig sind, in Wirklichkeit aber in ein Netz finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit verstrickt sind. Auf eine dieser Formen, die Halbkolonien, haben wir bereits hingewiesen. Ein Musterbeispiel für eine andere Form ist z. B. Argentinien.

* Siehe vorl. Band, S. 831. *Der Übers.*

** Wahl, „La France aux colonies“ („Frankreich in den Kolonien“. *Der Übers.*), zitiert bei Henri Russier, „Le partage de l'Océanie“ („Die Aufteilung Polynesiens“. *Der Übers.*), Paris 1905, S. 165.

„Das südliche Südamerika, insbesondere Argentinien“, schreibt Schulze-Gaevernitz in seinem Werk über den britischen Imperialismus, „befindet sich in solcher finanzieller Abhängigkeit von London, daß es fast als englische Handelskolonie zu bezeichnen ist.“*

Die in Argentinien angelegten Kapitalien Englands schätzt Schilder auf Grund eines Berichtes des österreichisch-ungarischen Konsuls in Buenos Aires für das Jahr 1909 auf 8¼ Milliarden Frank. Man kann sich leicht vorstellen, mit wie festen Banden infolgedessen das Finanzkapital Englands — und seine treue „Freundin“, die Diplomatie — mit der Bourgeoisie Argentinien und den führenden Kreisen seines gesamten wirtschaftlichen und politischen Lebens verknüpft ist.

Eine etwas anders geartete Form finanzieller und diplomatischer Abhängigkeit, bei politischer Unabhängigkeit, bietet uns Portugal. Portugal ist ein selbständiger, souveräner Staat, aber faktisch steht Portugal seit mehr als 200 Jahren, seit dem spanischen Erbfolgekrieg (1700—1714), unter dem Protektorat Englands. England verteidigte Portugal und dessen Kolonialbesitz zur Stärkung seiner eigenen Position im Kampfe gegen seine Gegner, Spanien und Frankreich. Dafür erhielt England Handelsprivilegien, bessere Bedingungen beim Warenexport und besonders Kapitalexport nach Portugal und seinen Kolonien, die Möglichkeit, die Häfen und Inseln Portugals, seine Kabel zu benutzen u. a. m.** Derartige Beziehungen zwischen einzelnen großen und kleinen Staaten hat es immer gegeben, aber in der Epoche des kapitalistischen Imperialismus werden sie zum allgemeinen System, bilden sie einen Teil der Gesamtheit der Beziehungen bei der „Teilung der Welt“ und verwandeln sich in Kettenglieder der Operationen des Weltfinanzkapitals.

Um die Frage der Aufteilung der Welt abzuschließen, müssen wir noch folgendes bemerken. Nicht allein die amerikanische Literatur nach dem Spanisch-Amerikanischen und die englische Literatur nach dem Burenkrieg haben Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts diese Frage ganz offen und bestimmt aufgeworfen; nicht nur die deutsche Literatur, die am „eifersüchtigsten“ den „britischen Imperialismus“ verfolgte, hat systematisch diese Tatsache bewertet. Auch in der französischen bürgerlichen Literatur wurde diese Frage ziemlich bestimmt und breit gestellt, soweit dies vom bürgerlichen Standpunkt denkbar

* Schulze-Gaevernitz, „Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts“, Leipzig 1906, S. 318. Dasselbe sagt Sartorius von Waltershausen, „Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande“, Berlin 1907, S. 46.

** Schilder, a. a. O., Bd. I, S. 160 u. 161.

ist. Wir verweisen auf den Geschichtsschreiber Driault, der in seinem Buch „Politische und soziale Probleme zu Ende des 19. Jahrhunderts“ in dem Kapitel über die „Großmächte und die Teilung der Welt“ folgendes schrieb: „Während der letzten Jahre wurden alle freien Landgebiete der Welt, mit Ausnahme Chinas, von den Mächten Europas und Nordamerikas besetzt. Auf diesem Boden fanden bereits verschiedene Konflikte und Einflußverschiebungen statt, die die Vorboten noch furchtbarer Erschütterungen in der nahen Zukunft sind. Denn es heißt sich beeilen: die Nationen, die sich nicht versorgt haben, riskieren, niemals ihr Teil zu bekommen und an jener ungeheuren Ausbeutung der Erde nicht teilnehmen zu können, die einen der wesentlichsten Faktoren des kommenden (d. h. 20.) Jahrhunderts bilden wird. Das ist der Grund, warum ganz Europa und Amerika in der letzten Zeit von einem Fieber kolonialer Gebietserweiterungen erfaßt worden sind, vom ‚Imperialismus‘, der den bemerkenswertesten Charakterzug des Ausgangs des 19. Jahrhunderts bildet.“ Und der Verfasser fügte hinzu: „Bei dieser Aufteilung der Welt, in diesem wahnwitzigen Jagden nach den Schätzen und Großmärkten der Erde steht die relative Bedeutung der Staaten, die in diesem, im 19. Jahrhundert gegründet wurden, in völligem Mißverhältnis zu der Stellung, die die Nationen, die sie gegründet haben, in Europa einnehmen. Die Mächte, die in Europa dominieren und über sein Schicksal entscheiden, sind *nicht* zugleich auch in der ganzen Welt dominierend, und da die koloniale Größe, die Hoffnung auf noch ungezählte Reichtümer, offenbar ihren rückwirkenden Einfluß auf die relative Bedeutung der europäischen Mächte ausüben wird, so wird die Kolonialfrage — wenn man will, der ‚Imperialismus‘ —, die die politischen Verhältnisse von Europa selbst bereits verändert hat, sie immer mehr und mehr verändern.“*

VII. DER IMPERIALISMUS ALS BESONDERES STADIUM DES KAPITALISMUS

Wir müssen nun versuchen, gewisse Lehren zu ziehen und das oben über den Imperialismus Gesagte zusammenzufassen. Der Imperialismus erwuchs als Weiterentwicklung und direkte Fortsetzung der Grundeigenschaften des Kapitalismus überhaupt. Zum kapitalistischen Imperialismus aber wurde der Kapitalismus erst auf einer bestimmten,

* J. E. Driault, „Problèmes politiques et sociaux“ („Politische und soziale Probleme“, *Der Übers.*), Paris 1907, S. 289.

sehr hohen Entwicklungsstufe, als einige seiner Grundeigenschaften sich in ihr Gegenteil umzuwandeln begannen, als auf der ganzen Linie die Züge einer Übergangsperiode vom Kapitalismus zu einer höheren gesellschaftlich-wirtschaftlichen Ordnung sich herausbildeten und sichtbar wurden. Ökonomisch ist das Grundlegende in diesem Prozeß die Ablösung der freien kapitalistischen Konkurrenz durch die kapitalistischen Monopole. Die freie Konkurrenz ist die Grundeigenschaft des Kapitalismus und der Warenproduktion überhaupt; das Monopol ist der direkte Gegensatz zur freien Konkurrenz, aber diese selbst begann sich vor unseren Augen zum Monopol zu wandeln, indem sie die Großproduktion schuf, den Kleinbetrieb verdrängte, die großen Betriebe durch noch größere ersetzte, die Konzentration der Produktion und des Kapitals so weit trieb, daß daraus das Monopol entstand und entsteht, nämlich: Kartelle, Syndikate, Truste und das sich mit ihnen verschmelzende Kapital eines Dutzends von Banken, die mit Milliarden schalten und walten. Zugleich aber beseitigen die Monopole nicht die freie Konkurrenz, aus der sie erwachsen, sondern bestehen über und neben ihr fort und erzeugen dadurch eine Reihe besonders krasser und schroffer Widersprüche, Reibungen und Konflikte. Das Monopol ist der Übergang vom Kapitalismus zu einer höheren Ordnung.

Wäre eine möglichst kurze Definition des Imperialismus erforderlich, so müßte man sagen, der Imperialismus ist das monopolistische Stadium des Kapitalismus. Eine solche Definition würde die Hauptsache enthalten, denn auf der einen Seite ist das Finanzkapital das Bankkapital einiger weniger monopolistischer Großbanken, das mit dem Kapital monopolistischer Industriellenverbände verschmolzen ist, und auf der anderen Seite ist die Aufteilung der Welt der Übergang von einer Kolonialpolitik, die sich ungehindert auf Kosten der noch von keiner kapitalistischen Macht besetzten Gebiete ausdehnt, zu einer Kolonialpolitik der monopolistischen Beherrschung der restlos aufgeteilten Erde.

Doch sind allzu kurze Definitionen zwar bequem, denn sie fassen das Wichtigste zusammen, aber dennoch unzulänglich, sobald aus ihnen die wesentlichsten Züge der zu definierenden Erscheinung speziell abgeleitet werden sollen. Deshalb muß man — ohne zu vergessen, daß alle Definitionen überhaupt nur bedingte und relative Bedeutung haben, da eine Definition niemals die allseitigen Zusammenhänge einer Erscheinung in ihrer vollen Entfaltung umfassen kann — eine solche Definition des Imperialismus geben, die folgende fünf seiner wichtigsten Merkmale enthalten würde: 1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie

Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen; 2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“; 3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung; 4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und 5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet. Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe, wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Truste begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.

Wir werden später sehen, wie der Imperialismus anders definiert werden kann und muß, wenn man nicht nur die grundlegenden rein ökonomischen Begriffe (auf die sich die angeführte Definition beschränkt) im Auge hat, sondern auch den historischen Platz dieses Stadiums des Kapitalismus in bezug auf den Kapitalismus überhaupt, oder das Verhältnis zwischen dem Imperialismus und den zwei Grundrichtungen innerhalb der Arbeiterbewegung. Es sei gleich hier bemerkt, daß der Imperialismus, in diesem Sinne aufgefaßt, zweifellos ein besonderes Entwicklungsstadium des Kapitalismus darstellt. Um dem Leser eine möglichst begründete Vorstellung vom Imperialismus zu geben, waren wir absichtlich bestrebt, möglichst viel Äußerungen bürgerlicher Ökonomen zu zitieren, die sich gezwungen sehen, besonders unbestreitbar feststehende Tatsachen aus der neuesten Ökonomie des Kapitalismus anzuerkennen. Zu demselben Zweck haben wir ausführliche statistische Daten angeführt, die zeigen, bis zu welchem Grade das Bankkapital angewachsen ist usw. und worin eben das Umschlagen der Quantität in Qualität, der Übergang des hochentwickelten Kapitalismus in den Imperialismus seinen Ausdruck gefunden hat. Es erübrigt sich natürlich zu sagen, daß alle Grenzen in Natur und Gesellschaft bedingt und beweglich sind, daß es sinnlos wäre, z. B. über die Frage zu streiten, seit welchem Jahr oder Jahrzehnt der Imperialismus als „endgültig“ herausgebildet gelten kann.

Aber streiten muß man über die Definition des Imperialismus vor allem mit dem führenden marxistischen Theoretiker der Epoche der sogenannten II. Internationale, d. h. des Vierteljahrhunderts von 1889—1914, mit Karl Kautsky.

Gegen die grundlegenden Ideen, die in der von uns gegebenen Definition des Imperialismus zum Ausdruck kommen, wandte sich

Kautsky ganz entschieden im Jahre 1915 und sogar schon im November 1914 mit der Erklärung, daß unter Imperialismus nicht eine „Phase“ oder Stufe der Wirtschaft, sondern eine Politik, nämlich eine bestimmte, vom Finanzkapital „bevorzugte“ Politik zu verstehen sei, daß der Imperialismus nicht mit dem „modernen Kapitalismus“ „identifiziert“ werden könne, daß, wenn man unter Imperialismus „alle Erscheinungen des modernen Kapitalismus“ — Kartelle, Schutzzollsystem, Herrschaft der Finanzoligarchie, Kolonialpolitik — versteht, die Frage, ob der Imperialismus eine notwendige Folgeerscheinung des Kapitalismus sei, auf die „platteste Tautologie“ hinauslaufe, denn unter dieser Voraussetzung sei der Imperialismus „natürlich eine Lebensnotwendigkeit für den Kapitalismus“ usw. Kautskys Gedankengang läßt sich am genauesten darstellen, wenn wir seine Definition des Imperialismus zitieren, eine Definition, die sich direkt gegen das Wesen der von uns entwickelten Ideen wendet (denn die Einwände aus dem Lager der deutschen Marxisten, die jahrelang ähnliche Ideen propagierten, sind Kautsky längst als Einwände einer bestimmten Strömung innerhalb des Marxismus bekannt).

Kautskys Definition lautet:

„Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres *agrarisches*“ (von Kautsky hervorgehoben) „Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern, ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird.“*

Diese Definition taugt rein gar nichts, denn sie ist einseitig, d. h. sie greift willkürlich einzig und allein die nationale Frage heraus (die an sich wie auch in ihrem Verhältnis zum Imperialismus zwar von höchster Wichtigkeit ist), verknüpft diese willkürlich und *unrichtig* nur mit dem Industriekapital in den Ländern, die andere Nationen annektieren, und rückt ebenso willkürlich und *unrichtig* die Annexion von Agrargebieten in den Vordergrund.

Imperialismus ist Drang nach Annexionen — darauf läuft der *politische* Teil der Kautskyschen Definition hinaus. Er ist richtig, aber höchst unvollständig, denn politisch ist der Imperialismus überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion. Uns beschäftigt jedoch hier die *ökonomische* Seite der Frage, die Kautsky *selbst* in *seiner* Definition hineinbrachte. Die Unrichtigkeiten in Kautskys Definition springen in die Augen. Für den Imperialismus ist ja gerade *nicht* das Industrie-

* „Die Neue Zeit“, 1913/14 (32. Jahrg.), II (vom 11. September 1914), S. 909; vergleiche auch 1915/16, II, S. 107 ff.

sondern das Finanzkapital charakteristisch. Es ist kein Zufall, daß in Frankreich gerade die besonders rasche Entwicklung des *Finanzkapitals* bei gleichzeitiger Schwächung des *Industriekapitals* seit den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eine äußerste Verschärfung der annexionistischen (Kolonial-) Politik hervorgerufen hat. Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, *nicht nur* Agrarländer, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren (Deutschlands Gelüste auf Belgien, Frankreichs auf Lothringen), denn erstens zwingt die abgeschlossene Verteilung der Erde, bei einer *Neuverteilung* die Hand nach *jedem* beliebigen Land auszustrecken, und zweitens ist, für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Bestreben nach der Hegemonie, d. h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich, als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung *seiner* Hegemonie (für Deutschland ist Belgien von besonderer Wichtigkeit als Stützpunkt gegen England; für England Bagdad als Stützpunkt gegen Deutschland usw.).

Kautsky beruft sich besonders — und wiederholt — auf die Engländer, die angeblich die rein politische Bedeutung des Begriffs Imperialismus in seinem, Kautskyschem, Sinne festgelegt hätten. Nehmen wir den Engländer Hobson; wir lesen in seinem 1902 erschienenen Werk „Imperialismus“ folgendes:

„Der neue Imperialismus unterscheidet sich vom alten erstens dadurch, daß er an Stelle der Bestrebungen eines einzigen wachsenden Imperiums die Theorie und Praxis wetteifernder Imperien setzte, von denen jedes von den gleichen Wünschen nach politischer Expansion und Handelsvorteilen geleitet wird; zweitens durch das Überwiegen der Finanzinteressen oder der Interessen der Kapitalanlage über die Handelsinteressen.“*

Wir sehen, daß Kautsky faktisch völlig im Unrecht ist, wenn er sich auf die Engländer im allgemeinen beruft (er könnte sich höchstens auf die vulgären englischen Imperialisten oder direkten Apologeten des Imperialismus berufen). Wir sehen, daß Kautsky, der darauf Anspruch erhebt, nach wie vor den Marxismus zu verteidigen, in der Tat einen Schritt rückwärts macht im Vergleich zu dem *Sozialliberalen* Hobson, der den beiden „historisch-konkreten“ (Kautskys Definition ist geradezu ein Hohn auf die historische Konkretheit!) Besonderheiten des modernen Imperialismus *richtiger* Rechnung trägt: 1. die Konkurrenz *einiger* Imperialismen und 2. die dominierende Rolle des Finanz-

* Hobson, „Imperialism“, London 1902, S. 324.

manns gegenüber dem Kaufmann. Wenn aber hauptsächlich davon die Rede ist, ein Industriestaat annectiere ein Agrarland, so wird damit die überragende Rolle des Kaufmanns hervorgehoben.

Kautskys Definition ist nicht nur unrichtig und unmarxistisch. Sie dient als Begründung für ein ganzes System von Auffassungen, die sowohl mit der marxistischen Theorie als auch mit der marxistischen Praxis glatt brechen, worüber später noch die Rede sein wird. Ganz und gar unernst ist der von Kautsky entfachte Wortstreit, ob die neueste Stufe des Kapitalismus als Imperialismus oder als Stufe des Finanzkapitals anzusprechen sei. Man nenne es, wie man will — darauf kommt es nicht an. Wesentlich ist, daß Kautsky die Politik des Imperialismus von seiner Ökonomie trennt, indem er von Annexionen als der vom Finanzkapital „bevorzugten“ Politik spricht und ihr eine andere, angeblich durchaus mögliche bürgerliche Politik auf derselben Basis des Finanzkapitals entgegenstellt. Es kommt so heraus, als ob die Monopole in der Wirtschaft vereinbar wären mit einem nicht-monopolistischen, nicht-gewalttätigen, nicht-annexionistischen Vorgehen in der Politik. Als ob die territoriale Aufteilung der Welt, die gerade im Zeitalter des Finanzkapitals beendet wurde und die die Grundlage für die Eigenart der jetzigen Formen des Wettkampfes zwischen den kapitalistischen Großstaaten bildet, mit einer nicht-imperialistischen Politik vereinbar wäre. Das Resultat ist eine Vertuschung, eine Abstumpfung der fundamentalsten Widersprüche des jüngsten Stadiums des Kapitalismus statt einer Enthüllung ihrer Tiefe, das Resultat ist bürgerlicher Reformismus statt Marxismus.

Kautsky polemisiert gegen Cunow, den deutschen Apologeten des Imperialismus und der Annexionen, dessen Gedankengang ebenso plump wie zynisch ist: der Imperialismus sei der moderne Kapitalismus; die Entwicklung des Kapitalismus sei unvermeidlich und fortschrittlich, folglich sei auch der Imperialismus fortschrittlich, und wir haben den Imperialismus anzubeten und lobzupreisen! Dieser Gedankengang erinnert an das Zerrbild, das die Volkstümler von den russischen Marxisten 1894/95 entwarfen: wenn die Marxisten den Kapitalismus in Rußland für unvermeidlich und fortschrittlich halten, so müßten sie Kneipen auf tun und den Kapitalismus züchten. Kautsky erwidert Cunow: nein, der Imperialismus ist nicht der moderne Kapitalismus, sondern bloß eine der Formen der Politik des modernen Kapitalismus, und wir können und müssen diese Politik bekämpfen, können und müssen gegen den Imperialismus, gegen die Annexionen usw. kämpfen.

Auf den ersten Blick erscheint dieser Einwand durchaus angängig,

aber in Wirklichkeit bedeutet er eine feinere, verhülltere (und darum gefährlichere) Propaganda einer Versöhnung mit dem Imperialismus, denn ein „Kampf“ gegen die Politik der Truste und Banken, der die ökonomischen Grundlagen der Truste und Banken unberührt läßt, läuft auf bürgerlichen Reformismus und Pazifismus hinaus, auf harmlose und fromme Wünsche. Sich über die bestehenden Widersprüche hinwegsetzen, die wichtigsten von ihnen vergessen, anstatt sie in ihrer ganzen Tiefe aufzudecken — das ist Kautskys Theorie, die mit dem Marxismus nichts gemein hat. Und eine solche „Theorie“ dient natürlich nur dazu, die Idee der Einheit mit den Cunow zu verteidigen!

Vom rein ökonomischen Standpunkt, schreibt Kautsky, sei es nicht ausgeschlossen, daß der Kapitalismus noch eine neue Phase durchmachen werde: die Übertragung der Politik der Kartelle auf die Außenpolitik, die Phase des Ultra-Imperialismus*, d. h. des Über-Imperialismus, der Vereinigung der Imperialismen der ganzen Welt, nicht aber ihres Kampfes, die Phase der Aufhebung der Kriege unter dem Kapitalismus, die Phase der „gemeinsamen Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital“.**

Auf diese „Theorie des Ultra-Imperialismus“ müssen wir noch zurückkommen, um genau zu zeigen, bis zu welchem Grade sie verschieden und unwiderruflich mit dem Marxismus bricht. Entsprechend der ganzen Anlage dieser Studie müssen wir uns hier zunächst die genauen ökonomischen Daten über diese Frage ansehen. Ist ein „Ultra-Imperialismus“ vom „rein ökonomischen Standpunkt“ möglich, oder ist das ein Ultra-Unsinn?

Versteht man unter dem rein ökonomischen Standpunkt eine „reine“ Abstraktion, so läuft alles, was sich da sagen läßt, auf die These hinaus: die Entwicklung bewegt sich in der Richtung der Monopole, also eines Weltmonopols, eines Welttrusts. Das ist unzweifelhaft, aber ebenso nichtssagend wie der Hinweis, daß „die Entwicklung“ sich in der Richtung zur Herstellung der Nahrungsmittel im Laboratorium „bewegt“. In diesem Sinne ist die „Theorie“ des Ultra-Imperialismus ebensolcher Unsinn, wie es eine „Theorie der Ultra-Landwirtschaft“ wäre.

Spricht man aber von den „rein ökonomischen“ Bedingungen der Epoche des Finanzkapitals als von einer historisch-konkreten Epoche, die in den Anfang des 20. Jahrhunderts fällt, so erhalten wir die beste Antwort auf die toten Abstraktionen des „Ultra-Imperialismus“ (die

* „Die Neue Zeit“, 1913/14 (32. Jahrg.), II (vom 11. September 1914), S. 921; vergleiche auch 1915/16, II, S. 107 ff.

** „Die Neue Zeit“, 1915, I (vom 30. April 1915), S. 144.

ausschließlich dem einen erzreaktionären Zwecke dienen, die Aufmerksamkeit von der Tiefe der *vorhandenen* Widersprüche abzulenken), wenn wir ihnen die konkrete ökonomische Wirklichkeit der modernen Weltwirtschaft gegenüberstellen. Kautskys leeres Gerede von einem Ultra-Imperialismus nährt u. a. den grundfalschen Gedanken, der Wasser auf die Mühle der Apologeten des Imperialismus leitet, daß die Herrschaft des Finanzkapitals die Ungleichmäßigkeiten und die Widersprüche innerhalb der Weltwirtschaft *abschwäche*, während sie in Wirklichkeit diese *verstärkt*.

R. Calwer machte in seiner Schrift „Einführung in die Weltwirtschaft“* den Versuch, die wichtigsten rein ökonomischen Daten zusammenzutragen, die eine konkrete Vorstellung von den Wechselbeziehungen innerhalb der Weltwirtschaft um die Wende des 19. und 20. Jahrhunderts ermöglichen. Er teilt die ganze Welt in fünf „wirtschaftliche Hauptgebiete“: 1. das mitteleuropäische (ganz Europa, außer Rußland und England); 2. das britische; 3. das russische; 4. das ostasiatische und 5. das amerikanische; dabei werden die Kolonien zu den „Gebieten“ derjenigen Staaten gezählt, denen sie gehören, und die wenigen, keinem Gebiet zugeteilten Länder „bleiben unberücksichtigt“, z. B. Persien, Afghanistan, Arabien in Asien, Marokko und Abessinien in Afrika usw.

Wir geben nachstehend, in gekürzter Form, die von Calwer angeführten ökonomischen Daten über diese Gebiete:

Die wirtschaftlichen Hauptgebiete der Welt	Verkehrsmittel Handel						Industrie	
	Fläche in Mill. qkm	Einwohnerzahl in Mill.	Schienerlänge (in 1000 km)	Handelschiffe (in Mill. Tonnen)	Ein- und Ausfuhr (in Milliarden Mark)	Steinkohlenförderung (in Mill. Tonnen)	Roheisengewinnung (in Mill. Tonnen)	Anzahl der Spindeln in der Baumwollindustrie (in Mill.)
1. Mitteleuropäisches . .	27,6 (23,6)**	388 (146)***	204	8	41	251	15	26
2. Britisches . . .	28,9 (28,6)**	398 (355)***	140	11	25	249	9	51
3. Russisches . . .	22	131	63	1	3	16	3	7
4. Ostasiatisches	12	389	8	1	2	8	0,02	2
5. Amerikanisches . . .	30	148	379	6	14	245	14	19

* Richard Calwer, „Einführung in die Weltwirtschaft“, Berlin 1906.

** Fläche der Kolonien.

*** Einwohnerzahl der Kolonien.

Wir sehen hier drei Gebiete mit hochentwickeltem Kapitalismus (starke Entwicklung sowohl des Verkehrswesens wie des Handels und der Industrie): das mitteleuropäische, britische und amerikanische; darunter drei weltbeherrschende Staaten: Deutschland, England und die Vereinigten Staaten. Die imperialistische Konkurrenz und der Kampf unter ihnen wird dadurch außerordentlich verschärft, daß Deutschland nur über ein ganz kleines Gebiet und wenig Kolonien verfügt; die Bildung „Mitteleuropas“ liegt noch in der Zukunft, und seine Geburt geht in einem verzweifelten Kampfe vor sich. Einstweilen ist das Kennzeichen von ganz Europa politische Zersplitterung. In dem britischen und dem amerikanischen Gebiete dagegen ist die politische Konzentration sehr groß, aber es besteht hier ein ungeheures Mißverhältnis zwischen den unermesslichen Kolonien des britischen und den geringfügigen des amerikanischen Gebietes. In den Kolonien ist der Kapitalismus erst im Entstehen begriffen. Der Kampf um Südamerika gewinnt immer mehr an Schärfe.

Zwei Gebiete mit schwacher kapitalistischer Entwicklung sind das russische und das ostasiatische. Im ersteren haben wir es mit einer äußerst geringen Bevölkerungsdichte zu tun, im zweiten mit einer außerordentlich hohen; im ersteren ist die politische Konzentration groß, im zweiten fehlt sie ganz. China beginnt man erst zu teilen, und der Kampf um China zwischen Japan, den Vereinigten Staaten usw. verschärft sich immer mehr.

Man stelle dieser Wirklichkeit — mit der ungeheuren Mannigfaltigkeit ökonomischer und politischer Bedingungen, mit der äußersten Ungleichmäßigkeit im Tempo des Wachstums der verschiedenen Länder usw., mit dem wahnwitzigen Kampf zwischen den imperialistischen Staaten — Kautskys dummes Märchen von einem „friedlichen“ Ultra-Imperialismus gegenüber. Ist das nicht der reaktionäre Versuch eines erschrockenen Kleinbürgers, sich über die grausame Wirklichkeit hinwegzusetzen? Die internationalen Kartelle, die Kautsky als Keime des Ultra-Imperialismus erscheinen (wie man auch die Erzeugung von Tabletten im Laboratorium als einen Keim der Ultra-Landwirtschaft ansprechen „kann“) — bieten sie uns nicht ein Beispiel der Aufteilung und Neuaufteilung der Welt, des Übergangs von friedlicher Aufteilung zu unfriedlicher und umgekehrt? Das Finanzkapital Amerikas und anderer Länder, das bisher unter Deutschlands Mitbeteiligung, sagen wir im internationalen Schienenkartell oder in dem internationalen Trust der Handelsschiffahrt, die ganze Welt friedlich aufteilte —, nimmt es jetzt nicht auf Grund neuer Kräfteverhältnisse, die auf ganz unfriedlichem Wege verändert werden, eine Neuaufteilung der Welt vor?

Das Finanzkapital und die Truste schwächen die Unterschiede im Tempo des Wachstums der verschiedenen Teile der Weltwirtschaft nicht ab, sondern verstärken sie. Sobald aber die Kräfteverhältnisse sich geändert haben, wie sollen dann *unter dem Kapitalismus* die Gegensätze anders ausgetragen werden als durch Gewalt? Überaus genaue Daten über die Verschiedenheit im Wachstumstempo des Kapitalismus und des Finanzkapitals in der gesamten Weltwirtschaft finden wir in der Eisenbahnstatistik*. In den letzten Jahrzehnten der imperialistischen Entwicklung veränderte sich die Schienenlänge folgendermaßen:

SCHIENENLÄNGE			
(in 1000 km)			
	1890	1913	Zunahme um
Europa	224	346	+ 122
Vereinigte Staaten	268	411	+ 143
Alle Kolonien	82	210	+ 128
Selbständige und halbselfständi- dige Staaten Asiens und Amerikas	43	137	+ 94
	} 125	} 347	} + 222
Summa	617	1104	

Am raschesten ging also die Entwicklung des Eisenbahnnetzes in den Kolonien und den selbständigen (und halbselfständigen) Staaten Asiens und Amerikas vor sich. Bekanntlich schaltet und waltet hier das Finanzkapital der vier, fünf größten kapitalistischen Staaten unumschränkt. Zweimalhunderttausend Kilometer neuer Eisenbahnen in den Kolonien und in den anderen Ländern Asiens und Amerikas — das bedeutet mehr als 40 Milliarden Mark neuer Kapitalanlage zu besonders günstigen Bedingungen, mit besonderen Rentabilitätsгарантиen, mit einträglichen Aufträgen für die Stahlwerke usw. usf.

Am schnellsten wächst der Kapitalismus in den Kolonien und den überseeischen Ländern. Unter diesen Ländern entstehen *neue imperialistische Mächte* (Japan). Der Kampf der Weltimperialismen verschärft sich. Es wächst der Tribut, den das Finanzkapital von den besonders einträglichen kolonialen und überseeischen Unternehmungen erhebt. Bei der Teilung dieser „Beute“ fällt ein außerordentlich großer Bissen Ländern zu, die im Entwicklungstempo der Produktivkräfte

* „Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich“, 1915, Anhang, S. 46 u. 47; „Archiv für Eisenbahnwesen 1892“; für 1890 mußten geringfügige Details hinsichtlich der Verteilung der Eisenbahnen auf die Kolonien der verschiedenen Länder annähernd berechnet werden.

nicht immer an der Spitze stehen. In den größten Staaten betrug die Schienenlänge zusammen mit der ihrer Kolonien:

	(in 1000 km)		Zunahme um
	1890	1913	
Vereinigte Staaten	268	413	+ 145
Britisches Reich	107	208	+ 101
Rußland	32	78	+ 46
Deutschland	43	68	+ 25
Frankreich	41	63	+ 22
<hr/>			
Bei den fünf Mächten zusammen	491	830	+ 339

Rund 80 Prozent der gesamten Schienenlänge sind also in den Händen der fünf größten Staaten konzentriert. Aber die Konzentration des *Eigentums* an diesen Bahnen, die Konzentration des Finanzkapitals ist noch unvergleichlich größer, denn den englischen und französischen Millionären z. B. gehört ein großer Teil der Aktien und Obligationen der amerikanischen, russischen und anderen Eisenbahnen.

England hat dank seinen Kolonien „sein“ Eisenbahnnetz um hunderttausend Kilometer, also viermal mehr als Deutschland, vergrößert. Indes ging bekanntlich während dieser Zeit die Entwicklung der Produktivkräfte, insbesondere die der Kohlen- und Eisenindustrie, in Deutschland unvergleichlich schneller vor sich als in England, geschweige denn in Frankreich oder Rußland. 1892 produzierte Deutschland 4,9 Millionen Tonnen Roheisen, England dagegen 6,8; aber schon 1912 — 17,6 gegen 9,0, also ein gewaltiger Vorsprung gegenüber England!* Es fragt sich, welches andere Mittel konnte es auf dem Boden des Kapitalismus geben, außer dem Krieg, um das Mißverhältnis zwischen der Entwicklung der Produktivkräfte und der Akkumulation des Kapitals einerseits, der Verteilung der Kolonien und der „Einflußsphären“ des Finanzkapitals andererseits zu beseitigen?

VIII. PARASITISMUS UND FÄULNIS DES KAPITALISMUS

Wir müssen nun noch auf eine sehr wichtige Seite des Imperialismus eingehen, die bei den meisten Betrachtungen über dieses Thema nicht

* Vergleiche auch Edgar Crammond, „The Economic Relations of the British and German Empires“ im „Journal of the Royal Statistical Society“ („Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem Britischen und Deutschen Reich“ im „Journal der Königl. Statistischen Gesellschaft“. *Der Übers.*, Juli 1914, S. 777 ff.

genügend beachtet wird. Einer der Mängel des Marxisten Hilferding ist, daß er im Vergleich zu dem Nichtmarxisten Hobson einen Schritt rückwärts tat. Wir sprechen von dem Parasitismus, der dem Imperialismus eigen ist.

Wie wir gesehen haben, ist die tiefste ökonomische Grundlage des Imperialismus das Monopol. Dieses Monopol ist ein kapitalistisches, d. h. ein Monopol, das aus dem Kapitalismus erwachsen ist und im allgemeinen Milieu des Kapitalismus, der Warenproduktion, der Konkurrenz, in einem beständigen und unlösbaren Widerspruch zu diesem allgemeinen Milieu steht. Und dennoch erzeugt es, wie jedes andere Monopol, unvermeidlich die Tendenz zur Stagnation und Fäulnis. In demselben Maße wie, sei es auch nur vorübergehend, Monopolpreise eingeführt werden, verschwindet bis zu einem gewissen Grade der Antrieb zum technischen und folglich auch zu jedem anderen Fortschritt, zur Vorwärtsbewegung; in demselben Maße entsteht ferner die *ökonomische* Möglichkeit, den technischen Fortschritt künstlich aufzuhalten. Ein Beispiel: in Amerika hat ein gewisser Owens eine Flaschenmaschine erfunden, die eine Revolution in der Flaschenherstellung herbeiführt. Das deutsche Kartell der Flaschenfabrikanten kauft Owens' Patente auf, um sie beiseitezulegen, und verhindert so ihre Anwendung. Gewiß kann das Monopol unter dem Kapitalismus die freie Konkurrenz auf dem Weltmarkt niemals restlos und auf sehr lange Zeit ausschalten (das ist übrigens einer der Gründe, warum die Theorie des Ultra-Imperialismus unsinnig ist). Die Möglichkeit, durch technische Verbesserungen die Produktionskosten herabzumindern und die Profite zu erhöhen, begünstigt natürlich Neuerungen. Aber die *Tendenz* zur Stagnation und Fäulnis, die dem Monopol eigen ist, wirkt nach wie vor und gewinnt in einzelnen Industriezweigen, in einzelnen Ländern für gewisse Zeiträume die Oberhand.

Das Monopol der Beherrschung besonders ausgedehnter, reicher oder günstig gelegener Kolonien wirkt in derselben Richtung.

Weiter. Der Imperialismus bedeutet eine ungeheure Anhäufung von Geldkapital in wenigen Ländern, das, wie wir gesehen haben, 100 bis 150 Milliarden Franken in Wertpapieren erreicht. Daraus ergibt sich das außergewöhnliche Anwachsen der Klasse oder, richtiger, der Schicht der Rentner, d. h. der Personen, die vom „Kuponschneiden“ leben, die von der Beteiligung an irgendeinem Unternehmen völlig losgelöst sind, deren Beruf der Müßiggang ist. Die Kapitalausfuhr, eine der wesentlichsten ökonomischen Grundlagen des Imperialismus, steigert diese völlige Isolierung der Rentnerschicht von der Produktion noch mehr und drückt dem ganzen Lande, das von der Ausbeutung

der Arbeit einiger überseeischer Länder und Kolonien lebt, den Stempel des Parasitismus auf.

„Im Jahre 1893“, schrieb Hobson, „betrug das britische, im Auslande investierte Kapital ca. 15 Prozent des gesamten Reichtums des Vereinigten Königreichs.“* Es sei daran erinnert, daß bis 1915 dieses Kapital ungefähr auf das Zweieinhalbfache gestiegen war. „Der aggressive Imperialismus“, lesen wir weiter bei Hobson, „der den Steuerzahlern so teuer zu stehen kommt und für den Industriellen und den Kaufmann so wenig Wert hat ... bildet die Quelle großer Profite für den Kapitalisten, der für sein Kapital Anlage sucht“ (auf englisch wird dieser Begriff mit einem Wort: „Investor“, d. h. Kapitalanleger, Rentner, wiedergegeben) ... „Die ganze Jahreseinnahme Großbritanniens aus seinem gesamten Außenhandel und Kolonialhandel, aus der Ein- und Ausfuhr, wird von dem Statistiker Giffen für das Jahr 1899 auf 18 Millionen Pfund Sterling (ca. 170 Millionen Rubel) geschätzt, wenn man 2,5 Prozent von dem gesamten 800 Millionen Pfund Sterling betragenden Jahresumsatz rechnet.“ So groß diese Summe auch ist, sie vermag doch nicht den aggressiven Imperialismus Großbritanniens zu erklären. Dieser findet seine Erklärung vielmehr in den 90 bis 100 Millionen Pfund Sterling, die die Einnahmen von „investiertem“ Kapital, die Einnahmen der Rentnerschicht darstellen.

Die Einnahmen der Rentner sind also im „handelstüchtigsten“ Lande der Welt *fünffmal so groß* wie die Einnahmen aus dem Außenhandel! Das ist das Wesen des Imperialismus und des imperialistischen Parasitismus.

Der Begriff „Rentnerstaat“ oder Wucherstaat wird daher in der ökonomischen Literatur über den Imperialismus allgemein gebräuchlich. Die Welt ist in ein Häuflein Wucherstaaten und in eine ungeheure Mehrheit von Schuldnerstaaten gespalten. „Unter den ausländischen Anlagen aber“, schreibt Schulze-Gaevernitz, „stehen diejenigen voran, welche politisch abhängigen oder nächstverbündeten Ländern zuteil werden: England borgt an Ägypten, Japan, China, Südamerika. Seine Kriegsflotte ist hier im Notfalle der Gerichtsvollzieher. Politische Macht schützt England gegen die Schuldnerempörung ...“** Sartorius von Waltershausen stellt in seinem Werk „Das volkswirtschaftliche System der Kapitalanlage im Auslande“ Holland als das Muster eines „Rentnerstaates“ hin und verweist darauf, daß England und Frankreich im Begriffe sind, es zu werden***. Schilder meint, daß fünf Industrie-

* Hobson, a. a. O., S. 59 u. 60.

** Schulze-Gaevernitz, „Britischer Imperialismus“, S. 320 u. a.

*** Sartorius von Waltershausen, „Das volkswirtschaftliche System usw.“, Berlin 1907, Buch IV.

staaten: Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Belgien und die Schweiz, „ausgesprochene Gläubigerländer“ sind. Holland zählt er nur deshalb nicht dazu, weil dieses Land „industriell weniger entwickelt“* sei. Die Vereinigten Staaten seien nur in bezug auf Amerika ein Gläubigerstaat.

„England“, schreibt Schulze-Gaevernitz, „wächst aus dem Industriestaat allmählich in den Gläubigerstaat. Trotz absoluter Zunahme der industriellen Produktion, auch der industriellen Ausfuhr, steigt die relative Bedeutung der Zins- und Dividendenbezüge, der Emissions-, Kommissions- und Spekulationsgewinne für die Gesamtwirtschaft. Es ist diese Tatsache meiner Meinung nach die wirtschaftliche Grundlage des imperialistischen Aufschwungs. Der Gläubiger hängt mit dem Schuldner dauernd zusammen als der Verkäufer mit dem Käufer.“** Über Deutschland schrieb 1911 Lansburgh, der Herausgeber der Berliner Zeitschrift „Die Bank“, in einem Artikel „Der deutsche Rentnerstaat“: „Man spottet in Deutschland gern über den Hang zum Rentnertum, der bei der französischen Bevölkerung zu finden ist, und vergißt dabei, daß, soweit der Mittelstand in Betracht kommt, die deutschen Verhältnisse den französischen immer ähnlicher werden.“***

Der Rentnerstaat ist der Staat des parasitären, verfaulenden Kapitalismus, und dieser Umstand muß in allen sozialen und politischen Verhältnissen der betreffenden Länder im allgemeinen wie auch in den zwei Hauptströmungen der Arbeiterbewegung im besonderen seinen Ausdruck finden. Um dies möglichst anschaulich zu zeigen, überlassen wir Hobson das Wort, der als Zeuge am „zuverlässigsten“ ist, da man ihn unmöglich der Vorliebe für „marxistische Orthodoxie“ verdächtigen kann; andererseits ist er Engländer und kennt gut die Verhältnisse in dem an Kolonien wie an Finanzkapital und imperialistischer Erfahrung reichsten Lande.

Unter dem frischen Eindruck des Burenkrieges schilderte Hobson den Zusammenhang des Imperialismus mit den Interessen der „Financiers“, deren wachsende Profite bei Aufträgen, Lieferungen usw., und schrieb: „Die richtunggebenden Kräfte dieser ausgesprochen parasitären Politik sind die Kapitalisten; aber dieselben Motive üben auch auf gewisse Arbeiterkreise ihre Wirkung aus. In vielen Städten sind die wichtigsten Industriezweige von Regierungsaufträgen abhängig: der Imperialismus der Zentren der Hütten- und Schiffbau-

* Schilder, a. a. O., S. 293.

** Schulze-Gaevernitz, „Britischer Imperialismus“, S. 122.

*** „Die Bank“, 1911, I, S. 10 u. 11.

industrie hängt in nicht geringem Grade von dieser Tatsache ab.“ Zweierlei Umstände schwächten nach Hobsons Meinung die Macht der alten Reiche: 1. der „ökonomische Parasitismus“ und 2. die Zusammensetzung des Heeres aus abhängigen Völkern. „Der erste ist die Gewohnheit des ökonomischen Parasitismus, der zufolge der herrschende Staat seine Provinzen, Kolonien und die abhängigen Länder ausgenutzt hat, um seine herrschende Klasse zu bereichern und durch Bestechung die Fügsamkeit seiner unteren Klassen zu erkaufen.“ Die Voraussetzung für die ökonomische Möglichkeit einer solchen Bestechung, einerlei in welcher Form sie geschieht, sind — fügen wir unsererseits hinzu — monopolistisch hohe Profite.

Über den zweiten Umstand schreibt Hobson: „Zu den seltsamsten Symptomen der Blindheit des Imperialismus gehört die Sorglosigkeit, mit der Großbritannien, Frankreich und andere imperialistische Nationen diesen Weg beschreiten. Großbritannien ist am weitesten gegangen. Die meisten Schlachten, durch die wir unser indisches Reich erobert haben, sind von unseren Eingeborenenarmeen ausgefochten worden. In Indien, und in letzter Zeit auch in Ägypten, sind große stehende Heere dem Kommando von Briten unterstellt; fast alle Kriege, die mit unserer Unterwerfung Afrikas — mit Ausnahme seines südlichen Teiles — verbunden sind, wurden von Eingeborenen für uns geführt.“

Die Perspektive der Aufteilung Chinas veranlaßt Hobson zu folgender ökonomischer Einschätzung: „Der größte Teil Westeuropas könnte dann das Aussehen und den Charakter annehmen, die jetzt Teile dieser Länder — Süd-England, die Riviera, die von Touristen am meisten besuchten und von reichen Leuten bewohnten Plätze Italiens und der Schweiz — haben, nämlich: ein Häuflein reicher Aristokraten, die Dividenden und Pensionen aus dem fernen Orient beziehen, daneben eine etwas größere Gruppe von Angestellten und Händlern und eine noch größere Anzahl von Dienstpersonal und Arbeitern im Transportgewerbe und in den letzten Stadien der Produktion leicht verderblicher Waren. Die wichtigsten Industrien jedoch würden verschwinden, und die Massenprodukte der Ernährung, die Massenhalfabrikate würden als Tribut aus Asien und Afrika fließen ... Das sind die Möglichkeiten, die eine umfassendere Vereinigung der Weststaaten, eine europäische Föderation der Großmächte vor uns eröffnet: sie würde die Sache der Weltzivilisation nicht nur nicht vorwärtsbringen, sondern die ungeheure Gefahr eines westlichen Parasitismus heraufbeschwören: die Bildung einer Gruppe fortgeschrittener Industrienationen, deren obere Klassen aus Asien und

Afrika gewaltige Tribute beziehen und mit Hilfe dieser Tribute große gefügte Massen von Angestellten unterhalten, die nicht mehr in der Produktion von landwirtschaftlichen und industriellen Massenartikeln beschäftigt werden, sondern mit persönlichen Dienstleistungen oder in untergeordneter Industriearbeit unter der Kontrolle einer neuen Finanzaristokratie. Mögen diejenigen, die geneigt sind, eine solche Theorie“ (es müßte heißen Perspektive) „als nicht der Erwägung wert mit einer Handbewegung abzutun, die heutigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in jenen Bezirken Süd-Englands untersuchen, die schon jetzt in eine solche Lage versetzt sind. Mögen sie bedenken, welche gewaltige Ausdehnung eines solchen Systems möglich würde, wenn China der wirtschaftlichen Kontrolle ähnlicher Gruppen von Finanziers, von „Kapitalanlegern“, ihrer Staatsbeamten und Geschäftsangestellten unterworfen wäre, die aus dem potenziell größten Profitreservoir, das die Welt je gekannt hat, schöpfen würden, um diese Profite in Europa zu verzehren. Die Situation ist viel zu kompliziert, das Spiel der Weltkräfte viel zu unberechenbar, um diese oder jene einzige Zukunftsdeutung sehr wahrscheinlich zu machen. Aber die Einflüsse, die gegenwärtig den Imperialismus Westeuropas beherrschen, bewegen sich in dieser Richtung, und wenn sie auf keine Gegenwirkung stoßen, wenn sie nicht nach einer anderen Seite abgelenkt werden, dann wirken sie in der Richtung eben dieses Ausgangs.“*

Der Verfasser hat vollkommen recht. Würden die Kräfte des Imperialismus auf keine Gegenwirkung stoßen, dann würden sie eben zu diesem Ausgang führen. Die Bedeutung der „Vereinigten Staaten von Europa“ in der heutigen, imperialistischen Situation ist hier richtig bewertet. Man müßte nur noch hinzufügen, daß auch innerhalb der Arbeiterbewegung die Opportunisten, die heutzutage in den meisten Ländern vorübergehend gesiegt haben, systematisch und beharrlich gerade in einer solchen Richtung „arbeiten“. Der Imperialismus, der die Aufteilung der Welt und die Ausbeutung nicht allein Chinas bedeutet, der monopolistisch hohe Profite für eine Handvoll der reichsten Länder bedeutet, schafft die ökonomische Möglichkeit zur Bestechung der Oberschichten des Proletariats und nährt, formt und festigt dadurch den Opportunismus. Nur darf man die dem Imperialismus im allgemeinen und dem Opportunismus im besonderen entgegenwirkenden Kräfte nicht übersehen, die der Sozialliberale Hobson natürlich nicht sieht.

Der deutsche Opportunist Gerhard Hildebrand, der seinerzeit wegen seiner Verteidigung des Imperialismus aus der Partei ausge-

* Hobson, a. a. O., S. 103, 144, 205, 335, 385—386.

geschlossen wurde, heute aber wohl ein Führer der sogenannten „sozialdemokratischen“ Partei Deutschlands sein könnte, ergänzt Hobson ausgezeichnet, indem er die „Vereinigten Staaten von Westeuropa“ (ohne Rußland) propagiert, und zwar zu „gemeinsamen“ Aktionen gegen ... die Neger Afrikas, gegen „die große islamitische Bewegung“, zur „Bildung einer Heeres- und Flottenmacht allerersten Ranges“, gegen eine „japanisch-chinesische Koalition“ u. a. m.*

Die Schilderung, die uns Schulze-Gaevernitz vom „britischen Imperialismus“ gibt, deckt dieselben Merkmale des Parasitismus auf. Während sich in den Jahren 1865—1898 das britische Nationaleinkommen etwa verdoppelt hat, hat sich das „Einkommen vom Auslande“ in dieser Zeitspanne *verneunfacht*. Wenn zu den „Verdiensten“ des Imperialismus „die Erziehung der Farbigen zur Arbeit“ gerechnet wird (ohne Zwang geht es ja nicht ...), so besteht die „Gefahr“ des Imperialismus darin, daß Europa „die Arbeit überhaupt — zunächst die landwirtschaftliche und montane, sodann auch die gröbere industrielle Arbeit — auf die farbige Menschheit abschiebt und sich selbst in die Rentnerrolle zurückzieht, womit es vielleicht die wirtschaftliche und ihr folgend die politische Emanzipation der farbigen Rassen vorbereitet“.

Immer mehr Land wird in England der Landwirtschaft entzogen und für Sport und Amüsement der Reichen verwendet. Von Schottland, diesem aristokratischsten Jagd- und Sportplatz der Welt, wird gesagt, daß es „von seiner Vergangenheit und Herrn Carnegie (dem amerikanischen Milliardär) lebt“. Allein für Rennen und Fuchsjagden gibt England jährlich 14 Millionen Pfund (ca. 130 Millionen Rubel) aus. Die Zahl der Rentner beläuft sich in England auf rund eine Million. Der Prozentsatz der produzierenden Bevölkerung geht zurück:

Jahr	Bevölkerung von England	Zahl der Arbeiter in den Hauptindustrien (in Millionen)	Prozentsatz der Bevölkerung
1851	17,9	4,1	23
1901	32,5	4,9	15

Nun ist der bürgerliche Erforscher des „britischen Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts“ gezwungen, wenn er von der englischen Arbeiterklasse spricht, systematisch einen Unterschied zu machen zwischen der „Oberschicht“ der Arbeiter und der „*eigentlich proletarischen Unterschicht*“. Die Oberschicht liefert die Mitglieder-

* Gerhard Hildebrand, „Die Erschütterung der Industrieherrschaft und des Industriesozialismus“, 1910, S. 229 ff.

masse der Genossenschaften und Gewerkschaften, der Sportvereine und der zahllosen religiösen Sekten. Ihrem Niveau ist auch das Wahlrecht angepaßt, das in England „immer noch *beschränkt genug ist, um die eigentlich proletarische Unterschicht fernzuhalten*“!! Um die Lage der englischen Arbeiterklasse zu beschönigen, pflegt man nur von dieser Oberschicht zu sprechen, die die *Minderheit* des Proletariats ausmacht: z. B. bei der Arbeitslosigkeit „handelt es sich überwiegend um eine Frage Londons und der proletarischen Unterschicht, *welche politisch wenig in das Gewicht fällt*“ ...* Man hätte eigentlich sagen sollen: welche für die bürgerlichen Politikaster und die „sozialistischen“ Opportunisten wenig ins Gewicht fällt.

Zu den mit dem geschilderten Erscheinungskomplex verknüpften Besonderheiten des Imperialismus gehört die abnehmende Auswanderung aus den imperialistischen Ländern und die zunehmende Einwanderung (Zustrom von Arbeitern und Übersiedlung) in diese Länder aus rückständigeren Staaten mit niedrigeren Arbeitslöhnen. Die Auswanderung aus England sinkt, wie Hobson feststellt, seit 1884: sie betrug in jenem Jahre 242000 und 169000 im Jahre 1900. Die Auswanderung aus Deutschland erreichte ihren Höhepunkt im Jahrzehnt 1881 bis 1890, nämlich 1453000, und sank in den zwei folgenden Jahrzehnten auf 544000 bzw. 341000. Dafür stieg die Zahl der Arbeiter, die aus Österreich, Italien, Rußland usw. nach Deutschland kamen. Nach der Volkszählung vom Jahre 1907 gab es in Deutschland 1342294 Ausländer, davon 440800 Industriearbeiter und 257329 Landarbeiter**. In Frankreich sind die Arbeiter im Bergbau „zum großen Teil“ Ausländer: Polen, Italiener, Spanier***. In den Vereinigten Staaten nehmen die Einwanderer aus Ost- und Südeuropa die am schlechtesten bezahlten Stellen ein, während die amerikanischen Arbeiter den größten Prozentsatz der Aufseher und der bestbezahlten Arbeiter stellen****. Der Imperialismus hat die Tendenz, auch unter den Arbeitern privilegierte Kategorien auszusondern und sie von der Masse des Proletariats abzuspalten.

Es muß bemerkt werden, daß in England die Tendenz des Imperialismus, die Arbeiter zu spalten, den Opportunismus unter ihnen zu stärken und eine zeitweilige Fäulnis der Arbeiterbewegung hervorzurufen, viel früher zum Vorschein kam als Ende des 19. und Anfang

* Schulze-Gaevernitz, „Britischer Imperialismus“, S. 246, 301, 317, 323, 324, 361.

** „Statistik des Deutschen Reiches“, Bd. 211.

*** Henger, „Die Kapitalanlage der Franzosen“, Stuttgart 1913, S. 75.

**** Hourwich, „Immigration and Labour“ („Einwanderung und Arbeit“. Der Übers.), New York 1913.

des 20. Jahrhunderts. Denn zwei der wichtigsten Merkmale des Imperialismus — großer Kolonialbesitz und Monopolstellung auf dem Weltmarkt — traten in England schon seit Mitte des 19. Jahrhunderts hervor. Marx und Engels verfolgten jahrzehntelang systematisch diesen Zusammenhang des Opportunismus in der Arbeiterbewegung mit den imperialistischen Besonderheiten des englischen Kapitalismus. Engels schrieb z. B. am 7. Oktober 1858 an Marx, „... daß das englische Proletariat faktisch mehr und mehr verbürgert, so daß diese bürgerlichste aller Nationen es schließlich dahin bringen zu wollen scheint, eine bürgerliche Aristokratie und ein bürgerliches Proletariat *neben* der Bourgeoisie zu besitzen. Bei einer Nation, die die ganze Welt exploitiert, ist das allerdings gewissermaßen gerechtfertigt.“ Beinahe ein Vierteljahrhundert später, in seinem Brief vom 11. August 1881, spricht er von „jenen schlimmsten englischen Trade-Unions, die sich von an die Bourgeoisie verkauften oder zum mindesten von ihr bezahlten Leuten führen lassen“, und in einem Brief an Kautsky vom 12. September 1882 schreibt Engels: „Sie fragen mich, was die englischen Arbeiter von der Kolonialpolitik denken? Nun, genau dasselbe, was sie von der Politik überhaupt denken. Es gibt hier ja keine Arbeiterpartei, es gibt nur Konservative und Liberal-Radikale, und die Arbeiter zehren flott mit von dem Weltmarkts- und Kolonialmonopol Englands.“* (Dasselbe sagt Engels auch im Vorwort zur zweiten Auflage der „Lage der arbeitenden Klassen in England“, 1892.)

Hier sind Ursachen und Folgen deutlich aufgezeigt. Ursachen: 1. Ausbeutung der ganzen Welt durch das betreffende Land; 2. seine Monopolstellung auf dem Weltmarkt; 3. sein Kolonialmonopol. Folgen: 1. Verbürgerlichung eines Teils des englischen Proletariats; 2. ein Teil des Proletariats läßt sich von Leuten führen, die von der Bourgeoisie gekauft sind oder wenigstens bezahlt werden. Der Imperialismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts hat die Aufteilung der Welt unter wenige Staaten vollendet, von denen jeder einzelne gegenwärtig einen nicht viel kleineren Teil der „ganzen Welt“ ausbeutet (im Sinne der Gewinnung von Extraprofit) als England im Jahre 1858; jeder nimmt eine Monopolstellung auf dem Weltmarkt ein dank den Trusten, den Kartellen, dem Finanzkapital und dem Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner; jeder besitzt bis zu einem gewissen Grade ein Kolonial-

* Briefwechsel von Marx und Engels, Bd. II, S. 290; IV, S. 453 (s. Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere“, Moskau-Leningrad 1933, S. 269. Der Übers.); Karl Kautsky, „Sozialismus und Kolonialpolitik“, Berlin 1907, S. 79; diese Broschüre schrieb Kautsky in jenen unendlich fernen Zeiten, als er noch Marxist war.

monopol (wir sahen, daß von den 75 Millionen Quadratkilometer *aller* Kolonien der Welt 65 Millionen, d. h. 86 Prozent, in den Händen von 6 Großmächten konzentriert sind; 61 Millionen, d. h. 81 Prozent, sind in den Händen von 3 Mächten konzentriert).

Das Merkmal der heutigen Lage besteht in ökonomischen und politischen Bedingungen, die zwangsläufig die Unversöhnlichkeit des Opportunismus mit den allgemeinen und grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung verstärken mußten: der Imperialismus hat sich aus Ansätzen zum herrschenden System entwickelt; die kapitalistischen Monopole haben in der Volkswirtschaft und in der Politik den ersten Platz eingenommen; die Aufteilung der Welt ist vollendet; und anderseits sehen wir an Stelle des unbestrittenen englischen Monopols den Kampf einer kleinen Anzahl imperialistischer Mächte um die Beteiligung am Monopol, einen Kampf, der den ganzen Beginn des 20. Jahrhunderts kennzeichnet. Der Opportunismus kann jetzt nicht mehr in der Arbeiterbewegung irgendeines Landes auf eine lange Reihe von Jahrzehnten hinaus völlig Sieger bleiben, so wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in England gesiegt hatte; in einer Reihe von Ländern ist der Opportunismus vielmehr reif, überreif und faul geworden, nachdem er sich als Sozialchauvinismus mit der bürgerlichen Politik restlos verschmolzen hat*.

IX. KRITIK DES IMPERIALISMUS

Die Kritik des Imperialismus fassen wir im weiten Sinne des Wortes als die Stellung auf, die die verschiedenen Gesellschaftsklassen in Verbindung mit ihrer allgemeinen Ideologie zur Politik des Imperialismus einnehmen.

Auf der einen Seite die gigantischen Dimensionen des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals, das sich ein außergewöhnlich weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen schafft, durch das es sich nicht nur die mittleren und die kleinen, sondern selbst die kleinsten Kapitalisten und Besitzer unterwirft; auf der andern Seite der verschärfte Kampf mit den anderen nationalstaatlichen Finanzgruppen um die Verteilung der Welt und um die Herrschaft über andere Länder — all das führt zum allgemeinen

* Der russische Sozialchauvinismus der Herren Potressow, Tschchenkeli, Maslow usw. sowohl in seiner offenen Gestalt wie in der verkappten (der Herren Tschcheidse, Skobelew, Axelrod, Martow usw.) ist ebenfalls aus der russischen Abart des Opportunismus, nämlich dem Liquidatorentum, hervorgewachsen.

Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus. „Allgemeine“ Begeisterung für seine Perspektiven, wütende Verteidigung des Imperialismus, seine Beschönigung in jeder nur möglichen Weise — das ist das Zeichen der Zeit. Die imperialistische Ideologie dringt auch in die Arbeiterklasse ein. Diese ist nicht durch eine chinesische Mauer von den anderen Klassen getrennt. Wenn die Führer der heutigen sogenannten „sozialdemokratischen“ Partei Deutschlands mit Recht „Sozialimperialisten“ genannt werden, d. h. Sozialisten in Worten und Imperialisten in der Tat, so hat Hobson in England bereits 1902 das Vorhandensein von „Fabian-Imperialisten“ festgestellt, die der opportunistischen „Fabian-Society“ angehören.

Bürgerliche Gelehrte und Publizisten treten als Verfechter des Imperialismus gewöhnlich in etwas verhüllter Form auf, indem sie die völlige Herrschaft des Imperialismus und seine tiefen Wurzeln vertuschen, dafür aber Einzelheiten und nebensächliche Details in den Vordergrund stellen, um die Aufmerksamkeit vom Wesentlichen abzulenken durch ganz unernste „Reformprojekte“ von der Art einer Polizeiaufsicht über die Truste oder Banken u. a. m. Seltener treten zynische, offene Imperialisten auf, die den Mut haben auszusprechen, wie unsinnig es ist, die Grundeigenschaften des Imperialismus reformieren zu wollen.

Wir wollen ein Beispiel anführen. Im „Weltwirtschaftlichen Archiv“ befeißigen sich die deutschen Imperialisten, die nationalen Freiheitsbewegungen in den Kolonien, besonders natürlich in den nichtdeutschen, zu verfolgen. Sie registrieren eine Gärung und Proteste in Indien, eine Bewegung in Natal (Südafrika), in Niederländisch-Indien usw. In einer Notiz über den englischen Bericht, der sich mit der vom 28. bis 30. Juni 1910 in London abgehaltenen Konferenz unterdrückter Nationen und Rassen beschäftigt, an der Vertreter verschiedener unter Fremdherrschaft stehender Völker Asiens, Afrikas und Europas teilnahmen, schreibt einer dieser Imperialisten bei der Einschätzung der auf der Konferenz gehaltenen Reden: „Der Imperialismus, so heißt es, soll bekämpft werden; die herrschenden Staaten sollen das Recht der unterworfenen Völker auf Selbstregierung anerkennen, und ein internationaler Gerichtshof soll die Handhabung der zwischen den Großmächten und den schwächeren Völkern geschlossenen Verträge überwachen. Über diese frommen Wünsche kommt man nicht hinaus. Von der Einsicht, daß der Imperialismus mit dem Kapitalismus in seiner heutigen Gestalt unzertrennlich verbunden ist, bemerken wir keine Spur und darum (!!) ebensowenig von der Einsicht, daß eine direkte Bekämpfung des Imperialismus aussichtslos ist, es sei denn,

daß man sich darauf beschränkt, gegen einige besonders häßliche Exzesse aufzutreten.“* Weil eine Verbesserung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen ein Betrug, ein „frommer Wunsch“ ist, weil die bürgerlichen Vertreter der unterdrückten Nationen „darüber nicht hinaus“kommen, darum geht der bürgerliche Vertreter der unterdrückenden Nation zwar „darüber hinaus“, aber nach rückwärts, zur Liebedienerei vor dem Imperialismus, die mit Ansprüchen auf „Wissenschaftlichkeit“ verhüllt wird. Auch eine „Logik“!

Die Fragen, ob eine Änderung der Grundlagen des Imperialismus durch Reformen möglich sei, ob man vorwärts, zur weiteren Zuspitzung und Vertiefung der durch ihn erzeugten Widersprüche, oder rückwärts, zu deren Abstumpfung gehen solle, das sind Kernfragen der Kritik des Imperialismus. Da zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus die Reaktion auf der ganzen Linie sowie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie und mit der Beseitigung der freien Konkurrenz gehören, so tritt mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts in fast allen imperialistischen Ländern eine kleinbürgerlich-demokratische Opposition gegen den Imperialismus auf. Und der Bruch Kautskys und der weitverbreiteten internationalen Strömung des Kautskyanertums mit dem Marxismus besteht gerade darin, daß Kautsky es nicht nur unterlassen und nicht verstanden hat, dieser kleinbürgerlichen, reformistischen, ökonomisch von Grund aus reaktionären Opposition entgegenzutreten, sondern, im Gegenteil, sich praktisch mit ihr vereinigt hat.

In den Vereinigten Staaten hat der imperialistische Krieg gegen Spanien im Jahre 1898 die Opposition der „Anti-Imperialisten“ hervorgerufen; diese letzten Mohikaner der bürgerlichen Demokratie, die diesen Krieg ein „Verbrechen“ nannten, hielten die Annexion fremder Länder für einen Verfassungsbruch, erklärten die Behandlung des Eingeborenenführers auf den Philippinen, Aguinaldo, für einen „chauvinistischen Betrug“ (man hatte ihm erst die Freiheit seines Landes versprochen, dann aber amerikanische Truppen landen lassen und die Philippinen annektiert) und zitierten Lincolns Ausspruch: „Wenn der Weiße sich selbst regiert, so ist das Selbstverwaltung; wenn er aber sich selbst und zugleich noch andere regiert, so ist das nicht mehr Selbstverwaltung, es ist Despotie.“** Aber solange diese ganze Kritik davor zurückscheute, die unzertrennliche Verbindung des Imperialismus mit den Trusten und folglich auch mit den Grundlagen des Kapi-

* „Weltwirtschaftliches Archiv“, Bd. II, S. 194 u. 195.

** J. Patouillet, „L'impérialisme américain“ („Der amerikanische Imperialismus“, *Der Übers.*), Dijon 1904, S. 272.

talismus zuzugeben, solange sie Angst hatte, sich den Kräften, die durch den Großkapitalismus und seine Entwicklung erzeugt werden, anzuschließen, solange blieb diese Kritik ein „frommer Wunsch“.

Von derselben Art ist die Grundeinstellung Hobsons in seiner Kritik des Imperialismus. Hobson nahm Kautsky vorweg, indem er sich gegen die „Unvermeidlichkeit des Imperialismus“ wandte und sich auf die Notwendigkeit berief, „die Konsumtionsfähigkeit der Bevölkerung zu heben“ (unter dem Kapitalismus!). Auf dem kleinbürgerlichen Standpunkt in der Kritik des Imperialismus, der Allmacht der Banken, der Finanzoligarchie usw. stehen auch die von uns mehrfach zitierten Agahd, A. Lansburgh, L. Eschwege und von den französischen Autoren Victor Berard, der Verfasser eines oberflächlichen Buches: „England und der Imperialismus“, das 1900 erschienen ist. Sie alle, die durchaus nicht den Anspruch erheben, Marxisten zu sein, stellen dem Imperialismus die freie Konkurrenz und die Demokratie entgegen, verurteilen das Abenteuer der Bagdadbahn, das zu Konflikten und zum Krieg führe, äußern „fromme Wünsche“ nach Frieden usw. — bis hinauf zu dem Statistiker der internationalen Emissionen, A. Neymarck, der 1912, die Hunderte von Milliarden Frank „internationaler“ Werte aufzählend, ausrief: „Ist es denkbar, daß der Frieden gebrochen werden könnte? ... daß man bei diesen ungeheuren Zahlen riskieren würde, einen Krieg zu beginnen?“*

Bei bürgerlichen Ökonomen ist eine derartige Naïvität nicht verwunderlich; für sie ist es überdies auch *vorteilhaft*, so naiv zu tun und „im Ernst“ von einem Frieden unter dem Imperialismus zu reden. Was ist aber bei Kautsky vom Marxismus übriggeblieben, wenn er sich in den Jahren 1914, 1915, 1916 auf denselben bürgerlich-reformistischen Standpunkt stellt und behauptet, „alle“ (Imperialisten, angebliche Sozialisten und Sozialpazifisten) seien in der Frage des Friedens „einig“? Statt einer Analyse und Aufdeckung der tiefen Widersprüche des Imperialismus sehen wir nichts als den reformistischen „frommen Wunsch“, sie mit einer Handbewegung abzutun, sich mit Worten über sie hinwegzusetzen.

Hier ein Muster von Kautskys ökonomischer Kritik des Imperialismus. Er nimmt die Daten über Englands Ein- und Ausfuhrhandel mit Ägypten für die Jahre 1872 und 1912; es stellt sich heraus, daß diese Ein- und Ausfuhr langsamer wuchs als die gesamte Ein- und Ausfuhr Englands. Und Kautsky folgert daraus: „Wir haben keine

* „Bulletin de l'Institut International de Statistique“, t. XIX, livre II („Bulletin des Internationalen Instituts für Statistik“, Bd. XIX, 2. Folge. *Der Übers.*), S. 225.

Ursache, anzunehmen, daß er (der Handel Englands mit Ägypten) ohne die militärische Besetzung Ägyptens durch das bloße Gewicht der ökonomischen Faktoren weniger gewachsen wäre ... Diese Ausdehnungsbestrebungen (des Kapitals) ... werden am besten nicht durch die gewalttätigen Methoden des Imperialismus, sondern durch die friedliche Demokratie gefördert ...“*

Diese Betrachtungen Kautskys, die ihm sein russischer Schildknappe (und russischer Beschützer der Sozialchauvinisten), Herr Spektator, in hundertfältigen Variationen nachplappert, bilden die Grundlage der Kautskyschen Kritik des Imperialismus, und auf sie müssen wir darum ausführlicher eingehen. Wir beginnen mit einem Zitat aus Hilferding, dessen Schlußfolgerungen Kautsky mehrfach, auch im April 1915, für „allgemein von allen sozialistischen Theoretikern anerkannt“ erklärte.

„Es ist nicht Sache des Proletariats“, schreibt Hilferding, „der fortgeschritteneren kapitalistischen Politik gegenüber die überwundene der Freihandelsära und der Staatsfeindschaft entgegensetzen. Die Antwort des Proletariats auf die Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals, den Imperialismus, kann nicht der Freihandel, kann nur der Sozialismus sein. Nicht das reaktionär gewordene Ideal der Wiederherstellung der freien Konkurrenz, sondern völlige Aufhebung der Konkurrenz durch Überwindung des Kapitalismus kann jetzt allein das Ziel proletarischer Politik sein.“**

Kautsky hat mit dem Marxismus gebrochen, da er für das Zeitalter des Finanzkapitals ein „reaktionär gewordenes Ideal“, die „friedliche Demokratie“, das „bloße Gewicht der ökonomischen Faktoren“ predigte — denn *objektiv* drängt uns dieses Ideal zurück, vom monopolistischen zum nichtmonopolistischen Kapitalismus, ist es ein reformistischer Betrug.

Der Handel mit Ägypten (oder mit einer anderen Kolonie oder Halbkolonie) „wäre“ stärker gewachsen *ohne* militärische Besetzung, ohne Imperialismus, ohne Finanzkapital. Was bedeutet das? Daß der Kapitalismus sich rascher entwickelt hätte, wenn die freie Konkurrenz nicht eingeschränkt gewesen wäre, weder durch Monopole überhaupt noch durch „Beziehungen“ oder den Druck (d. h. wiederum durch das Monopol) des Finanzkapitals, noch durch die monopolistische Beherrschung von Kolonien durch einzelne Länder?

Einem anderen Sinn können Kautskys Betrachtungen nicht haben,

* Karl Kautsky, „Nationalstaat, imperialistischer Staat und Staatenbund“, Nürnberg 1915, S. 72, 70.

** Rudolf Hilferding, „Das Finanzkapital“, S. 504.

und dieser „Sinn“ ist ein Unsinn. Angenommen, Kautskys Behauptung *stimmt*, daß bei freier Konkurrenz, ohne irgendwelche Monopole, sich Kapitalismus und Handel schneller entwickeln *würden*. Aber je schneller die Entwicklung des Handels und des Kapitalismus vor sich geht, um so stärker ist doch die Konzentration der Produktion und des Kapitals, die das Monopol *erzeugt*. Und die Monopole sind ja *schon* da, gerade *aus* der freien Konkurrenz entstanden! Selbst wenn die Monopole jetzt die Entwicklung zu verlangsamten begonnen haben, so ist das dennoch kein Argument zugunsten der freien Konkurrenz, die unmöglich geworden ist, nachdem sie die Monopole erzeugt hat.

Wie immer man Kautskys Betrachtungen dreht und wendet, es kommt doch nichts anderes heraus als eine reaktionäre Einstellung und bürgerlicher Reformismus.

Wollte man diese Betrachtungen verbessern und sagen, wie es Spektator tut: der Handel der englischen Kolonien mit England entwickelt sich jetzt langsamer als der Handel mit anderen Ländern — so würde dies ebenfalls Kautsky nicht retten. Denn England unterliegt *ebenfalls* dem Monopol, *ebenfalls* dem Imperialismus, nur dem eines anderen Landes (Amerikas, Deutschlands). Bekanntlich haben die Kartelle zu Schutzzöllen neuer, origineller Art geführt: es werden gerade diejenigen Produkte geschützt (das hat bereits Engels im Band III des „Kapital“¹⁸⁸ vermerkt), die exportfähig sind. Bekannt ist ferner das den Kartellen und dem Finanzkapital eigene System der Ausfuhr zu Schleuderpreisen, des „Dumping“, wie die Engländer sagen: im Inland verkauft das Kartell seine Erzeugnisse zu monopolistischen Höchstpreisen, im Ausland aber setzt es sie zu Schleuderpreisen ab, um die Konkurrenz zu untergraben und die eigene Produktion aufs höchste zu steigern usw. Wenn Deutschlands Handel mit den englischen Kolonien sich schneller entwickelt als der Englands, so beweist das lediglich, daß der deutsche Imperialismus frischer, kräftiger, organisierter ist und höher steht als der englische, es beweist aber keineswegs die „Überlegenheit“ des freien Handels, denn hier kämpft nicht Freihandel gegen Schutzzollsystem und Kolonialabhängigkeit, sondern Imperialismus gegen Imperialismus, Monopol gegen Monopol, Finanzkapital gegen Finanzkapital. Die Überlegenheit des deutschen Imperialismus über den englischen ist stärker als die Mauer der Kolonialgrenzen oder der Schutzzölle: daraus ein „Argument“ für Freihandel und „friedliche Demokratie“ zu konstruieren, ist eine Platttheit, heißt die Grundzüge und -eigenschaften des Imperialismus vergessen, heißt an Stelle des Marxismus spießbürgerlichen Reformismus setzen.

Interessant ist, daß sogar der bürgerliche Ökonom A. Lansburgh, der den Imperialismus genau so spießbürgerlich kritisiert wie Kautsky, die Handelstatistik immerhin mit mehr Wissenschaftlichkeit bearbeitet. Er vergleicht nicht ein einzelnes, zufällig herausgegriffenes Land und nicht nur eine Kolonie mit den anderen Ländern, sondern er vergleicht den Export eines imperialistischen Landes 1. nach Ländern, die von ihm finanziell abhängig sind, von ihm Geld leihen, und 2. nach Ländern, die finanziell unabhängig sind. Er kam zu folgendem Ergebnis:

AUSFUHR AUS DEUTSCHLAND

(in Millionen Mark)

	1889	1908	Steigerung in Prozenten	
Nach den von Deutschland fi- nanziell abhän- gigen Ländern:	Rumänien	48,2	70,8	+ 47
	Portugal	19,0	32,8	+ 73
	Argentinien	60,7	147,0	+ 143
	Brasilien	48,7	84,5	+ 73
	Chile	28,3	52,4	+ 85
	Türkei	29,9	64,0	+ 114
<i>Summa</i>	<i>234,8</i>	<i>451,5</i>	<i>+ 92</i>	
Nach den von Deutschland un- abhängigen Län- dern:	Großbritannien	651,8	997,4	+ 53
	Frankreich	210,2	437,9	+ 108
	Belgien	137,2	322,8	+ 135
	Schweiz	177,4	401,1	+ 127
	Australien	21,2	64,5	+ 205
	Niederländisch-Indien . .	8,8	40,7	+ 363
<i>Summa</i>	<i>1206,6</i>	<i>2264,4</i>	<i>+ 87</i>	

Lansburgh hat nicht *addiert* und deshalb seltsamerweise nicht bemerkt, daß die Zahlen, *wenn* sie überhaupt etwas beweisen, nur *gegen* ihn sprechen, denn der Export nach den finanziell abhängigen Ländern wuchs, wenn auch nur um wenig, *dennoch schneller* als der nach den finanziell unabhängigen Ländern (wir betonen „wenn“, denn Lansburghs Statistik ist keineswegs vollständig).

Dem Zusammenhang zwischen Export und Anleihen nachgehend, schreibt Lansburgh:

„In den Jahren 1890—1891 wurde eine rumänische Anleihe von deutschen Banken übernommen, die bereits in den vorhergehenden Jahren Vorschüsse darauf gegeben hatten. Die Anleihe diente in der Hauptsache der Beschaffung von Eisenbahnmaterial, das aus Deutschland bezogen wurde. Im Jahre 1891 betrug die deutsche Ausfuhr nach Rumänien 55 Mill. M. Im nächsten Jahre sank sie auf

39,4 Mill., um mit Unterbrechungen bis auf 25,4 Mill. (1900) zurückzugehen. Erst in den allerletzten Jahren ist der Stand von 1891 wieder erreicht worden — dank ein paar neuen Anleihen.

Die deutsche Ausfuhr nach Portugal stieg infolge der Anleihen von 1888 bis 1889 bis auf 21,1 Mill. *M* (1890), fiel dann in den beiden folgenden Jahren auf 16,2 und 7,4 Mill. *M* und erreichte ihren alten Stand erst wieder im Jahre 1903.

Noch anschaulicher gestalteten sich die Dinge im deutsch-argentinischen Verkehr. Infolge der Anleihen von 1888 und 1890 bezifferte sich die deutsche Ausfuhr nach Argentinien im Jahre 1889 auf 60,7 Mill. *M*. Zwei Jahre später betrug die Ausfuhr nur noch 18,6 Mill. *M*, also nicht den dritten Teil. Erst 1901 wurde der Höhepunkt von 1889 erstmalig überschritten, was mit der Übernahme neuer Staats- und Stadtanleihen, der Geldhingabe zur Errichtung von Elektrizitätswerken und sonstigen Kreditwährungen zusammenhing.

Die Ausfuhr nach Chile stieg infolge der Anleihe von 1889 auf 45,2 Mill. *M* (1892) und fiel im zweiten Jahre auf 22,5 Mill. *M*. Nach Übernahme einer neuen Anleihe seitens deutscher Banken im Jahre 1906 stieg die Ausfuhr auf 84,7 Mill. *M* (1907), um bereits 1908 wieder auf 52,4 Mill. *M* zu fallen.“*

Lansburgh leitet aus diesen Tatsachen die ergötzliche Spießermoral ab, wie unsicher und ungleichmäßig die an Anleihen geknüpfte Ausfuhr sei, wie übel es sei, Kapitalien nach dem Auslande zu exportieren, anstatt die einheimische Industrie „natürlich“ und „harmonisch“ zu entwickeln, wie „teuer“ Krupp die Millionen Schmiergelder bei Auslandsanleihen zu stehen kommen u. a. m. Aber die Tatsachen besagen deutlich: die Steigerung des Exports ist *gerade* an die Schwindelmanöver des Finanzkapitals geknüpft, das sich nicht um die bürgerliche Moral schert und dem Ochsen das Fell zweimal über die Ohren zieht: einmal durch die Profite der Anleihe und dann durch die Profite *derselben* Anleihe, wenn sie zum Kauf der Kruppschen Fabrikate oder der Eisenbahnmaterialien des Stahlsyndikats usw. verwendet wird.

Wir wiederholen: wir halten Lansburghs Statistik keineswegs für vollkommen, aber sie mußte angeführt werden, denn sie ist wissenschaftlicher als die Kautskys und Spektators, da Lansburgh an die Frage richtig herantritt. Um über die Bedeutung des Finanzkapitals für die Ausfuhr usw. ein Urteil abzugeben, muß man verstehen, den Zusammenhang der Ausfuhr speziell und lediglich mit den Manövern der Finanziere, speziell und lediglich mit dem Absatz von Kartell-

* „Die Bank“, 1909, II, S. 819 ff.

produkten usw. herauszuarbeiten. Aber einfach Kolonien überhaupt mit Nichtkolonien, einen Imperialismus mit dem andern, eine Halbkolonie oder Kolonie (Ägypten) mit allen übrigen Ländern vergleichen, heißt gerade das *Wesen* der Dinge vertuschen und umgehen.

Die theoretische Kritik des Imperialismus bei Kautsky hat darum auch mit dem Marxismus nichts gemein, taugt lediglich als Ausgangspunkt für die Propaganda des Friedens und der Einheit mit Opportunisten und Sozialchauvinisten, weil diese Kritik gerade die tiefsten und fundamentalsten Widersprüche des Imperialismus umgeht und vertuscht: den Widerspruch zwischen den Monopolen und der neben ihnen existierenden freien Konkurrenz, zwischen den riesenhaften „Transaktionen“ (und riesenhaften Profiten) des Finanzkapitals und dem „ehrlichen“ Handel auf freiem Markte, zwischen den Kartellen und Trusten einerseits und der nichtkartellierten Industrie andererseits u. a. m.

Ebenso reaktionär ist auch, wie wir bereits gesehen haben, die von Kautsky erfundene famose Theorie des „Ultra-Imperialismus“. Man vergleiche nur seine Betrachtung über dieses Thema 1915 mit der Hobsons aus dem Jahre 1902.

Kautsky: „... ob es nicht möglich sei, daß die jetzige imperialistische Politik durch eine neue, ultraimperialistische verdrängt werde, die an Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital setzte. Eine solche neue Phase des Kapitalismus ist jedenfalls denkbar. Ob auch realisierbar, das zu entscheiden fehlen noch die genügenden Voraussetzungen.“*

Hobson: „Das Christentum, das in wenigen mächtigen Imperien festen Fuß gefaßt hat, von denen jedes eine Reihe von unzivilisierten Kolonien und abhängigen Ländern beherrscht, erscheint vielen als höchst gesetzmäßige Entwicklung der Tendenzen der Gegenwart, wobei diese Entwicklung am ehesten zur Hoffnung auf einen dauernden Frieden auf der festen Grundlage des Inter-Imperialismus berechtigt.“

Kautsky hat also Ultra-Imperialismus oder Über-Imperialismus das genannt, was Hobson 13 Jahre früher Inter-Imperialismus oder Zwischen-Imperialismus nannte. Außer der Erfindung eines neuen sehr gelehrten Wörtchens durch Ersetzung einer lateinischen Vorsilbe durch eine andere besteht der Fortschritt des „wissenschaftlichen“ Denkens bei Kautsky nur in der Anmaßung, etwas als Marxismus

* „Die Neue Zeit“, 30. April 1915, S. 144.

auszugeben, was Hobson dem Wesen nach als Heuchelei englischer Pfaffen darstellt. Nach dem Burenkrieg war es für diesen ehrenwerten Stand ganz natürlich, seine Bemühungen hauptsächlich auf das *Vertrösten* der englischen Kleinbürger und Arbeiter zu richten, von denen nicht wenige in den südafrikanischen Schlachten gefallen waren und die mit erhöhten Steuern die Sicherung der erhöhten Profite der englischen Finanzleute bezahlen mußten. Und welcher Trost hätte besser sein können als der, daß der Imperialismus nicht so schlimm sei, daß er sich dem Inter- (oder Ultra-) Imperialismus nähere, der dauernden Frieden zu gewährleisten imstande sei? Was immer auch die wohlwollenden Absichten der englischen Pfaffen oder des süßlichen Kautsky sein mögen, der objektive, d. h. wirkliche soziale Sinn seiner „Theorie“ ist einzig und allein der: ein höchst reaktionäres Vertrösten der Massen mit der Hoffnung auf die Möglichkeit eines dauernden Friedens im Kapitalismus, indem man die Aufmerksamkeit von den akuten Widersprüchen und Problemen der Gegenwart ablenkt auf die verlogenen Perspektiven irgendeines angeblich neuen künftigen „Ultra-Imperialismus“. Betrug an den Massen und sonst absolut nichts steckt in der „marxistischen“ Theorie Kautskys.

In der Tat, es genügt, allgemein bekannte, unbestreitbare Tatsachen einander gegenüberzustellen, um sich davon zu überzeugen, wie verlogen die Perspektiven sind, die Kautsky den deutschen Arbeitern (und den Arbeitern aller Länder) beizubringen sucht. Man nehme Indien, Indochina und China. Bekanntlich werden diese drei kolonialen und halbkolonialen Länder mit einer Bevölkerung von 600—700 Millionen Menschen vom Finanzkapital einiger imperialistischer Mächte — England, Frankreich, Japan, Vereinigte Staaten usw. — ausgebeutet. Angenommen, diese imperialistischen Staaten schlossen Bündnisse, die einen gegen die anderen, um ihren Besitz, ihre Interessen und „Einflußsphären“ in den genannten Ländern Asiens zu behaupten oder zu erweitern. Das wären „interimperialistische“ oder „ultraimperialistische“ Bündnisse. Angenommen, *sämliche* imperialistischen Mächte schlossen ein Bündnis zur „friedlichen“ Aufteilung der genannten asiatischen Länder, so wäre das ein „international verbündetes Finanzkapital“. Es gibt in der Geschichte des 20. Jahrhunderts faktische Beispiele eines derartigen Bündnisses, z. B. im Verhalten der Mächte zu China. Es fragt sich nun, ist die Annahme „denkbar“, daß beim Fortbestehen des Kapitalismus (und diese Bedingung setzt Kautsky gerade voraus) solche Bündnisse nicht kurzlebig wären, daß sie Reibungen, Konflikte und Kampf in allen möglichen Formen ausschließen würden?

Es genügt, diese Frage klar zu stellen, um sie nicht anders als mit Nein zu beantworten. Denn unter dem Kapitalismus ist eine andere Grundlage für die Verteilung der Interessen- und Einflußsphären, der Kolonien usw. als die *Stärke* der Beteiligten, ihre allgemein-wirtschaftliche, finanzielle, militärische und sonstige Stärke, *nicht* denkbar. Die Stärke aber der Beteiligten ändert sich ungleichmäßig, denn eine *gleichmäßige* Entwicklung der einzelnen Unternehmungen, Truste, Industriezweige und Länder kann es unter dem Kapitalismus nicht geben. Vor einem halben Jahrhundert war Deutschland, wenn man seine kapitalistische Macht mit der des damaligen England vergleicht, eine klägliche Null; ebenso Japan im Vergleich zu Rußland. Ist die Annahme „denkbar“, daß das Kräfteverhältnis unter den imperialistischen Mächten nach zehn, zwanzig Jahren unverändert geblieben sein wird? Absolut undenkbar.

„Interimperialistische“ oder „ultraimperialistische“ Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit, und nicht in der banalen Spießphantasie englischer Pfaffen oder des deutschen „Marxisten“ Kautsky, *notwendigerweise* nur „Atempausen“ zwischen Kriegen — gleichviel in welcher Form diese Bündnisse auch geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition, oder in Form eines allgemeinen Bündnisses *aller* imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und unfriedlichen Kampfes auf *ein* und *demselben* Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik. Der neunmalweise Kautsky aber *trennt*, um die Arbeiter zu beruhigen und sie mit den zur Bourgeoisie übergegangenen Sozialchauvinisten auszusöhnen, ein Kettenglied der einheitlichen Kette von dem anderen, trennt das heutige friedliche (und ultraimperialistische, ja sogar ultra-ultraimperialistische) Bündnis *aller* Mächte zur „Befriedung“ Chinas (man denke an die Niederwerfung des Boxeraufstandes) von dem morgigen unfriedlichen Konflikt, der übermorgen wiederum ein „friedliches“ allgemeines Bündnis zur Aufteilung, sagen wir, der Türkei vorbereitet, usw. usw. Statt des lebendigen Zusammenhanges zwischen den Perioden des imperialistischen Friedens und den Perioden imperialistischer Kriege präsentiert Kautsky den Arbeitern eine tote Abstraktion, um sie mit ihren toten Führern auszusöhnen.

Der Amerikaner Hill unterscheidet in dem Vorwort zu seiner „Geschichte der Diplomatie in der internationalen Entwicklung Europas“ folgende Perioden der neueren Geschichte der Diplomatie:

1. Ära der Revolution; 2. der konstitutionellen Bewegung; 3. Ära des „Handelsimperialismus“ unserer Tage*.

Ein anderer Autor teilt die Geschichte der „Weltpolitik“ Großbritanniens seit 1870 in vier Perioden, und zwar:

1. die erste asiatische Periode (Kampf gegen Rußlands Vordringen in Zentralasien in Richtung nach Indien);

2. die afrikanische Periode (ungefähr 1885—1902) — Kampf gegen Frankreich wegen der Aufteilung Afrikas (Faschoda-Konflikt 1898 — um Haaresbreite Krieg mit Frankreich);

3. die zweite asiatische Periode (Vertrag mit Japan gegen Rußland) und

4. die „europäische“ Periode — hauptsächlich gegen Deutschland gerichtet.**

„Die politischen Vorpostengefechte werden auf finanziellem Boden geschlagen“, schrieb schon 1905 der Bankmann Rießer und wies darauf hin, wie das französische Finanzkapital durch Operationen in Italien das politische Bündnis dieser beiden Länder vorbereitete, wie sich der Kampf zwischen England und Deutschland um Persien und der Kampf aller europäischen Kapitale um die chinesischen Anleihen usw. entfaltete. Das ist die lebendige Wirklichkeit der „ultraimperialistischen“ friedlichen Bündnisse in ihrem untrennbaren Zusammenhang mit den gewöhnlichen imperialistischen Konflikten.

Kautskys Vertuschung der tiefsten Widersprüche des Imperialismus, ein Verfahren, das sich unvermeidlich in eine Beschönigung des Imperialismus verwandelt, hinterläßt ihre Spuren auch in seiner Kritik der politischen Eigenschaften des Imperialismus. Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft, aber nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welcher politischen Ordnung, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiete — das ist das Resultat dieser Tendenzen. Insbesondere wird auch die nationale Unterdrückung und der Drang nach Annexionen, d. h. nach Verletzung der nationalen Unabhängigkeit (denn Annexion ist ja nichts anderes als Verletzung der Selbstbestimmung der Nationen), verschärft. Mit Recht hebt Hilferding den Zusammenhang des Imperialismus mit der Verschärfung der nationalen Unterdrückung hervor: „In den neu erschlossenen Ländern selbst aber“, schreibt er, „steigert der impor-

* David Jayne Hill, „A History of the Diplomacy in the international development of Europe“, vol. I, p. X („Geschichte der Diplomatie in der internationalen Entwicklung Europas“, Bd. I, S. X. *Der Übers.*).

** Schilder, a. a. O., Bd. I, S. 178.

tierte Kapitalismus die Gegensätze und erregt den immer wachsenden Widerstand der zu nationalem Bewußtsein erwachenden Völker gegen die Eindringlinge, der sich leicht zu gefährlichen Maßnahmen gegen das Fremdkapital steigern kann. Die alten sozialen Verhältnisse werden völlig revolutioniert, die agrarische, tausendjährige Gebundenheit der ‚geschichtslosen Nationen‘ gesprengt, diese selbst in den kapitalistischen Strudel hineingezogen. Der Kapitalismus selbst gibt den Unterworfenen allmählich die Mittel und Wege zu ihrer Befreiung. Das Ziel, das einst das höchste der europäischen Nationen war, die Herstellung des nationalen Einheitsstaates als Mittel der ökonomischen und kulturellen Freiheit, wird auch zu dem ihren. Diese Unabhängigkeitsbewegung bedroht das europäische Kapital gerade in seinen wertvollsten und aussichtsreichsten Ausbeutungsgebieten und immer mehr kann es seine Herrschaft nur durch stete Vermehrung seiner Machtmittel erhalten.“*

Es muß hinzugefügt werden, daß der Imperialismus nicht allein in den neu erschlossenen, sondern auch in den alten Ländern zu Annexionen, zur Steigerung der nationalen Unterdrückung und folglich auch zur Verstärkung des Widerstandes führt. Kautsky wendet sich gegen die Verstärkung der politischen Reaktion durch den Imperialismus, läßt aber die besonders dringlich gewordene Frage, daß in der Epoche des Imperialismus eine Einheit mit den Opportunisten unmöglich ist, im dunkeln. Er wendet sich gegen Annexionen, kleidet aber seine Einwände in eine Form, die für Opportunisten am harmlosesten und am leichtesten annehmbar ist. Obwohl er sich unmittelbar an das deutsche Publikum wendet, vertuscht er dennoch gerade das Wichtigste und Aktuellste, z. B., daß Elsaß-Lothringen eine Annexion Deutschlands ist. Zur Beurteilung dieser „Verirrung des Gedankens“ bei Kautsky sei hier ein Beispiel angeführt. Angenommen, ein Japaner verurteilt die Annexion der Philippinen durch die Amerikaner. Es fragt sich nun: werden viele daran glauben, daß er dies aus Abscheu vor Annexionen überhaupt tut und nicht etwa von dem Wunsch geleitet, selber die Philippinen zu annektieren? Und wird man nicht zugeben müssen, daß man den „Kampf“ des Japaners gegen Annexionen nur dann für aufrichtig und politisch ehrlich halten kann, wenn er sich gegen die Annexion Koreas durch Japan wendet und für Korea das Recht der Lostrennung von Japan fordert?

Sowohl die theoretische Analyse des Imperialismus bei Kautsky wie auch seine ökonomische und politische Kritik des Imperialismus

* Rudolf Hilferding, „Das Finanzkapital“, S. 433 u. 434.

sind *völlig* von einem mit dem Marxismus absolut unvereinbaren Geist durchdrungen, einem Geist der Vertuschung und Verwischung der grundlegenden Gegensätze, von dem Bestreben, die zerfallende Einheit mit dem Opportunismus in der europäischen Arbeiterbewegung um jeden Preis zu erhalten.

X. DER PLATZ DES IMPERIALISMUS IN DER GESCHICHTE

Wir haben gesehen, daß der Imperialismus seinem ökonomischen Wesen nach Monopolkapitalismus ist. Dadurch allein schon ist der historische Platz des Imperialismus bestimmt, denn das Monopol, das auf dem Boden der freien Konkurrenz und eben aus der freien Konkurrenz erwächst, bedeutet den Übergang von der kapitalistischen zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation. Es sind insbesondere vier Hauptarten der Monopole oder Haupterscheinungen des Monopolkapitalismus hervorzuheben, die für die in Betracht kommende Epoche charakteristisch sind.

Erstens: Das Monopol ist aus der Konzentration der Produktion auf einer sehr hohen Stufe ihrer Entwicklung erwachsen. Das sind die Monopolverbände der Kapitalisten: die Kartelle, Syndikate und Truste. Wir sahen, welche gewaltige Rolle sie im heutigen Wirtschaftsleben spielen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewannen sie in den fortgeschrittenen Ländern das völlige Übergewicht, und wenn die ersten Schritte auf dem Wege der Kartellierung zuerst von Ländern mit hohen Schutzzöllen (Deutschland, Amerika) getan wurden, so hat England mit seinem Freihandelssystem nur wenig später dieselbe grundlegende Tatsache aufzuweisen: die Entstehung der Monopole aus der Konzentration der Produktion.

Zweitens: Die Monopole haben in verstärktem Maße zur Besitzergreifung der wichtigsten Rohstoffquellen geführt, besonders in der ausschlaggebenden — und am meisten kartellierten Industrie der kapitalistischen Gesellschaft: der Kohlen- und Eisenindustrie. Die monopolistische Beherrschung der wichtigsten Rohstoffquellen hat die Macht des Großkapitals ungeheuer gesteigert und den Gegensatz zwischen der kartellierten und nichtkartellierten Industrie verschärft.

Drittens: Das Monopol ist aus den Banken erwachsen. Diese haben sich aus bescheidenen Vermittlungsunternehmungen zu Monopolisten des Finanzkapitals gewandelt. Drei bis fünf Großbanken einer beliebigen der kapitalistisch fortgeschrittensten Nationen haben zwischen Industrie- und Bankkapital eine „Personalunion“ hergestellt und in

ihrer Hand die Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden konzentriert, die den größten Teil der Kapitalien und der Geldeinkünfte des ganzen Landes ausmachen. Eine Finanzoligarchie, die ein dichtes Netz von Abhängigkeitsbeziehungen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt, — das ist die plastischste Erscheinungsform dieses Monopols.

Viertens: Das Monopol ist aus der Kolonialpolitik erwachsen. Den zahlreichen „alten“ Motiven der Kolonialpolitik fügte das Finanzkapital noch den Kampf um Rohstoffquellen hinzu, um Kapitalausfuhr, um „Einflußsphären“ — d. h. um Sphären für gewinnbringende Geschäfte, Konzessionen, Monopolprofite usw. — und schließlich um das Wirtschaftsgebiet überhaupt. Als z. B. die europäischen Mächte mit ihren Kolonien erst den zehnten Teil von Afrika besetzt hatten, wie es noch 1876 der Fall war, da konnte sich die Kolonialpolitik auf nichtmonopolistische Weise entfalten, in der Art einer sozusagen „freibeuterischen“ Besetzung des Landes. Als aber neun Zehntel Afrikas bereits besetzt waren (gegen 1900), als die ganze Welt verteilt war, da begann unvermeidlich die Ära des monopolistischen Kolonialbesitzes und folglich auch eines besonders verschärften Kampfes um die Teilung und Neuverteilung der Welt.

Wie sehr der monopolistische Kapitalismus alle Widersprüche des Kapitalismus verschärft hat, ist allgemein bekannt. Es genügt, auf die Teuerung und auf den Druck der Kartelle hinzuweisen. Diese Verschärfung der Gegensätze ist die mächtigste Triebkraft der geschichtlichen Übergangsperiode, die mit dem endgültigen Sieg des internationalen Finanzkapitals ihren Anfang genommen hat.

Monopol, Oligarchie, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwächer Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen — all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen. Immer plastischer tritt als eine Tendenz des Imperialismus die Bildung des „Rentnerstaates“, des Wucherstaates hervor, dessen Bourgeoisie in steigendem Maße von Kapitalexport und „Kuponschneiden“ lebt. Es wäre ein Fehler zu glauben, daß diese Fäulnistendenz ein rasches Wachstum des Kapitalismus ausschließe; durchaus nicht: einzelne Industriezweige, einzelne Schichten der Bourgeoisie und einzelne Länder offenbaren im Zeitalter des Imperialismus mehr oder minder stark bald die eine, bald die andere dieser Tendenzen. Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller

als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England).

Über die Schnelligkeit der ökonomischen Entwicklung Deutschlands sagt Rießer, der Verfasser des Werkes über die deutschen Großbanken: „Der nicht gerade langsame Fortschritt der vorigen Epoche (1848—1870) verhält sich zu der Schnelligkeit, mit der Deutschlands Gesamtwirtschaft und mit ihr das deutsche Bankwesen in dieser Periode (1870—1905) vorwärtsskam, etwa so, wie das Tempo der Postkutsche des heiligen römischen Reiches deutscher Nation zu dem Fluge des heutigen Automobils, dessen ... Dahinsausen allerdings auch manchmal sowohl den harmlos dahinziehenden Fußgänger wie die Insassen selbst gefährdet.“ Aber gerade weil dieses Finanzkapital so ungewöhnlich schnell gewachsen ist, hätte es seinerseits nichts dagegen, zu einem „ruhigeren“ Besitz der von den reicheren Nationen — nicht allein mit friedlichen Mitteln — zu erobernden Kolonien überzugehen. In den Vereinigten Staaten ging die ökonomische Entwicklung in den letzten Jahrzehnten noch rascher vor sich als in Deutschland, und gerade *dank* diesem Umstand kamen die parasitären Züge des jüngsten amerikanischen Kapitalismus besonders kraß zum Vorschein. Andererseits zeigt ein Vergleich, sagen wir der republikanischen amerikanischen Bourgeoisie mit der monarchistischen japanischen oder deutschen, daß auch der stärkste politische Unterschied im Zeitalter des Imperialismus in höchstem Grade abgeschwächt wird — nicht etwa, weil er überhaupt unwichtig wäre, sondern weil es sich in allen diesen Fällen um eine Bourgeoisie mit ausgesprochen parasitären Zügen handelt.

Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herauschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Gegensatz zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus, eine Erscheinung, die sich am frühesten und krassesten in England geltend machte, weil dort gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zum Vorschein kamen. Manche Schriftsteller, z. B. L. Martow, lieben es, über die Tatsache des Zusammenhanges zwischen Imperialismus und Opportunismus in der

Arbeiterbewegung hinwegzusehen — eine Tatsache, die jetzt besonders in die Augen springt —, und zwar mit „offiziell-optimistischen“ (im Geiste Kautskys und Huysmans) Betrachtungen folgender Art: die Sache der Gegner des Kapitalismus wäre hoffnungslos, wenn gerade der fortgeschrittene Kapitalismus zur Verstärkung des Opportunismus führte oder wenn gerade die bestbezahlten Arbeiter zum Opportunismus neigten u. dgl. m. Man darf sich nicht über die Bedeutung eines solchen „Optimismus“ täuschen: es ist ein Optimismus hinsichtlich des Opportunismus, ein Optimismus, der der Verhüllung des Opportunismus dient. In Wirklichkeit ist die besonders schnelle und besonders widerwärtige Entwicklung des Opportunismus keineswegs eine Garantie seines dauernden Sieges, wie auch die schnelle Entwicklung eines bösartigen Geschwürs an einem gesunden Organismus nur das Aufbrechen des Geschwürs, die Befreiung des Organismus von diesem beschleunigen kann. Am gefährlichsten sind in dieser Hinsicht Leute, die nicht verstehen wollen, daß der Kampf gegen den Imperialismus eine hohle, verlogene Phrase ist, wenn er nicht unlöslich verknüpft ist mit dem Kampfe gegen den Opportunismus.

Aus allem, was über das ökonomische Wesen des Imperialismus gesagt wurde, geht hervor, daß er charakterisiert werden muß als Übergangskapitalismus oder, richtiger, als sterbender Kapitalismus. Höchst lehrreich ist in dieser Hinsicht, daß die Schlagworte der bürgerlichen Ökonomen, die den jüngsten Kapitalismus beschreiben, „Verflechtung“, „Fehlen der Isoliertheit“ usw. heißen; die Banken seien „Unternehmungen, die ihren Aufgaben und ihrer Entwicklung nach keinen rein privatwirtschaftlichen Charakter haben und immer mehr aus der Sphäre der rein privatrechtlichen Regelung herauswachsen“. Und derselbe Rießer, von dem diese Worte stammen, erklärt mit höchst ernster Miene, daß die „Voraussage“ der Marxisten über die „Vergesellschaftung“ sich „nicht verwirklicht“ habe!

Was bedeutet dieses Wörtchen „Verflechtung“? Es erfaßt bloß den auffallendsten Zug des vor unseren Augen sich abspielenden Prozesses. Es zeigt, daß der Beobachter die einzelnen Bäume aufzählt, ohne den Wald zu sehen. Es kopiert sklavisch das Äußere, Zufällige, Chaotische; es verrät uns in dem Beobachter einen Menschen, der von seinem unverarbeiteten Material erdrückt wird und sich in dessen Sinn und Bedeutung absolut nicht zurechtfindet. „Zufällig verflochten sich“ Aktienbesitz und Privatbesitzverhältnisse. Aber das, was dieser Verflechtung zugrunde liegt, was ihre Grundlage bildet, sind die sich verändernden gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse. Wenn aus einem Großbetrieb ein Riesenbetrieb wird, der planmäßig, auf

Grund genau errechneter Massendaten, die Lieferung des ursprünglichen Rohmaterials im Umfange von zwei Dritteln oder drei Vierteln des ganzen Bedarfs für Dutzende von Millionen der Bevölkerung organisiert; wenn die Beförderung dieses Rohstoffs nach den geeignetsten Produktionsstätten, die mitunter hunderte und tausende Kilometer voneinander entfernt sind, systematisch organisiert wird; wenn von einer Zentralstelle aus alle aufeinanderfolgenden Stufen der Verarbeitung des Materials bis zur Herstellung der verschiedenartigsten Fertigfabrikate geregelt werden; wenn die Verteilung dieser Produkte auf Dutzende und Hunderte von Millionen Konsumenten nach einem einzigen Plan geschieht (Petroleumabsatz in Amerika und in Deutschland durch den amerikanischen Petroleumtrust), — dann wird es offensichtlich, daß wir es mit einer Vergesellschaftung der Produktion zu tun haben und durchaus nicht mit der einfachen „Verflechtung“; daß privatwirtschaftliche und Privateigentumsverhältnisse eine Hülle darstellen, die ihrem Inhalt bereits nicht mehr entspricht und die daher unvermeidlich in Fäulnis geraten muß, wenn ihre Beseitigung künstlich verzögert wird; die sich zwar verhältnismäßig lange in diesem Fäulniszustand halten kann (wenn schlimmstenfalls die Gesundheit von dem opportunistischen Geschwür auf sich warten lassen sollte), die aber dennoch unvermeidlich beseitigt werden wird.

Schulze-Gaevernitz, ein begeisterter Anbeter des deutschen Imperialismus, ruft aus:

„Ist die letzte Leitung der deutschen Bankwelt einem Dutzend von Männern anvertraut, so ist deren Tätigkeit schon heute für das Volkwohl bedeutsamer als die der meisten Staatsminister“ (die „Verflechtung“ der Bankmänner, Minister, Großindustriellen und Rentner vergißt man hier lieber ...). „Denken wir uns die aufgewiesenen Entwicklungstendenzen bis zum letzten erreicht: das Geldkapital der Nation in den Banken vereinigt, diese selbst kartellmäßig verbunden, das Anlagekapital der Nation in Effektenform gegossen. Dann verwirklicht sich das geniale Wort St. Simons: „Die heutige Anarchie in der Produktion, die der Tatsache entspringt, daß sich die ökonomischen Beziehungen ohne einheitliche Regelung abwickeln, muß einer Organisation der Produktion weichen. Es werden nicht mehr isolierte Unternehmer sein, die unabhängig voneinander, ohne Kenntnis der ökonomischen Bedürfnisse des Menschen, die Produktionsgestaltung bewirken, sondern diese wird einer sozialen Institution zufallen. Eine zentrale Verwaltungsbehörde, die von erhöhtem Standpunkt aus das weite Gebiet der sozialen Ökonomie zu überblicken vermag, wird diese in einer der Gesamtheit dienlichen Weise regulieren und

die Produktionsmittel den geeigneten Händen überweisen, namentlich wird sie für eine ständige Harmonie zwischen Produktion und Konsumtion sorgen. Es gibt Institutionen, die eine gewisse Organisation der wirtschaftlichen Arbeit in ihren Aufgabenkreis einbezogen haben: die Banken! Noch sind wir von der Verwirklichung dieses Wortes entfernt, aber wir befinden uns auf dem Wege zu seiner Verwirklichung — Marxismus anders, und doch nur in der Form anders, als Marx sich ihn dachte!“*

Man muß schon sagen: eine schöne „Widerlegung“ von Marx, die einen Schritt rückwärts macht — von der exakten wissenschaftlichen Analyse Marxens zur Vorahnung St. Simons, die zwar genial, aber doch nur eine Vorahnung war.

Veröffentlicht als Einzelbroschüre,
Petrograd, April 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX,
S. 79—211.

* „Grundriß der Sozialökonomik“, S. 145 u. 146.

DAS MILITÄRPROGRAMM DER PROLETARISCHEN REVOLUTION

In Holland, Skandinavien, in der Schweiz hört man aus der Mitte der revolutionären Sozialdemokraten, die gegen die Lüge der Sozialchauvinisten von der „Landesverteidigung“ in diesem imperialistischen Kriege kämpfen, die Stimmen, man solle den alten Punkt des sozialdemokratischen Minimalprogramms: „Miliz oder Volksbewaffnung“ durch einen neuen ersetzen: „Entwaffnung“. Die „Jugend-Internationale“ eröffnete die Diskussion über diese Frage und brachte in Nr. 3 einen redaktionellen Artikel für Entwaffnung. In den neuesten Thesen des Genossen R. Grimm ist leider auch eine Konzession der Entwaffnungsidee gemacht worden. In den Revuen „Neues Leben“ und „Vorboten“ ist die Diskussion eröffnet. Wir wollen die Argumente der Entwaffnungsanhänger untersuchen.

I

Das grundlegende Argument besteht darin, die Forderung der Entwaffnung sei der klarste, entschiedenste, konsequenteste Ausdruck des Kampfes gegen jeden Militarismus und gegen jeden Krieg.

In diesem grundlegenden Argument besteht eben der Grundirrtum der Entwaffnungsanhänger. Die Sozialisten können nicht gegen jeden Krieg sein, ohne aufzuhören, Sozialisten zu sein.

Erstens waren die Sozialisten niemals und können niemals Gegner revolutionärer Kriege sein. Die Bourgeoisie der „großen“ imperialistischen Mächte ist durch und durch reaktionär geworden, und wir erkennen den Krieg, den *diese* Bourgeoisie jetzt führt, für einen reaktionären, sklavenhälterischen, verbrecherischen Krieg an. Nun, wie steht es aber mit einem Kriege *gegen* diese Bourgeoisie? Zum Beispiel mit einem Kriege der von dieser Bourgeoisie unterdrückten, von ihr abhängigen oder kolonialen Völker für ihre Befreiung? In den „Leitsätzen“ der Gruppe „Internationale“ lesen wir in Paragraph 5: „In

der Ära dieses entfesselten Imperialismus kann es keine nationalen Kriege mehr geben.“ Das ist offenbar unrichtig.

Die Geschichte des 20. Jahrhunderts, dieses Jahrhunderts des „entfesselten Imperialismus“, ist voll von Kolonialkriegen. Aber das, was wir Europäer, imperialistische Unterdrücker der Mehrzahl der Völker der Welt, mit uns eigentümlichem, niederträchtigem, europäischem Chauvinismus „Kolonialkriege“ nennen, das sind oft nationale Kriege oder nationale Aufstände von seiten dieser unterdrückten Völker. Eine der grundlegendsten Eigenschaften des Imperialismus besteht eben darin, daß er die Entwicklung des Kapitalismus in den rückständigsten Ländern beschleunigt und dadurch den Kampf gegen die nationale Unterdrückung ausbreitet und verschärft. Das ist Tatsache. Und daraus folgt unvermeidlich, daß der Imperialismus nationale Kriege öfters erzeugen muß. Junius¹⁸⁹, der in seiner Broschüre die genannten „Leitsätze“ verteidigt, sagt, in der imperialistischen Epoche führe jeder nationale Krieg gegen eine von den imperialistischen Großmächten zum Eingreifen einer andern, mit der ersten konkurrierenden, auch imperialistischen Großmacht und dadurch werde jeder nationale Krieg in einen imperialistischen verwandelt. Dieses Argument ist aber auch unrichtig. Es kann so sein, es ist aber nicht immer so. Mehrere Kolonialkriege in den Jahren 1900 bis 1914 gingen nicht diesen Weg. Und es wäre einfach lächerlich, wenn wir erklärten, daß z. B. nach dem jetzigen Krieg, wenn er mit der äußersten Erschöpfung der kriegführenden Länder endigt, es „keinen“ nationalen, fortschrittlichen, revolutionären Krieg meinetwegen seitens Chinas im Bunde mit Indien, Persien, Siam usw. gegen die Großmächte geben „kann“.

Die Verneinung jeder Möglichkeit nationaler Kriege unter dem Imperialismus ist theoretisch unrichtig, historisch offenbar falsch, praktisch gleicht sie dem europäischen Chauvinismus: wir, die wir zu den Nationen gehören, die hunderte Millionen Völker in Europa, Afrika, Asien usw. unterdrücken, wir sollen den unterdrückten Völkern erklären, ihr Krieg gegen „unsere“ Nationen sei „unmöglich“!

Zweitens. Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen das. Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen, hieße in den äußersten Opportunismus verfallen und auf die sozialistische Revolution verzichten.

Drittens schließt der in einem Lande siegreiche Sozialismus keineswegs mit einem Male alle Kriege überhaupt aus. Im Gegenteil, er setzt solche voraus. Die Entwicklung des Kapitalismus geht höchst ungleichmäßig in verschiedenen Ländern vor sich. Das kann nicht anders sein bei der Warenproduktion. Daraus die unvermeidliche Schlußfolgerung: der Sozialismus kann nicht gleichzeitig in *allen* Ländern siegen. Er wird zuerst in einem oder einigen Ländern siegen, andere werden für eine gewisse Zeit bürgerlich oder vorbürgerlich bleiben. Das muß nicht nur Reibungen, sondern auch direktes Streben der Bourgeoisie anderer Länder erzeugen, das siegreiche Proletariat des sozialistischen Staates zu zerschmettern. In solchen Fällen wäre ein Krieg unsererseits legitim und gerecht, es wäre ein Krieg für den Sozialismus, für die Befreiung anderer Völker von der Bourgeoisie. Engels hatte vollständig recht, als er in seinem Briefe an Kautsky vom 12. September 1882 ausdrücklich die *Möglichkeit* der „Verteidigungskriege“ des Sozialismus, *der schon gesiegt hat*, anerkannte. Er meinte nämlich die Verteidigung des siegreichen Proletariats gegen die Bourgeoisie anderer Länder.

Erst nachdem wir die Bourgeoisie in der ganzen Welt, und nicht nur in einem Lande niedergeworfen, vollständig besiegt und expropriert haben, werden die Kriege unmöglich werden. Und es ist wissenschaftlich gar nicht richtig — und gar nicht revolutionär —, wenn wir eben das Wichtigste, die Niederwerfung des Widerstandes der Bourgeoisie, das Schwierigste, das am meisten den Kampf Fordernde im *Übergange* zum Sozialismus umgehen oder vertuschen. Die „sozialen“ Pfaffen und die Opportunisten sind gerne bereit, von dem zukünftigen friedlichen Sozialismus zu träumen, sie unterscheiden sich aber von den revolutionären Sozialdemokraten eben dadurch, daß sie von erbitterten Klassenkämpfen und *Klassenkriegen*, um diese schöne Zukunft zur Wirklichkeit zu machen, nicht denken und sorgen wollen.

Wir dürfen uns nicht durch Worte täuschen lassen. Zum Beispiel ist der Begriff „Landesverteidigung“ manchen verhaßt, weil dadurch die offenen Opportunisten und die Kautskyaner die Lüge der Bourgeoisie im *gegebenen* Räuberkrige verdecken und vertuschen. Das ist Tatsache. Aber daraus folgt nicht, daß wir verlernen sollen, über die Bedeutung der politischen Schlagworte nachzudenken. „Landesverteidigung“ im gegebenen Kriege anerkennen, heißt diesen Krieg für einen „gerechten“, dem Interesse des Proletariats dienstlichen halten, weiter nichts und abermals nichts. Denn Invasion ist in keinem Kriege ausgeschlossen. Es wäre einfach dumm, „Landesverteidigung“ *seitens* unterdrückter Völker in ihrem Kriege *gegen* die imperialistischen

Großmächte oder seitens des siegreichen Proletariats in *seinem* Kriege gegen irgendeinen Gallifet¹⁹⁰ eines bürgerlichen Landes aberkennen zu wollen.

Es wäre theoretisch grundfalsch, zu vergessen, daß jeder Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln ist; der jetzige imperialistische Krieg ist die Fortsetzung der imperialistischen Politik zweier Gruppen von Großmächten, und diese Politik wurde durch die Gesamtheit der Verhältnisse der imperialistischen Epoche erzeugt und genährt. Aber dieselbe Epoche muß notwendig die Politik des Kampfes gegen nationale Unterdrückung und des Kampfes des Proletariats gegen die Bourgeoisie erzeugen und daher die Möglichkeit und die Unvermeidlichkeit erstens der revolutionären nationalen Aufstände und Kriege, zweitens der Kriege und Aufstände des Proletariats gegen die Bourgeoisie, drittens der Vereinigung beider Arten von revolutionären Kriegen usw.

II

Dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung. Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, die Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden. Wir dürfen, ohne uns zu bürgerlichen Pazifisten und Opportunisten zu degradieren, nicht vergessen, daß wir in einer Klassengesellschaft leben und daß außer dem Klassenkampfe keine Rettung daraus möglich und denkbar ist. In jeder Klassengesellschaft, sie möge auf der Sklaverei, Leibeigenschaft oder, wie heute, auf der Lohnsklaverei beruhen, ist die *unterdrückende Klasse bewaffnet*. Nicht nur das heutige stehende Heer, sondern auch die *heutige* Miliz, die schweizerische auch nicht ausgenommen, ist Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Ich glaube, diese elementare Wahrheit nicht beweisen zu brauchen; es genügt, Militäraufgebote während der Streiks in *allen* kapitalistischen Ländern zu erwähnen.

Die Bewaffnung der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist eine der größten, kardinalsten, wichtigsten Tatsachen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft. Und angesichts dieser Tatsache will man den revolutionären Sozialdemokraten zumuten, sie sollen die „Forderung“ der „Entwaffnung“ aufstellen! Das wäre eine vollständige Preisgabe des Klassenkampfstandpunktes und jedes Gedankens an die Revolution. Wir sagen: Bewaffnung des Proletariats zum Zwecke, die Bourgeoisie zu besiegen, zu expropriieren und zu *entwaffnen* — das

ist die einzig mögliche Taktik der revolutionären Klasse, eine Taktik, die durch die *ganze objektive Entwicklung* des kapitalistischen Militarismus vorbereitet, fundiert und gelehrt wird. Nur nachdem das Proletariat die Bourgeoisie entwaffnet hat, kann es, ohne an seiner weltgeschichtlichen Aufgabe Verrat zu üben, die Waffen zum alten Eisen werfen, was es auch ganz sicher *dann* — aber nicht früher — tun wird.

Und wenn der heutige Krieg in reaktionären Sozialpaffen, in weinerlichen Kleinbürgern nur Schrecken, nur Erschrockenheit, nur Abscheu vor Waffengebrauch, Tod, Blut usw. erzeugt, so sagen wir dagegen: die kapitalistische Gesellschaft war und ist *immer ein Schrecken ohne Ende*. Und wenn jetzt dieser Gesellschaft durch diesen reaktionärsten aller Kriege ein Ende mit Schrecken vorbereitet wird, so haben wir keinen Grund, zu verzweifeln. Nichts anderes als Ausfluß der Verzweiflung ist objektiv die Predigt, die „Forderung“ — besser zu sagen: der Traum — von der „Entwaffnung“ in jetziger Zeit, wenn offenbar vor aller Augen der einzig legitime und revolutionäre Krieg, der Bürgerkrieg gegen die imperialistische Bourgeoisie durch diese Bourgeoisie selber vorbereitet wird.

Wer das für eine „graue Theorie“, „bloße Theorie“ hält, den erinnern wir an zwei weltgeschichtliche *Tatsachen*: an die Rolle des Trusts und der Fabrikarbeit der Frauen einerseits, an die Kommune 1871 und die Dezentertage 1905 in Rußland andererseits.

Es ist die Sache der Bourgeoisie, die Trusts zu fördern, Kinder und Frauen in die Fabriken zu jagen, sie dort zu martern, zu korrumpieren, unsäglichem Elend preiszugeben. Wir „unterstützen“ diese Entwicklung nicht, wir „fordern“ so was nicht, wir kämpfen dagegen. Aber *wie* kämpfen wir? Wir erklären, die Trusts und die Fabrikarbeit der Frauen sind *progressiv*. Wir wollen nicht zurück zum Handwerk, zum vormonopolistischen Kapitalismus, zur Hausarbeit der Frauen. Vorwärts über die Trusts usw. hinaus und durch sie zum Sozialismus.

Das gleiche gilt, *mutatis mutandis**, von der heutigen Militarisierung des Volkes. Heute militarisiert die imperialistische — und andere — Bourgeoisie nicht nur das ganze Volk, sondern auch die Jugend. Morgen wird sie meinetwegen die Frauen militarisieren. Wir antworten darauf: desto besser! Nur immer schneller voran — je schneller, desto näher dem bewaffneten Aufstande gegen den Kapitalismus. Wie können sich die Sozialdemokraten durch die Militarisierung der Jugend usw. einschüchtern oder entmutigen lassen,

* mit den nötigen Änderungen. *Der Übers.*

wenn sie das Beispiel der Kommune nicht vergessen. Es ist doch keine „Theorie“, kein Traum, sondern Tatsache. Und es wäre wirklich zum Verzweifeln, wenn die Sozialdemokraten allen ökonomischen und politischen Tatsachen zum Trotz daran zu zweifeln begännen, daß die imperialistische Epoche und *die imperialistischen Kriege* naturnotwendig, unvermeidlich zur Wiederholung *dieser* Tatsachen führen *müssen*.

Es war ein bürgerlicher Beobachter der Kommune, der im Mai 1871 in einer englischen Zeitung schrieb: „Wenn die französische Nation nur aus Frauen bestände, was wäre das für eine schreckliche Nation.“ Die Frauen und die Jugend vom 13. Jahr an kämpften während der Kommune neben den Männern, und es wird nicht anders sein in kommenden Kämpfen um die Niederwerfung der Bourgeoisie. Die proletarischen Frauen werden nicht passiv zusehen, wie die gut bewaffnete Bourgeoisie die schlecht bewaffneten oder gar nicht bewaffneten Proletarier niederschießt, sie werden wieder, wie 1871, zu den Waffen greifen, und aus der heutigen „erschrockenen“ oder entmutigten Nation — richtiger: aus der heutigen, durch die Opportunisten mehr als durch die Regierungen desorganisierten Arbeiterbewegung — wird ganz sicher, früher oder später, aber ganz sicher ein internationaler Bund „schrecklicher Nationen“ des revolutionären Proletariats erstehen.

Jetzt durchdringt die Militarisierung das ganze öffentliche Leben. Die Militarisierung wird alles. Der Imperialismus ist erbitterter Kampf der Großmächte um Teilung und Neuteilung der Welt, — *er muß* daher zur weiteren Militarisierung in allen, auch in kleinen, auch in neutralen Ländern führen. Was sollen dagegen die proletarischen Frauen tun?? Nur jeden Krieg und alles Militärische verwünschen, nur die Entwaffnung fordern? Niemals werden sich die Frauen einer unterdrückten Klasse, die revolutionär ist, auf solche schändliche Rolle bescheiden. Sie werden vielmehr ihren Söhnen sagen:

„Du wirst bald groß sein, man wird dir das Gewehr geben: Nimm es und erlerne gut alles Militärische — das ist nötig für die Proletarier, nicht um gegen deine Brüder zu schießen, wie es jetzt in diesem Räuberkrige geschieht und wie dir die Verräter des Sozialismus raten, sondern um gegen die Bourgeoisie deines ‚eigenen‘ Landes zu kämpfen, um der Ausbeutung, dem Elend und den Kriegen nicht durch fromme Wünsche, sondern durch das Besiegen der Bourgeoisie und *deren* Entwaffnung ein Ende zu bereiten.“

Wenn man nicht eine solche Propaganda und eben eine solche im Zusammenhange mit dem jetzigen Kriege treiben will, dann höre man

gefälligst auf, große Worte von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie, von der sozialen Revolution, von dem Kriege gegen den Krieg im Munde zu führen.

III

Die Anhänger der Entwaffnung sind gegen die Volksbewaffnung unter anderem auch deshalb, weil die letztere Forderung zu Konzessionen an den Opportunismus leichter führen soll. Wir haben das Wichtigste untersucht: das Verhältnis der Entwaffnung zum Klassenkampfe und zu der sozialen Revolution. Jetzt wollen wir die Frage von dem Verhältnis zum Opportunismus untersuchen. Einer der wichtigsten Gründe der Unannehmbarkeit der Forderung der Entwaffnung besteht eben darin, daß durch diese Forderung und die dadurch unvermeidlich zu erweckenden Illusionen unser Kampf gegen den Opportunismus geschwächt und entkräftigt wird.

Kein Zweifel, dieser Kampf steht auf der Tagesordnung in der Internationale. Der Kampf gegen den Imperialismus, wenn dieser Kampf nicht unzertrennlich mit dem Kampfe gegen den Opportunismus verbunden ist, ist hohle Phrase oder ein Betrug. Einer der Hauptfehler von Zimmerwald und Kiental¹⁹¹ und eine der Hauptursachen des möglichen Fiaskos dieser Keime der III. Internationale bestehen eben darin, daß die Frage vom Kampfe gegen den Opportunismus nicht offen gestellt worden ist, — geschweige denn entschieden im Sinne des unvermeidlichen Bruches mit den Opportunisten. Der Opportunismus hat — für eine gewisse Zeit — gesiegt in der europäischen Arbeiterbewegung. In allen größeren Ländern bildeten sich zwei Hauptschattierungen desselben: erstens der offene, zynische und darum weniger gefährliche Sozialimperialismus der Plechanows, Scheidemänner, Legiens usw., Albert Thomas und Sembat, Vandervelde, Hyndman, Henderson usw.; zweitens der verdeckte kautsky-anische: Kautsky-Haase und „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft“ in Deutschland, Longuet, Pressmane, Mayeras usw. in Frankreich, Ramsay Macdonald und andere Führer der „Unabhängigen Arbeiterpartei“ in England, Martow, Tschcheidse usw. in Rußland, Treves und andere sogenannte linke Reformisten in Italien.

Der offene Opportunismus arbeitet offen und direkt gegen die Revolution und gegen die beginnenden revolutionären Bewegungen und Ausbrüche, im direkten Bunde mit den Regierungen, mögen die Formen dieses Bündnisses verschieden sein: von einer Teilnahme an der Regierung an bis zur Teilnahme an Kriegsindustriekomitees

(in Rußland). Die verdeckten Opportunisten, die Kautskyaner, sind für die Arbeiterbewegung viel schädlicher und gefährlicher, weil sie ihre Verteidigung des Bundes und der „Einigkeit“ mit den ersteren durch wohlklingende „marxistische“ Worte und „Friedens“losungen verdecken und plausibel machen. Der Kampf gegen beide Formen des herrschenden Opportunismus kann nur auf *allen* Gebieten der proletarischen Politik geführt werden: parlamentarische Tätigkeit, Gewerkschaften, Streiks, Wehrfragen usw. Die *Haupteigentümlichkeit* aber, die *beide* Formen des herrschenden Opportunismus auszeichnet, besteht darin, daß man *die konkreten Fragen der Revolution* und die allgemeine Frage *vom Zusammenhange des jetzigen Krieges mit der Revolution* verschweigt, vertuscht oder im Polizeisinne „beantwortet“. Und das — nachdem man unmittelbar vor diesem Kriege unzählige Male unoffiziell und im Basler Manifest offiziell ganz unzweideutig auf den Zusammenhang eben *dieses* kommenden Krieges mit der proletarischen Revolution hingewiesen hatte. Und der Hauptfehler der Forderung der Entwaffnung ist auch der, daß alle konkreten Fragen der Revolution dadurch umgangen werden. Oder sind etwa die Entwaffnungsanhänger für eine ganz neue Art entwaffneter Revolution?

Weiter. Wir sind absolut nicht gegen den Kampf um Reformen. Wir wollen nicht die unangenehme Möglichkeit ignorieren, daß die Menschheit im schlimmsten Falle noch einen zweiten imperialistischen Krieg überleben wird, wenn die Revolution trotz den mehrfachen Ausbrüchen der Massengärung und Massenempörung und trotz unseren Bemühungen aus *diesem* Kriege noch nicht geboren wird. Wir sind Anhänger eines Reformprogramms, das *auch* gegen die Opportunisten gerichtet werden muß. Die Opportunisten wären nur froh, wenn wir ihnen allein den Kampf um Reformen freiließen, uns selbst aber in ein Wolkenkuckucksheim einer „Entwaffnung“ von der schlechten Wirklichkeit drücken. Entwaffnung ist nämlich Flucht aus der schlechten Wirklichkeit, kein Kampf gegen sie.

In so einem Programm würden wir etwa sagen: „Die Parole und die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in dem imperialistischen Kriege 1914—1916 ist nur Korrumpierung der Arbeiterbewegung durch eine bürgerliche Lüge.“ So eine konkrete Antwort auf konkrete Fragen würde theoretisch richtiger, für das Proletariat viel nützlicher, für die Opportunisten viel unerträglicher als Forderung der Entwaffnung und die Absage an „jede“ Landesverteidigung! Und wir könnten hinzufügen: „Die Bourgeoisie aller imperialistischen Großmächte, England, Frankreich, Deutschland, Österreich, Rußland, Italien, Japan, Vereinigte Staaten, ist so reaktionär geworden und vom Streben zur Welt-

beherrschung durchdrungen, daß *jeder* Krieg seitens der *Bourgeoisie* dieser Länder nur reaktionär sein kann. Das Proletariat soll nicht nur gegen jeden solchen Krieg sein, sondern auch die Niederlage „seiner“ Regierung in solchen Kriegen wünschen und zur revolutionären Erhebung benutzen, wenn eine solche Erhebung zur Verhinderung des Krieges mißlingt.“

Was die Miliz betrifft, so würden wir sagen: Wir sind nicht für eine bürgerliche, sondern nur für eine proletarische Miliz. Deshalb „keinen Mann und keinen Groschen“ nicht nur für das stehende Heer, sondern auch für die bürgerliche Miliz auch in solchen Ländern wie die Vereinigten Staaten, die Schweiz, Norwegen usw., um so mehr, als wir selbst in den freiesten republikanischen Staaten (z. B. in der Schweiz) die fortschreitende Verpreußung der Miliz, besonders seit 1907 und 1911, und deren Prostituirung zu Militäraufgeboten gegen die Streiks sehen. Wir können fordern: Wahl der Offiziere durch Mannschaften, Abschaffung jeder Militärjustiz, Gleichstellung der ausländischen Arbeiter mit den einheimischen (besonders wichtig für imperialistische Länder, die fremde Arbeiter in steigender Zahl, wie z. B. die Schweiz, schamlos ausbeuten und rechtlos machen), weiter das Recht jeder, sagen wir, hundert Einwohner des Staates, freie Vereinigungen zur Erlernung des Kriegshandwerks zu bilden, freie Wahl der Instruktooren, Entschädigung derselben auf Staatskosten usw. Nur so könnte das Proletariat alles Militärische wirklich *für sich* und nicht für seine Sklavenhalter erlernen, was absolut in seinem Interesse liegt. Und jeder Erfolg, sei es auch nur ein Teilerfolg der revolutionären Bewegung — z. B. Eroberung einer Stadt, eines Industrieortes, eines Teiles der Armee —, wird naturnotwendig, das hat auch die russische Revolution bewiesen, dazu führen, daß das siegreiche Proletariat *eben* dieses Programm zu verwirklichen gezwungen sein wird.

Endlich kann man natürlich den Opportunismus mit bloßen Programmen niemals besiegen, sondern nur mit Aktion. Der größte und verhängnisvollste Fehler der zusammengebrochenen II. Internationale bestand darin, daß man Worte und Taten trennte, Heuchelei und revolutionäre Phrase (siehe das jetzige Verhältnis von Kautsky und Co. zum Basler Manifest) gewissenlos förderte. Entwaffnung als soziale Idee, d. h. eine solche Idee, die von irgendeiner sozialen Umgebung geboren wird und auf eine soziale Umgebung wirken kann und nicht nur eine persönliche Schrulle bleibt, entspringt offenbar aus den kleinlichen und ausnahmsweise „ruhigen“ Verhältnissen einiger Kleinstaaten, die abseits der blutigen Weltstraße des Krieges liegen

und weiter zu liegen hoffen. Man betrachte die Argumentation der norwegischen Entwaffnungsanhänger: „Wir sind klein, unser Heer ist klein, wir können nichts gegen Großmächte“ (und darum auch nichts gegen die gewalttätige Einbeziehung in einen imperialistischen Bund mit irgendeiner Gruppe der Großmächte ...), „wir wollen ruhig bleiben in unserem Winkel und Winkelpolitik treiben, wir fordern Entwaffnung, bindende Schiedsgerichte, permanente“ (etwa wie für Belgien?) „Neutralität“ usw.

Kleinstaatliches Beiseite-sein-Wollen, kleinbürgerliches Streben, von großen Weltkämpfen fernzubleiben, seine etwaige Monopolstellung zum engherzigen Passivsein ausnützen — das ist die *objektive* gesellschaftliche Umgebung, die der Idee der Entwaffnung einen gewissen Erfolg und Verbreitung in einigen Kleinstaaten sichern kann. Natürlich ist solches Streben illusionär und reaktionär, der Imperialismus wird sowieso die Kleinstaaten in den Wirbel der Weltwirtschaft und der Weltpolitik einbeziehen.

Der Schweiz sind z. B. durch ihre imperialistische Umgebung zwei Linien der Arbeiterbewegung objektiv vorgeschrieben: die Opportunisten streben im Bunde mit der Bourgeoisie danach, aus der Schweiz einen republikanisch-demokratischen Verein zum Profitempfangen von den Touristen der imperialistischen Bourgeoisie zu machen und „ruhige“ Monopolstellung recht hübsch und ruhig zu wahren. Wir wirklichen Sozialdemokraten der Schweiz streben darnach, die relative Freiheit und die „internationale“ Lage der Schweiz dazu auszunützen, um dem engern Bunde der revolutionären Elemente in den Arbeiterparteien Europas zum Siege zu verhelfen. Die Schweiz spricht Gott sei Dank keine „selbständige“ Sprache, sondern drei Weltsprachen, und zwar solche, die in angrenzenden kriegführenden Staaten gesprochen werden. Wenn 20000 Mitglieder aus der schweizerischen Partei zwei Rappen wöchentlich „Extrakriegssteuer“ zahlen — man würde z. B. 20000 Frank jährlich bekommen —, mehr als genug, um in drei Sprachen für die Arbeiter und für die Soldaten in kriegführenden Ländern alles das periodisch zu publizieren und dem Verbote der Generalstäbe zum Trotz zu verbreiten, was die Wahrheit enthält: über die beginnende Erhebung der Arbeiter, deren Verbrüderung in Schützengraben, deren Aussichten auf revolutionäre Waffenbenutzung gegen die imperialistische Bourgeoisie ihrer „eigenen“ Länder usw.

Das ist nicht neu. Das wird eben durch beste Zeitungen, „La Sentinelle“, „Volksrecht“, „Berner Tagwacht“¹⁹², schon gemacht, nur leider in nicht genügendem Maße. Nur durch solche Tätigkeit kann der schöne Beschluß des Aarauer Parteitag¹⁹³ zu etwas mehr

als schönem Beschluß gemacht werden. Und es genügt, die Frage zu stellen: entspricht *dieser* Richtung der sozialdemokratischen Arbeit die „Entwaffnungs“forderung?

Offenbar nicht. Objektiv entspricht die Entwaffnung der opportunistischen, engnationalen, beschränkt kleinstaatlichen Linie der Arbeiterbewegung. Objektiv ist die Entwaffnung das nationalste, das spezifisch nationale Programm der Kleinstaaten, kein internationales Programm der internationalen revolutionären Sozialdemokratie.

Geschrieben im Herbst 1916.

Veröffentlicht in deutscher Sprache

in der Zeitschrift „Jugend-Internationale“

Nr. 9 und 10, September und Oktober 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XIX,
S. 408—420.

BRIEFE AUS DER FERNE

ERSTER BRIEF

DIE ERSTE ETAPPE DER ERSTEN REVOLUTION

Die erste, vom imperialistischen Weltkrieg erzeugte Revolution ist ausgebrochen. Diese erste Revolution wird sicher nicht die letzte sein.

Die erste Etappe dieser ersten Revolution, nämlich der *russischen* Revolution vom 14. (1.) März 1917, ist abgeschlossen, soweit die kärglichen Nachrichten, die dem Schreiber dieser Zeilen in der Schweiz vorliegen, ein Urteil zulassen.

Diese erste Etappe wird sicherlich nicht die letzte Etappe unserer Revolution sein.

Wie konnte solch ein „Wunder“ geschehen, daß in bloß acht Tagen — das ist die in dem prahlerischen Telegramm des Herrn Miljukow an alle Vertreter Rußlands im Auslande genannte Zeitspanne — eine Monarchie zusammenstürzte, die sich Jahrhunderte gehalten und sich in den Jahren 1905—1907, diesen drei Jahren gewaltiger Klassenschlachten des gesamten Volkes, trotz allem behauptet hatte?

Wunder gibt es in der Natur und in der Geschichte nicht, aber jede jähe Wendung der Geschichte, darunter auch jede Revolution, zeigt einen solchen Reichtum des Inhalts, entfaltet so unerwartet eigenartige Kombinationen der Kampfformen und der Kräfteverhältnisse der Kämpfenden, daß dem spießbürgerlichen Verstand vieles als Wunder erscheinen muß.

Damit die Zarenmonarchie im Laufe von wenigen Tagen zusammenstürzen konnte, war die Verknüpfung einer ganzen Reihe von Umständen von weltgeschichtlicher Bedeutung erforderlich. Führen wir die wichtigsten an.

Ohne die gewaltigen Klassenschlachten der drei Jahre von 1905 bis 1907 und ohne die damals vom russischen Proletariat an den Tag gelegte revolutionäre Energie wäre eine so schnelle — im Sinne der Vollendung ihrer *Anfangsetappe* im Laufe weniger Tage — zweite

Revolution nicht möglich gewesen. Die erste Revolution (1905) hat den Boden tief aufgewühlt, hat jahrhundertealte Vorurteile ausgerottet und Millionen Arbeiter und Dutzende Millionen von Bauern zum politischen Leben und zum politischen Kampf erweckt, sie hat *alle* Klassen (und alle wichtigen Parteien) der russischen Gesellschaft einander — und der ganzen Welt — in ihrer wahren Natur gezeigt, in dem wirklichen Wechselverhältnis ihrer Interessen, ihrer Kräfte, ihrer Aktionsmethoden, ihrer nächsten und ferneren Ziele. Die erste Revolution und die darauffolgende Epoche der Konterrevolution (1907 bis 1914) hat das ganze Wesen der Zarenmonarchie bloßgelegt, hat sie „an die äußerste Grenze“ gebracht, hat ihre ganze Fäulnis und Niedertucht enthüllt, den ganzen Zynismus und die ganze Verderbtheit der Zarenbande mit dem Ungeheuer Rasputin an der Spitze, alle Bestialitäten der Familie Romanow, dieser Pogromhelden, die Rußlands Boden mit dem Blute der Juden, der Arbeiter und der Revolutionäre tränkten, dieser Romanows, die als *Gutsbesitzer* die „Ersten unter Gleichen“ waren, die *Millionen* Deßjatinen Land *besaßen* und vor keiner Bestialität, vor keinem Verbrechen haltmachten, bereit, jede beliebige Anzahl von Staatsbürgern zugrunde zu richten und zu erwürgen, um ihr eigenes „geheiligttes Eigentum“ und das *ihrer Klasse* zu erhalten.

Ohne die Revolution von 1905—1907, ohne die Konterrevolution von 1907—1914 wäre eine so genaue „Selbstbestimmung“ aller Klassen des russischen Volkes und der übrigen Rußland bewohnenden Völker, wäre eine Bestimmung des Verhältnisses dieser Klassen zueinander und zur Zarenmonarchie, wie sie sich in den acht Tagen der Februar-Märzrevolution des Jahres 1917 offenbart hat, unmöglich gewesen. Diese achttägige Revolution wurde — wenn es erlaubt ist, dieses Bild zu gebrauchen — so „gespielt“, als hätten vorher ein Dutzend Proben und Generalproben stattgefunden; die „handelnden Personen“ kannten einander, ihre Rollen, ihre Plätze, ihre Umgebung durch und durch, bis in die kleinsten Einzelheiten, kannten alle irgendwie bedeutenden Schattierungen der politischen Richtungen und Aktionsmethoden.

Damit aber die erste, die große Revolution des Jahres 1905, die von den Herren Gutschkow und Miljukow und ihren Nachläufern als „große Meuterei“ abgetan worden war, nach zwölf Jahren zu der „glänzenden“, „glorreichen Revolution“ des Jahres 1917 führen konnte, die die Gutschkow und Miljukow als „glorreich“ bezeichnen, weil sie ihnen (*einstweilen*) die Macht gegeben hat, war noch ein großer, mächtiger und allgewaltiger „Regisseur“ notwendig, der instande war, einerseits den Gang der Weltgeschichte in ungeheurem Maße zu be-

schleunigen, anderseits aber im Weltmaßstabe wirtschaftliche, politische, nationale und internationale Krisen von ungeahnter Wucht hervorzurufen. Außer der ungewöhnlichen Beschleunigung der Weltgeschichte waren besonders jähe Wendungen dieser Weltgeschichte nötig, damit bei einer dieser Wendungen der Karren der blut- und schmutzbesudelten Romanow-Monarchie mit *einem Schlage* umstürzen konnte.

Dieser allgewaltige „Regisseur“, dieser machtvoll beschleunigende Faktor war der imperialistische Weltkrieg.

Es steht heute schon außer Zweifel, daß es ein Weltkrieg ist, denn die Vereinigten Staaten und China sind heute schon halb in ihn hineingezogen und werden morgen ganz in ihn hineingezogen werden.

Es steht heute schon außer Zweifel, daß es auf *beiden* Seiten ein imperialistischer Krieg ist. Nur die Kapitalisten und ihre Nachläufer, die Sozialpatrioten und Sozialchauvinisten, können diese Tatsache leugnen oder vertuschen. Den Krieg führt *sowohl* die deutsche *als auch* die englische und französische Bourgeoisie mit dem Ziel des Raubes fremder Länder, der Erdrosselung der kleinen Völker, der Aufrichtung der eigenen Finanzherrschaft über die Welt, der Teilung und Neuaufteilung der Kolonien, der Rettung der untergehenden kapitalistischen Ordnung durch Irreführung und Entzweiung der Arbeiter der verschiedenen Länder.

Der imperialistische Krieg mußte mit objektiver Zwangsläufigkeit den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie außerordentlich beschleunigen und unerhört zuspitzen, er muß sich in den Bürgerkrieg zwischen den feindlichen Klassen umwandeln.

Diese *Umwandlung hat begonnen* mit der Februar-Märzrevolution des Jahres 1917, deren erste Etappe uns erstens zeigte, wie zwei Kräfte vereint den Zarismus schlugen: einerseits das gesamte bürgerliche und gutsherrliche Rußland mit allen seinen unbewußten Nachläufern und allen seinen bewußten Lenkern in Gestalt der englischen und französischen Botschafter und Kapitalisten — und anderseits der *Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten*.

Diese drei politischen Lager, die drei politischen Hauptkräfte: 1. die Zarenmonarchie, das Haupt der feudalen Gutsbesitzer, das Haupt der alten Bürokratie und Generalität; 2. das bürgerliche und gutsherrliche Rußland der Oktobristen und Kadetten, hinter dem das Kleinbürgertum einhertrottete; 3. der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, der seine Verbündeten im gesamten Proletariat und in der gesamten Masse der armen Bevölkerung sucht, — diese drei politischen *Hauptkräfte* traten sogar in den acht Tagen der „ersten

Etappe“ mit vollster Klarheit zutage, selbst für einen vom Schauplatz der Ereignisse so entfernten Beobachter, wie der Schreiber dieser Zeilen es ist, der sich mit den kärglichen Telegrammen der ausländischen Zeitungen begnügen muß.

Doch bevor ich hierauf ausführlicher eingehe, muß ich zu jenem Teil meines Briefes zurückkehren, der einem Faktor von höchster Wichtigkeit — dem imperialistischen Weltkrieg — gewidmet ist.

Der Krieg hat die kriegführenden Mächte, die kriegführenden Gruppen der Kapitalisten, die „Herren“ der kapitalistischen Ordnung, die Sklavenhalter der kapitalistischen Sklaverei mit *eisernen Ketten* aneinandergesellt. *Ein einziger blutiger Knäuel*, — das ist das gesellschaftliche und politische Leben im gegenwärtigen geschichtlichen Zeitpunkt.

Die Sozialisten, die bei Kriegsbeginn auf die Seite der Bourgeoisie übergelaufen sind, alle diese David und Scheidemann in Deutschland, die Plechanow, Potressow, Gwosdew und Konsorten in Rußland, haben lange und aus voller Kehle gegen die „Illusionen“ der Revolutionäre gezetert, gegen die „Illusionen“ des Basler Manifestes, gegen das „Hirngespinnst“ der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Sie haben in allen Tonarten die vom Kapitalismus angeblich an den Tag gelegte Macht, Lebenskraft und Anpassungsfähigkeit besungen, — sie, die den Kapitalisten behilflich gewesen sind, die Arbeiterklassen der verschiedenen Länder „anzupassen“, zu zähmen, zu übertölpeln und zu entzweien!

Doch „wer zuletzt lacht, lacht am besten“. Nicht auf lange hat die Bourgeoisie die durch den Krieg erzeugte revolutionäre Krise hinauszuschieben vermocht. Sie wächst mit unwiderstehlicher Gewalt in allen Ländern, von Deutschland angefangen, wo nach dem Ausdruck eines vor kurzem dort gewesenen Beobachters ein „genial organisierter Hunger“ herrscht, bis einschließlich England und Frankreich, wo *ebenfalls der Hunger* herannaht, wo aber die Organisation weit weniger „genial“ ist.

Es ist natürlich, daß im zaristischen Rußland, wo die Desorganisation am ungeheuerlichsten war und wo das Proletariat am revolutionärsten ist (nicht dank seinen besonderen Eigenschaften, sondern dank den lebendigen Traditionen des „Jahres 1905“), die revolutionäre Krise *zu allererst* ausgebrochen ist. Diese Krise wurde durch eine Reihe schwerster Niederlagen beschleunigt, die Rußland und seinen Verbündeten beigebracht wurden. Die Niederlagen haben die ganze alte Regierungsmaschine und die ganze alte Ordnung ins Wanken gebracht, sie haben *alle* Klassen der Bevölkerung gegen diese Ordnung aufge-

bracht und die Armee erbittert, sie haben das alte, aus verknöcherten Adeligen bestehende und von besonders faulem Beamtengeist durchdrungene Offizierkorps zum großen Teil aufgerieben und durch ein junges, frisches, vorwiegend bürgerliches, ständeloses und kleinbürgerliches Offizierkorps ersetzt.

Wenn aber die im Krieg erlittenen Niederlagen die Rolle eines negativen Faktors spielten, der die Explosion beschleunigte, so war die *Verbindung* des englischen und französischen Finanzkapitals, des englischen und französischen Imperialismus mit dem oktobristisch-kadettischen Kapital Rußlands ein Faktor, der diese Krise beschleunigte.

Diese außerordentlich wichtige Seite der Sache wird aus leicht verständlichen Gründen von der englischen und französischen Presse verschwiegen, während sie von der deutschen schadenfroh unterstrichen wird. Wir Marxisten müssen der Wahrheit nüchtern ins Auge sehen, wir dürfen uns weder durch die offiziellen Lügen, die süßlich diplomatischen Lügen der Diplomaten und Minister der einen kriegführenden Imperialistengruppe noch durch das Zwinkern und Kichern ihrer finanziellen und militärischen Konkurrenten von der anderen kriegführenden Gruppe beirren lassen. Der ganze Gang der Ereignisse der Februar-Märzrevolution zeigt deutlich, daß die englische und die französische Botschaft mit ihren Agenten und „Verbindungen“, die seit langem die verzweifeltsten Anstrengungen machten, „separate“ Übereinkünfte und einen Separatfrieden zwischen Nikolaus dem Zweiten (dem Letzten, wollen wir aber hoffen und erreichen) und Wilhelm dem Zweiten zu verhindern, unmittelbar auf die *Absetzung* Nikolaus Romanows hinarbeiteten.

Wir wollen uns keine Illusionen machen.

Wenn die Revolution so rasch und — nach außen hin, auf den ersten, oberflächlichen Blick — so „radikal“ gesiegt hat, so nur aus dem Grunde, weil dank einer außerordentlich originellen historischen Situation *völlig verschiedene* Ströme, *völlig ungleichartige* Klasseninteressen, *völlig entgegengesetzte* politische und soziale Bestrebungen *ineinanderflossen*, und zwar wunderbar „einmütig“ ineinanderflossen. Nämlich: die Verschwörung der englischen und französischen Imperialisten, die die Miljukow, Gutschkow und Konsorten dazu drängten, die Macht zu ergreifen *im Interesse der Fortsetzung des imperialistischen Krieges*, im Interesse seiner noch erbitterteren und hartnäckigeren Weiterführung, im Interesse der *Hinschlachtung neuer Millionen* von Arbeitern und Bauern Rußlands, um den Gutschkow ... Konstantinopel, den französischen Kapitalisten ... Syrien, den englischen

Kapitalisten ... Mesopotamien usw. zuzuschancen. Dies einerseits. Andererseits aber eine tiefgehende revolutionäre Bewegung des Proletariats und der Volksmassen (der gesamten besitzlosen Bevölkerung in Stadt und Land) für *Brot, für Frieden, für wahre Freiheit*.

Die revolutionären Arbeiter und Soldaten haben die schändliche *Zarenmonarchie* bis in die Grundfesten zerstört, ohne in Entzücken oder Verwirrung darüber zu geraten, daß ihnen in gewissen, kurzen, durch das Zusammentreffen von Umständen einzigartigen geschichtlichen Augenblicken der Kampf der Buchanan, Gutschkow, Miljukow und Konsorten, die nur den einen Monarchen durch einen *anderen* ersetzen wollten, zu *Hilfe* kam.

So und nur so lagen die Dinge. So und nur so kann ein Politiker die Dinge betrachten, der die Wahrheit nicht fürchtet, der das Wechselverhältnis der gesellschaftlichen Kräfte in der Revolution nüchtern abwägt, der jede „gegenwärtige Lage“ nicht nur vom Standpunkt ihrer ganzen gegebenen, momentanen Eigenart abschätzt, sondern auch vom Standpunkt ihrer tieferen Triebfedern, des tiefer liegenden Wechselverhältnisses zwischen den Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie sowohl in Rußland als auch in der ganzen Welt.

Die Petrograder Arbeiter und Soldaten, wie auch die Arbeiter und Soldaten ganz Rußlands, haben mit der größten Hingebung gegen die Zarenmonarchie, für die Freiheit, für die Übergabe des Bodens an die Bauern, für den *Frieden*, gegen das imperialistische Gemetzel gekämpft. Das englische und französische imperialistische Kapital hat, um dieses Gemetzel fortsetzen und verstärken zu können, Palastintrigen gesponnen, hat eine Verschwörung angezettelt, es hat die Gutschkow und Miljukow angestachelt und ermutigt und *eine fix und fertige neue Regierung zusammengestellt*, die denn auch sofort nach den ersten Schlägen, die der Kampf des Proletariats dem Zarismus versetzte, die *Macht an sich gerissen hat*.

Diese Regierung stellt kein zufälliges Häuflein von Menschen dar.

Es sind die Vertreter einer neuen Klasse, die in Rußland zur politischen Macht aufgestiegen ist, der Klasse der kapitalistischen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, die unser Land wirtschaftlich seit langem *lenkt* und die sich sowohl in den Jahren der Revolution von 1905 bis 1907 als auch in den Jahren der Konterrevolution von 1907—1914 und schließlich — und zwar mit besonderer Schnelligkeit — während der Kriegsjahre 1914—1917 außerordentlich rasch politisch organisierte, indem sie die örtliche Selbstverwaltung und die Volksbildung, die Kongresse verschiedenster Art, die Reichsduma, die Kriegsindustrie-Komitees usw. in ihre Hände nahm. Diese neue Klasse war gegen

1917 schon „beinahe ganz“ an der Macht; deshalb bedurfte es nur der ersten Schläge gegen den Zarismus, damit er zusammenstürzte und der Bourgeoisie Platz machte. Der imperialistische Krieg, der eine unglaubliche Kräfteanspannung erfordert, hat den Gang der Entwicklung des zurückgebliebenen Rußland so beschleunigt, daß wir „mit einem Schlag“ (in Wirklichkeit *scheinbar* mit einem Schlag) Italien, England und fast Frankreich *eingeholt* und eine „Koalitionsregierung“, eine „nationale Regierung“ (d. h. eine für die Fortführung des imperialistischen Gemetzels und den Volksbetrug geeignete) „parlamentarische“ Regierung erhalten haben.

Neben dieser Regierung — die im Grunde genommen vom Standpunkt des *gegenwärtigen* Krieges der bloße Sachwalter der Milliarden-„Firmen“: „England und Frankreich“ ist — ist eine neue, inoffizielle, noch unentwickelte und verhältnismäßig schwache *Arbeiterregierung* entstanden, die die Interessen des Proletariats und der gesamten besitzlosen Bevölkerung in Stadt und Land zum Ausdruck bringt. Das ist der *Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten* in Petrograd.

Derart ist die *tatsächliche* politische Lage, die wir vor allem mit der größtmöglichen objektiven Genauigkeit festzustellen bestrebt sein müssen, um die marxistische Taktik auf der einzig festen Grundlage aufzubauen, auf der sie beruhen muß, auf der Grundlage der *Tatsachen*.

Die Zarenmonarchie ist geschlagen, aber noch nicht vernichtet.

Die oktobristisch-kadettische bürgerliche Regierung, die den imperialistischen Krieg „bis ans Ende“ führen will und faktisch der Sachwalter der Finanzfirma „England und Frankreich“ ist, *sieht sich genötigt*, dem Volk ein *Höchstmaß* an Freiheiten und Zugeständnissen zu *versprechen*, soweit sich diese damit vereinbaren lassen, daß diese Regierung ihre Macht über das Volk und die Möglichkeit behält, das imperialistische Gemetzel fortzusetzen.

Der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten ist die Keimzelle einer Arbeiterregierung, der Vertreter der Interessen der ganzen Masse der *besitzlosen* Bevölkerung, d. h. von neun Zehnteln der Bevölkerung, der nach *Frieden, Brot und Freiheit* strebt.

Der Kampf dieser drei Kräfte bestimmt die Situation, die jetzt entstanden ist und die den *Übergang* bildet von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten.

Um wirklich gegen die Zarenmonarchie zu kämpfen, um die Freiheit tatsächlich, nicht bloß in Worten oder in Verheißungen der Schönredner des Liberalismus zu gewährleisten, müssen *nicht* die Arbeiter die neue Regierung unterstützen, sondern diese Regierung muß die

Arbeiter „unterstützen“! Denn die einzige *Garantie* für die Freiheit und die restlose Zerschmetterung des Zarismus ist die *Bewaffnung des Proletariats*, die Festigung, Erweiterung und Weiterentwicklung der Rolle, der Bedeutung und der Macht des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Alles andere ist Phrase und Lüge, ist Selbstbetrug der Politikaster aus dem liberalen und radikalen Lager.

Helft mit bei der Bewaffnung der Arbeiter oder hindert sie wenigstens nicht — und die Freiheit in Rußland wird unbesiegbar, die Monarchie nicht wiederherstellbar, die Republik gesichert sein.

Andernfalls wird das Volk betrogen werden. Versprechungen sind billig. Versprechungen kosten nichts. In *allen* bürgerlichen Revolutionen haben alle bürgerlichen Politikaster das Volk mit Versprechungen „gefüttert“ und die Arbeiter zum Narren gehalten.

Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution, *deshalb* müssen die Arbeiter die Bourgeoisie unterstützen — sagen die völlig untauglichen Politiker aus dem Lager der Liquidatoren.

Unsere Revolution ist eine bürgerliche Revolution — sagen wir Marxisten —, *deshalb* müssen die Arbeiter dem Volk über den Betrug der bürgerlichen Politikaster die Augen öffnen und es lehren, Worten keinen Glauben zu schenken, sich nur auf die *eigenen* Kräfte, auf die *eigene* Organisation, auf den *eigenen* Zusammenschluß, auf die *eigene* Bewaffnung zu verlassen.

Die Regierung der Oktobristen und Kadetten, der Gutschkow und Miljukow, *kann*, selbst wenn sie das aufrichtig wollte, dem Volk weder *Frieden* noch *Brot* noch *Freiheit* geben.

Frieden kann sie nicht geben, weil sie eine Regierung des Krieges ist, eine Regierung der Fortsetzung des imperialistischen Gemetzels, eine Regierung des *Länderraubes*, die sich vorderhand noch mit keinem Wort von der zaristischen Politik der Annexion Armeniens, Galiziens und der Türkei, der Wegnahme Konstantinopels, der Wiedereroberung Polens, Kurlands, Litauens usw. losgesagt hat. Diese Regierung ist durch das englische und französische imperialistische Kapital an Händen und Füßen gebunden. Das russische Kapital ist nur eine Filiale der Welt-„Firma“, die über *hunderte Milliarden* Rubel verfügt und den Namen führt: „England und Frankreich“.

Brot kann sie nicht geben, weil sie eine bürgerliche Regierung ist. Im *besten* Falle wird sie dem Volk, nach dem Vorbild Deutschlands, einen „genial organisierten Hunger“ bringen. Das Volk aber wird den Hunger nicht hinnehmen. Das Volk wird erfahren und sicher bald erfahren, daß Brot vorhanden ist und beschafft werden kann,

aber nicht anders als durch Maßnahmen, *die nicht haltmachen vor der Heiligkeit des Kapitals und des Grundbesitzes.*

Freiheit kann sie nicht geben, weil sie eine Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten ist, die *Angst* vor dem Volk hat.

Über die taktischen Aufgaben unseres nächsten Verhaltens gegenüber dieser Regierung werden wir in einem anderen Artikel sprechen. Dort werden wir zeigen, worin die Eigenart des gegenwärtigen Zeitpunkts, des *Übergangs* von der ersten zur zweiten Etappe der Revolution, besteht, warum die Losung, die „Aufgabe des Tages“, in *diesem* Zeitpunkt sein muß: *- Arbeiter! Ihr habt im Bürgerkrieg gegen den Zarismus Wunder an proletarischem Heldentum, an Volksheldentum vollbracht. Ihr müßt Wunder an Organisation des Proletariats und des gesamten Volkes vollbringen, um euren Sieg in der zweiten Etappe der Revolution vorzubereiten.*

Wir beschränken uns *heute* auf die Analyse des Klassenkampfes und des Wechselverhältnisses der Klassenkräfte in der gegenwärtigen Etappe der Revolution, müssen aber noch die Frage stellen: welche *Verbündeten* hat das Proletariat in der *gegenwärtigen* Revolution?

Es hat *zwei* Verbündete: erstens die breite, viele Dutzende Millionen zählende Masse der halbproletarischen und zum Teil kleinbäuerlichen Bevölkerung in Rußland, die die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung bildet. Diese Masse *braucht* Frieden, Brot, Freiheit, Land. Diese Masse wird sich unvermeidlich unter einem gewissen Einfluß der Bourgeoisie und besonders des Kleinbürgertums befinden, dem sie ihren Lebensbedingungen nach am nächsten steht, und wird zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin und her pendeln. Die harten Lehren des Krieges, die *um so härter* sein werden, je energischer die Gutschkow, Lwow, Miljukow und Konsorten den Krieg führen, werden diese Masse unweigerlich zum Proletariat treiben und sie zwingen, ihm Gefolgschaft zu leisten. Wir müssen jetzt bestrebt sein, diese Masse unter Ausnutzung der Freiheit der neuen Ordnung und der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten vor allem und am meisten *aufzuklären und zu organisieren.* Sowjets der Bauerndeputierten, Sowjets der Landarbeiter — das ist eine der dringendsten Aufgaben. Hierbei werden unsere Bestrebungen nicht nur darauf gerichtet sein, daß die Landarbeiter ihre eigenen, besonderen Sowjets schaffen, sondern auch darauf, daß die besitzlosen und armen Bauern sich *getrennt* von den begüterten Bauern organisieren. Über die besonderen Aufgaben und besonderen Formen der jetzt dringend notwendigen Organisation im nächsten Brief.

Zweitens hat das russische Proletariat einen Verbündeten im

Proletariat *aller* kriegführenden und überhaupt aller Länder. Es ist gegenwärtig durch den Krieg in bedeutendem Maße niedergehalten, und allzuhäufig sprechen in seinem Namen die Sozialchauvinisten, die auch in Europa, ebenso wie die Plechanow, Gwosdew, Potressow in Rußland, zur Bourgeoisie übergelaufen sind. Aber die Befreiung des Proletariats vom Einfluß der Sozialchauvinisten hat mit jedem Monat, den der imperialistische Krieg weitergeht, Fortschritte gemacht, und die russische Revolution wird diesen Prozeß *unvermeidlich* in gewaltigem Maße beschleunigen.

Mit diesen beiden Verbündeten kann und wird das Proletariat Rußlands *unter Ausnutzung der Besonderheiten* des gegenwärtigen Übergangsstadiums zuerst zur Eroberung der demokratischen Republik und des vollen Sieges der Bauern über die Gutsbesitzer, dann aber zum *Sozialismus* schreiten, der allein den vom Krieg gemarterten Völkern *Frieden, Brot und Freiheit* geben wird.

Veröffentlicht in der Zeitung „Prawda“
Nr. 14 und 15, 3. und 4. April
(21. und 22. März) 1917.

ANMERKUNGEN

¹ *Die Julikrise unter Kerenski* — wurde durch die Ereignisse vom 3. bis zum 5. Juli 1917 hervorgerufen. An diesen Tagen kam es in Petrograd zu spontanen Demonstrationen der Arbeiter und Soldaten, die die Übergabe der Macht an die Sowjets forderten. Ungeachtet des friedlichen Charakters der Demonstrationen setzte die bürgerliche provisorische Regierung unter Leitung des Sozialrevolutionärs Kerenski gegen die Demonstranten Truppen ein. Nach Unterdrückung der Demonstrationen begann die Regierung die bolschewistische Partei zu verfolgen, verbot das bolschewistische Zentralorgan — die Zeitung „Prawda“ —, erließ einen Haftbefehl gegen Lenin, der sich in der Illegalität verborgen halten mußte, verhaftete eine Reihe bekannter Funktionäre der bolschewistischen Partei usw. Doch verstand es die Partei, geführt von Lenin und Stalin, trotz diesen schweren Bedingungen den Sieg der proletarischen Revolution im Oktober 1917 vorzubereiten. — S. 25.

² *Die Brest-Litowsker Periode* — steht im Zusammenhang mit dem Frieden von Brest-Litowsk. Die junge, noch nicht gefestigte Sowjetrepublik mußte den ihr vom imperialistischen Deutschland und seinen Verbündeten — Österreich-Ungarn, Türkei und Bulgarien — aufgezwungenen Raubfrieden annehmen, der am 3. März 1918 in Brest-Litowsk unterzeichnet wurde. Nach dem Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs im November 1918 wurde der Friedensvertrag von Brest-Litowsk von der Sowjetregierung annulliert. — S. 25.

³ *Die Bulyginsche Duma* — so genannt nach dem Innenminister Bulygin, dem Urheber des im August 1905 ausgearbeiteten Entwurfs der Bestimmungen zur Einberufung einer Vertretungskörperschaft (Duma) mit beratenden Funktionen. Die Bulyginsche Duma ist nicht zusammengetreten. Unter dem Druck der revolutionären Ereignisse im Herbst 1905 war die zaristische Regierung gezwungen, dieses Projekt aufzugeben und die Einberufung einer Vertretungskörperschaft mit gesetzgebenden Funktionen zu versprechen. — S. 27.

⁴ *Kadettenpartei, Kadetten* — die Hauptpartei der russischen liberal-monarchistischen Bourgeoisie, gegründet 1905. Sie nannte sich „Konstitutionell-demokratische“ Partei (daher die verkürzte Bezeichnung „Kadetten“). — S. 27.

⁵ „*Iskra*“ (Der Funke) — die von W. I. Lenin Ende 1900 gegründete, erste allrussische Zeitung der revolutionären Marxisten. Sie erschien im Ausland und wurde illegal in Rußland verbreitet. Die Leninsche „Iskra“ von 1900—1903 spielte eine gewaltige historische Rolle, sie bereitete die Bildung einer selbständigen Partei des Proletariats in Rußland vor. Im November 1903, kurz nach dem II. Parteitag der SDAPR, ging die Zeitung in die Hände der Menschewiki über. Seit jener Zeit bezeichnete man sie als die neue, menschewistische, opportunistische, „Iskra“. — S. 30.

⁶ *Die Stolypinpartei* (oder Stolypinsche Arbeiterpartei) — so wurden in der Zeit der Reaktion, die nach der Niederlage der Revolution von 1905 einsetzte, die menschewistischen Liquidatoren ironisch genannt, die den Verzicht auf die revolutionäre

illegale Partei des Proletariats und die Schaffung einer „offenen“ Partei predigten, die im Rahmen des Stolypinregimes (so genannt nach dem Vorsitzenden des Ministerrats Stolypin) wirken sollte. — S. 34.

⁷ *Die Pariser Kommune* — die erste „Regierung der Arbeiterklasse“ (Marx) in der Geschichte, die infolge des Aufstands des Pariser Proletariats im März 1871 zur Macht kam. Mit Hilfe der preußischen Besatzungsarmee wurde die Pariser Kommune von der reaktionären französischen Regierung im Blut ertränkt. — S. 40.

⁸ *Nikita Sergejewitsch Chruschtschow* — damals Leiter der Moskauer Organisation der KPdSU(B). — S. 46.

⁹ *Ossowiachim* — Vereinigung zur Unterstützung der Wehrfähigkeit und des Aufbaus der Flugzeug- und Chemieindustrie der Sowjetunion. — S. 46.

¹⁰ *Stachanow, A.*, (geb. 1905) — Bergarbeiter aus dem Donezbecken, der den Anstoß gab für die Massenbewegung zur Erzielung einer hohen Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft der Sowjetunion. Diese Bewegung erhielt den Namen Stachanowbewegung. — S. 53.

¹¹ *Papanin, I. D.*, (geb. 1894) — Erforscher der Arktis, Leiter der driftenden Station „Nordpol“, die vom 21. V. 1937 bis 19. II. 1938 driftete. — S. 53.

¹² Gemeint ist die französische bürgerliche Revolution Ende des 18. Jahrhunderts. — S. 64.

¹³ Lenin schrieb bald darauf das Buch „Materialismus und Empiriokritizismus“, in dem er an Bogdanow und anderen Revisionisten sowie an ihren philosophischen Lehrern — Avenarius und Mach — eine vernichtende Kritik übte. — S. 76.

¹⁴ *Der französische Millerandismus* — gemeint ist der Eintritt des französischen Sozialisten Millerand in die reaktionäre bürgerliche Regierung im Jahre 1899. — S. 79.

¹⁵ Siehe *Karl Marx*, „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, Vorwort, Moskau 1934, S. 4, 5 und 6. — S. 91.

¹⁶ *Karejew, N. I.* (1850—1931) — russischer Historiker, Idealist, Verfasser einer Reihe von Werken über Geschichtsphilosophie; führte einen erbitterten Kampf gegen den Marxismus. — S. 95.

¹⁷ Transformismus — Lehre Darwins von der Veränderlichkeit der Pflanzen- und Tierarten. — S. 98.

¹⁸ *Der „Brief“ von Marx* — gemeint ist der Brief von Karl Marx an die Redaktion der „Otjetschestwenyje Sapiski“ (Vaterländische Blätter), der Ende 1877 aus Anlaß des Artikels von N. Michailowski „Karl Marx vor dem Tribunal des Herrn J. Shukowski“ geschrieben wurde. — S. 98.

¹⁹ Das erwähnte Werk „Die deutsche Ideologie“ lag jahrzehntelang in den Archiven der deutschen sozialdemokratischen Partei. Zum erstenmal wurde es ungekürzt in deutscher Sprache 1932 vom Marx-Engels-Lenin-Institut in Moskau herausgegeben. — S. 99.

²⁰ Siehe das Vorwort von *Friedrich Engels* zu seinem Werk „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“, Moskau 1946, S. 4. — S. 99.

²¹ *Das Buch des Amerikaners Morgan* — gemeint ist das Werk „Ancient Society“ (Die Urgesellschaft) von L. H. Morgan. — S. 100.

²² Siehe *F. Engels*, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, Vorwort zur ersten Ausgabe 1884. Moskau 1940, S. VI. — S. 100.

²³ *Lehnswesen* — ein besonderes System des feudalen Grundbesitzes, das in Rußland in der Mitte des 15. Jahrhunderts entstanden ist. Das Lehen galt als Eigentum des feudalen Herrschers und wurde anfangs von ihm an Adlige als zeitweiliger und bedingter Besitz für Kriegsdienste oder Dienste bei Hof vergeben. — S. 105.

²² *Burenin, W.*, — Mitarbeiter der reaktionären Zeitung „*Nowoje Wremja*“ (Neue Zeit), führte eine verkommenere Hetze gegen die Vertreter aller fortschrittlichen Strömungen des sozialen Gedankens. Lenin gebraucht diesen Namen als Gattungsnamen für die Kennzeichnung skrupelloser Methoden in der Polemik. — S. 108.

²⁵ Aus der Fabel „Der Elefant und der Mops“ des berühmten russischen Fabeldichters Krylow. — S. 111.

²⁶ Siehe *F. Engels*, „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, aus dem Vorwort zur ersten Ausgabe 1884, Moskau 1940, S. V. — S. 113.

²⁷ „*Wjestnik Jewropy*“ (Europäischer Bote) — Monatszeitschrift, die in Petersburg von 1866 bis Sommer 1918 erschien. Sie gab die Anschauungen der russischen liberalen Bourgeoisie wieder und führte in den 90er Jahren einen systematischen Kampf gegen den Marxismus. — S. 117.

²⁸ Siehe *F. Engels*, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ (Anti-Dühring), Moskau 1946, S. 157—160. — S. 123.

²⁹ Siehe *F. Engels*, „Anti-Dühring“, S. 162—164. — S. 125.

³⁰ „*Otjestschestwennyje Sapiski*“ (Vaterländische Blätter) — sozial-literarische Zeitschrift, erschien in Petersburg von 1818—1884. Sammelte um sich hervorragende Vertreter der revolutionär-demokratischen Intelligenz. Wurde 1884 von der zaristischen Regierung verboten. — S. 126.

³¹ „*Postoronni*“ (Beisitzender, Unbeteiligter) — Pseudonym N. K. Michailowskis. — S. 126.

³² Gemeint ist folgender von Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“ formulierter Satz:

„Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind.

Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unsern Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung.“ „Manifest der Kommunistischen Partei“, Moskau 1945, S. 31. — S. 129.

³³ Siehe *F. Engels*, „Anti-Dühring“, S. 112. — S. 130.

³⁴ Aus einem Brief von Karl Marx an Ruge (September 1843), Marx-Engels-Gesamtausgabe, Erste Abtl., Bd. 1, 1. Halbbd., S. 573/74. — S. 136.

³⁵ *Die Geschichte Rußlands nach der Reform* — d. h. nach der „Bauernreform“ von 1861, die die Feudalrechte in Rußland abschaffte, und der ihr folgenden Reformen der Verwaltung, des Gerichtswesens usw. Nach den Worten W. I. Lenins „war die ‚Bauernreform‘ eine von den Fronherren durchgeführte bürgerliche Reform. Das war ein Schritt auf dem Wege der Umwandlung Rußlands in eine bürgerliche Monarchie.“ — S. 142.

³⁶ *Plechanow und sein Kreis* — es handelt sich hier um die Gruppe „Befreiung der Arbeit“, der ersten russischen marxistischen Gruppe, die von Plechanow 1883 in der Schweiz gegründet worden war und die eine große Arbeit zur Verbreitung des Marxismus in Rußland geleistet hatte. — S. 144.

³⁷ „*Narodnaja Wolja*“ (Volkswille) — revolutionäre kleinbürgerliche Strömung in Verbindung mit der Tätigkeit der Partei „*Narodnaja Wolja*“. Als politische Kampfmethodete wählten die Anhänger dieser Strömung den Weg des individuellen Terrors, der sich gegen die bekanntesten Vertreter der Selbstherrschaft richtete. — S. 149.

³⁸ *Partei des „Narodnoje Prawo“* (Volksrecht) — eine illegale Organisation demokratischer Intellektueller, wurde 1893 gegründet und bald darauf von der zaristischen Regierung zerschlagen. — S. 152.

³⁹ *Die „Gruppe der Narodowolzen“* (Volkswille) — entstand 1891 und hörte 1896

auf zu bestehen. Diese Gruppe ging langsam, unter dem Einfluß der wachsenden Arbeiterbewegung im Lande, vom Narodowolzentum zum Marxismus über. Einzelne ihrer Mitglieder wurden in der Folge aktive Funktionäre der SDAPR. — S. 152.

⁴⁰ Der „Auslandsbund russischer Sozialdemokraten“ — wurde 1894 in Genf auf Initiative der Gruppe „Befreiung der Arbeit“ gegründet. Diese Gruppe leitete im Anfang den „Auslandsbund“ und redigierte seine Veröffentlichungen. Späterhin gewannen im „Auslandsbund“ die opportunistischen Elemente („Ökonomen“) die Oberhand. — S. 152.

⁴¹ „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ — von Lenin 1895 in Petersburg gegründet. Der „Kampfbund“ vereinigte alle getrennt voneinander bestehenden marxistischen Arbeiterzirkel in einer einheitlichen zentralisierten Organisation. Er verwirklichte zum erstenmal die Vereinigung des Sozialismus mit der Arbeiterbewegung und war der Keim einer wahrhaft marxistischen Partei in Rußland. — S. 152.

⁴² Gruppe „Befreiung der Arbeit“ — vgl. Anm. 36. — S. 162.

⁴³ *Blanquismus* — eine Strömung in der französischen sozialistischen Bewegung, benannt nach dem hervorragenden Revolutionär Louis-Auguste Blanqui (1805—1881). „Der Blanquismus“, schrieb W. I. Lenin, „erwartet die Erlösung der Menschheit aus der Lohnsklaverei nicht vom Klassenkampf des Proletariats, sondern von einer Verschwörung einer geringen intellektuellen Minderheit.“ — S. 164.

⁴⁴ *Das Gesetz vom 2. Juni 1897* beschränkte in Rußland die Dauer des Arbeitstags in den Fabriken auf 11½ Stunden und führte die obligatorische Sonntagsruhe ein. — S. 165.

⁴⁵ „*Rabotschaja Gaseta*“ (Arbeiterzeitung) — Blatt der Kiewer Sozialdemokraten, erschien seit 1897 und wurde vom 1. Parteitag der SDAPR (1898) zum Zentralorgan der Partei erklärt. Es erschienen im ganzen zwei Nummern. — S. 176.

⁴⁶ *Lassalleaner* — Mitglieder des 1863 von Ferdinand Lassalle gegründeten „Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“. Im Jahre 1875 schlossen sie sich der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an und bildeten ihren rechten Flügel. *Eisenacher* — Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gegründet 1869 in Eisenach von Wilhelm Liebknecht, August Bebel u. a. Sie bildeten den linken Flügel der deutschen Sozialdemokratie. Die *Guesdisten* — bildeten den linken Flügel der Sozialistischen Partei Frankreichs, geführt von Jules Guesde, einem der ersten Führer der marxistischen Organisation in Frankreich. *Possibilisten* (vom französischen Wort possible — möglich) — opportunistischer Flügel der Sozialistischen Partei Frankreichs. — S. 178.

⁴⁷ *Russische Kritiker* — Struve, Bulgakow u. a., die gegen den revolutionären Marxismus in der legalen Literatur auftraten. — S. 178.

⁴⁸ *Bernstein, Eduard* (1850—1932) — siehe den Artikel: *W. I. Lenin*, „Marxismus und Revisionismus“, S. 73—81 des vorl. Bandes. — S. 179.

⁴⁹ *Millerand* — vgl. Anm. 14. — S. 179.

⁵⁰ Siehe die Vorrede von Friedrich Engels zur dritten deutschen Ausgabe des „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ von Karl Marx. Moskau 1939, S. 8. — S. 180.

⁵¹ „*Sarja*“ (Morgenröte) — marxistische theoretische Zeitschrift, herausgegeben in den Jahren 1901—1902 in Stuttgart unter der Redaktion von Lenin, Plechanow u. a. Insgesamt erschienen vier Nummern. — S. 182.

⁵² „*Bessaglawzy*“ — Herausgeber und Mitarbeiter der Zeitschrift „Bes Saglawija“ (Ohne Überschrift), die 1906 in Petersburg von Prokopowitsch, Kuskowa u. a. früheren „Ökonomen“ herausgegeben wurde, die auf die Positionen der liberalen Bourgeoisie hinübergewechselt waren. — S. 182.

⁵³ *Iłowaiski* — Verfasser offizieller Geschichtslehrbücher, mit deren Hilfe im zaristischen Rußland die Schüler im Geiste der „Untertanentreue“ erzogen wurden. Die Ignoranz und die Geschichtsklitterung dieser Lehrbücher sind sprichwörtlich geworden. — S. 183.

⁵⁴ *Das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten in Deutschland* wurde 1878 auf Breibrens Bismarcks erlassen, um die deutsche Sozialdemokratie zu erdrosseln. Das Gesetz wurde im Jahre 1890 aufgehoben. — S. 183.

⁵⁵ „*Vorwärts*“ — Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie, erschien seit 1890 unter diesem Titel. — S. 183.

⁵⁶ *Nosdrew* — Typ eines Gutsbesitzers, eines Raufbolds und Betrügers, Gestalt aus Gogols „Toten Seelen“, von dem der Verfasser sagt, er wäre eine „geschichtliche“ Persönlichkeit, da er überall, wo er nur auftauche, „Geschichten“ und Skandale beginne. — S. 184.

⁵⁷ Gemeint ist das Volkstümlertum. — S. 186.

⁵⁸ „*Der Schriftsteller, der überheblich wurde*“ — Titel einer der ersten Erzählungen von Maxim Gorki. — S. 186.

⁵⁹ Dieser Sammelband enthielt Artikel von Lenin (unter dem Pseudonym Tulin), Plechanow, Potressow, Struve u. a. — S. 187.

⁶⁰ *Subatow*, S. W. (1863—1917) — Chef der Moskauer Ochrana (Geheimpolizei), Initiator des sogenannten Polizeisozialismus. Subatow schuf Pseudo-Arbeiterorganisationen unter der Vormundschaft der Gendarmen und der Polizei mit dem Ziel, die Arbeiter von der revolutionären Bewegung abzulenken. — S. 188.

⁶¹ „*Credo*“ (wörtlich: „Ich glaube“) — Manifest, in dem die Ansichten der „Ökonomenisten“ dargelegt wurden. Seine Verfasserin war Kuskowa. — S. 188.

⁶² „*Vademecum*“ (wörtlich: „Geh mit mir“ — übliche Bezeichnung für Wegweiser) der Redaktion des „*Rabotscheje Djelo*“ — Sammlung von Dokumenten über den „Ökonomismus“, zusammengestellt von Plechanow. — S. 189.

⁶³ „*Profession de foi*“ (Glaubensbekenntnis) — ein vom Kiewer Komitee der SDAPR zusammengestelltes Dokument, gehörte zu den programmatischen Kundgebungen der „Ökonomenisten“. — S. 189.

⁶⁴ Siehe *Karl Marx*, „Zur Kritik des Gothaer Programms“, Brief an Bracke vom 5. Mai 1875. Moskau 1941, S. 15. — S. 194.

⁶⁵ „*Russkaja Starina*“ (Russische Altertümer) — Zeitschrift für Geschichte, erschien in Petersburg von 1870—1918. — S. 200.

⁶⁶ „*St. Peterburgski Rabotschi Listok*“ (St. Petersburger Arbeiterblatt) — eine im Jahre 1897 vom Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ herausgegebene Zeitung. Es erschienen nur zwei Nummern. — S. 201.

⁶⁷ *A. A. Wanejew* und einige seiner Genossen — das waren Lenin, Krshishanowski und andere Mitglieder des Petersburger „Kampfbundes“; sie waren am 26. Februar 1897 — vor ihrem Abtransport nach Sibirien — für einige Tage aus dem Gefängnis entlassen worden und nutzten diesen Urlaub zu einer Besprechung mit den in Freiheit gebliebenen „jungen“ Funktionären des „Kampfbundes“ aus, die zum „Ökonomismus“ neigten. — S. 202.

⁶⁸ Gemeint sind hier W. I. Lenin und seine Kampfgefährten aus dem Petersburger „Kampfbund“, die von der zaristischen Polizei im Dezember 1895 verhaftet wurden. — S. 202.

⁶⁹ Die zaristischen Gendarmen trugen blaue Uniformen. — S. 203.

⁷⁰ Gemeint sind die „Ökonomenisten“. — S. 204.

⁷¹ *Herr W. W.* — W. P. Woronzow, einer der Ideologen des liberalen Volkstümlertums in den 90er Jahren. — S. 205.

⁷² *Schulze-Delitzsch, F.* (1808—1883) — Ideologe des deutschen Kleinbürgertums; propagierte die Schaffung von Produktivgenossenschaften, die seiner Meinung nach die wirtschaftliche Selbständigkeit der Handwerker und der Kleinproduzenten überhaupt sowie der Arbeiter sichern konnten. — S. 202.

⁷³ *Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften* wurden 1868 in Deutschland von den liberalen Bourgeois Hirsch und Duncker gegründet. In diesen Gewerkschaften wurden die Arbeiter im Geiste der „Ausöhnung“ mit der Bourgeoisie und der Harmonie der Klasseninteressen erzogen. — S. 209.

⁷⁴ „*Gruppe der Selbstbefreiung der Arbeiterklasse*“ — kleine, wenig einflußreiche Organisation „ökonomistischer“ Richtung, entstand 1898 in Petersburg. — S. 211.

⁷⁵ *Beltow* — Pseudonym Plechanows. — S. 217.

⁷⁶ Das heißt der „Auslandsbund der russischen Sozialdemokraten“. (Vgl. Anm. 40.) — S. 223.

⁷⁷ *Bezirkshauptleute* — Vertreter der Machtorgane auf dem Lande, die aus der Zahl der örtlichen adligen Gutsbesitzer ernannt wurden und in deren Händen die ganze administrative Gewalt und die Gerichtsbarkeit über die bäuerliche Bevölkerung vereinigt war. Das Amt der Bezirkshauptleute wurde 1889 eingeführt und bestand bis zum Sturze des Zarismus in Rußland. — S. 223.

⁷⁸ Gemeint ist das Buch von Sidney und Beatrice Webb „*Industrial Democracy*“ („Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften“), das von W. I. Lenin ins Russische übersetzt wurde. — S. 225.

⁷⁹ *Narziß Tuporylow* (deutsch etwa: Plattschnauze) — scherzhaftes Pseudonym, mit dem L. Martow die von ihm verfaßte „Hymne des modernen russischen Sozialisten“ unterzeichnete, in der er sich über die „Ökonomen“ und deren Programm lustig machte. — S. 227.

⁸⁰ Siehe *Karl Marx* und *Friedrich Engels*, „Das Manifest der Kommunistischen Partei“, S. 48/49. — S. 243.

⁸¹ Das heißt der Konferenz des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten“. — S. 244.

⁸² „*Semstwo*“ — Organe der lokalen Selbstverwaltung im vorrevolutionären Rußland. Die Semstvos verwalteten rein lokale Angelegenheiten, die die Landbevölkerung betrafen (Wegebau, Bau von Krankenhäusern und Schulen usw.). In ihnen spielten die liberalen Gutsbesitzer eine führende Rolle. — S. 245.

⁸³ Gemeint ist die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland im Jahre 1861. — S. 252.

⁸⁴ *Brentano, Lujo* — deutscher bürgerlicher Nationalökonom, predigte die Harmonie der Klassen, eine „Versöhnung“ der Interessen der Kapitalisten mit denen der Arbeiter. — S. 254.

⁸⁵ *Afanassi Iwanitsch* und *Pulcheria Iwanowna* — patriarchalisches provinzielles Gutsbesitzerehepaar aus Gogols Novelle „Altväterliche Gutsbesitzer“. — S. 270.

⁸⁶ Lenin meint hier seine Arbeit in dem von ihm gegründeten Petersburger „Kampfbund zur Befreiung der Arbeiterklasse“ (1895). — S. 279.

⁸⁷ *Anhänger der „Semlja i Wolja“* (Land und Freiheit) — Mitglieder der kleinbürgerlichen revolutionären Organisation „*Semlja i Wolja*“, die 1876 entstand. Sie gingen von der irrigen Ansicht aus, daß die führende revolutionäre Kraft im Land nicht die Arbeiterklasse, sondern die Bauernschaft sei, daß der Weg zum Sozialismus über die bäuerliche Dorfgemeinschaft führe, daß man die Herrschaft des Zaren und der Gutsbesitzer allein durch Rebellionen der Bauern stürzen könne. Um die Bauernschaft zum Kampfe gegen den Zarismus zu bewegen, gingen sie ins Dorf, „ins Volk“ (daher auch die Bezeichnung „*Volkstümler*“), um für ihre Ideen zu agitieren. Die

Bauernschaft verstand jedoch die Volkstümpler nicht und folgte ihnen nicht. Da entschlossen sie sich, den Kampf gegen die Selbstherrschaft ohne das Volk mit ihren eigenen Kräften fortzusetzen durch die Ermordung einzelner Vertreter der Selbstherrschaft. Der Kampf in den Reihen der „Semlja i Wolja“ zwischen den Anhängern neuer Kampfmethoden und den Anhängern der alten Volkstümlertaktik führte im Jahre 1879 zur Spaltung der Partei in zwei Teile: in Anhänger der „Narodnaja Wolja“ (vgl. Anm. 37) und in Anhänger des „Tschorny Peredjel“ (Schwarze Umteilung). — S. 286.

⁸⁸ „*Jushny Robotschi*“ (Arbeiter des Südens) — sozialdemokratische Gruppe, die in den Jahren 1900—1903 in Jekaterinoslaw eine illegale Zeitung unter demselben Titel herausgab. — S. 300.

⁸⁹ „*Vereinigungskonferenz*“ — Konferenz der sozialdemokratischen Auslandsorganisationen (des „Auslandsbundes russischer Sozialdemokraten“, des „Auslandskomitees des Bundes“, des „Sozialdemokrat“, der „Iskra-Sarja“, der „Borba“ [Kampf]) fand am 21. und 22. September (4.—5. Oktober) 1901 in Zürich statt und endete mit dem völligen Bruch zwischen den „Iskra“-Anhängern und den Opponenten. — S. 315.

⁹⁰ Das *Organisationskomitee* zur Einberufung des II. Parteitags der SDAPR wurde zunächst im März 1902 auf der Konferenz der sozialdemokratischen Organisationen in Bjelostok gebildet. Durch die Verhaftung der meisten Mitglieder des Organisationskomitees wurde dessen Tätigkeit unterbunden, die es im Herbst desselben Jahres nach der von der „Iskra“ einberufenen Konferenz in Pskow wiederaufnahm. — S. 329.

⁹¹ Es handelt sich um die Forderung der Bauern nach Rückgabe des Bodens (der Boden „abschnitte“, der „Otreski“), den ihnen die Gutsbesitzer bei der Bauernreform 1861 geraubt hatten. Diese Forderung wurde in dem vom II. Parteitag der SDAPR angenommenen Programm in der Agrarfrage formuliert. — S. 342.

⁹² Gemeint sind die Bauernaufstände 1902 in den russischen Gouvernements Poltawa, Charkow, Woronesh u. a., die begleitet waren von der Zerstörung der Gutshöfe. — S. 343.

⁹³ „*Otreski*“ (Boden „abschnitte“) — vgl. Anm. 91. — S. 344.

⁹⁴ Die *Bewegung für die Schwarze Umteilung* — eine Bauernbewegung für eine revolutionäre Umteilung der Gutsbesitzerländereien. — S. 345.

⁹⁵ *Manilowerei* (so benannt nach Manilow, einer Gestalt aus Gogols Werk „Die Toten Seelen“) — die Verkörperung der Gutmütigkeit, der leeren Träumerei und der Gefühlsduselei. — S. 356.

⁹⁶ „*Oswoboshdenije*“ (Befreiung) — illegales Organ bürgerlich-liberaler Richtung, erschien in Stuttgart in den Jahren 1902—1905 unter der Redaktion von Struve. Um dieses Organ gruppierte sich der Kern der zukünftigen Partei der russischen liberal-monarchistischen Bourgeoisie, der Konstitutionell-Demokratischen (Kadetten) Partei. — S. 369.

⁹⁷ Während der Erörterung des Parteiprogramms auf dem Parteitag bezeichnete der „Ökonomist“ Akimow (W. Machnowez) als einen Mangel des Programmentwurfs der „Iskra“ — der angeblich darauf hinweist, daß die Verfasser des Entwurfs die Interessen des Proletariats vergessen haben — den Umstand, daß das Wort „Proletariat“ im Programm nirgends im Nominativ, als Subjekt, figuriert, sondern nur als Beigabe zu dem Wort Partei. Diese Erklärung Akimows wurde von den Delegierten mit allgemeiner Heiterkeit aufgenommen. — S. 372.

⁹⁸ Das *Woronesher Komitee der SDAPR*, das von den „Ökonomisten“ geleitet wurde, nahm der „Iskra“, dem Organisationskomitee und dem von ihnen vorbereiteten

II. Parteitag gegenüber eine feindliche Haltung ein. Daher wurde das Woronesher Komitee zum II. Parteitag nicht geladen.

Die „Arbeiter“organisation des Petersburger Kampfbundes entstand im Herbst 1902 aus „Ökonomen“, die sich vom Petersburger „Kampfbund“ abgespalten hatten. Die Delegierte dieser Organisation auf dem II. Parteitag war Bruker (Lydia Machnowez). — S. 381.

⁹⁹ *Obломowtum* (nach Obломow, dem Helden des gleichnamigen Romans des russischen Schriftstellers Gontscharow) — die Verkörperung der Faulheit, Trägheit und des Strebens nach einer ruhigen und sorglosen Existenz. — S. 396.

¹⁰⁰ „*Oswoboshdenije*“ — vgl. Anm. 96. — S. 421.

¹⁰¹ *Akimow-Richtung* — benannt nach W. P. Akimow (1875—1921), einem der Führer des „Ökonomismus“, einer opportunistischen Strömung in der russischen Sozialdemokratie am Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Die „Ökonomen“ sahen die Hauptaufgabe der Sozialdemokraten in der Organisation des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter für ihre Tagesinteressen, während sie den politischen Kampf gegen den Zarismus der liberalen Bourgeoisie überließen. — S. 421.

¹⁰² *Die Richtung der neuen „Iskra“* — d. h. der Menschewismus. (Vgl. Anm. 5.) — S. 421.

¹⁰³ *Die Bulyginsche Kommission* — vgl. Anm. 3. — S. 423.

¹⁰⁴ Gemeint sind die Ereignisse am 9. Januar 1905 in Petersburg. An diesem Tage gingen die Petersburger Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern zum Winterpalais, um dem Zaren eine Bittschrift über ihre Nöte zu überreichen. Die friedliche Demonstration wurde von den zaristischen Truppen auseinandergeschossen. Die Ereignisse des 9. Januar waren der Beginn der Revolution von 1905. — S. 433.

¹⁰⁵ *Schipowsche Verfassung* — so genannt nach dem bürgerlichen Liberalen Schipow, dessen politisches Programm auf die Forderung hinauslief, eine beratende Vertretungskörperschaft bei der zaristischen Regierung einzuberufen. — S. 438.

¹⁰⁶ *Semstwowmann* — Funktionär des Semstwos. (Vgl. Anm. 82.) — S. 452.

¹⁰⁷ „*Der Mann im Futeral*“ — Held der gleichnamigen Erzählung des russischen Schriftstellers Anton Tschechow. Typus des beschränkten Beamten, der sich in seinem engen Bereich abkapselt und hartnäckig mit den Ereignissen und Tatsachen des Lebens nicht rechnen will. — S. 453.

¹⁰⁸ Siehe *Karl Marx*, „Die Bourgeoisie und die Konterrevolution“, Marx-Engels-Gesamtausgabe, Erste Abtl., Bd. 7, S. 493. — S. 459.

¹⁰⁹ Lenin meint folgende Episode: Im Juni 1905 wurde eine Delegation von Semstwofunktionären vom Zaren Nikolaus II. empfangen. Vor dem Erscheinen des Zaren bemerkte man, daß der Liberale Petrunkewitsch keine weißen Handschuhe trug. Einer der beim Empfang anwesenden Obersten der Leibgarde übergab seine Handschuhe Petrunkewitsch. — S. 459.

¹¹⁰ „*Wperjod*“-Leute, *Parteitagsstreue* oder *Anhänger des „Proletarij“* — verschiedene Bezeichnungen für die Bolschewiki. Diese Bezeichnungen erhielten sie nach der von ihnen gegründeten Zeitung „*Wperjod*“, des von ihnen einberufenen III. Parteitags und der Zeitung „*Proletarij*“, die seit Mai 1905 auf Beschluß des III. Parteitags erschien. — S. 459.

¹¹¹ *Tsushima* — gemeint ist die Seeschlacht am 27. und 28. Mai 1905 in der Nähe der Insel Tsushima (Korea-Straße) zwischen russischem und japanischem Schiffsgeschwader, wobei die russische Flotte schwere Verluste erlitt. — S. 462.

¹¹² *Bernsteinianertum* — opportunistische antimarxistische Strömung in der internationalen Sozialdemokratie, trat Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland auf.

So genannt nach dem deutschen Sozialdemokraten Eduard Bernstein, der die revolutionäre Lehre von Marx einer Revision im Geiste des bürgerlichen Liberalismus unterzog. — S. 475.

¹¹³ Siehe F. Engels, „Die Bakunisten an der Arbeit“, Moskau 1941. — S. 491.

¹¹⁴ „Bernsteinianisches ‚Credo‘“ — vgl. Anm. 61. — S. 493.

¹¹⁵ *Bonapartistische Plebiszite* — so genannt nach den französischen Kaisern Napoleon I. Bonaparte (1804—1814) und Napoleon III. Bonaparte (1852—1870), die ihre Zuflucht zu Plebisziten (Volksabstimmungen) nahmen, um den Anschein zu erwecken, als würde ihre Politik vom Volke unterstützt. — S. 505.

¹¹⁶ Das heißt vom russischen Zaren Nikolaus II. — S. 522.

¹¹⁷ So genannt nach Chlestakow, dem Helden des Lustspiels des russischen Schriftstellers N. W. Gogol „Der Revisor“. Typus eines maßlosen Prahlers und Lügners. — S. 532.

¹¹⁸ *Winterbeschäftigung* — von Gutsbesitzern und Kulaken praktizierte Anstellung der Bauern zu knechtenden Bedingungen im Winter, wenn die Bauern unter Geldmangel besonders litten. — S. 538.

¹¹⁹ Siehe Karl Marx, „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848—1850“, Moskau 1939, S. 26. — S. 545.

¹²⁰ *Aquarium* — Sommergarten und -theater in Moskau. Im Jahre 1905 fanden hier gewöhnlich die revolutionären Kundgebungen statt. — S. 545.

¹²¹ *Dubassow, F. W.* (1845—1912) — Generalgouverneur von Moskau, der wegen seiner grausamen Unterdrückung des bewaffneten Aufstandes der Moskauer Arbeiter im Dezember 1905 berüchtigt war. — S. 545.

¹²² *Malachow* — Gehilfe des Befehlshabers über die Truppen des Moskauer Wehrkreises während des Dezemberaufstands in Moskau 1905. — S. 548.

¹²³ So wurden die ländlichen Bezirke Lettlands genannt, deren Bevölkerung während der Revolution von 1905 die örtlichen Machtorgane und die Gutsbesitzer verjagt hatte und in jedem Bezirk revolutionäre Machtorgane schuf. — S. 550.

¹²⁴ Der Aufstand in Sveaborg brach am 17. Juli 1906 spontan unter den Soldaten der Festung Sveaborg aus. Die Aufständischen bemächtigten sich fast der ganzen Festung. Am 20. Juli zwang ein Geschwader der Baltischen Flotte die Aufständischen zur Kapitulation. Unter dem Einfluß des Aufstandes in Sveaborg brach in der Nacht vom 19. zum 20. Juli der Matrosenaufstand in Kronstadt aus, der ebenfalls schnell unterdrückt wurde. — S. 550.

¹²⁵ *Die Winesche Duma* — erhielt ihren Namen nach dem Vorsitzenden des Ministerrats S. J. Witte (1849—1915). So wurde die erste Reichsduma genannt, die am 10. Mai 1906 einberufen und von der zaristischen Regierung im selben Jahr auseinandergejagt wurde. — S. 552.

¹²⁶ Gemeint ist die Periode von 1878—1890, als in Deutschland das sogenannte Sozialistengesetz in Kraft war. (Vgl. Anm. 54.) — S. 552.

¹²⁷ Es handelt sich um die internationale Zwei-Milliardenanleihe, die die zaristische Regierung im Frühjahr 1906 erhalten hatte. Die Anleihe wurde zum allergrößten Teil in Frankreich gedeckt. — S. 553.

¹²⁸ „*Towarischtsch*“ (Genosse) — Titel einer Zeitung. Sie wurde von einer Gruppe ehemaliger „Ökonomen“ herausgegeben, die auf die Positionen der liberalen Bourgeoisie übergegangen waren. Sie erschien in Petersburg von März 1906 bis Januar 1908. — S. 555.

¹²⁹ *Stolypin* — siehe den Artikel W. I. Lenina „Stolypin und die Revolution“, S. 581—589 des vorl. Bandes. — S. 562.

¹³⁰ *Tsushima* — vgl. Anm. 111.

Mukden — gemeint ist die schwere Niederlage der zaristischen Armee bei Mukden während des Russisch-Japanischen Krieges 1904—1905. — S. 570.

¹³¹ „*Stolitschnaja Potschta*“ (Hauptstädtische Post) — Tageszeitung, Organ der Trudowiki-Gruppe, einer Fraktion der kleinbürgerlichen Demokraten in der Reichsduma (hauptsächlich Bauerndeputierte). Erschien in Petersburg von 1906—1908. — S. 573.

¹³² „*Wjечи*“-Leute — vom Wort „*Wjечи*“ (Marksteine) — Titel eines Sammelbuches von Artikeln, das im Jahre 1909 von einer Gruppe der bekanntesten kadettischen Schriftsteller herausgegeben wurde. In diesem Sammelbuch sprachen die Kadetten im Namen der Bourgeoisie dem Zarismus ihren Dank aus für die Unterdrückung der Revolution. Die „*Wjечи*“ bezeichneten den endgültigen Übergang der russischen Liberalen in das Lager der Reaktion. — S. 578.

¹³³ Gemeint ist die Schwärmerei für den Machismus (oder Empiriokritizismus) — einer reaktionären, subjektiv-idealistischen philosophischen Lehre, die in den 70er und 80er Jahren des 19. Jahrhunderts aufgekommen ist und mit den Namen des österreichischen Physikers und Philosophen Mach und dem deutschen Philosophen Avenarius verbunden wurde. — S. 579.

¹³⁴ „*Otsowismus*“ — vom Wort „*otoswatj*“ (abberufen) — eine „links“ opportunistische Strömung in den Reihen der bolschewistischen Partei in der Periode der Reaktion, die nach der Niederlage der Revolution von 1905—1907 eintrat. Die Vertreter des Otsowismus forderten die Abberufung der sozialdemokratischen Deputierten aus der Reichsduma und die Einstellung jeder Arbeit in den Gewerkschaften und anderen legalen Organisationen der Arbeiterklasse. — S. 580.

¹³⁵ *Plehwe, W. K.* (1846—1904) — von 1902 bis 1904 Innenminister und Chef der Gendarmerie. Führt einen schonungslosen Kampf gegen die revolutionäre Bewegung. — S. 582.

¹³⁶ *Die Partei der „friedlichen Erneuerung“* — wurde 1906 von sogenannten linken Oktobristen und rechten Kadetten nach der Auseinanderjagung der ersten Reichsduma durch die zaristische Regierung gebildet. (Über die Oktobristen und Kadetten siehe den Artikel Lenins „Die politischen Parteien in Rußland“, S. 642—653 des vorl. Bandes.) — S. 584.

¹³⁷ Im Juni 1909 hielt der Führer der russischen Kadetten, Miljukow, während des Frühstücks beim Lord-Mayor von London eine Rede in gemäßigt-konstitutionellem Geist, in der er die kadettische Opposition in der Duma nicht als eine Opposition gegen Seine Majestät, sondern als Opposition Seiner Majestät bezeichnete. — S. 585.

¹³⁸ Diese Resolution wurde von der 6. (Prager) Konferenz der SDAPR (1912) angenommen, auf der die Menschewiki aus der Partei vertrieben wurden und die selbständige Existenz der bolschewistischen Partei festgelegt wurde. — S. 590.

¹³⁹ *Die parteitreuen Menschewiki* — eine Gruppe von Menschewiki (mit Plechanow an der Spitze), die im Grunde auf den menschewistischen Positionen verharrete, aber in der Frage der Erhaltung und der Festigung der illegalen proletarischen Partei die Bolschewiki unterstützte und sich von den Liquidatoren abgrenzte. — S. 591.

¹⁴⁰ „*Prawda*“ (Wahrheit) — bolschewistische legale Tageszeitung, erschien das erstmal in Petersburg am 22. April (5. Mai) 1912. Die Organisatoren und Leiter dieser Zeitung waren Lenin und Stalin. Die „*Prawda*“ wurde von der zaristischen Regierung ständig verfolgt und des öfteren verboten, erschien aber immer wieder unter neuen Titeln wie „*Rabotschaja Prawda*“ (Arbeiter-Prawda), „*Proletarskaja Prawda*“ (Proletarische Prawda) u. a. Im Juli 1914, am Vorabend des ersten Weltkrieges, wurde die „*Prawda*“ von der Regierung verboten. Erst nach dem Sturz des Zarismus im März 1917 erschien die „*Prawda*“ wieder als Zentralorgan der bol-

schewistischen Partei. Nach den Julitagen (vgl. Anm. 1) ging die Zeitung auf eine halblegale Position über und wurde unter verschiedenen Titeln herausgegeben. Seit 9. November 1917 erscheint die „Prawda“ unter ihrem alten Titel. Im März 1918 ist der Verlag der „Prawda“ nach Moskau überführt worden. Seit dieser Zeit erscheint die „Prawda“ als Organ des Zentralkomitees und des Moskauer Komitees der KPdSU(B).

„Lutsch“ (Der Strahl) — legale Tageszeitung der menschewistischen Liquidatoren, erschien in Petersburg vom September 1912 bis Juli 1913. — S. 592.

¹⁴¹ Es handelt sich um den Beschluß der 5. Konferenz der SDAPR, die in Paris stattfand. — S. 593.

¹⁴² Es handelt sich um den IV. Parteitag der SDAPR. — S. 595.

¹⁴³ Es handelt sich um das Plenum des Zentralkomitees der SDAPR, das in Paris im Januar 1910 stattfand. — S. 596.

¹⁴⁴ „Wperjod“-Leute — eine Gruppe von Otsowisten (vgl. Anm. 134), die sich 1909 von der bolschewistischen Partei abgespalten hatte und das Sammelbuch „Wperjod“ (Vorwärts) herausgab. — S. 596.

¹⁴⁵ An — N. Jordania (geb. 1870) — Führer der georgischen Menschewiki. — S. 600.

¹⁴⁶ Gemeint ist der 17. Oktober 1905, als der von der Revolution eingeschüchterte Zar gezwungen war, ein Manifest zu erlassen mit dem Versprechen, bürgerliche Freiheiten, darunter eine gesetzgebende Reichsduma, zu gewähren. — S. 603.

¹⁴⁷ 11. Dezember 1905 — an diesem Tag wurde das Gesetz über die Wahlen zur ersten Reichsduma veröffentlicht.

Am 3. Juni 1907 löste die zaristische Regierung die II. Reichsduma auf und gab ein neues Wahlgesetz für die Wahlen zur III. Duma heraus, das die ohnehin schon begrenzten Rechte der Arbeiter und Bauern beschnitt. Dieser Tag wird gewöhnlich als der Tag des Staatsstreichs vom 3. Juni bezeichnet, mit dem das sogenannte Regime vom 3. Juni oder das „System vom 3. Juni“ in Rußland begann. — S. 604.

¹⁴⁸ Timoschkin — reaktionärer Deputierter der III. Duma.

Sablersche Väterchen — Geistliche, Deputierte der III. Duma, die dort eine reaktionäre Linie durchführten. Sabler war Oberprokureur des Synods. — S. 604.

¹⁴⁹ Stolypinsche Arbeiterpartei — vgl. Anm. 6. — S. 608.

¹⁵⁰ Die Anhänger der „Prawda“ — d. h. der bolschewistischen Tageszeitung „Prawda“, Pseudonym für Bolschewiki. — S. 615.

¹⁵¹ Eine kleine Gruppe von Versöhnlern, die sich im Gegensatz zu den Bolschewiki-Leninisten „Partei-Bolschewiki“ nannten. Lenin nannte sie „inkonsequente Trotzlisten“. Gemeinsam mit den Liquidatoren, „Wperjod“-Leuten, Trotzki und anderen führten die Versöhnler einen erbitterten Kampf gegen Lenin und wandten sich gegen die Beschlüsse der Prager Konferenz. (Vgl. Anm. 138.) — S. 616.

¹⁵² „Kaukasier“ — Liquidatoren, die an der Augustkonferenz der Liquidatoren 1912 als Delegierte der kaukasischen sozialdemokratischen Organisation teilnahmen. — S. 623.

¹⁵³ „Die Sieben“ — menschewistischer Teil der sozialdemokratischen Fraktion in der IV. Duma. — S. 623.

¹⁵⁴ „Die Sechs“ — bolschewistischer Teil der sozialdemokratischen Fraktion in der IV. Duma. — S. 625.

¹⁵⁵ Die „Sommer“- oder „Augustkonferenz“ von 1913 des Zentralkomitees mit den Parteifunktionären — wurde aus konspirativen Gründen so genannt und fand vom 22. September bis 1. Oktober 1913 in Poronin (bei Krakau) statt. — S. 625.

¹⁵⁶ „Augustleute“ — Teilnehmer am Augustblock.

Die Leute von der „Linken“ — Mitglieder einer polnischen sozialistischen Organisation, die sich 1906 infolge der Spaltung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) bildete. Die Leute von der „Linken“ standen den menschwistischen Liquidatoren nahe und traten gemeinsam mit ihnen zu dem Augustblock zusammen. — S. 627.

¹⁵⁷ *Biron, E. I.* (1690—1772) — Favorit der russischen Kaiserin Anna Johanna; stand während ihrer Regierungszeit (1730—1740) an der Spitze des reaktionären terroristischen Regimes in Rußland.

Araktschejew, A. A. (1769—1834), Graf — reaktionärer Staatsmann im zaristischen Rußland am Ausgang des 18. und im ersten Viertel des 19. Jahrhunderts. Der Name Araktschejew ist mit einer ganzen Epoche polizeilichen Despotismus und brutaler Militärwillkür verbunden. — S. 635.

¹⁵⁸ *Manilow* — vgl. Anm. 95. — S. 635.

¹⁵⁹ *Die Männer des 14. Dezember* oder *Dekabristen* — russische adlige Revolutionäre, die im Dezember 1825 den ersten offenen bewaffneten Aufstand gegen die zaristische Selbstherrschaft unternommen haben. — S. 635.

¹⁶⁰ *Junitage* — gemeint ist der Aufstand des Pariser Proletariats im Juni 1848, der von der französischen Bourgeoisie hart unterdrückt wurde. — S. 636.

¹⁶¹ „*Narodnaja Wolja*“ — vgl. Anm. 37. — S. 641.

¹⁶² *Die Opposition im Genitiv* oder die Opposition Seiner Majestät — vgl. Anm. 137. — S. 649.

¹⁶³ Das heißt die Mitarbeit führender Kadetten — Struve, Isgojew und anderer — an dem reaktionären mystischen Sammelbuch „*Wjechi*“. (Vgl. Anm. 132.) — S. 649.

¹⁶⁴ *Rosanow, W. W.* (1856—1919) — Mitarbeiter an der reaktionären Zeitung „*Nowoje Wremja*“.

Antonius Wolhynien — Metropolit, ein berüchtigter Schwarzhunderter. — S. 649.

¹⁶⁵ Gemeint ist die von den zaristischen Truppen am 4. April 1912 durchgeführte Niederschießung der Arbeiter der Lena-Goldfelder in Sibirien, die aus Protest gegen die harte Ausbeutung seitens der Administration in den Streik getreten waren. Die Arbeiter Rußlands beantworteten dieses Blutbad mit politischen Massenstreiks und Demonstrationen. — S. 654.

¹⁶⁶ Am 11. April 1912 machte der Innenminister Makarow in Beantwortung einer Anfrage in der Reichsduma anlässlich des Blutbades an der Lena (vgl. Anm. 165) folgenden, später berühmt gewordenen Ausspruch: „So war es und so wird's bleiben.“ — S. 660.

¹⁶⁷ So schrieb Marx über die Pariser Kommunisten in seinem Brief an Kugelmann vom 12. April 1871. — S. 663.

¹⁶⁸ Siehe *Friedrich Engels*, Vorwort zu Marx' „*Das Elend der Philosophie*“, Moskau 1939, S. IX. — S. 664.

¹⁶⁹ Am 19. Februar 1861 wurde das zaristische Manifest über die Aufhebung der Leibeigenschaft in Rußland veröffentlicht. — S. 667.

¹⁷⁰ „*Prosweščschenije*“ (Aufklärung) — bolschewistische theoretische Zeitschrift, wurde in Petersburg von Dezember 1911 bis Juli 1914 legal herausgegeben. Nach der Neuherausgabe (im Herbst 1917) erschien aber nur eine (Doppel-)Nummer mit dem Artikel Lenins „*Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?*“. — S. 671.

¹⁷¹ *Luxemburg, Rosa* (1871—1919) — hervorragende Funktionärin der polnischen und deutschen Sozialdemokratie, Mitbegründerin der Kommunistischen Partei

Deutschlands, glühende Revolutionärin und unermüdliche Kämpferin für die Sache der Arbeiterklasse. W. I. Lenin schätzte die Verdienste Rosa Luxemburgs vor der internationalen Arbeiterbewegung hoch ein, kritisierte aber gleichzeitig scharf ihre halbmenschenwistische Stellungnahme in einer Reihe wichtigster Fragen des revolutionären Marxismus, besonders in der nationalen Frage. — S. 671.

¹⁷² „Przegląd Socjal Demokratyczny“ (Sozialdemokratische Rundschau) — theoretisches Organ der Sozialdemokratie Polens und Litauens, erschien von 1902 bis 1910 in Krakau. — S. 674.

¹⁷³ „Russkaja Mysl“ (Russischer Gedanke) — Monatszeitschrift liberal-völkertümlicher Richtung; erschien in Petersburg seit 1880. Nach der Revolution von 1905 wurde sie zum Organ der Kadettenpartei. — S. 681.

¹⁷⁴ „Rabotschaja Prawda“ — vgl. Anm. 140. — S. 691.

¹⁷⁵ „Proletarskaja Prawda“ — vgl. Anm. 140. — S. 692.

¹⁷⁶ Ein Ausdruck zur Kennzeichnung der Polizeiwillkür. Er ist aus der Erzählung des russischen Schriftstellers Gleb Uspenski „Die Polizeiwache“ entlehnt, in der der Typ des Polizisten Mymrezow dargestellt wird. Der übereifrige Mymrezow handelt nach der Devise: „Festnehmen und nicht gewähren lassen“. — S. 694.

¹⁷⁷ So nannte man die ukrainischen Nationalisten und Separatisten nach dem ukrainischen Hetman Mazepa (ungefähr 1644—1709), der die Abtrennung der Ukraine von dem Moskauer Staat anstrebte. — S. 696.

¹⁷⁸ Fenianism — eine Bewegung für die Lostrennung Irlands von England, die 1857 entstand. Die revolutionäre Organisation der Fenier wirkte gleichzeitig in Irland und in Amerika. — S. 712.

¹⁷⁹ Kostrow (Pseudonym N. Jordanias) — vgl. Anm. 145. — S. 719.

¹⁸⁰ Figur aus Saltykow-Schtschedrins Skizze „Jenseits der Grenze“. — S. 722.

¹⁸¹ Gemeint ist das bekannte Werk des russischen Schriftstellers Pomjalowski „Skizzen aus einem Priesterseminar“, das das falsche Erziehungssystem und die barbarischen Zustände geißelt, die in den russischen geistlichen Schulen in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts herrschten. — S. 722.

¹⁸² Verse aus einem zur Zeit des Krimkriegs gesungenen Soldatenlied. Das Lied wird Leo Tolstoi zugeschrieben. Es enthält eine Anspielung auf die mißglückte Operation der russischen Truppen unter dem Kommando des Generals Read. — S. 724.

¹⁸³ Gemeint ist die 1849 erfolgte Niederschlagung der ungarischen Revolution mit Hilfe von Truppen des russischen Zaren Nikolaus I. und die Niederschlagung des polnischen Aufstandes 1863 durch die zaristische Regierung. — S. 726.

¹⁸⁴ Lenin meint die Erklärung Karl Liebknechts, Franz Mehrings, Rosa Luxemburgs und Clara Zetkins vom 10. September 1914, die am 30. und 31. Oktober in den Schweizer Zeitungen erschien. — S. 741.

¹⁸⁵ Diese Anmerkung der Redaktion des „Sozialdemokrat“ zum Manifest des Zentralkomitees der SDAPR über den Krieg, das im August—September 1915 erschien, wurde von Lenin verfaßt. Der Redaktionsartikel in Nr. 44 des „Sozialdemokrat“, wovon in der Anmerkung die Rede ist, ist der Artikel Lenins „Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa“ (siehe vorl. Band, S. 750—754). — S. 743.

¹⁸⁶ Versailler — Anhänger der reaktionären bürgerlichen Regierung Frankreichs, die nach dem Sieg der Pariser Kommune (März 1871) aus dem revolutionären Paris nach Versailles geflüchtet war.

Kommunards — Teilnehmer an der Pariser Kommune 1871. — S. 774.

¹⁸⁷ „Produgol“ — abgekürzte Bezeichnung des Syndikats „Russische Gesellschaft für den Handel mit mineralischen Brennstoffen des Donezbeckens“, gegründet 1906.

„*Prodameta*“ — „Verkaufsgesellschaft für russische Hüttenwerkserzeugnisse“, gegründet 1901. — S. 808.

¹⁸⁸ Siehe die Anmerkung von *Friedrich Engels* zum 6. Kapitel des III. Bandes, Teil I des „*Kapital*“ (Moskau 1933, S. 142, Anmerkung 16). — S. 862.

¹⁸⁹ *Junius* — Pseudonym Rosa Luxemburgs. (Vgl. Anm. 171.) — S. 877.

¹⁹⁰ *Galliffet* (1830—1909) — französischer General, berüchtigt wegen der brutalen Abrechnung mit den Teilnehmern der Pariser Kommune im Jahre 1871. In den Jahren 1889—1900 war Galliffet Kriegsminister in der Regierung Waldeck-Rousseau. — S. 879.

¹⁹¹ *Zimmerwald* — gemeint ist die erste Konferenz der Internationalisten, die im September 1915 in Zimmerwald stattfand. Auf dieser Konferenz gründete Lenin eine linke Gruppe, die sogenannte „Zimmerwalder Linke“, die die revolutionären Elemente der internationalen sozialistischen Bewegung vereinigte.

Kiental — Die zweite Konferenz der Internationalisten, die im April 1916 in Kiental stattfand. — S. 882.

¹⁹² „*La Sentinelle*“ (Schildwache) — Organ der Zimmerwalder Linken in der sozialdemokratischen Partei der Schweiz; „*Volksrecht*“ — Tageszeitung der sozialdemokratischen Partei der Schweiz und ihrer Züricher Organisation; „*Berner Tagwacht*“ — das offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei der Schweiz. — S. 885.

¹⁹³ *Aarauer Parteitag* — Parteitag der sozialdemokratischen Partei der Schweiz, fand vom 20.—21. November 1905 in Aarau statt. — S. 885.

INHALT

VORWORT	7
-------------------	---

J. STALIN, ÜBER LENIN UND DEN LENINISMUS

BRIEF DES GENOSSEN STALIN, VERÖFFENTLICHT IN DER „RABOTSCHAJA GASETA“ AM ERSTEN JAHRESTAG DES TODES W. I. LENINS	
ZUM TODE LENINS. <i>Rede auf dem II. Sowjetkongreß der UdSSR. 26. Januar 1924</i>	17
LENIN ALS ORGANISATOR UND FÜHRER DER KPR. <i>Artikel zum fünfzigsten Geburtstag Lenins</i>	22
ÜBER LENIN. <i>Rede auf dem Gedenkabend der Kremlkursanten. 28. Januar 1924</i>	30
AUS DER UNTERREDUNG MIT DER ERSTEN AMERIKANISCHEN ARBEITERDELEGATION. 9. SEPTEMBER 1927	39
REDE IN DER WÄHLERVERSAMMLUNG DES STALIN-WAHLBEZIRKS DER STADT MOSKAU. 11. DEZEMBER 1937 IM GROSSEN THEATER	46
REDE BEIM EMPFANG DER MITARBEITER DER HOCHSCHULEN IM KREML. 17. MAI 1938	52
REDE BEI DER PARADE DER ROTEN ARMEE AM 7. NOVEMBER 1941 AUF DEM ROTEN PLATZ IN MOSKAU	55

W. I. LENIN, AUSGEWÄHLTE WERKE

ÜBER MARX UND DEN MARXISMUS

DREI QUELLEN UND DREI BESTANDTEILE DES MARXISMUS	63
DIE HISTORISCHEN SCHICKSALE DER LEHRE VON KARL MARX	69
MARXISMUS UND REVISIONISMUS	73

DER KAMPF FÜR DIE SCHAFFUNG DER SOZIAL-DEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI IN RUSSLAND

WAS SIND DIE „VOLKSFREÜNDE“ UND WIE KÄMPFEN SIE GEGEN DIE SOZIALDEMOKRATEN? (<i>Antwort auf die gegen die Marxisten gerichteten Artikel des „Russkoje Bogatstwo“</i>)	85
DIE AUFGABEN DER RUSSISCHEN SOZIALDEMOKRATEN	152

**DIE BILDUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN
ARBEITERPARTEI RUSSLANDS.
DIE ENTSTEHUNG DER FRAKTIONEN DER BOLSCHEWIKI
UND DER MENSCHEWIKI INNERHALB DER
PARTEI**

WAS TUN? (<i>Brennende Fragen unserer Bewegung</i>)	175—324
Vorwort zur ersten Ausgabe	175
1. Dogmatismus und „Freiheit der Kritik“	178—197
a) Was heißt „Freiheit der Kritik“?	178
b) Die neuen Verteidiger der „Freiheit der Kritik“	181
c) Die Kritik in Rußland	186
d) Engels über die Bedeutung des theoretischen Kampfes	192
2. Spontaneität der Massen und Bewußtheit der Sozialdemokratie	197—218
a) Der Beginn des spontanen Aufschwungs	198
b) Die Anbetung der Spontaneität. „Rabotschaja Mysl“	202
c) Die „Gruppe der Selbstbefreiung“ und das „Rabotscheje Djelo“	211
3. Trade-Unionistische und sozialdemokratische Politik	219—255
a) Die politische Agitation, und ihre Einengung durch die Ökonomen	219
b) Die Erzählung davon, wie Plechanow von Martynow vertieft wurde	228
c) Die politischen Enthüllungen und die „Erziehung zur revolutionären Aktivität“	230
d) Was hat der Ökonomismus mit dem Terrorismus gemein?	236
e) Die Arbeiterklasse als Vorkämpfer der Demokratie	239
f) Noch einmal die „Verleumder“, noch einmal die „Mystifikatoren“	253
4. Die Handwerklerei der Ökonomen und die Organisation der Revolutionäre	255—304
a) Was ist Handwerklerei?	256
b) Handwerklerei und Ökonomismus	260
c) Organisation der Arbeiter und Organisation der Revolutionäre	265
d) Der Umfang der Organisationsarbeit	280
e) „Verschwörer“-Organisation und „Demokratismus“	286
f) Örtliche und gesamttrussische Arbeit	294
5. „Plan“ einer gesamttrussischen politischen Zeitung	304—321
b) Kann eine Zeitung ein kollektiver Organisator sein?	305
c) Welchen Organisationstypus brauchen wir?	316
Schluß	322
EIN SCHRITT VORWÄRTS, ZWEI SCHRITTE ZURÜCK	325—415
Vorwort zur ersten Ausgabe	325
a) Die Vorbereitung des Parteitags	329
b) Die Bedeutung der Gruppierungen auf dem Parteitag	329
c) Beginn des Parteitags — Konflikt mit dem Organisationskomitee	330
d) Die Auflösung der Gruppe „Jushny Rabotschi“	335
e) Der Konflikt wegen der Gleichberechtigung der Sprachen	337
f) Das Agrarprogramm	341
g) Das Parteistatut	348

h) Die Debatten über den Zentralismus vor der Spaltung bei den „Iskra“-Leuten	349
i) Der Paragraph 1 des Statuts	351
n) Das allgemeine Bild des Kampfes auf dem Parteitag. Der revolutionäre und der opportunistische Flügel der Partei	373
q) Die neue „Iskra“. Der Opportunismus in organisatorischen Fragen	383
r) Einiges über Dialektik. Zwei Umwälzungen	411

**DIE PERIODE DES RUSSISCH-JAPANISCHEN KRIEGES
UND DER ERSTEN RUSSISCHEN REVOLUTION**

ZWEI TAKTIKEN DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER DEMOKRATISCHEN REVOLUTION	419—534
Vorwort	419
1. Die aktuelle politische Frage	423
2. Was sagt die Resolution des III. Parteitags der SDAPR über die provisorische revolutionäre Regierung?	426
3. Was ist der „entscheidende Sieg der Revolution über den Zarismus“?	433
4. Die Liquidierung des monarchischen Systems und die Republik	439
5. Wie soll man die „Revolution vorwärtstreiben“?	444
6. Woher droht dem Proletariat die Gefahr, im Kampf gegen die inkonsequente Bourgeoisie mit gebundenen Händen dazustehen?	448
7. Die Taktik der „Ausschaltung der Konservativen aus der Regierung“	461
8. Die Richtung des „Oswoboshdenije“ und der neuen „Iskra“	465
9. Was bedeutet es, während der Revolution die Partei der äußersten Opposition zu sein?	473
10. Die „revolutionären Kommunen“ und die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft	477
11. Flüchtiger Vergleich einiger Resolutionen des III. Parteitags der SDAPR und der „Konferenz“	486
12. Wird der Schwung der demokratischen Revolution schwächer werden, wenn die Bourgeoisie von ihr abschwenkt?	490
13. Schluß. Dürfen wir siegen?	499
Nachwort. Noch einmal die Richtung des „Oswoboshdenije“, noch einmal die Richtung der neuen „Iskra“	510—532
I. Wofür loben die bürgerlich-liberalen Realisten die sozialdemokratischen „Realisten“?	510
II. Eine neue „Vertiefung“ der Frage durch Genossen Martynow	517
III. Die vulgär-bürgerliche Darstellung der Diktatur und Marx' Ansicht über die Diktatur	523
Anmerkung zum 10. Kapitel der Broschüre „Zwei Taktiken“	533
DAS VERHÄLTNIS DER SOZIALDEMOKRATIE ZUR BAUERNBEWEGUNG	535
DIE LEHREN DES MOSKAUER AUFSTANDES	544
ÜBER DEN BOYKOTT	552
DIE LEHREN DER REVOLUTION	560

**DIE PERIODE DER STOLYPINSCHEN REAKTION.
FORMIERUNG DER BOLSCHEWIKI ZU EINER
SELBSTÄNDIGEN MARXISTISCHEN PARTEI**

POLITISCHE NOTIZEN	569
ÜBER EINIGE BESONDERHEITEN DER HISTORISCHEN ENTWICK- LUNG DES MARXISMUS	576
STOLYPIN UND DIE REVOLUTION	581
ÜBER DAS LIQUIDATORENTUM UND ÜBER DIE GRUPPE DER LIQUIDATOREN	590
STRITTIGE FRAGEN. DIE OFFENE PARTEI UND DIE MARXISTEN	592—612
I. Der Beschluß vom Jahre 1908	592
II. Der Beschluß vom Jahre 1910	596
III. Das Verhalten der Liquidatoren zu den Beschlüssen von 1908 und 1910	599
IV. Die Klassenbedeutung des Liquidatorentums	602
V. Die Losung des Kampfes für die offene Partei	605
VI.	608
ÜBER DIE VERLETZUNG DER EINHEIT, BEMÄNTELT DURCH GESCHREI ÜBER DIE EINHEIT	613—632
I. Vom „Fraktionswesen“	613
II. Über die Spaltung	618
III. Über den Zerfall des Augustblocks	622
IV. Ratschläge eines Versöhnlers an die „Sieben“	625
V. Die liquidatorischen Ansichten Trotzki's	628

**DIE JAHRE DES AUFSCWUNGS DER ARBEITERBEWE-
GUNG VOR DEM ERSTEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG**

DEM GEDÄCHTNIS HERZENS	635
DIE POLITISCHEN PARTEIEN IN RUSSLAND	642
DER REVOLUTIONÄRE AUFSCWUNG	654
ZWEI UTOPIEN	662
DER GROSSGRUNDBESITZ UND DER KLEINE BÄUERLICHE LAND- BESITZ IN RUSSLAND	667
DAS RÜCKSTÄNDIGE EUROPA UND DAS FORTGESCHRITTENE ASIEN	669
ÜBER DAS RECHT DER NATIONEN AUF SELBSTBESTIMMUNG	671—723
1. Was ist Selbstbestimmung der Nationen?	671
2. Die historische konkrete Fragestellung	676
3. Die konkreten Besonderheiten der nationalen Frage in Rußland und seine bürgerlich-demokratische Umgestaltung	680
4. Der „Praktizismus“ in der nationalen Frage	684
5. Die liberale Bourgeoisie und die sozialistischen Opportunisten in der nationalen Frage	690

6. Die Lostrennung Norwegens von Schweden	700
7. Die Resolution des Londoner internationalen Kongresses von 1896	705
8. Der Utopist Karl Marx und die praktische Rosa Luxemburg	709
9. Das Programm von 1903 und seine Liquidatoren	717
10. Schluß	725
OBJEKTIVE ANGABEN ÜBER DIE STÄRKE DER VERSCHIEDENEN STRÖMUNGEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG	729

**DIE PERIODE DES IMPERIALISTISCHEN KRIEGES.
DIE ZWEITE RÉVOLUTION IN RUSSLAND**

DER KRIEG UND DIE RUSSISCHE SOZIALDEMOKRATIE	737
ÜBER DEN NATIONALSTOLZ DER GROSSRUSSEN	745
ÜBER DIE LOSUNG DER VEREINIGTEN STAATEN VON EUROPA	750
DER OPPORTUNISMUS UND DER ZUSAMMENBRUCH DER II. INTER- NATIONALE	755
DER IMPERIALISMUS ALS HÖCHSTES STADIUM DES KAPITALISMUS. (Gemeinverständlicher Abriß)	767—875
Vorwort	767
Vorwort zur französischen und deutschen Ausgabe	769
I. Konzentration der Produktion und Monopole	776
II. Die Banken und ihre neue Rolle	788
III. Finanzkapital und Finanzoligarchie	803
IV. Der Kapitalexport	816
V. Die Aufteilung der Welt unter die Kapitalistenverbände	820
VI. Die Aufteilung der Welt unter die Großmächte	828
VII. Der Imperialismus als besonderes Stadium des Kapitalismus	838
VIII. Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus	848
IX. Kritik des Imperialismus	857
X. Der Platz des Imperialismus in der Geschichte	870
DAS MILITÄRPROGRAMM DER PROLETARISCHEN REVOLUTION	876
BRIEFE AUS DER FERNE. ERSTER BRIEF. Die erste Etappe der ersten Revolution	887
ANMERKUNGEN	897
ERGÄNZUNG	916

ERGÄNZUNG

Auf S. 305 ist auf Zeile 6 von oben nach dem Worte „verwenden“ folgende Fußnote einzuschalten:

Der Paragraph a) „Wer hat sich durch den Artikel ‚Womit beginnen?‘ gekränkt gefühlt?“ ist in dieser Ausgabe weggelassen, denn er enthält ausschließlich eine Polemik gegen das „Rabotscheje Djelo“ und den „Bund“ zur Frage, ob die „Iskra“ versuchte, zu „kommandieren“, usw. In diesem Paragraphen wurde unter anderem darauf hingewiesen, daß doch der „Bund“ selber (1898/99) die Mitglieder der „Iskra“-Gruppe aufgefordert hatte, das Zentralorgan zu erneuern und ein „literarisches Laboratorium“ zu organisieren. (*Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.*)

Auf S. 383 ist auf Zeile 19 von oben nach dem Worte „Axelrod“ folgende Fußnote einzuschalten:

Diese Feuilletons sind im Sammelband „Zwei Jahre ‚Iskra‘“, II. Teil, S. 122ff. (St. Petersburg 1906), erschienen. (*Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.*)

Auf der gleichen Seite ist auf Zeile 21 von oben nach dem Wort „aufgezeigt“ die folgende Fußnote einzuschalten:

Diese „konkrete Bedeutung“ bezieht sich auf den Kampf während des Parteitags und nachher um die personelle Zusammensetzung der zentralen Körperschaften, dessen Schilderung in dieser Ausgabe weggelassen ist. (*Anmerkung Lenins zur Ausgabe von 1908. Der Übers.*)

Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



Olga Benario, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der

Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

Herbert Baum, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die antikommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisierung einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Karl Marx / Friedrich Engels

Ausgewählte Werke in zwei Bänden

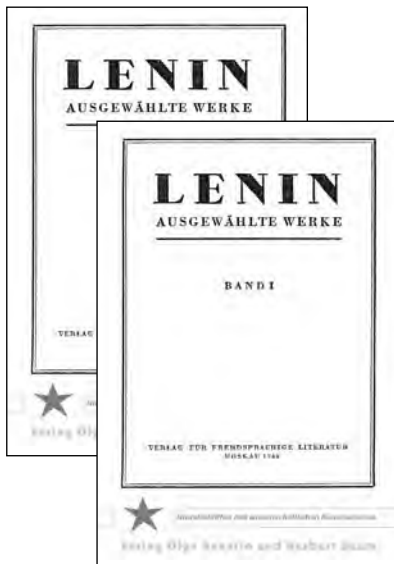
Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1950 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1848 – 1874

650 Seiten, Offenbach 2004
25 €, ISBN 3-86589-001-6

Band II: 1875 – 1894

504 Seiten, Offenbach 2204
25 €, ISBN 3-86589-002-4



W. I. Lenin

Ausgewählte Werke in zwei Bänden

Diese Ausgabe entspricht in ihrer Zusammenstellung der 1946/47 erschienenen Ausgabe des Moskauer Verlags für fremdsprachige Literatur.

Band I: 1884 – 1917

916 Seiten, Offenbach 2004
30 €, ISBN 3-932636-93-7

Band II: 1917 – 1923

1037 Seiten, Offenbach 2004
30 €, ISBN 3-932636-94-5

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-00-7

Karl Marx

Kritik des Gothaer Programms (1875)

96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 3-932636-01-5

W. I. Lenin

Staat und Revolution (1917)

159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-02-3

J. W. Stalin

Über die Grundlagen des Leninismus (1924)

137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-03-1

W. I. Lenin

Was tun? (1902)

276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-04-X

J. W. Stalin

Über dialektischen und historischen Materialismus (1938)

45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €, ISBN 3-932636-05-8

W. I. Lenin

Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (1916)

Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus (1916)

185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €, ISBN 3-932636-36-8

W. I. Lenin

Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück (1904)

242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €, ISBN 978-3-86589-042-9

W. I. Lenin

Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution (1905)

192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €, ISBN 978-3-86589-043-6

W. I. Lenin

Materialismus und Empiriokritizismus (1908)

410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €, ISBN 978-3-86589-050-4

Karl Marx/Friedrich Engels: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Band I: 1848 – 1874

650 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-001-6

Band II: 1875 – 1894

504 Seiten, 25 €, Offenbach 2004, ISBN 3-86589-002-4

W. I. Lenin: **Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Band I: 1884 – 1917

916 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-93-7

Band II: 1917 – 1923

1037 Seiten, 30 €, Offenbach 2004, ISBN 3-932636-94-5

Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest der Kommunistischen Partei (1848)

Türkisch:

Karl Marx/Friedrich Engels

Komünist Partisi Manifestosu

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-06-6

Englisch:

Karl Marx/Frederick Engels

Manifesto of the Communist Party

83 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-07-4

Französisch:

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifeste du Parti Communiste

82 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-08-2

Spanisch:

Carlos Marx/Federico Engels

Manifiesto del Partido Comunista

87 Seiten, Offenbach 1997, 4 € , ISBN 3-932636-09-0

Farsi:

کارل مارکس فریدریش انگلس
مانیفست حزب کمونیست

97 Seiten, Offenbach 1999, 4 € , ISBN 3-932636-10-4

Russisch:

К. Маркс и Ф. Энгельс
Манифест Коммунистической Партии

80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 3-932636-91-0

Russisch / Deutsch:

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-95-3

Serbokroatisch:

Karl Marx/Friedrich Engels

Manifest Komunističke Partije

168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-86589-000-8

Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus

Marx, Engels, Lenin, Stalin

Über den Partisanenkampf

188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-11-2

Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919

Programm der Kommunistischen Internationale – 1928

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 3-932636-19-8

Marx, Engels, Lenin, Stalin, Kl, Zetkin

Die kommunistische Revolution und die Befreiung der Frauen

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €, ISBN 3-932636-18-X

Autorenkollektiv: **Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)

J. W. Stalin: **Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-21-X

Autorenkollektiv

W. I. Lenin – Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 3-932636-35-X

W. I. Lenin/J. W. Stalin

Hauptmerkmale der Partei neuen Typs

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €, ISBN 3-932636-22-8

W. I. Lenin/J. W. Stalin

Über die Arbeiteraristokratie

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-23-6

Marx, Engels, Lenin, Stalin

Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-67-8

Autorenkollektiv

J. W. Stalin – Ein kurzer Abriß seines Lebens und Wirkens

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €, ISBN 3-932636-65-1

Stalin Werke Band 1 bis 13

sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der “Geschichte der KPdSU(B) – Kurzer Lehrgang”

CD-ROM, Offenbach 2003, 10 €, ISBN 3-932636-72-4

Stalin-Biographie inklusive Werke-CD: 22 €, ISBN 3-932636-73-2

M. Glasser/A. Primakowski/B. Jakowlew

Studieren – Propagieren – Organisieren (1948 / 1951)

Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €, ISBN 3-932636-20-1

Béla Fogarasi

Dialektische Logik – mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-12-0

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow

Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland (1937/1949)

Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution

(Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917)

540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 3-932636-15-5

Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution

(Oktober 1917 bis November 1917)

750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 3-932636-16-3

Autorenkollektiv

Mao Tse-tung – seine Verdienste, seine Fehler

Band 1: 1926 – 1949

400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 3-932636-14-7

Band 2: 1950 – 1976

240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-036-9

Autorenkollektiv

Zur „Polemik“ – Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-70-8

Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen

den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der KP Indonesiens (PKI) von 1966/67
148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-037-7

Autorenkollektiv

Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 3-86589-012-1

Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

Der XX. Parteitag der KPdSU 1956 – ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)

in russischer Sprache: 106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 3-932636-47-3

in türkischer Sprache: 120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-9

in französischer Sprache: 176 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 3-86589-005-9

in italienischer Sprache: 108 Seiten, Offenbach 2006, 8 €, ISBN 978-3-86589-004-7

Dokumente und Analysen

Zur Geschichte Afghanistans – Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 3-932636-48-1

Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 3-932636-52-X

Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Die Rote Fahne – Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933, Hardcover-Bände im Format DIN A3

Januar – März 1929, 1080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-018-0

April – Juni 1929, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-019-9

Juli – September 1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-020-2

Oktober – Dezember 1929, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 3-86589-021-0

Januar – Februar 1933, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 3-86589-034-2

Autorenkollektiv

Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-92-9

Autorenkollektiv

**Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und
das revolutionäre Programm der KPD (1918)**

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-74-0

Georgi Dimitroff

Gegen den Nazifaschismus

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 3-932636-25-2

Autorenkollektiv

1418 Tage – Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die
Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

220 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 3-86589-035-0

Autorenkollektiv: **Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum** (1943)

Alfred Klahr: **Gegen den deutschen Chauvinismus** (1944)

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 3-932636-13-9

Autorenkollektiv

Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-34-1

Gudrun Fischer

„Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-3

Freies Deutschland – Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration
erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Band 1: Nov. 1941 – Okt. 1942, 440 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-96-1

Band 2: Nov. 1942 – Nov. 1943, 460 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-97-X

Band 3: Dez. 1943 – Nov. 1944, 480 Seiten, 30 €, ISBN 3-932636-98-8

Band 4: Dez. 1944 – Juni 1946, 660 Seiten, 35 €, ISBN 3-932636-99-6

Internationale Hefte der Widerstandsbewegung (1959 – 1963)

Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Band 1: Heft 1 – 4 (1959 – 60), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-49-X

Band 2: Heft 5 – 10 (1961 – 63), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-50-3

Bd. 1 & 2 in einem Band (Hardcover): 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 €, ISBN 3-932636-51-1

Das Potsdamer Abkommen (1945)

Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 €, ISBN 3-932636-24-4

Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald (1949)

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-0

Autorenkollektiv

Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 €, ISBN 3-932636-38-4

Autorenkollektiv

10 Jahre „Deutsche Einheit“: **Nazi-Terror von Hoyerswerda bis Düsseldorf**

Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 3-932636-37-6

Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe

A. Schapowalow

Auf dem Weg zum Marxismus

Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-29-5

S. Mstislawski

Die Krähe ist ein Frühlingsvogel

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €, ISBN 3-932636-17-1

I. Popow

Als die Nacht verging

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €, ISBN 3-932636-30-9

Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht

500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 3-932636-90-2

Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen

Band 1: 1919 – 1924

416 Seiten, Offenbach 1998, 30 €, ISBN 3-932636-27-9

Hardcover: Offenbach 1998, 55 €, ISBN 3-932636-60-0

Band 2: 1925 – 1943

452 Seiten, Offenbach 1998, 35 €, ISBN 3-932636-28-7

Hardcover: Offenbach 1998, 60 €, ISBN 3-932636-61-9

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

Teil 1: 1898 – 1917

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-76-7
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-77-5

Teil 2: 1917 – 1924

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-82-1
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-83-X

Teil 3: 1924 – 1927

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-84-8
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-85-6

Teil 4: 1927 – 1932

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-86-4
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-87-2

Teil 5: 1932 – 1953

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 3-932636-88-0
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 3-932636-89-9

Zur internationalen Lage 1919 – 1952

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 3-932636-71-6
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 3-932636-78-3

Dokumente der Internationalen Roten Hilfe und der Roten Hilfe Deutschlands

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 3-932636-66-X
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 3-932636-81-3

Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 3-932636-32-5
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 3-932636-59-7

Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 3-932636-31-7
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 3-932636-58-9

Indien und die Revolution in Indien

262 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 3-86589-039-3
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 3-86589-040-7

Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-44-9
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-62-7

Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-45-7
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-63-5

Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 3-932636-46-5

Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 3-932636-64-3

Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albanien gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-68-6

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-79-1

Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 3-932636-69-4

Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 3-932636-80-1

Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 3-932636-41-4

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-57-0

Materialien zur Gründung der SED (1945/46)

Band 1: Berichte und Protokolle

Die Parteitage der KPD, SPD und SED im April 1946

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 3-932636-40-6

Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 3-932636-53-8

Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage, herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 3-932636-39-2

Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 3-932636-54-6

Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei,

Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 3-932636-42-2

Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 3-932636-55-4

Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)

Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)

Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)

Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 3-932636-43-0

Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 3-932636-56-2

Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-86589-003-2

Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 3-86589-008-3